

Horst-Udo Niedenhoff/Wolfgang Pege

# GEWERKSCHAFTS- HANDBUCH

DATEN, FAKTEN, STRUKTUREN  
AUSGABE 1997

**div** Deutscher Instituts-Verlag



# **GEWERKSCHAFTS- HANDBUCH 1997**

---

**▶ Inhalt**

---

**▶ Stichwortverzeichnis**

---

**▶ Namensregister**

---

**▶ I Gewerkschaftsdefinition und  
Gewerkschaftstypen**

---

**▶ II Entwicklung der Arbeitnehmerverbände in Deutschland**

---

**▶ III Deutsche Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen und  
Arbeitnehmerinteressen vertretende Organisationen**

---

**▶ IV Beteiligung der Gewerkschaften am Willensbildungsprozeß im  
Betrieb und Unternehmen, in der Wirtschaft und Gesellschaft**

---

**▶ V Darstellung der deutschen Gewerkschaften und  
Arbeitnehmerverbände**

---

**▶ VI Gewerkschaftliche Repräsentanz in den Bundesländern**

---

**▶ VII Gewerkschaftsbewegungen in Europa**

---

**▶ VIII Europäische Dachverbände**

---

**▶ IX Internationale Dachverbände**

---

**▶ X Sozialattachés**

---

**▶ Impressum**

---

# **Gewerkschaftshandbuch**

Daten, Fakten, Strukturen

## **Autoren:**

Horst-Udo-Niederhoff  
Wolfgang Pege

## **3. Auflage**

Ausgabe 1997

## **Impressum:**

© 1997 Deutscher Instituts-Verlag GmbH,  
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln  
Postfach 51 06 70, 50942 Köln  
Telefon (02 21) 4 98 14 52  
E-Mail: [div@iwkoeln.de](mailto:div@iwkoeln.de)

Lektorat: Axel Taeger

Produktion: Bercker, Kevelaer

## Vorwort zur 3. Auflage

Das Gewerkschaftshandbuch des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln – hervorgegangen aus der Veröffentlichung „Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland – Daten, Fakten, Strukturen“ – wird 1997 nun zum dritten Mal vorgelegt. Auch heute ist es wieder das Anliegen der Autoren, mit kurzgefaßten Daten und Fakten zur Versachlichung der Diskussion zwischen den Sozialpartnern beizutragen. Dies gilt um so mehr, als heute zweifelsfrei feststeht, daß für den Wirtschaftsstandort Deutschland eine funktionierende Sozialpartnerschaft – die kooperative, faire und integre Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften – eines der Kernelemente der Wettbewerbsfähigkeit ist.

Seit der ersten Veröffentlichung aus dem Jahre 1977 hat sich das Umfeld, in dem sich die deutschen Gewerkschaften bewegen, erheblich gewandelt: Die Rahmenbedingungen für das Aushandeln von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sind heute völlig verändert. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen sich auf eine zunehmende Globalisierung des Einkaufs, der Produktion und des Absatzes einstellen. Die damit verbundene Verschärfung des internationalen Wettbewerbs hat zu immer kürzeren Produktlebenszyklen geführt. Neue Formen der Arbeitsorganisation und der Produktion mußten gefunden werden. Hinzu kommen die Folgen der deutschen Einheit und der Zusammenbruch der Ostmärkte. Gerade die Wiedervereinigung bescherte den Gewerkschaften eine neue Basis und neue Aufgaben. Hinzu kommt die europäische Einigung und damit eine weitere Aufgabenverbreiterung. Neue Dimensionen ihrer Verantwortlichkeit sind geschaffen worden.

Wer sind nun diese Arbeitnehmerverbände? Wie ist ihre Organisation aufgebaut? Wer sind ihre Spitzenfunktionäre? Wie verlief ihre Mitgliederentwicklung? Mit welcher Politik tragen sie zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben bei? – Auf alle diese Fragen soll in der hier vorliegenden Veröffentlichung Antwort gegeben werden.

Aufgrund des veränderten Umfelds ist auch die Struktur des Gewerkschaftshandbuchs in der nun vorliegenden 3. Auflage verändert worden. Zunächst einmal wird eine Gewerkschaftsdefinition gegeben. Es folgt die Schilderung gewerkschaftlicher Organisationsformen und ihr Organisationsaufbau. In einem größeren Kapitel wird dann die Entwicklung der Arbeitnehmerverbände von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis heute stichwortartig geschildert. Es folgt die Darstellung der 48 größten Arbeitnehmerverbände Deutschlands.

Wegen der europäischen Einigung und Erweiterung wird in dieser 3. Auflage auch der Gewerkschaftsbewegung in Europa Aufmerksamkeit geschenkt. Der Leser findet auch eine Darstellung der europäischen Dachverbände. Aber es wird auch ein Blick über die europäischen Grenzen geworfen durch die Darstellung der internationalen Dachverbände.

Kriterien für die Aufnahme in dieses Handbuch waren zwei wichtige Gesichtspunkte: Die Verbände vertreten kollektiv Arbeitnehmerinteressen und sind andererseits aufgrund ihrer Größe oder ihres Arbeitsbereichs von öffentlichem Interesse. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Arbeitnehmerverbände den Begriff Gewerkschaft in ihrem Namen tragen, wie zum Beispiel Industriegewerkschaft Metall, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft etc., oder aber darauf verzichten, wie der Deutsche Beamtenbund oder der Verband angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie. Diejenigen Arbeitnehmerverbände, die es ausdrücklich ablehnen, als Gewerkschaft bezeichnet zu werden, sind in dieser Publikation in einer Fußnote dargestellt.

Als Quellen für das Gewerkschaftshandbuch dienten in erster Linie die Publikationen der Arbeitnehmerverbände selbst. Hierzu zählen ihre Geschäftsberichte, die Protokolle der Gewerkschaftstage, Satzungen, Programme sowie auch die Verbandszeitschriften. Mit herangezogen wurden zudem grundsätzliche Berichte in den Tageszeitungen sowie in einschlägigen Zeitschriften und Publikationen über die Gewerkschaften. Eine Vielzahl dieser Quellen findet sich in den Sammlungen des Gewerkschaftsarchivs des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Weiteres Material wurde dankenswerterweise aber auch von den Gewerkschaften speziell für dieses Gewerkschaftshandbuch zur Verfügung gestellt.

Redaktionsschluß der 3. Auflage des Gewerkschaftshandbuchs war der 30. November 1996.

Köln, im Februar 1997

Horst-Udo Niedenhoff  
Wolfgang Pege

# Inhalt

<b>I</b>	<b>Gewerkschaftsdefinition und Gewerkschaftstypen</b> . . . . .	13
	Vereinigungsfreiheit . . . . .	13
	Gewerkschaftsdefinition . . . . .	13
	Gewerkschaftstypen . . . . .	15
	Einheitsgewerkschaft und Industrieverbandsprinzip . . . . .	15
	Gewerkschaftlicher Organisationsaufbau . . . . .	18
	Gewerkschaftliche Organisationsformen . . . . .	20
	Gewerkschaftlicher Vertrauenskörper im Betrieb . . . . .	21
<b>II</b>	<b>Entwicklung der Arbeitnehmerverbände in Deutschland</b> . . . . .	24
<b>III</b>	<b>Deutsche Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen und Arbeitnehmerinteressen vertretende Institutionen</b> . . . . .	53
<b>IV</b>	<b>Beteiligung der Gewerkschaften am Willensbildungsprozeß im Betrieb und Unternehmen, in der Wirtschaft und Gesellschaft</b> . . . . .	62
<b>V</b>	<b>Darstellung der deutschen Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände</b> . . . . .	65
	1 Angestelltenkammer Bremen (ANK Bremen) . . . . .	65
	2 Arbeiterkammer Bremen (ARK Bremen) . . . . .	67
	3 Arbeitnehmer-Union der Christlich-Sozialen Union – CSU – (CSA) . . . . .	68
	4 Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) . . . . .	69
	5 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD . . . . .	70
	6 Arbeitskammer des Saarlandes (AKS) . . . . .	72
	7 Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) . . . . .	75
	8 Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitskammern (BAAK) . . . . .	78
	9 Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) . . . . .	80
	10 Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (B.E.A.) . . . . .	84
	11 Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) der CDU . . . . .	84
	12 Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) . . . . .	88
	13 Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) . . . . .	117

<b>14</b>	<b>Deutsche Hausfrauengewerkschaft (dhg)</b> . . . . .	<b>168</b>
<b>15</b>	<b>Deutsche Postgewerkschaft (DPG)</b> . . . . .	<b>170</b>
<b>16</b>	<b>Deutscher Arbeitnehmer-Verband (DAV)</b> . . . . .	<b>175</b>
<b>17</b>	<b>Deutscher Bankangestellten-Verband (DBV)</b> . . . . .	<b>176</b>
<b>18</b>	<b>Deutscher Beamtenbund (DBB)</b> . . . . .	<b>177</b>
<b>19</b>	<b>Deutscher Bundeswehr-Verband (DBwV)</b> . . . . .	<b>199</b>
<b>20</b>	<b>Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)</b> . . . . .	<b>203</b>
<b>21</b>	<b>Deutscher Journalisten-Verband (DJV)</b> . . . . .	<b>313</b>
<b>22</b>	<b>Deutscher Lehrerverband (DL)</b> . . . . .	<b>315</b>
<b>23</b>	<b>Die Unabhängigen – Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB)</b> . . . . .	<b>316</b>
<b>24</b>	<b>Evangelische Konferenz für Arbeitnehmerfragen (EKA)</b> . . . . .	<b>321</b>
<b>25</b>	<b>Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)</b> . . . . .	<b>321</b>
<b>26</b>	<b>Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)</b> . . . . .	<b>324</b>
<b>27</b>	<b>Gewerkschaft der Polizei (GdP)</b> . . . . .	<b>329</b>
<b>28</b>	<b>Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)</b> . . . . .	<b>333</b>
<b>29</b>	<b>Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)</b> . . . . .	<b>339</b>
<b>30</b>	<b>Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)</b> . . . . .	<b>344</b>
<b>31</b>	<b>Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)</b> . . . . .	<b>350</b>
<b>32</b>	<b>Gewerkschaft Leder (GL)</b> . . . . .	<b>355</b>
<b>33</b>	<b>Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)</b> . . . . .	<b>360</b>
<b>34</b>	<b>Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)</b> . . . . .	<b>366</b>
<b>35</b>	<b>Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB)</b> . . . . .	<b>374</b>
<b>36</b>	<b>Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)</b> . . . . .	<b>379</b>
<b>37</b>	<b>Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE)</b> . . . . .	<b>383</b>
<b>38</b>	<b>Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE)</b> . . . . .	<b>388</b>
<b>39</b>	<b>Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IGC)</b> . . . . .	<b>395</b>
<b>40</b>	<b>Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)</b> . . . . .	<b>401</b>
<b>41</b>	<b>Industriegewerkschaft Metall (IGM)</b> . . . . .	<b>410</b>
<b>42</b>	<b>Kartellgewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (KGBCE)</b> . . . . .	<b>416</b>
<b>43</b>	<b>Kolpingwerk Deutschland</b> . . . . .	<b>417</b>
<b>44</b>	<b>Marburger Bund (mb) – Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands</b> . . . . .	<b>418</b>
<b>45</b>	<b>Union der Leitenden Angestellten (ULA)</b> . . . . .	<b>421</b>

46	Vereinigung Cockpit (VC)	426
47	Vereinigung der höheren Führungskräfte der deutschen Bahnen (VHB)	427
48	Verband Deutscher Flugleiter (VDF)	428
<b>VI</b>	<b>Gewerkschaftliche Repräsentanz in den Bundesländern</b>	429
1	Gewerkschaften in Baden-Württemberg	429
2	Gewerkschaften in Bayern	431
3	Gewerkschaften in Berlin	433
4	Gewerkschaften in Brandenburg	435
5	Gewerkschaften in Bremen	437
6	Gewerkschaften in Hamburg	439
7	Gewerkschaften in Hessen	441
8	Gewerkschaften in Mecklenburg-Vorpommern	443
9	Gewerkschaften in Niedersachsen	445
10	Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen	447
11	Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz	449
12	Gewerkschaften im Saarland	451
13	Gewerkschaften in Sachsen	453
14	Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt	455
15	Gewerkschaften in Schleswig-Holstein	457
16	Gewerkschaften in Thüringen	459
<b>VII</b>	<b>Gewerkschaftsbewegungen in Europa</b>	462
1	Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien	462
2	Die Gewerkschaftsbewegung in Dänemark	468
3	Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland	474
4	Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich	475
5	Die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland	483
6	Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien	486
7	Die Gewerkschaftsbewegung in Irland	491
8	Die Gewerkschaftsbewegung in Italien	492
9	Die Gewerkschaftsbewegung in Luxemburg	498
10	Die Gewerkschaftsbewegung auf Malta	500
11	Die Gewerkschaftsbewegung in den Niederlanden	501
12	Die Gewerkschaftsbewegung in Norwegen	503
13	Die Gewerkschaftsbewegung in Österreich	505



14	Die Gewerkschaftsbewegung in Portugal . . . . .	506
15	Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden . . . . .	511
16	Die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz . . . . .	513
17	Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien . . . . .	515
18	Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei . . . . .	522
19	Die Gewerkschaftsbewegung auf Zypern . . . . .	525

**VIII Europäische Dachverbände . . . . . 527**

1	Bund Freier Gewerkschaften (BFG) . . . . .	527
2	Europäische Vereinigung der Führungskräfte (CEC) . . . . .	528
3	Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) . . . . .	530
4	Europäischer Ausschuß der Lebensmittel-, Genußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaften in der IUL (EAL-IUL) . . . . .	532
5	Europäischer Bund der Bau- und Holzarbeiter (EBBH) . . . . .	533
6	Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften (EFA) . . . . .	534
7	Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energie- gewerkschaften (EFBCE) . . . . .	535
8	Europäischer Gewerkschaftsausschuß Textil, Bekleidung und Leder (EGA-TBL) . . . . .	536
9	Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Bildung und Wissenschaft (EGABW) . . . . .	537
10	Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst, Medien und Unterhaltung (EGAKU) . . . . .	537
11	Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) . . . . .	538
12	Europäische Graphische Föderation (EGF) . . . . .	542
13	Europäischer Gewerkschaftsausschuß für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) . . . . .	543
14	Europäische Journalisten-Föderation (EJF) . . . . .	544
15	Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB) . . . . .	545
16	Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) . . . . .	548
17	Europäische Regionalorganisation des Internationalen Bundes der Privatangestellten (EURO-FIET) . . . . .	550
18	Europäische Organisation der Militärverbände (EUROMIL) . . . . .	552
19	Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß in der Europäischen Gemeinschaft (GVEG) . . . . .	553

<b>20</b>	Europäischer Ausschuß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonarbeiter (EA-IPTT) . . . . .	555
<b>21</b>	Internationale Union der Polizeigewerkschaften (UISP) . . . . .	556
<b>22</b>	Verbindungsbüro – Montan Ausschuß der Freien Berg- und Metallarbeiter-Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft .	556

**IX Internationale Dachverbände . . . . . 558**

<b>1</b>	Bildungsinternationale – Internationales Berufssekretariat der Lehrer (BI) . . . . .	558
<b>2</b>	International Federation of Air Line Pilots' Associations (IFALPA) .	560
<b>3</b>	Internationale Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (ICDA) . . . . .	561
<b>4</b>	Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe (IPTT) . . . . .	562
<b>5</b>	Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) . . . . .	564
<b>6</b>	Internationale Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICEF) . . . . .	565
<b>7</b>	Internationale Graphische Föderation (IGF) . . . . .	567
<b>8</b>	Internationale Journalisten-Föderation (IJF) . . . . .	569
<b>9</b>	Internationale Katholische Arbeitnehmer-Bewegung – Weltbewegung der Christlichen Arbeiter – (WBCA) . . . . .	571
<b>10</b>	Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) . . . . .	573
<b>11</b>	Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) . . . . .	575
<b>12</b>	Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) .	578
<b>13</b>	Internationaler Beamtenbund (CIF) . . . . .	580
<b>14</b>	Internationaler Bergarbeiterverband (IBV) . . . . .	581
<b>15</b>	Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) . . . . .	583
<b>16</b>	Internationaler Bund der Privatangestellten (FIET) . . . . .	585
<b>17</b>	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) . . . . .	588
<b>18</b>	Internationaler Metallgewerkschaftsbund (IMB) . . . . .	589
<b>19</b>	Internationales Sekretariat der Gewerkschaften für Kunst, Medien und Unterhaltung (ISETU) . . . . .	591
<b>20</b>	Weltgewerkschaftsbund (WGB) . . . . .	592
<b>21</b>	Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) . . . . .	593

**X Sozialattachés . . . . . 596**

# I Gewerkschaftsdefinition und Gewerkschaftstypen

---

## Vereinigungsfreiheit

Artikel 9 des Grundgesetzes räumt jedem Deutschen das Recht ein, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Diese Vereine, Vereinigungen, Interessengruppen, Gesellschaften, Verbände und so weiter sind freie Zusammenschlüsse von Interessenten innerhalb demokratischer Staaten, die Einfluß auf das politische Geschehen nehmen, ohne jedoch selbst Regierungsverantwortung zu tragen.

Im Kreise dieser Interessengruppen bezeichnet man die Vereinigungen der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) und die Vereinigungen der Arbeitgeber (Arbeitgeberverbände) als Sozialpartner.

Eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitsweise dieser Sozialpartner ist dabei, daß der Ausgleich der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht vom Staat wahrgenommen wird, sondern ihnen selbst überlassen bleibt.

## Gewerkschaftsdefinition

Circa 150 solcher Arbeitnehmervereinigungen (vgl. III) gibt es in der Bundesrepublik Deutschland. Sie heißen zum Beispiel:

- Angestelltenkammer Bremen
- Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger
- Deutscher Bankangestellten-Verband
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik
- Verband angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie
- Verband Deutscher Industriemeistervereinigungen
- Vereinigung Cockpit
- Zentralverband der Ingenieure des Öffentlichen Dienstes Deutschland

Das **Grundgesetz** schützt nicht nur das Recht des einzelnen, sich mit anderen zu einer Vereinigung zusammenzuschließen oder einer bestimmten Vereinigung beizutreten, sondern garantiert auch den Schutz solcher Koalitionen, die sich zur Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen zusammengeschlossen haben. So sind beispielsweise Arbeitnehmervereinigungen in ihrer Existenz, ihrer organisatorischen Autonomie und in ihrer vereinigungsgemäßen Betätigung geschützt. Dieser **Schutz** besteht gegenüber

- dem **Staat** (der Staat kann nur solche Schranken setzen, die zum Schutz anderer Rechtsgüter oder Rechtsbeteiligter geboten sind)
- **Dritten** (Dritte dürfen Vereinsmitglieder – Gewerkschaftsmitglieder – nicht aufgrund ihrer Mitgliedschaft in diesem Verein benachteiligen)
- den **Mitgliedern** (der Ausschluß eines Gewerkschaftsmitglieds kann durch die ordentlichen Gerichte überprüft werden).

Solche vom Staat geschützten Arbeitnehmerkoalitionen werden als Gewerkschaften (tariffähige Arbeitnehmervereinigungen) bezeichnet, wenn sie folgende **Voraussetzungen** (diese Voraussetzungen gelten umgekehrt auch für die Arbeitgebervereinigungen – Arbeitgeberverbände) erfüllen:

- Es müssen **Vereinigungen von Arbeitnehmern** sein.
- Es muß ein **freiwilliger Zusammenschluß** von Arbeitnehmern sein.
- Es muß eine dauernde Verbindung einer größeren Anzahl von Mitgliedern sein, wobei der Verein vom **Wechsel der Mitglieder** unabhängig sein muß.
- Gewerkschaften müssen **vom Gegner unabhängig** sein. Gewerkschaften müssen als Gegenspieler des Sozialpartners Arbeitgeberverband auftreten können. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft von Arbeitgebern in Arbeitnehmervereinigungen würde diese Koalition vom Arbeitgeber abhängig machen.
- Eine Gewerkschaft muß **überbetrieblich** tätig sein. Das bedeutet: Der Wirkungskreis darf sich nicht auf ein Unternehmen beschränken. Ausnahmen bilden die „**Hausgewerkschaften**“ der Post (Deutsche Postgewerkschaft) und der Deutschen Bahn (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands). Sie sind als Gewerkschaften allgemein anerkannt.
- **Gewerkschaften müssen Gegenmacht sein**. Sie müssen also eine Koalitionsstärke haben, die es ihnen ermöglicht, mit Macht ihre Vorstellungen durchdrücken zu können. Diese Machtposition ist abhängig von der Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Mit steigender Mitgliederzahl sind sie fähig zum Ausüben von Druck auf den Arbeitgeber. Die Arbeitnehmerkoalition muß also von ihrem

Gegenspieler Arbeitgeber oder Arbeitgeberverband ernstgenommen werden können.

- Die Arbeitnehmervereinigungen und die in ihnen zu erfolgende **Willensbildung hat demokratischen Erfordernissen zu entsprechen** und das Ziel, die **Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen** der Mitglieder zu fördern.

## Gewerkschaftstypen

Im Gegensatz zu Italien, Frankreich und England konzentriert sich das Gros der Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik Deutschland auf wenige große Gewerkschaften. Es sind die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Deutsche Beamtenbund (DBB), die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB), der Marburger Bund (mb), der Deutsche Bankangestelltenverband (DBV) und der Deutsche Journalisten-Verband (DJV). Trotz dieser Konzentration gibt es aber kein einheitliches Gewerkschaftssystem, sondern zwei verschiedene Gewerkschaftstypen: die Einheitsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Berufsverbände. (Abbildung)

## Einheitsgewerkschaft und Industrieverbandsprinzip

Der Anspruch, für alle Arbeitnehmer zu sprechen, wie ihn das DGB-Grundsatzprogramm zum Ausdruck bringt, ist das Ergebnis eines Konzentrationsprozesses der Gewerkschaften in Deutschland, besonders nach 1945. Dieser hatte dazu geführt, daß die 16 Einzelgewerkschaften des DGB unter den 150 verschiedenen Arbeitnehmerkoalitionen in Deutschland eine beherrschende Stellung einnehmen.

Dabei bedeutet **Einheitsgewerkschaft**:

- die Vereinigung von weltanschaulich und politisch differenzierten Richtungen innerhalb einer gemeinsamen Organisation, das heißt Mitglieder der verschiedenen politischen Parteien sowie unterschiedlicher Weltanschauung oder konfessioneller Einstellung innerhalb einer Gewerkschaft
- Zusammenschluß von Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Statusmerkmalen, Ausbildungsqualifikationen und arbeitsvertraglichen Besonderheiten innerhalb einer Gewerkschaft; Einheitsgewerkschaften werden also nicht unterschieden in Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, sondern beide Berufsgruppen sind in derselben Gewerkschaft vertreten
- das Grundprinzip: ein Betrieb – eine Gewerkschaft.

Nach diesem Prinzip sind folgende Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert (Reihenfolge nach ihrer Größe):

- Industriegewerkschaft Metall
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik
- Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden
- Deutsche Postgewerkschaft
- Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
- Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
- Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft Textil-Bekleidung
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst
- Gewerkschaft der Polizei
- Gewerkschaft Holz und Kunststoff
- Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
- Gewerkschaft Leder.

Aus dem Prinzip Einheitsgewerkschaft ergibt sich, daß eine offizielle Bindung an eine Partei nicht statthaft ist. Allerdings lehnen die DGB-Gewerkschaften politische Enthaltensamkeit ab. Daher muß es für den DGB eine Notwendigkeit sein, ein Mindestmaß an parteipolitischer und weltanschaulicher Neutralität zu bewahren, um nicht den Bruch zwischen den verschiedenen Richtungen zu riskieren. Allerdings ist die Affinität der DGB-Mitglieder und ganz besonders der DGB-Spitzenfunktionäre zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands SPD offenkundig geworden: In dem Verhältnis von etwa sieben SPD-Mitgliedern auf ein Mitglied von CDU/CSU in den Reihen der gewerkschaftlichen Führungsgruppen kommt die mehrheitlich sozialdemokratische Ausprägung der „Einheitsgewerkschaft“ DGB zum Ausdruck. Ähnlich

wie die Frauen sind auch Unionsmitglieder in diesem Kreis nur tolerierte Minderheiten, denen ein beschränktes Vertretungsrecht in den geschäftsführenden Vorständen eingeräumt wird. Erst seit 1986 hat eine DGB-Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), einen ersten Vorsitzenden (Hermann Lutz), der CDU-Mitglied ist. Alle übrigen Gewerkschaftsvorsitzenden im DGB sind SPD-Mitglieder.

### Gewerkschaftlicher Organisationsaufbau

Gewerkschaften geben sich eine **Satzung**: Hier werden Strukturen und Aufbau festgelegt. Diese Strukturen sehen Wahlen und Organe auf der örtlichen Ebene sowie auf der Landes- und Bundesebene vor.

Auf der **örtlichen Ebene** heißen die Organe Ortsstellen (NGG), Ortsvereine (IG Medien), Ortsverwaltung (HBV), Ortsgruppe (IG Bergbau), Ortsstelle (IG Chemie)



## Gewerkschaftliche Organisationsformen I

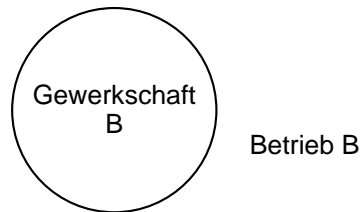
### Richtungsgewerkschaften

zum Beispiel: sozialistisch  
kommunistisch  
christlich



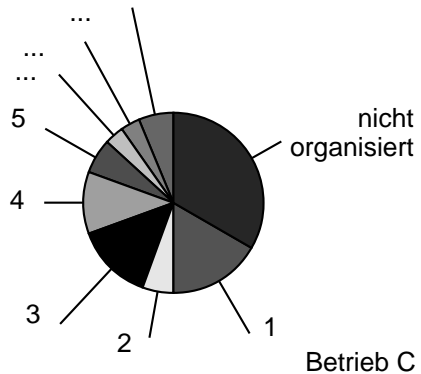
### Betriebsgewerkschaften

(in der Regel „Closed Shops“)



### Berufsgewerkschaften

zum Beispiel: 1 Elektriker  
2 Kranführer  
3 Schlosser  
4 Techniker  
5 Sekretärinnen  
...



oder Ortsverwaltung (ÖTV). Hierauf bauen sich die tarifpolitisch relativ eigenständigen Bezirke oder Landesbezirke auf. Auf der **Bundesebene** wird durch den Gewerkschaftstag der Hauptvorstand der Gewerkschaft gewählt. Dieser Hauptvorstand umfaßt überwiegend ehrenamtliche Mitglieder und ist bei den einzelnen Gewerkschaften unterschiedlich groß. Zur eigentlichen Geschäftsführung ist er allerdings ungeeignet. Diese Aufgabe wird von dem weniger Personen umfassenden



den **geschäftsführenden Vorstand** wahrgenommen. Er leitet und überwacht die Arbeit der hauptamtlichen Mitarbeiter in der Gewerkschaftszentrale und vertritt die Gewerkschaftsorganisation nach außen. Eine herausgehobene Führungsfunktion hat der jeweilige Erste Vorsitzende inne. Ihm werden viele Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt. In der Öffentlichkeit ist er die Repräsentationsperson der jeweiligen Gewerkschaft. (Abbildung)

Die **Gewerkschaftssatzungen** verbürgen den Gewerkschaftsmitgliedern indirekte Kontrollrechte und Beteiligungschancen durch ein Delegiertensystem (Vertreterversammlung, Bezirkskonferenz, Beirat) auf allen drei Organisationsebenen. Diese Kontroll- und Beteiligungsmöglichkeiten werden von den einzelnen Mitgliedern jedoch unterschiedlich intensiv wahrgenommen. (Abbildung)

### **Gewerkschaftlicher Vertrauenskörper im Betrieb**

Die unterste Gewerkschaftsorganisation ist die Ortsverwaltung oder die Ortsstelle und nicht der Betrieb. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine Betriebsgewerkschaften. Diese von den Gewerkschaften als Mangel empfundene Situation versuchen sie durch den Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers im Betrieb auszugleichen.

Dieser Vertrauenskörper – obwohl er nicht Bestandteil des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) ist – existiert heute in vielen Betrieben. Die Gewerkschaften haben sich mit dieser Konzeption ein „Zutrittsrecht“ zu den Betrieben geschaffen. Die Vertrauensleute haben sich zur Konkurrenz und zum gewerkschaftlichen Kontrollinstrument gegenüber den gesetzlichen Mitbestimmungsorganen Jugend- und Auszubildendenvertretung und Betriebsrat entwickelt.

Zwei **Typen von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten** wirken in den Betrieben: Einmal die sogenannten Vertrauensleute im Wirkungsbereich; das sind diejenigen, die von den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb gewählt werden, und zum anderen die Vertrauensleute in den Mitbestimmungsorganen, wie zum Beispiel in der Jugend- und Auszubildendenvertretung, sowie im Betriebsrat. Die zweite Gruppe ist die von den Gewerkschaften zu ihren Vertrauensleuten ernannte. Somit hat diese Gruppe eine Doppelfunktion inne: sie besteht einmal aus den von den Mitarbeitern gewählten Betriebsräten und zum anderen aus den von den Gewerkschaften für ihre Arbeit bestimmten Vertrauenspersonen, was im Gesetz nicht vorgesehen ist.

Besonders die DGB-Gewerkschaften verlangen, daß diese Vertrauensleute ausschließlich die Interessenvertretung der Gewerkschaft im Betrieb durchführen. Sie sollen gewerkschaftliche Forderungen im Betrieb erarbeiten, verbreiten und durchführen, sie sollen gewerkschaftliche Aktionen unterstützen, sie sollen ausschließ-

## Gewerkschaftliche Organisationsformen II

Einheitsgewerkschaft und Industrieverbandsprinzip

Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist unabhängig

vom arbeitsrechtlichen Status:

Arbeiter	Auszubildender
Angestellter	Rentner
Beamter	

von der Nationalität:

Inländer	Ausländer
----------	-----------

von der persönlichen Einstellung:

parteiliche Einstellung  
Weltanschauung  
Konfession.

Die Gewerkschaft ist nach Branchen gegliedert, zum Beispiel

Metall- und Elektroindustrie  
Chemie  
Handel, Banken, Versicherungen  
etc.

Für jeden Betrieb ist nur eine Gewerkschaft zuständig.

Die Zuständigkeit richtet sich nach dem Hauptzweck des Betriebs.

lich mit dem Ortsvorstand der Gewerkschaft zusammenarbeiten, und ihnen obliegt die Bildung des **Streikausschusses**.

Sie sollen die Betriebsversammlungen vorbereiten und die Wahllisten der Gewerkschaftskandidaten für die Betriebsratswahlen aufstellen und dort die Listenplätze vergeben. Sie sind verpflichtet, die Mitbestimmungsorgane im Einvernehmen mit der Gewerkschaft zu koordinieren. Sie sollen alle Informationen über Vorgänge im Betrieb an den Ortsvorstand der Gewerkschaft weitergeben, ihn unterstützen, besonders bei der Beitragskassierung und der Kontrolle der Mitgliedsausweise. Um den Organisationsgrad im Betrieb zu erhöhen, sollen Vertrauensleute die gewerkschaftliche Mitgliedschaft bei neu in den Betrieb kommenden Arbeitnehmern „über-

prüfen“, nicht organisierte Mitarbeiter für die Gewerkschaften werben sowie Austritte aus der Gewerkschaft verhindern. (Abbildung)

Noch weitergehende Erläuterungen dazu, was Gewerkschaften sind, wie sie sich gliedern und welche Aufgaben sie erfüllen, finden sich in dem Buch von Michael Fuchs und Horst-Udo Niedenhoff „Sozialpartnerschaft“ auf den Seiten 27 bis 37.

## II Entwicklung der Arbeitnehmerverbände in Deutschland

---

- Juni 1773** Vereinigte Gesellschaft der Handlungsdieners (später **Breslauer Verein**) als *ältester bekannter Zusammenschluß von Angestellten* auf deutschem Boden gegründet: Stellenlosenunterstützung, Altersversorgung, Unterkunft.
- vor 1848** Gründung *erster gewerkschaftlicher Widerstands- und Selbsthilfeorganisationen* (örtliche Vereinigungen mit begrenzten Mitgliederzahlen).
- 1840** Leipziger Buchdrucker fordern Tarifvertrag mit kollektiver Regelung der Löhne.  
Maurergesellen in den Hansestädten streiken für höhere Löhne.
- 1848** Die Arbeiter unternehmen während der *März-Revolution* einen erneuten Versuch zur Gründung gewerkschaftlicher Koalitionen. Erste Ansätze zu *regionalen Verbänden* mit spezifisch gewerkschaftlichen Zielen sind nun vorhanden:  
Nationaler Buchdruck-Verein Gutenberg;  
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein;  
Organisation der Tabakarbeiter mit circa 60 Ortsgruppen.
- August 1848** „*Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung*“ wird auf dem Arbeiterkongreß in Berlin gegründet.  
Hier tauchen gewerkschaftliche Forderungen auf:  
 Bestimmung des Mindestlohns durch Kommissionen, die aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt sind  
 Zusammenschluß der Arbeiter zur Sicherung der vereinbarten Lohnsätze  
 Verlangen nach Arbeitslosenunterstützungen und nach Organisationen der Arbeitsvermittlung durch lokale Gewerkschaftsverbände.
- September 1849** *Association der Zigarrenarbeiter Deutschlands* unter Führung von Wenzel Kohlweck mit 12 800 Mitgliedern in 30 Lokalvereinen in 77 Orten.
- Oktober 1849** „*Gutenbergbund*“, geführt von Karl Fröhlich, circa 300 Mitglieder in 63 Lokalvereinen in 148 Orten.

- 13. Juli 1854** Beschluß des Bundestages verbietet alle Vereine, die kommunistische, sozialistische oder politische Ziele verfolgen.
- 1858** Gründung des Vereins für *Handlungs-Commis* als Angestelltenverband in Hamburg: Wie im Zunftwesen nahm er auch „Prinzipale“ auf und verstand sich als Selbsthilfebewegung gegen die „um sich greifende gewerbsmäßige Ausbeutung der Handlungsgehilfen“.
- 1860 bis 1863** Immer mehr *Arbeiterbildungsvereine*, *Arbeiterkonsumvereine* und ähnliche Vereine schließen sich zusammen.
- 1. Februar 1865** Das *Gewerkegesetz* tritt in Kraft. Dies ist die Geburtsstunde der deutschen Gewerkschaften. Neben örtlich begrenzten Berufsvereinen entstehen gewerkschaftliche Zentralverbände.
- 1865** Zentralverband für Tabakarbeiter
- 1866** Zentralverband für Buchdrucker
- 1867** Zentralverband für Schneider
- 1868** Jean Baptist von Schweitzer und Alex Fritsche bereiten den *ersten Zusammenschluß zu einer größeren Gewerkschaftsorganisation* vor, sie übernehmen die Führung des „*Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*“.
- 27. September 1868** Allgemeiner Deutscher Arbeiterkongreß in Berlin: 205 Delegierte aus Arbeitervereinigungen mit circa 60 Ortsgruppen.
- November 1868** Veröffentlichung des *Musterstatuts für deutsche Gewerkgewossenschaften* durch August Bebel; Gründung von lokalen Berufsorganisationen, Einrichtung von Streik- und Unterstützungskassen.
- 1868/69** Entstehung der deutschen *Gewerkschaftsbewegung*, Spaltung in „sozialistische“ und „Hirsch-Dunckersche“ Gewerkschaften. Die sozialistischen Gewerkschaften wurden von Führern der sozialistischen Parteien gegründet. Die „Hirsch-Dunckerschen“ Gewerkschaften entstanden unter Einfluß der liberalen Partei. Dr. Hirsch wollte, unterstützt von dem Zeitungsbesitzer Duncker, in Deutschland Gewerkschaften nach englischem Muster gründen im engen Anschluß an die liberale politische Bewegung. Gründung in Berlin; hauptsächlich sind Berliner Maschinenbauer Mitglieder.

- Anfang 1869** Entstehung von auf dem Musterstatut basierenden Gewerkschaftsverbänden (siehe oben).
- 1848 bis 1870** *Die ersten Gewerkschaften waren mehr oder weniger gebunden an drei politische Richtungen:*  
Lassalleanischer Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein,  
Liberale Preußische Fortschrittspartei,  
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
- 1878** Das *Sozialistengesetz* wird erlassen. In den folgenden zehn Jahren mußten 17 Zentralverbände und 120 lokale Berufsorganisationen aufgelöst werden.
- 1881** *Gründung des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen.* Er kümmerte sich vor allem um das Lehrlingswesen und trat den Arbeitgebern äußerst gemäßigt gegenüber.
- 1884** *Verein der Deutschen Kaufleute* (den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften nahestehend): Sozialpolitische Forderungen wie Sonntagsruhe und Ladenschluß um 20.00 Uhr  
Deutscher Werkmeister-Verband in Düsseldorf,  
Deutscher Techniker-Verband (DTV)
- 1889** *Kaufmännischer und gewerblicher Hilfsverein weiblicher Angestellter:* erste Frauengewerkschaft, die zu den christlich ausgerichteten Angestelltenverbänden gehörte.
- 1890** Beseitigung des Sozialistengesetzes:  
320 000 Mitglieder in den „sozialistischen“, die später auch „freie“ Gewerkschaften genannt werden;  
63 000 Angehörige der „Hirsch-Dunckerschen“ Gewerkschaften  
Konstituierung der „*Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands*“
- 1. Mai 1890** Hamburger Arbeiter legen erstmals die Arbeit nieder; dieser Demonstrationstag war mit der Forderung nach einem Acht-Stunden-Tag verbunden.
- 1891** Einführung der *Alters- und Invalidenversicherung*
- 1892** *Erster deutscher Gewerkschaftskongreß* in Halberstadt: Eingliederung der Lokalorganisation in Zentralverbände sowie deren Verbindung in einer Fachorganisation mit circa 200 000 Mitgliedern.

- 1894** Der größte Verband der christlichen Gewerkschaften entsteht durch den Zusammenschluß von Bergarbeitern. Damit treten die christlichen Gewerkschaften in Konkurrenz zu den „freien Gewerkschaften“:  
Deutscher Metallarbeiterverband;  
Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter;  
Trierer christlicher Eisenbahner-Verband.
- 1895** Nach anfänglichen Schwierigkeiten (die Zahl der Mitglieder sank infolge einer Wirtschaftskrise) setzte ab 1895 das ununterbrochene Wachsen der Bewegung ein:  
bis 1913 hatten „christliche“ Gewerkschaften 274 918 Mitglieder,  
„Hirsch-Dunckersche“ Gewerkschaften 54 557 Mitglieder.
- 1899** Christlich-Sozialer Metallarbeiter-Verband:  
Zusammenschluß der christlichen Gewerkschaften auf ihrem ersten Kongreß in Mainz zum *Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften* (Vorsitz: Adam Stegerwald).
- 1904** Gründung von zentralen Organen der Industrie als Gegengewicht zu den Gewerkschaften:  
1. „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“  
(vertrat Schwerindustrie)  
2. „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“  
(vertrat hauptsächlich Fertigwarenindustrie)
- 1913** Zusammenschluß der beiden Organisationen zur „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“.
- 1912/13** 77 Verbände von Angestellten mit 907 383 Mitgliedern: Organisationsgrad von circa 56 Prozent.
- 15. November 1918** „Arbeitsgemeinschaft industrieller und gewerblicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ beschließt im „Novemberabkommen“:  
 Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt  
 Alle aus dem Heeresdienst entlassenen Arbeiter haben Anspruch auf ihre alten Arbeitsplätze  
 Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises  
 Bestimmung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge  
 Errichtung von Arbeitsausschüssen in allen Betrieben mit

- 15. November 1918** mehr als 50 Beschäftigten, um sicherzustellen, daß die Arbeitsbedingungen den Regeln der Kollektivverträge entsprechen
- Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit beträgt acht Stunden
  - Errichtung eines paritätischen Zentralausschusses zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens
  - Der Zentralausschuß entscheidet zudem über alle Streitfragen, die sich aus den kollektiven Arbeitsverträgen ergeben.
- 1919** Bildung des **Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften (GEDAG)**, einer der drei Säulen des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).
- Umbenennung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in: **Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)** als Spitzenverband aller drei Gewerkschaftsrichtungen, die bis 1933 bestanden.
- Das *Haupttätigkeitsfeld des ADGB*:
- Bearbeitung aller die Verbände gemeinsam berührenden Fragen auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet
  - Systematische Fortentwicklung des deutschen Arbeitsrechts
  - Besetzung der Beiräte in den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Einrichtungen
  - Aufnahme von Statistiken.
- 1919**
- Grundlegende Verhandlungen mit den zentralen Arbeitgeberverbänden, Regierungen und Wirtschaftsverbänden
  - Vertiefung der Beziehungen zu anderen Ländern
  - Beteiligung an internationalen Verhandlungen über den Friedensvertrag, Reparationen und die Wiedereingliederung Deutschlands in die internationale Wirtschaft.
- 1920/21** Gründung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund). Er arbeitete eng mit dem sozialdemokratisch ausgerichteten ADGB zusammen.
- 1870 bis 1933** Sozialistische Gewerkschaften – darunter der *Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB)* – mit insgesamt 4,7 Millionen Mitgliedern.
- Christliche Gewerkschaften* – zusammengeschlossen im ursprünglichen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) – mit etwa 1,3 Millionen Mitgliedern.



- 1870 bis 1933**      *Liberale Verbände* – die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine – mit insgesamt 600 000 Mitgliedern.
- Nach 1919**      Angestelltenverbände bilden Gewerkschaftsbünde mit den christlichen oder den „Hirsch-Dunckerschen Arbeiterverbänden“:  
 „Deutscher Gewerkschaftsbund“ (christlich)  
 „Gewerkschaftsring“ (Hirsch-Duncker).
- 1922**      ADGB-Konferenz in Leipzig entscheidet sich für die Förderung der *Entwicklung zur Industriegewerkschaft*.
- 1923**      Acht-Stunden-Tag als Norm wird durch eine Arbeitszeitverordnung ungültig: Streikfreiheit und Tarifautonomie werden stark eingeschränkt.
- 1928**      Ende 1928 haben die „freien“ Gewerkschaften 5,5 Millionen, die „christlichen“ Gewerkschaften knapp 1,3 Millionen, die „Hirsch-Dunckerschen“ Gewerkschaften 600 000 und die inzwischen gegründeten kommunistischen Verbände 7 900 Mitglieder.
- 1933 bis 1945**      Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten führte zur Auflösung der Gewerkschaften und **Gleichschaltung** aller Arbeitnehmer durch Zwangsmitgliedschaft in der *Deutschen Arbeitsfront (DAF)*. Die DAF umfaßte 14 Arbeiterverbände im „Gesamtverband der deutschen Arbeiter“ und 9 Angestelltenverbände im „Gesamtverband der deutschen Angestellten“.
- Erste Überlegungen über Aufbau und Organisation der zukünftigen deutschen Gewerkschaften wurden in der Emigration und in der Widerstandsbewegung angestellt. Gewerkschafter der verschiedenen Richtungen gelangten zu der Überzeugung, daß politische und weltanschauliche Gesichtspunkte nicht noch einmal zum Organisationsprinzip erhoben werden dürften. *An die Stelle der alten* Richtungsgewerkschaften sollte die Einheitsgewerkschaft treten; offen für sozialpolitische, christliche und liberale Gewerkschafter.
- Weiterhin sollte das frühere *Berufsverbandsprinzip* durch das *Industrieverbandsprinzip* ersetzt werden: Entscheidend für die Gewerkschaftsmitgliedschaft des Arbeitnehmers sollte somit nicht mehr sein Beruf sein, sondern die Branchenzugehörigkeit des ihn beschäftigenden Betriebes.

## 1945 bis 1949

In der Praxis konnte jedoch die Reorganisation der Gewerkschaften nur unter strikter Beachtung der *Vorstellungen der Besatzungsmächte* vorgenommen werden: Das Ziel der deutschen Gewerkschaftsfunktionäre, zentral organisierte und dadurch besonders durchsetzungsfähige Gewerkschaften aufzubauen, stieß auf den Widerstand der drei Westmächte. Sie bestanden auf einem Aufbau „von unten her“. So konstituierten sich zunächst betriebliche beziehungsweise örtliche Gewerkschaften – die erste noch vor Kriegsende, im März 1945, im damals schon besetzten Aachen.

Lediglich in der sowjetisch besetzten Zone entstand bereits 1945 eine zentrale Organisation, der **Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)** der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Der nächste Schritt, die organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Gruppen zu zentralen Verbänden, erfolgte in der britischen Zone mit der Errichtung eines *Zonensekretariats* und eines *Zonenausschusses* im Jahre 1946. Den Abschluß dieser Phase bildete im April 1947 der Bielefelder *Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone*, zu dessen Vorsitzenden Hans Böckler gewählt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits mehrere Gewerkschaften als Industrieverbände organisiert.

In den beiden anderen westlichen Besatzungszonen wurden während der Jahre 1946 und 1947 ebenfalls zentrale Organisationen gebildet, die sich jedoch auf die Landesebene beschränkten. Beispiele sind der Freie Gewerkschaftsbund Hessen und der Bayerische Gewerkschafts-Bund.

Eine Vereinigung über die Zonengrenzen hinweg scheiterte fürs erste am sowjetischen wie auch am französischen Einspruch. Schließlich jedoch bildeten die Gewerkschaften der britischen und amerikanischen Zone im November 1947 einen gemeinsamen Gewerkschaftsrat, dem sich ein Jahr später auch die Gewerkschaftsvertreter der französischen Zone anschließen durften. Dagegen kam es nach der Währungsreform, der Blockade Berlins und der damit im Zusammenhang stehenden Gründung der **Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO)** in West-Berlin zum endgültigen Bruch zwischen den Freien Gewerkschaften der Westzone und dem staatlich gelenkten FDGB der sowjetischen Zone.

- Juli 1945** Die *Deutsche Angestellten-Gewerkschaft* (DAG) entsteht in Hamburg als Nachfolgeorganisation der früheren Angestelltenverbände.
- Oktober 1947** *In Hamburg entsteht eine neue Deutsche Beamten-gewerkschaft.*
- Oktober 1949** *Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes* (DGB) in München mit 16 Einzelgewerkschaften (Vorsitzen-der: Hans Böckler).
- Erstes Grundsatzprogramm* mit den Forderungen:
- zentrale wirtschaftliche Planung
  - Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer
  - Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum
  - soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung al-ler Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag.
- Dezember 1949** Gründung des *Deutschen Journalisten-Verbandes* (DJV) in Berlin.
- März 1950** Gründung: *Deutscher Beamtenbund* (DBB) – Gewerkschaft der Berufsbeamten – in Bonn.
- Juli 1951** Gründung der *Union der Leitenden Angestellten* (ULA).
- 27. Juni 1959** Gründung des *Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutsch-lands* (CGB) in Mainz. Diese Gründung war die Antwort christlicher Gewerkschaftskreise auf die Politik des DGB, dem man vorwarf, durch eine rein sozialistische Zielsetzung gegen den Gedanken der Einheitsgewerkschaft verstoßen zu haben. Unter dem Dach des CGB schlossen sich auch die bereits 1947 im Saargebiet entstandenen christlichen Gewerkschaften sowie der 1950 neugegründete Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV) zusam-men.

---

**DBB-Politik**  
**1953 Grundsatz-**  
**programm**

Zum ersten Bundesvorsitzenden des DBB wurde Hans Schäfer gewählt. Schon im folgenden Jahr zog der spätere Bundesvorsitzende, Alfred Krause, als einer der fünf Beisitzer in den Geschäftsführenden DBB-Vorstand ein. Und Ende April 1953 verabschiedete der 3. Delegiertentag das erste „*Grundsatzprogramm des Deutschen Beamtenbun-des*“.

**DBB-Politik  
1953 Grundsatz-  
programm**

Als zweiten Bundesvorsitzenden des Nachkriegs-DBB wählte der 5. Bundesvertretertag im Mai 1955 Angelo Kramel, während Alfred Krause mit Erfolg für die Position eines Stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidierte.

**1957  
Gemeinschaft  
tariffähiger  
Verbände**

Eine wichtige Weiche wurde vom DBB 1957 mit der *Gründung der Gemeinschaft tariffähiger Verbände* (GtV) innerhalb des DBB gestellt. Sie dokumentierte die Bereitschaft des DBB, auch für die beiden Sekundär-Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes, die Arbeiter und Angestellten, Interessenvertreter sein zu wollen. Sie bedeutete zugleich, daß der DBB gegenüber dem Alleinvertretungsanspruch des DGB nicht nur defensiv im Interesse der Beamten, sondern auch offensiv zugunsten der Belange der Tarif-Arbeitnehmer operieren wollte.

Die wesentlichen Schritte auf diesem langen Marsch wurden in der Amtszeit des dritten DBB-Bundesvorsitzenden, Alfred Krause, getan, der im Mai 1959 vom 8. Bundesvertretertag in Berlin in diese Position gewählt und bis 1987 immer wieder im Amt bestätigt worden war.

**1969  
Entscheidung  
für Tarif-  
gemeinschaften**

Ende 1969 entschied sich der DBB zwecks Steigerung der Effektivität seiner Tarifarbeit zur Kooperation seiner GtV mit außerhalb des DBB stehenden Verbänden – vor allem CGB-Mitgliedern – durch Gründung der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD), der freilich erst 1974 von den öffentlichen Arbeitgebern die Teilnahme an direkten mündlichen Tarifverhandlungen zugestanden wurde.

Ende 1976 war die GGVöD Gründungspartner der DAG und des Marburger Bundes (mb) – Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands –, die sich zur Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst zusammenschlossen, als die DGB-Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) erklärt hatte, mit der DAG keine gemeinsamen Tarifverhandlungen mehr führen zu wollen.

Ende 1979 wurde mit dem amtierenden Vorsitzenden der GtV (seit 1967) und der GGVöD (seit 1971), Karl-Heinz Baetge, erstmals ein Vertreter der Tarif-Arbeitnehmer innerhalb des DBB als Stellvertretender Bundesvorsitzender in die vierköpfige DBB-Bundesleitung gewählt.

**1987**  
**Generations-**  
**wechsel**

Im November 1987 erfolgte der erste bedeutende Generationswechsel an der DBB-Spitze. Mit knappem Vorsprung vor seinem Herausforderer, Heinz Ossenkamp, löste Werner Hagedorn den nicht mehr kandidierenden Alfred Krause ab. Hagedorns Ziel war es, den Tarifbereich im DBB zu stärken und ihm ein eher gewerkschaftliches Profil zu geben.

Gleichwohl steht die Interessenvertretung der Beamten, die rund 90 Prozent der Mitgliedschaft in den gegenwärtig 45 Mitgliedsverbänden des DBB stellen, weiter im Zentrum der Arbeit dieses Spitzenverbandes. Seine Politik zielt, im Gegensatz zu den entsprechenden Passagen im neuen DGB-Grundsatzprogramm, auf Erhalt und Fortentwicklung des Beamtenstandes unter ausdrücklichem Verzicht auf das vom DGB geforderte Streikrecht.

---

**DAG-Politik**

Mit der Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereiches auf die gesamte britische Zone und dem Auftreten selbständiger Angestelltenorganisationen auch in den beiden anderen Westzonen kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen über Zuständigkeits- und Abgrenzungsfragen zwischen der DAG und den Industriegewerkschaften des DGB. Die DAG sprach sich zwar auch weiterhin für eine Mitgliedschaft in einem gemeinsamen Gewerkschaftsbund aus, doch die gegensätzlichen Auffassungen in organisatorischen Fragen – hier der Wunsch nach selbständigen Angestelltenorganisationen, da nach der gemeinsamen Organisation für alle Arbeitnehmer – führten schließlich zur Bildung zweier getrennter Spitzenverbände. Spätere Einigungsversuche scheiterten.

**1949**  
**Zusammenschluß**

Durch den Zusammenschluß der DAG der britischen Zone mit den Angestelltengewerkschaften der amerikanischen Zone im April 1949 – Vereinigungskongreß – sowie durch den Beschluß des vorbereitenden Ausschusses für den DGB-Gründungskongreß vom 26./27. Juli 1949, wonach die DAG nicht in den geplanten Bund paßte, wurde die Trennung schließlich auch formal vollzogen.

Während der weiteren Entwicklung schien eine Aufnahme der DAG in den DGB wieder möglich, zumal zwischen beiden Verbänden keine nennenswerten politischen Unterschiede bestanden: „Die politischen Stellungnahmen von DAG und DGB unterscheiden sich, wenn überhaupt, dann nur in Nuancen. In den wichtigsten gesellschaftspolitischen Fragen . . . herrscht Übereinstimmung.“

**1976**  
**Aufkündigung**  
**der Tarif-**  
**gemeinschaft**  
**DAG – ÖTV**

Dennoch ließen die Gegensätze im organisatorischen Bereich bisher keine Einigung zustande kommen. Der vor wenigen Jahren noch möglich scheinende Zusammenschluß ist seit 1976, als – wie bereits erwähnt – die mit über einer Million Mitgliedern zweitgrößte DGB-Gewerkschaft, die ÖTV, der DAG die Gemeinschaft in der Tarifverhandlungsführung auf Arbeitnehmerseite aufkündigte, schwerer zu erreichen denn je. Die Folge war eine engere Kooperation auf tarifpolitischem Gebiet mit den entsprechenden Verbänden des DBB und des CGB. Denn auch der neue DAG-Vorsitzende, Roland Issen, der im September 1987 Hermann Brandt abgelöst hat, stieß mit seinem aktuellen Kooperationsangebot beim DGB auf Ablehnung.

---

**CGB-Politik**

Eine eigene christliche Gewerkschaftsbewegung hat es nach 1945 lange Zeit nicht gegeben. Die Existenz konfessioneller Zusammenschlüsse, wie etwa der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), kann hier unberücksichtigt bleiben, da sich jene Verbände weder damals als Gewerkschaften verstanden noch heute diesen Anspruch erheben. Das oben angesprochene Engagement des DGB bei den Bundestagswahlen 1953 führte jedoch zu Spannungen mit den christlichen Gewerkschaftern der eigenen Mitgliedsverbände. Daher erhob sich von dieser Seite die Forderung nach Änderung der bisherigen Personalpolitik und stärkerer Vertretung der christlichen Richtung in den gewerkschaftlichen Organen. Eine solche Umstellung war jedoch ohne Satzungsänderungen beziehungsweise Kongreßbeschlüsse nicht möglich. Die Forderung blieb unerfüllt. DGB-Gewerkschafter, die den Unionsparteien angehörten, schlossen sich daraufhin zur Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB zusammen. Ein endgültiger Bruch wurde dadurch zunächst vermieden.

Daß die Problematik auf diese Weise nicht gelöst worden war, zeigte sich im Oktober 1955, als in Essen die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) gegründet wurde. Zum Spitzenverband entwickelte sie sich 1959 mit der Gründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) in Mainz.

---

## DGB-Politik 1953

Der 2. *Ordentliche Bundeskongreß* wählte im Jahre 1953 Walter Freitag zum neuen DGB-Vorsitzenden und führte zu einer weitgehenden Identifizierung des DGB mit der Politik der SPD. Als der DGB im Bundestagswahlkampf 1953 sogar zur „Wahl eines besseren Bundestages“ aufrief, reagierte die CDU mit massiver Kritik. Denn sie wertete diesen Aufruf als deutliches Zeichen dafür, daß der DGB – anders, als das von einer Einheitsgewerkschaft erwartet wurde – auf Dauer nicht bereit war, durch Wahrung der parteipolitischen Neutralität die Meinung der politischen Minderheit in seiner Mitgliedschaft zu respektieren. Der anschließende hohe Wahlsieg der Union bestätigte eindrucksvoll deren bisherige Politik und machte dem DGB deutlich, daß tiefgreifende Strukturveränderungen zum damaligen Zeitpunkt nicht dem Wählerwillen entsprachen und somit nicht durchzusetzen waren. Die DGB-Gewerkschaften wandten daher ihr Hauptinteresse wieder ihren traditionellen tarif- und sozialpolitischen Aufgaben zu. Ziel dieser Politik waren im wesentlichen materielle Verbesserungen.

## 1954/55

Auf dem *Frankfurter DGB-Bundeskongreß von 1954* übte der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI) des DGB, Viktor Agartz, in einem Grundsatzreferat zur Wirtschafts- und Steuerpolitik erneut scharfe Kritik an der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik und an der Sozialen Marktwirtschaft. Ebenfalls auf diesem Kongreß wurden „Grundsätze für ein Aktionsprogramm“ verabschiedet. *Dieses 1955 verkündete Aktionsprogramm* verdeutlichte die bereits erwähnte Akzentverschiebung. Zu den Forderungen gehörten unter anderem kürzere Arbeitszeit, Hebung des Lebensstandards durch Erhöhung der Löhne, größere soziale Sicherheit, gesicherte Mitbestimmung und verbesserter Arbeitsschutz.

## 1956

Zum Sinne dieses Programms äußerte sich der damalige Erste Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall (IGM), Otto Brenner, auf dem in Hamburg versammelten 4. *Ordentlichen DGB-Bundeskongreß 1956* in einem Grundsatzreferat. Danach galt es, „neue Mittel und Wege zu suchen und uns nur auf solche Nahziele zu beschränken und zu konzentrieren, die durch eigene und gemeinsame Kraft der Gewerkschaften erreichbar waren“.

## 1959

Trotz des neuen Aktionsprogramms bekannte sich der DGB auch weiterhin zu seinen Münchener Grundsätzen von

- 1959** 1949. Durch die Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD im Jahre 1959 sah er sich jedoch veranlaßt, die eigene Programmatik zu überdenken.
- 1963** Nach langer Diskussion wurde schließlich auf dem 2. *Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß 1963* in Düsseldorf ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet, das wesentliche Teile der Münchener Grundsätze revidierte. Ziel der Reform war es, die wirtschaftspolitischen Grundsätze der „wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland anzupassen“, wie Ludwig Rosenberg, seit 1962 DGB-Vorsitzender, auf diesem Kongreß sagte.
- 1965  
DGB-Aktionsprogramm** Aufbauend auf dem *Aktionsprogramm von 1955* und dem neuen Grundsatzprogramm, entwickelte der DGB nun auch ein neues *Aktionsprogramm, das am 1. Mai 1965* offiziell verkündet wurde. Nachdem zahlreiche Forderungen des alten Programms bereits erfüllt waren, erfolgte damit eine Anpassung der gewerkschaftlichen Nahziele an die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das 65er Programm wurde gegenüber dem ersten wesentlich erweitert. Neue Forderungen waren unter anderem:
- 13. Monatsgehalt
  - tarifvertragliche Sicherung der freiwilligen Leistungen
  - vier Wochen Mindesturlaub
  - bezahlter Bildungsurlaub
  - Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung
  - tarifpolitische Maßnahmen für eine gerechtere Vermögensverteilung.
- 1972  
3. DGB-Aktionsprogramm** Eine erneute Aktualisierung brachte die Verabschiedung des *dritten Aktionsprogramms* auf dem 9. *Ordentlichen Bundeskongreß 1972* in Berlin. Neben Forderungen zur Steuer- und Finanzpolitik und zum Umweltschutz wurden auch Forderungen nach einem überbetrieblichen System der Ertragsbeteiligung am Produktivvermögen neu aufgenommen. Darüber hinaus trat der DGB für die Ausdehnung seiner Mitbestimmungsforderungen auf weitere Bereiche ein und erklärte die Notwendigkeit einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik.
- 1979  
4. DGB-Aktionsprogramm** Im Juni 1979 verabschiedete der DGB-Bundesausschuß ein *viertes Aktionsprogramm*. Darin waren als neue Themen Tarifautonomie, Medienunabhängigkeit und Energieversor-



**1979**  
**4. DGB-Aktions-**  
**programm**

gung aufgenommen worden. Die Schwerpunkte des Programms liegen in folgenden Forderungen:

- Verbot der Aussperrung
- Einführung der 35-Stunden-Woche
- Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Mediensystems
- Nutzung der Kernenergie.

**1981**  
**DGB-Grundsatz-**  
**programm**

Im März 1981 wurde vom **4. Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß** außerdem ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet, dessen Entwurf – im Oktober 1979 vom DGB-Bundesvorstand beschlossen – fast anderthalb Jahre in den DGB-Gewerkschaften auf allen Organisationsebenen breit diskutiert worden war. Die neuen Grundsatzforderungen weichen nicht wesentlich von den 1979 gestellten ab. Es sind neben der als Grundsatz-Kapitel behandelten „Humanisierung der Arbeit“ eher Grundlinien, die stärker betont werden:

- Einheitlichkeit im Personalrecht
- Neuordnung des Bankensystems
- Alleinvertretung der Gewerkschaften (des DGB) in der sozialen Selbstverwaltung
- Beachtung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips, besonders beim Umweltschutz.

**1982**  
**„Fall Neue Heimat“**

Der **12. und 13. Ordentliche DGB-Kongreß 1982** in Berlin und 1986 in Hamburg zeigte die Problematik des *DGB als Unternehmer* (Fall Neue Heimat) auf. Im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften hatte der DGB von 1945 an ein Wirtschaftsimperium aufgebaut. Mißmanagement und Konjunkturreinbruch haben es jedoch zum Wanken gebracht. **Besonders 1986 in Hamburg** war das Einheitsgewerkschaftsprinzip wieder akut: DKP-Unterwanderung und Abgrenzung von den CDU-Gewerkschaften im DGB machten deutlich, daß der DGB noch immer keine Lösung gefunden hat.

**1988**  
**5. DGB-Aktions-**  
**programm**

Die letzten programmatischen Arbeiten stammen aus dem Jahre 1988. Dabei handelt es sich einerseits um das im September verabschiedete fünfte Aktionsprogramm, andererseits um den im Oktober zur Diskussion freigegebenen Entwurf eines neuen Sozialpolitischen Programms des DGB. Dieser soll Ende 1989 beschlußreif sein und seinen Vorgänger vom März 1980 ablösen. Nach gewerkschaftlichem Eingeständnis hatte das damalige Programm jedoch an der Basis kaum eine Rolle gespielt.

## **Diskussion um die DGB-Reform**

Seit Ende der fünfziger Jahre ist die programmatische Entwicklung begleitet von einer *Diskussion um die Organisationsform* des DGB. Das zentrale Thema war dabei das Verhältnis der Mitgliedsgewerkschaften zum Dachverband. Die Autorität des DGB, besonders seines Bundesvorstandes, war von Kongreß zu Kongreß immer mehr abgewertet worden. Begünstigt durch ihre Beitrags- und Tariffhoheit trafen in der Hauptsache die starken DGB-Gewerkschaften und nicht der Bund die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Entscheidungen. Erst 1962 wurde dem Geschäftsführenden Bundesvorstand nach Satzungsänderungen die Berechtigung zugestanden, „in Fragen von besonderer Bedeutung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wenn die Entscheidung unaufschiebbar ist“. Ferner wurden die DGB-Gewerkschaften an die Bundessatzung und die Beschlüsse der Bundesorgane gebunden. Darüber hinaus brachte diese Satzungsreform jedoch keine wesentlichen Änderungen im Verhältnis von Bund und Mitgliedsgewerkschaften. Die Reformdiskussion bekam indessen schon bald neuen Auftrieb, ohne aber entscheidende Änderungen zu bewirken. Zwar wurde eine Kommission zur Vorbereitung einer erneuten Satzungsreform eingesetzt sowie 1971 zum dritten Mal ein Außerordentlicher DGB-Bundeskongreß einberufen; die strittige Frage der Machtverteilung zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften blieb jedoch auch weiterhin ungeklärt. Immer wieder griffen die DGB-Gewerkschaften in politische Auseinandersetzungen ein: In den fünfziger Jahren wandten sie sich gegen die Wiederbewaffnung, später gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, und in den sechziger Jahren nahm die Auseinandersetzung um eine gesetzliche Notstandsregelung bei ihnen breiten Raum ein.

## **Mitte der achtziger Jahre Besitzstandssicherung am Ende der Arbeiterbewegung**

Die alte Arbeiterbewegung mit ihrem Organisationsgeflecht und dem dazugehörenden kulturellen Selbstbewußtsein einer eigenen Klassenlage gibt es nicht mehr. Geblieben aber sind die Gewerkschaften, die sich als Einheitsgewerkschaften auf die Vertretung der von ihnen definierten Arbeitnehmerinteressen konzentrieren. Die westdeutsche Arbeitnehmerschaft verfügt jetzt über umfangreiche Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte, einen ausgebauten Sozialstaat, und sie gehört hinsichtlich des materiellen Wohlstands zu den Spitzenreitern in der Welt. Der Wandel von der Arbeits- zu einer Freizeitgesellschaft stellt für die meisten von ihnen einen beispiellosen qualitativen Sprung in den Lebens- und

**Mitte der achtziger Jahre Besitzstandssicherung am Ende der Arbeiterbewegung**

Arbeitsverhältnissen dar. Mit den tarifpolitischen Erfolgen der Gewerkschaften änderte sich auch das Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder zu ihren Verbänden: Immer mehr wurde die Besitzstandssicherung zur Hauptaufgabe der Gewerkschaftsorganisation.

**1989/1990 Wiedervereinigung**

Der DGB beschreitet nach der Wiedervereinigung Deutschlands einen Weg, den er so nicht gewollt hatte. Das politische Handeln ist ihm von den Deutschen in der ehemaligen DDR 1989/90 diktiert worden. Noch im August 1989, als Tausende von DDR-Bürgern über Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten, reiste eine westdeutsche Delegation der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen unter der Leitung ihres 1. Vorsitzenden Lorenz Schwegler nach Ostberlin. Als Rückbesuch lud der DGB den damaligen Vorsitzenden des FDGB, Harry Tisch, vom 12. bis 15. September in die Bundesrepublik ein. Die Gespräche verliefen nach Aussage der Teilnehmer „in einer freundlichen, offenen Atmosphäre“.

Der Zusammenbruch der Regime im Osten entfachte in den Gewerkschaften aufs neue eine schon lange schwelende Diskussion über ihre eigene Identität. Die Stimmen im DGB sind sehr unterschiedlich: Hinsichtlich der Wiedervereinigung fordert der DGB einen Volksentscheid. Er stellt sich auf den Standpunkt, „daß das Volk am Prozeß der Beendigung der Teilung unmittelbar beteiligt werden müsse“, um sich damit auch identifizieren zu können. Der damalige IG-Metall-Chef Steinkühler kritisiert den „Hauruck-Stil“ des Bundeskanzlers bei der Wiedervereinigung. Durch den knappen Zeitplan finde „die Wirtschafts- und Währungsunion unter dem Diktat der Ökonomie statt“. Der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe stellt dem entgegen, daß „der Zeitdruck bei der Vereinigung durch den Willen der Menschen in der DDR verursacht wurde“.

**August 1990**

**Der auf dem 14. DGB-Kongreß in Hamburg** neu gewählte DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer sprach sich im August 1990 „für den sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik“ aus.

**1990/91 Der Weg zur gewerkschaftlichen Einheit**

Trotz anfänglicher „freundschaftlicher“ Kontakte distanziert sich die DGB-Führung vom FDGB: „Das Renommee des FDGB, so es noch eins gibt, ist so schlecht, daß der DGB bei weiterer Zusammenarbeit das Vertrauen seiner eigenen

**1990/91  
Der Weg zur  
gewerkschaft-  
lichen Einheit**

Mitglieder aufs Spiel setzt“, erklärte Alt-DGB-Chef Breit Mitte **1990 auf dem DGB-Bundeskongreß**. Aus diesem Grund wird auch ein Beschluß gefaßt, der den DGB vom Tage der Wiedervereinigung an für Gesamtdeutschland zuständig erklärt. Am 14. September 1990 beschließt der Dachverband FDGB die Selbstauflösung. Die aufgelösten Ost-Gewerkschaften empfehlen ihren Mitgliedern meist, in die DGB-Gewerkschaften überzutreten. Der Herbst des Jahres 1990 ist von Bundeskongressen der Gewerkschaften geprägt. Während im Osten die Selbstauflösung beschlossen wird, fallen auf den Konferenzen im Westen die Entscheidungen über die Art und Weise der Aufnahme der Ostmitglieder.

**1991  
Faktische  
Etablierung**

Im Laufe des Jahres 1991 vollzieht sich die faktische Etablierung der Einzelgewerkschaften im Osten durch die Abhaltung ihrer Gewerkschaftstage und die Wahl eigener Vorstände. Die Erwartungen, die die neuen Mitglieder an die jetzigen Gewerkschaften stellen, sind sehr hoch: Der Wunsch nach Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen dabei an erster Stelle. An zweiter Stelle steht die rasche Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen an westdeutsche Verhältnisse. Darüber hinaus erwarten sie Rat, Hilfe und konkreten Schutz in einer Wirtschaftsordnung, die sie nicht kennen.

Insgesamt gehen die Gewerkschaften aus der deutschen Einheit gestärkt hervor. Allein der DGB gewinnt durch die Wiedervereinigung rund 2,5 Millionen Mitglieder hinzu.

**September 1994  
DAG-Kooperati-  
onen**

Die neuen Kooperationspartner der DAG:

- Verband Deutscher Flugleiter (VDF)
- Verband Deutscher Flugsicherungs-Techniker und -Ingenieure (FTI)

---

**DGB-Reformdiskussion 1991–1995**

*Zwischenergebnis der Programmreformdiskussion*

Am 18. Juli 1995 präsentierte der 1. Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dieter Schulte, auf einer Pressekonferenz das Zwischenergebnis der DGB-Programmreformdiskussion. Dabei handelt es sich nach seinen Worten nicht um einen ersten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, sondern um Thesen, die sich bislang in acht Werkstattgesprächen herausgebildet haben.

In den kommenden Monaten sollen konkretere Papiere über die einzelnen Programmbereiche vorgelegt und zur Diskussion gestellt werden. Darauf basieren soll dann Anfang 1996 ein erster Entwurf für das neue Grundsatzprogramm. Diese Programmreform wird dann auch mit einer Organisationsreform einhergehen und auf dem Außerordentlichen Kongreß des DGB im November 1996 in Dresden zur Entscheidung gestellt werden.

### *Unveränderter Kern des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses*

Trotz aller Reformdiskussionen soll auch künftig Kern des gewerkschaftlichen Auftrages die kollektive Schutzfunktion für Arbeitnehmer sein. Dazu gehören nach Auffassung des DGB-Chefs die gewerkschaftlichen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Auch darf der Grundkonsens über die solidarische Ausgestaltung des Sozialstaates nicht angetastet werden. Nach wie vor ist es also die Solidargemeinschaft, die das Selbstverständnis der Gewerkschaft auch weiterhin zum Inhalt hat.

Allerdings sieht sich der DGB heute vor neue Herausforderungen gestellt. Dazu zählt die Globalisierung des Einkaufs, der Produktion und des Absatzes und somit die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft. Hinzu kommen noch die Reform des Sozialstaates sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Aber eine ganz besondere Gewichtung haben die veränderten Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Interessenverband.

Bei den wirtschaftlichen Thesen wird die herausgehobene Bedeutung von Innovationen zur Modernisierung der Unternehmungen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit betont. Diese Modernisierung wird nach DGB-Meinung gebraucht, um das Lohnniveau zu erhalten und den ökonomischen Umbau des Sozialstaates zu finanzieren. Auch soll der Standort Deutschland gestärkt werden: Dazu gehören die Qualifikation der Arbeitnehmer sowie die Infrastrukturausstattung. Gemeint sind damit die Verkehrs- und Kommunikationsangebote über Forschung bis hin zu sozialen Dienstleistungen.

Nach Schultes Meinung werden die Probleme des Sozialstaates nicht mehr vom DGB gelehnet. So sind die Grenzen der Finanzierbarkeit in Sicht gekommen. Mögliche DGB-Antworten sind dabei:

- Abbau der Arbeitslosigkeit und damit Verringerung ihrer sozialen Kosten
- Bereinigung des Sozialversicherungssystems um versicherungsfremde Leistungen
- Zunahme der Qualität und nicht der Quantität sozialstaatlicher Dienstleistungen
- Der Sozialstaat muß die Voraussetzungen für Wahlmöglichkeiten schaffen.

Der DGB will sich künftig verstärkt für die umweltverträgliche und zukunftssichernde Gestaltung des Wirtschaftswachstums einsetzen. Dies soll über den Preis der Energie erreicht werden.

### *Veränderte Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder*

Einen breiten Raum werden die Antworten auf die veränderten Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder an ihre Organisation einnehmen. Nach Schultes Meinung haben die Gewerkschaften erkannt, daß die Lebensperspektiven der Arbeitnehmer immer vielfältiger geworden sind. So wollen auch Gewerkschaftsmitglieder mehr Möglichkeiten sehen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Die Konsequenz daraus lautet: Individuelle Gestaltung und kollektive Schutzfunktionen müssen in ein neues Verhältnis gesetzt werden. Daß dazu mehr Souveränität und eine größere Selbstbestimmung gehören, soll sich nun in der Gewerkschaftsmeinung gefestigt haben. Der 1. Vorsitzende des DGB dazu: „Dieses neue Verhältnis von individueller Gestaltung und kollektiver Schutzfunktion muß sowohl in der betrieblichen als auch in der tarifvertraglichen Interessenvertretung verwirklicht werden. Darüber ist bereits eine spannende Diskussion um die künftige Rolle von Tarifverträgen als Rahmen für die konkrete Ausgestaltung im Betrieb bis hin zu einzelnen Arbeitsplätzen in Gang gekommen.“

### *Gewerkschaftsprobleme – heute*

Daß die Gewerkschaften sich heute in einer Krise befinden, ist nahezu allen bekannt. Das auffälligste Merkmal dieser Krise ist der Mitgliederschwund. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands haben die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Verbände weit über zwei Millionen Mitglieder verloren. 1993 kehrten 725 460 Männer und Frauen den DGB-Gewerkschaften den Rücken zu. 1994 waren es wiederum eine halbe Million Mitglieder. Das sind umgerechnet über 40 000 Mitglieder pro Monat.

Die Gewerkschaften geben diese Mitgliederverluste zu, behaupten aber, schuld sei die Arbeitslosigkeit. Natürlich spielt auch die Arbeitslosigkeit eine Rolle, aber – wie Umfragen zeigen – die Enttäuschung über Gewerkschaften ist ein Hauptmotiv des Austritts.

Dies gilt ganz besonders für die Arbeitnehmer in den neuen fünf Bundesländern. Immer mehr können entweder die Schutzfunktion der Gewerkschaften nicht mehr erkennen oder fühlen sich von der Gewerkschaftspolitik nicht mehr angesprochen. Dazu kommt auch der Wertewandel innerhalb der Arbeitnehmerschaft: Er hat sich vom Kollektivismus hin zum Individualismus entwickelt. Der einzelne möchte, daß seine Probleme angesprochen werden und er nicht hinter kollektiven Interessen zurücktreten muß.

Viele möchten mehr Möglichkeiten des Einflusses auf die Gewerkschaftspolitik haben. Der an seiner Gewerkschaft gescheiterte ehemalige HBV-Chef, Lorenz Schwegler, hat dies einmal mit dem Begriff der sogenannten „Mitmachgewerkschaft“ umschrieben. Dem steht die heutige Anonymität einer Großorganisation entgegen. Der Funktionsapparat hat sich weitgehend verselbständigt. Nicht ganz unschuldig daran war auch die mangelnde Bereitschaft der Mitglieder in der Vergangenheit, sich stärker in den Willensbildungsprozeß ihrer Gewerkschaft einzubringen. Viel zu lange hat sich die sogenannte Vertretermentalität breitgemacht: Ich zahle Beitrag, dafür kann die Gewerkschaft auch etwas tun.

### *Mangelnde Neuzugänge*

Weit schwerer als der Mitgliederverlust wiegt für die Gewerkschaften jedoch, daß sie bislang nicht imstande sind, Arbeitnehmer in rasch wachsenden Bereichen zu organisieren. Dazu zählt allen voran der Dienstleistungsbereich. Hier war die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) nicht in der Lage, Bank- und Versicherungskaufleute in ihre Reihen aufzunehmen. So sind denn heute die Problemgruppen der Gewerkschaften die Angestellten, die Frauen, Jugendliche und Teilzeitkräfte. Während es bei den einen (Angestellte) das Statusdenken war, das einen Gewerkschaftsbeitritt als nicht wünschenswert erscheinen ließ, sahen die Teilzeitkräfte aufgrund ihrer geringeren Arbeitsstunden keine Notwendigkeit, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Dies ist ganz besonders für die HBV ein Problem, denn in ihrem Organisationsbereich nehmen die teilzeitbeschäftigten Frauen in immer stärkerem Maße am Arbeitsleben teil. Zu lange Zeit haben sich die Gewerkschaften aber auch gegen das Einstellen von Teilzeitkräften gewehrt.

### *Das Problem Führungskräfte*

Es hat sich für die Gewerkschaften ein gefährlicher Trend entwickelt: Mit der Zunahme der Qualifikation und der hierarchischen Stellung von Arbeitnehmern nimmt ihre Bereitwilligkeit, in eine Gewerkschaft einzutreten, überproportional ab. Führungskräfte sind für die Gewerkschaften ausgesprochen schwierig zu organisieren. Ihre Qualifikation und ihr Selbstverständnis hat sie immer stärker zu Individualisten werden lassen. Umverteilung und Nivellierung sind für sie Fremdworte. Das war aber lange Zeit Inhalt der Gewerkschaftspolitik.

Statt dessen haben sie ein sehr intensives Kosten-Nutzen-Denken entwickelt. Was kostet eine eventuelle Mitgliedschaft, und was nutzt sie? Gerade bei diesem Denken ist die Beitragserhebung der Gewerkschaften für diesen Arbeitnehmertypus völlig ungeeignet. Die Gewerkschaften erheben ihre Beiträge nach dem Bruttoverdienst des Mitglieds. Dabei spielt die gewerkschaftliche Leistung keine Rolle. Mit anderen Worten, je mehr ein Mitglied verdient, desto mehr muß es zahlen, nämlich ein Prozent bis 1,2 Prozent vom Bruttoverdienst. Aber gerade Führungskräfte sind

doch diejenigen, die das Leistungsprinzip als Maxime anerkennen. Sie möchten viel eher – wenn sie sich denn schon mit der Möglichkeit des Beitritts zu einer Arbeitnehmervereinigung auseinandersetzen – ihren Beitrag nach der Leistung dieser Vereinigung ausrichten. Je mehr sie an Leistung in Anspruch nehmen wollen, desto eher sind sie bereit, auch mehr dafür zu bezahlen. Diese Situation haben auch einige Verbände, die vornehmlich Führungskräfte organisieren, erkannt. Sie erheben einen Festbeitrag.

Für die Gewerkschaften hat sich allerdings aus der Vergangenheit heraus noch ein anderes Problem entwickelt: Allzuoft haben sie den Solidargedanken vor das Leistungsprinzip gestellt. Sie sind in ihren Argumentationen sogar so weit gegangen, daß sie die sogenannten Besserverdienenden noch mehr zur Kasse bitten wollten. Führungskräfte sollten zum Beispiel steuerlich noch stärker herangezogen werden. Daß sie mit dieser Einstellung nicht gerade Freunde im Bereich der Führungskräfte gefunden haben, ist verständlich.

### *Mitgliederstruktur und Führungskräfte*

Das wohl größte Problem der Gewerkschaften ist, daß ihre Mitgliederstruktur nicht mehr mit der Struktur der Arbeitnehmerschaft übereinstimmt. Besonders deutlich fällt dies im Verhältnis zu den Führungskräften auf: Das Gros der Gewerkschaftsmitglieder, der Delegierten sowie auch der führenden Repräsentanten kommt aus dem gewerblichen Bereich. Sie hatten in der Regel einen Arbeiterberuf, bevor sie Gewerkschaftsfunktionäre wurden. Auch die Delegierten der Gewerkschaftstage sind entweder hauptamtliche Funktionäre, oder sie kommen zum großen Teil aus dem gewerblichen Bereich.

Es ist daher verständlich, daß sie sich in der Regel für eine ganz andere Klientel verantwortlich fühlen. Strategien zu entwickeln, wie Führungskräfte oder leitende Angestellte in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden werden können, gehörte bislang nicht zu ihrem Metier. Manchmal tritt sogar die Frage auf, ob dies überhaupt gewollt ist. Letztlich ist der damalige HBV-Vorsitzende, Lorenz Schwegler, an diesem Problem gescheitert, als er nämlich versuchte, neue Management-Methoden in die Gewerkschaft einzubringen und die HBV-Gewerkschaftstage zu reformieren.

### *Aus der Historie bedingtes Selbstverständnis*

In Deutschland können Gewerkschaften auf eine über hundertjährige, recht *wechselhafte Geschichte* zurückblicken. Nicht nur die Begleiterscheinungen der zunehmenden Industrialisierung haben die deutschen Gewerkschaften geprägt, sondern auch ihre Gegnerschaft zu den jeweiligen Systemen. Geprägt wurden die Gewerkschaften aber auch durch die Zäsuren der beiden verlorenen Weltkriege und die



dadurch bedingten politischen Regimewechsel: vom Wilhelminischen Kaiserreich über die Weimarer Republik und die totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus bis hin zur Spaltung Deutschlands, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie die nun vollzogene Wiedervereinigung Deutschlands.

Entstanden als relativ unbedeutende *berufsständische Selbsthilfeorganisationen*, nahmen sich die Gewerkschaften im Laufe des letzten Jahrhunderts – als Teil einer breiten Arbeiterbewegung – zunehmend der Interessen der Industriearbeiter an und vertraten diese gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung, allenfalls Duldung von seiten des Staates im Kaiserreich, einer kurzlebigen Blütezeit in der Weimarer Republik und ihrer schlimmsten Periode: dem Gewerkschaftsverbot im Dritten Reich, präsentieren sich die Gewerkschaften *heute als mächtige und allgemein anerkannte Interessenverbände*. Von ehrenamtlichen Aktivisten als gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Betrieben getragen und von hauptamtlichen Funktionären gelenkt, haben sie sich zu Massenorganisationen mit bürokratischem Apparat und weitreichenden Dienstleistungsfunktionen für ihre Mitglieder entwickelt.

Bedingt durch diese *wechselvolle Geschichte*, beanspruchen auch heute noch viele Gewerkschaftsfunktionäre ein sogenanntes „*politisches Mandat*“ – sie bezeichnen sich als Garant der Demokratie. So heißt es denn auch in der Präambel des Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft. Die Gewerkschaften haben sich ihre Existenz, ihre Aktionsspielräume und ihre Rechte selbst erkämpft. Jeder Angriff auf ihre Autonomie und ihre Handlungsfreiheit ist zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie. Die Gewerkschaften verteidigen mit der Demokratie auch ihre eigene Lebensgrundlage.“

Die meisten DGB-Gewerkschaften agieren daher auch heute noch wie die politischen Verbände, ohne daß sie wie eine politische Partei wählbar wären. Mit dem Begriff Gewerkschaft wird daher in der breiten Öffentlichkeit auch eine bestimmte *politische Einstellung und Richtung verbunden*.

Es wird daher immer wieder – besonders von Angestellten und Führungskräften – die Frage gestellt: Welchen Einfluß sollen die Gewerkschaften auf welche Organe dieses Staates haben? Das war der Grund für die Frage in dieser empirischen Erhebung: Sollte die Gewerkschaft Einfluß nehmen auf politische Parteien, Bundestag, Landtag, Kommunalparlamente etc.? Sollte sie in diesen Organen und Gremien mitentscheiden, beraten, informieren oder gar keinen Einfluß haben?

### *Gewerkschaften und Mitbestimmung*

Mitbestimmung ist die gesetzliche Teilnahme der Arbeitnehmer am Willensbildungsprozeß im Unternehmen. Gesetzlich heißt hier, daß diese Willensbildung

aufgrund von Gesetzen, wie zum Beispiel dem Betriebsverfassungsgesetz oder dem Mitbestimmungsgesetz der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976, durchgeführt wird. Diese Gesetze gelten für alle Arbeitnehmer, die in Unternehmen ab einer gewissen Größenordnung beschäftigt sind. Dies ist unabhängig von ihrer persönlichen Mitgliedschaft in irgendeiner Arbeitnehmervereinigung. So ist zum Beispiel der Betriebsrat der Interessenvertreter aller Arbeitnehmer, ungeachtet ihrer parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Bindung. Für die Gewerkschaft bedeutet dies: Ihr Einfluß ist vom Organisationsgrad der Belegschaft und der Loyalität des Betriebsrates abhängig und nicht sosehr von der Zahl der Mitglieder. Die Gewerkschaften sind also abhängig von den Betriebsräten. Die Betriebsräte – nicht die Gewerkschaften – müssen sich aber alle vier Jahre einer freien, geheimen Wahl durch die Belegschaften stellen. Betriebsräte sind auch Mitarbeiter der einzelnen Betriebe. Somit befinden sich gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte in einer Zerreißprobe zwischen der Gewerkschaftsloyalität und den betriebswirtschaftlichen Belangen sowie den Wünschen der Arbeitnehmer, die sie vertreten.

Ziehen die Gewerkschaften die Schraube zu fest an, wie zum Beispiel die IG Metall bei ihren im Juli 1995 ausgesprochenen Empfehlungen zur Arbeitszeitverkürzung, daß keine Betriebsvereinbarung ohne Zustimmung der Gewerkschaft unterschrieben werden darf, dann entscheiden sich viele Betriebsräte für den Betrieb und das Unternehmen. Sie sind letztlich auch Arbeitnehmer des Betriebs, und ihr Arbeitsplatz hängt sehr stark von den betriebswirtschaftlichen Entscheidungen des Betriebsratsgremiums ab.

Zwar stellen die Gewerkschaftsmitglieder in den Betriebsräten heute immer noch die Mehrheit, aber im Laufe der letzten Jahre sind immer mehr Betriebsräte gewerkschaftlich nicht organisiert. Beide Situationen – das Entscheiden der organisierten Betriebsräte für den Betrieb und der immer größer werdende Teil der nichtorganisierten Betriebsräte – haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß immer mehr Entscheidungen zugunsten der Betriebe und Unternehmen gefallen sind.

### *Verschiebung des Einflusses auf die Betriebspartner*

Ein Trend ist in den letzten Jahren immer deutlicher zu erkennen: Der Einfluß der Gewerkschaften reduziert sich zugunsten der betrieblichen Regelungen. Weit über die Hälfte der Entscheidungen in den Betrieben werden nicht mehr vom Gewerkschaftseinfluß geprägt, sondern von der qualifizierten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung. Paragraph 2 der Betriebsverfassung steht heute mehr denn je im Vordergrund der Arbeit der Betriebspartner, nämlich Entscheidungen zu treffen, die zum Wohle des Betriebes und der Arbeitnehmer aufgrund einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber zustande kommen.

## *Tarifpolitik als Machtpolitik*

Diese eben geschilderte Einflußverlagerung ist auch das Resultat der Tarifpolitik einiger Gewerkschaften, allen voran der IG Metall und der IG Medien. Schon lange hat sich ihre Tarifpolitik nicht mehr an der konjunkturellen Situation oder an den Problemen des Standortes Deutschland orientiert, sondern allein an dem machtvollen Auftreten der Gewerkschaften. Gerade für die IG Metall, im Gegensatz auch zu anderen DGB-Gewerkschaften, zum Beispiel der IG Chemie, stellen Machtpolitik und das Diktat der Öffentlichkeit Grundpfeiler ihrer Tarifpolitik dar. Nivellieren und Besitzstandswahrung sind dabei die Hauptargumente dieser Gewerkschaft. Der dritte Pfeiler dieser Machtpolitik war das Hineinziehen des Gegners unter das Diktat der Öffentlichkeit. Der Verhandlungspartner Arbeitgeber erfährt die Gewerkschaftsforderungen aus der Presse oder aus Fernsehen und Rundfunk. Man argumentiert über Dritte, nämlich über die Öffentlichkeit, und versucht so, die Arbeitgeber unter einen gewissen Zugzwang zu bringen. Die Spitze dieser Taktik war dann die von Herrn Steinkühler bevorzugte Methode, kurz nach Abschluß eines Tarifvertrages in der Öffentlichkeit zu erklären, was er denn im nächsten Jahr zu fordern gedenke, und die Bereitschaft schon zu signalisieren, einen Streik durchzuführen.

Für die Gewerkschaften hat sich allerdings etwas Verhängnisvolles ergeben: Auf der betrieblichen Ebene wurden und werden diese Tarifverträge dann nachgebessert, und zwar von Betriebsrat und Arbeitgeber.

## *Gewerkschaften und Öffentlichkeit*

Dieser gewerkschaftliche Marsch in die Öffentlichkeit hat aber auch zu einer anderen Situation geführt: Gewerkschaften und Gewerkschaftspolitik, allen voran die Tarifpolitik, sind stärker in das Bewußtsein der Bürger Deutschlands getreten. Da die Gewerkschaftsforderungen und -argumente immer bekannter wurden, begann die Öffentlichkeit zu prüfen, wie denn Anspruch und Wirklichkeit der Gewerkschaftspolitik übereinstimmen. Hier haben die Skandale um die Neue Heimat und co op sowie schließlich der Fall Steinkühler für die Gewerkschaften verheerende Folgen gehabt. Ihr Image und ihre Glaubwürdigkeit sanken rapide ab. Die Mitgliederwerbung litt darunter.

## *Gewerkschaftliche Herausforderung: Wirtschaftlicher Standort Deutschland*

Zu all den eben geschilderten Problemen ist noch ein ganz wesentliches hinzuge treten, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Von dieser Wettbewerbsfähigkeit hängen die Arbeitsplätze ab. Von den Arbeitsplätzen hängen natürlich auch die Struktur und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ab.

So mußten sich die deutschen Unternehmen auf eine zunehmende Globalisierung des Einkaufs, der Produktion und des Absatzes einstellen. Die damit verbundene Verschärfung des internationalen Wettbewerbs hat zu immer kürzeren Produktionszyklen geführt. Neue Formen der Arbeitsorganisation und der Produktion mußten gefunden werden. Hinzu kommen die Folgen der deutschen Einheit und der Zusammenbruch der Ostmärkte. Dies hat selbstverständlich auch die Gewerkschaften vor neue Situationen gestellt. Die unterschiedliche Branchenentwicklung hat – was die Mitgliederzahl betrifft – zu einer unterschiedlichen Gewerkschaftsentwicklung geführt: Geschrunpft sind die traditionellen Arbeitergewerkschaften, aber dort, wo die Zukunft liegt, nämlich im Dienstleistungsbereich, konnte seitens der Gewerkschaft auch nicht Fuß gefaßt werden.

### *Wiedervereinigung*

Der DGB mit vielen seiner Einzelgewerkschaften beschreitet heute nach der Wiedervereinigung Deutschlands einen Weg, den er so nicht gewollt hat. Das politische Handeln ist ihm von den Deutschen in der damaligen DDR 1989/90 diktiert worden.

Eine verhängnisvolle Reaktion der meisten DGB-Gewerkschaften war es aber, innerhalb der Bevölkerung der neuen Bundesländer eine Erwartungshaltung zu erzeugen, die von den Gewerkschaften so nicht realisierbar war. Enttäuschung und Verdrossenheit waren die Reaktionen der DGB-Mitglieder Ost. Damit ist ein unerhörter Vertrauensschwund einhergegangen.

### *Statt qualitativer nur eine quantitative Reform*

Die Wiedervereinigung Deutschlands hätte für den DGB eine große Chance der Umstrukturierung geboten. Die seit der Neugründung im Jahre 1949 festgezogenen Organisationsgrenzen stimmen mit den heutigen Strukturen nicht mehr überein. So liegt die Zukunft einer IG Bergbau und Energie nicht mehr im Bergbau, sondern eindeutig in der Energiewirtschaft. Hier allerdings sind ÖTV und IG Metall, die diesen Bereich organisieren, nicht bereit, Mitglieder an eine künftige Energiegewerkschaft abzugeben. So versucht auch die IG Chemie mit der IG Metall zu klären, wer die Arbeitnehmer der Chip-Produktion organisiert.

Es hat sich herausgestellt, daß die Gewerkschaftssolidarität dort ihre Grenzen hat, wo es um Mitglieder geht. Dieses gegenseitige Streiten und die mangelnde Bereitschaft, Mitglieder auszutauschen, um neue Strukturen zu finden, wurden nicht zu Unrecht von dem ehemaligen HBV-Chef, Lorenz Schwegler, als „Gewerkschaftskannibalismus“ bezeichnet.

Mit den Worten „Statt uns gegenseitig Mitglieder zu klauen, handeln wir nun strategisch . . .“ kündigte der 1. Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, die

Fusionsabsichten seiner Gewerkschaft mit der IG Bergbau und der Gewerkschaft Leder an. Damit wird nun im DGB ein anderer Weg beschritten: statt einer qualitativen Reform eine quantitative Reform. Es werden also keine Strukturen nach der gegenwärtigen Situation gefunden, sondern man versucht, durch Fusionen und Kooperationen stärker zu werden.

### *Schwäche des Dachverbandes DGB*

Spricht man landläufig von Gewerkschaften, so ist in der Regel der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeint. Doch der DGB ist keine Gewerkschaft, sondern der Dach- oder Repräsentativerband von 16 unterschiedlichen Mitgliedsverbänden (Einzelgewerkschaften). Er hat die Aufgabe, diese Mitgliedsverbände nach außen zu repräsentieren und nach innen eine gemeinsame Willensbildung zu erreichen. Dabei sind die Einzelgewerkschaften unabhängig und finanzieren mit 12 Prozent ihrer Beitragseinnahmen ihren Dachverband.

Allerdings ist der Dachverband DGB relativ schwach. Ausschlaggebenden Einfluß auf seine Politik haben die beiden mächtigen Einzelgewerkschaften IG Metall und ÖTV. Ohne deren Zustimmung läuft nichts. Deswegen bestimmen diese beiden Gewerkschaften in der Regel das Wollen des DGB. An anderen Formen sind diese beiden Gewerkschaften allerdings nur dann interessiert, wenn sie dabei auch kein Promille Mitgliederverlust haben.

### *Augenblicklicher Trend: Multi-Multi-Branchengewerkschaften*

Da sehr wenig Bereitschaft im DGB zu erkennen ist, eine qualitative Umstrukturierung vorzunehmen, steuert der DGB auf eine Fusionsreform hin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird künftig ein Dachverband von etwa sechs bis acht Multi-Multi-Branchengewerkschaften sein. Daraus wird sich jedoch ein großes Problem ergeben, da schon heute die Gewerkschaften als Multi-Branchengewerkschaften Schwierigkeiten bei der Identifikation der Mitglieder mit ihrer eigenen Organisation feststellen müssen. So reicht zum Beispiel die Organisationsspanne der HBV von der KassiererIn in einem Supermarkt bis hin zum Bankkaufmann. Noch breiter ist das Spektrum des Organisationsbereiches der ÖTV: Es reicht vom Regierungsinспекtor über den Müllwerker, die Krankenschwester eines städtischen Krankenhauses, die Bankkauffrau einer Stadtparkasse oder Kreissparkasse bis hin zum Ministerialbeamten im Bundeskanzleramt.

Allein diese Beispiele zeigen, welchen ungeheuren Organisationsaufwand solche Multi-Branchengewerkschaften heute schon betreiben müssen, um alle ihre Mitglieder gleich effizient vertreten zu können. Schon die heutige Heterogenität der Mitgliedschaft in den DGB-Einzelgewerkschaften führt immer wieder zu Zerreißproben, die auch öffentlich ausgetragen werden. Ein Beispiel hierfür ist der Versuch

der Gründung einer Gewerkschaft für Pflegepersonal außerhalb der ÖTV. Durch die neuen Fusionen und auch die angekündigten Fusionen wird dieser Organisationsaufwand noch weitaus größer werden.

### *Problem der Mitgliederidentifikation*

Schon heute ist deutlich geworden, daß die Gewerkschaften große Probleme mit der Identifikation der Mitglieder mit ihrem Verband haben. Fühlen sich zum Beispiel in der ÖTV die Krankenschwestern genauso vertreten wie die Transportarbeiter? Hat der Buchdrucker zu seiner Gewerkschaft IG Medien die gleiche Einstellung und das gleiche Verhältnis wie zum Beispiel der Fernsehredakteur im Westdeutschen Rundfunk?

Durch die angekündigten Fusionen wird die Mitgliedschaft noch heterogener: Fühlen sich zum Beispiel die Bergarbeiter in der IG Chemie und Bergbau gleich gut vertreten wie zum Beispiel die Ledergerber? Unterschreibt der Programmierer in einem kleineren Software-Unternehmen genauso freudig den Aufnahmeantrag der HBV wie der Filialleiter in einer Einzelhandelskette? Dies wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zukunft für die Gewerkschaften noch schwieriger sein als heute, oder als es in der Vergangenheit jemals war.

### *Organisationsumfang und Finanzen*

Erweiterungen des Organisationsumfangs, Preiserhöhungen und die vielen Gewerkschaftsaustritte haben die Finanzen der DGB-Gewerkschaften stark strapaziert. In die Öffentlichkeit gedrungen ist die Finanznot der HBV. Aber auch andere DGB-Gewerkschaften geben teilweise mehr Geld aus, als sie eingenommen haben.

Nun stehen die DGB-Gewerkschaften vor dem Problem der Finanzierbarkeit des größer gewordenen Organisationsumfangs. Sollte es den neuen Multi-Multi-Branchengewerkschaften nicht gelingen, die Identifikation der Mitglieder mit ihrem Großverband herzustellen (Mitgliederverlust) und neue Arbeitnehmergruppen (zum Beispiel die qualifizierten Angestellten) zu organisieren, tritt ein umgekehrter Effekt ein: Ausdehnung des Organisationsumfangs bei sinkenden Mitgliederzahlen, Mehraufgaben bei verminderter Finanzkraft. Die Folgen wären katastrophal.

### *Ein weiteres Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit*

Für die hauptamtlichen Gewerkschafter, also die von der Gewerkschaft angestellten Sekretäre und andere Berufsgruppen, ist etwas Entsetzliches eingetreten: Aufgrund der Finanzprobleme entlassen die DGB-Gewerkschaften ihre eigenen Mitarbeiter. Sie tun also das, was sie der Privatwirtschaft ankreiden – in wirtschaftlich

schwachen Situationen Mitarbeiter zu entlassen. Das für die Gewerkschaften Problematische dabei ist, daß die Funktionäre, die nach außen werbend tätig sind, um ihre Zukunft und ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Ob in dieser Situation eine effiziente Gewerkschaftswerbung und eine kraftvolle Durchsetzung der Gewerkschaftspolitik in den Betrieben diesen hauptamtlichen Gewerkschaftsvertretern noch abverlangt werden kann, wird immer fraglicher.

Ein erstes Resultat dieser Unzufriedenheit ist im April 1994 an die Öffentlichkeit gedrungen – was zum zweiten Problem der Gewerkschaft geführt hat: In diesem Monat wurde eine vom DGB unabhängige Gewerkschaft für die Arbeitnehmer der DGB-Gewerkschaften in Fulda gegründet. Der Name dieser Organisation lautet: Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB). Und nun reagieren die DGB-Gewerkschaften gereizt: Sie verwehren ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes. Sie drohen mit Kündigung, wenn ein Gewerkschaftsmitarbeiter dieser Gewerkschaft beitrifft.

### *Gewerkschaften der Zukunft als Dienstleistungsorganisation*

Die eben geschilderten Probleme zeigen sehr deutlich, daß die Gewerkschaften sowohl ihr Selbstverständnis als auch ihre Strukturen ändern müssen. Sie müssen künftig stärker Dienstleistungsorganisationen sein. Die Erkenntnis, daß die Arbeitnehmer von heute eine andere Erwartungshaltung an die Gewerkschaft haben, als dies vor 50 oder gar 100 Jahren der Fall war, setzt sich bei dem Gros der Gewerkschafter durch. Die DGB-Gewerkschaften sind gezwungen, in der Zukunft ganz andere Arbeitnehmergruppen zu organisieren als die, die heute Mitglieder der Gewerkschaft sind.

Wie wird aber das Gros der heutigen Mitglieder auf die künftige Dienstleistungsorganisation und eine neue Servicepolitik einer „Mitmachgewerkschaft“ reagieren? Werden sie mitmachen, oder werden die Reformer – wie im Fall Schwegler – scheitern? Wie es im Augenblick aussieht, wird eine neu eingeschlagene ideologische Ausrichtung sowie ein neues Selbstverständnis in der Umsetzung höchstwahrscheinlich auf den Widerstand eines großen Teils der heutigen Mitglieder stoßen, und dies ganz besonders bei der IG Metall.

Mehr Service an der Basis bedeutet aber auch neue qualifizierte Gewerkschaftsmitarbeiter und Gewerkschaftssekretäre. In der Administration brauchen Gewerkschaften Gewerkschaftsmanager, die in der Lage sind, moderne Großorganisationen zu führen. Hochqualifizierte Gewerkschaftsmitarbeiter sind motiviert, selbständig und auch selbstkritisch. Sie wollen Entfaltungsmöglichkeiten haben und Perspektiven sehen. Mit der Qualifikation steigt die geistige Unabhängigkeit in der Entscheidungsfindung. Die Gewerkschaften werden in ihrem Selbstverständnis diesen neuen Typus von Funktionär akzeptieren müssen.

In der Mitgliederwerbung sind die Gewerkschaften von den gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten abhängig. Sie sind die eigentlichen Werber. Das besondere Problem für die Gewerkschaften liegt allerdings darin, daß es mit den von allen Arbeitnehmern gewählten Betriebsräten ein gesetzliches Mitbestimmungsgremium in den Betrieben gibt, das von der Gewerkschaft unabhängig ist. Somit ist die Betriebsrätebetreuung neben der Mitgliederwerbung das zentrale organisatorische Problem der gewerkschaftlichen Betriebspolitik. Die Einbindung der Betriebsräte in die gewerkschaftliche Loyalität wird zum Dreh- und Angelpunkt. Das bedeutet für die Gewerkschaften, sie müssen den Betriebsräten die Freiheit geben, eigenständige qualifizierte Entscheidungen auf der Basis der Wünsche der Arbeitnehmer und gleichzeitig der betriebswirtschaftlichen Situation des Unternehmens zu treffen. Die Gewerkschaften müssen erkennen, daß Betriebsräte praxisnäher sind als die Zentralen der Gewerkschaften. In dieser Situation ist die IG-Metall-„Vorstandshilfe“ (Autor: W. Riestler) zur Einführung der 35-Stunden-Woche eher kontraproduktiv. Hier heißt es: „Es sollte selbstverständlich sein, daß keine Betriebsvereinbarung ohne Zustimmung der Verwaltungsstelle der IG Metall abgeschlossen wird.“ Sollte dies auch die Meinung der anderen DGB-Gewerkschaften sein, wird jede Gewerkschaftsreform schon im Keim erstickt.

---

- Oktober 1995** Die Vorstandssekretäre der Gewerkschaften „Nahrung-Genuss-Gaststätten“, „Handel, Banken und Versicherungen“, „Medien“, „Textil-Bekleidung“ sowie „Holz und Kunststoff“ legen ein gemeinsames Papier zur Reform des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor, in dem unter anderem die Fusionsabsichten zu Großgewerkschaften kritisiert werden. Haupttenor: starke Branchenorganisationen.
- 4. Dezember 1995** DAG und HBV unterzeichnen Vereinbarung zur Zusammenarbeit.
- 1996** Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung und die Industriengewerkschaft Metall planen ihre Fusion.
- 13.–17. 11. 1996** 5. Außerordentlicher DGB-Kongreß in Dresden: Verabschiedung des 4. DGB-Grundsatzprogramms.



### **III Deutsche Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen und Arbeitnehmerinteressen vertretende Institutionen**

---

Angestelltenkammer Bremen (ANK Bremen)

Apotheker in Wissenschaft, Industrie und Verwaltungen (Fachgruppe WIV-Apotheker)

Arbeiter-Ersatzkassen-Verband (AEV)

Arbeiterkammer Bremen (ARK Bremen)

Arbeitnehmer-Union der Christlich-Sozialen Union – CSU – (CSA)

Arbeitnehmerverband Deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteten (ADM) im CGB

Arbeitnehmerverband Land- und Ernährungswirtschaftlicher Berufe (ALEB) im CGB

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA)

Arbeitsgemeinschaft der Beamten des gehobenen Dienstes bei den Finanzgerichten (ABgDF)

Arbeitsgemeinschaft der Eichaufsichtsbeamten (AGEA)

Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten (AFJ)

Arbeitsgemeinschaft der Lehrkräfte an den Berufsschulen für Physiotherapie (AGLP)

Arbeitsgemeinschaft des mittleren vermessungstechnischen Dienstes bei der deutschen Bundesbahn (AMVB)

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junggärtner (AdJ)

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände (ADS)

Arbeitsgemeinschaft erstinstanzlicher Richter im Bundesdienst (AeRB)

Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen (AFS) – Bundesverband –

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Arbeitsgemeinschaft Tagesmütter (AGTM)

Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) – Die Unabhängigen –

Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Mitgliedergemeinschaften der Angestellten-Krankenkassen (AGuM)

Arbeitskammer des Saarlandes (AKS)

Arbeitslosenverband Deutschland (ALV)

Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL) im DBB

Berufsverband Bayerischer Detektive (BBD)  
 Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzhelferinnen (BdA)  
 Berufsverband der Ausbildungsberater (BVA)  
 Berufsverband der betrieblichen und behördlichen Datenschutzbeauftragten Deutschlands (BvD)  
 Berufsverband der Luftfahrt in Deutschland (BLD) in der ULA  
 Berufsverband der Pharmaberater e.V. Deutschland (BPD)  
 Berufsverband der Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heilpädagogen (BSH) – Vereinigte Vertretung sozialpädagogischer Berufe –  
 Berufsverband Deutscher Diplom-Pädagogen (BDDP)  
 Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP)  
 Berufsverband für Kinderkrankenschwestern und Kinderkrankenpfleger (BKl)  
 Berufsverband katholischer Arbeitnehmerinnen in der Hauswirtschaft in Deutschland (BKH)  
 Bund der Deutschen Zollbeamten (BDZ) – Gewerkschaft Zoll und Finanzen – im DBB  
 Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten – Union Ganymed – im CGB  
 Bund der Notgemeinschaften ehemaliger berufsmäßiger Arbeitsdienstangehöriger und ihrer Hinterbliebenen (BNA)  
 Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) im DBB  
 Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) im DBB  
 Bund der technischen Beamten des Nachrichten-(Fernmelde-)Wesens (BTBN)  
 Bund der Technischen Eichbeamten, Angestellten und Arbeiter – Gewerkschaft Meß- und Eichwesen – (BTE) im DBB  
 Bund Deutscher Feuerwerker und Wehrtechniker (BDFWT)  
 Bund Deutscher Forstleute (BDF) im DBB  
 Bund Deutscher Hebammen (BDH)  
 Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)  
 Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) im DBB  
 Bund Deutscher Sekretärinnen (BDS)  
 Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit (BAGA)  
 Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen bei den Justizvollzugsanstalten (BAG SJ)  
 Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitskammern (BAAK)  
 Bundesarbeitsgemeinschaft leitender Krankenpflegepersonen (BALK)  
 Bundesausschuß der Länderarbeitsgemeinschaften der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe (BLAGLP)

Bundesgrenzschutz-Verband (bgv) – Gewerkschaft der Bundespolizei – im DBB  
Bundes-Ingenieurkammer (BIngK)  
Bundeslotsenkammer (BLK)  
Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BÄÖG) im DBB  
Bundesverband der Agraringenieure (BAI)  
Bundesverband der Apotheker im Öffentlichen Dienst (BAPöD)  
Bundesverband der beamteten Tierärzte (BbT)  
Bundesverband der Bediensteten der Technischen Überwachung (BTÜ-Bundesverband)  
Bundesverband der Betriebsrentner (BVBR)  
Bundesverband der Betriebswirte des Handwerks (BVBH)  
Bundesverband der Bilanzbuchhalter (BVBB)  
Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer (BDÜ)  
Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure in Deutschland (BFFRD)  
Bundesverband der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz (VGA) bei der ULA  
Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV)  
Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)  
Bundesverband der Lebensmittelchemiker/innen im öffentlichen Dienst (BLC)  
Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure Deutschlands (BLKD)  
Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) im DBB  
Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) im DBB  
Bundesverband der Lehrkräfte der russischen Sprache (BLRS)  
Bundesverband der Meisterinnen der Hauswirtschaft (MdH)  
Bundesverband der Rentenberater (BRB)  
Bundesverband der See- und Hafenslotsen (BSHL)  
Bundesverband der Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege (BVS)  
Bundesverband der Steuerberater (BSB)  
Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland (BVhD)  
Bundesverband der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BZöG)  
Bundesverband Deutscher Berufsausbilder (BDBA)  
Bundesverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen – ehemals Bund Deutscher Taubstummlehrer  
Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheker (BDKA)  
Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK)

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (BDVB)  
Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (B.E.A.)  
Bundesverband Pharmazeutisch-technischer Assistentinnen und Assistenten (BVPTA)  
Bundesverband staatlich geprüfter Techniker (BVT)  
Bundesvereinigung der Fachlehrerverbände (BFLV)  
Bundesvereinigung Deutscher Betriebswirte (BDB)  
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) in der CDU  
Christliche Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (CGBCE) im CGB  
Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (CGDE) im CGB  
Christliche Gewerkschaft Holz und Bau Deutschlands (CGHB) im CGB  
Christliche Gewerkschaft Medien (CG Medien) im CGB  
Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) im CGB  
Christliche Gewerkschaft Post (CGP) im CGB  
Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)  
Christlicher Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiterverband (CTBLV) im CGB  
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)  
Deutsche Beamtenbund-Jugend (DBBJ)  
Deutsche Hausfrauengewerkschaft (dhg)  
Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in der IG Medien  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) im DBB  
Deutsche Orchestervereinigung (DOV)  
Deutsche Polizei-Union (DPU) – Bundesgrenzschutz-Verband/Gewerkschaft der Bundespolizei  
Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) im DBB  
Deutsche Postgewerkschaft (DPG) im DGB  
Deutsche Postgilde (DPg) – Vereinigung von Führungskräften bei der Deutschen Bundespost  
Deutsche Rechtspflegervereinigung (DRPV)  
Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) im DBB  
Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) im DBB  
Deutscher Akademikerinnenbund (DAB)  
Deutscher Altphilologen-Verband (DAPhV)  
Deutscher Anwaltsverein (DAAV) im DBB  
Deutscher Arbeitnehmer-Verband (DAV)

Deutscher Bankangestellten-Verband (DBV)  
Deutscher Beamtenbund (DBB)  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring (DBWR)  
Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen (DSB)  
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBPf)  
Deutscher Bürowirtschaftslehrerverband e.V. – ehemals Deutscher Stenografie-  
lehrerverband  
Deutscher Bundeswehr-Verband (DBwV)  
Deutscher Detektiv-Verband (DDV)  
Deutscher Gerichtsvollzieher-Bund (DGVB) im DBB  
Deutscher Germanistenverband (DGV)  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)  
Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV) im CGB  
Deutscher Journalisten-Verband (DJV)  
Deutscher Juristinnenbund (DJB) – Vereinigung der Juristinnen, Volkswirtinnen  
und Betriebswirtinnen  
Deutscher Land- und Forstwirtschaftlicher Angestellten-Bund (DLFAB) im CGB  
Deutscher Lehrerverband (DL)  
Deutscher Luftwaffenring (DLR)  
Deutscher Philologenverband (DPhV) im DBB  
Deutscher Postverband (DPV) – Gewerkschaft Post, Telekom, Bank – im DBB  
Deutscher Richterbund (DRB)  
Deutscher Sekretärinnen-Verband (DSV)  
Deutscher Sportlehrerverband (DSLv)  
Deutscher Verband der Arbeitsberater und Arbeitsvermittler NW (VAAV)  
Deutscher Verband berufstätiger Frauen (DVBF)  
Deutscher Verband der Patentingenieure und Patentassessoren (VPP)  
Deutscher Verband Technischer Assistenten in der Medizin (dvta)  
Deutscher Zahntechniker-Verband (DZV)  
Evangelische Konferenz für Arbeitnehmerfragen (EKA)  
Fachverband Deutscher Flugdatenbearbeiter (FDF)  
Fachverband Moderne Fremdsprachen (FMF)  
Fachverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV) im DBB  
Forum Informatiker für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung (FIFF)  
Freie Gewerkschaft Rentner und Hinterbliebene (GdRH)

Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (CGD) des CGB

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Öffentlicher Dienst, Bahn und Post (GCÖD) des CGB

Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (GEDAG) des CGB

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) im DGB

Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) im DBB

Gewerkschaft der Versorgungsverwaltung (GdV) im DBB

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) im DBB

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst (KOMBA-Gewerkschaft) im DBB

Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) im DGB

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) im DGB

Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) im DGB

Gewerkschaft Leder (GL) im DGB

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) im DGB

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) im DGB

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) im CGB

Gewerkschaft Pflege (GP)

Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst – Bund der Technischen Beamten, Angestellten und Arbeiter (BTB) – im DBB

Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) im DGB

Hauptschul-Lehrer-Verband (HLV)

Hochschullehrerbund (HLB)

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) im DGB

Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) im DGB

Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) im DGB

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IGC) im DGB

Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien) im DGB

Industriegewerkschaft Metall (IGM) im DGB

Ingenieurverband Wasser- und Abfallwirtschaft (INGEWA)

Kartellgewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (KGBCE) im DAG

Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG)  
Katholischer Berufsverband für Pflegeberufe (KBP)  
Kolpingwerk Deutschland  
Koreanischer Krankenschwestern- und Krankenpflegehelferinnen-Verein (KKKV)  
Kraftfahrergewerkschaft (KFG) im CGB  
Lohnsteuerhilfe für Arbeitnehmer (LfA)  
Marburger Bund (mb) – Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands  
Neue Richtervereinigung (NRV)  
Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV)  
Ring deutscher Bergingenieure (RDB)  
Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme (SSIP)  
Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes (DBB-Tarifunion)  
Union der Leitenden Angestellten (ULA)  
VDL – Bundesverband – Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt – (VDL) in der ULA  
Verband angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA) in der ULA  
Verband Angestellter Führungskräfte (VAF) in der ULA  
Verband Bayerischer Wirtschaftsphilologen (VBWPh)  
Verband Beratender Ingenieure (VBI)  
Verband Bildung und Erziehung (VBE) im DBB  
Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst (VAöD)  
Verband der Baumaschinen-Ingenieure und -Meister (VBUM)  
Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeit (VBBA) im DBB  
Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) im DBB  
Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) im DBB  
Verband der Beschäftigten des gewerblichen Rechtsschutzes (VBGR) im DBB  
Verband der Buchführungshelfer (Bfh)  
Verband der Bundesbahnkontrolleure (VBK)  
Verband der Bundesbankbeamten (VdB) im DBB  
Verband der deutschen Ingenieurwissenschaftler (Vdl)  
Verband der Diplom-Oecotrophologen (VDO)  
Verband der Entwicklungshilfe- und Auslands-Experten (VEAE)

Verband der Führungskräfte der Eisen- und Stahlerzeugung und -verarbeitung (VFE) in der ULA  
Verband der Führungskräfte des gehobenen Dienstes der deutschen Bahnen (VGB)  
Verband der Führungskräfte in Bergbau und Energiewirtschaft und zugehörigem Umweltschutz (VDF) in der ULA  
Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)  
Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB)  
Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands (VLK)  
Verband der Rentner, Arbeiter und Angestellten vom öffentlichen Dienst (VRAÖD)  
Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRBw)  
Verband der weiblichen Arbeitnehmer (VWA)  
Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF)  
Verband Deutscher Agrarjournalisten (VDAJ)  
Verband Deutscher Diätassistenten (VDD)  
Verband Deutscher Eisenbahn-Ingenieure (VDEI)  
Verband Deutscher Flugleiter (VDF)  
Verband Deutscher Flugsicherungs-Techniker und -Ingenieure (FTI)  
Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere (VDKS)  
Verband Deutscher Kur- und Tourismus-Fachleute (VDKF)  
Verband Deutscher Meteorologen (VDM)  
Verband Deutscher Post-Ingenieure (VDPI)  
Verband Deutscher Posthalter (VDPH) – Gewerkschaft des Landpostpersonals –  
Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) im DBB  
Verband Deutscher Schulgeographen (VDSG)  
Verband Deutscher Schulmusiker (VDS)  
Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt)  
Verband Deutscher Techniker (VDT) im CGB  
Verband Deutscher Vermessungsingenieure (VDV)  
Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) im DBB  
Verband internationaler Reiseleiter und Reiseverkehr-Fachkräfte – International Union of Tour Managers (IUTM)  
Verein der Bibliothekare an Öffentlichen Bibliotheken (VBB)  
Verein der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken (VdDB)  
Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) im DBB  
Verein der Textilchemiker und Coloristen (VTCC)



Verein Deutscher Bibliothekare (VDB)  
Verein Deutscher Ingenieure (VDI)  
Verein Deutscher Sicherheitsingenieure (VDSI)  
Verein für leitende Angestellte (VfLA)  
Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) im CGB  
Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens (VFGG)  
Vereinigung Cockpit (VC)  
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ)  
Vereinigung der höheren Führungskräfte der deutschen Bahnen (VHB) in der ULA  
Vereinigung der höheren Führungskräfte der Deutschen Bundespost (VHP)  
Vereinigung der Rundfunk-, Film- und Fernsehschaffenden (VRFF) im DBB  
Vereinigung zur Förderung der christlichen Sozialwissenschaften (VFcS)  
Verkehrsgewerkschaft GDBA (GDBA) im DBB  
Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes Deutschlands (ZVI)  
Zentralverband der Ingenieurvereine (ZBI)  
Zentralverband der Sozialversicherten – der Rentner und deren Hinterbliebenen Deutschlands (ZdS)  
Zentralverband Deutscher Ingenieure (ZDI)  
Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger (ZDS)

# **IV Beteiligung der Gewerkschaften am Willensbildungsprozeß im Betrieb und Unternehmen, in der Wirtschaft und Gesellschaft**

---

## **Arbeitsmarkt**

---

Tarifautonomie  
Verhandlungsmacht  
Arbeitskampf

## **Betrieb und Unternehmen**

---

Betriebliche Zutrittsrechte  
Kontrollrechte  
Teilnahmerechte an Betriebsversammlungen oder Betriebsratssitzungen  
Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen unter Gewerkschaftseinfluß  
Gewerkschaftsfunktionäre im Aufsichtsrat  
Gewerkschaftsabhängiger Arbeitsdirektor in der Montanindustrie  
Zuzügliche Einflußnahme durch den nicht im BetrVG verankerten gewerkschaftlichen Vertrauenskörper

## **Gewerkschaft als Arbeitgeber**

---

circa 20 Unternehmen

## **Gewerkschaftspresse**

---

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in Parlamenten, Ausschüssen und Regierungen**

---

Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre im Bundestag  
Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre in den Landtagen und Kommunalparlamenten  
Gewerkschaftsmitglieder in allen politischen Parteien

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in den Rundfunkgremien**

---

Gewerkschaftsfunktionäre in allen Rundfunkräten  
Gewerkschafter als Repräsentanten anderer Vereinigungen (zum Beispiel Parteivertreter, Lehrer etc.) in allen Rundfunkräten  
Gewerkschaftsmitglieder als Belegschaftsvertreter in Verwaltungsräten

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in der Rechtsprechung**

---

Ausschuß der Obersten Arbeitsbehörde  
Vorschlagsrecht für Arbeitsrichter  
Institutionen der Sozialgerichtsbarkeit

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in der Rentenversicherung**

---

Auf Bundesebene:            Verband Deutscher Rentenversicherungsträger – VDR  
                                 Bundesversicherungsanstalt für Angestellte – BfA  
                                 Bundesknappschaft  
                                 Gesamtverband landwirtschaftlicher Altersklassen

Auf Landesebene:            Landesversicherungsanstalten – LVA

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in der Krankenversicherung**

---

Auf Bundesebene:            Bundesverband der Ortskrankenkassen – BdO  
                                 Bundesverband der Betriebskrankenkassen – BKK  
                                 Bundesverband der Innungskrankenkassen  
                                 Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen  
                                 Bundesknappschaft

Auf Landesebene:            Landesverbände der Ortskrankenkassen  
                                 Landesverbände der Betriebskrankenkassen  
                                 Landesverbände der Innungskrankenkassen  
                                 Landesverbände der landwirtschaftlichen Krankenkassen

Auf regionaler Ebene:      Allgemeine Ortskrankenkassen – AOK  
                                 Betriebskrankenkassen  
                                 Innungskrankenkassen  
                                 Landwirtschaftliche Krankenkassen

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in der Unfallversicherung**

---

Auf Bundesebene:            Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit – BASI  
(im Bau auch regional)    Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften  
                                 36 gewerbliche Berufsgenossenschaften  
                                 Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Auf Landesebene:            Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften  
                                 Berufsgenossenschaftliche Vereine (zum Beispiel Krankenhausträger)

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in der Arbeitslosenversicherung**

---

Auf Bundesebene: Bundesanstalt für Arbeit

Auf regionaler Ebene: Arbeitsämter

## **Gewerkschaftsrepräsentanz in der Berufsbildung**

---

Auf Bundesebene: Beirat für Ausbildungsförderung beim BMBW  
Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB (Hauptaus-  
schuß)  
Prüfungsaufgaben- und Lehrmittelerstellungs-Ausschuß  
der Industrie- und Handelskammern – PAL

Auf Landesebene: Landesausschüsse für Berufsbildung bei den Landesre-  
gierungen

Auf regionaler Ebene: Berufsbildungsausschüsse bei den Industrie- und Han-  
delskammern

## **Einrichtungen bei Bundesministerien oder Bundesbehörden sowie anderen Institutionen unter Beteiligung von Gewerkschaften**

---

Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen  
Ausschuß für gefährliche Arbeitsstoffe beim BMA – AgA  
Gesprächskreis „Humanisierung des Arbeitslebens“ BMFT  
(nebst neun Gutachterausschüssen beim Projektträger HdA)  
Beirat der Bundesanstalt für Arbeitsschutz  
Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft – RKW  
Verband der Arbeitsstudien und Betriebsorganisationen – REFA  
Deutsches Institut für Normung – DIN  
Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation  
Beirat für Rehabilitation der Behinderten beim BMA  
Beirat für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte beim BMI  
Beirat für Raumordnung beim Bundesbauministerium  
Bundesjugendkuratorium beim BMJFG

# V Darstellung der deutschen Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände

---

## 1 ANK – Angestelltenkammer Bremen – Körperschaft des öffentlichen Rechts

---

	Bürgerstraße 1 (Ecke Violenstraße) 28195 Bremen Postfach 10 76 67 28076 Bremen Telefon: (04 21) 36 30 10 Telefax (Presse): (04 21) 36 30 19 30
Vorsitz:	<b>Irmtrud Gläser</b> (Präsidentin)
Presse:	<b>Theodor Klinger</b>
Geschäftsführung:	<b>Eberhard Fehrmann</b> (Geschäftsführer)
Politische Repräsentanz:	Vorstand (7 Mitglieder) Präsidentin: <b>Irmtrud Gläser</b> (Jg. 44 / ÖTV / SPD)
Vizepräsident:	<b>Hartmut Freusel</b> (Jg. 52 / DAG / AFB)
Rechnungsführer:	<b>Wilfried Segebade</b> (Jg. 36 / IGM / SPD)
Beisitzer:	<b>Gunter Hermann</b> (Jg. 51 / DAG / parteilos) <b>Jürgen Kölling</b> (Jg. 49 / IGM / SPD) <b>Ursula van Raamsdonk</b> (Jg. 46 / DAG / SPD) <b>Inge Röhring</b> (Jg. 36 / HBV / SPD)
Mitgliedschaft:	ca. 156 000 Angestellte als Pflichtmitglieder des Landes Bremen (1995)
Organe:	a) Vollversammlung (21 Mitglieder – davon 9 DAG, 5 ÖTV-Liste, 4 HBV-Liste, 3 IGM-Liste – einschließ- lich Vorstand – s.o.) b) Vorstand (7 Mitglieder – 3 DAG; 2 IGM; 1 HBV; 1 ÖTV – s.o.) c) Ausschüsse (9 Fachausschüsse) d) Revisoren (3 Mitglieder – 2 DGB, 1 DAG)
Gliederungen:	a) Selbstverwaltung: 9 Ausschüsse (siehe Organe „c“)

- b) Verwaltung (260 hauptamtliche Mitarbeiter):
  - Zentrale in Bremen
  - 2 Nebenstellen in Bremen-Nord und Bremerhaven
  - Wirtschafts- und Sozialakademie einschließlich Übungsfirmen
  - Betriebs- und Personalrätezentrum
  - Technologie-Beratungs-System (TBS)
  - Bildungs- und Freizeitstätten in Bad Zwischenahn
  - Bildungszentrum Bremen-Nord
  - Wirtschafts- und Sozialakademie GmbH (WiSoAk)

Jahresetat: 33 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Pressemitteilungen	0,250	unregelmäßig	Theodor Klinger Ref. Öffentlichkeitsarbeit

Gründung: 1921

Bildungseinrichtungen der Angestelltenkammer Bremen:

Wirtschafts- und Sozialakademie

Bertha-von-Suttner-Str. 17

28207 Bremen

Telefon: (04 21) 49 90 90

Telefax: (04 21) 49 90 51

Leiter: Dr. Hans-L. Endel

Bildungs- und Freizeitstätte der Sozialakademie der Angestelltenkammer Bremen

Zum Rosenteich 626

26160 Bad Zwischenahn

Telefon: (0 44 03) 92 40

Telefax: (0 44 03) 5 88 95

Leiter: wie vor

## 2 ARK – Arbeiterkammer – Körperschaft des öffentlichen Rechts

---

Hillmannplatz 13–15  
28195 Bremen  
Postfach 10 75 06  
28075 Bremen  
Telefon: (04 21) 3 05 08-0  
Telefax: (04 21) 3 05 08-38

Vorsitz:

**Peter Sörgel**  
(Präsident)

Presse:

**Reinhard Janz**

Geschäftsführung:

**Heinz Möller** (Jg. 44 / ÖTV / k.A.)  
(Hauptgeschäftsführer)

**Dr. Peter Fließhart** (Jg. 51 / IGM / k.A.)  
(Geschäftsführer)

Politische

Repräsentanz:

Präsident:

**Peter Sörgel** (Jg. 42 / IGM / k.A.)

Vizepräsident:

**Johann Lüdemann** (Jg. 34 / IGM / k.A.)

Rechnungsführer:

**Manfred Siebert** (Jg. 43 / IGC / k.A.)

Beisitzer:

**Hans Driemel** (Jg. 51 / ÖTV / k.A.)

**Ferdinand Kammering** (Jg. 40 / IG Medien / k.A.)

**Horst Lüpkes** (Jg. 38 / BSE / k.A.)

**Günter Spanjer** (Jg. 39 / ÖTV / SPD)

Mitgliedschaft:

ca. 134 000 Arbeiter als Pflichtmitglieder des Landes  
Bremen (1993)

Organe:

a) Vollversammlung (21 Mitglieder – 14 IGM-Liste,  
6 ÖTV-Liste, 1 DAG – einschließlich Vorstand)

b) Vorstand (7 Mitglieder – 1 Präsident, 1 Vizepräsident,  
Beisitzer, 1 Rechnungsführer)

c) Präsident

d) Ausschüsse (9 Fachausschüsse)

Gliederungen:

u.a. Zentralstelle für Kooperation „Universität/Arbeiter-  
kammer“

Akademie für Arbeit und Politik an der Universität  
Bremen

Arbeiter-Bildungs-Centrum

Jahresetat: ca. 10 Mio. DM (1993)  
Gründung: 1921

Bildungseinrichtungen der Arbeiterkammer Bremen:

Arbeiter-Bildungs-Centrum  
Schiffbauerweg 4  
28237 Bremen  
Telefon: (04 21) 6 18 05-16  
Telefax: (04 21) 6 18 05-10  
Geschäftsführer: Dr. Peter Fließhardt

Marschenhof Wremen  
In der Hofe 16  
27638 Wremen  
Telefon: (0 47 05) 10 22  
Leiter: Heinz Möller

### 3 CSA – Arbeitnehmer-Union der Christlich-Sozialen Union – CSU –

---

Nymphenburger Straße 64–66  
80335 München  
Telefon: (0 89) 1 24 32 39  
Telefax: (0 89) 1 24 32 74

Vorsitz: **Peter Keller**<sup>1</sup>  
(Landesvorsitzender)

Geschäftsführung: **Günter Speckner**  
(Landesgeschäftsführer)

Politisches  
Führungsgremium: Geschäftsführender Landesvorstand  
(5 Mitglieder)

Landesvorsitzender:  
**Peter Keller** (Jg. 37 / GÖD / CSU-MdB)

Stellvertretende Landesvorsitzende:  
**Konrad Kobler** (Jg. 43 / GÖD / CSU-MdL)  
**Ernst J. Pöppl** (Jg. 32 / GÖD / CSU)  
**Ingrid Prager** (Jg. 41 / DHV / CSU)  
**Edgar Schiedermeier** (Jg. 36 / DPG / CSU-MdEP)

---

<sup>1</sup> Keller ist zugleich Erster Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitskammern (siehe 8 BAAK).



Mitgliedschaft:	ca. 14 500 christlich-soziale Arbeitnehmer (Stand: 1. 3. 1996)
Internationale Repräsentanz:	<input type="checkbox"/> Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) <input type="checkbox"/> Einer der 5 Vize-Präsidenten ist als CSA-Repräsentant <b>Franz Richard Hesse</b> (Jg. 40 / IGC / CSU) <input type="checkbox"/> Internationale der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (ICDA)
Gründung:	1952

## 4 ACA – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland

---

	Kolpingplatz 5–11 50667 Köln Telefon: (02 21) 2 07 01 Telefax: (02 21) 2 07 01-38
Vorsitz:	<b>Erich Schwaiger</b> (Bundesvorsitzender)
Sekretariat:	<b>Bernhard Hennecke</b> (Bundesgeschäftsführer)
Geschäftsführung:	Geschäftsführender Bundesvorstand (12 Mitglieder) Bundesvorsitzender: <b>Erich Schwaiger</b> (Jg. 26 / ÖTV / KAB-S / CSU) Stellvertretende Bundesvorsitzende: <b>Willi Breuckmann</b> (Jg. 30 / HBV / B.E.A. / CDU) <b>Winfred Fockenberg</b> (Jg. 44 / KAB-W / CDU) <b>Johannes Norpoth</b> (Jg. 67 / Kolping / parteilos) Bundeskassierer: <b>Josef Wörmann</b> (Jg. 55 / ÖTV / KAB-W / CDU) Bundesschriftführer: <b>Jürgen Peters</b> (Jg. 59 / ÖTV / Kolping / CDU)

Bundesgeschäftsführer:  
**Bernhard Hennecke**  
(Jg. 50 / ÖTV / Kolping / CDU)

5 Organisationsvertreter

- Mitgliedschaft: 6 Verbände, die insgesamt rund 500 000 Arbeitnehmer repräsentieren
- Berufsverband katholischer Arbeitnehmerinnen in der Hauswirtschaft in Deutschland (BKH)
  - Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (B.E.A.)
  - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) – Landesverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart
  - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Süddeutschlands (KAB-S)
  - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands (KAB-W)
  - Kolpingwerk Deutschland (Kolping)
- Organe:
- a) Bundesdelegiertenversammlung (zuletzt 110 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:  
Bundesdelegiertenversammlung '96  
(2. März 1996 in Frankfurt/Main)  
Bundesdelegiertenversammlung 2000  
(2000)
  - b) Bundesvorstand (28 Mitglieder; davon 12 im Geschäftsführenden Bundesverband – s.o.)
- Gliederungen: 16 Landesverbände
- Gründung: 1907 als Verein für soziale Wahlen entstanden; ab 1933 im Untergrund weitergeführt; 1954 als ACA neu entstanden.

## 5 AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

---

Ollenhauerstraße 1  
53113 Bonn  
Telefon: (02 28) 5 32-2 44  
Telefax: (02 28) 5 32-4 10

Organ: Betriebspolitik

Vorsitz: **Rudolf Dreßler**

- Sekretariat: Referat für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation  
beim SPD-Parteivorstand
- Leiter: **Matthias von Randow** (Jg. 59 / HBV)  
Referent: **Manfred Hahn** (Jg. 40 / DPG)
- Geschäftsführung: Bundesvorstand  
(29 Mitglieder)
- Vorsitzender:  
**Rudolf Dreßler**  
(Jg. 40 / IG Medien / MdB-SPD)
- Stellvertretende Vorsitzende:  
**Beate Eggert** (Jg. 50 / ÖTV / SPD)  
**Heidrun Förster** (Jg. 51 / HBV / MdL-SPD)  
**Hans Wiesen** (Jg. 36 / IG BAU / MdL-SPD)
- Bundesausschußvorsitzender:  
**Hermann Hibbeler** (Jg. 40 / ÖTV)
- Mitgliedschaft: Alle in Betrieben und Verwaltungen beschäftigten – einschließlich vorübergehend oder endgültig aus dem Arbeitsleben ausgeschiedener – Arbeitnehmer der 850 000 SPD-Mitglieder. Das sind etwa 500 000 Personen (60%), von denen rund 35 000 (7%) als aktive AfA-Mitglieder angesehen werden.
- Organe:
- a) Bundeskonferenz (zuletzt 341 Delegierte; 2-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
    - aa) Ordentliche Bundeskonferenzen
      12. AfA-Bundeskonferenz  
(1.–3. März 1996 in Karlsruhe)
      13. AfA-Bundeskonferenz  
(1998)
    - ab) Außerordentliche Bundeskonferenzen
      1. Außerordentliche AfA-Bundeskonferenz  
(24. November 1990 in Hagen)
  - b) Bundesausschuß (ca. 76 Mitglieder; neben den 29 des Bundesvorstandes die Landes- und Bezirksvorsitzenden der AfA – zusätzlich mit beratender Stimme die Sekretäre für Arbeitnehmerfragen)
  - c) Bundesvorstand (29 Mitglieder)
- Gliederungen: 15 Landesverbände (Landesvorstände)  
25 Landesverbände und Bezirke  
(in Analogie zum Aufbau der SPD existieren in einigen Bundesländern mehrere Bezirke)  
351 Unterbezirke (Kreise)

1 100 Betriebsgruppen und außerdem  
2 000 Vertrauensleute

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Politik und Betrieb	0,6	4–6 × jährlich	Walter Edenhofer

Jahresetat: 300 000 DM (1995)

Gründung: 1. AfA-Bundeskonferenz vom 19.–21. Oktober 1973 in  
Duisburg

## 6 AKS – Arbeitskammer des Saarlandes – Körperschaft des öffentlichen Rechts

---

Fritz-Dobisch-Straße 6–8  
66111 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 40 05-0  
Telefon: (06 81) 40 05-4 12 (Presse)  
Telefax: (06 81) 40 05-4 01 (Presse)

Organ: arbeitnehmer

Vorsitz:

**Rüdiger Zakrzewski**  
(Vorstandsvorsitzender)

Stellvertretende Vorsitzende:

**Gerd Zibell**  
**Rolf Linsler**

Presse:

**Hans Arthur Klein**  
(Pressesprecher)

Sekretariat:

Geschäftsführung (2 Mitglieder)

Hauptgeschäftsführer:

**Horst Backes** (Jg. 52 / ÖTV / SPD)

Geschäftsführer:

**Heribert Schmitt** (Jg. 51 / IGBE / CDU)<sup>1</sup>

Ehrenmitgliedschaft:

**Albrecht Herold** (Jg. 29 / IGM / SPD)  
(Ehrenvorsitzender)

Politische

Repräsentanz:

Vorstand (7 Mitglieder)

Vorsitzender:

**Rüdiger Zakrzewski** (Jg. 46 / IGM / SPD-MdL)

---

<sup>1</sup> Schmitt ist zugleich Stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitskammern (siehe 8 BAAK).

Erster Stellvertretender Vorsitzender:  
**Gerd Zibell** (Jg. 50 / IGBE / SPD)  
 Zweiter Stellvertretender Vorsitzender:  
**Rolf Linsler** (Jg. 42 / ÖTV / SPD)  
 Beisitzer:  
**Hans Gansemer** (Jg. 41 / CGBCE / CDU)  
**Norbert Hamann** (Jg. 44 / BSE / SPD)  
**Jürgen Patschicke** (Jg. 50 / IGC / SPD)  
**Roland Schwarz** (Jg. 46 / DAG / CDU)

- Mitgliedschaft: ca. 350 000 Arbeitnehmer des Saarlandes als Pflichtmitglieder (1995)
- Organe: a) Vertreterversammlung (41 Mitglieder – 33 DGB; 4 DAG; 4 CGB – darunter die 7 des Vorstands)  
 b) Vorstand (7 Mitglieder – 5 DGB; 1 DAG; 1 CGB – s.o.)
- Gliederungen:  7 Ausschüsse in Zuordnung zur Vertreterversammlung  
 6 Abteilungen in Zuordnung zur Geschäftsführung und AKS-Bildungszentrum „Kirkel“
- Institutionen mit AKS-Beteiligung:  Akademie für Arbeit und Sozialwesen (Partner: Saarland)  
 Arbeit und Kultur Saarland GmbH (Partner: Saarland)  
 Beratungsstelle für Sozialverträgliche Technologiegestaltung – BEST – (Partner: DGB)  
 Berufsförderungswerk Saarland (Partner: IHK)  
 Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (100% AKS-Tochter)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
arbeitnehmer Mitgliederzeitschrift	24,0	11 × jährlich	Peter Riede
„in!“ – Jugendzeit-schrift	23,0	mind. 2 × jährlich	Peter Riede
AK-Beiträge Themen-Broschüre	4,0	nach Bedarf etwa 5–7mal jährlich	Jürgen Matheis Harald Schiffer

Jahresetat: ca. 23 Mio. DM (1995)  
 Gründung: 1951

## **Bildungseinrichtungen:**

Bildungszentrum Kirkel  
Am Tannenwald 1  
66459 Kirkel  
Telefon: (0 68 49) 90 90  
Telefax: (0 68 49) 90 94 44  
Leiter: Erwin Irmisch

Akademie für Arbeit und Sozialwesen des Saarlandes (AfAS)  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Fritz-Dobisch-Str. 6–8  
66111 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 4 00 52 34  
Geschäftsführer: Roman Lutz  
Leiterin: Frau Bier  
Träger: Saarland und Arbeitskammer

Akademie für Betriebs- und Unternehmensführung (ABU)  
Hohenzollernstr. 47–49  
66117 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 58 09-1 32  
Telefax: (06 81) 58 09-2 30  
Träger: Schulverband ABU (Stadtverband Saarbrücken, IHK, Handwerks- und Arbeitskammer)

BFW-Berufsförderungswerk Saarland GmbH  
Schlesienring 2  
66121 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 91 21 60  
Leiter: Rainer Schnubel  
Träger: IHK Saarland/Arbeitskammer

Ziel der BFW GmbH ist es, saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Möglichkeiten zur Qualifizierung während und nach der beruflichen Grundausbildung anzubieten oder sie zu einer anderen Berufstätigkeit zu befähigen. Weiter werden ansässige Unternehmen bei der Qualifizierung ihrer Mitarbeiter beraten und unterstützt: Hauptaufgabe der BFW GmbH ist die Entwicklung, Planung und Durchführung von kaufmännischen und technisch-gewerblichen Qualifizierungsmaßnahmen. Sie ist ferner Trägerin überbetrieblicher Umschulungsmaßnahmen.

Die BFW GmbH unterstützt die Entwicklung und Durchführung von Sonderformen der allgemeinen und fachlichen beruflichen Aus- und Weiterbildung. Hierunter fallen Angebote der Berufsfindung und Berufsvorbereitung im Rahmen des Benachteilig-

tenprogrammes. In den Aufgabenbereich der BFW GmbH fällt ferner die gezielte Förderung der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben.

Die BFW GmbH ist Trägerin von staatlich anerkannten Ersatzschulen (Privatschulen) sowie der Arbeitsgemeinschaft Telekolleg Südwest (eine besondere Form der Fachoberschule) im Saarland.

Im Sinne der dualen Weiterbildung pflegt die BFW GmbH ein landesweites organisatorisches Netzwerk aus eigenen Schulungszentren, kooperierenden Berufsbildungszentren und Betrieben, in denen vorhandene Ressourcen und Kapazitäten gemeinsam genutzt werden.

Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die Vermittlung fremdsprachlicher Kenntnisse nehmen im beruflichen Weiterbildungsbereich der BFW GmbH einen übergeordneten Stellenwert ein.

Seit dem 1. April 1991 ist die BFW Berufsförderungswerk Saarland GmbH staatlich anerkannt als Einrichtung der beruflichen Weiterbildung nach § 6 Abs. 2 SWBG.

## 7 BDK – Bund Deutscher Kriminalbeamter<sup>1</sup>

---

Theodor-Storm-Straße 17/18  
16547 Birkenwerder  
Telefon: (0 33 03) 50 01 32  
Telefax: (0 33 03) 50 30 70

Organ: der kriminalist

- Vorsitz: **Eike Bleibtreu**  
(Bundesvorsitzender)
- Ehrevorsitz: **Ingo Herrmann**  
(Ehrevorsitzender seit 1990)
- Presse: **Helmut Bärwald**  
(Pressesprecher)
- Günter Rudnik**  
(Bundesschriftleiter)
- Büro des  
Bundesvorsitzenden: Plittersdorfer Straße 133  
53173 Bonn  
Telefon: (02 28) 35 32 09  
Telefax: (02 28) 35 28 33
- Geschäftsführung: Geschäftsführender Bundesvorstand  
(12 Mitglieder – davon 1 beratendes)

---

<sup>1</sup> Sitzungsgemäßer Sitz des BDK ist Münster/Westfalen.

Bundsvorsitzender:  
**Eike Bleibtreu** (Jg. 43 / SPD)

Stellvertretende Bundsvorsitzende:

**Rainer Bruckert**

**Holger Hermann**

**Gerhard Müllenbach**

**Horst Nies** (kommissarisch)

Bundesschatzmeister:

**Günter Nicht**

(Erster Bundesschatzmeister)

**Peter Butze**

(Zweiter Bundesschatzmeister)

Bundesschriftführung:

**Holger Matznick**

(Bundesschriftführer)

**Jürgen Salow**

(Stellvertretender Bundesschriftführer)

Beisitzer:

**Marianne Käfer**

(Frauenfragen)

**Herbert Kühn**

(Pensionäre)

Bundesgeschäftsführer:

**Hans-Jürgen Kulik**<sup>1</sup>

Mitgliedschaft:

13 403 Kriminalisten (31. 12. 1995)

Organe:

- a) Bundesdelegiertentag (zuletzt 316 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche Bundesdelegiertentage:
    9. Bundesdelegiertentag des BDK (26.–28. Oktober 1993 in Goslar)
    10. Bundesdelegiertentag des BDK (1997)
  - ab) Außerordentliche Bundesdelegiertentage:
    1. Außerordentlicher Bundesdelegiertentag des BDK (2. Juli 1990 in Goslar)
- b) Bundesvorstand (32 Mitglieder; davon 12 im Geschäftsführenden Bundesvorstand – s.o.)

---

<sup>1</sup> Der Bundesgeschäftsführer hat als hauptamtlicher BDK-Mitarbeiter in diesem Gremium nur beratende Funktion. Ihm obliegt in Personalunion auch die Geschäftsführung der BDK-Betreuungsdienst GmbH.



c) Geschäftsführender Bundesvorstand (12 Mitglieder – s.o.)

d) Kassenrevision (4 Mitglieder)

Gliederungen: 17 Landesverbände<sup>1</sup>  
 Bezirksverbände  
 Bezirksgruppen

Internationale Repräsentanz: Rat der Europäischen Polizeigewerkschaften, CESP (Conseil Européen des Syndicats de Police)  
 CESP-Schatzmeister ist der ehemalige Vorsitzende des BDK-Landesverbandes „Baden-Württemberg“, **Kurt Lehr**.

Kooperierende Organisationen: Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)  
 – Kooperationsvertrag zur tarifvertraglichen Vertretung der Arbeitnehmer-Mitglieder des BDK vom 12. Dezember 1990 –

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
der kriminalist	19,5	11 × jährlich	Günter Rudnick

Gründung: 1968 in Hamm/Westfalen

Spitzenfunktionäre:

1968–1969 Heinz-Walter Stang (1 Jahr)  
 1969–1972 Johann Reiter (3 Jahre)  
 1972–1977 Rolf Grunert (5 Jahre)  
 1977–1990 Ingo Herrmann (13 Jahre)<sup>2</sup>  
 1990– Eike Bleibtreu

### Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) seit 1968 Mitgliederzahlen und Veränderungen

Jahr*	Mitglieder**	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	insgesamt	absolut	in %
1968	3 005	–	–
1969	3 975	+ 965	+ 32,1
1970	5 027	+ 1 052	+ 26,5
1971	6 132	+ 1 105	+ 21,9
1972	6 714	+ 582	+ 9,5
1973	7 159	+ 445	+ 6,6
1974	7 597	+ 438	+ 6,1
1975	8 016	+ 419	+ 5,5

1 Einschließlich „Verband Bundeskriminalamt“.

2 Von 1977–1978 kommissarisch.

Jahr*	Mitglieder**	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %
	insgesamt		
1976	8 220	+ 204	+ 2,6
1977	8 335	+ 115	+ 1,4
1978	8 356	+ 21	+ 0,3
1979	8 623	+ 267	+ 3,2
1980	9 261	+ 638	+ 7,4
1981	9 685	+ 424	+ 4,6
1982	10 226	+ 541	+ 5,6
1983	10 426	+ 200	+ 2,0
1984	10 461	+ 35	+ 0,3
1985	10 619	+ 158	+ 1,5
1986	10 859	+ 240	+ 2,3
1987	11 246	+ 387	+ 3,6
1988	11 485	+ 239	+ 2,1
1989	11 437	- 48	- 0,4
1990	11 379	- 58	- 0,5
1991	15 962	+ 4 583	+ 40,3
1992	14 960	- 1 002	- 6,3
1993	13 745	- 1 215	- 8,1
1994	13 549	- 196	- 1,4
1995	13 403	- 146	- 1,1

\* Stichtag ist jeweils der 31. Dezember

\*\* Ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

## 8 BAAK – Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitskammern<sup>1</sup>

Bäckerstraße 59c  
81241 München  
Postfach 60 02 20  
81202 München  
Telefon: (0 89) 12 58-2 70

Vorsitz:

**Peter Keller<sup>2</sup>**  
(Erster Vorsitzender)

<sup>1</sup> Vorstufe der Spitzenorganisation zu einem am österreichischen Modell orientierten System von Landes-Arbeitskammern und Bundes-Arbeitskammer.

<sup>2</sup> Keller ist zugleich Landesvorsitzender der Arbeitnehmer-Union der Christlich-Sozialen Union – CSU – (siehe 3 – CSA).

Sekretariat:	<b>Willibald Fink</b> (Geschäftsführender Vorstand)
Politische Repräsentanz:	Vorstand (4 Mitglieder) Erster Vorsitzender: <b>Peter Keller</b> (Jg. 37 / GÖD / CSA / CSU-MdB) Stellvertretender Vorsitzender: <b>Heribert Schmitt</b> <sup>1</sup> (Jg. 51 / IGBE / CDA / CDU) Schatzmeister: <b>Heinz Gau</b> <sup>2</sup> (Jg. 37 / IG Medien / KAB / parteilos) Geschäftsführender Vorstand: <b>Willibald Fink</b> (Jg. 36 / CSU)
Mitgliedschaft:	a) Die durch Arbeitskammern der Bundesländer repräsentierten Arbeitnehmer b) Korporative Mitglieder (10 Verbände), u.a. <input type="checkbox"/> Arbeitnehmer-Union der Christlich-Sozialen Union (CSA der CSU) <input type="checkbox"/> Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) <input type="checkbox"/> Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) <input type="checkbox"/> Kolpingwerk Deutschland c) Einzelpersonlichkeiten
Organe:	a) Mitgliederversammlung (jährlich) b) Vorstand (4 Mitglieder – s.o.) c) Beirat (Bundes- und Landesparlamentarier – bis zu 15 Mitglieder aus möglichst allen Bundesländern)
Gründung:	30./31. Mai 1972 im Bildungszentrum „Kirkel“ der Arbeitskammer des Saarlandes (AKS)

1 Geschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes (siehe 6 AKS).

2 Verbandssekretär bei der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands und Organisationsvertreter im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland (siehe 4 ACA).

## 9 KAB – Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands<sup>1</sup>

---

	Pohlhausenstraße 17 53332 Bornheim Telefon: (0 22 22) 6 40 81 Telefax: (0 22 22) 6 40 85 Organ: Katholische Arbeitnehmer-Zeitung
Vorsitz:	<b>Karl Nothof</b> (Bundesvorsitzender)
Geschäftsführung:	<b>Renate Müller</b> (Bundesgeschäftsführerin)
Ehrenvorsitz:	<b>Alfons Müller</b> (Jg. 31 / ÖTV / CDA / CDU-MdB)
Politische Repräsentanz:	Bundesleitung (5 Mitglieder) Bundesvorsitzender: <b>Karl Nothof</b> (Jg. 37 / ÖTV / parteilos) <sup>2</sup> Bundespräses: <b>P. Gernar Pawelletz</b> OP (Jg. 39) Stellvertretende Bundesvorsitzende: <b>Dietmar Balle</b> (Jg. 36 / CGM / CDA / CDU) <b>Helmut Neersen</b> (Jg. 35 / GdP / CDA / CDU) <sup>3</sup>
Mitgliedschaft:	Bundesgeschäftsführerin: <b>Renate Müller</b> (Jg. 47 / ÖTV / parteilos) Mitglieder der KAB Bund sind nach Satzung 3 KAB-Regionalverbände sowie 2 auf Bundesebene organisierte Arbeitnehmerverbände (s.u.). Sie repräsentieren ca. 282 000 KAB-Organisierte (Stand: 31. 12. 1995).
Organe:	a) Bundesdelegiertenversammlung („Bundesverbandstag“! – zuletzt 217 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin: 8. KAB-Bundesverbandstag und 2. gesamtdeutscher (19.–22. Oktober 1995 in Münster) 9. KAB-Bundesverbandstag (1999)

---

<sup>1</sup> Die KAB ist Arbeitnehmer-Interessenverband, aber keine Gewerkschaft.

<sup>2</sup> Verbandsvorsitzender der KAB Süddeutschlands.

<sup>3</sup> Verbandsvorsitzender der KAB Westdeutschlands.

- b) Bundesausschuß (63 Mitglieder; davon 25 im BV – s. „C“)
- c) Bundesvorstand – BV – (25 Mitglieder; davon 5 in der Bundesleitung – s.o.)
- d) Bundesleitung (5 Mitglieder – s.o.)

Gliederungen:

- Diözesanverbände
- Bezirks- bzw. Kreisverbände oder Gaue
- Ortsverbände, Gruppen oder Pfarrvereine

Angeschlossene Organisationen:

- a) KAB-Regionalverbände:
  - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung – Landesverband der Diözese Rottenburg/Stuttgart
  - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Süddeutschlands, München
  - Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands, Köln

Internationale Repräsentanz:

- b) bundesweit organisierte Arbeitnehmervverbände
  - Associazione Cristiane Lavoratori Italiani (ACLI) – Region Germania
  - Christliche Arbeiterjugend (CAJ)
  - Europäische Bewegung Christlicher Arbeitnehmer (EBCA)  
Die KAB ist im EBCA-Vorstand durch ihre Bundesgeschäftsführerin, **Renate Müller**, vertreten.
  - Internationale Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (WBCA – Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
KAB – Katholische Arbeitnehmer-Zeitung	200,0	11 × jährlich	Ralf Blumenthal (siehe Verbandsanschrift)
Unser Dienst – Führungskräfteorgan	3,0	6 × jährlich	Josef Winkelheide (siehe Verbandsanschrift)
Christ im Alter	17,0	11 × jährlich	Brigitte Garbe (siehe Verbandsanschrift)

Gründung:

1. KAB-Bundesverbandstag vom 20. bis 23. Mai 1971 in Würzburg

## **Bildungseinrichtungen der KAB:**

Familien-, Ferien- und Bildungsstätte Josef-Gockeln-Haus in Rahrbach  
57399 Kirchhundem  
Telefon: (0 27 64) 6 90  
Telefax: (0 27 64) 69 95  
Leiter: Günter Hüsck

Familienferien- und Bildungsstätte Heinrich-Lübke-Haus  
Zur Hude 9  
59619 Möhneseesee-Günne  
Telefon: (0 29 24) 80 60  
Telefax: (0 29 24) 80 64 02  
Leiter: Otto Mantel

Heimvolkshochschule Heinrich Lübke  
Anschrift: wie vor  
Leiter: Martin Schwamborn

Jugendbildungsstätte der KAB Westdeutschlands  
Hochstr. 26  
57399 Kirchhundem  
Telefon: (0 27 64) 69 91  
Leiter: Thomas Steinhoff

Berufsbildungswerk der KAB Westdeutschlands  
Hauptstr. 29  
55491 Ravengiersburg  
Telefon: (0 67 61) 9 31 10  
Telefax: (0 67 61) 1 33 27  
Leiter: Heribert Platt

Bildungszentrum der KAB in Thüringen  
Holzthalebenerstr. 17  
99996 Menteroda  
Telefon: (03 60 29) 80 80  
Telefax: (03 60 29) 8 08 28  
Leiter: Günter Schlaffke

Familienpädagogisches Institut der KAB Westdeutschlands  
Annaberg 40  
45721 Haltern  
Telefon: (0 23 64) 40 31  
Leiterin: Elisabeth Bußmann

Arbeitsgemeinschaft der Sozialinstitute der KAB Süd  
Friedrichstr. 23  
92648 Vohenstrauß  
Telefon: (0 96 51) 32 62  
Telefax: (0 96 51) 37 95  
Direktor: Hans Ludwig

Diese Gemeinschaft ist ein Zusammenschluß folgender Institute:

Institut der KAB für berufliche Qualifizierung und Beschäftigung e.V.  
Friedrichstr. 23  
92648 Vohenstrauß  
Telefon: (0 96 51) 32 62  
Telefax: (0 96 51) 37 95  
Leiterin: Christine Nußhart

Sozialinstitut der KAB für Erwachsenenbildung e.V. und  
Sozialinstitut der KAB für Arbeitnehmerbildung  
Jägerberg 2  
93426 Roding-Strahlfeld  
Telefon: (0 94 61) 9 59-1 07  
Telefax: (0 94 61) 9 59-1 10  
Leiterin: Referat Bildung Jutta Weinmann  
Leiter: Referat Mitbestimmung Heinrich Baur

Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ e.V.  
Schloßhof 1  
93449 Waldmünchen  
Telefon: (0 09 72) 9 41 40  
Telefax: (0 09 72) 94 14 33  
Leiter: Alois Nock

KAB Bildungs- und Erholungszentrum Strahlfeld  
Am Jägerberg 2  
93426 Roding-Strahlfeld  
Telefon: (0 94 61) 95 90  
Telefax: (0 94 61) 95 91 99  
Leiter: Franz Pauli

Gründung: 1. KAB-Bundesverbandstag vom 20. bis 23 Mai 1971 in  
Würzburg

## 10 B.E.A. – Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

---

	Roedernallee 2c 13407 Berlin Telefon: (0 30) 4 14 20 42 Telefax: (0 30) 4 14 20 43								
Vorsitz:	<b>Karin Koessling</b> (Bundesvorsitzende)								
Geschäftsführung:	<b>Hans-Gerd Hellmers</b> (Bundesgeschäftsführer)								
Organe:	Bundesverbandstag								
Mitgliederzahlen:	50 000 evangelische Arbeitnehmer (Stand: September 1995)								
Veröffentlichung:	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Titel</th> <th>Auflage in Tsd.</th> <th>Erscheinungsweise</th> <th>Chefredakteur</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Rundschau der evangelischen Arbeitnehmer</td> <td>5,0</td> <td>4 × jährlich</td> <td>Rolf Bartels Tel.: (05 11) 71 78 48</td> </tr> </tbody> </table>	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur	Rundschau der evangelischen Arbeitnehmer	5,0	4 × jährlich	Rolf Bartels Tel.: (05 11) 71 78 48
Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur						
Rundschau der evangelischen Arbeitnehmer	5,0	4 × jährlich	Rolf Bartels Tel.: (05 11) 71 78 48						
Jahresetat:	480 000 DM (Stand: Ende 1995)								

## 11 CDA – Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft der CDU

---

	Johannes-Albers-Allee 3 53639 Königswinter Telefon: (0 22 23) 7 30 Telefax: (0 22 23) 7 31 32 Organ: Soziale Ordnung
Vorsitz:	<b>Rainer Eppelmann</b> (Bundesvorsitzender)
Presse:	<b>Uwe Schummer</b> (Pressesprecher) (Übersicht: Veröffentlichungen)
Gewerkschaftsreferat:	<b>Friedhelm Knipping</b> (Gewerkschaftsreferent)
Geschäftsführung:	Geschäftsführender Bundesvorstand (maximal 18 Mitglieder) <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Neben den 13 genannten CDA-Spitzenfunktionären gehören dazu bis zu 5 weitere als vom Geschäftsführenden CDA-Bundesvorstand zugewählt.



Bundsvorsitzender:

**Rainer Eppelmann**

(Jg. 43 / BSE / CDU-MdB)

Erster Stellvertretender Bundsvorsitzender:

**Hermann-Josef Arentz**

(Jg. 43 / IGBE / CDU-MdL)

Stellvertretende Bundsvorsitzende:

**Gustav Bergemann**

(Jg. 48 / IGM / CDU)

**Antje Blumenthal**

(Jg. 47 / DSTG / CDU-MdHB)

**Walter Link**

(Jg. 37 / DAG / CDU-MdB)

**Winfried Menrad**

(Jg. 39 / CGM / CDU-MdEP)

N.N.-

**Ingrid Sehrbrock**

(Jg. 48 / GEW / CDU)

Schatzmeister:

**Claus Hackmesser** (Jg. 54 / GdP / CDU)

Hauptgeschäftsführer:

**Jürgen Radloff**

(Jg. 42 / GdP / CDU)

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-

Bundstagsfraktion:

**Wolfgang Vogt**

(Jg. 29 / BSE / CDU-MdB)

Ehrenschatzmeister:

**Heinz Soénius** (Jg. 29 / ÖTV / CDU)

Bundstags-Mitglieder

(13. Wahlperiode):

79 CDU/CSU-Abgeordnete

Mitgliedschaft:

25 500 christlich-soziale Arbeitnehmer (Stand: 31. 12. 1995)

darunter: Jugend<sup>1</sup> 1 950 (Stand: 31. 12. 1995)

Organe:

a) Bundestagung (zuletzt 400 Delegierte; 2-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

26. Bundestagung der CDA

(9.–11. Juni 1995 in Rüsselsheim)

27. Bundestagung der CDA

(23.–25. Mai 1997 in Magdeburg)

---

<sup>1</sup> Junge Arbeitnehmerschaft (JA).

- b) Bundesvorstand (55 Mitglieder – darunter die 13 + maximal 5 des Geschäftsführenden Bundesvorstands – s.o.)
- c) Geschäftsführender Bundesvorstand (13 + maximal 5 Mitglieder – s.o.)

Gliederungen:

- a) regional:
  - 16 Landesverbände
  - Bezirksverbände
  - Kreisverbände
  - Stadt-/Gemeindeverbände
  - Betriebsgruppen
- b) sachbezogen:
  - 8 Arbeitsgemeinschaften
  - Arbeitskreise (beim Bundesvorstand)

Internationale Repräsentanz:

Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA)

Die CDA ist im EUCDA-Vorstand durch ihren Hauptgeschäftsführer, **Jürgen Radloff**, und ihren Ersten Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, **Hermann-Josef Arentz**, vertreten.

□ Internationale Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (ICDA).

Jahresetat:

ca. 2 Mio. DM (Stand: Ende 1995)

Gründung:

1. Reichstagung der gesamtdeutschen Sozialausschüsse der CDU/CSU vom 28. bis 30. November 1947 in Herne

Spitzenfunktionäre:

Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) der CDU<sup>1</sup>

1947–1958	Jakob Kaiser (11 Jahre) – IGD –
1958	Dr. h. c. Karl Arnold (6 Monate) – ÖTV –
1958–1963	Johannes Albers (5 Jahre) – ÖTV –
1963–1977	Hans Katzer (14 Jahre) – ÖTV –
1977–1987	Dr. Norbert Blüm (10 Jahre) – IGM –
1987–1993	Ulf Fink (6 Jahre) – NGG –
1993	Werner Schreiber (6 Monate) – BSE –
1993–1994	Hermann-Josef Arentz (4 Monate) – IGBE <sup>2</sup> –
1994–	Rainer Eppelmann – BSE <sup>3</sup> –

1 Bis April 1991: Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) der CDU.

2 Vom 1. Dezember 1993 bis 18. März 1994 geschäftsführend aus der Position des Ersten Stellvertretenden Bundesvorsitzenden heraus.

3 Ab 18. März 1994 durch Bundesausschufwahl als Kommissarischer Bundesvorsitzender, seit 9. Juni 1995 in ordentlicher Funktion.

## 12 CGB – Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands

---

Konstantinstraße 13  
53179 Bonn  
Telefon: (02 28) 35 70 62  
Telefax: (02 28) 35 70 83

Organ: CGB aktuell

**Vorsitz:**

**Peter Konstroffer**  
(Vorsitzender)

**Pressestelle:**

**Martin Lessenthin**  
(Pressesprecher) (Übersicht: Veröffentlichungen)

**Politische  
Repräsentanz<sup>1</sup>:**

Bundesvorstand  
(13 Mitglieder – zusätzlich 2 mit beratender Stimme)

Vorsitzender:

**Peter Konstroffer** (Jg. 53 / CGM / CDU)  
(Koordination / Arbeitsmarktpolitik / Bildung /  
Internationales)

Stellvertretende Vorsitzende:

**Sigfrid Ehret** (Jg. 40 / CGM / CDU)  
(Betriebsverfassung / Vermögensbildung)

**Jörg Hebsacker** (Jg. 42 / DHV / CDU)  
(Sozialpolitik)

**Heinz Winter** (Jg. 40 / CGP / CDU)  
(Verwaltung / Post / Telekom)

Mitglieder:

**Günter Biesenberger** (Jg. 43 / DHV / CSU)  
(Sozialversicherungsträger / Sozialwahlen)

**Adalbert Ewen** (Jg. 52 / CGBCE / CDU)  
(Energiepolitik / Umweltpolitik)

**Nelly Friedrich** (Jg. 29 / VkdL / CDU)  
– CGB-Frauenbeauftragte –  
(Frauen / Bildung / Verwaltung)

**Hans Hebeisen** (Jg. 50 / DHV / CDU)  
– CGB-Bundesjugendleiter –  
(Jugend)

**Martin Lessenthin** (Jg. 54 / CG Medien / CDU)  
– CGB-Pressesprecher –  
(Öffentlichkeitsarbeit)

---

<sup>1</sup> Als Geschäftsführung im engeren Sinne gilt der Geschäftsführende Bundesvorstand, der aus 4 Mitgliedern besteht, dem Vorsitzenden und den 3 Stellvertretenden Vorsitzenden.

**Gerd Schiffer** (Jg. 42 / GÖD / CDU)  
(Öffentlicher Dienst / Bundeswehr)

**Friedrich Wilhelm Schweitzer**  
(Jg. 37 / CGDE / CDU)  
(Deutsche Bahn AG – DB AG –)

**Hans-Willi Weiten** (Jg. 34 / CGM / CDU)  
(Arbeitgeberkontakte)

Ehrenvorsitzender:

**Günter Volmer** (Jg. 22 / GÖD / CDU)

Personengruppen-  
Leiter:

**Nelly Friedrich** (CGB-Frauenbeauftragte)

**Hans Hebeisen** (CGB-Bundesjugendleiter)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

14 (14 CDU/CSU)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

Die Mitglieder des CGB sind seine 17 Berufsgewerkschaften. Sie repräsentieren 303 840 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).

Personengruppen	Mitglieder	Anteil am CGB in %	Brutto-Organisationsgrad (BOG) in %
Angestellte	149 631	49,25	0,89
Arbeiter	115 158	37,90	0,89
Beamte	39 051	12,85	1,60
Frauen	76 387	25,14	0,55
Jugend	33 241	10,94	–

Stand jeweils 31. 12. 1995

Der Brutto-Organisationsgrad des CGB liegt bei 0,94 Prozent (Stand: 31. 12. 1995).

Mit einem Anteil an der Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten von 2,70 Prozent ist der CGB viertgrößter Arbeitnehmer-Dachverband in Deutschland. (Tabelle)

Organe:

(Abbildung)

a) Bundeskongreß (zuletzt 190 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

11. Ordentlicher CGB-Bundeskongreß  
(22./23. März 1996 in Bonn)

12. Ordentlicher CGB-Bundeskongreß  
(Frühjahr 2000)

b) Hauptausschuß (43 Mitglieder)

c) Bundesvorstand (12 Mitglieder); davon 4 als Geschäftsführender Bundesvorstand – siehe Anmerkung

- Gliederungen: 13 Landesverbände  
 Bezirksverbände  
 Kreisverbände  
 Ortsverbände
- Internationale Repräsentanz: a) direkte Mitgliedschaften:  
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendents)  
 Zu den CESI-Vizepräsidenten zählt als Schatzmeister der CGB-Vorsitzende, **Peter Konstroffer**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über die CGB-Mitgliedsverbände:  
 Internationale Fachverbände (IFA – franz: FIP = Fédérations Internationales Professionelles) des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA)

Veröffentlichungen:

Die Öffentlichkeitsarbeit wird intensiv von den insgesamt 15 Berufsgewerkschaften<sup>1</sup>, also dezentral – mit derzeit neun Gewerkschaftszeitungen –, geleistet.

Gründung: 27. Juni 1959  
 (Gründungskongreß des CGB in Mainz)

## Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) – seine **15 Berufsgewerkschaften**<sup>1</sup> mit ihren Vorsitzenden

---

<b>Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)</b>	Peter Konstroffer
Arbeitnehmerverband Deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteter (ADM)	Hans Meurer
Arbeitnehmerverband Land- und Ernährungswirtschaftlicher Berufe (ALEB)	Paul Heinz Pung
Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten – Union Ganymed –	Rainer Burgunder
Christliche Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (CGBCE)	Adalbert Ewen
Christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (CGDE)	Theodor Ahr
Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD)	Gerd Felzmann
Christliche Gewerkschaft Medien (CG Medien)	Martin Lessenthin
Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)	Sigfried Ehret
Christliche Gewerkschaft Post (CGP)	Max Fischer

<sup>1</sup> Einschließlich der die Organisierten aller Branchen in den neuen Bundesländern zusammenfassenden Christlichen Gewerkschaft Deutschlands (CGD).

Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV)	Jörg Hebsacker
Deutscher Land- und Forstwirtschaftlicher Angestellten-Bund (DLFAB)	Robert Bernsdorf
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)	Gerd Schiffer
Kraftfahrergewerkschaft (KFG)	Wolfgang Stenzel
Verband Deutscher Techniker (VDT)	Bernhard Willeke
Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)	Nelly Friedrich

## Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) Die **13 Landesverbände**<sup>1</sup> und ihre Vorsitzenden

Landesverband	Vorsitzender (Jahrgang/Mitgliedsverband/Partei)
Baden-Württemberg	Johann Weber (Jg. 25 / CGP / CDU)
Bayern	Götz Beyer (Jg. 38 / GÖD / CSU)
Berlin	Thomas Wandelt (Jg. 55 / CGP / CDU)
Bremen	Peter Rudolph (Jg. 50 / DHV / CDU)
Hamburg	Karl Hoffmann (Jg. 24 / GÖD/CMV / CDU)
Hessen	Leonhard Brockmann (Jg. 35 / GÖD / CDU-MdL)
Niedersachsen	Dagmar de Weert (Jg. 58 / CGM / parteilos)
Nordrhein-Westfalen	Wolfgang Jaeger (Jg. 35 / CGBCE / CDU-MdL)
Rheinland-Pfalz	Siegfried Biebel (Jg. 57 / GÖD / parteilos)
Saarland	Adalbert Ewen (Jg. 52 / CGBCE / CDU)
Sachsen	Wolfgang Kircheis (Jg. 56 / DHV / CDU)
Sachsen-Anhalt	Roland Breuer (Jg. 52 / CGM / CDU)
Schleswig-Holstein	Rudolf Feuersenger (Jg. 39 / GÖD / CDU)

### Spitzenfunktionäre:

1959–1961	Peter Gier (2 Jahre) – CGBCE –
1961–1969	Paul Seiler (8 Jahre) – DHV –
1969–1973	Franz Weigl (4 Jahre) – DHV –
1973–1986	Günter Volmer (13 Jahre) – GÖD –
1986–1988	Martin Schetter (2 Jahre) – CMV –
1988–1990	vakant
1990–	Peter Konstroffer – CMV <sup>2</sup> –

1 Ohne die die Organisierten aller Branchen in den neuen Bundesländern zusammenfassenden Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGB) – siehe die vorausgegangene Übersicht über die 15 Berufsgewerkschaften.

2 Von Januar 1990 bis Mai 1991 kommissarisch, seit Oktober 1988, also während der Vakanz, freilich auch schon aus der Position des Stellvertretenden CGB-Vorsitzenden heraus mit entsprechenden Aufgaben betraut.

## **CGB-Stellungnahmen in CGB aktuell – Berichte, Informationen, Meinungen 1991/94 –**

---

### **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)**

Die Umweltschutzmaßnahmen der Bundesregierung in den neuen Bundesländern haben neben der spürbaren Verbesserung der Umweltsituation mehrere zehntausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Von 400 000 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) Beschäftigten arbeiten etwa 120 000 in den verschiedensten Bereichen des Umweltschutzes (Nr. 4/92).

### **Arbeitskampf**

Die Arbeitskampf-Statistik 1991 zeigt auf, daß 208 497 Arbeitnehmer in 375 Betrieben gestreikt haben bei einer durchschnittlichen Streikdauer je beteiligten Arbeitnehmer von 0,7 Tagen. Dabei fielen 153 589 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe aus (Nr. 9/92).

CGB-Bundesvorsitzender Peter Konstroffer drückte im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beginn des Arbeitskampfes Unverständnis aus: „Ich verstehe die Position der IG Metall zur Zeit einfach nicht.“ Vorrangig in jedem Fall sei doch die Sicherung der Arbeitsplätze. Besonders die jungen mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland müßten eine Chance erhalten, lebensfähige Firmen aufzuziehen und Arbeitsplätze zu schaffen (Nr. 5/93).

### **Arbeitsmarkt**

Bei einer Aussprache anlässlich der Auswirkungen der tiefgreifenden Rezession auf dem Arbeitsmarkt zwischen CGB-Bundesvorsitzendem Peter Konstroffer und dem Leitenden Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, Dr. Molitor, stimmten beide in ihrer Sorge überein. Der CGB-Vorsitzende forderte mehr ordnungspolitische Vorgaben des Ministeriums zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Nr. 6/93).

1992 hat die Bundesanstalt für Arbeit 93,5 Milliarden DM (= 30% mehr als 1991) ausgegeben. Ein Großteil der Arbeitsmarkt-Milliarden diente dazu, den wirtschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland sozial abzufedern. Rund 46 Milliarden (= 49%) flossen in die neuen Bundesländer. Durch Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld, Kurzarbeitergeld, Geld für ABM sowie für Umschulung und Fortbildung gelang es, den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland spürbar zu entlasten. Die Mittel dafür brachten überwiegend die Arbeitnehmer in Westdeutschland auf – ein Akt gesamtdeutscher Solidarität (Nr. 7/93).

CGB-Bundesvorsitzender Peter Konstroffer und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, trafen sich in Nürnberg zu einer mehrstündigen Aussprache über aktuelle arbeitsmarktpolitische Fragen. Zentrales Thema war die Entwicklung des Haushaltes der Bundesanstalt vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosenzahlen und der Kosten für den Aufbau Ost. Der Haushalt, so Jagoda, müsse in der verabschiedeten Höhe von 104 Milliarden DM eingehalten werden. Konstroffers Vorschlag, über eine Neudefinierung von Schwarzarbeit nachzudenken, wird überprüft. Bei immer stärkerem Kostendruck, gerade auch durch Steuern und Abgaben, ist der Lebensstandard vieler Familien heute schon nur noch durch Zweit- und Zuverdienst sicherzustellen (Nr. 8/93).

Für die Bemessung der Lohnkostenzuschüsse für arbeitsmarktpolitisch geförderte Beschäftigungsverhältnisse wird als Grundlage 80 Prozent der Entgelte für ungeforderte Arbeiten festgelegt (Nr. 3/94).

Der CGB stellt nach dem kürzlich veröffentlichten Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland fest, der vor allem saisonal begründet ist (Nr. 5/94).

Detlef Lutz, Landesgeschäftsführer des CGB in Nordrhein-Westfalen, lehnt Vorschläge zur untertariflichen Bezahlung arbeitswilliger und bisher arbeitsloser Menschen rundweg ab. Die Zahl derer, die am Rande des Existenzminimums bleiben, obwohl sie arbeiten, kann dadurch nur noch steigen (Nr. 8/94).

## **Arbeitsrecht**

Der CGB begrüßt die Änderung der EG-Richtlinie über Massenentlassungen, in der vor allem die gegenüber den Arbeitsämtern bestehenden Anzeigepflichten sowie die Informations- und Konsultationspflichten gegenüber der Arbeitnehmervertretung erweitert werden (Nr. 7/92).

Streß ist das mögliche Ergebnis des individuellen Prozesses der Anpassung an die Arbeitsumgebung. Das Ziel der Gesetzgebung der EG sind die Optimierung technischer Schutzmaßnahmen und die Reduzierung der Streß- und sonstigen unerwünschten Faktoren, denen die Arbeitnehmer in Europa ausgesetzt sind. Damit würde eine Verbesserung der Arbeitsumgebung erzielt werden (Nr. 3/93).

Nach Auffassung der gewerkschaftlichen Jugendorganisation des DGB kann der Gesetzentwurf über die „Neuregelung der Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte“ in der jetzigen Form nicht aufrechterhalten werden, da dieser einen echten Rückschritt in bezug auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes, insbesondere für ältere Angestellte, bedeute (Nr. 5/93).

Der von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf eines „Gesetzes zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten“ ist vom CGB



scharf kritisiert worden: „Nachdem die Bundesregierung mit der sogenannten Organisationsreform im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes bereits das Ende der eigenständigen Angestelltenkrankenkassen eingeleitet hat, wird mit der beabsichtigten Änderung des Kündigungsschutzes erneut in den sozialen Besitzstand der Angestellten eingegriffen.

Diese soziale Demontage werden die christlichen Gewerkschaften nicht mitmachen. Der Gesetzentwurf ist ein Kotau vor den Arbeitgebern, die bereits seit langem einen Abbau der angeblich überzogenen Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik fordern“ (Nr. 6/93).

Der Deutsche Bundestag hat den von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und F.D.P. eingebrachten Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 beraten, in dem ein Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossen werden soll (Nr. 3/94).

Als Zusatzangebote für Arbeitslose werden Gemeinschaftsarbeiten und Saisonarbeiten für Arbeitslosenhilfeempfänger eingeführt (Nr. 3/94).

Die private gewerbliche Arbeitsvermittlung wird im gesamten Bundesgebiet zugelassen (Nr. 3/94).

Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das unter anderem befristete Arbeitsverträge zulässt und das 1995 auslaufen sollte, wird um fünf Jahre verlängert (Nr. 3/94).

Am 3. 9. 1993 wurde vom Deutschen Bundestag das neue Kündigungsfristengesetz beschlossen. Für Arbeiter und Angestellte gelten damit ab 15. 10. 93 einheitliche Fristen (Nr. 4/94).

## **Arbeitszeit**

An dem Entwurf des Bundesarbeitsministers für ein neues Arbeitszeitgesetz kritisiert der CGB vor allem die Zulässigkeit einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden und der Sonntagsarbeit auf bis zu 12 Stunden sowie die vorgesehene Regelung für einen Ausgleich für Mehrarbeit (Nr. 12/92).

Teilzeitarbeit bedeutet für Arbeitnehmer – vornehmlich für Frauen –, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Auch Beschäftigte, die sich einer Ganztagsbeschäftigung nicht mehr gewachsen fühlen oder mehr Freizeit einem höheren Einkommen vorziehen, nutzen diese Möglichkeit (34% der erwerbstätigen Frauen im Westen, 18% in den neuen Bundesländern). Von verheirateten Frauen sind es 51 Prozent (49% bei verwitweten) und 22 Prozent im Osten (20% bei verwitweten) (Nr. 1/93).

Die Teilzeitarbeit wird durch Gewährung eines zeitlich befristeten Bestandsschutzes von bis zu drei Jahren für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gefördert, wenn Beschäftigte von Vollzeit auf Teilzeitarbeit umsteigen (Nr. 3/94).

Der CGB-Bayern hat sich gegen Sonntagsarbeit und für flexiblere Arbeitszeit ausgesprochen (Nr. 1/94).

### **Ausländerpolitik, -feindlichkeit**

Der Deutsche Arbeitnehmersverband (DAV) wird vom Verfassungsschutz NRW beobachtet. Die Vorschlagsberechtigung für ehrenamtliche Richter bei den Arbeitsgerichten und den Sozialgerichten in NRW wurde durch Minister Franz Müntefering entzogen – Grund: Rechtslastige Ausländerhetze des DAV und Unterwanderung durch die NPD (Nr. 8/93).

### **Bildungspolitik**

Auf dem Bundeskongreß des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) in Erfurt wurden Werte wie „Freiheit“ oder „Verantwortung“ diskutiert. Doch dürfe es eine absolute Freiheit im Sinne von Beliebigkeit nicht geben. Freiheit ende da, wo Raum und Freiheit anderer tangiert werden. Verantwortungsvolles Handeln dagegen schaffe erst die Möglichkeit für ein freiheitliches Miteinander (Nr. 6/93).

Am Ende des Ausbildungsjahres 1993 standen nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit Anfang Oktober in den neuen Ländern knapp 1600 nicht vermittelten Bewerbern um Ausbildungsstellen 210 offene betriebliche Plätze gegenüber. In den alten Ländern suchten 14 900 Jugendliche eine betriebliche Ausbildungsstelle; 83 600 Plätze waren noch unbesetzt (Nr. 11/93).

### **Deutsche Einheit**

Der CGB begrüßt die Entwürfe der Bundesregierung für ein Gesetzespaket, das die Rückgabe von Vermögenswerten aus den neuen Ländern vereinfachen soll (Nr. 3/91).

Der CGB hält gezielte Sparaktionen in den öffentlichen Haushalten für notwendig, um die deutsche Einheit zu finanzieren. Gegebenenfalls erforderliche Steuererhöhungen müßten dann auch offen von den Politikern vertreten werden (Nr. 4/91).

Der CGB begrüßt den Entwurf eines Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, fordert jedoch angesichts der sich aus der Akteneinsicht ergebenden möglichen psychischen und sozialen Folgeprobleme eine institutionalisierte psychosoziale und juristische Beratung (Nr. 15/91).

Angesichts der Probleme um die Eigentumsfrage in den neuen Bundesländern fordert der CGB, daß Entschädigungsansprüche Eigentumsansprüchen zumindest gleichgestellt sein müßten, um Investitionshemmnisse zu beseitigen (Nr. 11/92).

In der Frage der wirtschaftlich-sozialen Ausgestaltung der deutschen Einheit bemerkte der CGB-Bundesvorsitzende Peter Konstroffer, daß das „Kasperletheater der Parteienpolitik“ endlich ein Ende haben müsse. Es bedürfe endlich klarer Prämissen der Politik (Nr. 5/93).

## **EG-Binnenmarkt**

Die CESI hat der EG-Kommission Themenvorschläge für das geplante Grünbuch unterbreitet. So muß nach Auffassung der CESI dem Thema „Arbeitslosigkeit – Dauerarbeitslosigkeit in Europa“ aufgrund der alarmierenden Daten über die europäische Beschäftigungssituation breiter Raum zugestanden werden.

Struktureller Industrieumbau zugunsten zukunftsorientierter und forschungsintensiver High-Tech-Industrien und Steuererleichterungen zum Investitionsanreiz müssen Vorrang haben (Nr. 8/93).

Der CGB ist der Meinung, daß Europaappelle nicht ausreichen. Ob sich die EG zu einem formalen Rechtsgebilde zurückbildet oder künftig als lebendiges Gemeinwesen gedeiht, hängt nur noch am Rande vom Inkrafttreten der Maastrichter Verträge ab. Falls das Bundesverfassungsgericht doch einen Riegel vorschieben sollte, wäre das zwar mißlich – das bloße Inkrafttreten der Vereinbarungen kann jedoch den Schaden nicht mehr beheben, den die Krisen der letzten Monate der EG zugefügt haben (Nr. 9/93).

Eine CESI-Tagung mit dem Thema „Arbeitslosigkeit in Europa“ in Brüssel fand großen Zuspruch. Einigkeit herrschte darüber, daß durch den Wegfall der osteuropäischen Märkte und den Wandel in den internationalen Beziehungen Europa in den nächsten Jahren große Probleme bewältigen muß (Nr. 10/93).

Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) hat ein gemeinsames Handeln gegen Arbeitslosigkeit in Europa gefordert. Die CESI, die 17 europäische Mitgliedsgewerkschaften mit etwa sieben Millionen Mitgliedern repräsentiert, fordert erneut, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Schwerpunktthema europäischer Politik zu machen (Nr. 11/93).

Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) entwickelt Lösungsansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Behinderte (Nr. 12/93, Nr. 1/94).

Die CESI begrüßt das Vorhaben der EG-Kommission, durch das Vorlegen eines allgemeinen Grünbuchs eine neue Phase der europäischen Sozialpolitik zu beginnen (Nr. 1/94).

Neue Rechte durch die Europäische Union: Unionsbürger können überall in der EU leben und arbeiten, sie können an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen. Zudem ist die Einführung einer „Unionsbürgerschaft“ vorgesehen, die die nationale Staatsbürgerschaft nicht ersetzt, sondern ergänzt und neue Rechte für EU-Bürger schafft (Nr. 4/94).

Zur Europa-Wahl am 12. Juni 1994 ruft der CGB auf mit der Mahnung: „In dieser Zeit des Umbruchs und der neuen Weichenstellung geht es vor allem um zwei Forderungen: Europa braucht nun die soziale Dimension, und Europa muß bürgerlich und demokratischer werden“ (Nr. 5/94).

Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) stellt mit Erstaunen fest, daß die von ihr organisierten Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes offensichtlich nicht dieselben Rechte auf europäische Interessenvertretung und Beteiligung haben wie andere, da sie angeblich keine branchen- und sektorübergreifende Gewerkschaft sei, sondern überwiegend Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in Europa vertrete (Nr. 5/94).

Der für Sozialangelegenheiten zuständige EG-Kommissar Pádraig Glynn hat zu Vorwürfen Stellung genommen, die sich gegen den Vorschlag der EG-Kommission hinsichtlich der Information und Konsultation von Arbeitnehmern in multinationalen Unternehmen richten. Die Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen dürften nicht das Gefühl haben, daß Entscheidungen „über ihre Köpfe hinweg“ gefällt würden (Nr. 7/94).

Die Herausgabe des Weißbuches „Europäische Sozialpolitik“ durch die Kommission wurde von der CESI als breiter Ansatz für eine europäische Sozialunion gewertet. Die aufgezeigten Visionen und vorausschauenden Konzepte weisen auf eine mögliche Gestaltung der europäischen Sozialunion hin (Nr. 9/94).

Die CESI begrüßt das von der EU-Kommission vorgelegte Arbeitsdokument „Teilzeitarbeit und Schaffung von Arbeitsplätzen“ als ein Dokument, das geeignet ist, die in allen EU-Mitgliedstaaten bestehende Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen (Nr. 10/94).

## **EG-Mitbestimmung**

Der Europaabgeordnete Winfried Menrad, Mitglied des Sozialausschusses des Europaparlaments, und Peter Konstroffer, CGB-Bundesvorsitzender, trafen sich zu einem Meinungsaustausch in Bonn. Neben Fragen zum Maastricht-Vertrag wurde vor allem über die Einführung von Euro-Betriebsräten diskutiert. Bedauerlich fan-

den sie, daß durch den Widerspruch Großbritanniens der EG-Richtlinienentwurf zurückgezogen wurde und frühestens 1993 wieder eingebracht wird (Nr. 5/92).

Durch die Änderung der bisherigen Massenentlassungsrichtlinie aus dem Jahre 1975 wird gemäß der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer das Verfahren bei Massenentlassungen weiter ausgestaltet. Wegen der fortschreitenden und grenzübergreifenden Unternehmenskonzentration in der EG sind die bestehenden Informations- und Konsultationspflichten des Arbeitgebers sowie die gegenüber den Arbeitsämtern bestehenden Anzeigepflichten unabhängig davon zu erfüllen, ob die Entscheidung über eine Massenentlassung vom Arbeitgeber selbst oder einem ihn beherrschenden Unternehmen getroffen wird (Nr. 7/92).

„CESI auf gutem europäischen Kurs“ – stellt CGB AKTUELL fest. Auf Einladung des Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Werner Hagedorn, trafen sich in Bonn die Vorsitzenden der 17 der CESI angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen in Europa. Dabei ging es den Teilnehmern um die volle Anerkennung der CESI als europäische Gewerkschaftsorganisation. Insbesondere die Beschlüsse von Maastricht bedingen die stärkere Eingliederung aller gesellschaftlichen Kräfte in den Meinungsbildungsprozeß der EG (Nr. 8/92).

Peter Konstroffer, Bundesvorsitzender des CGB und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften – CESI –, schätzt die Bemühungen positiv ein, noch in diesem Jahr in den sozialen Dialog der EG eingebunden zu werden. Unterstützt wird dies auch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm (Nr. 1/93).

Auf Vorschlag des CGB hat die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) den Europäischen Rat der Minister für Soziale Angelegenheiten aufgefordert, umgehend eine Richtlinie zur Einführung des Rechts auf europäische Betriebsräte zu verabschieden (Nr. 4/93).

Eine möglichst schnelle und umfassende Einbeziehung der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) in den sozialen Dialog in Europa wurde heute anlässlich einer Konferenz der CESI in Florenz von Jochen Kubosch, EG-Kommission, befürwortet (Nr. 5/93).

Die Internationale Arbeitsorganisation in Genf (ILO) hat die CESI als multinationalen Gewerkschaftszusammenschluß anerkannt. CGB-Bundesvorsitzender Peter Konstroffer wertete dies als großen Erfolg auf dem Weg zur vollen europäischen Anerkennung neben dem EGB (Nr. 6/93).

Die EU bringt den Bürgern der Mitgliedstaaten neue Rechte: Unionsbürger können überall in der EU leben und arbeiten und dürfen im EU-Ausland aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht benachteiligt werden. An ihrem Wohnort können sie an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen (Nr. 4/94).

Seit 1994 hat die CESI einen offiziellen Beobachterstatus bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Damit hat sie ihre internationale Position weiter gestärkt. In den Konsultationen des Europäischen Parlaments ist sie bereits seit vergangem Jahr eingebunden (Nr. 4/94).

Die CESI fordert wesentliche Korrekturen an dem Vorschlag für die Richtlinie des Rates vom 13. April 1994, um mehr Mitbestimmung für die betroffenen Arbeitnehmer bei gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen zu erreichen. Bedauert wird, daß immer noch keine Einigung bei den Partnern des sozialen Dialogs herbeigeführt worden ist. Dies mache deutlich, daß die Einbeziehung der CESI in den Dialog unbedingt notwendig sei (Nr. 6/94).

Die CESI wertet die Herausgabe des Weißbuches „Europäische Sozialpolitik“ durch die Kommission als einen breiten Ansatz zu einer europäischen Sozialunion. Besonders die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse von den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern weiter diskutiert und umgesetzt werden (Nr. 10/94).

## **Einwanderung**

Angesichts der steigenden Zahl von Aus- und Übersiedlern aus Osteuropa begrüßt der CGB Hilfsmaßnahmen von Bundesregierung, kirchlichen Einrichtungen und Industrie in der Ukraine und den ehemaligen deutschen Ostgebieten, um der Auswanderung entgegenzuwirken. Darüber hinaus fordert der CGB jedoch eine restriktivere gesetzliche Lösung (Nr. 11/92).

## **Frauenförderung**

Starre Arbeitszeiten behindern Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so die CDU-Abgeordnete Petra Wiesner-Holtzmann. Frauenpolitik sei nicht eine Politik gegen Männer, sondern für Frauen. Das Bedürfnis der Frauen nach Umschulungsmaßnahmen in Wohnortnähe spiegele die Verinnerlichung der Verantwortung der Frau für die Familie wider. Deshalb müssen flexiblere Arbeitszeiten ermöglicht werden (Nr. 2/93).

Von größter Aktualität sei die Frage des gleichen Zugangs von Männern und Frauen zu Führungspositionen. Auf dieser Ebene bestehen nach wie vor die größten Hindernisse, aber langfristig auch die Möglichkeit, jegliche Diskriminierung zu beseitigen. Die Machtverteilung im öffentlichen Leben, in den Unternehmen, in den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, entscheidet mehr als alles andere über die Gestalt der Gesellschaft von morgen. Die Frauen können und sollen den gerechten Anteil an dieser Macht erhalten (Nr. 3/93).

In Bonn hat sich das Nationale Vorbereitungs Komitee für die 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking konstituiert. Dazu die Bundesministerin für Frauen und Jugend,

Angela Merkel: „Die Vergabe der Weltfrauenkonferenz an China stellt uns zum einen vor die Aufgabe, die Probleme der Frauen in den Entwicklungsländern stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken, und zum anderen, das Problem der Menschenrechtsverletzungen an Frauen mehr in den Vordergrund zu rücken“ (Nr. 7/92).

Die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist, wenn es um die Frauenarbeit geht, noch lange nicht erfüllt. In Deutschland erhalten Frauen im Durchschnitt nur 73 Prozent des Lohnes, den ihre männlichen Kollegen erhalten. In Schweden erreichen die Löhne der Frauen immerhin 89 Prozent des Männerlohnes. Am schlechtesten geht es dagegen den japanischen Frauen, die nicht einmal die Hälfte des Verdienstes der Männer erhalten (Nr. 1/93).

Die Frauen in Ostdeutschland sind die Verlierer der Einheit. Das zeigt ein Blick in die Arbeitslosenstatistik. Mit einer Arbeitslosenquote von 21,5 Prozent zur Jahresmitte 1993 sind sie am stärksten vom Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft betroffen, wobei in der Statistik nur die offiziell gemeldeten Arbeitslosen erfaßt werden (Nr. 10/93).

## **Gesundheitspolitik**

Der CGB kritisiert den Koalitionsbeschluß, die Zuzahlung bei Arzneimitteln zu erhöhen (Nr. 19/91, Nr. 2/92).

Der CGB wendet sich gegen Bestrebungen nach einer Regionalisierung der Ersatzkassen und fordert bundesweit einheitliche Beitragssätze (Nr. 23/91, Nr. 2/92).

Zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen fordert der CGB die Festlegung von Richtlinien für Verpackungsgrößen, Wiederholungsrezepte für chronisch Kranke, eine Drosselung des Ärztezugangs und eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung, um vom Selbstkostendeckungsprinzip wegzukommen (Nr. 24/91).

Die Vorlage eines Gesundheitsstrukturgesetzes wird vom CGB überwiegend positiv bewertet. Im einzelnen begrüßt der CGB die Aufhebung des Selbstkostendeckungsprinzips für Krankenhäuser, die Beibehaltung der gegliederten Krankenversicherung und die Regelungen zur Kosten- und Leistungstransparenz. Bedenken äußert er bei den Maßnahmen zur Beschränkung der Zahl der Kassenärzte. Auf Kritik stoßen die beabsichtigte Festlegung von Arzneimittel-Budgets für die Ärzte sowie die Zuzahlungen von Versicherten auch für Arzneimittel mit Festbeträgen. Schließlich fordert der CGB die Einbeziehung der Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt in die Härtefallregelungen des Gesundheitsreformgesetzes (Nr. 8/92, Nr. 10/92).

Der CGB wendet sich entschieden gegen eine Öffnung der Angestellten-Ersatzkassen auch für Arbeiter (Nr. 12/92).

In einem Gespräch über das Gesundheitsstrukturreformgesetz teilten die Vertreter des CGB nicht uneingeschränkt den Optimismus in die Wirksamkeit der Reform und wiesen auf erhebliche Verunsicherungen bei den Betroffenen hin. Zur Neugestaltung der Selbstverwaltung bei AOKs und Ersatzkassen mahnten sie an, daß plurale Gesichtspunkte gewahrt werden müßten. Es sei auch sehr bedauerlich, daß die Pflegeversicherung durch nicht akzeptable Finanzierungsvorschläge zerredet werde (Nr. 6/93).

Den Zusammenhang von Krankheit und Beruf bekommen viele Berufstätige im Lauf ihres langen Berufslebens zu spüren. Doch viele Krankheitsarten werden nicht als Berufskrankheit anerkannt. Lediglich 59 Berufskrankheiten werden von der Bundesregierung in einer Liste aufgeführt, bei denen ein Anrecht auf Entschädigung besteht (Nr. 6/93).

Der Krankenstand in Westdeutschland pendelte in den 80er Jahren um 5 Prozent der GKV-Versicherten (= erwerbstätige Pflichtmitglieder, Arbeitslose, mithelfende Familienangehörige). Von 1984 bis 1991 war ein Anstieg von 4,5 auf 5,2 Prozent festzustellen. Im vergangenen Jahr wurde ein geringfügig niedrigeres Ergebnis verzeichnet. Der Krankenstand 1992 war in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten (Nr. 7/93).

## **Gewerkschaftspolitik**

Die Mitglieder des CGB-Hauptausschusses diskutierten auf einer Tagung einen von Peter Konstroffer vorgelegten Diskussionsentwurf zu einer neuen CGB-Struktur. Kernpunkte des Papiers sind die bessere Koordinierung der gewerkschaftlichen Dienstleistungen, neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit und die Neuordnung der Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften und Verbände unter dem Dach des CGB (Nr. 2/94).

Der CGB-Bundesvorsitzende Peter Konstroffer begrüßt, daß eine breite Diskussion um die Strukturreform des CGB in den Landesverbänden begonnen hat. Erste konkrete Ergebnisse erwartet er in der Klausurtagung im Juni dieses Jahres (Nr. 4/94).

Der CGB bedauert, daß der DGB als größte deutsche Gewerkschaftsorganisation auf seinem Kongreß nicht in der Lage war, zukunftsorientierte Arbeitnehmerpolitik zu formulieren. Der DGB richte sich nach wie vor an der Programmatik der SPD aus. Seine „linke“ Einstellung beweise auch die unverantwortliche Aufwertung der PDS, indem man deren Vorsitzenden Gysi sogar ein Rederecht einräumte (Nr. 6/94).



Mit den Begriffen „Einheitskammer – Einheitsgewerkschaft – Einheitspartei“ beschreibt der CGB die Bemühungen des Bremer DGB, die (bremische) Arbeiterkammer mit der (bremischen) Angestelltenkammer gleichzuschalten (Nr. 9/94).

„DAG Hand in Hand mit ÖTV“ – stellt der CGB fest. Begründet wurde die nach zwanzigjähriger Abgrenzungspolitik zwischen den beiden Gewerkschaften neue Zusammenarbeit mit der verschärften Situation in Konjunktur, Wirtschaft sowie mit den hohen Arbeitslosenzahlen. Die daraus resultierenden Folgen wie Abbau sozialer Leistungen, einseitige Lastenverteilung zuungunsten der Beschäftigten wie auch Einschränkung der Mitbestimmung und Gefährdung der Tarifautonomie müssten nun gemeinsam bekämpft werden (Nr. 9/94).

Als Antwort auf die Umstrukturierungsmaßnahmen der Unternehmen der Deutschen Bundespost (DBP) hat sich die Christliche Gewerkschaft Post (CGP) umorganisiert. Aus den vier NRW-Bezirksverbänden Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster wurde ein Landesverband (Nr. 10/94).

In einem Workshop wurden Modelle für eine CGB-Struktur- und Organisationsreform vorgestellt und Marketingstrategien diskutiert (Nr. 11/94).

## **Industriestandort Deutschland**

Um für die Zukunft wieder eine verbesserte wirtschaftliche und damit auch stabilere soziale Entwicklung zu erreichen, ist es für den CGB unabdingbar, die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft in bezug auf Tarifpolitik, Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen, bei Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung weiterzuentwickeln (Nr. 12/93).

Detlef Lutz, CGB-Beauftragter für die Stahlindustrie und Landessekretär in Nordrhein-Westfalen, sieht die Stahlindustrie nach einer langen Durststrecke mit Tausenden Arbeitsplatzverlusten im „konjunkturellen Steilflug“. Dabei will die Stahlindustrie weiterhin Stellen abbauen, da die derzeitig günstige Lage nur kurz andauern werde (Nr. 9/94).

## **Kündigungsschutz**

Der CGB fordert die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Kündigungsschutzrecht. Das heiße aber nicht, die Entscheidung des BAG zur Verschlechterung des Kündigungsschutzrechts zu mißbrauchen (Nr. 4/93).

## Mitbestimmung

Große Erfolge des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes (DHV) sieht der CGB bei den Aufsichtsratswahlen bei der Deutschen Bank und der Nürnberger Beteiligungs-AG. Bei beiden Unternehmen erhielten die DHV-Listen jeweils die meisten Stimmen (Nr. 6/93).

Bei der Betriebsratswahl 1994 und der Wahl zum Aufsichtsrat in der Ruhrgas AG in Essen erzielten die Christlichen Gewerkschaften große Erfolge. Sie stellen nun sowohl die Vorsitzenden des Betriebsrates als auch eines von zwei Aufsichtsratsmitgliedern der Gewerkschaften nach dem Mitbestimmungsgesetz für Unternehmen über 8000 Beschäftigte (Nr. 6/94).

Bei den Betriebsratswahlen 1994 habe die IG Bergbau und Energie angeblich „92 Prozent der Betriebsräte“ gestellt, bei den 8 Prozent Nicht-IGBE-Betriebsräten müsse daher ein wesentlicher Anteil die Christlichen Gewerkschaften sein (Nr. 8/94).

Nach Meinung des CGB ist das deutsche Mitbestimmungsmodell zu Recht eines der herausragendsten Beteiligungsformen der Arbeitnehmer in ihren Unternehmen in der Welt. Es ist die praktische Auswirkung dessen, was in der Sozialen Marktwirtschaft seine theoretische Grundlage hat, nämlich der Gedanke der Sozialpartnerschaft. Doch sei das Amt des Aufsichtsrats noch fehlerhaft, vor allem was dessen Wahlmodus angehe. Der CGB habe sich deshalb immer für eine Direktwahl der Aufsichtsräte eingesetzt (Nr. 8/94).

## Pflegeversicherung

Der CGB ist bereit, zur Finanzierung der Pflegeversicherung auf den Pfingstmontag als gesetzlichen Feiertag zu verzichten (Nr. 11/91).

Finanzierungsmöglichkeiten der Pflegeversicherung müssen weiterhin diskutiert werden, da es nicht einsehbar ist, daß nur die Arbeitnehmer diese notwendige Versicherung finanzieren sollten (Nr. 9/92).

Die Einführung von Karenztagen zur Finanzierung der Pflegeversicherung wird von Peter Konstroffer, CGB-Bundeschef, für seine Organisation entschieden abgelehnt. Dies entspreche nicht dem, was als solidarische Pflegeversicherung gedacht war. Andere Möglichkeiten, zum Beispiel die überfällige Reform der Unternehmensbesteuerung, hätten gesucht werden müssen (Nr. 6/92, Nr. 7/93).

Für CGB-Vorsitzenden Peter Konstroffer stellt der Finanzierungsvorschlag der Bundesregierung zur Pflegeversicherung immer noch keine befriedigende Lösung dar.

Die 20prozentige Lohnkürzung an Feiertagen stellt seiner Meinung nach eine Überkompensation dar (Nr. 10/93).

Mit Außenminister Klaus Kinkel sprach der CGB-Vorsitzende Peter Konstroffer und erläuterte ihm die Position des CGB zur Pflegeversicherung im Rahmen des Sozialversicherungssystems bzw. als Leistungsgesetz. Um Fehlentwicklungen in der Finanzierung zu vermeiden, schlägt der CGB vor, das Gesetz aus der Wahlkampfzeit herauszunehmen und nach der Wahl neu zu beraten (Nr. 1/94).

Der am 10. März gefundene Kompromiß zur Pflegeversicherung wird vom CGB begrüßt. Bedenken äußert er dagegen wegen der vorgeschlagenen Kompensation durch die Abschaffung jeweils eines Feiertages ab April 1995. „Weder wirtschaftspolitisch noch ordnungspolitisch ist der jetzt eingeschlagene Weg sinnvoll“ (Nr. 3/94).

Obwohl bereits am 1. 1. 1995 das Gesetz zur sozialen Absicherung der Pflegebedürftigen in Kraft tritt, fehlen nach Auffassung des CGB bis heute die notwendigen landesgesetzlichen Vorschriften zur Umsetzung des Gesetzes (Nr. 10/94).

Von der Beitragszahlung zur gesetzlichen Pflegeversicherung können sich diejenigen pflegebedürftigen Menschen befreien lassen, die bereits in einer stationären Einrichtung gepflegt werden. Die Beiträge zur Pflegeversicherung werden ab 1. Januar 1995 erhoben (Nr. 11/94).

## **Privatisierung**

Der CGB ist der Meinung, daß Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bei Bahn und Post mit Augenmaß und Orientierung an der Gemeinwohlverpflichtung des Staates durchzuführen sei (Nr. 12/92).

## **Sozialpolitik**

Einheit in Sozialer Gerechtigkeit – dies ist das Motto des CGB zum 1. Mai 1993. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die damit verbundenen großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen haben die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates aufgezeigt. Deshalb ist 1993 das Jahr der sozialen Weichenstellungen (Nr. 4/93).

Hände weg von unseren Renten – dies fordert der CGB-Bundesvorstand. Er hat kein Verständnis für die von Minister Rexrodt begonnene Diskussion über die Renten. Die Verunsicherung der Rentner müsse sofort aufhören. Grundlage bleibe für den CGB auch in Zukunft der Generationenvertrag. Die Renten gehörten zum

Kernbereich unseres Sozialsystems und seien notfalls auch direkt vom Staat abzusichern (Nr. 9/93).

Rund 930 Milliarden Mark wurden 1992 vom Staat, von der Sozialversicherung, von den Unternehmen und den privaten Haushalten für direkte Sozialleistungen ausgegeben. Hinzu kommen noch gut 70 Milliarden Mark an sozial begründeten Steuererleichterungen. Der größte Anteil des Sozialbudgets entfiel auf die Renten- und Krankenversicherung, gefolgt von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderungen, Lohnfortzahlung der Betriebe, Beamtenpension und Sozialhilfe (Nr. 11/93).

In einem Aufruf zum 1. Mai 1994 unter dem Motto „Solidarität statt Eigennutz“ spricht der CGB verschiedene sozial-gesellschaftliche Themen an. Unter anderem fragt er zum Beispiel zur Pflegeversicherung: „Ist es Solidarität, die Finanzierung ausschließlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu überlassen?“ Zur Familienpolitik fragt er: „Ist es solidarisch, diejenigen, die wesentlich zur Zukunft unseres Rentensystems durch die Erfüllung des Generationenvertrags beitragen, bei steuerlichen Maßnahmen oder staatlichen Zuwendungen mit dem Kindergeld unberücksichtigt zu lassen?“ (Nr. 4/94).

Die Integration Behinderter in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bleibt eine sozialpolitische Frage ersten Ranges. Zu dieser Problematik hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Otto Regenspurger, MdB, eine neue Informationsbroschüre herausgegeben mit dem Titel: „Eingliederung Behinderter in die Gesellschaft“ (Nr. 7/94).

Die Forderung der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU), Sozialleistungen in Höhe von 430 Milliarden DM zu streichen, ist nach Ansicht des Landesgeschäftsführers des CGB, Detlef Lutz (Duisburg), aus sozialpolitischen, ordnungspolitischen wie auch familienpolitischen Gründen völlig undiskutabel (Nr. 10/94).

Nach Auffassung des CGB ist BDA-Präsident Murmann für die Vereisung des Sozialklimas verantwortlich; die sozialen Errungenschaften müssen verteidigt werden. Der stellvertretende Bundesvorsitzende des CGB kritisiert so die jüngsten Äußerungen Murmanns: „In diesem Fall sind die christlichen Metaller mit der SPD einig. Was Arbeitgeberpräsident Murmann an Kürzungsideen für den Sozialbereich vorträgt, ist ein Horrorkatalog!“ (Nr. 11/94).

## **Steuerpolitik**

Der CGB kritisiert die im Steueränderungsgesetz vorgesehene Streichung des 500-DM-Freibetrages bei der Ausgabe von Belegschaftsaktien, da sie dem Ziel der verstärkten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zuwiderläuft (Nr. 14/91).

Der CGB spricht sich gegen Steuererhöhungen aus und erwartet statt dessen von seiten des Staates deutliche Zeichen des Sparens (Nr. 10/92).

Ein Ende der Steuererhöhungsdiskussion erwartet Peter Konstroffer von der Bundesregierung, da dies für die Konjunktur ein untragbarer Zustand sei. Die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen schrumpften immer mehr, so daß private Investitionsimpulse nicht zu erwarten seien (Nr. 8/93).

Als Flop betrachtet der CGB den Vorschlag der SPD zur Einführung einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende. Die Genannten sind heute schon mit Steuerhöchstätzen belastet und zahlen entsprechend auch hohe Beiträge in die Sozialversicherung (Nr. 3/94).

## **Tarifpolitik**

Der CGB erklärt, daß er sich für gutbezahlte und sichere Arbeitsplätze nicht dem Gespräch über eine vorübergehende Abkehr von flächendeckenden Tarifen in Ostdeutschland verschließen (Nr. 10/92).

Der CGB lehnt pauschale Arbeitszeitverkürzungen ab und fordert größere Flexibilität und bessere Teilzeitangebote (Nr. 10/92, Nr. 12/92).

Der CGB wendet sich gegen eine Festschreibung von tarifvertraglichen Öffnungsklauseln, befürwortet jedoch eine Abkehr von branchenbezogenen Tarifverträgen hin zu firmenbezogenen Tarifverträgen mit Beteiligungslohn-Modellen (Nr. 11/92).

Die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern holen auf. Die tariflichen Löhne und Gehälter sind im vergangenen Jahr in Westdeutschland um 5,6 Prozent und in den neuen Bundesländern um 25,9 Prozent gestiegen. Damit haben die „Ostlöhne“ drei Viertel des Westniveaus erreicht (Nr. 4/93).

Die in den jüngsten Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tarifrunde 1995 verwendeten Begriffe „Kombi-Lohn“ und „Kombi-Tarif“ sorgen für Verwirrung. Rainer Eppelmann, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, meint mit „Kombi-Lohn“ eine Vermischung aus Tarif- und Investivlohn, Hans Joachim Gottschol, Gesamtmetall-Präsident, dagegen meint mit „Kombi-Lohn“ die Möglichkeit, daß Langzeitarbeitslose 12 Monate lang um einen 10 Prozent niedrigeren Tariflohn eingestellt werden dürfen und daß parallel dazu die Bundesanstalt für Arbeit 30 Prozent der Lohnkosten übernehmen solle (Nr. 10/94).

Die CGM weist die Forderung von DIHT-Präsident Hans Peter Stihl nach Einführung von Niedriglohngruppen zurück. „Gerade diese Lohngruppen sind in der jüngeren Vergangenheit in der Metallindustrie zu Hunderttausenden weggefallen.“

Auch ergäbe es keinen Sinn, Arbeitslose zu Niedriglöhnen einzustellen, da eben gerade diese Gruppen wieder wegrationalisiert würden (Nr. 11/94).

## **Umweltpolitik**

Der CGB spricht sich für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung aus. Um die BRD als Industrienation zu erhalten, ist eine umweltverträgliche und kostengünstige Energieversorgung lebensnotwendig (Nr. 12/93).

„Überall in Europa findet eine stille Revolution statt, die Fragen der Umwelt an den Arbeitsplatz bringt.“ Ob dies jedoch zu einer Revolution der Arbeitspraktiken führen wird, bleibt fraglich. Heute verlangt die Umwelt ohne Zweifel mehr Schutz, den sie in steigendem Maße auch erhält. Hierbei müssen die Sozialpartner mehr und mehr zusammenarbeiten. Die Mitwirkung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern an Umweltfragen liegt jedoch noch immer zum größten Teil am Rande (Nr. 7/94).

## **Vermögensbildung**

Die beiden großen Kirchen plädieren für Beteiligungslöhne und fordern eine „vermögenspolitische Initiative“ (Nr. 3/94).

## **Wirtschaftsstandort Deutschland**

Der CGB fordert die Erhaltung des deutschen Bergbaus in seiner Substanz als nationale Energiereserve. Im Stahlbereich werden sozialverträgliche Lösungen beim Personalabbau verlangt, aber auch eine Reduktion der Stahlsubventionen der anderen EG-Länder sowie eine Verringerung der billigen Importe aus Osteuropa (Nr. 12/92).

Ministerpräsident Streibl empfing in München Vertreter der DAG und des CGB zu einem weiteren Gespräch über den Wirtschaftsstandort Bayern. Die Gewerkschaftsvertreter begrüßten das 12-Punkte-Programm der Staatsregierung. In dem darin enthaltenen Bayernfonds und den strukturpolitischen Maßnahmen sieht auch die Arbeitnehmerseite sinnvolle Instrumente, um wirtschaftlich bedrängten Unternehmen Überbrückungshilfen zu gewähren und strukturelle Probleme in einzelnen Räumen und Branchen abzubauen (Nr. 8/93).

Der Bundesvorsitzende des CGB, Peter Konstroffer, bezeichnete die Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland als unausgewogen. Er befürchtet, daß die Bundesregierung einer Umverteilung von unten nach oben Vorschub leistet. Eine Neuorientierung der Sozialpolitik sei zwar notwendig, doch dürfe dies nicht zum sozialen Kahlschlag

führen. Jahrelang wurden zum Beispiel Mißbrauchsbekämpfung bei Subventionen und Sozialleistungen kleingeschrieben (Nr. 9/93).

In einer Zeit großer wirtschaftlicher Probleme und neuer sozialer Fragestellungen ist die Stellung der Arbeitnehmer in einer zukunftsorientierten Wirtschaftsordnung neu zu bewerten. Die vor über 70 Jahren formulierte CGB-Forderung für eine Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen gehört dazu. Dazu gehört auch die Überzeugung, daß Arbeitnehmer, die privates Eigentum besitzen oder am Unternehmen mitbesitzen, eine höhere Motivation und Leistungsbereitschaft zeigen als ausschließlich abhängig Beschäftigte (Nr. 10/93).

CGB-Bundesvorsitzender Peter Konstroffer und Dr. Hermann Scheer, MdB/SPD, kamen in einem Gespräch zu dem Schluß, daß Deutschland mehr zur Forschung alternativer Energieformen machen müsse. Hierbei seien besonders die Energiewirtschaft, aber auch der Bergbau vor dem Hintergrund weiteren Personalabbaus, gefordert (Nr. 7/94).

### **Bildungseinrichtungen des CGB und seiner Einzelgewerkschaften und Verbände:**

CGB-Akademie e.V.  
Konstantinstr. 13  
53179 Bonn  
Telefon: (02 28) 35 70 62  
Telefax: (02 28) 35 70 83

Gründung:	1990
Themen und Sachschwerpunkte:	Grundlagenseminare und Kolloquien Betreuung und Beratung osteuropäischer Organisationen und Bildungseinrichtungen
Bildungsreisen:	Zusammenarbeit mit anderen deutschen und europäischen Bildungseinrichtungen
Vorstand:	1. Vorsitzender: Peter Konstroffer
Geschäftsführer:	Jörg Hebsacker
Teilnehmerzahl 1995:	1 400

Franz-Röhr-Bildungswerk e.V.  
Konstantinstr. 13  
53179 Bonn  
Telefon: (02 28) 36 51 51  
Telefax: (02 28) 36 51 52  
Leiter: Horst Albers

Kaufmännische Bildungsstätte des DHV e.V.  
Gartenstr. 34  
72764 Reutlingen  
Telefon: (0 71 21) 31 00 77 und (0 76 21) 4 80 06  
Telefax: (0 71 21) 33 95 88  
Leiter: Hans Hebeisen

VkdL-Bildungswerk GmbH  
Hedwig-Dransfeld-Platz 4  
45143 Essen  
Telefon: (02 01) 62 30 29  
Telefax: (02 01) 62 15 87  
Leiterin: Nelly Friedrich

Das VkdL-Bildungswerk wurde 1983 gegründet. Gesellschafter ist der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL).

Gründungszweck war zunächst die Unterstützung und Förderung arbeitsloser Lehrerinnen. Um ihnen für die Dauer der Arbeitslosigkeit die Berufsnähe zu erhalten, die beruflichen Qualifikationen zu sichern und zeitgemäß weiterzuentwickeln. Schon in den ersten Jahren wurde die Arbeit des VkdL-Bildungswerkes dahingehend erweitert, daß Bildungsangebote auch für im Dienst stehende Pädagoginnen sowie für Seniorinnen in das Arbeitsprogramm aufgenommen wurden.

Die Tagungen des VkdL-Bildungswerks werden als Tagesseminare, Wochenendveranstaltungen, Studienwochen und Studienreisen angeboten. Die Veranstaltungen werden bundesweit in gemieteten Räumen durchgeführt; ein eigenes Tagungshaus existiert nicht. Jährlich findet ein Bundeskongreß mit einer pädagogischen, schul- oder gesellschaftspolitischen Themenstellung statt, der zusammen mit dem VKdL durchgeführt wird.

Es werden folgende Themenschwerpunkte angeboten:

- Schul- und Bildungspolitik
- Frauenpolitische Fragen in Schule, Hochschule, Kirche und Gesellschaft
- Pädagogische Fortbildung
- Fachliche Weiterbildung
- Berufsethische Fragen
- Politische Bildung.

Das VkdL-Bildungswerk finanziert sich in der Hauptsache aus Spenden der Mitglieder sowie aus öffentlichen Zuschüssen für bestimmte Veranstaltungen.



Bildungswerk für christlich-soziale Gesellschaftspolitik e.V.  
Kraterstr. 16  
53179 Bonn  
Telefon: (02 28) 34 21 55

## 13 DAG – Deutsche Angestellten-Gewerkschaft

---

Karl-Muck-Platz 1  
20355 Hamburg  
Telefon: (0 40) 34 91 51  
Telefax: (0 40) 34 91 54 00  
Organ: DAG-Journal

**Vorsitz:**

**Roland Issen**  
(Vorsitzender)

**Klaus-Dieter Schwetscher-Fink**  
(Persönlicher Referent)

**Presse:**

**Ingo Schwope**  
(Pressesprecher)

**Gewerkschaftsrat:**

**Silvia Benz**  
(Vorsitzende)

**Betriebsrat:**

**Ulrich Beiderwieden**  
(Vorsitzender)

**Gesamtbetriebsrat:**

**Udo Köttgen**  
(Vorsitzender)

**Bevollmächtigter des  
Bundesvorstands  
am Sitz der  
Bundesregierung:**

**Jürgen Gromek**  
Adenauerallee 118  
53113 Bonn  
Telefon: (02 28) 21 43 44

**Geschäftsführung:**

Bundesvorstand (9 Mitglieder)  
Vorsitzender:  
**Roland Issen** (Jg. 38 / SPD)  
(Allgemeine DAG- und Gesellschaftspolitik)  
Stellvertretende Vorsitzende:  
**Hubert Gartz** (Jg. 39 / CDU)  
(Handel / Verkehr / Private Dienste)  
**Ursula Konitzer** (Jg. 38 / SPD)  
(Wirtschaftspolitik / Mitbestimmung)

Mitglieder:

**Gerd Herzberg** (Jg. 50 / SPD)  
(Organisation / Werbung / Finanzen)

**Lutz Freitag** (Jg. 43 / SPD)  
Sozialpolitik / Arbeits- und Sozialrecht)

**Uwe Gudowius** (Jg. 43 / SPD)  
(Industrie)

**Veronika Pahl** (Jg. 52 / parteilos)  
(Bildungspolitik)

**Gerhard Renner** (Jg. 47 / CDU)  
(Banken / Sparkassen / Versicherungen)

**Christian Zahn** (Jg. 48 / SPD)  
(Öffentlicher Dienst)

Personengruppen-  
Leiter:

<b>Ilona Schulz-Müller</b> (Jg. 47 / SPD)	(Leiterin der Hauptabteilung „Weibliche Angestellte“)
<b>Ellen Maurer</b> (Jg. 59 / k.A.)	(ehrenamtliche Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses)
<b>Uwe Carstensen</b> (Jg. 55 / SPD)	(Bundesjugendleiter)
<b>Christine Brei</b> (Jg. 67 / k.A.)	(ehrenamtliche Vorsitzende der DAG-Jugend)
<b>Dirk Kliesch</b> (Jg. 67 / k.A.)	

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

12 (1 Bündnis 90/Die Grünen – 9 CDU/CSU – 1 F.D.P. –  
1 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

507 478 organisierte Angestellte (Stand: 31. 12. 1995).  
Davon sind 273 483 Frauen (53,89%). Der Brutto-Organisationsgrad der DAG (bezogen auf die erwerbstätigen Angestellten) liegt bei 7,75 Prozent (1995). Die DAG ist damit drittgrößter Arbeitnehmer-Spitzenverband in der Bundesrepublik Deutschland und größte eigenständige Angestelltengewerkschaft Europas.

Organe:

a) Bundeskongreß (zuletzt 225 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:  
16. DAG-Bundeskongreß  
(14.–18. Oktober 1996 in Magdeburg)  
17. DAG-Bundeskongreß (2001)

## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

### Mitgliederzahlen in den 4 Wirtschaftsgruppen ab 1984<sup>1</sup>

Jahr <sup>2, 3</sup>	Mitglieder insgesamt	Industrie	Private Dienste	Banken, Sparkassen und Versicherungen	Öffentlicher Dienst
1984	497 724	122 090	159 611	72 574	143 449
1985	500 922	117 244	159 979	70 803	152 896
1986	496 299	114 196	159 998	69 346	152 759
1987	494 126	107 011	156 723	75 023	155 369
1988	496 832	103 316	160 856	74 514	158 146
1989	503 528	100 824	170 328	74 268	158 106
1990	573 398	103 627	191 879	80 569	197 323
1991	584 775	101 672	203 656	74 597	204 850
1992	578 352	97 682	204 220	75 672	200 778
1993	527 888	83 633	184 220	70 684	189 351
1994	520 709	78 397	187 618	68 591	186 103
1995	507 478	73 111	185 041	67 016	182 310

1 Von 1951 bis 1983 war die Mitgliederstatistik der DAG nach Bundesberufsgruppen strukturiert

2 Stichtag ist jeweils der 31. 12.

3 Von 1984 bis 1989 westdeutsche, ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen

b) Gewerkschaftsrat (49 ehrenamtliche Mitglieder)

c) Bundesvorstand (9 Mitglieder – s.o. „Geschäftsführung“)

d) Beirat (24 Mitglieder)

Gliederungen:

a) regional:  
 11 Landesverbände  
 48 Bezirke  
 349 Ortsgruppen  
 Betriebsgruppen

b) sachbezogen:  
 11 Bundesberufsgruppen – Untergliederungen auf Landes- und Ortsebene

Internationale  
Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:

- Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP  
franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)  
Im FIET-Vorstand ist die DAG durch ihren Vorsitzenden, **Roland Isсен**, vertreten.
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)  
Im EGB-Exekutivausschuß ist die DAG durch ihren Vorsitzenden, **Roland Isсен**, vertreten.
- Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)  
Im EURO-FIET-Vorstand ist die DAG durch ihren Vorsitzenden, **Roland Isсен**, vertreten.

b) indirekte Mitgliedschaften über die der DAG angeschlossenen Organisationen

Angeschlossene  
Organisationen:  
(Abbildung)

- Berufsverband Deutscher Psychologen (bdp)
- Berufsverband mittleres medizinisches Personal (BmMP)
- Bund Deutscher Fußball-Lehrer (BDFL)
- Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
- Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure in Deutschland (Regie-Verband)
- Bundesverband der Sozialversicherungsärzte (BSVÄ)
- Deutsche Orchestervereinigung (DOV)
- Deutscher Gymnastik Bund (DGyB)
- Deutscher Verband für Physiotherapie – Zentralverband der Krankengymnasten/Physiotherapeuten (ZVK)
- Fördermaschinenverein für das Saarland (FMV Saar)
- Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA)
- Helmholtz-Bund
- Verband Deutscher Flugleiter (VDF)
- Verband Deutscher Flugsicherungs-Techniker und -Ingenieure (FTI)

- Verband deutscher Kur- und Fremdenverkehrs-Fachleute (VDKF)
  - Verband Deutscher Tonmeister (VDTon)
  - Vereinigung angestellter Bühnenkünstler (VAB)
  - Vereinigung Cockpit (VC)
  - Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer (VDO)
  - Vereinigung Luftfahrt (VL)
  - Marburger Bund (mb) – Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands
- Kooperierende Organisation: 129,9 Mio. DM (Voranschlag für 1996)
- Jahresetat: 3. (Bundes-)Kongreß der DAG (Vereinigungskongreß) vom 12./13. April 1949 in Stuttgart-Bad Cannstatt

## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

### Die 11 Bundesberufsgruppen, ihre Vorsitzenden und Leiter

Bundesberufsgruppe (Tabelle)	Leiter (Jahrgang/Partei) – hauptamtlich –	Vorsitzende(r) (Jahrgang) – ehrenamtlich –
Kaufmännische Angestellte der Industrie	Heino Rahmstorf (Jg. 50 / SPD)	Rudi Gaidosch (Jg. 48 / SPD)
Handel, Verkehr und private Dienste	Holger Grape (Jg. 60 / SPD)	Klaus-Dieter Jahns (Jg. 54 / parteilos)
Banken und Sparkassen	Reinhard Drönner (Jg. 51 / SPD)	Helmut Tesch (Jg. 43)
Versicherungen	Richard Sommer (Jg. 52 / SPD)	Holger Stubbe (Jg. 44 / k.A.)
Öffentlicher Dienst	Klaus H. Eger (Jg. 45 / SPD)	Almuth Fischer (Jg. 39 / k.A.)
Technische Angestellte und Beamte	Helmut Cors (Jg. 46 / parteilos)	Peter Reher (Jg. 41 / k. A.)
Meister	Helmut Cors (Jg. 46 / parteilos)	Werner Filipowski (Jg. 59 / k.A.)

Schifffahrt	Frank Müller (Jg. 41 / SPD)	Prof. Hark Ocke Dietrichs (Jg. 44 / k. A.)
Bergbau	Manfred Mathes (Jg. 41 / SPD)	Heinz-Georg von Wensiersky (Jg. 51 / k.A.)
Kunst und Medien	Christian Holz (Jg. 51 / k. A.)	Klaus D. Below (k.A.)
Luftfahrt	Michael Tarp (Jg. 56 / k. A.)	Werner Langendörfer (Jg. 46 / parteilos)

---

## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

### Die **11 Landesverbände**, ihre Vorsitzenden und Leiter

---

Landesverband (Tabelle 1) (Tabelle 2)	Leiter(in) (Jahrgang/Partei) – hauptamtlich –	Vorsitzende(r) (Jahrgang) – ehrenamtlich –
Baden-Württemberg	Gisela Gräber (Jg. 44 / SPD)	Wolfgang P. Nöth (Jg. 41)
Bayern	Heinz-Georg Harbauer (Jg. 43 / parteilos)	Helmut Wunder (Jg. 47 / parteilos)
Berlin und Brandenburg	Hartmut Friedrich (Jg. 50 / k.A.)	Winfried Schink (Jg. 40 / k.A.)
Hamburg	Uwe Grund (Jg. 52 / SPD)	Heinz-Peter Schwarz (Jg. 44 / CDU)
Hessen	Karl Eugen Becker (Jg. 37 / SPD)	Ernst Schmidt (Jg. 37 / k.A.)
Niedersachsen-Bremen	Wolfgang Denia (Jg. 51 / SPD)	Rainer Lenzing (Jg. 43 / CDU)
Nordrhein-Westfalen	Dieter Heimann (Jg. 51 / CDU)	Hubert Bowinkelmann (Jg. 35 / k.A.)
Rheinland-Pfalz – Saar	Dorothea Müller (Jg. 50 / SPD)	Josef Ost (Jg. 38 / k.A.)
Sachsen	Karl Menges (Jg. 45 / k.A.)	Reinhold Breede (Jg. 44 / k.A.)
Sachsen-Anhalt/ Thüringen	Jürgen Schenk (Jg. 51 / SPD)	Axel Jahn (Jg. 54 / k.A.)
Schleswig-Holstein/ Mecklenburg- Vorpommern	Dietmar Katzer (Jg. 52 / k.A.)	Cord Peter Lubinski (Jg. 41 / SPD)

---

Spitzenfunktionäre

1949–1959

1959–1960

1960–1967

1967–1987

1987–

Fritz Rettig (10 Jahre)

Georg Schneider (1 Jahr)

Rolf Spaethen (7 Jahre)

Hermann Brandt (20 Jahre)

Roland Issen

## **DAG-Stellungnahmen in den DAG-Presseinformationen (pi) 1991/94**

(Übersicht: Veröffentlichungen)

### **Arbeitsbedingungen**

Aufgrund von physischen Belastungen und psychischen Beeinträchtigungen bei den Beschäftigten mit der steigenden Nutzungsdauer von Bildschirmen am Arbeitsplatz sind nach Ansicht der DAG Computerprogramme verbesserungsbedürftig. Sie will daher auf eine menschengerechte Gestaltung dieser Programme hinwirken (pi vom 1. 8. 91).

### **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)**

Die DAG fordert eine Aufstockung der Finanzmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere für die neuen Bundesländer. Ein umfassendes Angebot an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen für alle Kurzarbeiter und Arbeitslosen müsse ebenfalls gewährleistet sein (pi vom 2. 12. 91).

Die Bereitstellung von Mitteln für die Schaffung von zusätzlich 100 000 Stellen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorrangig für Frauen fordert die DAG (pi vom 17. 9. 92).

In einer Sondersitzung des Vorstands der Bundesanstalt für Arbeit soll die Revision des Bewilligungsstopps für ABM-Stellen besprochen werden, fordert DAG-Chef Roland Issen (pi vom 26. 2. 93).

Der Gewerkschaftsrat der DAG (höchstes ehrenamtliches Gremium der Organisation) hat die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, die Kürzung beziehungsweise Streichung von ABM-Mitteln zurückzunehmen (pi vom 1. 3. 93).

Fehlende ABM-Stellen treiben die Arbeitslosigkeit zusätzlich hoch und tragen den beschäftigungspolitischen Erfordernissen nicht hinreichend Rechnung – so DAG-Chef Issen (pi vom 26. 3. 93).

## Arbeitsmarktpolitik

Angesichts der jüngsten Arbeitsmarktzahlen fordert die DAG einen deutlichen Beitrag zur Wachstums- und Beschäftigungsinitiative der EG und eine deutliche Senkung der Leitzinsen. Die starke Zunahme der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen lasse einen weiteren Anstieg auf Rekordniveau in den kommenden Monaten befürchten. Die Sparpolitik der Bundesregierung würde zur konjunkturellen Unzeit die schwere Konjunktur- und Beschäftigungskrise verschärfen (pi vom 7. 10. 93).

Als „schallende Ohrfeige für die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung“ wertet die DAG die im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierte weitere Zunahme der Massenarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung habe mit ihrer sozial ungerechten und kaufkraftentziehenden Finanz- und Haushaltspolitik sowie den massiven Einschnitten in der Arbeitsmarktpolitik die Beschäftigungsprobleme unmittelbar vergrößert und verschärft (pi vom 25. 9. 93).

Als „soziale Katastrophe“ bezeichnet die DAG den Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Oktober auf die Rekordhöhe von über 3,5 Millionen. Damit ist aber nach Einschätzung der Gewerkschaft das Ende der dramatischen Zuspitzung der Arbeitsmarktlage noch nicht erreicht (pi vom 5. 11. 93).

DAG-Vorsitzender Roland Issen hat bei der Kanzlerrunde davor gewarnt, daß die massiven Einsparungen beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern eine politische Radikalisierung fördern könnten. „Wer den Menschen keine hinreichenden Perspektiven eröffnet, darf sich nicht wundern, wenn sie politischen Rattenfängern ins Netz gehen“ (pi vom 6. 12. 93).

Als „schädlichen Aktionismus“ hat DAG-Chef Issen die Absicht der Bonner Koalition bezeichnet, eine gewinnorientierte Arbeitsvermittlung einzuführen. „Wer angesichts von 3,7 Millionen registrierten Arbeitslosen und wenig mehr als 200 000 gemeldeten offenen Stellen so tut, als ob eine Änderung des Vermittlungsverfahrens eine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt bewirken könnte, ist mit seinem wirtschaftspolitischen Latein offensichtlich am Ende“ (pi vom 30. 1. 94, pi vom 16. 3. 94).

Die Absicht der Regierungskoalition, Empfänger von Arbeitslosenhilfe zu Ernteeinsätzen und anderen Saisonarbeiten heranzuziehen, wird von der DAG als „Wiederbelebung des Arbeitsdienstes“ angesehen. Statt dessen fordert sie die Meldepflicht für alle offenen Stellen, damit diese schnellstmöglich wieder besetzt werden können (pi vom 2. 2. 94).

Die DAG hat das Überschreiten der Vier-Millionen-Grenze bei den jüngsten Arbeitslosenzahlen als „Alarmsignal für Gesellschaft und Staat“ bezeichnet. Die stellvertretende DAG-Vorsitzende Ursula Konitzer forderte gemeinsame Anstrengungen aller wirtschaftspolitischen Verantwortlichen zur raschen Überwindung der Rezession auf (pi vom 2. 2. 94).



Unter der Überschrift „Klotzen statt Kleckern“ äußert sich DAG-Chef Issen zur Arbeitsmarktpolitik: „Angesichts von sechs Millionen registrierten und nichtregistrierten Arbeitslosen reicht es absolut nicht aus, in erster Linie auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu setzen“ (pi vom 19. 3. 94).

Auf die schwerwiegenden Mängel des vom Bundestag beschlossenen neuen Arbeitszeitrechtsgesetzes hat die DAG erneut hingewiesen. Sie appelliert an die Ländervertretung, von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen und Einspruch einzulegen. Vor allem sei es unerträglich, daß künftig an der 48-Stunden-Woche als gesetzlicher Regelarbeitszeit festgehalten werden solle und weiterhin Überstunden nach dem Standard der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 möglich wären (pi vom 14. 4. 94).

Die DAG ist der Auffassung, daß die Institutsmehrheit die Dramatik der Arbeitsmarktlage verdränge. Als „einäugig und wirtschaftspolitisch gefährlich“ wird der Versuch der Wirtschaftsforschungsinstitute bewertet, die Verantwortung für die Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes auf Jahre hinaus der Lohnpolitik aufzubürden (pi vom 26. 4. 94).

Zu den jüngsten Arbeitsmarktzahlen stellt die DAG fest, daß der leichte absolute Rückgang der Arbeitslosenzahlen nicht als Entspannungssignal mißverstanden werden dürfe. „Im vergangenen Monat habe die Zahl der arbeitslosen Menschen in West- und Ostdeutschland den Vorjahresstand um fast 500 000 übertroffen“ (pi vom 5. 5. 94).

DAG-Chef Issen ist der Meinung, daß Teilzeitarbeit kein Patentrezept zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit sein kann. „Bei der eher optimistischen Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 2 Prozent pro Jahr würde die Arbeitslosenzahl ohne zusätzliche Maßnahmen in den nächsten 10 bis 15 Jahren nur ganz geringfügig sinken“ (pi vom 14. 6. 94).

DAG-Chef Issen hat sich für eine Teilzeittoffensive mit vollem Sozialversicherungsschutz ausgesprochen: „Die Teilzeittoffensive der Bundesregierung muß besonders im Interesse berufstätiger Frauen mit der Abschaffung geringfügiger Arbeitsverhältnisse ohne Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbunden werden“ (pi vom 19. 6. 94).

Nach Auffassung der DAG muß eine Offensive für mehr Teilzeitarbeit mit der Einbeziehung geringfügiger Beschäftigung in die Sozialversicherung verbunden werden, wobei die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung voll von den Arbeitgebern getragen werden müßten (pi vom 28. 6. 94).

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Arbeitsförderungsgesetzes hat sich die DAG dafür ausgesprochen, die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. „Das Gesetz hat viele Erwartungen enttäuscht, weil gerade in

Zeiten extrem hoher Arbeitslosigkeit der Leistungskatalog unter dem Druck leerer Kassen von der Bundesregierung zusammengestrichen worden ist“ (pi vom 30. 6. 94).

Die DAG warnte vor „regierungsamtlicher Schönrederei“ der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Bundesregierung und Wirtschaft seien gefordert, die konjunkturelle Erholung durch beschäftigungswirksame öffentliche und private Investitionen zu stärken (pi vom 6. 7. 94).

DAG-Chef Roland Issen warnte die Bonner Koalition davor, Löcher im Bundeshaushalt erneut auf Kosten der Arbeitslosen zu stopfen. Mit der Verringerung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe Anfang dieses Jahres sei die Belastbarkeit dieses Personenkreises bereits über das Maß des Erträglichen hinaus erreicht (pi vom 10. 7. 94).

Nach Auffassung der DAG signalisiere der „saisonübliche Rückgang“ der Arbeitslosenzahlen im August 1994 noch keine durchgreifende Besserung der Arbeitsmarktlage (pi vom 6. 9. 94).

Der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Klaus Murmann, und der Vorsitzende des DGB, Dieter Schulte, und der Vorsitzende der DAG, Roland Issen, haben sich für ein höheres Angebot an sozial abgesicherten Teilzeitarbeitsplätzen ausgesprochen (pi vom 16. 9. 94).

Nach Auffassung von DAG-Chef Issen bleibt eine offensive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auch im kommenden Jahr unverzichtbar. Der angekündigte Konjunkturaufschwung werde allerdings 1995 zu keinem nennenswerten Abbau der Massenarbeitslosigkeit führen (pi vom 28. 9. 94).

DAG-Chef Issen tritt für eine gemeinsame Offensive von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Halbierung der Arbeitslosigkeit ein. Auch müsse von der neuen Bundesregierung ein intensiverer Einsatz aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung erwartet werden. „Es ist sinnvoller, Beschäftigung zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit zu bezahlen“, stellt der DAG-Chef fest (pi vom 23. 10. 94).

DAG-Chef Issen fordert eine neue Finanzierungsgrundlage für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. „Die Kosten dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe dürfen nicht länger allein den Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern über zu hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufgebürdet werden“ (pi vom 10. 11. 94).

Den Rückgriff des Sachverständigenrats auf tarifpolitische Verzichtsappelle und Deregulierungsstrategien für den Arbeitsmarkt hat die DAG als „Kapitulation vor den beschäftigungspolitischen Herausforderungen der 90er Jahre“ gewertet. Die Verteilungsentwicklung der letzten zehn Jahre ist eindeutig zu Lasten der Arbeit-

nehmer gegangen und zusätzlich ist die Arbeitslosigkeit auf einen Rekordstand gestiegen (pi vom 18. 11. 94).

DAG-Vorsitzender Roland Issen erklärte, die „übereinstimmende Prognose von Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstituten, daß im kommenden Jahr trotz eines beachtlichen Wirtschaftswachstums kein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, sollte bei der neuen Bundesregierung alle Alarmsirenen schrillen lassen“ (pi vom 20. 11. 94).

Anlässlich des EU-Gipfels in Essen fordert die DAG neue Impulse zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Europa. „Über 18 Millionen Arbeitslose in Europa warten auf eine Wende am Arbeitsmarkt“, mahnte die stellvertretende DAG-Vorsitzende Ursula Konitzer in Hamburg (pi vom 4. 12. 94).

## **Arbeitsrecht**

Trotz steil ansteigender Arbeitslosenzahlen will der Gesetzgeber die Kündigungsfrist für Angestellte nach unten korrigieren, stellt die DAG fest (pi vom 25. 3. 93).

„Heuern und Feuern“ künftig an 260 Tagen im Jahr für fast 12 Millionen Angestellte befürchtet die DAG durch die Absicht der Bundesregierung, gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte einzuführen. Dies resultiert zwar aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1990, das auffordert, die Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten abzubauen, bedeute aber nicht eine Anpassung nach unten (pi vom 29. 3. 93, vom 5. 4. 93).

Als „sozial reaktionär und frauenfeindlich“ hat die DAG den heutigen Beschluß des Bundeskabinetts zur Verkürzung der Angestellten-Kündigungsfristen verurteilt (pi vom 5. 5. 93).

„Mit aller Entschiedenheit wendet sich die DAG gegen erneute Forderungen der politischen Parteien, das Ladenschlußgesetz zu verändern.“ Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten sichere weder die vorhandenen Arbeitsplätze noch würden dadurch neue geschaffen (pi vom 9. 8. 93).

Durch eine „beinharte Abwehrhaltung an der Tariffrent“ will die DAG dafür sorgen, daß die heute vom Bundestag beschlossene Verschlechterung der gesetzlichen Angestelltenkündigungsfristen „in der Praxis des Arbeitslebens kaum Wirkung entfalten kann“. Die bisherige Grundkündigungsfrist für Angestellte von sechs Wochen zum Quartalsende gelte überall dort weiter, wo der Tarifvertrag nicht ausdrücklich die „jeweiligen“ gesetzlichen Vorschriften übernehme (pi vom 24. 9. 93).

Ohne Kampf wird die DAG die Ladenschlußzeiten und das geregelte Arbeitszeitende für über drei Millionen Einzelhandelsbeschäftigte nicht aufgeben. „Die Be-

hauptung, längere Öffnungszeiten bedeuteten mehr Arbeitsplätze, wird auch durch häufige Wiederholung nicht richtig“, betonte DAG-Vize Hubert Gartz (pi vom 16. 11. 93).

Die DAG spricht sich für die Wiederherstellung der Rechtswirksamkeit der tariflichen Altersgrenze von 65 Jahren aus. „Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts können Arbeitnehmer auch über das 65. Lebensjahr hinaus in ihrem Betrieb weiterarbeiten und dann zusätzlich zum Gehalt die volle Altersrente beziehen“, kritisierte DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag.

Vor dem Hintergrund von knapp vier Millionen registrierten Arbeitslosen, die im Höchstfall ein Arbeitslosengeld von zwei Dritteln ihres letzten Nettogehaltes bekommen, sei dieser Zustand sozialpolitisch unerträglich (pi vom 10. 4. 94).

Die DAG ist der Meinung, daß die Anfang des Jahres wirksam gewordenen erneuten Kürzungen der Arbeitslosengeldansprüche verfassungswidrig sind, und will deshalb in Musterprozessen einen Spruch der Karlsruher Verfassungsrichter erreichen (pi vom 13. 4. 94).

Gegen Betriebe, die sich ihrer Pflicht zur Beschäftigung von Schwerbehinderten entziehen, hat die DAG schärfere Sanktionen gefordert. „Die geringe Ausgleichsabgabe von derzeit 200 DM pro Monat ist geradezu ein Anreiz zu Freikauf“, kritisierte DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag (pi vom 4. 9. 94).

## **Arbeitszeit**

Der erste gesamtdeutsche DAG-Berufsgruppentag Handel, Verkehr und Private Dienste fordert eine Abschaffung des sogenannten Dienstleistungsabends und unterstreicht, daß die DAG sich gegen jede weitere „Aushöhlung“ des Ladenschlußgesetzes mit Nachdruck zur Wehr setzen wird (pi vom 4. 5. 91, vom 16. 9. 91).

Nach Auffassung der DAG muß eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Versicherungsgewerbe Hand und Hand mit der Einstellung von mehr Personal vorgenommen werden, um der ständig wachsenden Arbeitsbelastung entgegenzuwirken. Langfristiges Ziel bleibt hierbei die 35-Stunden-Woche (pi vom 30. 5. 91).

Die DAG wendet sich gegen die von einigen Kreditinstituten geplante Ausweitung der Banköffnungszeiten (pi vom 3. 7. 91).

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, ein Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen sei verfassungswidrig, zwingt nach Ansicht der DAG den Gesetzgeber dazu, die Nachtarbeit für alle Arbeitnehmer auf das gesellschaftlich unumgängliche Maß zu begrenzen (pi vom 29. 1. 91, vom 9. 3. 92).

Die DAG fordert eine Neufassung des gesetzlichen Arbeitsschutzes, bei der von den heute geltenden Tarifarbeitszeiten ausgegangen werde (pi vom 9. 3. 92, vom 9. 12. 92).

Ein neues Arbeitszeitmodell, das eine Arbeitszeitsouveränität für Angestellte bedeuten würde, fordert die DAG. Die Angestellten sollen eine volle Selbstbestimmung über die Gestaltung ihrer betrieblichen Arbeitszeit erhalten, was eine variable Arbeitszeit zwischen 6 und 19 Uhr bedeuten würde (pi vom 1. 6. 93, vom 19. 8. 93).

Anlässlich der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu den vorliegenden Arbeitszeitgesetzentwürfen von Bundesregierung und SPD hat die DAG die Forderung nach einer gesetzlichen Begrenzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden an fünf Tagen unterstrichen. „Der Entwurf bleibt nach Auffassung der DAG um Jahrzehnte hinter der tariflichen und sozialen Wirklichkeit zurück“ (pi vom 29. 11. 93).

Zur neu entfachten Diskussion zum Ladenschlußgesetz betonte der stellvertretende DAG-Vorsitzende Hubert Gartz, daß die DAG eine Umfrage mit zunächst 140 000 Fragebögen bei den 2,8 Millionen Beschäftigten startet. Die DAG wolle von den unmittelbar betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wissen, wie sie zu einer möglichen Veränderung ihrer persönlichen Arbeitszeit stehen, falls der Ladenschluß aufgehoben oder verändert werden sollte (pi vom 17. 3. 94).

## **Asylpolitik**

Die DAG plädiert für eine uneingeschränkte Erhaltung des Asylrechts für politisch Verfolgte, fordert jedoch wirksame Maßnahmen gegen den Zustrom von Wirtschaftsfüchtlingen. Dazu gehöre eine Unterstützung der Menschen in ihren Heimatländern (pi vom 4. 10. 91, vom 7. 12. 92).

## **Ausländerpolitik, -feindlichkeit**

Die DAG reagiert mit Trauer und Entsetzen auf die Morde in Solingen und fordert alle Bürger der Bundesrepublik auf, Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und in der Öffentlichkeit deutlich entgegenzutreten (pi vom 1. 6. 93).

Die DAG-Jugend hat das Verbot rechtsextremer Gruppierungen wie DVU und Republikaner als Konsequenz aus den Morden von Solingen gefordert (pi vom 2. 6. 93).

Unverzögliche Maßnahmen der Länder gegen ausländerfeindliche und rassistische Wahlspots in Hörfunk und Fernsehen fordert die DAG (pi vom 18. 7. 93).

## Bildungspolitik

Nach Auffassung der DAG ist die Stärkung der beruflichen Ausbildung wichtig, um die wachsende Zahl von Abiturienten und Studierenden einzudämmen. Gefordert werden dabei eine umfassende Schulberatung und häufige systematische Kontakte der Jugendlichen mit der Arbeitswelt (pi vom 29. 5. 92, vom 1. 7. 92).

Nach Auffassung der DAG muß die hohe Qualität der Berufsausbildung in Deutschland auch im zusammenwachsenden Europa erhalten bleiben. Zu befürworten sei daneben die Aufnahme europäischer Elemente, wie zum Beispiel von Auslandsaufenthalten in die Ausbildung (pi vom 25. 9. 92).

DAG und DGB protestieren gegen die Kürzung der Mittel für Fortbildung und Umschulung. Per Unterschrift warnen mehrere tausend Unterzeichner Bundesarbeitsminister Blüm und die zuständigen Bundestagsausschüsse vor den negativen Auswirkungen der Mittelkürzung bei Fortbildung und Umschulung um 3,7 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr (pi vom 31. 5. 93).

Gegenwärtig fehlen über 40 000 Lehrstellen in den neuen Bundesländern. Deshalb fordert die DAG Sofortmaßnahmen der Bundesregierung gegen den Ausbildungsplatzmangel, um alle Ausbildungsplatzbewerber unterbringen zu können. Dazu müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen (pi vom 14. 6. 93).

Eine Ausbildung zum „Versicherungsfachmann/Versicherungsfachfrau“ soll künftig auf eine Tätigkeit im Versicherungsaußendienst vorbereiten (pi vom 16. 6. 93).

Gegen die von CDU und dem DIHT geforderte Streichung des Bildungsurlaubs hat sich die DAG mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Seminare auf der Grundlage der Bildungsurlaubsgesetze gäben nach Auffassung der DAG wichtige Impulse für die individuelle berufliche, allgemeine und politische Weiterbildung der Arbeitnehmer (pi vom 12. 8. 93).

Die DAG-Jugend- und Auszubildendenvertreter fordern zukunftsorientierte Berufsausbildung. „Die berufliche Ausbildung in Deutschland muß stärker den technologischen Wandel und die Anforderungen des EG-Binnenmarkts berücksichtigen.“ Veraltete Ausbildungsordnungen können aktuellen Entwicklungen nicht gerecht werden (pi vom 23. 9. 93).

Die Vorschläge der Bundesregierung zur Kürzung der Schulzeit werden von der DAG abgelehnt und kritisiert. „Der im Vergleich zu den europäischen Nachbarn hohe Unterrichtsausfall in Deutschland und der Mangel an Ganztagschulen erlauben keine Streichung des 13. Schuljahres“, erklärte DAG-Bundesvorstandsmitglied Veronika Pahl zum Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern (pi vom 15. 12. 93).

Die vom Bundeskabinett beschlossenen Einsparungen bei der Ausbildungsförderung für Studenten hat die DAG als „Schlag gegen die Chancengleichheit im Bildungssystem“ bezeichnet. DAG-Bundesvorstandsmitglied Veronika Pahl betonte, damit könne das erklärte Ziel der Novelle – verkürzte Studienzeiten und ein effizienteres Studium – nicht erreicht werden, vielmehr sei dies als „sozialer Numerus clausus“ anzusehen (pi vom 2. 2. 94).

Die DAG fordert, die zweijährige Ausbildung im Einzelhandel muß fallen. „Wortbruch“ bei der notwendigen Neuordnung der Berufsausbildung im Einzelhandel hat die DAG dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels vorgeworfen. Mit ihrer plötzlichen Weigerung, die zweijährige Schmalspurausbildung „Verkäufer/Verkäuferin“ abzuschaffen, verließen die Arbeitgeber die Grundlage zur Entwicklung des neuen dreijährigen Ausbildungsgangs „Kaufmann/Kauffrau in der Warenwirtschaft“ (pi vom 2. 3. 94).

DAG-Vize Hubert Gartz appellierte an Wirtschaft, Bund und Länder, die Lücke von 48 000 fehlenden Lehrstellen in den neuen Bundesländern umgehend zu schließen. „Wer ausbildungswillige Schulabgänger unversorgt auf der Straße stehen läßt, treibt sie politischen Rattenfängern in die Arme“ (pi vom 6. 7. 94).

Der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen (AGV) und die DAG haben in einem gemeinsamen Appell die Versicherungsunternehmen aufgefordert, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und nach Ausbildungsende die Übernahme der jungen Menschen notfalls auch durch Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen (pi vom 24. 8. 94).

An den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses zur Bafög-Änderung hat die DAG scharfe Kritik geübt. Die Anpassung des Elternfreibetrages sei zu gering, da sie nicht einmal die Inflationsrate ausgleiche (pi vom 1. 9. 94).

Eine von Haushaltsschwankungen unabhängige Grundlage müsse für die Finanzierung von Fortbildung und Umschulung geschaffen werden. Dies fordert die DAG wegen der „dramatischen Rückgänge des ersten Halbjahres bei Fortbildung und Umschulung“ (pi vom 6. 10. 94).

Das Ausbildungsplatzangebot im Finanzdienstleistungsgewerbe ist im Vergleich zum Vorjahr von den Banken und Versicherungen um 50 Prozent zurückgenommen worden. Dies führe unweigerlich zu einem „Ausbildungsnotstand“. „Dieses Verhalten von leistungsstarken Branchen birgt beträchtliche Gefahren für den Wirtschaftsstandort Deutschland, der dringend des hochqualifizierten Nachwuchses bedarf“, betonte DAG-Bundesvorstandsmitglied Gerhard Renner (pi vom 11. 11. 94).

Anläßlich der 24. Bundesbildungskonferenz übte die DAG scharfe Kritik an der „Konjunkturanfälligkeit“ des Systems der dualen Berufsausbildung in Schule und

Betrieb. Wirtschaftliche Schwierigkeiten würden von vielen Unternehmen häufig mit Abbau von Ausbildungsplätzen beantwortet, und zahlreiche Betriebe in Ost- und Westdeutschland kämen ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nach (pi vom 10. 11. 94).

## **Deutsche Einheit**

Die DAG fordert die Vorlage eines Gesamtfinanzierungskonzepts für die Folgekosten der deutschen Einheit. Eine Reduzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildungs- und Umschulungsaktivitäten und Eingliederungshilfen lehnt sie ab (pi vom 11. 5. 92).

Die Bereitstellung von weiteren betrieblichen Ausbildungsplätzen sowie die Schaffung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen durch institutionelle Förderung in Ostdeutschland wird von der DAG verlangt. Außerdem spricht sie sich für eine Ausweitung der Weiterbildungsmaßnahmen aus (pi vom 17. 9. 92).

Nach Meinung der DAG muß in den neuen Bundesländern neben einer Förderung zum Aufbau mittelständischer Strukturen auch eine aktive Industriepolitik betrieben werden (pi vom 6. 11. 92).

Bei der Solidarpakteinigung zur Finanzierung der deutschen Einheit vermißt die DAG weiterhin eine sozial gerechte Lastenverteilung. Der Griff in die Rentenkasse zum Beispiel von heute 17,5 Prozent Rentenversicherungsbeiträgen wird ab 1994 vermutlich zu einer Beitragssteigerung auf bis zu 19 Prozent führen (pi vom 15. 3. 93).

Nach Auffassung der DAG kommt die bereits beschlossene Einführung des Solidarzuschlages zum 1. 1. 1995 in Höhe von 7,5 Prozent auf die Einkommensteuerschuld konjunkturpolitisch zum falschen Zeitpunkt. Statt dessen sollte eine Ergänzungsabgabe in Höhe von 10 Prozent auf die Steuerschuld ab einem höheren Einkommen eingeführt werden (pi vom 12. 9. 94).

Zum vierten Jahrestag der deutschen Einheit fordert DAG-Chef Issen, daß die Ost-Einkommen zügig an das West-Niveau angeglichen werden müßten (pi vom 3. 10. 94).

## **EU-Binnenmarkt**

Die DAG erwartet in den kommenden Jahren mehr Arbeitskämpfe und eine erhebliche Verschärfung der Verteilungskonflikte in der Bundesrepublik. Die Deckung des großen Kapitalbedarfs für den Aufbau in den neuen Bundesländern sowie für



die Investitionen der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt dürfe dabei nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen (pi vom 1. 6. 91).

Gegen den Entwurf einer EG-Richtlinie zu Versicherungen wandte sich die DAG mit der Begründung, sie sehe eine Aufweichung der Kontrolle der Versicherungsprodukte vor und hebe die Überwachung der Einhaltung der schutzwürdigen Verbraucherinteressen auf. Aufgrund der Tatsache, daß ausländische Anbieter mit nicht seriös berechneten Versicherungsprodukten auf den deutschen Markt drängten, bestehe außerdem die Gefahr eines erheblichen Arbeitsplatzabbaus in der privaten Krankenversicherung (pi vom 8. 7. 91).

Das wichtigste Ziel des vereinten Europas ist nach Auffassung der DAG die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen; hierbei sei die Festlegung verbindlicher sozialer Mindeststandards in allen EG-Ländern notwendig (pi vom 30. 12. 91).

Die DAG fordert die Arbeitgeberseite der Zoll- und Grenzspediteure auf, den durch die Öffnung des EG-Binnenmarktes arbeitslos werdenden Arbeitnehmern Alternativerbeitsplätze anzubieten und den schrittweisen Übergang zu ermöglichen (pi vom 27. 1. 91).

Die Anwendung deutscher Gesetze auf die Neugründung der British Airways mit dem Kauf der Delta Air in Deutschland wird von der DAG gefordert, um den deutschen Arbeitnehmern eine Weiterbeschäftigung zu ermöglichen. Die DAG warnt vor einer Entstehung derartiger Nachteile beim Kündigungsschutz im EG-Binnenmarkt (pi vom 10. 4. 92).

Die Entscheidung zum Maastricht-Vertrag weckt bei der DAG sowohl Zustimmung als auch Enttäuschung. Vor allem wird das Fehlen gerichtlicher Auflagen zur Beseitigung des Demokratiedefizits in der EG bedauert. Das Bundesverfassungsgericht hätte bis zur EG-Regierungskonferenz im Jahr 1996 die Rechte des Europaparlaments ausgeweitet und verbessert (pi vom 12. 10. 93).

## **EU-Mitbestimmung**

Die DAG fordert die Verabschiedung einer EG-Richtlinie über die Mitbestimmung in den sogenannten Europäischen Aktiengesellschaften mit der Festlegung bestimmter Mindeststandards (pi vom 4. 6. 92).

Die Ablehnung deutscher Banken und Versicherungen, in ihren europaweiten Konzernen die Institution „Europäischer Betriebsrat“ zuzulassen, wird von der DAG scharf kritisiert. Die europaweite Öffnung der Märkte und der Unternehmensstrukturen besonders im Dienstleistungsbereich schreitet voran, die soziale Dimension dieses Wandels bleibt aber bisher auf der Strecke (pi vom 2. 7. 93).

## Energiepolitik

Nach Meinung der DAG bleibt der deutsche Steinkohlebergbau auch in Zukunft für die Energieversorgungssicherheit unersetzlich und muß daher weiter subventioniert werden. Sinnvoll ist es, die Steinkohle auf den Preis der Importe herunterzuschubventionieren. Außerdem wird eine Zahlung der Beihilfe ausschließlich aus dem Bundeshaushalt gefordert (pi vom 28. 3. 91, vom 6. 11. 91).

Ein weiterer Subventionsabbau im deutschen Steinkohlebergbau schafft nach Auffassung der DAG regionale Probleme, die neue Subventionen erforderlich machten. Die Beschäftigten im Bergbau hätten außerdem ebenso ein Anrecht auf eine gesicherte Zukunft, wie dies im Agrarsektor allgemein akzeptiert werde (pi vom 9. 7. 91).

Die DAG verurteilt in diesem Zusammenhang distanzierende Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Möllemann zum sogenannten Jahrhundertvertrag. Außerdem fordert die DAG eine sozialverträgliche Gestaltung von Massenentlassungen durch Überbrückungskonzepte und eine gezielte Regionalwirtschaftspolitik (pi vom 11. 5. 91).

Die DAG erstrebt den Übergang in eine umweltfreundliche und sozialverträgliche Energieversorgung ohne Kernenergie, wobei Energieeinsparung und Förderung regenerativer Energien verstärkt werden sollten. Die Kohlendioxid-Abgabe sei eine einseitig gegen die Kohle gerichtete Lenkungsmaßnahme und verzerre den Wettbewerb; die DAG fordert statt dessen eine allgemeine Energiesteuer auf alle Energieträger (pi vom 6. 11. 91).

## Frauenförderung

Mit einer Postkartenaktion zum Thema „Frauenrechte in die Verfassung“ will die DAG der Frauenförderung Nachdruck verleihen. Ein Frauenbund, bestehend aus Parteien, Gewerkschaften und Verbänden, hat diese Aktion als Teil einer Kampagne gestartet, um der Verfassungskommission, die am 25. 3. 1993 abschließend über die Änderung der Artikel 3 und 6 des Grundgesetzes berät, einen eindeutigen Handlungsauftrag zu erteilen (pi vom 10. 2. 93).

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 werden nach Auffassung der DAG vor allem sozial schwächer gestellte Frauen wieder zum Schwangerschaftsabbruch bei „Kurpfuschern“ getrieben (pi vom 28. 5. 93).

Mit einem Revisionsverfahren beim Bundesarbeitsgericht will die DAG dem europäischen Frauen-Diskriminierungsverbot in Deutschland mehr Geltung verschaffen (pi vom 20. 7. 93).

Zu einem „Frauen-Protest-Tag“ will die DAG den diesjährigen internationalen Frauentag am 8. März machen. Mit Aktionen soll in Betrieben und Öffentlichkeit unter dem Motto „Uns Frauen reicht's“ auf die anhaltende Benachteiligung von Frauen in Beruf und Gesellschaft hingewiesen werden (pi vom 25. 1. 94).

Als Druckmittel auf Arbeitgeber, sie zu einer wirksamen Frauenförderung zu bewegen, stellt sich die DAG die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand vor, die an ebensolche Bedingungen geknüpft werden. „Für die DAG sei es auch in keiner Weise akzeptabel, daß Frauen gegenwärtig angesichts der Wirtschaftskrise verstärkt vom Arbeitsmarkt in die ‚stille Reserve‘ abgedrängt würden“ (pi vom 13. 2. 94).

Die Leiterin der Hauptabteilung Weibliche Angestellte der DAG erklärte, daß Teilzeitarbeit kein Patentrezept gegen Arbeitslosigkeit sei. „Das Umsteigen auf einen Teilzeitarbeitsplatz darf nur auf freiwilliger Basis erfolgen, das Recht auf Rückkehr auf einen Vollzeitarbeitsplatz muß jederzeit gewährleistet sein“ (pi vom 22. 2. 94).

Der Bundestag ist von der DAG anlässlich der dritten Lesung aufgefordert worden, durchgreifende Verbesserungen beim Gleichberechtigungsgesetz vorzunehmen. Zu kritisieren sei vor allem, daß dieses Bundesgesetz weit hinter den fortschrittlichen Landesgesetzen zurückbliebe (pi vom 22. 4. 94).

Nach wie vor werden Frauen bei der Arbeitsförderung gegenüber Männern sehr stark benachteiligt. Besonders in den neuen Bundesländern – aber auch in Westdeutschland – sind Frauen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie auch bei Arbeitsvermittlungen stark unterrepräsentiert (pi vom 26. 8. 94).

Eine unverändert krasse Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben kritisiert die DAG, da Frauen nach wie vor auf Billigarbeitsplätze abgedrängt würden (pi vom 2. 10. 94).

## **Gesundheitspolitik**

Die vom Bundestag beschlossene Änderung des Gesundheitsreformgesetzes stößt auf Kritik der DAG, da sie die langfristige Beitragsstabilität nicht gewährleiste (pi vom 31. 10. 91).

Nach Meinung der DAG müssen die Wirtschaftlichkeitsreserven des Gesundheitssystems ausgeschöpft und die Leistungserbringer zu kostenbewußterem Handeln angeregt werden, bevor ein Zusatzbeitrag der Versicherten eingeführt wird. Dabei sei auch die Länderebene mit einzubeziehen (pi vom 3. 12. 91, vom 21. 2. 92, vom 16. 4. 92, vom 6. 5. 92).

Zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung fordert die DAG die Zuordnung der Finanzierung arbeitsbedingter Erkrankungen auf die gesetzliche Unfallversicherung und damit auf die Arbeitgeber (pi vom 1. 6. 92).

Pläne des Gesundheitsministers zu Eingriffen in die Selbstverwaltung der Krankenversicherung und ihre Regelungskompetenz sind auf Kritik seitens der DAG gestoßen (pi vom 3. 6. 92).

Kritik äußerte die DAG zu einem Vorschlag, im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung Krankheitstage durch Überstunden und Nacharbeit auszugleichen (pi vom 1. 9. 92).

Das vom Bundestag verabschiedete Gesundheitsstrukturgesetz stößt auf Widerstand der DAG. Sie wendet sich vor allem gegen eine Vereinheitlichung des Leistungs- und Vertragsrechts sowie gegen eine erhöhte Selbstbeteiligung. In einem anderen Punkt will die DAG Verfassungsklage erheben: Freiwillig versicherte Angestellte müssen als Rentner nicht nur den halben Krankenkassenbeitrag für ihre BfA-Rente, sondern auch volle Krankenkassenbeiträge vom betrieblichen Altershegeld entrichten. Nicht freiwillig Versicherte müssen dagegen nur den halben Beitragssatz für Rente und betriebliche Altersversorgung abführen. Nach Meinung der DAG verstößt dies gegen Gleichbehandlungs- und Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (pi vom 5. 11. 92, vom 10. 12. 92).

Die DAG fordert ein bundeseinheitliches Altenpflegegesetz und unterstützt den Vorschlag einer dreijährigen Ausbildung in der Altenpflege mit Anspruch auf eine Ausbildungsvergütung und Schutz der Berufsbezeichnung (pi vom 6. 6. 92).

Für ein Verbot gesundheitsgefährdender Tätigkeiten spricht sich die DAG anlässlich der Tagung zum Europäischen Arbeitsschutzjahr aus. Arbeit und Arbeitsumwelt müssen menschengerecht gestaltet werden, betonte DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag zur Eröffnung einer zentralen Arbeitstagung. Arbeitsschutz müsse für alle Arbeitnehmer gelten und nicht nur für Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft gültig sein (pi vom 28. 1. 93).

Wegen der fehlenden Umsetzung der EG-Richtlinie für Bildschirmarbeitsplätze will die DAG die Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen und hat damit bei der Bundesregierung und im Arbeitgeberlager Unruhe ausgelöst. Die Arbeitgeberverbände sind der Meinung, daß die Gewerkschaften diesbezüglich unerfüllbare Forderungen aufstellten (pi vom 27. 8. 93).

Die „Ständige Konferenz der Verbände im Gesundheitswesen“ hat gegen die Teilschließung wichtiger Krankenhausabteilungen aus Kostengründen energisch protestiert. Die medizinische Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser könne nicht als Folge verfehlter Finanzierungsvorschriften auf der Strecke bleiben (pi vom 29. 11. 93).

Die DAG hat die Bundesregierung und Koalitionsparteien dringend davor gewarnt, das Sachverständigengutachten zur „Krankenversicherung 2000“ zum Anlaß zu nehmen, die gesetzliche Krankenversicherung zu demontieren (pi vom 10. 1. 94).

Nach Meinung der DAG bereiten die Ärzte den Weg in die 2-Klassen-Medizin vor. Die Vorschläge des Marburger Bundes zur Senkung der Versicherungspflichtgrenze und zum Ausschluß der freiwilligen Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung „ist als durchsichtiges standespolitisches Manöver zur Erleichterung des Griffs in die Tasche der Patienten“ erkannt worden (pi vom 9. 5. 94).

## **Gewerkschaftspolitik**

Der Bundesvorstand und der Gewerkschaftsrat der DAG haben den Tod des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer als „großen Verlust für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung“ bezeichnet (pi vom 10. 5. 94).

In einer gemeinsamen Erklärung der ÖTV und der DAG wird festgestellt, daß die gewerkschaftliche Interessenvertretung in Deutschland drängenden Herausforderungen gegenübersteht. Unter anderem wird aufgeführt: Mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes sowie der Internationalisierung und Globalisierung von Unternehmens- und Arbeitgeberstrategien sind die Arbeitnehmer verstärktem Wettbewerb ausgesetzt. Die Herausbildung der EU wird einen zusätzlichen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft auslösen, der wachsende Dienstleistungssektor verlangt neue gewerkschaftliche Organisations- und Gestaltungskonzepte (pi vom 6. 6. 94).

DAG-Bundesvorstandsmitglied Gerhard Renner hat für seine Verdienste auf gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen (pi vom 5. 10. 94).

In der DAG wollen die Frauen die Umsetzung der Frauenquote ausschöpfen. Sie haben deshalb eine „Frauenkampagne“ gestartet, mit der in Seminaren, Veranstaltungen und mit entsprechenden Materialien Kolleginnen dazu ermuntert werden sollen, sich bei den gewerkschaftsinternen Wahlen 1995/96 zur Kandidatur zu stellen (pi vom 12. 10. 94).

Die DAG und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) werden die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst im kommenden Jahr wieder gemeinsam führen. Damit sollen die Kräfte gebündelt und verstärkt werden, um die Gestaltung zukunftsfähiger Arbeitsverhältnisse auf arbeits- und tarifrechtlicher Grundlage zu sichern (pi vom 10. 11. 94).

DAG und Arbeitgeberverband Gesamtmetall trafen sich unter der Leitung von DAG-Chef Roland Issen und Gesamtmetall-Präsident Dr. Hans-Joachim Gottschol

zu einem Spitzengespräch in Köln. Im Mittelpunkt stand die wirtschaftliche Situation der Metall- und Elektro-Industrie vor Beginn der Tarifrunde 1995. Durch die Tarifpolitik einer Kostenentlastung im Jahre 1994 hat die DAG wesentlich zu einem beschäftigungspolitischen Erfolg beigetragen (pi vom 4. 11. 94).

Der Marburger Bund und die DAG haben nach der Einigung mit der ÖTV über gemeinsame Tarifverhandlungen jetzt die Tarifgemeinschaft mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) für beendet erklärt. Mit der Aufhebung des Abgrenzungsbeschlusses der ÖTV zur DAG sei die politische Geschäftsgrundlage für die seit 1976 bestehende Tarifgemeinschaft entfallen (pi vom 17. 11. 94).

Die DAG fordert eine Familienpolitik „aus einem Guß“. „Der Familienpolitik als einem zentralen Feld der Gesellschaftspolitik muß mehr Beachtung gewidmet werden“, betonte DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag anlässlich der Vorstellung des familienpolitischen Programms der DAG. Forderungen wie: Verstärkung und Koordinierung der finanziellen Hilfen, familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitswelt, ausreichende Bereitstellung von Kindergärten und Ganztagschulen werden aufgestellt (pi vom 7. 12. 94).

### **Investitionsabgabe**

Gegen die Einführung einer Investitionsabgabe in Form einer Zwangsanleihe für Besserverdienende spricht sich die DAG aus. Statt dessen befürwortet sie sozialverträgliche Haushaltseinsparungen und die Einführung einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende in Höhe von 10 Prozent der Steuerschuld (pi vom 1. 9. 92, vom 17. 9. 92).

Ein Gehaltsverzicht der Arbeitnehmer in Westdeutschland wird ebenfalls abgelehnt (pi vom 17. 9. 92).

Als „korrekturbedürftig“ hat die DAG die Vorstellungen der SPD bezeichnet, eine Ergänzungsabgabe in Höhe von 10 Prozent auf die Steuerschuld bei Einkommen von mehr als 50 000 DM bei Ledigen und mehr als 100 000 DM bei Verheirateten zu erheben. Sie schlägt dagegen die Bemessungsgrenze von 80 000/160 000 vor. Außerdem sollte zur Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit von allen Erwerbstätigen – also auch von Beamten, Selbständigen und freiberuflich Tätigen – eine Arbeitsmarktabgabe erhoben werden (pi vom 21. 3. 94).

### **Kulturpolitik**

Angesichts der Massenentlassungen im Rundfunk und bei der Defa sowie der möglichen Schließung von Theatern in den neuen Bundesländern hat die Arbeits-

gemeinschaft Kultur der DAG vor der drohenden Zerschlagung der kulturellen Substanz in Ostdeutschland gewarnt (pi vom 17. 4. 91, vom 13. 5. 91).

Nach Meinung der DAG ist die Erhaltung eines bundesweiten, öffentlich-rechtlichen Hörfunksenders mit einem länderübergreifenden Informations- und Kulturprogramm weiterhin unverzichtbar (pi vom 18. 12. 91).

Die DAG befürwortet eine Fortsetzung der Finanzhilfe des Bundes für den Erhalt der Kultur in den neuen Bundesländern (pi vom 13. 2. 92).

## **Mitbestimmung**

Das neue Urteil des Bundesarbeitsgerichts, nach dem Überstunden grundsätzlich vom Betriebsrat genehmigt werden müssen, wird von der DAG begrüßt. Die Gewerkschaften sehen besonders in den Banken und Sparkassen Ostdeutschlands nun die Möglichkeit, vermehrt neues Personal einzustellen, anstatt wie bisher zahlreiche Überstunden zu leisten (pi vom 27. 3. 91).

Die DAG sieht ihre Rechtsposition bestätigt: In einem Urteil des Bundesgerichtshofs wird bestätigt, daß der Ausschluß der Arbeitnehmervertreter aus Aufsichtsratsausschüssen eine unzulässige Diskriminierung darstelle. Arbeitnehmervertreter seien nicht nur im Vorstandsausschuß, sondern auch in allen anderen Aufsichtsratsausschüssen zu beteiligen. Dabei würde letztendlich nur eine paritätische Besetzung dem Gesetzeszweck entsprechen (pi vom 29. 7. 93).

Bei den diesjährigen Aufsichtsratswahlen in den Großunternehmen des Versicherungsgewerbes hat die DAG mit einem Zuwachs von 38 Mandaten einen herausragenden Erfolg zu verzeichnen und konnte damit ihren Vorsprung vor der HBV weiter ausbauen (pi vom 10. 12. 93).

DAG-Chef Roland Issen stellt fest: „Demokratie darf nicht am Werkstor enden“ und fordert damit zur Teilnahme an den Betriebsratswahlen 1994 auf. Nach Auffassung der DAG sind die rund 250 000 Betriebsratsmitglieder in der BRD eine „notwendige und wirksame Sicherung gegen Arbeitgeberwillkür und Unternehmerallmacht“. DAG-Bundeswahlleiter Uwe Gudowius forderte insbesondere die Beschäftigten von Klein- und Mittelbetrieben ohne Betriebsrat auf, bei den Wahlen vom 1. März bis 31. Mai von ihrem Recht Gebrauch zu machen, eine Arbeitnehmervertretung zu bilden (pi vom 19. 1. 94).

Vor einer „Demontage der Arbeitnehmer-Mitbestimmung in den Aufsichtsräten“ hat die DAG ausdrücklich gewarnt. Dies bezieht sich auf die Absicht der Bonner Koalition, für Aktiengesellschaften mit weniger als 500 Beschäftigten die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat abzuschaffen (pi vom 15. 2. 94).

Bei den Betriebsratswahlen 1994 hat die DAG ihren Frauenanteil von 41,4 Prozent (1990) auf 45,6 Prozent (1994) erhöhen können (pi vom 26. 9. 94).

## **Pflegeversicherung**

Nach Meinung des Sozialexperten der DAG, Lutz Freitag, sollte der arbeitsfreie Pfingstmontag erhalten bleiben und nicht zur Finanzierung der Pflegeversicherung genutzt werden. Bei solchen Finanzierungsvorschlägen gehe es wohl nur um das Freihalten der Arbeitgeber vom halben Beitragssatz von 0,85 Prozent der jeweiligen beitragspflichtigen Lohn- und Gehaltszahlungen (pi vom 2. 2. 93).

Gegen einen Eingriff in bestehende Tarifverträge zur Einführung von Karenztagen will die DAG Verfassungsklage erheben. Der DAG-Sozialexperte Lutz Freitag wies darauf hin, daß die beabsichtigte Karenztageregelung für Durchschnittsverdiener bei dreimaliger Erkrankung pro Jahr 1 000 DM Einkommenskürzung bedeute (pi vom 28. 5. 93).

Die vehemente Verteidigung der Einführung von Karenztagen zur Finanzierung des Arbeitgeberanteils durch die Arbeitnehmer sowie der unsozialen Sparpläne der Bundesregierung durch Bundesarbeitsminister Blüm kommentiert Bundesvorstandsmitglied der DAG, Lutz Freitag, wie folgt: „Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung profiliert sich zunehmend als Ministerium für ‚Arbeitslosigkeit und Sozialabbau‘“ (pi vom 1. 7. 93).

Gegen die Einführung von Karenztagen zur Finanzierung der Pflegeversicherung hat die DAG Verfassungsbeschwerde beschlossen, um der Aushebelung von Tarifverträgen durch die Gesetzgebung entgegenzuwirken (pi vom 25. 8. 93, vom 6. 9. 93, vom 21. 9. 93).

DAG-Mitglieder aus der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung erklärten zu den Karenztagen: „Karenztage sind aus sozialen und medizinischen Gründen nachdrücklich abzulehnen und aufgrund des Krankenstands in keiner Weise politisch zu rechtfertigen“ (pi vom 2. 9. 93).

Eine letzte Chance, eine krasse politische Fehlentscheidung zu korrigieren, sieht die DAG in der Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz über die Lohnkürzung an Feiertagen. Regierung und Opposition sollten nach neuen Finanzierungsmodellen für die Pflegeversicherung suchen und von einem offenkundig verfassungswidrigen Eingriff in die Tarifautonomie Abstand nehmen (pi vom 15. 10. 93, vom 22. 10. 93).

Die DAG ist gegen eine höhere Beitragsbemessungsgrenze für die Pflege als die vorgesehenen 5 400 DM monatlich, da sonst die Position der Privaten Kranken-



versicherung (PKV) und damit 35 000 Arbeitsplätze gefährdet würden (pi vom 30. 11. 93).

Zur Verabschiedung des Pflegegesetzes stellt die DAG ein „unwürdiges Gezerre“ fest, das nicht auf Länderebene fortgesetzt werden sollte. Es wird auch vor der Fehleinschätzung gewarnt, jetzt sei das Pflegeproblem gelöst. Lediglich eine Finanzierungsregelung mit vielen Schwächen und ein Katalog von gesetzlichen Ansprüchen sei beschlossen worden (pi vom 29. 4. 94).

Die DAG protestiert „gegen teure Staatsgeschenke für Beamte im Pflegefall“ und bezeichnet die Pläne als „Anschlag auf die soziale Gerechtigkeit“ (pi vom 1. 10. 94).

Das sächsische Modell zur Finanzierung der Pflegeversicherung, wonach ausschließlich die Arbeitnehmer für die Kosten aufkommen müssen und die Arbeitgeber damit von ihren gesetzlich vorgeschriebenen 50 Prozent der Sozialbeitragskosten enthoben werden, wird von der DAG strikt abgelehnt. Die Streichung des Feiertages Buß- und Betttag wird als das kleinere Übel angesehen (pi vom 16. 11. 94).

Kirchen und Gewerkschaften sollten nach Auffassung der DAG eine gemeinsame Abwehrfront gegen jede Arbeitgeberkompensation in der Pflegeversicherung bilden. DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag warnte davor, anstelle der Streichung des Buß- und Bettages Eingriffe in tarifvertragliche Regelungen über Urlaub, Arbeitszeit und Arbeitsentgelt vorzusehen (pi vom 27. 11. 94).

## **Sozialpolitik**

Die DAG hat Pläne der Bundesregierung zu weiteren Sparmaßnahmen bei den Sozialleistungen kritisiert (pi vom 6. 5. 92, vom 24. 8. 92).

Lutz Freitag, zuständig bei der DAG für Sozialpolitik, stellte fest, daß „jetzt die Beitragszahler der Rentenversicherung erneut und in bisher nicht gekanntem Umfang für die unsolide Finanzpolitik des Staates zur Kasse gebeten werden“ sollen. Die geplanten Beitragsatzsteigerungen müßten deswegen früher und weitaus höher ausfallen als vorgesehen (pi vom 15. 2. 93).

Die DAG setzt sich für die Einbeziehung geringfügig Beschäftigter bis zu 530 DM Monatsverdienst in die Kranken- und Rentenversicherung ein, damit die so Beschäftigten ihren Anspruch auf Kranken- und Rentenversicherung nicht nach drei Jahren verlören (pi vom 16. 5. 93).

Als „Horror katalog“ hat die DAG die Sparpläne des Bundesfinanzministeriums für 1994 bewertet. „Diese Vorstellungen verkennen vollkommen den Versicherungs-

Charakter unseres sozialen Sicherungssystems und gefährden damit den sozialen Frieden“, erklärte Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag (pi vom 26. 5. 93).

Die Absicht des Bundesfinanzministers, Lohnersatzleistungen – insbesondere das Arbeitslosengeld – zu kürzen und seine Bezugsdauer drastisch zu senken, hat die DAG als „staatlichen Versicherungsbetrug an den sozial Schwächsten“ bezeichnet (pi vom 21. 6. 93, vom 16. 8. 93).

Die Verfassungsmäßigkeit der geplanten Kürzung des Arbeitslosengeldes bezweifelt die DAG. Sie wird prüfen, ob die Absenkung um bis zu vier Prozentpunkte noch mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes in Einklang steht, die auch für Sozialversicherungsleistungen mit eigener Beitragszahlung gilt (pi vom 4. 7. 93).

Die Kürzung des Arbeitslosengeldes wird von der DAG als Enteignung der Beitragszahler bezeichnet mit der Begründung, dies sei sozialpolitisch unverantwortlich und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv. Der Bundesregierung gehe es bei den Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogrammen offensichtlich nicht um einen Umbau des Sozialstaates, sondern vielmehr um einen Kahlschlag, der die Verschärfung der Situation offensichtlich bewußt in Kauf nimmt (pi vom 22. 9. 93).

DAG und CDA fordern mehr Gerechtigkeit. Dazu bedürfe es eines verstärkten Abbaus steuerlicher Privilegien, Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung müssen schärfer bekämpft werden (pi vom 25. 9. 93).

Der Staat vergreift sich mit 100 Milliarden DM an den Sozialkassen. Daraufhin warnt die DAG vor einer weiteren „Demontage des Sozialstaats“. „Die soziale Ausgestaltung der Bundesrepublik ist keinesfalls vorrangig ein Kostenfaktor, sondern ein wesentlicher Vorteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland“, betonte DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag (pi vom 12. 12. 93).

DAG-Chef Issen warnt in seinem Neujahrserufung vor einer schrittweisen Aushöhlung des Sozialstaats durch den weiteren Abbau von Sozialleistungen im kommenden Jahr (pi vom 27. 12. 93).

DAG-Chef Issen warnt vor Überlegungen zur Einführung einer steuerfinanzierten Einheitsgrundrente. „Das bewährte System einer leistungsgerechten, lohnbezogenen Sozialversicherungsrente darf nicht durch überflüssiges Krisengerede in Frage gestellt werden“ (pi vom 9. 1. 94).

Die DAG bezeichnet die Vorschläge des DIHT-Präsidenten Stihl zum weiteren Sozialabbau als „hemmungslosen Anschlag auf den Sozialstaat“. „Es ist ökonomisch unsinnig, von Billigarbeitsplätzen unter Tarif die Beseitigung oder auch nur die Verringerung der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten“ (pi vom 21. 6. 94).

DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag begrüßte die für 1995 geplante Senkung des Rentenversicherungsbeitrages um 0,6 Prozent. Die damit zugleich verbundene Reduzierung der Lohnnebenkosten sollte von den Arbeitgebern zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden (pi vom 14. 7. 94).

Das für Sozialpolitik zuständige Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag erklärte zu den Murmann-Vorschlägen: „Wenn es nicht um so ernste Probleme wie den Sozialstaat und die Konsensfähigkeit der Sozialpartner ginge, könnte man meinen, BDA-Präsident Murmann wollte mit seinem sozialpolitischen Rundumschlag bereits Mitte Oktober die diesjährige Karnevalssaison eröffnen.“ Er gibt den Eindruck wieder, daß der BDA-Präsident für geleistete Wahlhilfe durch künstliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas jetzt als politisches Honorar den Sozialabbau einfordere (pi vom 20. 10. 94).

Nach Auffassung der DAG wäre es eine gefährliche Neuauflage des „Rentenbetruges“, wenn jetzt, nach der Bundestagswahl, die von Vertretern der Koalitionsparteien ins Gespräch gebrachte Absenkung des Rentenversorgungsniveaus eingeleitet würde und damit der Abbruch des Sozialstaates in Deutschland radikal fortgesetzt würde (pi vom 24. 10. 94).

## **Sozialrecht**

Die DAG hat sich gegen Überlegungen von Bundesgesundheitsministerin Hasselheldt gewandt, die Unterscheidung von Angestellten und Arbeitern im gesamten Sozial- und Arbeitsrecht langfristig aufzuheben (pi vom 13. 5. 91).

DAG-Bundesvorstandsmitglied Lutz Freitag hat die Beschlüsse der 70. Sozialministerkonferenz der Länder scharf kritisiert, wonach konkrete Planungsschritte zur Auflösung der BfA gefordert werden. „Wer den organisatorischen Bestand des wichtigsten Rentenversicherungsträgers in Deutschland in Frage stellt, tritt die Interessen von Rentnern und Versicherten mit Füßen“ . . . „Die Reformwut der Landesminister sollte sich besser der Frage zuwenden, warum in 16 Bundesländern 23 Landesversicherungsanstalten aufrechterhalten werden“, betonte Freitag (pi vom 14. 10. 93).

Die heutigen Beschlüsse der 71. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister (ASMK) zur Zerschlagung der Bundesversicherungsanstalt werden von der DAG als „eklatante sozialpolitische Fehlleistung“ eingestuft. „Statt den Prozeß zunehmender Kooperation zwischen den Landesversicherungsanstalten und der BfA konstruktiv zu fördern, stellt die ASMK Machtbestrebungen der Länder vor die Interessen von Versicherten und Rentnern“, kritisierte der Bundesvorstand (pi vom 9. 9. 94).

## Steuerpolitik

Bei der Besteuerung der geringfügigen Beschäftigung muß nach Auffassung der DAG statt der Pauschalbesteuerung die Normalbesteuerung eingeführt werden; außerdem müßten diese Arbeitsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht einbezogen werden (pi vom 29. 5. 91).

Die DAG begrüßt die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig gewordene Reform bei der Besteuerung von Zinseinkünften, fordert jedoch in diesem Zusammenhang eine noch weitergehende Steuergerechtigkeit (pi vom 8. 7. 91).

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht zu Steuerkulis des Staates werden“, meint DAG-Vizevorsitzende Ursula Konitzer. Abgaben wie der beschlossene Solidarbeitrag schmälerten weiter das Einkommen der Durchschnittsverdiener (pi vom 24. 9. 94).

Ein wirksamer Umweltschutz kann nach Meinung der DAG nur durch eine Reform des Steuersystems im Hinblick auf eine ökologische Reform des Steuersystems erreicht werden. Dazu gehöre eine steuerliche Förderung für energiesparende Maßnahmen ebenso wie eine Strafsteuer für Energieverschwendung und Umweltschädigung (pi vom 30. 10. 94).

## Tarifpolitik

Nach Auffassung der DAG geht eine mögliche Gefährdung von Wachstum und Beschäftigung in Westdeutschland eher von der Hochzinspolitik der Bundesbank in Verbindung mit Steuer- und Abgabenerhöhungen der Bundesregierung aus als von den jüngsten Tarifabschlüssen (pi vom 29. 1. 92).

Infolge der Austrittsabsichten eines Computerherstellers aus dem Metall-Arbeitgeberverband sieht die DAG die Gefahr, daß es dem Unternehmen gelingt, über die Arbeitsbedingungen Wettbewerbsvorteile zu erwirtschaften. Die DAG befürwortet daher einen einheitlichen Tarifvertrag für die Computerbranche; ein Haustarifvertrag wird abgelehnt (pi vom 14. 7. 92).

Nach der Anhebung der Gehälter der Ostberliner Beschäftigten im Öffentlichen Dienst auf 80 Prozent der Westgehälter fordert die DAG eine Anhebung der Gehälter aller in Ostdeutschland im Öffentlichen Dienst Beschäftigten auf dieses Niveau (pi vom 3. 8. 92).

Ebenso fordert die DAG eine Angleichung der Gehälter in den ostdeutschen Banken an das Ostberliner Niveau, das mittlerweile 100 Prozent der Westgehälter erreicht hat (pi vom 19. 8. 92).

Für die rund 15 000 Angestellten des Versicherungsdienstes in den neuen Bundesländern einigten sich in München die DAG und der Arbeitgeberverband für das private Versicherungsgewerbe auf ein neues Tarifabkommen. Bis zum 1. 7. 1993 wird dadurch die dritte Einkommensverbesserung innerhalb der vereinbarten Laufzeit wirksam (pi vom 8. 2. 93).

Anlässlich eines gemeinsamen Spitzengesprächs zwischen DAG und Gesamtmetall (9. 2.) ist die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland nicht vorrangig mit den Mitteln der Tarifpolitik zu bewältigen. Die DAG erklärte sich allerdings bereit, die getroffenen Tarifvereinbarungen mit dem Ziel einer Neugewichtung von Tarifynhalten zu überprüfen (pi vom 10. 2. 93).

Der Verhandlungsführer der Gehaltstarifrunde des privaten wie öffentlichen Bankgewerbes der DAG, Gerhard Renner, fordert die Bankenvorstände zu Gehaltsverzicht auf, wenn sie den Angestellten nur eine Gehaltsanhebung von 2,75 Prozent offerierten, was eine Minderung des Reallohns bedeute (pi vom 12. 2. 93).

DAG, GGVöD und Marburger Bund haben sich auf einen Zusatz-Tarifabschluß für westdeutsche Sparkassenangestellte geeinigt (Pressedienst vom 15. 2. 93).

Für die 3. Runde der Gehaltstarifverhandlungen für das westdeutsche Bankgewerbe fordert die DAG ein „abschlußfähiges Angebot, das die ‚goldgeränderten Bankbilanzen‘ widerspiegelt“ (pi vom 21. 2. 93).

Den Tarifkonflikt in der ostdeutschen Metallindustrie will die DAG mit einem „Bewegungsmodell“ lösen helfen. Dabei müsse aber die auszuschüttende Lohn- und Gehaltserhöhung mindestens 10 Prozent betragen, um den Kaufkraftverlust in Ostdeutschland auszugleichen (pi vom 27. 2. 93).

Für die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der ostdeutschen Sparkassen (mit guter Ertragslage) fordert die DAG eine zügige Anpassung des Bezahlungssystems an das Niveau der alten Bundesländer (pi vom 31. 3. 93).

Die DAG sieht die 1991 geschlossenen tarifvertraglichen Regelungen für die Metallindustrie in Ostdeutschland unverändert als gültig und rechtswirksam an. Die fristlose Kündigung sieht sie als offensichtlichen Rechtsbruch an und hat massive rechtliche Schritte dagegen angekündigt (pi vom 1. 4. 93).

Mit Verbandsklagen gegen die ostdeutschen Metallarbeitgeberverbände will die DAG die unveränderte Gültigkeit und Rechtswirksamkeit der 1991 geschlossenen Tarifregelungen feststellen lassen (pi vom 19. 4. 93).

Für die rund 18 000 Beschäftigten der westdeutschen Vermessungsbüros werden mit Wirkung vom 1. 7. 1993 die Gehälter linear um 3,4 Prozent erhöht, das Gesamt-

volumen des Abschlusses beträgt nach Angaben der DAG 4,65 Prozent (pi vom 26. 4. 93).

Die DAG fordert die Arbeitgeber auf, sich bei den Tarifverhandlungen für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des westdeutschen Einzelhandels ihrer Mitverantwortung für anständige Tarifverträge bewußt zu werden (pi vom 17. 5. 93, vom 26. 5. 93).

Als „sozialpolitischen Salto mortale zurück ins vorige Jahrhundert“ hat die DAG die drastische Verschlechterung der Kündigungsfristen für 12 Millionen Angestellte in den alten Bundesländern bezeichnet (pi vom 14. 6. 93).

Mit der von der Koalition geplanten Abschaffung der gesetzlichen Arbeitnehmersparzulage wird nach Auffassung der DAG der bisherigen vermögenswirksamen Tarifpolitik der Boden entzogen. Dies ist ein weiterer Beweis für die Konzeptlosigkeit der Bundesregierung beim Zusammenstreichen von Leistungen (pi vom 7. 7. 93).

Die DAG hat mit der IBM eine gemeinsame Arbeitsgruppe für die vorbereitenden Beratungen für einen Haustarifvertrag gebildet (pi vom 26. 7. 93).

Eine „Nullrunde“ bei den diesjährigen Tarifverhandlungen in der privaten Versicherungswirtschaft Westdeutschlands steht für die DAG außerhalb jeder Diskussion. Die Versicherungswirtschaft „nage nicht am Hungertuch“, deshalb tritt die DAG mindestens für die Sicherung des Realeinkommens ein (pi vom 1. 9. 93).

Eine Nullrunde, geschweige denn eine Kürzung von Löhnen und Gehältern, ist für die DAG in der kommenden Tarifrunde der Metall- und Elektro-Industrie völlig undenkbar. Angesichts des ohnehin stattfindenden Personal- und Sozialabbaus in den Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie sei das Vorgehen der Arbeitgeber eine Kampfansage und eine unverantwortliche Verschärfung (pi vom 29. 9. 93).

Eine harte Tarifrunde in der Versicherungsbranche erwartet die DAG, da die Versicherungsarbeitgeber eine unsinnige Hochrechnung vorgelegt hätten. Dies wird als „unverhüllter Versuch, die Arbeitnehmer zu schröpfen, damit die Versicherungsunternehmen um so ungehemmter verdienen können“, bezeichnet (pi vom 30. 9. 93).

Die DAG hat den Tarifvertrag im privaten Versicherungsgewerbe Ostdeutschlands zum 30. November 1993 gekündigt. Gleiches Geld für gleiche Leistung fordert sie, „damit ist für die rund 22 000 Mitarbeiter dieser Branche in den neuen Bundesländern der Weg frei für die letzten noch ausstehenden Schritte zur vollen Angleichung der Einkommen und der weiteren Arbeitsbedingungen an den Tarifvertrag/West“ (pi vom 1. 10. 93).

DAG-Chef Issen: Kürzung von Tarifgehältern provoziert Arbeitskampf! Eine Kürzung von Tariflöhnen und -gehältern will die DAG mit allen gewerkschaftlichen Mitteln „bis hin zum Arbeitskampf“ verhindern. Auch sogenannte Nullrunden in den Tarifverhandlungen des kommenden Jahres sind völlig indiskutabel (pi vom 3. 10. 93).

Für das Bankgewerbe fordert die DAG für 1994 die Sicherung der Realeinkommen, angemessene Ertragsbeteiligung und den Erhalt von Arbeitsplätzen (pi vom 28. 10. 93).

Die Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW sollte nach Auffassung der DAG die Beschäftigten im Unternehmen auf das Basis des Personalstands von Ende 1993 bis mindestens 1995 garantieren und die damit verbundenen Lohn- und Gehaltseinbußen nur auf freiwilliger Basis erfolgen (pi vom 1. 11. 93).

Die DAG will für die rund 22 000 Beschäftigten des ostdeutschen Versicherungsgewerbes bei der bevorstehenden Tarifrunde die Angleichung von Gehältern und Zulagen auf 100 Prozent des Westniveaus ab 1. Juni 1994 durchsetzen (pi vom 2. 11. 93).

Auch für die rund 33 000 Bankbeschäftigten in den neuen Bundesländern will die DAG in der kommenden Tarifrunde die vollständige Angleichung von Gehältern und sonstigen Arbeitsbedingungen an das Westniveau durchsetzen (pi vom 17. 11. 93).

Der von Metallarbeitgebern propagierte Verzicht auf tarifliche Einkommenszuwächse, bereits vereinbarte Urlaubstage, das tariflich abgesicherte Urlaubsgeld sowie das zusätzliche Urlaubsgeld wird von der DAG entschieden abgelehnt (pi vom 22. 11. 93).

Aus „Respekt der Tarifvertragsparteien“ vor den Sorgen und Ängsten der Menschen ist nach Meinung der DAG der Tarifabschluß für die Versicherungsbranche zustande gekommen und wird als DAG-Erfolg gewürdigt (pi vom 1. 12. 93).

DAG-Vorsitzender Roland Issen stellte die „Tarifleitsätze '94“ vor und kommentierte, daß in den Tarifverhandlungen des kommenden Jahres Nullrunden oder der Verzicht auf Urlaubsansprüche und Sonderzahlungen für die DAG nicht diskutabel sind. Im Gegenteil, es müßten steigende Lebenshaltungskosten ausgeglichen und die Arbeitsplätze erhalten werden. „Wir sind allerdings bereit, bei eindeutigen tariflichen Garantien einen Teil der möglichen Gehaltserhöhungen zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen einzusetzen“ (pi vom 8. 12. 93).

Die DAG beschließt Warnstreiks, um mit „diesen kurzfristigen Aktionen und Protestkundgebungen Druck für eine gemeinsame Verhandlungslösung zur Beschäftigungssicherung zu machen“. Die Metallarbeitgeber seien aufgefordert, trotz aller unterschiedlichen Positionen an den Verhandlungstisch zurückzukehren (pi vom 31. 1. 94).

Die DAG beschließt Urabstimmungen in der Metall- und Elektro-Industrie des Tarifgebiets Niedersachsen. „In ausgesuchten Betrieben werden die DAG-Mitglieder Anfang März über einen Arbeitskampf zur Durchsetzung eines Tarifabschlusses der Vernunft befinden“ (pi vom 21. 2. 94).

Tarifkonflikt im Bankgewerbe: „Im westdeutschen Bankgewerbe mit seinen rund 450 000 Beschäftigten sind die Vorbereitungen für gewerkschaftliche Protestmaßnahmen gegen die Blockadehaltung der Arbeitgeber weitgehend abgeschlossen“ (pi vom 6. 3. 94).

Bei den Tarifverhandlungen in der Wohnungswirtschaft konnte zwischen den Gewerkschaften IG Bau-Steine-Erden, HBV und der DAG einerseits und den Arbeitgebern andererseits wegen des Streitpunktes der hundertprozentigen Lohnangleichung in den neuen Bundesländern keine Einigung erzielt werden (pi vom 24. 6. 94).

Die DAG widerspricht Murmann (BDA) und betont, daß in den nächsten Jahren keine erneuten Reallohnverluste hingenommen werden können (pi vom 28. 6. 94).

Die Tarifrunde 1995 darf nach Meinung von DAG-Chef Issen nicht mit „geballten Maßhalteappellen“ belastet werden, da von den Arbeitnehmern angesichts des spürbaren Konjunkturaufschwungs und nach oben revidierten Wachstumsprognosen keine weiteren Realeinkommensverluste akzeptiert werden könnten (pi vom 17. 8. 94).

Der Vorschlag von Gesamtmetall, die Absenkung der Tarifgehälter für wiederingestellte Langzeitarbeitslose einzuführen, wird von der DAG entschieden abgelehnt (pi vom 18. 8. 94).

Bei den Tarifrunden des kommenden Jahres will sich die DAG für mehr Differenzierung je nach Lage und Leistungsfähigkeit der einzelnen Branchen einsetzen (pi vom 18. 9. 94).

Eine kräftige Steigerung der Tarifeinkommen will die DAG bei der Tarifrunde '95 durchsetzen mit der Begründung, die Kaufkraft der Arbeitnehmerhaushalte zu stärken. Verbunden damit sollte auch eine Verzahnung von tariflichen vermögenswirksamen Leistungen mit einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivkapitals einsetzen (pi vom 10. 10. 94, vom 11. 10. 94).

Die Forderungen des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), die rund 2,8 Millionen Beschäftigten sollten in der Tarifrunde '95 Lohn- und Gehaltsverzicht auf sich nehmen, wird von der DAG kategorisch abgelehnt. Dagegen werde die DAG vielmehr auf eine kräftige Anhebung der Löhne und Gehälter hinarbeiten (pi vom 21. 10. 94).



Die tarifpolitischen Maßhalteappelle der Wirtschaftsforschungsinstitute werden von der DAG vehement zurückgewiesen und als „ökonomisch falsch sowie einkommens- und verteilungspolitisch völlig einseitig“ beurteilt (pi vom 25. 10. 94).

## **Umweltschutz**

Die DAG will sich für einen aktiven Umweltschutz in Betrieben und Verwaltungen einsetzen. Arbeitnehmervertreter müßten bei Unternehmens- und Behördenleitungen auf konkrete Vereinbarungen für eine Umweltkooperation drängen (pi vom 7. 6. 91).

Die von Bundesverkehrsminister Krause angestrebte Autobahnvignette wird von der DAG als „umweltpolitisch eher schädlich“ abgelehnt. Statt dessen sollten höhere Mineralölsteuern eingeführt werden (pi vom 11. 2. 93).

Nach Meinung der DAG sind gesetzliche Regelungen in Form der erzwingbaren Mitbestimmung beim betrieblichen Umweltschutz dringend erforderlich (pi vom 14. 9. 91).

Die DAG mahnt eine Umorientierung in der Umwelt- und Energiepolitik an. An die Stelle der Reparaturpolitik der Umweltschäden müsse eine Umweltschäden vermeidende Umweltpolitik treten, die von dem Grundsatz der Vorsorge und dem Verursacherprinzip getragen werde (pi vom 14. 9. 91).

## **Verhältnis DAG – DGB**

Die DAG ist bereit, mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften über Wege und Maßnahmen zu verhandeln, die zu einer wirksameren und erfolgreichen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten führen können. Die Selbständigkeit der DAG steht dabei jedoch nicht zur Disposition (pi vom 4. 12. 91, vom 24. 1. 92).

## **Vermögensbildung**

Die geplante Aufhebung der Steuerfreiheit bei der Überlassung von Vermögensbeteiligungen an die Beschäftigten ist auf Kritik seitens der DAG gestoßen, da sich daraus eine unangemessene Belastung des Vorteils aus unentgeltlicher oder verbilligter Überlassung der Vermögensbeteiligungen ergebe (pi vom 5. 8. 91).

Die Abschaffung der Arbeitnehmersparzulage wird vom Bundesfinanzminister Waigel mit einem hohen Verwaltungsaufwand gerechtfertigt. Dagegen wendet sich die DAG mit der Meinung, daß mit der viel zu hoch gegriffenen Schätzung des Verwaltungsaufwands und seiner Folgen die eigentliche (vermögens)politische Dimension

übersehen werden soll. Die Erwartung der Bundesregierung, der Wegfall der Förderung werde für die vermögenswirksame Tarifpolitik folgenlos bleiben, bezeichnet die DAG als „illusionär“ (pi vom 13. 8. 93).

## **Wirtschaftsstandort Deutschland**

Die DAG kann Wettbewerbsnachteile des Wirtschaftsstandortes Deutschland nicht erkennen. Nach ihrer Auffassung ist insbesondere das international vergleichsweise hohe Lohn- und Gehaltsniveau Ausdruck der hohen Arbeitsproduktivität. Auch die Steuerbelastung wirke sich nicht nachteilig aus; vielmehr erweise sich die Stärke des Wirtschaftsstandortes in der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Güter und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt (pi vom 14. 4. 92).

Das Wirtschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute hält keine konkreten Ratschläge zur Lösung der Konjunkturkrise bereit. Die Erwartung eines „Aufschwungs nach klassischem Muster“ sei bloßes Wunschdenken, erklärte DAG-Vize Ursula Konitzer (pi vom 4. 5. 93).

Das Ausbleiben des Beschlusses zur Senkung der Leitzinsen bedeutet eine Verlängerung der schweren Rezession, kritisiert die DAG scharf (pi vom 19. 5. 93).

Für die angeschlagene Automobilindustrie schlägt die DAG einen „Runden Tisch“ vor, an dem auf Einladung vom Bundeswirtschaftsminister Autohersteller und -verbände, Gewerkschaften und betroffene Landesregierungen gemeinsam ein Konzept zur Bewältigung der Krise entwickeln sollten (pi vom 5. 6. 93).

Der Beschluß der Deutschen Bundesbank, den Lombardsatz um 0,5 Prozent zu senken, wird von der DAG als nicht ausreichendes Zeichen für die Devisenmärkte gewertet. Wirtschaftsrezession und Massenarbeitslosigkeit hätten einen deutlicheren Leitzinssenkungsbeschluß erfordert (pi vom 29. 7. 93).

Durch Sozialabbau und Arbeitszeitverlängerung wird die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik nur vertieft und die Massenarbeitslosigkeit erhöht. Diese Pläne führten Deutschland in die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit (pi vom 16. 8. 93).

Die beabsichtigte Streichung von 14 000 Stellen in der Mercedes-Benz AG im kommenden Jahr bringt nach Auffassung der DAG die Erneuerungs- und Innovationsfähigkeit weiter Produktbereiche des Unternehmens in ernste Gefahr (pi vom 26. 8. 93).

Nach Auffassung der DAG setzt der Rexrodt-Bericht zur „Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ den ohnehin bereits beschädigten sozialen Konsens in der Gesellschaft bedenkenlos auf Spiel. „Der Bericht macht sich die von

den Wirtschaftsverbänden seit Jahren gebetsmühlenartig vorgetragenen Klagen über angebliche Wettbewerbsnachteile zu eigen und erhebt deren interessengeleitete Therapievorschläge zum wirtschaftspolitischen Programm“ (pi vom 2. 9. 93).

DAG-Vorsitzender Roland Issen übte Kritik an der westdeutschen Wirtschaft, die die für 1993 zugesagten Investitionen in den neuen Bundesländern nur zu einem Bruchteil eingelöst habe. Auch von einer wirklichen Vermarktungshilfe für ostdeutsche Produkte sei bisher wenig zu spüren. Außerdem müßten unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, dem drastischen Abbau der Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in den neuen Bundesländern entgegenzuwirken (pi vom 6. 9. 93).

DAG-Chef Issen sieht die Gefahr, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland „kaputtgeredet“ wird. „Die von Unternehmerseite initiierte Debatte um den Industriestandort Deutschland zielt darauf ab, Regierung, Arbeitnehmer und Gewerkschaften unter Druck zu setzen und gegeneinander auszuspielen“, betonte er. Im Gegenteil sei Deutschland nach wie vor ein attraktiver Wirtschaftsstandort und zeichne sich vor allem durch eine sehr günstige Infrastruktur und durch ein hohes Maß an sozialem Konsens aus (pi vom 22. 10. 93).

Den Arbeitgebern wird von der DAG der Vorwurf gemacht, daß sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer häufiger als Vorwand für einen Personalabbau über das notwendige Maß hinaus mißbrauchten. „Unternehmerische Aufgabe muß es wieder werden, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, statt durch überhöhten Personalabbau nur noch in Personalkostenkategorien zu denken und zu operieren“, erklärte DAG-Vize Ursula Konitzer (pi vom 30. 10. 93).

Die zentralen wirtschafts- und tarifpolitischen Vorstellungen des Sachverständigenrates hat die DAG als „krisenverschärfend und beschäftigungsfeindlich“ bezeichnet. „Die im Jahresgutachten geforderte forcierte Haushaltskonsolidierung und die krasen tarifpolitischen Maßhalteappelle der Wirtschaftsweisen laufen auf eine massive zusätzliche Schwächung der Binnennachfrage und im Ergebnis auf weitere Produktions- und Beschäftigungseinbrüche hinaus“, erklärte DAG-Vize Ursula Konitzer (pi vom 15. 11. 93).

DAG-Chef Issen warnt vor der Gefahr einer „allzu starken D-Mark“. „Der steigende Wert der Mark gegenüber anderen Währungen frißt die Kostenentlastung wieder auf, die den deutschen Exportindustrien durch die extrem niedrigen Tarifabschlüsse dieses Jahres zugefallen ist“ (pi vom 27. 3. 94).

Im wesentlichen auf Vorleistungen der Gewerkschaften ist nach Auffassung der DAG die wirtschaftliche Erholung in Deutschland zurückzuführen. „Der Beitrag von Wirtschaft, Bundesregierung und Bundesbank für mehr Wachstum und Beschäftigung steht hingegen noch aus“ (pi vom 17. 6. 94).

## Wohnungsmarkt

Die DAG kritisiert den Gesetzentwurf zur Begrenzung des Mietanstiegs und fordert eine Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete nicht nur aus den Mieten der Neuabschlüsse sowie eine weitere Begrenzung der Mieten bei Neuabschlüssen (pi vom 2. 12. 91).

## Bildungseinrichtungen der DAG:

Bildungswerk der DAG e.V.  
Deutsche Angestellten-Akademie e.V.  
Holstenwall 5  
20355 Hamburg  
Telefon: (0 40) 3 50 94 11  
Telefax: (0 40) 35 09 41 98  
Leiter: Rudolf Helfrich (Tabelle)

## Aufgaben und Tätigkeitsfelder

Das Bildungswerk der DAG e.V. und die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA) gehören zu den größten gemeinnützigen Trägern beruflicher Weiterbildung in der vereinten Bundesrepublik. Sie sind an 280 Standorten in der gesamten Bundesrepublik vertreten und beschäftigen ca. 2 200 festangestellte Mitarbeiter/innen und 7 500 Honorar-Dozenten/innen. (Tabelle)

Kaufmännische Weiterbildung und Praxistraining, Umschulungen, EDV-Training und Lehrgänge in den Bereichen Akademiker, Gesundheit und Soziales, Fremdsprachen und Hotel- und Gaststätten bilden ihre zentralen Tätigkeitsfelder.

## Gründung

Bereits 1946 kam es in Hamburg und Münster zur Einrichtung erster DAG-Schulen.

Ausmaß und regionale Ausdehnung der Lehrgangsaktivitäten machten es 1952 erforderlich, die DAG-Schulen rechtlich und wirtschaftlich aus der Struktur der DAG zu lösen und hierfür mit der Gründung des Bildungswerkes der DAG e.V. einen eigenen organisatorischen und personellen Rahmen zu schaffen. 1959 kam es zur Gründung der Deutschen Angestellten-Akademie e.V. aufgrund des zunehmenden Bedarfs an mittleren kaufmännischen Führungskräften.

## Organisationsstruktur

Das Bildungswerk der DAG und die DAA bestehen seit ihrer Gründung in der Rechtsform des gemeinnützigen eingetragenen Vereins (e.V.). Für die Besetzung der Vorstände und für die Mitgliederversammlung haben die Organe und Gliederungen der DAG ein Vorschlags- und Entsendungsrecht.

In der Zentrale in Hamburg befinden sich die Bundesgeschäftsführung sowie die Abteilungen Finanzen, Organisation und Datenverarbeitung, Pädagogik, Personal und Recht. Von dort werden sowohl Entscheidungs- und Kontrollfunktionen als auch Service- und Beratungsaufgaben wahrgenommen.

Die Leiter bzw. Leiterinnen der örtlichen Bildungseinrichtungen sind gegenüber dem Vorstand und der Bundesgeschäftsführung für die betriebswirtschaftliche Effizienz und pädagogische Qualität ihrer Institute verantwortlich. Da die jeweils unterschiedlichen Bedingungen und Strukturen der regionalen Arbeits- und Weiterbildungsmärkte eine flexible dezentrale Organisationsstruktur erfordern, bestehen insbesondere bei der Planung, Programmgestaltung und Schwerpunktgebung des Lehrgangsangebots weitgehende Handlungs- und Entscheidungsfreiräume. Den Instituten sind Nebenstellen und Sondereinrichtungen angeschlossen. Zu den letzteren zählen insbesondere staatlich anerkannte oder genehmigte Fachschulen, Fachschulen und Berufsfachschulen.

DAG Bundesbildungszentrum Walsrode (BBZ)

Sunderstr. 77

29664 Walsrode

Telefon: (0 51 61) 97 90

Telefax: (0 51 61) 97 95 62

Leiter: Werner Benz

Nach dessen Bildungskonzept ergänzen Vertiefungs- und Speziallehrgänge das Lehrgangsangebot der Grundlehrgänge. Das Zentrum will durch mehr Betriebsgruppenlehrgänge Hilfen zur Selbsthilfe anbieten. Gewerkschaftserfahrene Kommunikations- und Organisationsfachleute erarbeiten mit den Teilnehmern betriebs- und dienststellenbezogene Kommunikationsmittel und ganze Wahlkampfkonzepte.

Das BBZ kooperiert mit den Technologieberatungsstellen (BTQs) der DAG bei Seminaren zu neuen Technologien und zu Arbeits-, Gesundheits- und Umweltpolitik.

## Medienpolitik

Seit 1987 schloß sich die Bundesberufsgruppe Kunst und Medien der DAG mit den Verbänden DOV, GDBA, Regieverband, VdO und der Verband der Tonmeister e.V.

zur Arbeitsgemeinschaft Kultur der DAG zusammen. Sie tagte regelmäßig unter dem Vorsitz des Ressorts Bildungspolitik und erörterte gemeinsame Anliegen.

Das kultur- und medienpolitische Programm der DAG wurde überarbeitet. Dabei wurden Kongreßbeschlüsse, faktische und rechtliche Entwicklungen sowie Anregungen und Beiträge aus der AG Kultur der DAG aufgearbeitet, mit der künftig das Programm gemeinsam herausgegeben wird.

DAG-Technikum  
Gemeinnützige Fernunterrichts GmbH  
Auf der Union 10  
45141 Essen  
Telefon: (02 01) 8 31 66 00  
Telefax: (02 01) 8 31 63 11  
Leiter: Heinz-Peter Jung  
Aufsichtsratsvorsitzender: Peter Jansen  
Stellvertreter: Rudolf Helfrich

Feierte 1989 sein 25jähriges Bestehen; die Zahl der berufstätigen Studienteilnehmer stieg seit 1987 kontinuierlich von damals 11 000 auf inzwischen über 16 000. Inzwischen entlastet das neue Seminar- und Prüfungszentrum Osnabrück das ältere in Würzburg. Es wurde 1988 offiziell eingeweiht. Das DAG-Technikum eröffnete 1991 in Jena und Dresden seine ersten ostdeutschen Unterrichtsorte.

Das DAG-Technikum ermöglicht Fachkräften aus Industrie, Handwerk und Verwaltung durch die duale Methode (Selbststudium und Klassenunterricht neben beruflicher Tätigkeit) den Aufstieg zum staatlich geprüften Techniker.

Das aktuelle Angebot umfaßt die Fachrichtungen: Maschinenbautechnik, Elektrotechnik, Elektronik, Bautechnik, Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik, Metallbautechnik sowie Holztechnik. Darüber hinaus werden Spezialkurse im technischen Bereich durchgeführt (CAD-Statistik Wärmedämmung).

Jugendbildungsstätte „Haus Naumburg“  
Unter den Linden 30  
34311 Naumburg  
Telefon: (0 56 25) 9 99 70  
Telefax: (0 56 25) 70 93  
Leiterin: Marianne von Heusinger

Jugendbildungsstätte „Haus Bordenau“  
Burgstellerweg 33  
31535 Neustadt am Rübenberg  
Telefon: (0 50 32) 28 87  
Leiter: Helmut Tech

Bildungsstätte „Haus der DAG-Jugend Konradshöhe“  
Stoesserstr. 18–23  
13505 Berlin  
Telefon: (0 30) 43 19 04  
Telefax: (0 30) 4 31 91 89  
Leiterin: Margit Hauck

Die DAG-Bildungseinrichtungen helfen, den Auftrag der DAG-Satzung umzusetzen:

- den Beschäftigten zu helfen
- den Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Strukturveränderungen und des rasanten technischen Wandels individuell und sozial zu bewältigen.

In den neuen Bundesländern ist die berufliche Qualifikation das zentrale Instrument effektiver Arbeitsmarktpolitik geworden. Die DAG-Bildungseinrichtungen bieten besonders im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Bereich sowie beim Einsatz neuer Technologien in den neuen Bundesländern an mehr als 70 Orten Lehrgänge zur beruflichen Qualifizierung an. Ferner waren und sind die DAG-Bildungseinrichtungen an mehreren Standorten mit der Durchführung von Multiplikatoren-Lehrgängen für ostdeutsche Lehrkräfte und Ausbilder befaßt, um Personal für die Weiterbildungsarbeit zu schulen und so dem Engpaß an qualifizierten Kräften entgegenzuwirken.

Aufgrund der entspannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind seit 1988 die Zahlen der Auszubildenden zurückgegangen, die im Rahmen von Sonderprogrammen des Bundes und der Länder in den DAG-Bildungseinrichtungen ihre Erstausbildung absolvieren.

Seit Anfang 1990 sind wieder zunehmende Teilnehmerzahlen in der beruflichen Fortbildung zu verzeichnen. Erfreulich konstant entwickelt sich der klassische Bereich der DAG-Bildungsarbeit, die Aufstiegsfortbildung. Das Weiterbildungsangebot für die Angehörigen der Pflegeberufe wurde deutlich ausgeweitet, besonders die Lehrgänge zur Stationsleitung, Pflegedienstleitung und für Unterrichtskräfte.

Neu gegründete Beratungsstellen der DAG für Technologiefolgen und Qualifizierung ergänzen inzwischen das Lehrgangsangebot der DAG-Bildungseinrichtungen. Neben der bereits 1986 in Kassel etablierten Stelle gibt es sie nun auch in Oldenburg und Hamburg. Sie wenden sich vornehmlich an Betriebs- und Personalräte, um sie in ihrer Tätigkeit durch Expertenwissen zu unterstützen.

In enger Abstimmung mit den regionalen DAG-Gliederungen bieten die Bildungseinrichtungen auch Lehrgänge mit gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und Themen an. Gemäß dem Auftrag der DAG-Satzung, auch die

kulturellen Belange der Mitglieder zu fördern, verleihen die DAG-Bildungseinrichtungen seit 1990 jährlich den Kunstpreis der DAG-Bildungseinrichtungen.

## DAG-Forum

Eine 1989 ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe behandelt, losgelöst von aktuellen und typischen Gewerkschaftsaufgaben, Themen und Probleme von langfristiger und allgemeiner Bedeutung. Es diskutieren Wissenschaftler, Politiker und andere Fachleute miteinander.

Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit stellen das Publikum. Das Forum wurde seit 1989 sechsmal in Walsrode und zehnmal in Hamburg abgehalten.

Folgende Themen wurden bisher behandelt:

Alt – Krank – Allein / Sozialer Notstand in der ergrauten Republik

Die Neue Rechte – viele Diagnosen, keine Therapie

Einwanderungsland Bundesrepublik – Ost und West neu gemischt

DDR + BRD = ? Die Deutschen und ihre Identität

Europäische Kulturpolitik – für wen?

Politik und Verantwortung

DDR-Literatur am Wendepunkt – Wozu? Wohin? Für wen?

Frauen in Europa – gleichberechtigt in den Binnenmarkt?

Bruderzwist im deutschen Haus – Schwierigkeiten mit dem Eigentum

Hauptsache: Gesundheit

Bildungspolitik

Arbeitszeitpolitik

Datenhighways grenzenlos

3. Mai '45–3. Mai '85

Sozialstaat in Gefahr

Mitarbeiter der DAG arbeiten im Beratenden Ausschuß der EU sowohl für Beschäftigungspolitik als auch für Berufsbildung im Interesse der DAG. Auf deren Tagungen und Sitzungen werden gewerkschaftliche Fragen behandelt.

Arbeitsschwerpunkte:

Probleme der Wiedervereinigung



Konjunktorentwicklung und Wirtschaftspolitik  
Finanz- und Steuerpolitik  
Strukturpolitik  
Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik  
Soziale Sicherung  
Einkommens- und Vermögenspolitik  
Tarifpolitik  
Unternehmensentwicklung  
Unternehmenspolitik  
Technischer Wandel, Rationalisierung  
Arbeits- und Wirtschaftsrecht  
Gewerkschaftsfragen und internationale Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik  
EU-Binnenmarkt

## 14 dhg – Deutsche Hausfrauengewerkschaft

---

Bundesgeschäftsstelle  
Ahornstraße 27  
12163 Berlin  
Telefon: (0 30) 7 92 13 57  
Telefax: (0 30) 7 91 15 00  
Leitung: **Daniela Janiak**  
Organ: dhg-Rundschau

Vorsitz: **Wiltraud Beckenbach**  
(Bundesvorsitzende)

Presse: **Jacqueline Poetschke**  
(Pressereferentin)

Politische  
Repräsentanz: Bundesvorstand (4 Mitglieder)  
Bundesvorsitzende:  
**Wiltraud Beckenbach**<sup>1</sup> (Jg. 46 / SPD)

---

<sup>1</sup> Bis zur 16. dhg-Jahresmitgliederversammlung (4. November 1995 in Aalen/Baden-Württemberg) kommissarisch. Gleiches gilt für die Nachfolgerin von Frank Röblitz als Schatzmeisterin (seit Juni 1995), Birgit Sabine Jira-Dietz.

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

**Monika Bunte** (Jg. 33 / parteilos)

**Gesa Ebert** (Jg. 53 / Frauenpartei)

**Sabine Niegel** (Jg. 56 / Frauenpartei)

Mitgliedschaft: ca. 4 000 Mitglieder – davon ca. 10 Prozent Männer  
(Stand: 31. 12. 1995)

Organe: a) Mitgliederversammlung (jährlich); letzter und nächster  
Termin:

17. dhg-Jahresmitgliederversammlung  
(1996 in Worms)

18. dhg-Jahresmitgliederversammlung  
(20. September 1997 in Beuggen/Lörrach)

b) Gesamtvorstand BV; Schatzmeisterin; Landesver-  
bandsvorsitzende; Arbeitskreisleiterinnen; Leiterin des  
dhg-Bildungswerks

c) Bundesvorstand – BV – (4 Mitglieder – s.o.)

Gliederungen:

a) regional  
11 Landesverbände  
Ortsverbände

b) sachbezogen:  
5 Arbeitskreise (dem Gesamtvorstand zugeordnet)

Jahresetat: 100 000 DM (Stand: Ende 1995)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungs- weise	Chefredakteur
dhg-Rundschau (Informationsblatt)	8,0	4 × jährlich	Monika Kuhn Tel.: (0 62 41) 5 59 43

Gründung:

9. Februar 1979 in Kiel

Spitzenfunktionäre:

1979–1980

Dr. Gerhild Heuer (2 Jahre)

1980–1984

Ute Alt (4 Jahre)

1984–1986

Lisa Al Naqib (2 Jahre)

1986–1992

Ingrid Gripp (6 Jahre)<sup>1</sup>

1992–1994

Gerda Becker (2 Jahre)

1994–1995

vakant

1995–

Wiltraud Beckenbach

<sup>1</sup> Von September 1992 bis Juli 1994 Bundesgeschäftsführerin der dhg.

## 15 DPG – Deutsche Postgewerkschaft

---

Rhonestraße 2  
60528 Frankfurt/Main  
Postfach 71 02 38  
60525 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 66 95-0  
Telefax: (0 69) 66 66 94 1/2  
Organ: Deutsche Post

Vorsitz:

**Kurt van Haaren**  
(Vorsitzender)

Abteilung „Vorstands-  
und Grundsatz-  
angelegenheiten“:

**Franz Tremli**  
(Leiter)

Presse:

**Dr. Rudi Vetter**  
(Leiter der Pressestelle)

Betriebsrat:

**Heribert Marquardt**  
(Vorsitzender)

Gesamtbetriebsrat:

**Bernd Metzger**  
(Vorsitzender)

Parlamentarische  
Verbindungsstelle:

Weberstraße 4  
53113 Bonn  
Telefon: (02 28) 22 20 76 u. 22 35 37  
Telefax: (02 28) 21 35 08  
Leiter: N. N.

Büro „Brüssel“:

Boulevard Emil Jacqmain 155  
B-1210 Brüssel  
Telefon: (00 32) 2 / 2 24 05 92  
Telefax: (00 32) 2 / 2 24 05 93  
Leiterin: **Sonja Marko**

Geschäftsführung:

Geschäftsführender Hauptvorstand  
(7 Mitglieder)

Vorsitzender:

**Kurt van Haaren** (Jg. 38 / SPD)  
(Koordination / Gesellschaftspolitik / Presse /  
Internationales)

Stellvertretender Vorsitzender:

**Albert Stegmüller** (Jg. 34 / SPD)  
(Postbank / Finanzen / Personal)

Mitglieder:

**Veronika Altmeyer** (Jg. 52 / SPD)  
(Telekom / Technologie / Wirtschaft / Recht)

**Günter Heidorn** (Jg. 48 / SPD)

(Tarifpolitik / Berufsgruppen)

**Walter Scheurle** (Jg. 52 / SPD)

(Postdienst / Bildung / Jugend)

**Michael Sommer** (Jg. 52 / SPD)

(Organisation / Verwaltung / Schulung / Programmatik / Vertrauensleute)

**Marita Stein** (Jg. 48 / SPD)

(Sozialpolitik / Personalräte / Frauen)

Personengruppen-  
Leiter:

**Kirsten Frank**

(Leiterin der Abteilung „Frauen“)

**Jörg Hesse**

(Leiter der Abteilung „Jugend“)

**Gerd Ferdinand**

(Leiter der Abteilung „Angestellte / Arbeiter“)

**Hans Czaika**

(Leiter der Abteilung „Beamte“)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

2 (1 PDS – 1 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

529 233 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995)

Die DPG rangiert mit einem Anteil von 5,66 Prozent an  
fünfter Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder	Anteil an der DPG in %
Frauen	224 657	42,45
Jugend	37 890	7,16
Arbeiter	196 297	37,09
Angestellte	76 721	14,50
Beamte	256 215	48,41

Der Brutto-Organisationsgrad der DPG liegt bei 73 Prozent.

Organe:

a) Gewerkschaftskongreß (zuletzt 612 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche:

17. Ordentlicher Gewerkschaftskongreß der DPG  
(24.–30. Oktober 1993 in Hannover)

18. Ordentlicher Gewerkschaftskongreß der DPG  
(1997)

ab) Außerordentliche:

3. Außerordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher)  
Gewerkschaftskongreß der DPG  
(29./30. Oktober 1990 in Berlin)

4. Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der DPG (27.–30. September 1992 in Nürnberg)

5. Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der DPG (28./29. November 1996 in Magdeburg)

b) Gewerkschaftsrat (120 Mitglieder; davon 60 im Hauptvorstand – s. „c“)

c) Hauptvorstand (60 Mitglieder; davon 7 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)

d) Kontroll- und Beschwerdekommision (11 Mitglieder)

e) Revisionskommission (3 Mitglieder)

Gliederungen:

a) regional:

23 Bezirksverwaltungen  
ca. 730 Ortsverwaltungen  
ca. 380 Amtsgruppen

b) sachbezogen:  
28 Abteilungen

Internationale Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:

Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephon-Betriebe (IPTT)

Die DPG ist im IPTT-Weltvorstand durch ihren Vorsitzenden, **Kurt van Haaren**, als Vizepräsident vertreten.

Europaausschuß der IPTT (EA-IPTT)

Vorsitzender des EA-IPTT ist der DPG-Vorsitzende, **Kurt van Haaren**.

b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Jahresetat:

ca. 153 Mio. DM (1992)<sup>1</sup>

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Deutsche Post – Mitgliederzeitung	530,0	12 × jährlich	Dr. Rudi Vetter
Gewerkschaftliche Praxis – für Aktive der DPG	43,0	6 × jährlich	Reinhold Kohlmeier

Gründung:

Vereinigungsgewerkschaftstag vom 28. bis 30. Juni 1949 in Stuttgart-Bad Cannstatt

<sup>1</sup> Davon steht dem DPG-Hauptvorstand satzungsgemäß ein Anteil von 68% zur Verfügung (1992: 106 Mio. DM).

Spitzenfunktionäre:

1949–1971

Carl Stenger (22 Jahre)

1971–1982

Ernst Breit (11 Jahre)

1982–

Kurt van Haaren

## 16 DAV – Deutscher Arbeitnehmer-Verband

---

Loestraße 28

45768 Marl

Postfach 13 80

45743 Marl

Telefon: (0 23 65) 1 50 59 oder 1 50 50

Telefax: (0 23 65) 5 61 81

Organ: Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung (DAZ)

Vorsitz:

**Kurt Stuhlemmer**

(Erster Verbandsvorsitzender)

Geschäftsführung:

Geschäftsführender Vorstand

(7 Mitglieder)

Erster Verbandsvorsitzender:

**Kurt Stuhlemmer** (Jg. 26 / CDU)

Zweiter Verbandsvorsitzender:

**Peter Markert** (Jg. 44 / parteilos)

Mitgliedschaft:

ca. 5 120 Gewerkschafter aller Branchen (Ende 1995)

Organe:

a) Generalversammlung (zuletzt 140 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

6. Ordentliche DAV-Generalversammlung

(6. Oktober 1996 in Marl)

7. Ordentliche DAV-Generalversammlung (2000)

b) Gesamtvorstand (29 Mitglieder = HV, KR und SAS)

c) Hauptvorstand – HV – (21 Mitglieder – darunter die 7 des GV)

d) Geschäftsführender Vorstand – GV – (7 Mitglieder – s.o.)

e) Kontrollrat – KR – (5 Mitglieder)

f) Schiedsausschuß – SAS (5 Mitglieder)

Gliederungen:

41 Regionalverbände

Internationale

Nach dem 1994 vollzogenen Austritt aus dem Bund Freier

Repräsentanz:

Gewerkschaften (BFG) keine internationale Mitgliedschaft mehr.

Gründung: 17. Dezember 1952 als Verband der Bergmannsversorgungsscheininhaber (BVSf); Umbenennung am 31. Juli 1960 in Bergarbeiter-Verband (BAV) und am 29. April 1973 in DAV.

Veröffentlichungen:

Titel (Mitglieder-Zeitschrift)	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
DAZ-Deutsche Arbeitnehmerzeitung	6,0	6 × jährlich	Kurt Stuhlemmer

## 17 DBV – Deutscher Bankangestellten-Verband Die Gewerkschaft der Bankangestellten

---

Oststraße 13  
40211 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 3 69 45 58  
Telefax: (02 11) 36 96 79  
Organ: der bankangestellte

Vorsitz:

**Lothar Wacker**  
(Vorsitzender)

Presse:

**L. Wacker, F.-W. Hütte** (Redaktion)  
**K. Holler, S. Betzen** (ständige Mitarbeiter)

Geschäftsführung:

**Sigrid Betzen**  
(Hauptgeschäftsführerin – kommissarisch –)

Politisches

Führungsgremium:

Bundesausschuss (7 Mitglieder)  
Vorsitzender:  
**Lothar Wacker** (Jg. 39 / F.D.P.)  
Stellvertretende Vorsitzende:  
**Friedrich-Wilhelm Hütte** (Jg. 39 / parteilos)  
**Karin Moshammer** (Jg. 65 / k.A.)

Mitglieder:

**Waltraud Braune**  
**Alfred Kraus**  
**Bernd Neuser**

Hauptgeschäftsführerin:

**Sigrid Betzen** (Jg. 63 / parteilos) – kommissarisch –

Mitgliedschaft:

ca. 26 000 Angestellte der Bausparkassen und Kreditinstitute

Organe:

a) Hauptversammlung (4-Jahres-Turnus); letzter Termin:  
DBV-Hauptversammlung 1994 und 100-Jahr-Feier  
(21.–23. Oktober 1994 in Magdeburg)

- b) Bundesvorstand  
(7 Mitglieder – s.o.)
- c) Verbandsrat  
(14 Mitglieder)
- d) Tarifkommission  
(14 Mitglieder)
- e) Rechnungsprüfer  
(2 Mitglieder)

Internationale  
Repräsentanz:

Union Europäischer Bankpersonalverbände (UEB)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungs- weise	Chefredakteur
der bankangestellte	25,0	6 × jährlich	Dieter Schader/ Friedrich-Wilhelm Hütte

Gründung:

1952 – Vorgänger-Organisation 1894 in Magdeburg

## 18 DBB – Deutscher Beamtenbund

---

Peter-Hensen-Straße 5–7  
53175 Bonn  
Telefon: (02 28) 8 11-0  
Telefax: (02 28) 8 11-1 71

Organ: DBB-Magazin

Vorsitz:

**Erhard Geyer**  
(Bundesvorsitzender)

Geschäftsführung:

**Gerd Eßer**  
(Bundesgeschäftsführer)

Presse:

**Rüdiger von Woikowsky**  
(Pressesprecher) (Übersicht: Publikationen)

Betriebsrat:

**Rainer Bißmann**  
(Vorsitzender)

Politisches

Führungsgremium:

**Bundesleitung** (6 bzw. 7 Mitglieder)<sup>1</sup>

Bundesvorsitzender:

**Erhard Geyer** (Jg. 39 / DSTG / CDU)

---

<sup>1</sup> Zu den sechs gewählten Mitgliedern der Bundesleitung (Bundesvorsitzender und fünf gleichberechtigte Stellvertreter) gehört seit 1983 als kooptiertes, seit 1995 als „geborenes“ Mitglied qua Amt der jeweilige Vorsitzende der DBB-Tarifunion, zusätzlich als kooptiertes (nicht stimmberechtigtes) Mitglied der 2. Vorsitzende der DBB-Tarifunion.



Stellvertretende Vorsitzende:

**Peter Heesen** (Jg. 47 / DPhV / CDU)

**Heinz Ossenkamp** (Jg. 46 / KOMBA / CDU)

**Otto Regenspurger** (Jg. 39 / DPV / CSU-MdB)

**Ilse Schedl** (Jg. 44 / VHBB / CSU)

Stellvertretender Vorsitzender als „geborenes“ Mitglied  
(1. Vorsitzender der DBB-Tarifunion/GGVöD):

**Horst Zies** (Jg. 36 / GdS / CDU)

Kooptiertes Mitglied als 2. Vorsitzender der DBB-Tarifunion/GGVöD:

**Robert Dera** (Jg. 39 / GDBA / CDU)

**Ulrike Holzmüller** (Jg. 40 / DPV / parteilos)

(Vorsitzende der DBB-Bundesfrauenvertretung – DBBF –)

**Hannelore Pfeil** (Jg. 62 / DSTG / parteilos)

(Vorsitzende der Deutschen Beamtenbund-Jugend – DBBJ –)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>1</sup>

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Abbildung)  
(Tabelle)

40 (37 CDU/CSU – 2 F.D.P. – 1 SPD)

Die Mitglieder des DBB sind seine 16 Landesbünde, 14 Bundesbeamtengewerkschaften und 23 Bundesfachgewerkschaften. Sie repräsentieren insgesamt 1 075 652 Gewerkschafter (Stand: 30. 9. 1995).

Mit einem Anteil von 9,57 Prozent an der Gesamtzahl aller Organisierten ist der DBB zweitgrößter Arbeitnehmer-Spitzenverband.

Personengruppen	Mitglieder	Anteil am DBB in %	Brutto-Organisationsgrad (BOG) in %
Frauen	318 532	29,61	2,30
Jugend*	130 000	12,09	–
Arbeiter	18 310	1,70	0,14
Angestellte	279 935	26,03	1,67
Beamte	777 407	72,39	31,79

\* Stand: 31. 12. 1995

Der Brutto-Organisationsgrad des DBB liegt bezogen auf die Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen bei 3,34 Prozent (1995). (Tabelle)

<sup>1</sup> Die Verbandsarbeit im Interesse der Angestellten und Arbeiter wird durch die in der DBB-Satzung verankerte DBB-Tarifunion wahrgenommen, deren Vorsitzender das „geborene“ Mitglied der Bundesleitung, Horst Zies, ist. Da der DBB seiner Tradition und Mitgliedschaft (rund 70% Beamte) entsprechend ohnehin vorwiegend Beamteninteressen vertritt, erübrigt sich eine „spezielle“ Beamtenarbeit.

- Organe:
- a) Bundesvertretertag (zuletzt 503 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
    - 19. DBB-Bundesvertretertag  
(9.–11. November 1995 in Bonn)
    - 20. DBB-Bundesvertretertag  
(11.–13. November 1999 in Berlin)
  - b) Bundeshauptvorstand (72 Mitglieder)
  - c) Bundesvorstand (49 Mitglieder; davon 7 in der Bundesleitung – s.„d“)
  - d) Bundesleitung (7 Mitglieder – s.o.)
- Gliederungen:
- a) regional
    - 16 Landesbünde<sup>1</sup>
    - Bezirksverbände
    - Kreisverbände
    - Ortsverbände
  - b) sachbezogen:
    - Deutsche Beamtenbund-Jugend – DBBJ –
    - Frauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes
    - DBB-Tarifunion
- Internationale Repräsentanz:
- a) direkte Mitgliedschaften:
    - Internationaler Beamtenbund, CIF  
(Confédération Internationale des Fonctionnaires)  
Erste CIF-Vizepräsidentin ist die Stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende **Ilse Schedl**
    - Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants)  
Generalsekretärin der CESI ist die ehemalige Stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende **Ursula Vossenkuhl**
  - b) indirekte Mitgliedschaften über die DBB-Mitgliedsverbände
- Gründung: Vereinigungsdelegiertentag vom 21./22. März 1950 in Bonn

<sup>1</sup> Die DBB-Landesbünde sind anders als beim DGB, der DAG und dem CGB nicht Untergliederungen des Bundesverbandes, sondern zählen zu den verbandlichen Mitgliedern.

## **Der Deutsche Beamtenbund (DBB), seine 16 Landesbünde, 14 Bundesbeamtengewerkschaften und 23 Bundesfachgewerkschaften mit ihren Vorsitzenden**

---

### **Deutscher Beamtenbund (DBB)**

**Erhard Geyer  
(Bundesvorsitzender)**

#### *Die 16 Landesbünde*

Beamtenbund Baden-Württemberg (BBBW)

**Horst Bäuerle**

Bayerischer Beamtenbund (BBB)

Dieter Kattenbeck

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Berlin  
(DBBL Berlin)

Joachim Jetschmann

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Brandenburg  
(LBB)

Hans-Joachim Kernchen

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Bremen  
(DBBL Bremen)

**Jürgen Albers**

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Hamburg  
(DBBL Hamburg)

Valentin Schiedek

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Hessen  
(DBBL Hessen)

Walter Spieß

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Mecklenburg-  
Vorpommern (LBMV)

Hermann Warner

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Niedersachsen  
(DBBL Niedersachsen)

Roland Neßler

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Nordrhein-  
Westfalen (DBBL NW)

Erich Steffen

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Rheinland-Pfalz  
(DBB RP)

Brigitte Stopp

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Saar  
(DBBL Saar)

Bernd Rupp

Sächsischer Beamtenbund (SBB)

Dr. Gerd Drechsler

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Sachsen-Anhalt  
(DBBL SA)

Dr. Werner-Eckhard  
Böhm

Deutscher Beamtenbund, Landesbund Schleswig-  
Holstein (DBBL SH)

Hagen Elger

Thüringer Beamtenbund (TBB)

Andreas Witschel

#### *Die 14 Bundesbeamtengewerkschaften*

Verkehrsgewerkschaft (GDBA)

**Robert Dera**

Deutscher Postverband (DPV)	Willi Russ
– Gewerkschaft Post, Telekom, Bank –	
Bund der Deutschen Zollbeamten (BDZ)	Heinz Schulze
– Gewerkschaft Zoll und Finanzen –	Manfred Schell
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)	Horst Zies
Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)	Thorolf Schulte
Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB)	
Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB)	Kurt Kleff
Verband der Bundesbankbeamten (VdB)	Karl-Heinz Schmidt
Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeit (VBBA)	Hans-Helmut Martens
Fachverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV)	Franz-Josef Mödden
Bundesgrenzschutz-Verband (BGV)	Hubertus Grützner
– Gewerkschaft der Bundespolizei –	
Verband der Beschäftigten des gewerblichen Rechtsschutzes (VBGR)	Jürgen Mume
Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB)	Thomas Kappl
Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB)	Wolfgang Weiler
 <i>Die 23 Bundesfachgewerkschaften</i>	
Deutscher Anwaltsverein (DAAV)	Walter Zimmer
Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)	Dieter Ondracek
KOMBA – Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst –	Heinz Ossenkamp
Deutscher Philologenverband (DPhV)	Heinz Durner
Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH)	Heinz Wehrhahn
Bund Deutscher Forstleute (BDF)	Ortgies Heider
Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPoIG)	Gerhard Vogler
Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV)	Adalbert Dornbusch
Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG)	Franz Eckert
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)	Franz Hellstern
Gewerkschaft Meß- und Eichwesen	
– Bund der Technischen Eichbeamten, Angestellten und Arbeiter – (BTE)	Horst Krumpholz
Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB)	Eduard Beischall

Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG)	Karl Heinz Baum
Verband Bildung und Erziehung (VBE)	Dr. Ludwig Eckinger
Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)	Dr. Walter Trapp
Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL) <sup>1</sup>	Dr. Helmut Nieder
Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BÄöG)	Dr. Burkhard Jaeschke
Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW)	Prof. Dr. Reinhard Kuhnert
Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)	Manfred Weichhold
Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst	
Bund der Technischen Beamten, Angestellten und Arbeiter (BTB)	Bernd J. Niesen
Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)	Hans-Josef Ruhland
Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR)	Hilmar Schmitt
Vereinigung der Runkfunk-, Film- und Fernsehschaffenden (VRFF)	Günther Dahlem

#### Spitzenfunktionäre

1950–1955	Hans Schäfer (5 Jahre) – DSTG –
1955–1959	Angelo Kramel (4 Jahre) – DSTG –
1959–1987	Alfred Krause (28 Jahre) – GDBA –
1987–1995	Werner Hagedorn (8 Jahre) – DSTG –
1995–	Erhard Geyer (DSTG)

#### Bildungsdienst, Sozialwerk und Akademie des Deutschen Beamtenbundes e.V. (BiSoWe)

Dreizehnmorgenweg 36  
53175 Bonn  
Telefon: (02 28) 8 19 30  
Telefax: (02 28) 8 19 31-06  
Leiter: Dr. Wilhelm Ilbertz  
Vorsitzender: Werner Hagedorn

Das BiSoWe wurde 1964 in Bonn-Bad Godesberg als eine unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienende Einrichtung gegründet. Alle Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes sind Mitglieder des BiSoWe – außerdem eine Vielzahl

<sup>1</sup> Das Kürzel VDL verweist auf den vormaligen Namen „Verband Deutscher Akademiker für Landwirtschaft, Ernährung und Landespflege“. Seine Sparte „Privatangestellte“ ist unter dem ebenfalls neuen Namen „VDL-Bundesverband – Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt“ Mitglied bei der Union der Leitenden Angestellten (ULA) – siehe Nr. 45.

von Beschäftigten dieser Gewerkschaften sowie Familienangehörige von Einzelmitgliedern aus den einzelnen Gewerkschaften.

Die unter dem Kürzel BiSoWe firmierende zentrale Bildungseinrichtung des DBB erfüllt über den DBB hinaus für den gesamten öffentlichen Dienst vielfältige Aufgaben der politischen und beruflichen Bildung, der Beratung und Forschung.

Das Seminarangebot des BiSoWe – es werden jährlich um die 1 000 Seminare angeboten –

wendet sich an

- Einzelmitglieder aller DBB-Mitgliedsverbände und Nichtmitglieder
- geschlossene Teilnehmergruppen bestimmter DBB-Bereiche oder einzelner BiSoWe-Mitgliedsverbände, der DBB-Frauenvertretung und der DBB-Jugend
- Mitglieder von Personalräten einschließlich Jugendvertreter und Vertrauensmänner der Schwerbehinderten
- im Ruhestand lebende Angehörige des öffentlichen Dienstes und deren Hinterbliebene (Senioren).

Zentraler Tagungs- und Veranstaltungsort ist das Bildungszentrum in Königswinter-Thomasberg. Seit der Wiedervereinigung unterhält das BiSoWe neben seinem Bonner Büro ein weiteres in Berlin; ferner wird seit mehreren Jahren ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten.

Das Programm berücksichtigt die aktuellen gesellschafts- und staatspolitischen Probleme, die besonders den öffentlichen Dienst und seine Angehörigen berühren.

Das Angebot gliedert sich in folgende Veranstaltungstypen:

Allgemein staatspolitische und Europa-Seminare (A-Reihe) mit gesellschafts- und staatspolitischen Themen.

Personalräteschulungen (P-Reihe), die in Ergänzung zum Angebot der DBB-Mitgliedsgewerkschaften durchgeführt werden.

Seminare für Mitgliedsverbände (B-Reihe), geschlossene Veranstaltungen für die BiSoWe-Mitgliedsverbände, deren Programmgestaltung in enger Abstimmung mit dem jeweiligen Partner vorgenommen wird.

Seminare zur Informations- und Kommunikationstechnik, IuKT (E-Reihe). Neben dem Einsatz der IuKT im öffentlichen Dienst wird auch die erweiterte Nutzung, etwa im europäischen Rahmen, vermittelt.

Veranstaltungen zur Kommunikation, Führung und Management-Techniken (K-Reihe); Schwerpunkte bilden hier Rhetorik und Kommunikation einerseits sowie Management, Selbstmanagement und Arbeitsorganisation andererseits.

Seminare zu Verwaltungsorganisation, Personal und Recht (V-Reihe); dies sind Lehrgänge zur besseren Bewältigung der Aufgaben in einer modernen, auf Effizienz und Bürgernähe ausgerichteten öffentlichen Verwaltung.

## **Seminare zur Politischen Bildung und Teilnehmer seit der Gründung (1964 bis 1994)**

<b>Jahr<sup>1</sup></b>	<b>Seminare<sup>2</sup></b>	<b>Teilnehmer</b>	<b>Jahr<sup>3</sup></b>	<b>Seminare<sup>2</sup></b>	<b>Teilnehmer</b>
1965			1980	99	2 938
1966	6	185	1981	98	2 811
1967	17	477	1982	136	3 733
1968	16	448	1983	140	3 690
1969	33	891	1984	138	3 456
1970	46	1 200	1985	176	4 156
1971	57	1 502	1986	195	4 170
1972	62	1 674	1987	207	5 031
1973	57	1 482	1988	193	4 518
1974	46	1 196	1989	221	4 687
1975	49	1 333	1990	253	5 092
1976	50	1 350	1991	300	5 984
1977	63	1 638	1992	392	6 300
1978	66	1 716	1993	420	6 807
1979	90	2 340	1994	390	5 892

Ursprungsdaten: BiSoWe; unveröffentlichte Materialien

- 1 Für 1964 liegen keine Daten vor, da das Bildungs- und Sozialwerk – so lautete der ursprüngliche und für das Kürzel prägende Name – erst am 28. November jenes Jahres gegründet wurde. Auch für 1965 ließen sich bisher noch keine Daten ermitteln.
- 2 Erfasst sind lediglich die Seminare von drei- bzw. fünftägiger Dauer.
- 3 Ab 1985 unter Nutzung des am 11. Dezember 1984 eingeweihten DBB-Bildungszentrums (BZ) in Königswinter-Thomasberg und unter Mitberücksichtigung der bereits am 8. Juni 1984 gegründeten DBB-Akademie. Ab Mai 1990 Ausdehnung der Bildungsarbeit des BiSoWe auf die neuen Bundesländer unter Mitwirkung der DBB-Akademie. Ab 1992 unter Einbeziehung der Tätigkeit des Berufsbildungswerks des DBB, das vor allem als Beitrag zum Aufbau einer funktionsfähigen öffentlichen Verwaltung in den neuen Bundesländern am 20. Juni 1991 gegründet worden war. Seit dem 12. Juli 1993 sind das ursprüngliche BiSoWe, die DBB-Akademie und das Berufsbildungswerk des DBB unter dem Namen BiSoWe – Bildungsdienst, Sozialwerk und Akademie des DBB – zusammengefaßt.

## 19 DBwV – Deutscher Bundeswehr-Verband

---

Südstraße 123  
53175 Bonn  
Telefon: (02 28) 38 23-0  
Telefax: (02 28) 38 23-2 20  
Organ: Die Bundeswehr

Vorsitz:

**Bernhard Gertz**

Presse:

**Jürgen Meinberg**  
(Mitglied des Bundesvorstands)

Verbindungsstelle zur  
Europäischen Union,  
NATO und WEU  
(„Büro Brüssel“):

16, av. Général de Gaulle  
B-1050 Bruxelles  
Telefon: (00 32) 2 – 6 44 20 49  
Telefax: (00 32) 2 – 6 44 28 42  
Generalbevollmächtigter: **Ulrich A. Hundt**  
(Flottillenadmiral a.D.)

Geschäftsführung:

Bundesgeschäftsführung  
(3 Mitglieder)  
Bundesvorsitzender:  
**Oberst Bernhard Gertz** (Jg. 45 / parteilos)  
Stellvertreter des Bundesvorsitzenden:  
**Oberstabsfeldwebel a.D. Manfred Grodzki**  
(Jg. 37 / parteilos)  
Schatzmeister:  
**Hauptmann a.D. Martin Michels** (Jg. 40 / SPD)

Personengruppen-  
Leiter:

**Angelika Hassan Khan**  
(Verbandsbeauftragte für Frauen- und Familienfragen)

Mitgliedschaft:  
(Tabelle)

242 651 Soldaten (einschließlich Reservisten und Pensionäre) – ohne die 5 korporativ angeschlossenen Organisationen (Stand: 1. 4. 1996).  
Der Organisationsgrad liegt bei ca. 55 Prozent.

Organe:  
(Abbildung)

- a) Hauptversammlung (zuletzt 363 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
- 14. Hauptversammlung  
(25.–28. Oktober 1993 in Bonn-Bad Godesberg)
  - 15. Hauptversammlung  
(Oktober 1997 in Bonn-Bad Godesberg)
- b) Verbandstag (Mitglieder des Bundesvorstandes und der Landesvorstände; Turnus: mindestens einmal zwischen den Hauptversammlungen)



- c) Bundesvorstand (30 Mitglieder – davon 8 im Geschäftsführenden Vorstand)
- d) Geschäftsführender Vorstand (8 Mitglieder – davon 3 in der Bundesgeschäftsführung – s.o.)
- e) Bundesgeschäftsführung (3 Mitglieder – s.o.)
- f) Verbandsschiedskommission (7 Mitglieder)
- g) Revisoren (7 Mitglieder)

Gliederungen:

- a) regional:
  - 7 Landesverbände
  - 48 Bezirke
  - 206 Standort-Kameradschaften
  - 170 selbständige Truppen-Kameradschaften
  - 1 089 Truppen-Kameradschaften und Kameradschaften ehemaliger Soldaten, Reservisten und Hinterbliebener
  - 20 Standort-Frauengruppen
- b) sachbezogen (dem Bundesvorstand unmittelbar zugeordnet):
  - Fachausschüsse
  - Arbeitsgruppen
  - Verbandsbeauftragte

Internationale Repräsentanz:

Europäische Organisation der Militärverbände (EUROMIL)  
 Der DBwV ist mit seinem Bundesvorsitzenden, **Bernhard Gertz**, als Stellvertretendem EUROMIL-Präsidenten und mit seinem Bundesvorstandsmitglied und Vorsitzenden des Landesverbandes „Schleswig-Holstein/Hamburg“, **Karl Heid**, als EUROMIL-Vizepräsidenten im Präsidium vertreten.

Angeschlossene Organisationen:

- Bund deutscher Feuerwerker und Wehrtechniker
- Bund ehemaliger Unteroffizier-Vorschüler und Unteroffizier-Schüler
- Deutscher Marinebund
- Kyffhäuser-Bund
- Waffenring deutscher Pioniere

Kooperierende Organisationen:

Aktionsgemeinschaft der Kriegsoffer- und Kriegsteilnehmer-Verbände  
 (15 Mitglieder – darunter der DBwV)  
 Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft ist der Stellvertretende DBwV-Bundesvorsitzende, Oberstabsfeldwebel a.D. Manfred Grodzki.

Jahresetat: 18,4 Mio. DM (1992)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Die Bundeswehr	250,0	12 × jährlich	Wilfried Stolze

Gründung: 14. Juli 1956 in Munster-Lager



Spitzenfunktionäre:

1956–1963	Karl-Theodor Molinari (7 Jahre)
1963	Lothar Domröse (3 Monate) <sup>1</sup>
1963–1967	Wolfgang Keilig (4 Jahre)
1967–1985	Heinz Volland (18 Jahre)
1985–1993	Rolf Wenzel (8 Jahre)
1993–	Bernhard Gertz

<sup>1</sup> Vom 8. April bis 29. Juni kommissarisch.

## 20 DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund

---

Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Postfach 10 10 26  
40001 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 43 01-0  
Telefax: (02 11) 43 01-4 71  
Organ: Die Quelle<sup>1</sup>

**Vorsitz:**

**Dieter Schulte**  
(Vorsitzender)

**Vorstandssekretariat:**

**Dr. Günther Horzetzky**  
(Vorstandssekretär)

**Presse:**

**Peter Schellschmidt**  
(Leiter)

**Betriebsrat:**

**Georg Faupel**  
(Vorsitzender)

**Gesamtbetriebsrat:**

**Karola Pelzer**  
(Vorsitzende)

**ARGE<sup>2</sup>**

**Karola Pelzer**  
(Vorsitzende)

**Verbindungsstelle zur  
Bundesregierung:**

Berliner Freiheit 36  
53111 Bonn  
Telefon: (02 28) 63 21 48-49  
Telefax: (02 28) 69 49 32

Leiter: **Klaus Beck**

**Pressebüro  
Außenstelle Berlin**

Märkisches Ufer 28  
10179 Berlin  
Telefon: (0 30) 2 79 31 77  
Telefax: (0 30) 2 79 30 80

Leiter: **Dieter Schmidt**

**Bundesrechtsstelle  
beim Bundesarbeits-  
gericht (BAG):**

Kirchweg 20  
34121 Kassel  
Telefon: (05 61) 2 39 19  
Telefax: (05 61) 2 34 31

Leiter: **Gert Siller**

---

<sup>1</sup> Ursprünglich nur Funktionsärsorgan; jetzt auch Ersatz für die Ende 1988 eingestellte Mitgliederzeitung „Welt der Arbeit“ (WdA).

<sup>2</sup> Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte in den Verwaltungen der DGB-Gewerkschaften.

Geschäftsführung:	<b>Geschäftsführender Bundesvorstand</b> (5 Mitglieder) Vorsitzender: <b>Dieter Schulte</b> (Jg. 40 / IGM / SPD) (Koordination / Grundsatzfragen / Öffentlichkeitsarbeit / Gesellschaftspolitik / Internationales) Stellvertretende Vorsitzende: <b>Dr. Ursula Engelen-Kefer</b> (Jg. 43 / HBV / SPD) (Sozialpolitik / Arbeitsmarktpolitik / Arbeitsrecht / Frauen) Mitglieder: <b>Michael Geuenich</b> (Jg. 35 / IGM / SPD) (Wirtschaftspolitik / Strukturpolitik / Technologie und Umwelt / Handwerk / Tarifpolitik und Arbeiter) <b>Dr. Regina Görner</b> (Jg. 50 / ÖTV / CDU) (Beamte / Öffentlicher Dienst / Bildung und Kultur / Jugend) <b>Günter Dickhausen</b> (Jg. 44 / ÖTV / SPD) (Organisation / Finanzen / Personal / Gewerkschaftliche Bildung / Ausländische Arbeitnehmer / Angestellte)
Personengruppen- Leiter:	<b>Gisela Breil</b> <sup>1</sup> <b>Raja Nejedlo</b> <sup>2</sup> (Bundes-Frauensekretärin) <b>Volker Roßocha</b> (Bundes-Jugendsekretär)
Bundestags-Mitglieder (13. Wahlperiode):	252 Mitglieder (16 Bündnis 90/Die Grünen; 9 CDU/CSU; 17 PDS; 210 SPD)
Spitzenfunktionäre:	
1949–1951	Hans Böckler (2 Jahre) – DMV <sup>3</sup> –
1951–1952	Christian Fette (1 Jahr) – IGD –
1952–1956	Walter Freitag (4 Jahre) – IGM –
1956–1962	Willi Richter (6 Jahre) – DMV <sup>4</sup> –
1962–1969	Ludwig Rosenberg (7 Jahre) – GDA –
1969–1982	Heinz Oskar Vetter (13 Jahre) – IGBE –
1982–1990	Ernst Breit (8 Jahre) – DPG –
1990–1994	Heinz-Werner Meyer (4 Jahre) – IGBE –
1994–	Dieter Schulte – IGM –
Mitglieder und Organisationsgrad: (Tabelle1)	Die Mitglieder des DGB sind seine 16 (seit November 1995: 15) Gewerkschaften und Industriegewerkschaften. Sie repräsentieren insgesamt 9 354 670 Gewerkschafter

1 Als Teilzeiterin.

2 Als Teilzeiterin.

3 Deutscher Metallarbeiter-Verband (sozialistisch/sozialdemokratischer Vorgänger der IGM in den Jahren 1891 bis 1933).

4 Wie vor.

(Tabelle 2)  
 (Tabelle 3)  
 (Tabelle 4)

(Stand: 31. 12. 1995). Mit einem Anteil von 83,22 Prozent an der Gesamtzahl aller gewerkschaftlich Organisierten in Deutschland ist der DGB größter Arbeitnehmer-Spitzenverband. Seine 3 größten Mitgliedsverbände (IGM – ÖTV – IGC) stellen mit 5,4 Millionen Gewerkschaftern allein 57,34 Prozent der Gesamtmitgliedschaft.

Personengruppen	Mitglieder (1994)	Anteil am DGB in %	Brutto-Organisationsgrad in % (1995)
Männer	6 493 216	69,41	35,30
Frauen	2 861 454	30,59	20,68
Jugend	654 373	7,00	–
Arbeiter	5 727 395	61,23	44,09
Angestellte	2 651 502	28,34	15,79
Beamte	748 151	8,00	30,60
Sonstige	227 622	2,43	–

Der Brutto-Organisationsgrad des DGB lag 1995 bei 29,03 Prozent.

Organe:  
 (Abbildung)  
 (Tabelle 5)

- a) Bundeskongreß (zuletzt 600 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche Bundeskongresse:
    15. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) DGB-Bundeskongreß (13.–17. Juni 1994 in Berlin)
    16. Ordentlicher DGB-Bundeskongreß (8.–12. Juni 1998 in Düsseldorf)
  - ab) Außerordentliche Bundeskongresse:
    4. Außerordentlicher DGB-Bundeskongreß (12.–14. März 1981 in Düsseldorf)
    5. Außerordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) DGB-Bundeskongreß (14.–16. November 1996 in Dresden)
- b) Bundesausschuß (21 Mitglieder)
- c) Bundesvorstand (21 Mitgl.; davon 5 im Geschäftsführenden Bundesvorstand – s.o.)
- d) Revisionskommission (3 Mitglieder)

Gliederungen:  
 (Tabelle 6)  
 (Tabelle 7)  
 (Tabelle 8)

- 13 Landesbezirke (157 Kreise (Juli 1995))
- (Zweignbüros (hauptamtlich besetzt))
- (Ortskartelle)

Internationale Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
    - Einer der IBFG-Vizepräsidenten ist der DGB-Vorsitzende, **Dieter Schulte**

- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)  
Einer der EGB-Vizepräsidenten ist der DGB-Vorsitzende, **Dieter Schulte**
- Internationaler Bund der Privatangestellten  
(IPB – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
- Europäische Regionalorganisation der FIET  
(EURO-FIET) (s.o.)
- b) indirekte Mitgliedschaften über Mitgliedsverbände und regionale Gliederungen:
  - Internationale Berufssekretariate (IBS)
  - Europäische Gewerkschaftsverbände (EGV)
  - Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR)
  - Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften der Alpenländer (Arge-Alp)

Jahresetat: ca. 300 Mio. DM (1996)

### Die wichtigsten Publikationen des DGB:

	Titel, Anschrift	Auflage in Tsd.	Erscheinungs- weise	Chefredakteur Schriftleitung
DGB	Gewerkschaftliche Monatshefte Hans-Böckler-Str. 39 40476 Düsseldorf Tel.: (02 11) 43 01-4 00	6,0	12 × jährlich	Hans-Otto Hemmer
	Die Quelle (Funktionärszeitschrift) Anschrift wie vor Tel.: (02 11) 43 01-4 14	200,0	11 × jährlich	Rose-Marie Christ
	'ran – Jugendmagazin Hansestr. 63a 51149 Köln Tel.: (0 22 03) 9 34 70	60,0	12 × jährlich	Klaus-Jürgen Eichhorst
	Soziale Sicherheit Zeitschrift für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik Anschrift wie vor Tel.: (0 22 03) 9 34 70	6,2	12 × jährlich	Hans Büttner Hermann Grontzki
	solidarität Hans-Böckler-Str. 39 40476 Düsseldorf Tel.: (02 11) 43 01-4 00	22,0	6 × jährlich	Udo Böhlefeld

	Titel, Anschrift	Auflage in Tsd.	Erscheinungs- weise	Chefredakteur Schriftleitung
	Gewerkschaftliche Bildungspolitik Abt. Bildung Anschrift wie vor	30,0	8 × jährlich	Joachim Koch-Bantz
	Frau geht vor Abteilung Frau Anschrift wie vor	6,0	6 × jährlich	Gisela Breil
	Arbeitsrecht im Betrieb Zeitschrift für Betriebsratsmitglieder Hansestr. 63a 51149 Köln Tel.: (0 22 03) 9 34 70	28,0	12 × jährlich	Burkhard von Seggern
	Arbeit & Recht Kirchweg 20 34121 Kassel Tel.: (05 61) 2 20 59	4,35	12 × jährlich	Rudolf Buschmann
	Der Personalrat Zeitschrift für das Personalrecht im öffentlichen Dienst Hansestr. 63a 51149 Köln Tel.: (0 22 03) 9 34 70	10,5	12 × jährlich	Manfred Peiseler
	Computer Fachwissen für Betriebs- und Personalräte Anschrift wie vor Tel.: (0 22 03) 9 34 70	4,9	12 × jährlich	Wolfgang Fricke
Hans- Böckler- Stiftung (HBS)	WSI-Mitteilungen Hans-Böckler-Str. 39 40476 Düsseldorf Tel.: (02 11) 4 37 50	5,0	12 × jährlich	Dr. Mario Hilfert
	Die Mitbestimmung Bertha-von-Suttner-Platz 3 40227 Düsseldorf	15,0	12 × jährlich	Margarete Hasel
	Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland Anschrift wie vor	1,2	5 × jährlich	Nanne Lotzkat
	Pressespiegel Anschrift wie vor	0,6	12 × jährlich	Ditmar Gatzmaga

Gründung: 1. Ordentlicher DGB-Bundeskongreß (Gründungskongreß) vom 12.–14. Oktober 1949 in München

# Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften<sup>1</sup> mit ihren Vorsitzenden

---

<b>Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)</b>	<b>Dieter Schulte</b> (Vorsitzender)
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)	Klaus Wiese­hügel (Bundesvorsitzender)
Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE)	Klaus Wiese­hügel (Bundesvorsitzender)
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE)	<b>Hans Berger</b> (Erster Vorsitzender)
Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IGC)	Hubertus Schmol­dt (Vorsitzender)
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)	Rudi Schäfer (Vorsitzender)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)	Dr. Eva-Maria Stange (Vorsitzende)
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)	Hans-Joachim Wilms (Vorsitzender)
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)	Margret Mönig-Raane (Erste Vorsitzende)
Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)	Gisbert Schlemmer (Vorsitzender)
Gewerkschaft Leder (GL)	<b>Werner Dick</b> (Erster Vorsitzender)
Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)	Dr. Detlef Hensche (Vorsitzender)
Industriegewerkschaft Metall (IGM)	Klaus Zwickel (Erster Vorsitzender)
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)	Franz-Josef Möllenberg (Erster Vorsitzender)
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	Herbert Mai (Vorsitzender)
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	<b>Hermann Lutz</b> (Vorsitzender)

---

<sup>1</sup> Die Industriegewerkschaften Bergbau und Energie (IGBE) sowie Chemie-Papier-Keramik (IGC) und die Gewerkschaft Leder (GL) bilden seit 1994 und bis zur Fusion 1997 die Kartell-Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (KGBCE). Vorher fusionierten im November 1995 bereits die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) zur Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).



Deutsche Postgewerkschaft (DPG)

Kurt van Haaren  
(Vorsitzender)

Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB)

Willi (Wilhelm Friedrich)  
Arens (Vorsitzender)

Kartell-Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie  
(KGBCE)<sup>1</sup>

Hubertus Schmoldt  
(Vorsitzender)

## Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Die 13 Landesbezirke, ihre Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden

Landesbezirk	Position	Name (Jahrgang/Herkunftsgewerkschaft/Partei)
Baden-Württemberg	Vorsitzender	Siegfried Pommerenke Jg. 33 / IGM / SPD)
	Stellv. Vorsitzender	Dr. Matthias Manz (Jg.38 / GEW / SPD)
Bayern	Vorsitzender	Fritz Schösser (Jg. 47 / ÖTV / SPD)
	Stellv. Vorsitzender	Klaus Dittrich (Jg. 55 / ÖTV / SPD)
	Geschäftsführer	Rainer Wessely (Jg. 57 / DPG / parteilos)
Berlin-Brandenburg	Vorsitzende	Christiane Bretz (Jg. 39 / ÖTV / SPD)
	Stellv. Vorsitzender	Bernd Rissmann (Jg. 45 / DPG / SPD)
Hessen	Vorsitzender	Dieter Hooge (Jg. 43 / ÖTV / SPD)
	Stellv. Vorsitzende	Erika Lotz (Jg. 43 / IGM / SPD)
	Stellv. Vorsitzender	Gert Lütgert (Jg. 39 / IGM / SPD-MdL)
Mecklenburg-Vorpommern	Vorsitzender	Peter Deutschland (Jg. 44 / HBV / SPD)
Niedersachsen/Bremen	Vorsitzender	Heinz-Hermann Witte (Jg. 46 / DPG / SPD)
	Stellv. Vorsitzende	Dr. Wiebke Buchholz-Will (Jg. 49 / HBV / SPD)

<sup>1</sup> Juristische Konstruktion für die Übergangszeit von 1994 bis zur Fusion 1997.

Nordmark	Vorsitzende	Karin Roth (Jg. 49 / IGM / SPD)
	Stellv. Vorsitzender	Karl-Heinz Köpke (Jg. 38 / IGD / SPD)
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender	Heinz Dieter Mahlberg (Jg. 41 / IGM / SPD)
	Stellv. Vorsitzende	Brigitte Grosse (Jg. 41 / HBV / CDU)
	Stellv. Vorsitzender	Walter Haas (Jg. 41 / IGM / SPD)
Rheinland-Pfalz	Vorsitzender	Dieter Kretschmer (Jg. 37 / IGC / SPD)
	Stellv. Vorsitzender	Manfred Helmes (Jg. 50 / HBV / SPD)
Saar	Vorsitzender	Manfred Wagner (Jg. 34 / IGM / SPD-MdEP)
	Stellv. Vorsitzender	Werner Becker (Jg. 38 / IGM / CDU)
Sachsen	Vorsitzender	Hanjo Lucassen (Jg. 44 / ÖTV / SPD)
	Stellv. Vorsitzende	Iris Kloppich (Jg. 53 / IGM / parteilos)
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender	Dr. Jürgen Weißbach (Jg. 38 / GEW / SPD)
Thüringen	Vorsitzender	Franz Spieth (Jg. 47 / BSE / SPD)
	Stellv. Vorsitzende	Renate Licht (Jg. 63 / IGM / parteilos)

## Bildungseinrichtungen

### Hans-Böckler-Stiftung (HBS)

Bertha-von-Suttner-Platz 3

40227 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 77 78 – 1 48 oder 1 50

Telefax: (02 11) 77 78 – 2 25

## Organe der Stiftung

Kuratorium

Vorsitzender: Michael Geuenich, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes im DGB

Stellvertretende Karin Benz-Overhage, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Frankfurt;  
Vorsitzende: Hubertus Schmoldt, Vorstandsmitglied der IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover

## **Vorstand**

Vorsitzender: Dieter Schulte, Vorsitzender des DGB, Düsseldorf  
Stellvertretender Wolfgang Warburg, Stellvertretender Vorsitzender der  
Vorsitzender: Gewerkschaft ÖTV  
Geschäftsführung: Frank von Auer  
Prof. Dr. Heide Pfarr

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB. Sie ist in allen ihren Aufgabenfeldern der Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft verpflichtet, fördert Mandats-träger in Mitbestimmungsfunktionen und tritt für erweiterte Mitbestimmungsrechte ein.

Gegründet wurde die Stiftung im Juli 1977 durch den Beschluß des DGB, die Vorläuferorganisation „Hans-Böckler-Gesellschaft“ und die „Stiftung Mitbestimmung“ zusammenzuschließen. Im Jahre 1995 wurde das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) als Forschungsabteilung in die Stiftung integriert.

Finanziert wird die Stiftung im wesentlichen aus zwei Quellen: Zum einen erhält sie Zuwendungen der Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, die ihre Aufsichtsrats-tantiemen an die Stiftung abführen, und sie erhält Spenden von Personen und Institutionen, die die Arbeit der Stiftung unterstützen möchten. Zum anderen erhält sie über das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie öffentliche Mittel, die zweckgebunden für Stipendien gewährt werden. Dazu kommen unterschiedliche Erträge bzw. Drittmittel.

1995 erreichten die Fördererbeiträge ein Gesamtvolumen von 29,9 Mio. DM, die öffentlichen Mittel ein Volumen von 22,7 Mio. DM. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 3,4 Prozent. Die öffentlichen Mittel sind zweckgebunden für die Studienförderung. Von der EU kamen zweckgebundene Drittmittel in Höhe von 515 000 DM. Die Drittmittel für Forschungsprojekte erreichten eine Höhe von 7,6 Mio. DM. Sie fließen den jeweiligen Projektnehmern unmittelbar zu und werden nicht über den Haushalt der Stiftung abgewickelt. Vom DGB erhielt die Hans-Böckler-Stiftung für den Betrieb des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts Mittel in Höhe von 2,85 Mio. DM, dazu kamen aus Zins- und anderen Erträgen 2,5 Mio. DM. Außerdem wurden nicht benötigte Rückstellungen mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Mio. DM aufgelöst.

## Ausgaben:

Die wesentlichen Ausgabenblöcke verteilen sich auf die Mittel für Stipendiaten, für wissenschaftliche Projekte sowie auf Personal- und Sachmittel. Die Bereitstellungskosten, das sind Personal- und Sachmittel, liegen bei 17,9 Mio. DM. Dies entspricht 30 Prozent der Gesamtausgaben. Der Personalkostenanteil liegt bei 21,0 Prozent. Zum 31. 12. 1995 verfügte die Hans-Böckler-Stiftung über 122 Mitarbeiter.

Für wissenschaftliche Projekte wurden 9,8 Mio. DM aufgewendet. Für die Stipendiaten wurden 1995 insgesamt 21,7 Mio. DM eingesetzt:

## Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung

Jahr	1967	1973	1979	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Gesamt	708	1 097	1 333	1 693	1 692	1 897	2 046	2 076	1 921	2 115
davon: Promotion	97	105	124	152	152	189	248	248	238	214

## Geschlecht der Stipendiatinnen und Stipendiaten

	Universitäten	HWP Hamburg	Fachhoch- schulen	Kollegs	Promotion	Summe	%
männlich	544	107	188	41	126	1 006	52,4
weiblich	537	84	147	35	112	915	47,6
Gesamt	1 081	191	335	76	238	1 921	100,0

Quelle: Jahresbericht 1994 der Hans-Böckler-Stiftung

## Gewerkschaftszugehörigkeit der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung

	Universitäten	HWP Hamburg	Fachhoch- schulen	Abendgym./ Kollegs	Promotion	Summe
IG Metall	232	65	110	24	17	448
ÖTV	243	39	80	17	32	411
Keine	206	1	23	7	102	339
HBV	107	24	12	5	7	155
IG CPK	66	20	25	6	9	126
GEW	46	1	14	4	45	110
IG Medien	56	4	4	3	6	73
DPG	39	16	19	5	3	82
IG BSE	17	1	18	2	3	41
IG BE	16	5	6	1	1	29
NGG	14	6	3	0	0	23
GDED	12	6	3	0	0	21
hgk	10	1	10	0	0	21

	Universitäten	HWP Hamburg	Fachhochschulen	Abendgym./Kollegs	Promotion	Summe
GGLF	11	1	1	1	4	18
GTB	5	0	5	1	0	11
GdP	1	0	1	0	0	2
GewGL	0	1	0	0	0	1
Gesamt	1 081	191	334	76	229	1 909

Quelle: Jahresbericht 1994 der Hans-Böckler-Stiftung

### Berufsgruppe der Stipendiatinnen und Stipendiaten vor dem Studium

	Universitäten	HWP Hamburg	Fachhochschulen	Kollegs	Promotion	Summe	%
Arbeiter	328	77	162	29	36	632	32,9
Angestellte	640	106	163	43	80	1 032	53,7
Beamte	31	8	4	3	1	47	2,4
Selbständige	22	0	1	1	7	31	1,6
Nicht erwerbstätig	60	0	5	0	114	179	9,4
Gesamt	1 081	191	335	76	238	1 921	100,0

Quelle: Jahresbericht 1994 der Hans-Böckler-Stiftung

### Gesamtzahl der Stipendiaten und Förderungsmonate nach Studienbereichen in der Promotionsförderung

	Stipendiaten	männlich	weiblich	Fördermonate
Summe alte Bundesländer	246	146	100	2 401
Summe neue Bundesländer	58	39	19	470
Gesamt	304	185	119	2 871

Quelle: Jahresbericht 1994 der Hans-Böckler-Stiftung

Betrachtet man die realen Aufwendungen für die operativen Geschäftsfelder der Hans-Böckler-Stiftung unter Einschluß der Deckungsbeiträge für den Zentralbereich, so ergibt sich folgendes Bild:

Tätigkeitsbereiche	Ausgaben in Mio. DM	prozentual	Vergleich zum Vorjahr in %
Studienförderung	28,1	42,2	54,4
Forschungsförderung	13,5	22,7	22,1
Mitbestimmungsförderung	7,6	12,8	14,9
WSI	5,7	9,6	–
Öffentlichkeitsarbeit	4,5	7,5	7,9
Sonstiges	3,1	5,2	–

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Betrachtet man die aus Eigenmitteln bestrittenen realen Aufwendungen, so ergibt sich folgendes Bild:

Tätigkeitsbereiche	Ausgaben in Mio.DM	prozentual	Vergleich zum Vorjahr in %
Forschungsförderung	13,3	39,8	36,1
Mitbestimmungsförderung	7,3	21,9	23,5
Studienförderung	5,4	16,2	26,2
Öffentlichkeitsarbeit	4,5	13,4	13,1
WSI	2,8	8,3	–
Sonstiges	0,1	0,4	–

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

## **Aufgabenfelder der Hans-Böckler-Stiftung**

Aufgaben der Stiftung und zugleich ihre Dienstleistung sind die Beratung und Qualifizierung vornehmlich von Betriebs- und Personalräten sowie von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten. Dienstleistungen sind die Forschungsprojekte zur Erhebung, Analyse und praxismgerechten Aufbereitung von Daten zu den Themen „Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor, Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Tarifpolitik“.

### **Mitbestimmungsförderung**

Mitbestimmung ist ein Instrument gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht. Geschwindigkeit und Intensität des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandels sind eine Herausforderung für die Mitbestimmung. Gefordert wird die konsequente Nutzung von Mitbestimmungsrechten sowie Ausbau und stärkere Verzahnung der Mitbestimmung auf allen Ebenen. Beratung und Qualifikation von Arbeitnehmervertretern gewinnen für die HBS an Gewicht.

### **Unterstützung der betrieblichen Interessenvertretung**

Die vorrangige Aufgabe der Hans-Böckler-Stiftung liegt in der Unterstützung der betrieblichen Interessenvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland durch Beratung oder Hilfestellungen bei der Umsetzung arbeitnehmerorientierter Gestaltungskonzepte. Zu diesem Zweck organisiert die Abteilung Mitbestimmungsförderung der Stiftung Arbeitskreise, Konzern- und Aufsichtsratsseminare sowie Workshops und Fachtagungen; sie veröffentlicht Informationsdienste, Handlungs- und Orientierungshilfen.

Gegenstand der Beratungsarbeit der Abteilung sind die Auswirkungen der verstärkten Marktpartizipation kommunaler Unternehmen auf die Beschäftigten sowie die

Einflußnahme der Interessenvertretungen auf diese Entwicklungen. Arbeitszeitpolitische Fragen und Beschäftigungspolitik sind weitere Themenschwerpunkte im Tätigkeitsbereich der Stiftung. Mitarbeiterbefragungen und Schichtarbeitsmodelle, Arbeitsschutzkonzepte sowie die Ausarbeitung von Beurteilungssystemen sollen einen Beitrag leisten zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer in den Unternehmen und des weiteren Tendenzen bei der Beschäftigungssicherung aufzeigen.

Im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung konzentrierte die Stiftung ihre Arbeit auf Fragen der Weiterbildung im betrieblichen und regionalen Strukturwandel. Drei Informations-Service-Dienste, die Arbeitnehmer-Mailbox Solinet und die Informationsbroschüren „Network“ und „Stichwort“, helfen den betrieblichen Interessenvertretungen bei Fragen zu den Themen Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Arbeitsentgelt und betrieblich-technischen Einsatzfragen. Die Mailbox Solinet ermöglicht Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaftssekretären und arbeitnehmerorientierten Beratern, Informationen und Konzepte zu betrieblichen Gestaltungsfragen, Betriebsvereinbarungen, Software und Terminen auszutauschen.

In den Projektstellen „Ostdeutschland“ steht die Stiftung den Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS-Gesellschaften) beratend zur Seite. Daneben baut sie verstärkt Kontakte zu regionalen Beratungsagenturen auf und koordiniert Tagungen und Gesprächskreise. Seit Sommer 1994 arbeitet in Thüringen die Beratungsagentur für Strukturpolitik und Technologie für Arbeitnehmerinnen.

Im einzelnen konzentrierte sich die Arbeit hier auf folgende Bereiche:

- Erarbeitung von Modellvorstellungen zur Entwicklung strukturschwacher Regionen in Brandenburg
- Analyse der regionalen Raumordnungsplanung und des Landesentwicklungsprogramms in Thüringen
- Analyse der Branchenentwicklung Maschinenbau (Ostdeutschland)
- Analyse der Wirkung und Effektivität regionaler Wirtschaftsförderung
- Verkehrskonzepte auf Landes- und Regionalebene
- Bahnregionalisierung und Schienenfahrzeugbau (Sachsen-Anhalt)
- Erarbeitung regionaler Handlungskonzepte.

Auch die Erstellung von Unternehmens- und Branchenanalysen fällt in den Aufgabenbereich der Abteilung Mitbestimmungsförderung. 1994 wurden etwa 100 Jahresabschlußanalysen erstellt.

## **Forschungsförderung**

1994 nahm die Stiftung mehr als 120 Forschungsprojekte, die sich überwiegend mit den sozialen und ökonomischen Problemen des Standortes Deutschland auseinandersetzen, in die Förderung mit auf. Gefördert werden einerseits Projekte, die sich mit dem strukturellen Wandel in den Branchen befassen, andererseits solche, die Probleme und Vorhaben gewerkschaftlicher Interessenvertretung thematisieren und zudem praktische Handlungsempfehlungen unterbreiten. Die Reform und der Umbau staatlicher Verwaltung sind ein weiterer Schwerpunkt bei Projekten zu Standortfragen.

Ein Forschungsförderungsprogramm soll die sinnvolle Kombination der beiden Faktoren Arbeit und Leben herausstellen. Das Programm konzentriert sich dabei auf fünf Forschungsfelder:

- Perspektiven der Arbeitsgesellschaft
- Strukturwandel – Innovation und Beschäftigung
- Mitbestimmung im Wandel – Solidarität in der Arbeit
- Modernisierung des öffentlichen Sektors
- Zukunft des Sozialstaates.

Die Zielsetzung eines anderen Projektes „Methoden und Instrumente zur Bestimmung der Leistungstiefe des öffentlichen Sektors – Leistungstiefenanalyse“ liegt in der Entwicklung von methodischen Ansätzen und Instrumenten zur Bestimmung der Leistungstiefe des öffentlichen Sektors.

Das Projekt „Verwaltungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern“ untersucht das Verwaltungshandeln von vier Kommunen in der Umwelt- und Sozialpolitik mit dem Ziel, Potentiale und Hemmnisse verwaltungspolitischer Innovationen und Reformen unter den besonderen Bedingungen in Mecklenburg-Vorpommern zu bestimmen.

Das Forschungsprojekt „Zukunftsperspektiven Deutschlands im internationalen Wettbewerb – industriepolitische Implikationen der Neuen Wachstumstheorie“ analysiert die Bedeutung neuerer Wachstumstheorien für die Begründung industriepolitischer Aktivitäten.

## **Studienförderung**

1994 erfolgte eine Neustrukturierung des Auswahlverfahrens für die Stipendiaten: Künftig wird die Auswahl von drei verschiedenen Ausschüssen vorgenommen:



- einer für den Förderungszweig Universitäten und die Übergänge von Fachhochschulen, der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg (HWP), und Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges in den Universitäten,
- einer für die Förderungszweige Fachhochschulen, HWP sowie Zweiter Bildungsweg und
- einer für die Neuaufnahmen in die Promotionsförderung.

Zur Unterstützung und Förderung der Aufnahme einer Berufstätigkeit führen alle Studienförderungsreferate und das Referat Berufsinformation Berufspraxisseminare durch, um den Stipendiaten während des Studiums einen Einblick in die Berufswelt zu gewähren.

In Ostdeutschland erfolgte 1994 aus finanziellen Gründen ein Rückgang der neu aufgenommenen Stipendiaten gegenüber 1993 um 15 Prozent.

Die Stiftung verfügte 1994 über fünf Arbeitskreise:

- Arbeitskreis Arbeit, Technik, Umwelt
- Arbeitskreis Mensch und Umwelt
- Arbeitsgruppe „Sozialpolitik/Gesundheitspolitik“
- Arbeitsgruppe Frauen
- Arbeitsgruppe Internationalismus/Antirassismus.

## **Zweiter Bildungsweg und Hochschulzugang**

Die Stiftung leistet durch Arbeitstagen, Seminare und Veröffentlichungen Beiträge zur konzeptionellen Entwicklung des Zweiten Bildungsweges und zur Gestaltung der Lehr- und Lernsituation an Abendgymnasien, Kollegs und sonstigen Einrichtungen. Aufgrund der Erfahrungen mit der Förderung von Studierenden im Zweiten Bildungsweg setzt sich die HBS für die Reform des Hochschulzugangs und des Zweiten Bildungsweges ein (zum Beispiel „Vom Meister zur Magister“). Der Prozeß der deutschen Einigung erforderte die rasche Neugestaltung des Hochschulzugangs und des Zweiten Bildungsweges in den neuen Bundesländern. Die Nachfrage nach Hochschulausbildung steigt in diesen Ländern steil an.

## **Kooperation Gewerkschaften und Hochschulen**

Die Stiftung setzt in der Zusammenarbeit mit Hochschulen und Hochschuleinrichtungen sowie Gewerkschaften ihre mannigfaltigen Kooperationsaktivitäten fort. Dabei konnte sie auf die Praxis des gemeinsam mit dem BMBW jahrelang geförderten

Kooperationsstellenprojektes aufbauen, ebenso auf die vielfältigen Arbeitsbeziehungen, die aus der besonderen Situation der Stiftung resultieren, eine Verbindungsstelle zwischen Gewerkschaften und Hochschulen zu sein.

## **Praktikantenprogramm**

Seit 1976 bietet die Stiftung ihren Stipendiaten im Rahmen der ideellen Förderung die Möglichkeit an, ihre wissenschaftliche Ausbildung und Qualifikation in gewerkschaftliche Arbeitszusammenhänge einzubringen und während des Studiums ein Praktikum in Gewerkschaften und DGB, gewerkschaftsnahen Einrichtungen oder im arbeitsdirektoralen Bereich zu absolvieren. In den vergangenen 15 Jahren wurde mehr als 4 100 Praktikanten für eine begrenzte Zeit von bis zu drei Monaten im Rahmen der eigenen Richtlinien ein studienbezogener Praxisaufenthalt während der Semesterferien in nationalen und zunehmend auch internationalen Organisationen und Einrichtungen ermöglicht. Für diese Praktika wurden mehr als 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

## **Öffentlichkeitsarbeit**

### **Strukturen und Aufgaben**

Öffentlichkeitsarbeit für die HBS heißt, ihre Arbeitsergebnisse, ihre Beratungs- und Dienstleistungsangebote bekannt und einem möglichst großen Interessenten- und Nutzerkreis zugänglich zu machen. Das bedeutet: Eigenwerbung für die HBS, für ihre Bemühungen als Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk. Die durch die Öffentlichkeitsarbeit zu vermittelnden Inhalte ergeben sich aus Satzung, Arbeitskonzeption, Vorstandsbeschlüssen und der praktischen Arbeit der operativen Abteilungen der HBS. Das wichtigste Kommunikationsmittel der Öffentlichkeitsarbeit mit allen der Stiftung verbundenen Personengruppen ist die Monatszeitschrift „Die Mitbestimmung“. Daneben gibt es aber gerade für die Förderer wie für alle Mandatsträger in Mitbestimmungsfunktionen eine Reihe zusätzlicher besonderer Veröffentlichungen zur Unterstützung ihrer Arbeit: besondere Prospekte mit Hinweisen auf Veröffentlichungen der HBS, die speziell für diesen Kreis Bedeutung haben. Zum Beispiel auch den „Steuerleitfaden“ und die „Arbeitshilfen für Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten“, die gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand erarbeitet und herausgegeben werden.

## **PR und Pressearbeit**

Arbeitsschwerpunkt der PR- und Pressearbeit ist die Verbesserung der öffentlichen Präsentation der HBS. Die Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes (Werbebroschüren und Eigenveröffentlichungen) werden fortgeführt.

Die Selbstdarstellungsmaterialien wurden ergänzt um Broschüren in englischer, französischer und italienischer Sprache; ab 1992 auch in Spanisch. Das 1990 angeschaffte Messestandsystem wird vermehrt auf Veranstaltungen außerhalb des engeren gewerkschaftlichen Umfelds eingesetzt. Teil der Präsentation ist die EDV-gestützte Vorführung von Arbeitsweise und Beratungsangeboten der Abteilung Mitbestimmungsförderung I. Die Projektion von EDV-Demonstration und Dias auf eine Leinwand ist Teil der neuen Standkonzeption. Die die HBS-Arbeit begleitende Pressearbeit ist ausgelegt vor allem auf die Intensivierung der Kontakte zu Journalisten, die sich mit gewerkschaftlichen und Arbeitsweltthemen befassen.

## **Medienproduktionen**

1990 wurde die auf drei Teile angelegte Videodokumentation „100 Jahre Gewerkschaften“ des Filmemachers Heribert Stelz abgeschlossen. Diese Filmdokumentation wurde gemeinsam mit dem FWU in München produziert und wird von diesem über die Landesfilmbildstellen, Volkshochschulen und andere öffentliche Bildungseinrichtungen vertrieben. Sie kann auch unmittelbar über die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der HBS bezogen werden. Erstellt wurde eine Ton-Dia-Show zum „Umbruch im Ruhrgebiet“. Dieses Projekt resultiert aus Vorarbeiten des Referates West der Abteilung Studienförderung und wurde gemeinsam mit diesem und mit der Abteilung Forschungsförderung betreut.

## **Publikationen**

Mit der Veröffentlichung der ersten Bände der neugestalteten Taschenbuchreihe „HBS-Forschung“ und „HBS-Praxis“ beim Bund-Verlag wurde ein wichtiges Kapitel der Neuordnung der Publikationsarbeit der HBS abgeschlossen. Daneben werden eine große Zahl von Büchern und Broschüren im Eigenverlag und auch eine ganze Reihe in Zusammenarbeit mit Fachverlagen herausgegeben, zum Beispiel die Reihe „Schriften der Hans-Böckler-Stiftung“, die der Herausgabe der juristischen Gutachten und Texte der HBS dient. Zur Verbesserung des Vertriebs der HBS-Publikationen konnte 1990 erstmals ein Gesamtverzeichnis der von der Stiftung herausgegebenen und finanzierten Veröffentlichungen vorgelegt werden. Im Frühjahr 1990 wurde in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ein neuer Arbeitsplatz eingerichtet: eine Stelle zur elektronischen Verarbeitung und Druckvorbereitung von Texten für Publikationen der HBS. Mehr als 100 Bücher und Broschüren gibt die HBS jährlich heraus oder fördert ihr Erscheinen durch Druckkostenzuschüsse. Fortgesetzt und ausgebaut wird die Zusammenarbeit mit Fachverlagen.

## **Monatszeitschrift „Die Mitbestimmung“**

Die Zeitschrift erscheint jährlich mit zehn Ausgaben (davon zwei Doppelnummern) mit einem Gesamtumfang von circa 700 Seiten. Die gedruckte Auflage pro Ausgabe

liegt bei rund 14 500 Exemplaren. Der Entwicklung in Ostdeutschland widmet die Zeitschrift nicht nur ein eigenes Schwerpunktthema, Konzepte für den Aufbau von Wirtschaft und Interessenvertretung in den neuen Ländern sind zusätzlich Gegenstand weiterer Artikel in fast jeder Ausgabe der Zeitschrift. Die europäische Entwicklung mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes sind weitere Themen.

## **Archiv**

### **Projekt DGB-Archiv**

Im Rahmen eines von der VW-Stiftung finanzierten Projektes erschließt die HBS die Aktenbestände des DGB-Archivs (circa 18 000 Akteneinheiten), um sie öffentlich zugänglich zu machen. Das Mitte 1988 gestartete Erschließungsprojekt hat somit die Aufgabe, den Zugang zu den zentralen Unterlagen der bundesdeutschen Gewerkschaftshistorie entscheidend zu verbessern und stärker als bisher für die Forschung nutzbar zu machen. Das Archiv ist somit zu einer Informations- und Beratungsstelle geworden. Da sich die Anfragen zur gewerkschaftshistorischen Überlieferung nicht nur auf die Materialien des Bundesvorstandes beschränkten, fand im September 1990 unter der Federführung des Archivprojekts ein Koordinationstreffen der Bibliothekare/Archivare der Einzelgewerkschaften statt. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Archiven ist geplant, um die Forschungs- und Publikationsvorhaben zu den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen besser als bisher betreuen zu können. Im Zuge der deutschen Einheit und der Frage über die Zukunft des ehemaligen FDGB-Archivs war das Projekt als fachliche Beratung in der hausinternen Arbeitsgruppe des DGB vertreten. Auf der internationalen Ebene unterhält das Archiv Kontakte zu den europäischen Archiven der Arbeiterbewegung, bedingt durch die Mitgliedschaft in der IALHI (International Association of Labour History Institutions).

Der DGB hat inzwischen (Ende 1994) den Beschluß gefaßt, sein Akten-Archiv der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) als Dauerleihgabe zu überstellen.

### **Das Mitbestimmungsarchiv**

Außerdem enthält das „Hans-Böckler-Archiv“ historische Quellen zur Geschichte der Mitbestimmung, die es nach archivfachlichen Gesichtspunkten der wissenschaftlich oder gewerkschaftspolitisch interessierten Öffentlichkeit zugänglich macht. Auf der Grundlage einer breit angelegten Recherche, die 120 Betriebsräte der Eisen- und Stahlindustrie, 14 (Gesamt-)Betriebsräte des Bergbaus und fünf betriebliche Interessenvertretungen der Werftindustrie einbezog, wurden inzwischen in über 50 Betrieben Nachforschungen über den Verbleib, den Umfang und die Qualität des Betriebsräte-Schriftgutes angestellt.

Die HBS ist mit Beginn des Jahres 1995 um das ehemalige, aber personell stark reduzierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) als eigene HBS-Abteilung erweitert worden. Dieses „WSI in der HBS“ umfaßt noch drei Forschungsbereiche (Wirtschaft und Finanzen; Arbeitsmarkt und Verteilung; Sozialstaat und Sozialpolitik) sowie das WSI-Tarifarchiv mit insgesamt 12 Wissenschaftlern.

## Finanzen der Hans-Böckler-Stiftung (HBS)<sup>1</sup>

### Einnahmen und Rücklagen 1977 bis 1994

Jahr	Gesamteinnahmen in Mio. DM	Spenden-Anteil <sup>2</sup>		BMBW-Zuschuß <sup>3</sup>		Überschuß/ Rücklagen <sup>4</sup> in Mio. DM
		in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	
1977	13,542	3,946	29,14	8,856	65,40	0,718
1978	14,515	3,882	26,75	9,643	66,44	0,106
1979	18,662	7,746	41,51	9,925	53,18	1,079
1980	25,252	13,189	52,23	10,647	42,16	1,859
1981	25,017	12,723	50,86	9,988	39,93	3,809
1982	28,588	14,044	49,13	11,877	41,55	4,277
1983	29,063	13,063	44,95	13,077	45,00	3,500
1984	34,976	14,491	41,43	14,351	41,03	0,666
1985	41,406	18,798	45,40	15,151	36,59	5,203
1986	43,535	21,273	48,86	15,577	35,78	5,056
1987	46,587	22,216	47,69	16,480	35,38	0,639
1988	45,323	21,337	47,08	17,272	38,11	0,794
1989	44,612	23,010	51,58	17,721	39,72	2,046
1990	51,050	29,344	57,48	18,333	35,91	7,783
1991	57,486	37,889	55,47	20,781	36,15	6,613
1992	69,000	34,500	50,00	23,600	34,20	6,437
1993	67,600	33,100	48,97	23,700	35,06	0,000
1994	56,914	30,000	52,71	22,000	38,66	0,000
1977–1994	713,128	354,551	49,72	278,979	39,12	50,585

Ursprungsdaten: HBS-Jahresberichte; eigene Berechnungen

1 Die HBS entstand am 1. Juli 1977 aus dem Zusammenschluß der DGB-Institute „Stiftung Mitbestimmung“ (Beschl. Dezember 1953; gegründet: 1. Mai 1954) und „Hans-Böckler-Gesellschaft“ (Gründung: 23. April 1954 in Essen).

2 Hauptsächlich Tantiemen aus der Wahrnehmung von Aufsichtsrats-Mandaten – speziell aufgrund des Mitbestimmungsgesetzes 1976.

3 BMBW – Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

4 Ohne Berücksichtigung von Entnahmen; 1978/1979 einschließlich Chile-Solidaritätsfonds.

## **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)**

### **Selbstverständnis**

Das WSI wurde 1946 gegründet und war seit 1954 eine gemeinnützige wissenschaftliche Einrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften. In eigener wissenschaftlicher Verantwortung oblag ihm die Forschung im Interesse der „abhängig Beschäftigten“. Die zentrale Aufgabe bestand darin, wissenschaftliche Erkenntnisse unter arbeitnehmerorientierten Gesichtspunkten aufzunehmen und selbst zu entwickeln sowie in die gewerkschaftliche Diskussion Wissenschaft und Öffentlichkeit einzubringen.

Dieses traditionelle wissenschaftliche Institut des DGB ist nun zum 31. Januar 1994 als rechtlich eigenständige Institution aufgelöst worden. Seit 1. Januar 1995 ist es nur noch eine zusätzliche Abteilung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Diese Abteilung ist allerdings wesentlich kleiner als das alte selbständige WSI.

### **Organisation**

Bis Ende 1994 waren die Gesellschafter des WSI die Vermögens- und Treuhandgesellschaft (VTG) des DGB sowie die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaften von 14 DGB-Einzelgewerkschaften. Die Gesellschafterversammlung als oberstes Aufsichts- und Kontrollorgan des WSI hatte zur Beratung der Geschäftsführung und zur Vorbereitung der Gesellschafterbeschlüsse einen Gesellschafterausschuß berufen. Satzungsgemäß war stets der Vorsitzende des DGB Vorsitzender der Gesellschafterversammlung und des Gesellschafterausschusses. An den Sitzungen nahmen stets die Geschäftsführung sowie in der Regel je ein Vertreter der beiden Forschungsbereiche „Wirtschafts- und Verteilungsforschung“ sowie „Sozialforschung und Gesellschaftspolitik“ teil.

Inzwischen hat die Hans-Böckler-Stiftung Werner Köhne zum WSI-Geschäftsführer bestellt. Außerdem wurde im Oktober 1995 die Professorin Dr. Heide Pfarr als wissenschaftliche Direktorin des WSI berufen, die zusammen mit dem bisherigen Geschäftsführer Frank von Auer auch die Stiftung leitet.

Die beiden bisherigen WSI-Geschäftsführer, der Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Spieker und der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Werner Meißner, gehören der neuen Abteilung der Hans-Böckler-Stiftung nicht mehr an.

### **Innergewerkschaftliche Diskussion um den Fortbestand des WSI**

Sollten die DGB-Gewerkschaften ein eigenständiges wissenschaftliches Forschungsinstitut haben oder nicht? Diese Frage wurde angesichts der Finanzknapp-

heit der Gewerkschaften in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Viele Gewerkschaftsfunktionäre waren der Ansicht, daß diese Aufgaben auch fremd vergeben werden könnten.

Die jetzt gefundene Lösung ist daher ein Kompromiß, der durch weniger Personalkosten günstig ausfällt. Allerdings zeigte sich schon seit längerer Zeit, daß viele DGB-Gewerkschaften Forschungsvorhaben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) oder anderen Instituten erarbeiten ließen, statt das WSI damit zu beauftragen. Es sollte damit dem Eindruck entgegengewirkt werden, daß Gewerkschaften die passenden Antworten bei ihrem eigenen Institut bestellen würden.

### **Aufgabenpalette des alten WSI**

Zu seiner besten Zeit – Mitte der siebziger Jahre – beschäftigte das WSI circa 70 Mitarbeiter. Im Laufe der Zeit wurde das Personal auf 31 Angestellte reduziert.

Die WSI-Bibliothek führte bis zu 62 000 Bände. Im Bereich Statistik/EDV wurden statistische Informationen und Materialien aufbereitet. Das Tarifarchiv arbeitete als Service-Einrichtung des DGB und seiner Gewerkschaften. Von hier aus wurden aber auch wissenschaftliche Beiträge aus gewerkschaftlicher Sicht meinungsbildend in die öffentliche Debatte um die Tarifpolitik hineingetragen. Das Unternehmensarchiv sammelte regelmäßig Geschäftsberichte von rund 1 100 in- und ausländischen Unternehmen verschiedener Rechtsformen. Diese Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse dienten als Grundlage für Unternehmensanalysen, in einzelnen Fällen auch für Branchenanalysen, ferner für Beratungen und sonstige wissenschaftliche Erhebungen.

### **Die neue Aufgabenpalette**

Die neue WSI-Abteilung in der Hans-Böckler-Stiftung soll sich künftig drei Forschungsschwerpunkten widmen:

1. Wirtschafts- und Finanzpolitik
2. Arbeitsmarkt und Verteilungsforschung
3. Sozialstaat und Sozialpolitik.

Das ehemals klassische Forschungsthema Konjunkturpolitik scheint nun künftig von anderen Institutionen der Gewerkschaften übernommen zu werden.

## **Berufsbildungswerk (BFW)**

Schimmelbuschstr. 55

40699 Erkrath

Telefon: (0 21 04) 4 99-0

Telefax: (0 21 04) 4 99-1 55/1 99

Sitz: Düsseldorf

Gründung: Dezember 1953

Gesellschafter: Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des  
DGB GmbH,  
NH-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbv,  
BfG-Bank AG,  
Volksfürsorge Holding AG

Geschäftsführer: Edgar Schramm, Hanshorst Viehof

Aufsichtsrats-  
vorsitzende: Dr. Ursula Engelen-Kefer

Verwaltungsrat: Ulf Fink (Vorsitzender), Helmut Teitzel (stellvertretender  
Vorsitzender) sowie  
10 Anteilseignervertreter,  
4 betriebliche Arbeitnehmervertreter,  
2 externe Arbeitnehmervertreter der Gewerkschaft HBV

Organisation: 14 Bezirksgeschäftsstellen  
2 Sondereinrichtungen  
98 Zweigstellen und Betriebsbereiche  
252 Berufsbildungs- und Berufsförderungsstätten

Beschäftigte: 1 824 (Stand Dez. 1994)

Umsatz: 209 Millionen DM

Investitionen: 6 Millionen DM

Teilnehmer/innen: 51 328

Lehrgänge: 2 773

Beteiligungen (100%): Berufsbildungswerk GmbH (BFW), Sitz Berlin  
inab-Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des  
BFW mbH, Sitz Berlin  
gffb-Gesellschaft für berufliche Bildung mbH, Sitz Ham-  
burg

Die erwähnten Sondereinrichtungen sind das Berufsförderungswerk Graf Bismarck in Gelsenkirchen sowie die Sondereinrichtung für Berufsbildungsmaßnahmen zur Resozialisierung Strafgefangener in NRW, die in mehreren Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens tätig ist.



## Organisation und Aufbau

Seit über 40 Jahren ist das BFW in der beruflichen Weiterbildung und Umschulung in Westdeutschland tätig. Drei Tochtergesellschaften gehören zum Unternehmen:

Für die Arbeit in den neuen Bundesländern wurde 1990 die Berufsbildungswerk GmbH (BFW) mit Sitz in Berlin gegründet.

Um Lehrgänge, die Qualifizierung und Beschäftigung miteinander verbinden, durchzuführen und auch im Bereich der Erstausbildung tätig zu werden, hat das BFW 1991 eine Gesellschaft übernommen, die als inab – Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des BFW mbh – diese Aufgaben wahrnimmt.

Im Januar 1995 wurde die gffb – Gesellschaft für berufliche Bildung mbH – mit Sitz in Hamburg übernommen.

## Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (BFW), Düsseldorf

### Zahlen zur Entwicklung in den letzten 26 Jahren (1969–1994)

Jahr	Zahl der Lehrgänge	Zahl der Teilnehmer	Zahl der Beschäftigten <sup>1</sup>	Umsatz in Mio. DM	Investitionen <sup>2</sup>	
					in Mio. DM	in % v. Umsatz
1969	2 690	64 250	209	15		
1970	2 895	70 892	294	22		
1971	3 288	81 214		41		
1972	3 178	74 770		61		
1973		74 979	962	80		
1974		60 826	836	96		
1975		57 462	816	89		
1976	2 200	59 716	799	80		
1977		47 628	854	72		
1978	1 978	44 922	869	76		
1979	2 063	33 850	1 009	87		
1980	2 013	34 781	1 267	112		
1981	2 201	38 406	1 419	137		
1982	2 211	38 802	1 806	143		
1983	2 320	41 115	1 964	148		
1984	2 500	45 510	1 976	161		
1985	2 855	51 119	1 998	170	14	8,24
1986	3 149	56 322	2 102	191	31	16,23
1987	3 244	58 765	2 279	225	42	18,67
1988	3 002	55 225	2 119	224	15	6,70
1989	2 732	51 776	2 222	213	11	5,16
1990	2 903	54 726	2 241	228	20	8,77
1991	3 004	56 363	2 235	233	44	18,88
1992	3 180	58 070	2 256	241	20	8,30
1993	2 908	52 380	1 950	220	9	4,09
1994	2 773	51 328				

Ursprungsangaben: BFW: Jährliche „Informationen zum Geschäftsjahr“ sowie Hans Dieter Baroth und Astrid Brand: Mehr Wissen – Mehr können für Beruf und Leben. 40 Jahre DGB-Berufsfortbildungswerk. Düsseldorf 1993; eigene Berechnungen

1 Der Sprung von 1970 zu 1973 erklärt sich daraus, daß bis 1970 nur festangestellte Mitarbeiter gezählt wurden.

2 Zu den Investitionen wurden erst ab 1985 Zahlen vorgelegt.

## Berufsbildungswerk GmbH (BFW)

Sitz:	Berlin
Gründung:	September 1990
Gesellschafter:	Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (BFW), Sitz Düsseldorf
Geschäftsführer:	<b>Edgar Schramm</b> , Hanshorst Viehof
Beirat:	Ulf Fink (Vorsitzender bis 12. 12. 1994), Helmut Teitzel (stellvertretender Vorsitzender bis 12. 12. 1994), Lutz Bormann, Gottfried Feichtinger (Vorsitzender seit 16. 12. 1994), Wilfried Haesen (stellv. Vorsitzender seit 16. 12. 1994)
Organisation:	6 Bezirksgeschäftsstellen 31 Betriebsbereiche 83 Berufsbildungsstätten
Beschäftigte:	559 (Stand Dez. 1994)
Umsatz:	73 Mio. DM
Investitionen:	4,5 Mio. DM
Teilnehmer/innen:	18 889
Lehrgänge:	986

21 der Berufsbildungsstätten wurden als Modelleinrichtungen mit Mitteln des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung und weitere fünf aus Mitteln des ehemaligen Ministeriums für Arbeit und Soziales der DDR errichtet. Mit Fördermitteln der Bundesanstalt für Arbeit und aus eigenen Mitteln wurden 48 Einrichtungen finanziert.

## Berufsbildungswerk GmbH (BFW), Berlin<sup>1</sup>

### Zahlen zur Entwicklung seit der Gründung im Jahre 1990

Jahr <sup>2</sup>	Zahl der Lehrgänge	Zahl der Teilnehmer	Zahl der Beschäftigten	Umsatz in Mio. DM	Investitionen in Mio. DM	in % v. Umsatz
1990	56	1 109				
1991	648	13 081	448	42	35	83,33
1992	1 033	18 745	559	67	38	56,72
1993	1 003	18 987	522	75	7	9,33
1994	986	18 889	559	73	4,5	6,16

Ursprungsdaten: BFW: Jährliche „Informationen zum Geschäftsjahr“; eigene Berechnungen

- Das BFW „Berlin“ ist eine 100prozentige Tochter des BFW „Düsseldorf“ und für die neuen Bundesländer zuständig.
- Für 1990 hat das BFW keine Daten zu Beschäftigten, Umsatz und Investitionen veröffentlicht.

## **inab – Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des BFW mbH**

Sitz:	Berlin
Übernahme:	Dezember 1991
Gesellschafter:	Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (BFW), Sitz Düsseldorf
Geschäftsführer:	Edgar Schramm, Hanshorst Viehof
Organisation:	12 Geschäftsstellen
Beschäftigte:	153 (Stand Dez. 1994)

Die inab sichert im Bereich der Erstausbildung eine ständige Angebotspräsenz, vor allem für die Problembewältigung in den neuen Ländern. Des weiteren führt sie kombinierte Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte durch.

1991 wurde die Berliner „inab GmbH – Gesellschaft für Arbeit und Bildung“ übernommen, die in der Vergangenheit verschiedene Beschäftigungsmaßnahmen mit Qualifizierungsanteilen – vorrangig in den Bereichen Umwelt und Naturschutz – durchgeführt hat. Das BFW hatte die begleitende Qualifizierung übernommen.

Mit Ausnahme der inab führen die BFW-Gesellschaften berufliche Fortbildung und Umschulung für Arbeitnehmer/innen durch. Mehr als die Hälfte der Lehrgänge sind freie BFW-Angebote, der Rest Maßnahmen im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit, der Justizbehörden der Länder und des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr. Hauptkostenträger ist die Bundesanstalt für Arbeit, hinzugekommen sind in den letzten Jahren EU-Fördermittel und – bei Weiterbildung im Auftrag von Firmen und Verwaltungen – die Finanzierung aus deren Mitteln. Begleitende Lehrgänge werden von den Teilnehmern/innen selbst finanziert.

Die BFW-Gesellschaften sind mit 20 Bezirksgeschäftsstellen, Sondereinrichtungen und Zweigniederlassungen in allen Bundesländern vertreten und betreiben bundesweit ca. 340 Berufsbildungsstätten. 1994 besuchten 70 217 Teilnehmer/innen 3 759 BFW-Lehrgänge. Die am häufigsten genannten Motivationen zur Teilnahme:

- Verbesserung der Möglichkeiten zur Aufnahme einer neuen/anderen beruflichen Tätigkeit
- Rückkehr in den Beruf nach längerer Unterbrechung
- beruflicher Aufstieg.

Die Schwerpunkte des Lehrgangsangebots in den neuen Bundesländern lagen in Weiterbildungsmaßnahmen in gewerblich-technischen, dienstleistenden und kauf-

männlich-verwaltenden Berufen einschließlich des Handels. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien wurden berufsspezifisch integriert.

In den alten Bundesländern hat das BFW sein Leistungsangebot sowohl an veränderte Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch an immer differenziertere Bedürfnisse besonderer Zielgruppen angepaßt. Die inhaltliche Weiterentwicklung der Lehrgänge, besonders mit dem Ziel der Integration berufsübergreifender Schnittstellenqualifikationen, Euro-Qualifikationen und ökologischer Bildungsinhalte, wurde forciert.

Nach wie vor nehmen Qualifizierungslehrgänge zur beruflichen Eingliederung langfristig arbeitsloser Frauen und Männer breiten Raum ein. Weitere Schwerpunkte zielgruppenspezifischer Qualifizierungsarbeit lagen in der Förderung berufsrückkehrender Frauen sowie in der Weiterbildung von Aussiedlern.

Um zukünftig noch gezielter Qualifizierungsmaßnahmen auch für benachteiligte Personengruppen durchführen zu können, hat das BFW im Oktober 1991 die inab übernommen.

inab – Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des BFW mbH Ausbildungsgruppen und Beschäftigungsprojekte/Auszubildende und Teilnehmer/innen 1993 bis 1994			
Jahr	Ausbildungsgruppen/ Beschäftigungsprojekte	Teilnehmer/innen	davon: Auszubildende
1993	28	384	134
1994	56	844	359

Quelle: BFW/Informationen zum Geschäftsjahr 1994

## **Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben**

Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e.V.

Tersteegenstr. 61–63

40474 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 43 46 86

Telefax: (02 11) 45 95 93

Ehrevorsitzender: Prof. Dr. Kurt Meissner

1. Vorsitzender: Dr. Dieter Eich

2. Vorsitzender: Jürgen Nestmann

Bundesgeschäftsführer: Theo W. Länge

## **Gründung und Ziel**

Der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben wurde 1956 in Frankfurt a.M. gegründet. Er ist ein Kooperationsmodell zwischen dem DGB und den Volkshochschulen im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung für Arbeitnehmer. Als eingetragener Verein führt er den Namen Arbeit und Leben Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland. Sitz des Arbeitskreises ist Düsseldorf.

## **Aufgaben**

Der Bundesarbeitskreis hat die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen der in ihm vereinigten Landesarbeitsgemeinschaften wahrzunehmen: Ausgangspunkt der Bildungsarbeit sind die gesellschaftliche Situation der Arbeitnehmer und ihre Bildungsinteressen. Durch politische Bildungsarbeit sollen Arbeitnehmer zur Mitverantwortung und Mitbestimmung in der Gesellschaft befähigt werden. Die Veranstaltungen des Arbeitskreises sind für jedermann offen. Zu den Hauptanliegen des Arbeitskreises gehört die Forderung nach Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer.

Mitglieder des Bundesarbeitskreises sind neben dem DGB-Bundesvorstand und dem Deutschen Volkshochschul-Verband die 15 in den jeweiligen Bundesländern (außer Baden-Württemberg) bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften, die in ihren Arbeitsbereichen wiederum zahlreiche Kreis- und örtliche Arbeitsgemeinschaften gegründet haben (circa 350). Die Geschäftsführung dieser zwischen DGB und VHS gebildeten regionalen oder örtlichen Einrichtungen kann im Einzelfall sowohl beim zuständigen DGB-Kreis als auch bei der örtlichen oder der Kreisvolkshochschule liegen. Die Landesarbeitsgemeinschaften und die Kreis- und örtlichen Arbeitsgemeinschaften nehmen ihre Aufgaben selbständig wahr.

## **Vorstand und Geschäftsführung**

Organe des Bundesarbeitskreises sind neben der zweijährlich stattfindenden Mitgliederversammlung der Vorstand, dem neben dem DGB-Bundesvorstand und dem Deutschen Volkshochschulverband alle Landesarbeitsgemeinschaften mit jeweils einem Vertreter angehören.

Der Vorstand führt die bildungspolitische Diskussion im engen Gedankenaustausch mit den beiden Trägerverbänden.

## **Beratungsausschüsse des Vorstandes**

Sie unterstützen die Arbeitsgruppe Frauen und die Arbeitsgruppe Internationale Arbeit bei der konzeptionellen und bildungspolitischen Diskussion im Vorstand

ebenso wie die Ad-hoc-Arbeitskreise, die bei Bedarf aufgrund aktueller Entwicklungen zu relevanten Themenschwerpunkten eingerichtet werden.

### **Weiterbildungspolitische Schwerpunkte des Bundesarbeitskreises**

Die weiterbildungspolitischen Aktivitäten erstreckten sich auf Bundesebene vor allem auf Fragen der Entwicklung der politischen Bildung im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses wie auch auf die von Regierung und Parlament sowie von der SPD initiierten Aktivitäten zur Regelung und Struktur der Weiterbildung.

In der vom BMBW initiierten „Konzertierten Aktion Weiterbildung“ (KAW) gelang es Arbeit und Leben, in Kooperation mit anderen Trägern der politischen Bildung stärker das Gewicht der politischen Bildung zu betonen.

Die politische Jugendbildung wird von fünf bundeszentralen Fachgruppen durchgeführt. Gefördert wird diese Arbeit über den Kinder- und Jugendplan des Bundes und über Sonderprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Für den Bereich der politischen Erwachsenenbildung stehen dem Arbeitskreis über das Innenministerium insbesondere Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung.

### **Grundsatzpositionen (laut Satzung):**

Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Beitrag für den Bestand und die Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens. Sie verbessert die Befähigung der Bürger für die Teilhabe am politischen Leben und trägt so auch in Zeiten erschwerter gesellschaftlicher Orientierung dazu bei, demokratische Strukturen zu stabilisieren. Deshalb muß die politische Bildung ihren festen Platz in allen Bildungsbereichen, besonders auch in der Weiterbildung, haben. Politische Bildung ist eine permanente Aufgabe, da Jugendliche immer wieder neu für die gesellschaftliche Teilhabe motiviert und befähigt werden müssen. Gleichzeitig muß sie lebensbegleitendes Lernen für Erwachsene sein, da diese im Interesse einer demokratischen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens Wandlungsprozesse beeinflussen und damit mitverantworten sollen.

Politische Bildung ist handlungsorientiertes Lernen für notwendige gesellschaftliche Veränderungen. Sie hilft, konkrete Utopien zu entwickeln, wie menschliches Leben und Arbeiten in Zukunft aussehen sollte und wie Technikentwicklung human gestaltet werden könnte. Politische Bildung entwickelt damit Alternativen zu den vorgebliebenen ökonomischen Sachzwängen. Sie verdeutlicht, daß Technologien nicht scheinbar naturhaft und im Interesse aller liegend entwickelt werden, sondern

ökonomischen Verwertungsinteressen unterliegen und die soziale Kontrolle technischen Wandels politisch durchgesetzt werden muß.

## **Internationale Arbeit des Bundesarbeitskreises**

Die internationale Zusammenarbeit ist ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt des Bundesarbeitskreises: Zum Kontext der internationalen Zusammenarbeit gehört u.a. die Förderung fremdsprachlicher Fähigkeiten. So ist der Bundesarbeitskreis der Initiator diverser Pilotprojekte, die von der EU-Kommission (Leonardo und Sokrates) und dem Bundesministerium für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Technologie finanziell unterstützt werden. Durch diese Projekte sollen die kommunikative Kompetenz von Arbeitnehmern und betriebliche Multiplikatoren erweitert werden.

Ein Schwerpunkt der internationalen Arbeit liegt im Studium ausländischer Bildungssysteme und -einrichtungen, vor allem in ihrer Bedeutung für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und die Interessenvertretung von Arbeitnehmern.

Die internationale Arbeit des Bundesarbeitskreises gliedert sich in drei Förderungsbereiche:

1. Das internationale Programm für Erwachsenenbildung mit Förderung durch das Auswärtige Amt
2. Die internationale Jugendarbeit mit Förderung durch den Bundesjugendplan
3. Der deutsch-französische Jugendaustausch mit Förderung durch das Deutsch-Französische Jugendwerk.

In den letzten Jahren nahmen in diesen drei Förderungsbereichen mehr als 4000 Teilnehmer an über 200 Maßnahmen teil, die an folgenden Schwerpunkten orientiert waren:

- Bildungspolitische Fachprogramme für Mitarbeiter der außerschulischen politischen Bildungsarbeit
- Internationale Fachseminare
- Pilotprojekte von bundeszentraler Bedeutung
- Programme zum Ausbau bi- und multilateraler Beziehungen
- Internationale Jugendbegegnungen und Jugendaustausch

- Programm innerhalb bundeszentral vereinbarter regionaler Schwerpunkte
- erstmals auch Qualifizierungsmaßnahmen für junge Arbeitslose.

### **Akademie der Arbeit (AdA)**

Mertonstr. 30  
 60325 Frankfurt  
 Telefon: (0 69) 77 20 21  
 Telefax: (0 69) 7 07 34 69

1921 wurde die Akademie der Arbeit in der Frankfurter Universität gegründet. Den Plan für eine gewerkschaftliche Akademie mit wissenschaftlicher Ausrichtung entwickelten insbesondere die Professoren Ernst Pape und Hugo Sinzheimer und Theodor Thomas, Stadtverordneter und Vorsitzender des Dachdeckerverbandes. Von da an delegierten Gewerkschaften ihre Nachwuchskräfte in diese Akademie, die Hochschullehrer übernahmen den Unterricht, und die Stadt Frankfurt gewährte ihre Unterstützung.

Zu den prominenten Absolventen gehören unter anderen der ehemalige DGB-Vorsitzende Willi Richter ebenso wie der ehemalige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Hans Mayr, und die ehemaligen Bundes- bzw. Landesminister Theodor Blank, Walter Arendt und Armin Claus.

Dieser Zielsetzung folgend, hat die Akademie von 1921 bis 1933 regelmäßig Jahreslehrgänge im Rahmen der Universität durchgeführt. Sie wurde im Frühjahr 1933 geschlossen; 1947 wurde der Lehrbetrieb an der Akademie wieder aufgenommen. Die Akademie ist heute eine Stiftung des privaten Rechts im Rahmen der Universität Frankfurt a.M., deren gleichberechtigte Träger das Land Hessen und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind. Seit Mitte der sechziger Jahre beteiligt sich die Stadt Frankfurt a.M. an der Finanzierung.

Initiatoren der Akademie verfolgten das Ziel, Arbeitnehmern eine breite, wissenschaftlich fundierte Grundausbildung in Fächern der Wirtschafts- und Sozial- sowie der Rechtswissenschaften zu vermitteln. Dabei findet eine Schwerpunktbildung in den wissenschaftlichen Disziplinen statt, welche die Arbeitsbeziehungen und die Sozialpolitik zum Gegenstand haben.

Im Unterschied zum regulären Universitätsbetrieb wird das Lehrangebot vom Kuratorium gebilligt, in dem das Land Hessen, die Universität, die Gewerkschaften sowie die Lehrer und Studierenden des Instituts vertreten sind. Kuratoriumsvorsitzender ist zur Zeit Günther Dickhausen, derzeitiger Leiter Prof. Dr. Diether Döring.

Die Unterrichtszeit beträgt 26 bis 28 Wochenstunden, die sich in Lehrgespräche und Arbeitsgemeinschaften aufgliedern. Besichtigungen, Studienfahrten und



Selbststudium sind ebenfalls vorgesehen. In der Zeit von elf Monaten – so lange dauert ein Lehrgang – werden Trimester mit einem umfangreichen Studienprogramm absolviert.

Die Studierenden kommen aus unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten, ebenso der privaten Wirtschaft wie der öffentlichen Verwaltung. Sie haben in der Regel Funktionen im Rahmen der betrieblichen Interessenvertretung der Unternehmensmitbestimmung, gewerkschaftliche Funktionen oder Tätigkeiten in der sozialen Selbstverwaltung ausgeübt. In Einzelfällen entsenden auch die großen Kirchen, die Sozialversicherungsträger sowie Kommunen Teilnehmer. Voraussetzung für die Zulassung ist das Bestehen einer Aufnahmeprüfung.<sup>1</sup>

### **Sozialakademie Dortmund (SAD)**

Hohe Str. 141  
44139 Dortmund  
Telefon: (02 31) 12 60 59  
Telefax: (02 31) 12 61 65

Die Sozialakademie wurde 1947 aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der Stadt Dortmund und dem DGB gegründet. Sie ist als wissenschaftliche Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen eine freie Lehr- und Forschungsstätte. Sie hat laut Satzung die Aufgabe, Personen vornehmlich aus dem Kreis der Arbeitnehmer im Rahmen eines speziellen sozialwissenschaftlichen Studiums zu unabhängigem Urteil und selbständiger Tätigkeit in Arbeitswelt, Wirtschaft und Politik zu befähigen. Sie entspringt der Mitbestimmungsidee in der Aufbruchstimmung der ersten Nachkriegsjahre.

Ihre drei Träger stellen die rechtliche Organisation und die finanziellen Mittel sowie das Internat für die gewerkschaftlich Organisierten zur Verfügung.

Die Sozialakademie erfüllt ihre Aufgabe in wechselseitigem Austausch mit den übrigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die um eine sozialwissenschaftliche Bildung und Weiterbildung bemüht sind, sowie im Verbund mit den Einrichtungen des Hochschulbereichs Dortmund.

Viele Lehreinheiten werden als fächerübergreifende Gemeinschaftsveranstaltungen mehrerer Lehrstuhlinhaber durchgeführt. Der Forschungsauftrag wird durch einzelne Arbeiten in den verschiedenen Bereichen realisiert. Neben individuellen Forschungsvorhaben liegt auch ein deutlicher Akzent bei interdisziplinären Projekten.

---

<sup>1</sup> Quelle: Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a.M.

So führt die Sozialakademie Dortmund alle zwei Jahre eine internationale Tagung durch, und zwar im Wechsel mit dem Forum „Hochschule und Arbeitswelt“.

Nach der Ansicht des DGB ist die Sozialakademie insofern eine Erwachsenenbildungsstätte besonderer Art, als die berufliche und gesellschaftliche Erfahrung der Teilnehmer ebenso eine Rolle spielen wie das Wissen der Dozenten; die Sozialakademie in Dortmund läßt sich deswegen – ebenso wie die Akademie der Arbeit in Frankfurt – nicht mit einer Einrichtung des universitären Bildungssystems vergleichen. Ihr Anspruch auf Vermittlung von Wissenschaft bleibt dadurch unangetastet.

Durch eine Satzungsänderung wurde mit Datum vom 15. Mai 1981 die bisherige Dozentenkonferenz in eine Akademiekonferenz umgewandelt. Dadurch erhielten die Teilnehmer der Jahreskurse und die Angestellten der Sozialakademie auch rechtlich jene Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, die sie in der Praxis bereits seit mehreren Jahren ausüben.<sup>1</sup>

### **Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)**

Von-Melle-Park 9  
20146 Hamburg  
Telefon: (0 40) 41 23 21 81  
Telefax: (0 40) 9 38 21 81  
Präsident: **Prof. Dr. Lothar Zechlin**

An der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg können in einem sechsemestrigen Studium die Disziplinen Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Rechtswissenschaft, hier insbesondere Wirtschafts- und Arbeitsrecht, mit abschließendem Diplom studiert werden. Darauf aufbauend kann man in weiteren drei Semestern den Abschluß als Diplom-Sozialökonom oder als Master für europäische Unternehmensführung erlangen. Bekannt geworden ist die HWP als die Hochschule des Zweiten Bildungsweges. Für die Aufnahme eines Studiums ist nicht die übliche Hochschulzugangsberechtigung erforderlich: Gestärkt wird die Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer Bildung, auch Nichtabiturienten/innen wird so der Zugang zur Hochschule ermöglicht.

HWP und Gewerkschaften verbindet eine lange Tradition und Zusammenarbeit. Im Jahr 1948 wurde die HWP unter dem Namen „Akademie für Gemeinwirtschaft“ von den Gewerkschaften mitbegründet. Ziel war damals die Ausbildung von Führungskräften für ein gemeinwirtschaftliches Marktsystem. 1970 erfolgte dann anlässlich der Studienverlängerung auf sechs Semester die Umbenennung in Hochschule für Wirtschaft und Politik.

---

<sup>1</sup> Quelle: Ludwig Bußmann u.a. „40 Jahre Sozialakademie Dortmund“, Berlin 1990.

Der ehemalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat hier ebenso studiert wie der Erste IGBE-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer, der ehemalige ÖTV-Chef Heinz Kluncker und Roland Issen, Vorsitzender der DAG.

Die Hans-Böckler-Stiftung gehört zu den größten Drittmittelgebern der Hochschule. Forschungsarbeiten, in deren Mittelpunkt Fragen nach Arbeit, Sozialpolitik, Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsrecht stehen, werden bevorzugt durchgeführt. Unter den Studierenden befindet sich eine Vielzahl von Hans-Böckler-Stipendiaten/innen.

Der Studiengang „Kultur- und Bildungsmanagement“, der von der HWP angeboten wurde, ist in der Bundesrepublik Deutschland einmalig.

Die Konzeption zielt auf berufstätige Praktiker mit mehrjähriger Erfahrung, wendet sich an künftige Mitarbeiter und Kulturarbeiter in den kleineren und mittleren Einrichtungen, Initiativen und Zentren der lokalen und regionalen Kulturarbeit im weitesten Sinne.

Gründe, die den Bedarf nach Kulturmanagement erklären:

- kulturelle Einrichtungen als Unternehmen mit einem kulturellen Dienstleistungsangebot und mit Künstlern und Kulturschaffenden als Mitarbeitern bedürfen – gerade vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses zwischen Kommerz und Kultur – einer soliden kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Basis
- Kultur als Standortfaktor der postmodernen Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft, Beschaffung privater Gelder als Ersatz öffentlicher Mittel (das Sponsoring) und der Ruf nach Mäzenatentum
- der Unterhaltungsindustrie und den privaten Medienkonzernen fehlen einschlägige Spezialisten.

Bei der Planung des Lehrangebots konnten die ausländischen Erfahrungen und Vorarbeiten des Qualifikationsverbundes Kultur und des Bonner Zentrums für Kulturforschung genutzt werden.

Das Studium enthält neben Schwerpunkten in Kultur- und Bildungsprozessen und Management und Administration ein praktisches Projekt, bei dem die Studierenden eine kulturelle Veranstaltung weitgehend selbständig vom Konzept bis zur Finanzierung, Werbung, Organisation und Abwicklung gestalten müssen.

Damit sollen instrumentelle Basisqualifikationen vermittelt werden, die für die meisten Tätigkeitsfelder der Kultur- und Bildungsadministration benötigt werden. Hamburg als Verlags-, Medien- und Kulturmetropole bietet ein günstiges Umfeld.

Darüber hinaus werden für Berufstätige Studiengänge „Sozial- und Gesundheitsmanagement“ sowie „Ökologisches Management“ angeboten; die Zahl der Studierenden beläuft sich zur Zeit auf 2 700.

### **Die Ruhrfestspiele GmbH**

1948 wurde die Ruhrfestspiele GmbH (Gesellschafter sind der DGB und die Stadt Recklinghausen) als „Teil gewerkschaftlicher Kulturarbeit“ gegründet. Paten wurden Hans Böckler, der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm Bitter, der Oberbürgermeister der Stadt Recklinghausen, sowie Max Brauer, Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg. In dem damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss fanden die Ruhrfestspiele einen engagierten Förderer. Seit 1978 werden die Festspiele regelmäßig am 1. Mai eröffnet. Seit 1949 beteiligt sich das Land Nordrhein-Westfalen als finanzieller Förderer.

In den Produktionen orientierten sich die Ruhrfestspiele lange am klassisch-humanistischen Bildungsideal.

Die Organisationsform:

„Neben einem politischen Europa muß es auch ein Europa der Kunst geben.“

Unter diesem Motto stehen die Ruhrfestspiele seit ihrer Reform im Jahre 1990; sie wurden umgestaltet in ein „Europäisches Festival“. Alleiniger Geschäftsführer und Festspielleiter der Ruhrfestspiele seit 1990 ist Hansgünter Heyme.

Der Kunst kommt eine entscheidende Vermittlerfunktion zu, um das scheinbar Fremde einer anderen Nation durch das Erleben ihrer kulturellen Vielfalt den Menschen näherzubringen. Dies ist zu einem wesentlichen Gedanken der Ruhrfestspiele geworden.

Die Ruhrfestspiele finden jährlich vom 1. Mai bis Ende Juni statt. Die Zuschauerzahlen bewegen sich jährlich um die 50 000. Der Etat beläuft sich jährlich auf circa ± 9 Mio. DM.

Als Sponsoren der Ruhrfestspiele gibt es seit 1991 die Ruhrkohle Umwelt GmbH, seit 1996 die Bertelsmann AG Gütersloh; die Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen fördert herausragende europäische Produktionen.

### **Gesellschaft für Jugendheime (GfJ)**

Am 23. Dezember 1955 wurde die Gesellschaft für Jugendheime mbH gegründet. Sie hat ihren Sitz in Düsseldorf. Gemäß der Satzung hat die GfJ die Aufgabe, den unmittelbaren und gemeinnützigen Zweck der Förderung der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Jugenderholung und -freizeit durch die Errichtung, den

Ausbau und den Betrieb von Bildungsstätten und Jugendheimen wahrzunehmen. Die Benutzung der von der Gesellschaft betriebenen Bildungsstätten und Jugendheime ist nicht von der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft abhängig. Die GfJ ist gemeinnützig und kann Spenden annehmen. Das Stammkapital beträgt 3 Millionen DM, alleinige Gesellschafterin der GfJ ist die Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des DGB (VTG).

In den ersten 15 Jahren lag der Schwerpunkt der Arbeit bei der Schaffung von Jugendfreizeitheimen sowie Schulungs- und Erholungsheimen. Dies hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Ab 1969/70 hatte die Errichtung von Jugendbildungsstätten oder die Umwandlung der Schulungs- und Erholungsheime in Bildungsstätten Vorrang.

Organe der Gesellschaft

Beirat: Helmut Teitzel, Vorsitzender  
Dr. Regina Görner, stellvertretende Vorsitzende

Geschäftsführung: Lothar Jessen (ab 11. März 1991)

### **DGB-Stellungnahmen im Informationsdienst (ID) und Nachrichtendienst (ND) 1991/94**

#### **Arbeitsbedingungen**

Für ein „Gesetzbuch zur Förderung und zum Schutz der Gesundheit im Arbeitsleben“ fordert der DGB unter anderem einklagbare Schutzrechte der Arbeitnehmer, eine Beweislastumkehr zugunsten der Arbeitnehmer im Berufskrankheitenrecht sowie die Formulierung eines umfassenden Pflichtensystems der Arbeitgeber einschließlich der Aufstellung betrieblicher Programme zum Gesundheitsschutz (ND vom 9. 9. 92, vom 4. 12. 92).

Die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) müsse nun umgehend in Angriff genommen werden, fordert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer und stellt die SPD-Reformvorschläge dazu als „problemgerecht und konsensfähig“ dar (ND vom 16. 6. 93).

Die europäische Richtlinie zur Bildschirmarbeit ist von der Bundesregierung immer noch nicht in eine entsprechende staatliche Verordnung umgesetzt worden. Die Arbeit mit Computern ist bekanntlich immer noch mit hohen Belastungen für den Arbeitnehmer verbunden: Bei einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz klagten zwei Drittel der Befragten über Beschwerden des Stütz- und Bewegungsapparates, 60 Prozent haben regelmäßig Kopfschmerzen, und 40 Prozent gaben Augenbeschwerden an (ND vom 27. 10. 93).

Der geplante Eingriff des Bundeskabinetts in das Arbeitsförderungsgesetz – eine sogenannte Gemeinschaftsarbeit für Arbeitslose einzuführen – stößt auf entschiedene Kritik des DGB. Damit würde nicht die Eingliederung Arbeitsloser in den regulären Arbeitsmarkt gefördert, sondern vielmehr der Entwicklung Raum gegeben, daß untertarifliche Bezahlung von Arbeit ermöglicht wird (ND vom 19. 1. 94).

Nach Berechnungen des DGB erkranken jährlich mehr als 70 000 Arbeitnehmer an Krebs, weil sie krebserzeugenden Einwirkungen am Arbeitsplatz ausgesetzt waren (ND vom 10. 3. 94).

### **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)**

Eine geplante Kürzung der staatlichen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stößt beim DGB auf Widerstand (ND vom 10. 7. 91, vom 22. 7. 91, vom 29. 8. 91).

Ebenso auf Kritik stößt der geplante Stopp bei Neubewilligungen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den alten Bundesländern (ND vom 21. 8. 92).

Der DGB kritisiert die im Bundestag beratene Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, in der die Kürzung der Finanzmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie eine Absenkung der Arbeitszeit von ABM in Ostdeutschland vorgesehen sind (ND vom 29. 9. 92, vom 15. 10. 92, vom 4. 11. 92, vom 13. 11. 92, vom 4. 12. 92, vom 11. 12. 92).

Der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit hat mit Mehrheit zugestimmt, daß bei der Berechnung von ABM-Löhnen die diesjährigen Tarife beziehungsweise die von den Arbeitgebern unter Bruch des Tarifvertrages einseitig festgelegte neunprozentige Lohnerhöhung als Bemessungsgrundlage festgesetzt wird. Darin sieht der DGB einen „eklatanten Verstoß gegen die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit“. Das ist ein unmittelbarer Eingriff in den aktuellen Tarifkonflikt in der Metallindustrie und eine Parteinahme für die Interessen der Arbeitgeber (ND vom 25. 3. 93).

Nach Meinung des DGB muß die Bundesanstalt für Arbeit von der Bundesregierung mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen, damit die berufliche Weiterbildung weiter finanziert werden kann. Anderenfalls sei ein absoluter Stopp für Weiterbildung wie bei den ABM zu befürchten mit den verheerenden Auswirkungen für die Arbeitslosen (ND vom 21. 4. 93).

Bei der dramatisch ansteigenden Massenarbeitslosigkeit ist es unverantwortlich, die Mittel für ABM-Stellen zu streichen, meint der DGB (ND vom 16. 11. 93).

Der im Bundeshaushalt fest eingeplante Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit von 17,6 Milliarden DM werde in diesem Jahr keinesfalls voll ausgeschöpft werden, so

Ursula Engelen-Kefer. Besonders die zur Verfügung stehenden Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik drohten infolge der vielfachen Leistungseinschnitte nicht voll ausgeschöpft zu werden. Die Mittel für ABM-Maßnahmen seien im ersten Halbjahr lediglich zu rund 40 Prozent und die Mittel für berufliche Weiterbildung zu rund 45 Prozent abgeflossen (ND vom 29. 7. 94).

Um der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden, bedarf es nach Auffassung des DGB einer europäischen Strategie, die von der Bundesregierung bisher nicht erfolgreich entwickelt worden sei. Die vom Kommissionspräsidenten Delors vorgelegten Vorschläge im Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ müßten rasch umgesetzt werden (ND vom 26. 4. 94).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer bezeichnet den Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Björn Engholm als „falsch und ungeeignet“, Arbeitslose für Gemeinschaftsarbeiten mit untertariflicher Bezahlung einzusetzen. Erfolgversprechender wäre es, die arbeitsmarktpolitischen Kräfte zu verbessern und Integrationshilfen auszubauen (ND vom 28. 4. 93).

Die Talsohle bei den Arbeitslosenzahlen sei noch nicht erreicht – der leichte Rückgang im April sei nur saisonbedingt, meint der DGB (ND vom 6. 5. 93).

Besonders unter älteren Beschäftigten wird ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit vom DGB befürchtet (ND vom 10. 5. 93).

Zusätzlich 20 bis 22 Milliarden DM müssen in einem Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt werden, meint DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 4. 6. 93).

Die dramatische Arbeitsmarktentwicklung erfordert nach Meinung des DGB ein Konjunkturprogramm. Wie in Ostdeutschland hat nunmehr auch die Arbeitsmarktlage in Westdeutschland alarmierende Ausmaße angenommen (ND vom 6. 7. 93).

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit hat den Nachtragshaushalt von knapp 18 Milliarden DM verabschiedet. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Länder haben jedoch nicht zustimmen können, da er den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen nicht gerecht wird und nach wie vor erhebliche finanzielle Risiken bestehen (ND vom 8. 7. 93).

Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt gleiche einem Flächenbrand. Innerhalb eines Jahres wurden in der Bundesrepublik über 500 000 Stellen abgebaut (ND vom 7. 8. 93).

Die geplanten Kürzungen im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) werden nicht nur die Arbeitslosigkeit erhöhen und Menschen massenhaft in Armut treiben, sondern

bewirken, daß Arbeitslose durch die stark vermehrte Verwaltungsarbeit sehr viel länger auf ihr Geld warten müßten (ND vom 17. 9. 93).

Die in dem normalerweise günstigen Monat September wieder angestiegenen hohen Arbeitslosenzahlen begründen sich aus der zunehmenden Nachfrageschwäche, anhaltenden Entlassungswellen und fortbestehender Exportflaute, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich (ND vom 7. 10. 93).

Das beschäftigungspolitische Ruder muß dringend herumgeworfen werden, um die dramatische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West in den Griff zu bekommen. Neue kreative arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen gefunden werden, um den schwierigen strukturellen Umbruch zu bewältigen, so die Meinung des DGB (ND vom 5. 11. 93).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer hat einen „Beschäftigungspakt“ von allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung müsse höchste Priorität erhalten (ND vom 16. 11. 93).

Die Einführung einer Viertagewoche bei VW anstelle von Entlassungen ist für die Gewerkschaften kein Tabu mehr, meint DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer. Es müsse allerdings geprüft werden, ob dieses Modell auch für andere Betriebe gelten könne (ND vom 19. 11. 93).

Als „wahren Hexensabbat von Entlassungen“ bezeichnet der DGB die derzeitige Entlassungswelle in der Bundesrepublik. Dagegen kann nur eine „Beschäftigungssicherung“ wirken. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich mit den Gewerkschaften zusammzusetzen, um abseits des öffentlichen Schlagabtauschs über Modelle zur Beendigung der Beschäftigungskrise zu reden (ND vom 8. 12. 93).

Der DGB fordert ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und hat vorgeschlagen, in brachliegenden Beschäftigungsfeldern im privaten und öffentlichen Bereich zusätzliche Arbeitsplätze für öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme zu schaffen (ND vom 14. 12. 93).

Als „Augenwischerei“ werden die Bemühungen der saarländischen Landesregierung um angebliche Verbesserungen der Teilzeitarbeitsmöglichkeiten eingestuft. Auch im Beamtenbereich sollte Teilzeitarbeit eingeführt werden (ND vom 14. 12. 93).

Der Haushalt 1994 für die Bundesanstalt für Arbeit wurde vom Bundeskabinett auf 107,2 Milliarden DM „zusammengestrichen“ und geht dabei weit über die gesetzlichen Kürzungen hinaus. Die BA verfügt danach über weniger Mittel als 1993 (ND vom 21. 12. 93).



Nach DGB-Information hat die Bundesanstalt für Arbeit 1993 mit einem Defizit von rund 24,2 Milliarden DM abgeschlossen. Der Bundeszuschuß war damit niedriger als von Bonn befürchtet. Dabei wurden die finanziellen Spielräume jedoch nicht ausgeschöpft, es wurden 1,5 Milliarden DM weniger ausgegeben als von Bonn einkalkuliert (ND vom 6. 1. 94).

DGB-Bundesvorstandsmitglied Jochen Richert betonte, Arbeitslosigkeit sei schon lange kein ausschließliches Problem von angeblich „nicht ausreichend qualifizierten“ Arbeitnehmern mehr. Selbst als „zukunftsträchtig und sicher“ bezeichnete Berufe wie Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker seien mittlerweile zunehmend betroffen (ND vom 2. 2. 94).

Die von der Bundesregierung geplante private, auf Gewinn gerichtete Arbeitsvermittlung hat DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer als schädlich, falsch und gefährlich abgelehnt (ND vom 2. 2. 94).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer erklärte, daß die „Kurzschlußhandlungen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktion nur noch Hektik und Aktionismus zeigen, statt eine verantwortliche Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit anzugehen“ (ND vom 2. 2. 94).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer befürchtet, daß die Wahlschlachten des Wahl-Mammut-Jahres 1994 eine „ernstgemeinte Beschäftigungspolitik“ unmöglich machen werden (ND vom 3. 2. 94).

Die Vier-Millionen-Grenze bei der Zahl der Arbeitslosen ist erreicht (ND vom 3. 2. 94).

Eine konkrete Wachstums- und Arbeitsmarktinitiative erwartet der DGB als deutschen Beitrag zur Überwindung der weltweiten Konjunkturschwäche auf dem Detroitter Beschäftigungsgipfel der G7-Staaten (ND vom 11. 3. 94).

Das Programm der Bundesregierung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch vermehrte Teilzeitarbeit wird vom DGB abgelehnt mit der Begründung, daß die Ist-Zahlen zur Teilzeitarbeit „geschönt“ seien (ND vom 3. 3. 94).

Für DGB-Chef Heinz-Werner Meyer steht die Schaffung ausreichender und zukunftssicherer Arbeitsplätze „ganz oben auf der politischen Tagesordnung“. „Ein Ausstieg aus dem Ziel der Vollbeschäftigung würde die Bankrotterklärung der Politik bedeuten“ (ND vom 29. 4. 94).

Als „anhaltende Arbeitsmarktkatastrophe“ hat DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer die aktuellen Arbeitsmarktzahlen beschrieben. Im April 1994 waren in Deutschland 500 000 Menschen mehr arbeitslos als ein Jahr zuvor. Im Westen legte die Arbeitslosenzahl um 17,9 Prozent, im Osten um 8,8 Prozent zu (ND vom 5. 5. 94).

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer hat der Bundesregierung vorgeworfen, ihre Aktionen zur Förderung von Teilzeitarbeit seien völlig unzureichend (ND vom 2. 8. 94).

Die Arbeitslosenzahl ist im Juli 1994 wieder um 100 000 gestiegen und erreicht damit nach wie vor einen Nachkriegsrekord trotz konjunktureller Belebung (ND vom 3. 8. 94).

Der DGB stellt einen „dramatischen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit“ fest. Bis zum Juli 1994 stieg die Zahl auf rund 1,184 Millionen, das heißt, daß fast jeder dritte Arbeitslose ein Langzeitarbeitsloser (ununterbrochen ein Jahr oder länger) ist (ND vom 29. 8. 94).

Auf einer Fachtagung unter dem Motto „Für einen Neubeginn in der Arbeitsmarktpolitik“ haben Arbeitsmarktexperten aus Wissenschaft, Praxis, Gewerkschaften und der SPD Vorschläge erarbeitet, die einen „innovativen Beitrag zur Bekämpfung der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit sowie zum ökologischen und sozialen Strukturwandel“ leisten (ND vom 30. 8. 94).

Nach Auffassung des DGB ist der Personalabbau in den alten Bundesländern noch keinesfalls gestoppt, sondern habe sich allenfalls verlangsamt. Nach einer DGB-Analyse sind von Mai 1992 bis Mai 1994 rund 760 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, davon etwa 426 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Zeitraum '92 bis '93 und 333 000 von Mai 1993 bis Mai 1994 (ND vom 16. 8. 94).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat vor beschäftigungspolitischen Fehleinschätzungen und politischer Schönfärberei gewarnt. Der Rückgang von 70 000 registrierten Arbeitslosen bedeute keine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt (ND vom 6. 9. 94).

Zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen dürfen Niedriglöhne kein Thema sein, dies bekräftigt der DGB. Dazu gehörten vielmehr Kreativität, Innovation und unternehmerisches Handeln unter Berücksichtigung der Ausbildungsqualität und des Angebots an Fachkräften in Deutschland (ND vom 14. 9. 94).

Ein breiter Konsens über mehr sozial abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze hat sich bei der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem DGB und der DAG herausgebildet. In einer gemeinsamen Erklärung betonten sie: „Innovative Teilzeitmodelle ermöglichen den Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zugleich eröffnen sie den Unternehmen die Chance, über eine verbesserte Arbeitsorganisation Produktivitätsgewinne zu erzielen“ (ND vom 16. 9. 94, vom 22. 9. 94).

## Arbeitsrecht

Im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms beabsichtigt die Bundesregierung, die Altersgrenze von Beamten, die auf Antrag vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden können, vom 62. auf das 63. Lebensjahr anzuheben. Dies lehnt der DGB als „kontraproduktiv“ wegen der ständig steigenden Arbeitslosenzahlen ab (ND vom 9. 3. 93).

Eingriffe in bestehende Arbeitsverträge zwischen Arbeitgebern und ausländischen Arbeitnehmern mit Hilfe der Arbeitserlaubnisverordnung für Ausländer lehnt der DGB ab (ND vom 10. 3. 93).

Angestellte haben nach Meinung des DGB einen besseren Kündigungsschutz, wenn sie in eine Gewerkschaft eintreten. „Eine Gleichmacherei der Kündigungsfristen nach unten werde es mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund nicht geben“, behauptet der DGB (ND vom 30. 4. 93).

Bei der „Blockadepolitik der Bundesregierung zum EG-Richtlinienentwurf über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung“ besteht offensichtlich auch ein Zusammenhang mit dem in der Bundesrepublik diskutierten nationalen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit. Dabei spiele das Bundesarbeitsgericht eine „unrühmliche Rolle“, meint die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer (ND vom 19. 5. 93).

Ein aus unabhängigen Juristen bestehendes Kontrollgremium der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) kommt in seinem diesjährigen Bericht zu dem Ergebnis, daß wichtige völkerrechtliche Sozialnormen in der Bundesrepublik nur unzureichend eingehalten werden (ND vom 3. 6. 93).

Das neue Kündigungsfristengesetz trifft Angestellte in kleinen Betrieben am härtesten. Gerade diese aber bedürften des besonderen Schutzes durch den Gesetzgeber, betonte DGB-Bundesvorstandsmitglied Jochen Richert (ND vom 11. 6. 93, vom 14. 6. 93).

Der DGB kritisiert das neue Arbeitszeitgesetz und befürchtet, daß damit „Tür und Tor“ für eine 60-Stunden-Woche geöffnet würden (ND vom 13. 7. 93).

Die Möglichkeit, auch Angestellte in Zukunft mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen zu jedem beliebigen Wochentag entlassen zu können, wird von der DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer als „unzulänglich und völlig undurchdacht“ entschieden kritisiert. Das werde zu einer Vielzahl kurzfristiger Fälle von Zwischenarbeitslosigkeit führen und damit die Zahl der Arbeitslosen insgesamt zusätzlich in die Höhe treiben – verbunden mit erheblichem Arbeits- und Finanzaufwand für die Arbeitsämter (ND vom 22. 9. 93).

Der von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern angestrebte „Beschäftigungspakt“ müßte von der Bundesregierung arbeitsmarktpolitisch unterstützt werden, fordert der DGB (ND vom 14. 10. 93).

Das sogenannte Arbeitsförderungsgesetz 1994 (AFG 1994) ist vom DGB scharf kritisiert worden. „Dieses Gesetz ist keinesfalls ein Konzept für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sowie für den sozialen Schutz der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen“ (ND vom 27. 2. 94).

Der Gesetzentwurf zur Reform des Insolvenzrechts wird von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer dahingehend interpretiert und damit kritisiert, daß vom ursprünglichen Ziel der Reform, zur Sanierung eines insolventen Betriebes beizutragen, nichts mehr übriggeblieben ist. Vor allem würden die Arbeitnehmerrechte eines zahlungsunfähigen Betriebs in unerträglicher Weise beschnitten, die Interessen der Banken und Gläubiger dagegen gewahrt (ND vom 1. 3. 94).

„Nach dem Wegfall der Schlechtwettergeldregelung haben Bauarbeiter bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall einen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die bisherige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts mache deutlich, daß in derartigen Fällen das Risiko des Arbeitsausfalls und damit des Lohnausfalls durch Arbeitslosengeldleistungen übernommen werden müsse“ – so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 4. 3. 94).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer spricht von „Scheinheiligkeit der Bonner Koalitionsparteien“ anlässlich der Beratungen des Bundestages über die gesetzliche Neuregelung des Arbeitszeitrechts. Die Bestimmungen des neuen Gesetzes würden die „Arbeitsruhe von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen“ eben nicht schützen, sondern genau das Gegenteil bewirken (ND vom 8. 3. 94).

Mit neuen Anträgen zur Änderung des Beschäftigungsförderungsgesetzes will die Bundesregierung nach Auffassung des DGB eine unverantwortliche Aushöhlung des tariflichen, sozial- und arbeitsrechtlichen Schutzes der Arbeitnehmer vornehmen (ND vom 15. 3. 94).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat sich für eine zügige Weiterentwicklung des Arbeitsrechts in Deutschland ausgesprochen. In einer Zeit, in der die Tarifautonomie und Grundstrukturen des Arbeitsrechtssystems zunehmend in Frage gestellt werden, die über Jahrzehnte anerkannt gewesen wären, gewinne die Rechtsprechung des obersten Gerichts für Arbeitssachen besonderes Gewicht (ND vom 18. 3. 94).

Die Anträge der Regierungskoalition einer Streichung des Paragraphen 12a Arbeitsförderungsgesetz, das das Verbot von Leiharbeit im Baugewerbe regelt, werden vom DGB auf das Schärfste kritisiert mit der Aufforderung, diese Anträge zurückzunehmen. Das Verbot von Leiharbeit habe eine wichtige Schutzfunktion, die

Arbeitssicherheit und die soziale Sicherheit wären sonst erheblich gestört (ND vom 25. 3. 94).

## **Arbeitsvermittlung**

Der DGB will das Alleinvermittlungsrecht der Arbeitsämter erhalten und lehnt eine Zulassung privater, gewinnorientierter Arbeitsvermittler ab (ND vom 15. 4. 91, vom 25. 2. 92, vom 4. 3. 92). Er warnt die Bundesregierung vor der Kündigung des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation über die grundsätzliche Nichtzulassung privater Arbeitsvermittler (ND vom 2. 6. 92, vom 17. 6. 92, vom 1. 7. 92).

Der DGB bedauert das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, in dem Teile des Alleinvermittlungsrechts der Bundesanstalt für Arbeit für EG-rechtswidrig erklärt werden (ND vom 3. 5. 91).

„In einer Nacht- und Nebel-Aktion sollen die arbeitsrechtlichen Bedingungen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes Ostdeutschlands erneut verschlechtert werden. Zum zweiten Mal sollen die besonderen Kündigungsvorschriften für den Öffentlichen Dienst Ostdeutschlands verlängert werden. Dies ist ein ungeheuerliches Verfahren“, erklärte das DGB-Bundesvorstandsmitglied Regina Görner (ND vom 30. 11. 93).

## **Arbeitszeit**

Auf Kritik des DGB stößt die Koalitionsvereinbarung, das geltende Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen zu streichen; nach Meinung des DGB müssen die schädlichen Auswirkungen der Nachtarbeit soweit wie möglich reduziert und die Nachtarbeit auf ein Minimum beschränkt werden (ND vom 14. 1. 91).

Der DGB bedauert das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach das Nachtarbeitsverbot für Frauen verfassungswidrig ist, begrüßt aber die darin enthaltene Verpflichtung an den Gesetzgeber, eine Regelung zum Schutz aller Arbeitnehmer vor den schädlichen Folgen der Nachtarbeit zu schaffen (ND vom 28. 1. 92, vom 3. 7. 92).

Der DGB befürwortet ein Umdenken weg von der Vorstellung eines „Normalarbeitsverhältnisses“, das eine bestimmte Dauer der Arbeitszeit zur Grundlage sozialen Schutzes macht, hin zu flexibleren Lösungen, die allerdings den Lebensrhythmus nicht allein den betrieblichen Notwendigkeiten unterwerfen dürfen (ND vom 30. 1. 91).

Auf Kritik des DGB ist der Entwurf des Bundesarbeitsministeriums für ein Arbeitszeitgesetz gestoßen, in dem unter anderem die Möglichkeit einer 60-Stunden-Wo-

che bei viermonatigem Ausgleichszeitraum, die Vorverlegung des Beginns der Tagesarbeit im Sinne des Gesetzes von 6 auf 5 Uhr und die Möglichkeit zur flexibleren Verteilung der Arbeitszeit vorgesehen sind (ND vom 21. 9. 92, vom 11. 11. 92).

Der DGB fordert den Bundesrat auf, die Teilzeitregelung für Beamte weiter auszubauen und zu verbessern, wozu die Bundesregierung eine Teilzeitiinitiative eingebracht hat (ND vom 23. 9. 93).

Unter der Überschrift „Abschied von der Sonn- und Feiertagsruhe?“ ist der DGB der Meinung, daß „trotz ständig neuer Horror-Zahlen vom Arbeitsmarkt“ es die Bundesregierung immer noch nicht zur Kenntnis nehmen wolle, daß es in der Bundesrepublik Deutschland nicht an flexiblen Arbeitszeitmöglichkeiten fehle, sondern schlicht an Arbeit. Sonst könne man es nicht verstehen, wenn sich die Regierung jetzt auf eine weitere Lockerung des Verbots von Sonn- und Feiertagsarbeit verständigt hat (ND vom 18. 2. 94).

## **Asylpolitik**

Der DGB wendet sich gegen Bestrebungen, die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes für Asylbewerber einzuschränken. Seiner Auffassung nach ist eine Beschleunigung offensichtlich aussichtsloser Asylverfahren in ausreichendem Maß durch praktische organisatorische Maßnahmen auf der Ebene der Verwaltungsverfahren möglich (ND vom 12. 9. 91, vom 17. 10. 91, vom 18. 3. 92, vom 28. 8. 92, vom 22. 9. 92, vom 22. 10. 92, ID vom 12. 9. 91, vom 12. 10. 92).

Im Zuge der Öffnung des Europäischen Binnenmarktes sollte nach Meinung des DGB die Kompetenz zur Koordinierung der Einwanderungspolitik auf die Gemeinschaft übergehen. Insbesondere müsse das Grundrecht auf Asyl im EG-Vertrag verankert werden (ND vom 5. 12. 91, vom 6. 12. 91).

Zusätzlich zur Einwanderungsgesetzgebung müssen nach Auffassung des DGB die Fluchtursachen beseitigt werden, unter anderem durch wirtschaftliche Unterstützung der Länder Ost- und Südeuropas (ND vom 25. 9. 92).

## **Ausländerpolitik, -feindlichkeit**

„Die Ausländerhetze“ alltäglich zurückweisen, dazu hat der DGB aufgerufen. Dies werde auch im Jahr 1993 vorrangiges Ziel des DGB sein (ND vom 18. 12. 92).

Der DGB und die deutschen Arbeitgeber haben sich gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß ausgesprochen und gleichzeitig mehr Demokratie und Toleranz gefordert (ND vom 11. 1. 93).

„Mit qualifizierter Ausbildung gegen Fremdenfeindlichkeit“, diese Möglichkeit sieht Ulf Fink, stellvertretender Vorsitzender des DGB. Viele Ausbildungsbetriebe hätten schon positive Erfahrungen mit der Ausbildung von jungen Ausländern gemacht. Dafür spricht unter anderem, daß circa 40 Prozent der ausländischen Schulabgänger über einen mittleren Bildungsabschluß oder Abitur verfügten (ND vom 22. 1. 93).

„Integration, nicht Aus- und Abgrenzung“ müsse bestimmendes Element der deutschen und europäischen Ausländerpolitik sein, forderte DGB-Vorstandsmitglied Jochen Richert anläßlich des UN-Tages gegen Rassismus in Düsseldorf (ND vom 19. 3. 93).

Ein „soziales Training“ gegen Rassismus könne nach Meinung des DGB die fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffe bekämpfen. Um aus einer Art Hilflosigkeit gegenüber diesem Phänomen herauszukommen, müßten Lehrer, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in der außerschulischen Jugendarbeit, aber auch Vertrauensleute und Betriebsräte in den Betrieben gezielt geschult werden (ND vom 22. 6. 93).

Die Forderung von Bundesaußenminister Kinkel nach einer gesetzlichen Zuwanderungsregelung wurde vom DGB begrüßt (ND vom 4. 8. 93).

Eine Million Unterschriften für das „Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft“ sprechen nach Auffassung des DGB eine deutliche Sprache für die Verwirklichung dieser Forderung (ND vom 20. 10. 93).

Zum Jahrestag der Reichsprogromnacht 1938 warnt der DGB eindringlich vor Antisemitismus, Fremdenhaß und Gewalt (ND vom 9. 11. 93).

Benachteiligungen und Diskriminierungen aufgrund ethnischer Besonderheiten haben in der Bundesrepublik zugenommen. Deshalb fordert der DGB eine integrative Migrationspolitik, in die sich eine Gesetzgebung zum Schutz vor ethnischen Diskriminierungen einfügt (ID vom 10. 11. 93.)

Angesichts der absehbaren wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Entwicklung brauche die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft Zuwanderung, zumal auch immer mehr Deutsche in anderen Ländern leben und arbeiten würden. Selbst in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit könne Zuwanderung möglich sein – es dürfe also keine „Festung Europa“ geben (ND vom 2. 12. 93).

Anläßlich des 20jährigen Bestehens des Arbeitskreises „Ausländische Arbeitnehmer“ sprachen sich BDA und DGB gemeinsam dafür aus, daß Ausländer und Deutsche in Deutschland gemeinsam und einvernehmlich zusammenleben müssen (ND vom 10. 12. 93).

Mit der Frage: „Was hat der Kölner Polizeipräsident gegen Antirassismus?“ wendet sich der DGB gegen die Entscheidung, die Jugendinitiative „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) ohne Begründung nicht ins Vereinsregister eintragen zu lassen (ND vom 9. 3. 94).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer warnt die Bundesregierung vor einer „Rechts-Abgleitung“, wenn sie es nicht schafft, den jungen Bürgerinnen und Bürgern ausreichende Zukunfts- und Lebensperspektiven zu eröffnen. Anderenfalls würden die Jugendlichen dadurch „rechtsextremen Rattenfängern“ in die Arme getrieben (ND vom 29. 4. 94).

Die Arbeitslosigkeit bei Ausländern ist nach Auffassung vom DGB nur als katastrophal zu bezeichnen. Besonders ausländische Frauen und junge Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, seien benachteiligt (ND vom 18. 3. 94).

## **Bildungspolitik, Forschung und Entwicklung**

Der DGB fordert ein grundlegendes Förderprogramm für Sanierung und Neubau der Berufsschulen in den neuen Ländern; dabei müßten die in den alten Bundesländern vorhandenen Sanierungs- und Neubaukonzepte den neuen Ländern zur Verfügung gestellt werden (ND vom 30. 4. 91).

Der DGB fordert eine Anhebung der Zahl der Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern, insbesondere im Öffentlichen Dienst (ND vom 28. 6. 1991, vom 22. 8. 91).

Nach Auffassung des DGB müßten die Betriebe in Ostdeutschland Jugendliche verstärkt selbst ausbilden; die außerbetriebliche Ausbildung müsse stark reduziert werden (ND vom 22. 7. 91).

Der DGB fordert den Ausbau der Investitionen in Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen durch die Verabschiedung von Weiterbildungsgesetzen in den Bundesländern (ND vom 4. 9. 91).

Vor dem Hintergrund, daß 1991 erstmals mehr junge Menschen an Hochschulen als in der betrieblichen Ausbildung sind, hält der DGB eine neue bildungspolitische Grundsatzdebatte sowie eine Neugestaltung des Bildungs- und Ausbildungssystems in der Bundesrepublik mit Stärkung der beruflichen Ausbildung für erforderlich (ND vom 26. 11. 91, vom 6. 3. 92).

Der DGB fordert eine Ost-West-Angleichung auch beim Bildungsurlaub sowie darüber hinaus die Verabschiedung eines Bundesbildungsurlaubsgesetzes (ND vom 24. 4. 92).



Der DGB fordert die Einführung des Fachs „Arbeitslehre“ im Pflichtbereich aller Schulen der Sekundarstufe I, in dem wirtschaftliche, politisch-soziale, ökologische und technische Inhalte verknüpft werden sollten (ND vom 24. 6. 92).

Angesichts des Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen, insbesondere in Ostdeutschland, fordert der DGB die Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe (ND vom 5. 8. 92).

Auf Kritik des DGB stößt die im Bundestag beratene Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die die Kürzung der Finanzmittel für berufliche Weiterbildung vorsieht (ND vom 29. 9. 92, vom 15. 10. 92, vom 4. 11. 92, vom 13. 11. 92).

Der DGB fordert die Beibehaltung der Bundeseinheitlichkeit der beruflichen Bildung sowie die Durchführung von Reformen, die die Bildung eines zentralen Berufsbildungsfonds, die Verlagerung von Verwaltungs- und Kontrollfunktionen auf ein Bundesamt für Berufsbildung sowie die Realisierung der beruflichen mit der allgemeinen Bildung beinhalten (ND vom 12. 11. 92).

Der DGB warnt vor Kürzungen oder einer Stagnation der Finanzmittel zur politischen Bildung (ND vom 25. 11. 92).

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des Berufsbildungsberichtes '93 gibt erneut Anstoß, eine deutliche Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung sowie der persönlichen und beruflichen Lebensperspektive durchzusetzen, erklärte Ulf Fink, stellvertretender Vorsitzender des DGB (ND vom 12. 1. 93).

Die Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, die bestehende Zuständigkeit des Bundes im Bildungswesen zugunsten der Länder zu verschieben, wird vom DGB abgelehnt. Die Bundeskompetenz in der Berufsbildung sollte erhalten bleiben, da dies sonst einen Einschnitt in die Regelungskompetenz des Bundes bedeuten würde. Negative Auswirkungen auf die berufliche Ausbildung wären die Folge, und das Grundprinzip des dualen Systems wäre in Frage gestellt, meinte Ulf Fink (ND vom 4. 2. 93).

Bei der Berufsausbildung junger Ausländer sollten Barrieren abgebaut werden, meint der DGB. Trotz steigender Ausbildungsbereitschaft liege die Ausbildungsquote der 15- bis 19jährigen ausländischen Bevölkerung erst bei 37 Prozent, bei den Deutschen demgegenüber bei 76 Prozent (ND vom 9. 2. 93).

Ein Neun-Punkte-Programm zur verbesserten Ost-Berufsausbildung stellte der DGB zusammen. Nur so könne – meint Ulf Fink (stellvertretender Vorsitzender) – die unzureichende Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation verbessert werden (ND vom 25. 1. 93).

Das Ausbildungsangebot im Dienstleistungsbereich wird in Ostdeutschland täglich schlechter. Den 22 055 angebotenen Stellen standen im Februar 1993 genau

55 488 Bewerber gegenüber. Diese Zahlen veröffentlichte das Berliner Büro des Bundesvorstandes (ND vom 31. 3. 93).

Die fünf DGB-Landesbezirksvorsitzenden fordern wegen der drohenden Ausbildungskatastrophe in Ostdeutschland ein „Sonderprogramm Ausbildung Ost“ und verlangen von der Treuhand, mehr Ausbildungsplätze anzubieten als bisher geplant (ND vom 29. 4. 93).

Die Bundesanstalt für Arbeit hat drastische Kürzungen bei der beruflichen Weiterbildung beschlossen. Das habe einschneidende Konsequenzen für viele von der Arbeitslosigkeit bedrohte Ausbildungswillige (ND vom 29. 4. 93).

Auf der diesjährigen Mai-Kundgebung in Duisburg wurde vom DGB ein gesamtdeutsches Investitionsprogramm, das durch eine Ergänzungsabgabe finanziert werden könnte, gefordert, um die dramatische Rezession der Wirtschaft zu entschärfen (ND vom 30. 4. 93).

Die Bonner Finanz- und Arbeitsmarktpolitik verursache einen „Marktradikalismus“ und gefährde damit die Zukunft, kritisierte die Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg den Abbau der AFG-geförderten beruflichen Weiterbildung durch die Bundesregierung (ND vom 11. 5. 93).

Als „Ausbildungsnotstand“ bezeichnet der DGB die Ausbildungssituation in Ostdeutschland und fordert für 1993/94 ein Bundesprogramm zur Finanzierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze (ND vom 11. 6. 93, vom 18. 8. 93, vom 3. 9. 93).

Die industrielle Forschung und Entwicklungskapazitäten in Ostdeutschland zu erhalten, sieht der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink als bedeutsam und wichtig an. Insbesondere für die Unternehmen der Treuhand sei der Abbau und Zerfall von Innovationspotential der ehemaligen DDR in dem wirtschaftlichen Strukturbruch begründet, der nach der Wiedervereinigung eingesetzt habe (ND vom 5. 7. 93).

Der DGB fordert eine zügige und wirksame Umsetzung des „Ausbildungsprogramms Ost“ von der Bundesregierung, den neuen Bundesländern und der EG für die Jugendlichen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Es kommt darauf an, das 500 Millionen umfassende Ausbildungsprogramm Ost vor Ort umzusetzen und damit wenigstens 10 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu fördern (ND vom 1. 10. 93).

Wenn Einsparungsmaßnahmen auch bei den Sozialgesetzen nötig sind, dann dürfe dies nicht gerade bei den sozial Schwächsten erfolgen. Diese Kritik bezieht sich auf die Pläne der Bundesregierung, das Bafög zu kürzen. Dies würde die Zugangsmög-

lichkeiten für Kinder aus einkommensschwächeren Familien besonders treffen (ND vom 22. 1. 94).

Nach Auffassung von DGB-Vize Ulf Fink muß die Weiterbildung im Zuge einer „zweiten Bildungsrevolution“ zur Bewältigung des Strukturwandels und zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft ausgebaut werden (ND vom 17. 2. 94).

Der DGB warnt vor den negativen Folgen der immer noch unzureichenden Anzahl von Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern. Diesem Mißstand könnte mit einer gesetzlich veranlaßten Umlagefinanzierung begegnet werden: Betriebe, die nicht ausbilden, müßten eine Abgabe zahlen, damit andere mit diesem Geld ausbilden könnten (ND vom 9. 8. 94).

DGB-Vorstandsmitglied Regina Görner fordert von den Politikern, die Warnungen der OECD zur Jugendarbeitslosigkeit ernst zu nehmen. Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher liege vielfach zwei- bis dreimal so hoch wie bei Erwachsenen. Als Gegenmittel hatte die OECD das duale Ausbildungssystem (Deutschland, Österreich) empfohlen. Doch hier sieht Regina Görner eine „strukturelle Krise“ im Ausbildungssystem (ND vom 20. 7. 94, vom 26. 7. 94, vom 25. 8. 94).

In einem Gespräch mit Bundesbildungsminister Prof. Dr. Laermann forderte Regina Görner, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, eine Qualitätssicherung für die berufliche Weiterbildung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage (ND vom 29. 8. 94).

## **Deutsche Einheit**

In einem wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Sofortprogramm für die neuen Bundesländer fordert der DGB Maßnahmen zur Infrastrukturverbesserung, zur Förderung von Wohnungsbau und Energieeinsparung sowie zur stärkeren Finanzierung von Weiterbildung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ND vom 5. 2. 91).

Der DGB fordert einen Arbeitsmarktbeitrag für alle Erwerbstätigen, insbesondere auch der Selbständigen, Freiberufler und Beamten, zur Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Arbeitsbeschaffungsprojekte (ND vom 5. 2. 91, vom 6. 2. 91, vom 15. 2. 91, vom 9. 4. 91, vom 22. 7. 91, vom 17. 10. 91, vom 4. 11. 92, vom 5. 11. 92, ID vom 6. 5. 92).

Der DGB erneuert seine Forderungen nach einem Solidarpakt, in dem private und öffentliche Investitionen sowie umfangreiche Qualifikations- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ineinandergreifen und dessen Lasten sozial gerecht verteilt werden. Insbesondere seien ein gesellschaftlicher Konsens und die praktische Zusammenarbeit aller maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen erforderlich (ND vom 15. 2. 91, vom 19. 2. 91).

Der DGB spricht sich aus für eine „Wiederaufbauabgabe Ost“ nach dem Vorbild der Investitionshilfeabgabe zu Anfang der fünfziger Jahre, die von allen „potentiellen Investoren“ erhoben werden soll; Investitionen in die neuen Bundesländer sollten gegengerechnet werden können (ND vom 15. 2. 91).

Der DGB wendet sich gegen Zwangsversetzungen oder Zwangsabordnungen westdeutscher Beamter in die neuen Bundesländer zum Aufbau einer demokratischen öffentlichen Verwaltung in Kommunen und Ländern. Er spricht sich für den Einsatz von Freiwilligen aus, die durch die Verbesserung der sozialen Infrastruktur gewonnen werden müßten (ND vom 1. 3. 91, vom 13. 8. 92).

Der DGB befürwortet ein kreditfinanziertes öffentliches Infrastrukturprogramm für Ostdeutschland (ND vom 5. 3. 91).

Nach Ansicht des DGB sollte in Ostdeutschland das Recht eines enteigneten früheren Eigentümers auf Rückgabe seines Vermögens durch die Pflicht des Staates zur Entschädigung ersetzt werden, um arbeitsplatzschaffenden und -sichernden Investitionen den Vorrang zu geben (ND vom 5. 3. 91, vom 7. 5. 92).

Der Beschluß des Bundestags-Rechtsausschusses, den § 613a BGB für eine befristete Zeit in den neuen Bundesländern in Konkursfällen auszusetzen, ist auf Widerstand des DGB gestoßen, der eine unbedingte Geltung des § 613a fordert (ND vom 13. 3. 91).

Der DGB warnt vor einem zu schnellen Abbau der Subventionen für Ostdeutschland im Rahmen des „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“ und spricht sich für eine Fortführung auf mindestens fünf Jahre aus (ND vom 21. 3. 91, vom 31. 5. 91, vom 7. 8. 91).

Der DGB bezweifelt die Wirksamkeit von Investivlöhnen bei der Kapitalbeschaffung für Investitionen in den neuen Bundesländern. Statt dessen schlägt er die Ausgabe zinsverbilligter Anleihen vor (ND vom 10. 6. 91, vom 15. 11. 91).

Der DGB fordert die Bundesregierung auf, ein struktur- und finanzpolitisches Gesamtkonzept für die soziale Gestaltung der deutschen Einheit vorzulegen (ND vom 5. 11. 91, vom 25. 11. 91).

Der DGB setzt sich für eine Verlängerung der Kurzarbeiterregelung in den neuen Bundesländern ein (ND vom 6. 11. 91, vom 8. 10. 91, ID vom 6. 5. 92).

Nach Auffassung des DGB sollten die Mehreinnahmen aus dem Bundesbankgewinn statt zur Tilgung von Altschulden zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ verwendet werden (ND vom 12. 11. 91).

Der DGB appelliert an die privaten Wirtschaftsunternehmen, verstärkt in den neuen Bundesländern zu investieren, um den Aufschwung zu beschleunigen. Von

seiten der Bundesregierung müsse dazu notfalls entsprechender Druck ausgeübt werden (ND vom 4. 4. 91, vom 29. 11. 91, vom 19. 2. 92, vom 23. 2. 92, vom 5. 10. 92).

Der DGB setzt sich für eine Veränderung der Kompetenzen der Treuhandanstalt ein und fordert die Gründung von Industrieholdings in bestimmten Bereichen, die die Aufgabe haben sollten, die in ihm zusammengefaßten Betriebe zu sanieren (ND vom 4. 6. 91). Außerdem wird die Unterstützung der Treuhand bei der Errichtung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gefordert (ND vom 26. 8. 91, vom 7. 5. 92, ID vom 6. 5. 92).

Auf Kritik des DGB ist der Entwurf des Bundesfinanzministeriums für ein Standorticherungsgesetz mit einer geplanten, nach Meinung des DGB unzureichenden Erhöhung des Grundfreibetrages gestoßen (ND vom 5. 6. 92).

Der DGB spricht sich gegen die Einführung einer Zwangsanleihe für Besserverdienende aus und fordert statt dessen für die Bezieher höherer Einkommen eine weitergehende Ergänzungs- oder Solidaritätsabgabe (ND vom 1. 9. 92).

Der DGB fordert eine Einbeziehung der neuen Bundesländer in einen gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich ab 1995 sowie eine höhere Beteiligung des Bundes, insbesondere in Form von Ergänzungszuweisungen an leistungsschwache Länder (ND vom 12. 11. 92).

Zur Finanzierung der deutschen Einheit sollten von den Beamten keine weiteren „Sonderopfer“ gefordert werden, meint der DGB, da diese durch die zweimonatige Verspätung ihrer Besoldungsanpassung einen genügenden Beitrag geleistet hätten. Abzulehnen wäre diese Lösung außerdem auch deshalb, weil sich dann Freiberufler, Selbständige, Abgeordnete und Regierungsmitglieder „erneut aus ihrer Verantwortung einer finanziellen Beteiligung der Einheitskosten herauswinden könnten“. Die Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages wäre zur Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Aufgaben deshalb sinnvoller und effizienter, betonte DGB-Vorstandsmitglied Regina Görner (ND vom 1. 12. 92).

Zu solidarischem Zusammenhalten hat der DGB-Vorsitzende, Heinz-Werner Meyer, die Deutschen in Ost und West aufgerufen. Die mißliche wirtschaftliche und soziale Situation dürfe nicht zu gegenseitigen Schuldzuweisungen verführen (ND vom 24. 9. 93).

Der DGB und der Deutsche Naturschutzring (DNR) behaupten, daß die Bundesregierung die Strukturförderung in den neuen Bundesländern gefährde. „Zur Unterstützung einer dauerhaften wirtschaftlichen Entwicklung hat die EU den neuen Ländern für die Jahre 1994 bis 1999 Mittel in Höhe von 27,5 Milliarden DM zur Strukturentwicklung im Rahmen der europäischen Strukturfonds in Aussicht ge-

stellt.“ Die von der Bundesregierung vorgelegten Förderkonzepte konnten jedoch von der EU-Kommission nicht akzeptiert werden (ND vom 21. 3. 94).

## **DGB-Politik**

Das Ziel der zur Zeit vom DGB in Gang gesetzten Organisationsreform ist die politische Stärkung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Meyer: „Wenn es gelingt, die Arbeit da zu verbessern, wo die Gewerkschaften den DGB brauchen, dann macht auch ein kleinerer Bund nicht schwächer, sondern er kann ihn politisch stärker machen“ (ND vom 11. 2. 94).

## **EU-Binnenmarkt**

Der DGB fordert zum neuen EG-Vertrag die Gleichstellung von Sozialpolitik und Wirtschafts- und Währungspolitik. Insbesondere müsse dem Beschäftigungsziel der gleiche Rang wie der Preisstabilität beigemessen werden (ND vom 5. 12. 91, vom 6. 12. 91, vom 16. 1. 92, vom 5. 5. 92, ID vom 5. 5. 92).

Der DGB fordert vom EG-Gipfel in Edinburgh die uneingeschränkte Unterstützung eines europäischen Investitionsfonds zur Vergabe zinsverbilligter Investitionskredite sowie die Ergänzung durch nationale Maßnahmen zur Nachfragestärkung (ND vom 30. 11. 92, vom 10. 12. 92).

Ab Januar 1993 soll der einheitliche europäische Binnenmarkt auch im Arbeitsschutz verwirklicht werden. Der DGB fordert deshalb einen Regierungsentwurf für ein Arbeitsschutzgesetz. Doch sei jetzt schon absehbar, daß das gesamte Gesetzgebungsverfahren noch bis weit ins Jahr 1993 hinein dauern werde (ND vom 9. 12. 92).

Die Einigung der EG-Außenminister über die Verteilung der Strukturfondsmittel der EG in den Jahren 1994 bis 1999, die aber noch von den EG-Gremien bestätigt werden muß, ist vom DGB begrüßt worden. Die neuen Bundesländer können dadurch jährlich mehr als vier Milliarden DM für regionale und arbeitsmarktpolitische sowie für Agrarstruktur-Maßnahmen verplanen. Hierfür müßten von den neuen Ländern alsbald regionale Entwicklungspläne für die nächsten Jahre erstellt werden (ND vom 5. 7. 93).

Im Hinblick auf die Europawahl 1994 forderte der DGB: „Arbeitsplätze schaffen – Wirtschaftsstandort stärken“ und stellte einen Fünf-Punkte-Katalog auf. Außerdem wird gefordert, Arbeitnehmerrechte durchzusetzen, ein soziales Europa zu gestalten, die Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz gesamteuropäisch zu verbessern, solidarische Hilfe für Mittel- und Osteuropa und die Entwicklungsländer zu

leisten sowie eine weitergehende Demokratisierung der Europäischen Union zu verwirklichen (ND vom 6. 9. 93).

Beim Aufbau eines gemeinsamen Europas dürfen die regionalen Unterschiede nicht unbeachtet bleiben. Europa von unten heranwachsen lassen – dies ist die Meinung von DGB-Chef Heinz-Werner Meyer (ND vom 22. 10. 93).

Vor einer überstürzten Erweiterung der europäischen Integration nach Osten hat DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer mit Bezug auf die gemachten Erfahrungen hinsichtlich der ehemaligen DDR gewarnt und plädierte für längere Anpassungsfristen (ND vom 29. 10. 93).

Der DGB begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum sogenannten „Maastricht-Vertrag“ über die Europäische Union. Dabei sei entscheidend, daß durch dieses Urteil keinerlei Nachverhandlung des Vertrages notwendig sei und der Hinterlegung der deutschen Ratifizierungsurkunde in Rom nichts mehr im Wege stehe (ND vom 12. 10. 93).

Die von der Europäischen Kommission geforderte Investitionsoffensive sollte schnellstens durch einen deutschen Beitrag in den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation und Umwelt unterstützt werden. Dies fordert der DGB (ND vom 24. 2. 94).

Der DGB-Bundesvorstand hat – ausgehend von dem von der Europäischen Kommission vorgelegten Weißbuch – die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (1. 7. bis 31. 12. 94) eine Beschäftigungsinitiative einzuleiten, und schlägt dazu einen „Europäischen Innovationsrat“ vor, der vor allem in den Bereichen Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur und Umweltschutz aktiv werden soll (ND vom 3. 5. 94).

Die Schaffung einer einheitlichen Währung in Europa dürfe nicht zum Selbstzweck werden. „Die Wirtschafts- und Währungsunion darf sich nicht nur an der Zielsetzung der Währungsstabilität orientieren, sondern muß auch nachdrücklich beschäftigungspolitische Aspekte in ihre Politik mit einbeziehen“, forderte Bundesvorstandsmitglied Michael Geuenich (ND vom 9. 9. 94).

## **EU-Mitbestimmung**

Nach Auffassung des DGB sollten Rahmenvereinbarungen über Arbeitsschutz, Mitbestimmung und Arbeitszeiten in Zukunft zwischen den Sozialpartnern auf europäischer Ebene abgeschlossen werden (ND vom 23. 5. 91).

Der DGB fordert die Einführung europäischer Betriebsräte in transnationalen Unternehmen. Daneben verlangt er die Aufnahme sozialer Grundnormen wie Diskrimi-

nierungsverbot, Koalitionsfreiheit und Zulässigkeit europäischer Tarifverträge in den EWG-Vertrag (ND vom 17. 4. 91, vom 3. 6. 91, vom 2. 7. 91, vom 26. 9. 91, vom 6. 11. 91, ID vom 28. 1. 91).

Als „ungeheuerlichen Skandal“ hat der DGB die Forderung der europäischen Arbeitgeber- und Industrieverbände bezeichnet, den Gesetzentwurf der EG-Kommission über die Bildung Europäischer Betriebsräte zurückzuziehen. Die Arbeitgeberverbände profitierten zwar selbst von den Vorteilen eines grenzenlosen Binnenmarktes, den Arbeitnehmern wollten sie jedoch jegliche Schutzrechte auf EG-Ebene verweigern (ND vom 8. 9. 93).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer wies darauf hin, daß die Verabschiedung der Richtlinie zur Errichtung Europäischer Betriebsräte bereits seit vielen Jahren überfällig sei (ND vom 9. 2. 94).

DGB-Vorstandsmitglied Jochen Richert fordert die Bundesregierung auf, die EU-Richtlinie „Bildschirmarbeit“ konsequent in deutsches Recht umzusetzen (ND vom 25. 2. 94).

Der DGB begrüßt die Billigung des Richtlinienentwurfs der EU-Kommission über die Schaffung Europäischer Betriebsräte durch das Europa-Parlament. Damit sei nach fast 20jährigem Bemühen die Schaffung von Arbeitnehmervertretungen auf europäischer Ebene in greifbare Nähe gerückt (ND vom 15. 9. 94).

## **Energiepolitik**

Der DGB fordert ein umfassendes Energieversorgungskonzept für den Bereich der ehemaligen DDR mit Vorrang für Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung (ND vom 15. 3. 91).

Der deutsche Steinkohlebergbau ist nach Meinung des DGB für die Sicherheit der Energieversorgung unerlässlich. Eine starke Senkung der Fördermenge lehnt der DGB ab (ND vom 29. 4. 91).

Der DGB-Vorsitzende Meyer spricht sich für einen Verzicht auf die Kernenergie und eine gleichzeitige weitere Förderung des Steinkohle- und Braunkohleabbaus aus (ND vom 7. 5. 91).

Statt der Kohlendioxyd-Abgabe fordert der DGB die Einführung einer „allgemeinen Energieabgabe“ für alle nicht regenerativen Primärenergieträger (ND vom 3. 12. 91).

Ein parteien- und gruppenübergreifender energiepolitischer Grundkonsens ist nach Auffassung des DGB möglich, meint DGB-Bundesvorstandsmitglied Michael Geue-



nich. Energiewirtschaftliche Effizienz, Energieeinsparung und Förderung regenerativer Energienutzung fordern schnelle Entscheidungen (ID vom 3. 5. 93).

### **FDGB-Vermögen**

Der DGB stellt keinerlei Ansprüche an das Vermögen der ehemaligen DDR-Gewerkschaft FDGB. DGB-Vorstandsmitglied Helmut Tietzel schließt davon allerdings die Vermögen aus, die den Gewerkschaften vor 1933 gehörten und von den Nationalsozialisten zwangsweise enteignet wurden. Entsprechende Anträge seien bei den zuständigen Behörden bereits gestellt (ND vom 29. 1. 91).

### **Forschungspolitik**

Der DGB spricht sich für eine Ausweitung des Forschungsetats aus. Insbesondere müssten die Ausgaben für gesellschaftliche Vorsorgeforschung, Technikfolgenabschätzung und Humanisierung der Arbeitswelt aufgestockt werden (ND vom 4. 2. 91, vom 2. 7. 91). Der Anteil der Weltraumforschung am Forschungsetat sollte dagegen nach Auffassung des DGB reduziert werden (ND vom 13. 11. 91, vom 4. 6. 92).

Nach Auffassung des DGB ist eine aktive Politik der Hochtechnologieförderung auf europäischer Ebene erforderlich, um den Fortbestand der europäischen Mikroelektronikindustrie zu sichern (ND vom 10. 12. 91). Mehr Subventionen müssten jedoch mit einer Veränderung der Organisations- und Arbeitsstrukturen in den Unternehmen einhergehen (ND vom 27. 2. 92).

### **Frauenförderung**

Der DGB hat an Wirtschaft und Öffentlichen Dienst appelliert, zukünftig verstärkt Einstiegsmöglichkeiten für Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen anzubieten. Ulf Fink verwies darauf, daß gerade solche Berufe trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwächeperiode gute Zukunftsperspektiven böten (ND vom 18. 3. 93).

Auf der Eröffnung der Frauenmesse „top '93“ in Düsseldorf stellte der DGB seine Beschäftigungsprojekte für Frauen aus den neuen Bundesländern vor (ND vom 1. 7. 93).

1994 soll das „Jahr der weiblichen Gegenwehr“ werden. Dazu hat der DGB beschlossen, vor allem den internationalen Frauentag am 8. März 1994 als Protesttag zu nutzen. „Frau geht vor – bei Entlassung und Arbeitslosigkeit, bei geringfügiger

Beschäftigung, niedrigen Löhnen und kleinen Renten. Dagegen wollen sich die Frauen wehren“, meint DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 10. 9. 93).

Die massenhafte Arbeitslosigkeit, vor allem bei Frauen in den neuen Bundesländern, ist durch ein massives Zurück- und Herausdrängen von Frauen aus allen Wirtschaftsbereichen gekennzeichnet. In einzelnen Regionen beträgt der Anteil von Frauen an den Arbeitslosen bereits 70 Prozent. Dafür will der DGB spezielle Tips geben (ND vom 27. 9. 93).

Die Frauen- und Gleichstellungspolitik der Bundesregierung ist – wie andere wirtschaftliche und soziale Problemfelder auch – in „schweres Gewässer“ geraten (ND vom 28. 9. 93).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat darauf hingewiesen, daß der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Diskriminierungsverbot bei Bewerbungen auch Auswirkungen auf das geplante Gleichstellungsgesetz haben muß (ND vom 18. 1. 94).

Die Frauen sind weiterhin die „Verlierer“ bei der steigenden Massenarbeitslosigkeit, konstatiert der DGB. Die Bundesregierung habe in unverantwortlicher Weise die arbeitsmarktpolitischen Hilfen zusammengestrichen (ND vom 3. 3. 94, vom 8. 3. 94).

DGB-Vorstandsmitglied Regina Görner bezeichnet das Zweite Gleichberechtigungsgesetz als „Flop“ und meint damit vor allem, daß die Anwendung dieses Gesetzes nur für den Öffentlichen Dienst und nicht auch für die private Wirtschaft gelten solle und somit lediglich 600 000 statt der ursprünglich 1,7 Millionen Arbeitnehmerinnen davon profitieren können (ND vom 8. 3. 94).

„Entweder Erwerbsarbeit oder Kindererziehung“ – diese Alternative ist nach Auffassung des DGB heute nicht mehr akzeptabel und gehe an der Realität völlig vorbei. Die hohe Zahl der weiblichen Arbeitslosen (2 Millionen) fordere daher, alle Spielräume für eine beschäftigungsfördernde Arbeitszeitpolitik auszuschöpfen (ND vom 26. 8. 94).

## **Gesundheitspolitik**

Vorschläge des Bundesgesundheitsministeriums zu einer Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, in denen die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten sowie ein kassenartenübergreifender Risikostrukturausgleich geplant sind, werden vom DGB begrüßt (ND vom 17. 5. 91, vom 3. 3. 92, vom 1. 6. 92, vom 24. 7. 92, vom 28. 9. 92, ID vom 7. 7. 92). Daneben spricht sich der DGB für eine Neuorganisation der Kassen auf Länderebene aus (ND vom 26. 8. 91, vom 3. 3. 92, ID vom 7. 7. 92).

Der DGB wendet sich gegen eine Anrechnung der von den Krankenkassen gewährten Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit auf die Sozialhilfe (ND vom 15. 5. 91, vom 6. 6. 91).

Der DGB lehnt eine Erhöhung der Selbstbeteiligung und der Krankenkassenbeiträge ab und fordert statt dessen die Ausschöpfung der Wirtschaftlichkeitsreserven bei den Leistungsanbietern (ND vom 4. 12. 91, vom 21. 4. 92, vom 1. 6. 92, vom 11. 8. 92, ID vom 7. 7. 92).

Der DGB wendet sich gegen die vom Gesundheitsministerium vorgestellten Eckpunkte eines Gesundheitsstrukturgesetzes. Insbesondere kritisiert er die geplante höhere Selbstbeteiligung für Patienten durch eine prozentuale Zuzahlung für festbetragsgebundene Arzneimittel (ND vom 3. 6. 92, vom 16. 6. 92, ID vom 7. 7. 92).

Der DGB fordert die Begrenzung der Zahl der niedergelassenen Ärzte sowie eine Reform des Honorierungssystems mit der Einführung von Arzneimittelhöchstbeträgen (Budgets) für Ärzte (ID vom 7. 7. 92, ND vom 28. 9. 92).

Der DGB begrüßt den parteiübergreifenden Kompromiß von Lahnstein zur Gesundheitsreform, in dem unter anderem ein kassenartenübergreifender Risikoausgleich sowie die Einführung der Kassenwahlrechte auch für Arbeiter vorgesehen sind (ND vom 5. 10. 92).

Der DGB hält Korrekturen am Entwurf zum Gesundheitsstrukturgesetz für notwendig. Neben der Streichung der Neuregelung der Zuzahlung zu Arzneimitteln ab 1994 in Abhängigkeit von der Packungsgröße fordert er eine Abschaffung der geplanten höheren Belastung von Rentnern, die vormalig freiwillig versichert waren. Durch den aufgrund dieser erhöhten Belastung befürchteten Wechsel vieler freiwillig Versicherter zur privaten Krankenversicherung entstünden den gesetzlichen Kassen Einnahmeverluste (ND vom 4. 11. 92).

Nach der Einführung des Kassenwahlrechts für Arbeiter fordert der DGB auch die Öffnung der Krankenkassen für Beamte. Dabei sollten die Dienstherren die Hälfte des Beitrags zahlen (ND vom 9. 11. 92).

Der „Blaue Montag“ ist ein Lügenmärchen, sagt der Arbeitsschutzexperte des DGB, Reinhold Konstanty. Diese Behauptung würde von den Arbeitgebern immer wieder benutzt, um den Arbeitnehmern unberechtigtes „Krankfeiern“ nachzusagen (ND vom 30. 7. 93).

Gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen sind nach Meinung des DGB immer noch die Hauptursache für den Krankenstand in den Betrieben. Ein guter Arbeitsschutz kann dagegen jährlich 100 Milliarden DM ersparen (ND vom 26. 10. 93).

Auf dem „Kongreß Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ wurde das Ausmaß an Umwelterkrankungen am Arbeitsplatz kritisiert. Nach Untersuchungen der Rechtschutzpraxis schätzt der DGB, daß jährlich drei bis fünf Millionen Arbeitnehmer arbeitsbedingt erkranken (ND vom 28. 10. 93).

Der Entwurf eines „Gesetzes über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ ist vom Bundeskabinett beschlossen worden. Der DGB sieht darin eine verpaßte Chance für eine große Arbeitsschutzreform. Dieser Entwurf schaffe nicht die rechtlichen Grundlagen, um arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren als Hauptursachen von Krankenstand und massenhafter Frühinvalidität erfolgreich zu bekämpfen (ND vom 5. 11. 93).

Nach einer Umfrage der Dortmunder Bundesanstalt für Arbeitsschutz klagen etwa zwei Drittel der Angestellten, die täglich an Bildschirmen arbeiten, über gesundheitliche Belastungen, davon haben circa 60 Prozent regelmäßig Kopfschmerzen, rund 40 Prozent Augenschmerzen, zwei Drittel haben Beschwerden beim Stütz- und Bewegungsablauf ihrer Glieder (ND vom 8. 11. 93).

Bei der Gesundheitspolitik stehen zur Zeit hauptsächlich finanz- und institutionsbedingte Probleme an. Dies kam auf der Fachtagung des DGB zum Thema „Gesundheitswesen 2000“ – „Bürgernahe Gesundheitspolitik“ zur Sprache. Sträflich vernachlässigt werden dagegen die gesundheitliche und soziale Versorgung sowie die Bedürfnisse der Versicherten und Patienten (ID vom 10. 11. 93).

Als „weltfremd und lebensgefährlich“ bezeichnet der DGB die Sachverständigen im Gesundheitswesen. Die sogenannte 3. Stufe der Gesundheitsreform soll durch ein Gutachten wissenschaftlich vorbereitet werden. Dabei wird daran gedacht, wie und welche Leistungen bei Krankheit „abgespeckt“ werden können (ID vom 4. 2. 94, ND vom 4. 2. 94).

Der Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Seehofer, Patienten für gesundheitsbewußtes Leben und regelmäßige Arztbesuche mit niedrigeren Zuzahlungen zu belohnen, wird vom DGB abgelehnt (ND vom 24. 8. 94).

## **Gewerkschaftspolitik**

Nach Worten des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer muß Gewerkschaftspolitik zukünftig „auf gänzlich neuen Wegen“ verdeutlicht werden. Die Gewerkschaften brauchen die Unterstützung von außen. Den Menschen muß heute noch deutlicher gemacht werden, wofür die Gewerkschaften in der Gesellschaft stehen, was sie tun und unter welchen Bedingungen. Die Konzepte müssen nicht nur richtig, sie müssen auch vermittelbar sein (ND vom 3. 5. 94).

Nach Auffassung des DGB muß die Wirtschaft aufhören, die Familie in der Arbeitswelt lediglich als „kostenlose Reparaturwerkstatt für Arbeitskräfte“ zur Kenntnis zu nehmen. Die Arbeitnehmer wollten ihre familiären Bezüge nicht am Werkstor ablegen, sondern auch am Arbeitsplatz ernst genommen werden (ND vom 14. 9. 94).

## **Gleichberechtigung**

Der DGB begrüßt die Koalitionsvereinbarung, Frauen bei Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Erwerbslosen zu beteiligen (ID vom 26. 3. 91).

Der DGB fordert die gesetzliche Verankerung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz sowie die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Kinderkrippen und Ganztags-Kinderbetreuungseinrichtungen, um Frauen nicht vom Arbeitsmarkt zu verdrängen (ID vom 26. 3. 91).

Der DGB verlangt, Männern müsse der gleichberechtigte Zugang zur Teilzeitarbeit ermöglicht werden, um eine Kindererziehung durch beide Elternteile möglich zu machen (ND vom 1. 12. 92).

Das Gleichberechtigungsgesetz verfehlt das Ziel! Das meinte die stellvertretende Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer. Im Gesetzentwurf fehle zum Beispiel, daß Frauen in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bevorzugt einzustellen sind. Auch, daß für Frauen mehr Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst bereitzustellen sind, fehle. Weder werde die Rechtsstellung verbessert, noch gäbe es einklagbare Rechte durch den Entwurf (ND vom 15. 1. 93).

Frauen-Appell an Verfassungskommission: „Jetzt oder nie – mehr Frauenrechte in die künftige Verfassung“. Die Frauen müßten bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Diese Quotenregelung müsse so lange bestehen, bis in den verschiedenen Berufsbereichen und Hierarchiestufen Frauen nicht mehr unterrepräsentiert seien (ND vom 23. 3. 93).

Mit Enttäuschung ist vom DGB der Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes aus dem Bundesfrauenministerium aufgenommen worden, da er „halbherzig und kleinmütig“ sei und der Größe der Probleme nicht gerecht werde (ND vom 10. 3. 93).

Im Aufruf zu den Feiern zum 1. Mai 1993 wird unter anderem die Gleichstellung der Frau in unserer Gesellschaft gefordert – Frauen müssen sozial gesichert ihr Leben gestalten können (ND vom 21. 4. 93).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer kommentierte das verabschiedete 3. Gleichberechtigungsgesetz mit den Worten, daß es keine spürbaren Verbesserungen und wenig zur Gleichstellung der Frau bringe (ND vom 22. 4. 93).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer warnte auf der Mai-Kundgebung in Dortmund davor, die Frauen letztlich zu den Verliererinnen der deutschen Einheit und Wirtschaftskrise werden zu lassen (ND vom 30. 4. 93).

Der DGB richtet einen Gleichberechtigungsappell zum Verfassungstag an die Bundesregierung! Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer plädierte am 44. Jahrestag des Grundgesetzes dafür, die Interessen von Frauen und Männern in Familie, Arbeitswelt und Gesellschaft künftig als Verfassungsrecht zu garantieren. Die bisher im Grundgesetz sehr allgemein proklamierte Gleichberechtigung ist nicht in der Lage, die Frauen tatsächlich gleichzustellen (ND vom 21. 5. 93).

Als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau hat die DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung des § 218 bezeichnet. Es sei empörend, daß eine vom Bundestag mehrheitlich gefaßte und von der Bevölkerung getragene Entscheidung dadurch zu Fall gebracht worden sei. Unter Mißachtung des Grundsatzes der Selbstbeschränkung habe das Gericht seinen Spruch an die Stelle des Gesetzgebers gesetzt und falle damit sogar noch hinter die bisher in Westdeutschland geltenden Indikationsregelungen zurück (ND vom 27. 5. 93).

Scharf kritisiert werden die „literarischen Stilübungen und leeren Appelle“ von Bundesfrauenministerin Angela Merkel bei ihrer bisherigen Frauen- und Gleichstellungspolitik, die bei den Frauen letztlich nur zu „bittererer Ernüchterung“ geführt habe. Der DGB fordert deshalb ein Gleichstellungsgesetz „mit Biß“ und meint damit, daß die erheblich fortschrittlicheren Regelungen der ehemaligen DDR hätten übernommen werden müssen (ND vom 29. 9. 93).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer hat sich nachdrücklich dafür ausgesprochen, eine eigenständige Frauenarbeit innerhalb der Gewerkschaften weiter auszubauen und zu stärken. „Wir brauchen eine gewerkschaftsübergreifende und eigenständige Beteiligung der Frauen an der Willensbildung und der Umsetzung gewerkschaftlicher Politik“ (ND vom 29. 9. 93).

Als „Affront gegen die Frauen“ bezeichnet und tief enttäuscht zeigt sich DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer vom Regierungskompromiß zur Neuregelung des § 218. „Es entspricht wohl dem momentanen Zeitgeist, daß Fraueninteressen zur politischen Verhandlungsmasse erklärt werden“ (ND vom 2. 11. 93).

## **Industriestandort Deutschland**

Um die Wettbewerbsschäden und Innovationsdefizite europäischer Unternehmen zu überwinden, genüge es nicht, meint Ulf Fink, nur die Entwicklung neuer Technologien zu fördern. Vielmehr müßten neue Arbeitskonzepte, neue Organisations-

Arbeitsstrukturen in den Betrieben mehr Beachtung finden. Sie seien mittlerweile zu zentralen Triebkräften für Innovation und Produktivität geworden (ND vom 29. 1. 93).

Der DGB fordert eine integrierte Industriestandortpolitik für Ostdeutschland. Die Bundesregierung sollte eine „Industrie-Standorte-Politik aus einem Guß“ entwickeln (ND vom 10. 2. 93).

Eine wirksame Koordinierung der Förderungsmaßnahmen in Ostdeutschland zur Sicherung der Industriestandorte forderte DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich. Der Ressort-Egoismus zwischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium, aber auch die mangelnde Zusammenarbeit von Treuhandanstalt und Bundesanstalt für Arbeit behindere eine effektive Umsetzung der Fördermaßnahmen (ND vom 12. 3. 93).

Der DGB bekräftigte seine Forderung nach einer „Nationalen Stahlkonferenz“. Ein Strukturwandel sei zwar unausweichlich, doch müssen notwendige Konsequenzen rechtzeitig gezogen werden, neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wo Industriestandorte langfristig gefährdet seien (ND vom 26. 3. 93).

Durch die DGB-Reform muß politisch mehr Einfluß genommen werden. Diesen Standpunkt vertritt der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer. Nur so könne die Entwicklung des Wirtschafts- und Industriestandortes Deutschland sowie die Ausgestaltung einer sozialen Gesellschaftsordnung aktiv betrieben werden. Dies müsse durch eine „Verschlankung“ und Modernisierung des DGB und seiner Gewerkschaften erfolgen, die Effizienz der Gewerkschaftsarbeit müsse überprüft werden (ND vom 26. 3. 93).

Vom Frühjahr 1991 bis Ende 1992 sind die Lohnstückkosten in der ostdeutschen Industrie kräftig – nämlich um 23 v.H. – gesunken. Dafür maßgeblich sei – so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) –, daß die Produktionsleistung je Stunde aufgrund von Modernisierung und betrieblicher Umorganisation deutlich stärker gestiegen ist als die Stundenlöhne (ND vom 21. 4. 93).

DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich hat die neueste DGB-Analyse über die Lohn- und Gewinnentwicklung vorgelegt. Daraus geht hervor, daß die Tendenz der letzten zehn Jahre – enormer Gewinnvorsprung vor den Löhnen – weiterhin bestehengeblieben ist. 1992 sind die realen Nettogewinne konjunkturbedingt zwar um 2,5 Prozent zurückgegangen, der Anstieg der Gewinne seit 1982 betrage immerhin +123 Prozent (ND vom 29. 4. 93).

Der DGB hat die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern vor einem „Kahlschlag der Wirtschaftsförderung“ für Klein- und Mittelunternehmen im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen gewarnt (ND vom 3. 2. 94).

Der DGB hat Bundeswirtschaftsminister Rexrodt vorgeworfen, bereits seit Monaten systematisch eine „schönfärberische Euphorie“ in Sachen Konjunkturpolitik zu betreiben (ND vom 15. 8. 94).

Überholte Formen der Arbeitsorganisationen sind nach Meinung von DGB-Vorstandsmitglied Michal Geuenich ein neues Standortrisiko. Vor allem nachlassende Innovationsbemühungen der Unternehmen und eine Verringerung der Technologieförderung tragen weiter zu dieser negativen Entwicklung bei (ND vom 17. 8. 94, vom 24. 8. 94).

## **Mitbestimmung**

Der DGB fordert eine grundlegende Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz, unter anderem durch den Abbau von Gruppenschranken zwischen Angestellten und Arbeitern sowie durch die Einbeziehung aller Beschäftigten in die Betriebsverfassung, soweit sie nicht Unternehmerfunktionen ausüben (ND vom 15. 1. 92).

Der DGB fordert eine Erweiterung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes um Mitbestimmungsrechte im Umweltschutz (ND vom 21. 9. 92).

Der DGB hat zu den ersten gemeinsamen Betriebsratswahlen in den alten und neuen Bundesländern 1994 unter folgendem Motto aufgerufen: „Gewerkschaftlich wählen – gemeinsam handeln“ (ND vom 7. 12. 93).

Einen Abbau von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer wirft der DGB der Bundesregierung vor. Durch das Umwandlungs- und Aktienrecht werde entgegen den in der EU ständig von der Bundesregierung abgegebenen Garantien für deutsche Mitbestimmungsrechte in bestehende Arbeitnehmer-Mitbestimmungsregelungen eingegriffen. Dies erklärte DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 27. 1. 94).

Der DGB hat die von der Bundesregierung in den Deutschen Bundestag eingebrachte „Kleine Aktienrechtsreform“ als einen Angriff auf die Mitbestimmung gewertet. „Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik sollen damit bestehende Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene auch gesetzlich eingeschränkt werden“ (ND vom 8. 4. 94).

## **Pflegeversicherung**

Der DGB befürwortet eine Absicherung der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der Sozialversicherung, jedoch nicht durch Bildung eines eigenen Zweiges Pflegeversicherung, sondern durch Integration dieses Risikos in die Krankenversicherung (ND vom 15. 2. 91, vom 19. 7. 91, vom 19. 8. 91, vom 3. 9. 91, vom 9. 9. 91, vom 25. 9.



91). Die Finanzierung der Leistungen soll nach Vorstellungen des DGB wie folgt geteilt werden: Die öffentliche Hand übernimmt die Investitionskosten für Pflegeheime, die Krankenkassen bezahlen die Pflegeleistungen, und die Betroffenen leisten einen Beitrag zu den Kosten für Unterbringung und Verpflegung (ND vom 13. 5. 91, vom 7. 6. 91).

Der Vorschlag der Koalition, den Arbeitgeberbeitrag bei der Pflegeabsicherung durch die Einschränkung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Form der Einführung von Karenztagen auszugleichen, stößt auf entschiedenen Widerstand des DGB (ND vom 30. 6. 92).

Als „Spiel mit dem Feuer“ wird die Absicht der Bundesregierung, einen Karenztag zur Entlastung der Arbeitgeber bei der Finanzierung der Pflegeversicherung einzuführen, bezeichnet (ND vom 26. 4. 93).

Der Boykott der Pflegeversicherung durch die Wirtschaft mache deutlich, daß diese sich mit vorgeschobenen Begründungen ihrer gesamtgesellschaftlichen und sozialen Verantwortung entziehen wolle (ND vom 12. 5. 93).

Für den DGB ist es unvertretbar, daß die Arbeitnehmer bei der Pflegeversicherung nicht nur ihren eigenen Beitrag, sondern auch den der Arbeitgeber zahlen sollen (ND vom 24. 5. 93).

Gegen das Pflegeversicherungsgesetz droht der DGB rechtliche Schritte an (ND vom 22. 6. 93).

In einer privaten Pflegeversicherung sieht der DGB keine Lösung, da sie die jetzt Pflegebedürftigen ausschlosse und eine Übergangsregelung von mindestens 20 Jahren gefunden werden müßte (ND vom 16. 7. 93).

Karenztage sind nach Auffassung des DGB verfassungswidrig. Dies wird in einem von Prof. Dr. Zachert erstellten Gutachten erwiesen (ND vom 23. 7. 93).

Bei Einführung der Karenztage zur Finanzierung der Pflegeversicherung wird es gegebenenfalls Streiks geben, dies vertritt der DGB. Auch vor dem Vorschlag der Arbeitgeber, anstelle von Karenztagen die Entgeltfortzahlung bei Krankheit generell um 20 Prozent zu kürzen, warnt der DGB. Diese Lösung wäre genauso unsozial, ihre Durchsetzung ebenfalls ein verfassungswidriger Eingriff in die Tarifautonomie (ND vom 9. 9. 93, vom 17. 9. 93, vom 20. 9. 93, vom 24. 9. 93).

Als Erfolg der gewerkschaftlichen Mobilisierung wertete der DGB die gemeinsam angestrebten Verhandlungen von CDU und SPD über die Pflegeversicherung (ND vom 10. 9. 93).

Vor einem politischen Debakel mit unabsehbaren Folgen warnt der DGB für den Fall, daß die Erpressungsmanöver der F.D.P. in Sachen Pflegeversicherung Erfolg

haben und die Verhandlungen zwischen Koalition und SPD torpediert werden (ND vom 17. 9. 93).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer mahnte bei der Anhörung zum Entgeltfortzahlungsgesetz/Pflegeversicherung, Mauern des kalten Krieges im Parlament zu verhindern. Obwohl Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung 1991 den partiübergreifenden Konsens beschworen hatte, sei von diesem Geiste der Gemeinsamkeit nichts mehr übriggeblieben (ND vom 27. 9. 93).

Als „miesen Trick“ bezeichnet DGB-Bundesvorstandsmitglied Regina Görner die Entscheidung der Bonner Koalition, die Beamten von dem geplanten Gesetz zur Finanzierung der Pflegeversicherung auszunehmen. Dadurch soll der öffentliche Zorn auf die Beamten gelenkt werden. Die im DGB organisierten Beamten forderten jedoch keine Ausnahmeregelungen, vielmehr die Gleichbehandlung mit den übrigen Arbeitnehmern in der gesetzlichen Pflegeversicherung (ND vom 29. 9. 93).

Der DGB fordert qualitatives Pflegekonzept statt Kompensation des Arbeitgeberbeitrags (ND vom 26. 10. 93).

Der DGB hat an die Ministerpräsidenten der Länder appelliert, die vom Bundestag beschlossene Lohnkürzung an 10 Feiertagen um jeweils 20 Prozent – damit soll der Arbeitgeberanteil bei der Pflegeversicherung von den Arbeitnehmern bezahlt werden – abzulehnen und vielmehr den Vermittlungsausschuß anzurufen (ND vom 13. 10. 93).

„Ja zum Pflegekompromiß – nein zur Feiertagsregelung“ – dies ist der Standpunkt des DGB zum bisherigen Kompromiß bei der Pflegeversicherung. Die Leistungen im Pflegebereich würden zwar dadurch verbessert, die Finanzierung durch Abschaffung von ein oder zwei Feiertagen wäre dagegen arbeitsmarktpolitisch ein Bumerang (ND vom 2. 12. 93).

Die Pflegeversicherung darf nicht zum Sozialabbau mißbraucht werden. Es wird immer deutlicher – so der DGB –, daß die Bonner Koalition diese neue Versicherung zum Sozialabbau und zur Aushebelung der Tarifautonomie mißbrauchen wolle (ND vom 3. 12. 93).

Als Kompromiß zu Lasten der Arbeitnehmer sieht DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer die Entscheidung des Vermittlungsausschusses zur Pflegeversicherung an, zur Finanzierung des Arbeitgeberanteils einen Feiertag zu streichen (ND vom 3. 3. 94, vom 9. 3. 94, vom 10. 3. 94).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat die Einführung der „längst überfälligen“ gesetzlichen Pflegeversicherung begrüßt. Das „wahltaktische Gezerre“ um diese Versicherung ist sowohl für die pflegebedürftigen Bürger wie auch für diejenigen, die die

Pflege bisher unter großen Opfern leisten mußten, nicht mehr nachvollziehbar gewesen. „Dieses unwürdige Polittheater werfe ein Licht auf die Regierungskoalition, die versucht habe, von Arbeitnehmern und Gewerkschaften die Aushöhlung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle oder an Feiertagen, und damit auch der Tarifverträge, zu erpressen“ (ND vom 29. 4. 94).

Bei der Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes will die Bundesregierung nach Auffassung des DGB drastische Leistungseinschränkungen vornehmen. Das Bundesarbeitsministerium verlangt eine Heraufsetzung des durchschnittlichen täglichen Pflegeaufwands auf 1 $\frac{1}{2}$  Stunden. Wer darunter liegt, soll keine Leistungen erhalten (ND vom 5. 9. 94).

### **Privatisierung**

Pläne zur privaten Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, wie zum Beispiel Autobahnen und Kläranlagen, sind beim DGB auf Kritik gestoßen (ND vom 19. 7. 91, vom 30. 1. 92). Insbesondere wird eine Teilprivatisierung der Bahn abgelehnt (ND vom 1. 10. 91).

Ebenfalls auf Widerstand stießen Pläne der Bundesregierung, im Zuge der Privatisierung den bei Bahn und Post Beschäftigten den Beamtenstatus abzuerkennen (ND vom 30. 10. 91, vom 3. 12. 91).

Der DGB wendet sich mit Nachdruck gegen eine Privatisierung der Post, da sie die Orientierung am Gemeinwohl gefährde (ND vom 4. 12. 91).

### **Solidarpakt**

Anlässlich der Kabinettsberatung zur Neuregelung der Arzneimittelpreise in den neuen Bundesländern forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer erneut einen angemessenen Solidarbeitrag der Arzneimittelbranche und appellierte an das Gesundheitsministerium und die Bundestagsfraktion, sich dafür entsprechend einzusetzen (ND vom 29. 1. 91).

Der Solidarpakt müsse ein Aufbau-Konzept enthalten und zu einer gerechten Finanzierung der deutschen Einheit beitragen, fordert der DGB (ND vom 19. 1. 93).

Der DGB begrüßt, daß im Rahmen des Solidarpakts zwei Milliarden DM zusätzlich bereitgestellt werden, um die schlimmsten Zusammenbrüche bei den ABM zu verhindern (ND vom 26. 3. 93).

## Sozialpolitik

Der DGB setzt sich für eine Erhöhung des Kindergeldes ein und fordert, daß Sozial- und Familienpolitik sich auf die Förderung von Kindern konzentrieren müsse und nicht länger auf die Förderung der Ehe (ND vom 4. 10. 91).

Der DGB fordert die Einrichtung von Ganztagesstätten für Kinder und Jugendliche (ND vom 11. 11. 91).

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer fordert eine soziale Mindestsicherung, die neben den vorhandenen Systemen sozialer Sicherheit einen eigenständigen Rechtsanspruch an den Staat gewährt (ND vom 15. 11. 91, vom 4. 12. 91).

Der DGB fordert die Einleitung von Maßnahmen zum Schutz älterer Arbeitnehmer gegen Diskriminierung im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt als Nachfolgeregelung für den aufgehobenen § 128 Arbeitsförderungsgesetz (ND vom 25. 11. 91).

Die Abschaffung der Versicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung bzw. die Absenkung der maßgeblichen Einkommensgrenze auf eine Bagatellgrenze wird vom DGB gefordert (ND vom 4. 12. 91, ID vom 6. 5. 91).

Der DGB fordert die Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfeausgaben (ND vom 4. 12. 91, vom 18. 12. 91).

Scharfe Kritik übt der DGB an der Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung 1991 und der gleichzeitigen Beitragssenkung bei der Rentenversicherung (ND vom 14. 2. 92).

Der DGB fordert den Ausbau der gesetzlichen Unfallversicherung zu einer umfassenden Arbeitsumweltversicherung, die nicht mehr auf die Verhütung und Entschädigung von Arbeitsunfällen sowie den engen Kreis der gesetzlich anerkannten Berufskrankheiten beschränkt ist (ND vom 9. 4. 92).

Die geplante Streichung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit ist auf Widerstand seitens des DGB gestoßen (ND vom 5. 5. 92).

Der DGB begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem es feststellt, das bestehende Rentenversicherungssystem benachteilige Familien, in denen ein Elternteil zugunsten der Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausscheide. Gleichzeitig weist der DGB darauf hin, daß auch erwerbstätig bleibende Eltern erheblich benachteiligt werden, und fordert eine Anerkennung der Kindererziehungszeiten auf die Rentenversicherung (ID vom 17. 7. 92).

Der DGB sieht den Reformanspruch des Gesetzentwurfs zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes trotz positiver Elemente nicht ganz verwirklicht. Insbesondere

re kritisiert er die Anhebung der Altersgrenze bei den Regelsätzen für den Alterszuschlag vom 60. auf das 65. Lebensjahr sowie die Erweiterung der Rückzahlungspflicht von Darlehen (ND vom 28. 10. 92, vom 29. 10. 92).

Der DGB kritisiert Pläne der Bundesregierung, zusätzliche Investitionshilfen für die neuen Länder auf dem Wege eines Haushaltsstrukturgesetzes zu finanzieren (ND vom 17. 11. 91).

Sozialabbau durch drastische Einsparungen bei der Arbeitsmarktpolitik bezeichnet die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, als untragbar (ND vom 11. 12. 92).

Als scheinheilig hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer die Diskussion um den Mißbrauch sozialer Leistungen bezeichnet. Sie diene nur dem Vorwand, mit der „Rasenmähermethode“ Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung zu beschneiden. Wirksamer dagegen wäre zum Beispiel, die Mißbräuche bei der illegalen Beschäftigung aufzudecken (ND vom 8. 1. 93).

„Sozialpolitik bestimmt das ganze Leben“ – damit stellt der DGB seine sozialpolitische Kampagne vor. Laut Frau Engelen-Kefer wollen sich damit die Gewerkschaften gegen das „Projekt Abrißbirne“ – gegen die Streichliste der Bundesregierung zum Sozialabbau wenden (ND vom 14. 1. 93).

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer warnt weiterhin davor, durch Sozialabbau den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Bei den 25. „Bitburger Gesprächen“ betonte er, die sozialen und politischen Rahmenbedingungen und nicht nur die ökonomischen gehören zu einer effizienten Wirtschaftsführung (ND vom 14. 1. 93).

Bonner Sozialpolitik – „Ein Abgrund an Ungerechtigkeit“ –, das ist die Auffassung des DGB. Die Gerechtigkeitslücken müssen geschlossen werden. Dafür stellt er einen Katalog von Verbesserungsvorschlägen zusammen (ND vom 20. 1. 93).

Der DGB fordert in einem dringenden Appell, mehr Finanzmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, und warnt vor einem „sozialen Flächenbrand“ (ND vom 11. 3. 93).

Überlegungen des Bundesrates, Eingriffe bei den Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung vorzunehmen und den Rechnungszinsfuß für Pensionsrückstellungen von sechs auf sieben Prozent anzuheben, sind von der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer scharf kritisiert worden (ND vom 16. 3. 93).

Politiker und Arbeitgebervertreter sollten endlich mit dem „verantwortungslosen Gerede“ über die Kürzung der Lohnfortzahlung beziehungsweise die Einführung

von Karenztagen im Krankheitsfalle aufhören. Dazu forderte die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Frau Ursula Engelen-Kefer, auf (ND vom 22. 3. 93).

Eine neue Front des Sozialabbaus nennt der DGB die Ankündigung der Bundesregierung, die Kündigungsfrist für Angestellte von bisher sechs Wochen zum Quartalsende auf künftig vier Wochen zu jedem beliebigen Arbeitstag zu verkürzen. Vorausgegangen war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die bisherige Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten im Kündigungsrecht als grundgesetzwidrig aufzuheben. Dies bedeute jedoch nicht eine „Nivellierung nach unten“ (ND vom 30. 3. 93).

Die vom Bundeskabinett geplanten Kürzungen in der Sozialhilfe bedeuten nach Meinung der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, Frau Ursula Engelen-Kefer, offensichtlich, daß die Bundesregierung es mehr oder weniger hinnähme, daß immer mehr Menschen in die Armut getrieben würden (ND vom 9. 3. 93).

Einschnitte bei Unterhaltsgeld und Übergangsgeld sowie die Begrenzungen in der Sozialhilfe wären ein weiterer Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Politik, stellte DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer fest (ND vom 23. 4. 93).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer behauptet, die Bundesregierung würde den Sozialstaat zu einem „Steinbruch“ verkommen lassen. Sozialpolitik würde nur noch zu Lasten der Schwachen und Schwächsten betrieben (ND vom 4. 5. 93).

„Reformen statt Abbau“ in der Sozialpolitik fordert der DGB (ND vom 6. 5. 93).

Als „Komplott gegen den Sozialstaat“ hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Ursula Engelen-Kefer, die Rentenpolitik der Bundesregierung bezeichnet. Dieselben Politiker, die den Beitragszahlern zur Sozialversicherung die Kosten der deutschen Einheit mit mindestens 50 Milliarden DM jährlich aufgebürdet hätten, liefern nun Sturm gegen die Beitragsbelastung (ND vom 13. 5. 93).

„Wenn uns die Sicherung des Sozialstaats nicht gelingt, verspielen wir nicht nur die Chancen der deutschen Einheit und der europäischen Integration von Ost und West. Wir spielen auch der Politikverdrossenheit, dem Fremdenhaß und Rechtsextremismus noch weiter in die Hände“, meint DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 3. 6. 93).

Der von der Regierung angekündigte „Umbau des Sozialstaats“ sei nichts anderes als klassischer Sozialabbau. Kranke, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner sollten danach die Zeche für eine verfehlete Wirtschafts- und Finanzpolitik bezahlen (ND vom 17. 6. 93).

Die drastischen Leistungskürzungen für Arbeitslose sind nach Auffassung des DGB unzumutbar und sozial schädlich. Die Bundesregierung habe Aufbauposten in den

neuen Ländern fast ausschließlich auf die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung abgewälzt (ND vom 21. 6. 93).

Die jüngsten Vorschläge des Arbeitgeberpräsidenten Murmann zur Sozialpolitik bedeuten nach Meinung des DGB einen verschärften Sozialabbau (ND vom 23. 6. 93).

Sollte der „Horror-Katalog“ Waigels für den Abbau der Leistungen für Arbeitslose greifen, würde sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Arbeitslosen innerhalb kürzester Zeit verdoppeln. Jeder dritte bis vierte Arbeitslose müßte dann den Gang zum Sozialamt antreten (ND vom 29. 6. 93, vom 1. 7. 93, vom 13. 7. 93, ID vom 16. 7. 93).

In einer Erklärung des Bundesvorstandes des DGB zur Sicherung des Sozialstaates heißt es unter anderem: „Nur ein finanzpolitisch handlungsfähiger Staat kann die anstehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben lösen.“ Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts tragen allerdings dazu nichts bei, sondern können nur als zentraler Angriff auf den Sozialstaat bezeichnet werden (ND vom 7. 7. 93, vom 11. 8. 93).

Der DGB hat einen 21 Punkte umfassenden Katalog von sozialen Grundrechten vorgelegt, mit dem auf EG-Ebene einklagbare Arbeitnehmerrechte verankert und weiterentwickelt werden sollen (ND vom 23. 7. 93).

Die Ankündigung von Konsensgesprächen zwischen SPD und CDU darf nicht als Entwarnung vor Sozialabbau mißverstanden werden. Zum einen werde die Regierung ihre Karenztagspläne unverzüglich umsetzen, zum anderen habe die Koalition deutlich gemacht, daß ohne die Verlagerung der Kosten des Arbeitgeberbeitrages auf die Arbeitnehmer eine Einigung mit der SPD nicht möglich sei (ND vom 15. 9. 93).

Die Bundesregierung macht Lohnraub zum Mittel der Sozialpolitik. Der Erfindungsreichtum der Koalitionäre, die versprochene Finanzierung des Arbeitgeberanteils bei der Pflegeversicherung durch „Lohnraub“ und Einbrüche in die Tarifautonomie beizubringen, scheint grenzenlos zu sein, sagt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 21. 9. 93).

Die sozialpolitische Streichliste der Bundesregierung ist nach Auffassung des DGB kein Programm zur Finanzierung der Staatsfinanzen, sondern vielmehr ein „Programm zur Förderung von Arbeitslosigkeit und Armut“ (ND vom 22. 9. 93).

Vor einer zunehmenden Aushöhlung des Sozialstaatsgebots durch die politisch Verantwortlichen hat DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer gewarnt. „Ich sehe, daß das Sozialstaatspostulat unseres Grundgesetzes immer weniger als Vorgabe für staatliches Handeln und staatliche Gesetzgebung begriffen wird“ (ND vom 23. 9. 93, vom 21. 10. 93).

Eine Bildungskampagne gegen die vom DGB so genannte „soziale Kälte“ wird vom DGB angekündigt. Damit werden Probleme aufgegriffen, die bei der Bevölkerung wachsende Ängste und Befürchtungen in den alten und neuen Bundesländern um eine gemeinsame Zukunft bei der derzeitigen desolaten politischen Situation entstehen ließen (ND vom 7. 10. 93).

Eine ungezügelte Privatisierung und ein weiterer Rückzug des Staates aus dem Dienstleistungssektor führe hin zu einem „niedlichen Sozialstaat“ – meint DGB-Chef Heinz-Werner Meyer. Vor den Delegierten des Postgewerkschaftstages in Hannover machte er vor allem auf die Entwicklung in den neuen Bundesländern aufmerksam, wo entgegen neo-liberaler Meinung es eben nicht so war, daß der Markt der Raum für Eigeninitiative und Risikobereitschaft sei und der Staat lediglich als Störfaktor wirke (ND vom 22. 10. 93).

Der DGB lehnt eine weitere Verschärfung der „gemeinnützigen Pflichtarbeit“ für Sozialhilfeempfänger ab. Diese Ausweitung der Verpflichtung für aus der Arbeitslosenversicherung ausgegrenzte Arbeitslose zur Arbeitsleistung gegen ein Taschengeld habe lediglich Sanktionscharakter und gehe am Ziel wirksamer Hilfe völlig vorbei (ND vom 26. 11. 93).

In einer Erklärung zum „Internationalen und Europäischen Tag der Behinderten“ forderte der DGB für die rund 7,5 Millionen Betroffenen, die vielfältige Diskriminierung dieser Menschen in unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Es müsse sich mehr für Chancengleichheit für Behinderte eingesetzt werden und in dem geplanten neuen Sozialgesetzbuch Rehabilitation und Eingliederung Behinderter sichergestellt werden (ND vom 3. 12. 93).

Die Pläne der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe auf drei Jahre zu begrenzen, stoßen beim DGB auf entschiedene Kritik und werden als „fauler Kompromiß“ bezeichnet. 250 000 betroffene Arbeitslose würden nach diesen Vorstellungen aus dem Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit ausgegrenzt und größtenteils auf Sozialhilfe verwiesen (ND vom 7. 12. 93).

Als „bittere Enttäuschung“ bezeichnet der DGB die Entscheidung des Bundestages zur Pflegeversicherung. Mit dem Entgeltfortzahlungsgesetz müßten die Arbeitnehmer mehr als den doppelten Beitrag zur Pflegeversicherung leisten. Zudem würden die Tarifautonomie und das Prinzip der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherung ausgehöhlt (ND vom 10. 12. 93, vom 15. 12. 93).

Entgegen den „gezielten Kampagnen zur Verunsicherung der Bevölkerung“ durch Äußerungen Ministerpräsident Biedenkopfs hinsichtlich der Renten im Jahr 2020 ist der DGB aufgrund von Modellrechnungen der Meinung, daß die Rentenversicherung auch langfristig ohne größere zusätzliche Belastungen finanzierbar sei (ND vom 27. 12. 93).



Als „schlecht getarnten Lohnklauf“ mit Eingriff in die Tarifautonomie bewertete DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer den jüngsten Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf zur Finanzierung der Pflegeversicherung, nach dem die Arbeitnehmer den Arbeitgeberanteil mit der Lohnzahlung an Feiertagen verrechnen sollen (ND vom 2. 2. 94).

Entschiedene Maßnahmen gegen die steigende Zahl der sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse fordert der DGB (ND vom 16. 2. 94).

Nach dem Gesetz ist die wesentliche Bestimmungsgröße für die Rentenanpassung die Lohnsteigerung des jeweils vorangegangenen Jahres. Wenn sich die Arbeitgeber mit ihren Forderungen nach Nullrunden und Lohn- und Gehaltskürzungen durchsetzen, dann sei nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Rentenkürzung im nächsten Jahr programmiert, meint DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ND vom 18. 2. 94).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer warf der Bundesregierung auf einer Veranstaltung zum 40jährigen Bestehen des Bundessozialgerichts in Kassel vor, „seit über einem Jahrzehnt“ daran zu arbeiten, „Errungenschaften des Sozialstaats abzubauen“ (ND vom 26. 4. 94).

Eine Friedensbedrohung sieht DGB-Chef Meyer in der weltweiten sozialen Instabilität. „Die soziale Sicherung und die wirtschaftliche Prosperität ist in jedem Land ein wichtiger Baustein zum inneren Frieden und damit zugleich zur äußeren Friedfertigkeit“ (ND vom 26. 4. 94).

Die Pläne der Bundesregierung, die Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung nicht – wie gesetzlich bestimmt – zu erhöhen, werden vom DGB als „weiterer Anschlag der Bundesregierung, den Haushalt des Bundes auf Kosten der Beitragszahler zur Rentenversicherung sanieren zu wollen“ gewertet (ND vom 4. 5. 94).

Mit scharfer Kritik hat sich der DGB gegen die erneuten Pläne der Bundesregierung, bei einer Fortführung der Regierungskoalition nach dem Wahlsieg Kürzungen bei den Sozialhilfeleistungen vorzunehmen, ausgesprochen (ND vom 18. 8. 94).

Regierungs- und Arbeitgeberkonzepte verschärfen nach Auffassung des DGB die Lage der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Reale Einkommensverluste, Absenkung der Einstiegsgehälter für Arbeitslose bis zur Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – diese Rezepte von Arbeitgebern und der Regierungskoalition zur Behebung der Beschäftigungskrise verfolgen konsequent das gleiche Ziel: Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben (ID vom 26. 8. 94).

## Steuerpolitik

Auf Kritik des DGB stößt auch das Zinssteuermodell der Bundesregierung, nach dem die Empfänger von Einkommen, auf die mehr als 25 Prozent Steuern gezahlt werden, wegen fehlender Kontrollmöglichkeiten lediglich einen Steuerabschlag von 25 Prozent auf ihre Zinseinkünfte zahlen müssten (ND vom 8. 11. 91, vom 13. 11. 91). Daher ist aufgrund der mangelnden Gewährleistung der steuerlichen Belastungsgleichheit das Modell nach Auffassung des DGB vermutlich verfassungswidrig (ND vom 8. 7. 92).

Der DGB weist die Kritik an den angeblich zu hohen Tarifabschlüssen in Ostdeutschland zurück (ND vom 27. 2. 91, vom 29. 4. 91, vom 6. 3. 92). Nach Auffassung des DGB-Vorsitzenden Meyer ist die relativ schnelle Angleichung der ostdeutschen Löhne an das Westniveau wichtig für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern (ND vom 19. 3. 91, vom 16. 7. 91, vom 10. 9. 91, vom 20. 9. 91, vom 10. 10. 91).

Der DGB fordert eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des neuen Tarifvertrages im Öffentlichen Dienst auf die Besoldung und Versorgung der Beamten (ND vom 19. 3. 91, vom 26. 3. 91, vom 9. 4. 91, vom 22. 6. 92).

Auf scharfe Kritik des DGB ist der Bericht der Deregulierungskommission gestoßen, der unter anderem den Abbau einiger sozialer Leistungen, die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie im Notfall die Möglichkeit einer Zahlung von Löhnen und Gehältern unter Tarif vorsieht (ND vom 10. 4. 91, vom 12. 4. 91).

Auf entschiedenen Widerstand des DGB stößt die Absicht der Bundesregierung, eine Öffnungsklausel gegen bestehende Tarifverträge in das Betriebsverfassungsgesetz einzuarbeiten (ND vom 24. 6. 92, vom 30. 9. 92).

Die Bonner Finanzplanung wird vom DGB als „nicht bedarfsgerecht“ bezeichnet. Damit werden der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 1995 und die Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 1998 kritisiert (ND vom 2. 9. 94).

Vom DGB „strikt abgelehnt“ wird der Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt, der Unternehmenssteuersenkungen sowie die Steuerfreistellung des Existenzminimums ab 1996 mit zusätzlichen Krediten finanzieren will. Dagegen müssten vorhandene Kreditfinanzierungsspielräume zur Finanzierung dringend erforderlicher Investitionen zur ökologischen Modernisierung, zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden (ND vom 24. 8. 94).

Der DGB hat „schnelle und soziale Schritte bei der Steuervereinfachung“ angemahnt. Dabei müsse schrittweise auf der Grundlage einer eindeutigen Prioritätensetzung vorgegangen werden (ND vom 16. 8. 94).

## Tarifpolitik, -autonomie

DGB zur Regierungserklärung am 25. 3. 1993: Bundeskanzler Kohl soll Verzicht auf gesetzliche Tariföffnungsklauseln erklären. Dies würde bedeuten, daß in bestimmten Fällen auch unter Tarif gezahlt werden kann. Das wäre ein eklatanter Eingriff in die Tarifautonomie und somit Verfassungsbruch. Im Grundgesetz ist eindeutig festgelegt, daß nur die Tarifvertragsparteien Einkommen und Arbeitsbedingungen aushandeln (ND vom 24. 3. 93, vom 25. 3. 93).

Der DGB-Bundesvorstand beschließt „Gegenwehr-Aktionen“, weil sich deutsche Arbeitgeber ihren tarifvertraglichen Pflichten immer öfter entzögen. Der Rechtsbruch der Metallarbeiter in Ostdeutschland sei der Gipfel teils offener, teils versteckter Versuche, den Tarifvertrag als die tragende Säule des Sozialstaates und das zentrale Instrument gewerkschaftlicher Politik zu entwerten (ND vom 19. 3. 93).

Prof. Dr. Ulrich Zachert, Dozent an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, warnt in einem Gutachten vor der Zerstörung der Tarifstrukturen. Die Tarifautonomie habe eine „herausragende Bedeutung für den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland“ (ND vom 11. 3. 93).

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall habe mit seinem Tarifvertragsbruch den Verhandlungstisch zu Kleinholz gemacht. DGB-Sprecher Hans-Jürgen Art meint, nicht die IG Metall sollte aufgefordert werden, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, sondern Herr Murmann sollte im Arbeitgeberlager dafür sorgen, daß ein „neuer Verhandlungstisch“ aufgestellt würde (ND vom 14. 4. 93, vom 15. 4. 93).

Gegen die Angriffe der Arbeitgeber auf die Tarifautonomie kündigt der DGB durch Frau Engelen-Kefer massive Proteste an. Gesetzliche Öffnungsklauseln und verschlechterter Kündigungsschutz für Angestellte seien jüngste Beispiele für die Pläne der Arbeitgeber (ND vom 15. 4. 93).

DGB-Bundesvorstandsmitglied Jochen Richert macht auf die Bedeutung von Tarifverträgen zum Schutz vor Rationalisierung und Personalabbau am Beispiel der Computerbranche aufmerksam. Selbst diese Branche sei zunehmend von Personalabbau betroffen (ND vom 16. 4. 93).

DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich hat in einem Schreiben an die Treuhandanstalt gefordert, daß die Geschäftsleitungen der Treuhandbetriebe sich in den ostdeutschen Metallarbeiterverbänden für eine Rücknahme der rechtswidrigen Kündigungen der Tarifverträge einsetzen sollen (ND vom 22. 4. 93).

Entschlossenen Widerstand des DGB gegen die Angriffe der Arbeitgeber auf die Tarifautonomie kündigte die DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer an. Die schwerste

Wirtschaftskrise seit Kriegsende wollten die Arbeitgeber zum „Generalangriff auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften“ benutzen (ND vom 24. 4. 93).

Als „erfolgreicher Probelauf für die Aufkündigung der Tarifverträge im Westen“ bezeichnet der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer die Kündigung der Tarifverträge in Ostdeutschland (ND vom 24. 4. 93).

DGB-Chef Heinz-Werner Meyer hat dazu aufgerufen, einen „Dambruch bei den Tarifverträgen“ zu verhindern (ND vom 30. 4. 93).

In einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zum Arbeitskampf in Ostdeutschland heißt es, daß der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften den Arbeitskampf der streikenden Kollegen in Ostdeutschland unterstützen. Der Kampf um die Einhaltung des geltenden Stufen-Tarifvertrages zur Angleichung der Löhne und Gehälter sei zugleich ein Kampf für die Sicherung der Tarifautonomie und für die soziale Einheit Deutschlands (ND vom 4. 5. 93).

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland wachse die Entschlossenheit der Arbeitnehmer, sich gegen den Tarifvertragsbruch der Arbeitgeber zur Wehr zu setzen (ND vom 12. 5. 93).

Den Vorwurf der Bundesbank, die Gewerkschaften hätten durch ihre Tarifpolitik Rezessionsverursachung betrieben, weist der DGB entschieden zurück mit der Vermutung, die Bundesbank wolle damit nur von eigenen Fehlern und Verantwortlichkeiten ablenken (ND vom 19. 8. 93).

Mit gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen den Frontalangriff des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall auf Arbeitnehmer-Ansprüche muß gerechnet werden. Fundamentale Tarifwende, Karenztage, Lohnraub an Feiertagen und Bruch laufender Tarifverträge in Ostdeutschland werden nicht hingenommen werden (ND vom 29. 9. 93).

Als Eigentor wird die Forderung des BDI-Präsidenten Tyll Necker bezeichnet, bei einer Vier-Tage-Woche die Löhne um mehr als 20 Prozent zu kürzen, um die fixen Kosten zu senken. Fixe Kosten seien nicht zuletzt Kosten für Maschinen und Fabrikgelände, also für das im Unternehmen arbeitende und Erträge bringende Kapital. Diese Kosten würden von den Kapitaleignern getragen, die dafür auch die Kapitalerträge kassierten (ND vom 2. 11. 93).

Der Bundesbeamtenausschuß des DGB spricht sich gegen Besoldungsdiktat und Arbeitszeitverlängerung für Beamte aus (ND vom 15. 10. 93).

Wirtschaftsminister Rexrodt's Vorschlag, die Arbeitszeit zu verkürzen und damit Beschäftigung zu schaffen und zu sichern, ist für den DGB die schon seit Jahren vertretene Position. Letztlich habe der Minister damit eingestanden, daß er mit seinem „Latein der neoliberalen Wirtschaftspolitik“ am Ende sei (ND vom 3. 11. 93).

Der Tarifpolitische Ausschuß des DGB faßte zur Tarifrunde 1994 folgende Beschlüsse:

1. Vorrangig werden Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung unterstützt.
2. Dafür sollen unterschiedliche betriebliche Umsetzungen im Rahmen tariflicher Regelungen ausgeschöpft werden, über die im einzelnen noch zu beraten sein wird.
3. Die Arbeitgeber werden zu einer konstruktiven Verhandlungsführung aufgefordert und die Bundesregierung zu einer positiven wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Begleitung der Tarifrunde '94 (ND vom 19. 11. 93).

Den Abschluß der Vier-Tage-Woche bei VW hat der DGB als „einen Erfolg der Tarifautonomie“ gewertet. Besonders wertvoll sei die eindrucksvolle Verwirklichung des Vorrang-Prinzips der Beschäftigtensicherung (ND vom 25. 11. 93).

In einem Schreiben an Bundesinnenminister Kanther hat sich der DGB den Tarifforderungen der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB für die Tarifrunde 1994 angeschlossen und lehnt damit eine Nullrunde für Beamte sowie Arbeitszeitverlängerung erneut ab (ND vom 27. 12. 93).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer ist der Auffassung, daß die Tarifpolitik weiterentwickelt werden müßte. Die Tarifautonomie sei ein hohes Gut, und gerade deshalb müßten die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben, ökologische Herausforderungen, Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Gestaltung von Technik, neue Managementmethoden und die Gleichstellungspolitik tarifpolitisch stärker gewichtet werden (ND vom 13. 1. 94).

Eine Nullrunde im Öffentlichen Dienst ist für den DGB inakzeptabel, wie dies im „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ der Bundesregierung angekündigt wurde (ND vom 20. 1. 94).

Der DGB hat eine Warnung „vor Übermut und Fehleinschätzung gewerkschaftlicher Solidarität im DGB“ an die Adresse der Arbeitgeber ausgesprochen. Die Beschäftigungssicherung sei das Ziel der diesjährigen Tarifpolitik (ND vom 15. 2. 94).

Die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und der Vorsitzende des DGB haben in einer gemeinsamen Erklärung die privaten und öffentlichen Arbeitgeber davor gewarnt, die Tarifaueinandersetzungen weiter zu verschärfen (ND vom 2. 3. 94).

## Umweltschutz

Die Arbeitgeber werden vom DGB aufgefordert, in den nächsten Tarifrunden ökologische Tarifverträge mit den Gewerkschaften abzuschließen. Damit soll erreicht werden, daß die Ergebnisse der Umweltdiskussion auf die betrieblichen Bedingungen übertragen werden können (ND vom 21. 4. 93).

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink schlägt die Gründung eines „Nationalen Umweltrates“ vor. Hier sollen Gewerkschaften und Wirtschaft, die Umweltverbände und die Verbraucher, die Wissenschaft und der Staat die wesentlichen Problemstellungen des Umwelt- und Naturschutzes erörtern und Lösungen finden (ND vom 22. 4. 93).

Der DGB begrüßt die Kritik des EG-Präsidenten Delors an „Sozial- und Umwelt-Dumping“ solcher Länder, die keinen Umweltschutz betreiben und ihren Bürgern nicht einmal ein Minimum an sozialer Sicherheit bieten, um dadurch Vorteile im Welthandel zu gewinnen. Er unterstützt die Meinung des GATT, das mangelnden Umweltschutz sowie soziale Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung als Dumping bezeichnet (ND vom 22. 6. 93).

Eine umgehende Umsetzung des Standes der Technik in der gesamten Wasserreinhaltung zur Entlastung der Umwelt, zum Schutz des Trinkwassers, zum Schutze der Gesundheit und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen fordert der DGB (ND vom 7. 9. 93).

Die Initiative für ein eigenständiges Bodenschutzgesetz innerhalb der Umweltgesetzgebung wird vom DGB für notwendig gehalten und deshalb begrüßt. Der DGB sieht im Bodenschutz unter anderem ein wichtiges Instrument zum vorsorgenden Grundwasserschutz und damit zum Erhalt der Trinkwasserressourcen (ND vom 12. 11. 93).

DGB-Vize Ulf Fink fordert in einem Schreiben an Bundesumweltminister Töpfer, daß „die Berufung der externen Umweltgutachter durch eine staatliche Stelle erfolgen muß, damit deren Unabhängigkeit und Qualifikation sichergestellt ist“. Damit widerspricht er Bestrebungen von BDI und DIHT, die Berufung der Umweltgutachter in völliger Eigenregie der Industrie durchzuführen (ND vom 6. 12. 93).

Den wieder einmal vom Bundestag diskutierten Entwurf eines Umweltinformationsgesetzes kritisiert DGB-Vize Ulf Fink dahingehend, daß „bereits am 7. Juni 1980 der Rat der Europäischen Gemeinschaften die Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt erlassen habe, die von den Mitgliedsstaaten bis zum 31. Dezember 1992 in nationales Recht umzusetzen war“. Die Bundesregierung sei dieser Verpflichtung also bisher nicht nachgekommen (ND vom 14. 3. 94).

Anläßlich des bevorstehenden Klimagipfels – der ersten Nachfolgekonzferenz des Umweltgipfels in Rio von 1992 – fordern der DGB und der Deutsche Naturschutzring (DNR) verbindliche Ziele der Bundesregierung für den Klimaschutz (ND vom 22. 8. 94).

Nach Auffassung des DGB muß die deutsche Wirtschaft endlich die Zukunftschancen des Umweltschutzes erkennen und für sich nutzen. „Die Entwicklung von ökologisch ausgerichteten Produktionen und Produkten ist der Motor für die notwendige Modernisierung der deutschen Industrie“, meinte DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich (ND vom 30. 8. 94).

Eine gemeinsame Erklärung für eine ökologische Steuerreform wurde vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und 16 namhaften Wirtschaftsunternehmen veröffentlicht. Dies wird vom DGB begrüßt und unterstützt, da Priorität ein Gesamtkonzept haben muß, das gleichermaßen den Erfordernissen der ökologischen Effektivität und der sozialen Gerechtigkeit Rechnung trägt (ND vom 13. 9. 94).

### **Vermögenspolitik**

Der DGB fordert die Einbeziehung von Tariffonds in die Förderung der Vermögensbildung, die Schaffung einer umfassenden Insolvenzversicherung für betriebliche Vermögensbeteiligungen, die Bereitstellung von Sanierungskapital für die Treuhand-Unternehmen, z.B. durch die Ausgabe von Volksaktien, sowie die Einbeziehung von Anleihen zur Infrastrukturfinanzierung im Osten in das Vermögensbildungsgesetz (ND vom 4. 9. 92).

Scharf kritisiert wird die Absicht von Bundesfinanzminister Waigel, im Rahmen seines Sparprogramms auch die Arbeitnehmersparzulage des Vermögensbildungsgesetzes abzuschaffen. Diese an Einkommensgrenzen gebundene Sparzulage ist eine der wenigen Finanzhilfen, die verteilungspolitisch gezielt den unteren bis mittleren Einkommensgruppen zugute kommen, ihre Abschaffung wäre daher kein Subventionsabbau, sondern Sozialabbau (ND vom 25. 6. 93).

### **Wirtschaftsstandort Deutschland**

Ulf Fink, stellvertretender DGB-Vorsitzender, kritisiert das deutsche Management, weil es „Wettbewerbsfähigkeit verschenke“. Die Arbeitsorganisation verharre noch in monotonen, immer wiederkehrenden Arbeitsabläufen. Dadurch werden Engagement und Innovationsfähigkeit der Arbeitnehmer stark eingeschränkt, was sich auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft negativ auswirke (ND vom 9. 3. 93).

Ulf Fink, stellvertretender Vorsitzender des DGB, äußerte sich besorgt darüber, daß die deutsche Wirtschaft, wie schon in der Vergangenheit, auch den nächsten Innovationsschub „wieder verschlafen“ könnte. In vielen Bereichen, wie zum Beispiel maßgeschneiderte Werkstoffe, Mikrosystemtechnik, Optoelektronik etc., stünden bedeutende Neuerungen bevor (ND vom 3. 5. 93).

Durch die Fehlprognose der führenden Konjunkturforschungsinstitute mußte die Wachstumsprognose der westdeutschen Industrie um 2,5 Prozent nach unten korrigiert werden. Diese falsche Prognose führte zu einer Fehlorientierung der Wirtschaftspolitik, meint DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich (ND vom 4. 5. 93, vom 15. 10. 93).

Als „Erfüllung aller Unternehmerwünsche“ hat DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich das „Arbeitspapier zum Standort Deutschland“ bezeichnet, das Bundeswirtschaftsminister Rexrodt den Unternehmerverbänden vorgelegt hat (ND vom 13. 5. 93).

Als „weitestgehend alten Wein in neuen Schläuchen“ hat der DGB die Thesen der CDU zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bezeichnet und vermißt vor allem eine Formulierung des notwendigen Beitrages der Unternehmen zur Zukunftssicherung der deutschen Wirtschaft (ND vom 15. 6. 93).

Das Thema „Wirtschaftsstandort Deutschland“ sei bei Wirtschaftsminister Rexrodt „denkbar schlecht angesiedelt“, meint der DGB. Das dazu erarbeitete Sofortprogramm der F.D.P. sei einerseits eine Ansammlung von Ladenhütern, andererseits weitgehend die Erfüllung aller Unternehmerwünsche (ND vom 17. 8. 93).

Nicht hohe Löhne, sondern verfehlte Produktions- und Arbeitskonzepte gefährden nach Meinung des DGB den Produktionsstandort Deutschland (ND vom 10. 8. 93).

Wer in diesem Jahr keine Konjunkturimpulse gibt, wird im nächsten Jahr vor den Scherben seiner eigenen Haushaltsplanung stehen. Damit reagierte DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich auf die getroffene Feststellung der Deutschen Bundesbank, es gäb keine öffentlichen Finanzspielräume für Konjunkturspritzen (ND vom 17. 9. 93).

Der DGB spricht sich für eine spürbare Ausweitung innovativer Zukunftsinvestitionen aus. Er hält die Aufstockung des Bundesforschungsetats um 2 Milliarden DM für unverzichtbar, um den wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen, vor allem im Umweltschutz, zur Verwirklichung der deutschen Einheit und zur Verbesserung der Wettbewerbsposition einheimischer Unternehmen auf den globalen Hochtechnologiegütermärkten, zu begegnen (ND vom 21. 9. 93).

DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich hat davor gewarnt, die Rezession zum „Untergang des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ umzuinterpretieren (ND vom 22. 9. 93).



Die Bundesregierung gefährde den Standortvorteil Deutschlands, wenn sie die Schwächsten der Gesellschaft rabiat und rigoros zur Kasse bittet. Damit wird die soziale Stabilität aufs Spiel gesetzt und so der kostbarste Standortvorteil gefährdet. Das Sparprogramm sei nicht nur ein frontaler Angriff auf den Sozialstaat, sondern es verschärfe Konjunkturkrise und Arbeitslosigkeit (ND vom 24. 9. 93).

Die Konjunkturgutachten der meisten Wirtschaftsforschungsinstitute sollten nur sehr skeptisch betrachtet werden. Die oft nicht zutreffenden Prognosen würden Bundesregierung und Bundesbank nur dazu verleiten, ein Alibi für konjunkturpolitisches Nichtstun und Hochzinspolitik zu haben (ND vom 25. 10. 93).

Der DGB wirft der Bundesregierung vor, „mit ideologischen Unverbindlichkeiten und Deregulierungsparolen aller Art“ von der eigenen wirtschaftspolitischen Konzeptionslosigkeit ablenken zu wollen (ND vom 28. 10. 93).

Der DGB fordert zum wiederholten Male ein „Impulsprogramm“ zur Belebung der Konjunktur, da die Ergebnisse neuester Umfragen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bei Unternehmen als „alarmierend“ bezeichnet werden müssen (ND vom 4. 11. 93).

Die alarmierende Auszehrung der Staatsfinanzen erfordert die unverzügliche Einberufung des im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (sogenanntes Stabilitätsgesetz) vorgesehenen Konjunkturrates. Im nächsten Jahr müsse als Folge von Rezession und Massenarbeitslosigkeit mit über 50 Milliarden DM Steuerausfällen gerechnet werden (ND vom 8. 11. 93, vom 12. 11. 93).

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihren Gesetzentwürfen zur „Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms“ nicht nur „Etikettenschwindel“ zu betreiben, sondern Arbeitslosigkeit und Armut statt Wachstum und Beschäftigung zu fördern (ND vom 12. 11. 93).

Als „schallende Ohrfeige für die Wirtschaftspolitik der Bonner Regierungskoalition“ hat der DGB das Gutachten des Sachverständigenrates bezeichnet. Dem Bundeswirtschaftsminister falle einerseits nichts anderes ein, als die verheerende Konjunkturflaute schönzureden, andererseits verstärke sich das Desaster des Bundesfinanzministers bei Steuerausfällen und Kosten der Arbeitslosigkeit immer weiter (ND vom 15. 11. 93).

Die Finanzpolitik der Bundesregierung wird vom DGB erneut scharf kritisiert und als „selbstzerstörerisch“ und „Makulatur“ bezeichnet. Konjunkturpolitische Tatenlosigkeit und Nachfrageausfall durch Sozialabbau verfestigten die Rezession und führten damit zu weiteren Steuerausfällen und steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit (ND vom 22. 11. 93).

Eine „tiefsitzende Krise der Wirtschaftspolitik“ ist Grund für die Hinauszögerung der Konjunkturkrise in der Bundesrepublik. Nirgends gäbe es vertrauenerweckende Beweise von wirtschaftspolitischer Handlungsfähigkeit. Insbesondere das Versagen von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt verspiele verstärkt Vertrauen in die Politikfähigkeit der Regierung (ND vom 21. 12. 93).

Der Verlust von 700 000 Arbeitsplätzen im Vergleich zum Vorjahr und der Rekordstand an Arbeitslosigkeit in Westdeutschland sind die schon seit längerem vorhergesagte Folge der anhaltenden schwersten Konjunkturkrise der Nachkriegszeit. Wenn es bei der „lähmenden Tatenlosigkeit“ der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik bliebe, würde es noch bis weit in das Jahr 1994 hinein Entlassungen geben (ND vom 3. 12. 93).

Anlässlich eines Wirtschaftsgesprächs beim Bundeskanzler fordert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer eine Gemeinschaftsaktion von Bund, Ländern und Bundesanstalt für Arbeit zur arbeitsmarktpolitischen Unterstützung der beschäftigungssichernden Tarifpolitik. Maßnahmen wie: Kurzarbeit, berufliche Weiterbildung und ABM dürften nicht abgebaut, sondern müssten verstärkt werden (ND vom 6. 12. 93).

Nicht die Höhe der Kosten, insbesondere die der Lohnkosten – wie DIHT-Präsident Stihl meint –, sondern der entscheidende Schwachpunkt und die Hauptursache für die strukturellen Schwachstellen sind in der Innovationsschläfrigkeit der deutschen Wirtschaft zu sehen, meint DGB-Vize Ulf Fink (ND vom 5. 1. 94).

Wenn der Jahreswirtschaftsbericht 1994 nicht wieder ein trauriges Schwarzbuch über Massenarbeitslosigkeit und Rezession werden soll, dann müsse die Bundesregierung zunächst die Konjunkturkrise aktiv bekämpfen (ND vom 14. 1. 94, vom 26. 1. 94).

DGB-Vorsitzender Heinz-Werner Meyer hat erneut die Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland bekräftigt und dazu aufgefordert, alles Erforderliche zu unternehmen, um diese Qualität international auch zukünftig zu erhalten und weiter auszubauen (ND vom 28. 1. 94).

Für die Fortführung einer beschäftigungswirksamen Wirtschaftsförderpolitik für Klein- und Mittelbetriebe und eine umfassende gewerkschaftliche Interessenvertretung der dort tätigen Arbeitnehmer sprach sich DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich auf einer gemeinsam von DGB und der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten DGB-Fachtagung aus (ID vom 3. 2. 94).

Die Ablehnung eines konjunktur- und strukturpolitischen Aktionsprogramms der Europäischen Kommission auf der Sondersitzung der EU-Finanzminister in Brüssel werden vom DGB als „Blockadehaltung“ kritisiert. Eine Berechtigung für die Ablehnung gäbe es nur, wenn sie auf eigene konjunktur- und strukturpolitische Anstrengungen im Inland verweisen könnte (ND vom 6. 12. 93).

Die von BDA-Präsident Murmann erneut vorgetragene Kritik an den Lohnkosten in der Bundesrepublik hat der DGB als „Donquichotterie“ in der Lohnkostendiskussion bezeichnet. Diese „Lohnkostenmär“ sei von anerkannten Wirtschaftsinstituten wie DIW oder ifo Institut längst widerlegt worden (ND vom 10. 12. 93).

Eine halbherzige Bildungspolitik gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland, stellt der DGB fest. Wer zur Haushaltskonsolidierung gerade im Bildungsbereich sparen wolle, der leiste keinen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts (ND vom 16. 12. 93).

In einer Stellungnahme zum Standortforum des Bundeswirtschaftsministeriums entwickelt der DGB eine „Fünf-Wege-Strategie“ zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland:

1. Innovationsschub
2. Bildungs- und Qualifizierungsoffensive
3. Konjunktur-, Industrie- und regionalpolitische Beschäftigungsinitiative
4. Arbeitsmarktbrücken
5. Tarifpolitik für die Zukunft (ID vom 8. 2. 1994).

Auf der Beschäftigungskonferenz der G7-Staaten in Detroit sitzt die Bundesregierung nach Meinung des DGB auf der „Anklagebank“. Als einzige habe sie keine zusätzlichen Impulse zur Überwindung der Rezession gegeben und sei deshalb von Präsident Clinton „dezent, aber bestimmt kritisiert“ worden (ND vom 15. 3. 94).

Der DGB warnt vor einer falschen Deregulierungspolitik, vor allem weil gerade jetzt die Vertreter der im Handwerk Beschäftigten und die Betriebsinhaber aufeinander zugehen und das Gesamtinteresse beider Parteien zusammenzufügen suchten. Dies müsse als Sternstunde der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet werden (ID vom 17. 3. 94).

Die Arbeitgeber wollen nach Auffassung des DGB offensichtlich einen möglichen Wirtschaftsaufschwung „verteilungsmäßig für sich vereinnahmen und einen deutlichen Vorsprung vor der Lohnentwicklung erzielen“. Für das gesamte Jahr 1994 schätzen die großen Wirtschaftsforschungsinstitute bereits eine Steigerung der Nettogewinne der Unternehmen um 10 Prozent, wohingegen die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer nur um zwei Prozent höher liegen (ND vom 9. 9. 94).

## **Wohnungspolitik**

Nach Auffassung des DGB muß der soziale Mietwohnungsbau eine Daueraufgabe für Bund, Länder und Gemeinden sein. Der DGB fordert die Förderung von minde-

stens 200 000 Sozialwohnungen jährlich mit langfristigen sozialen Bindungen in den nächsten 10 Jahren sowie daneben ein staatliches „Wiederaufbauprogramm“ zur Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes. Darüber hinaus fordert der DGB eine Begrenzung des Mietenanstiegs und dabei eine Orientierung an der Einkommensentwicklung. Nach Meinung des DGB müßten außerdem in Ostdeutschland Rückübertragungsansprüche und wirtschaftliche Verwertungsinteressen der Alteigentümer hinter dem Bau neuer Wohnungen, der Erhaltung und Verbesserung des Wohnbestandes zurückstehen (ID vom 11. 3. 91).

Der DGB fordert die Verankerung eines Rechts auf Wohnung im Grundgesetz (ID vom 11. 3. 91).

Eine radikale Umgestaltung des Förderungssystems für den Wohnungsbau fordert der DGB mit der Begründung, das gegenwärtige Förderungssystem sei nicht treffsicher genug, weil es die wirklich förderungsbedürftigen Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht ausreichend begünstige (ND vom 3. 6. 92).

Der DGB zeigt sich besorgt über die Wohnungspolitik der Bundesregierung und weist auf die fehlende Wohnungsinitiative in den Haushaltsberatungen hin. Nach wohlklingenden Ankündigungen durch die Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer bliebe am Ende eine Einzelmaßnahme zum Wohnungssondergeld für die neuen Bundesländer übrig (ND vom 9. 9. 94).

Mehrere Organisationen haben gemeinsam mit dem DGB unter dem Motto „Wohnen ist ein Menschenrecht“ auf die Wohnungsnot in der deutschen Wohlstandsgesellschaft aufmerksam gemacht und ein Investitionsprogramm für den sozialen Wohnungsbau gefordert (ND vom 23. 9. 94).

### **DGB-Aktionsprogramm 1988**

Das am 7. September 1988 vom DGB-Bundesausschuß – dem höchsten Entscheidungsgremium zwischen den Bundeskongressen – einstimmig verabschiedete Aktionsprogramm steht in einer eigenen Traditionskette (vgl. den synoptischen Themenvergleich): vier Vorgänger erlauben es, Kontinuität und Wandel in der DGB-Programmatik zu verdeutlichen. Weitere Einflüsse hierauf gehen von dem jeweils aktuellen Grundsatzprogramm und speziellen Sachprogrammen, vor allem von den Beschlüssen des letzten DGB-Bundeskongresses sowie den unter dem Namen „Wahlprüfsteine“ bekanntgewordenen Forderungspaketen an Kandidaten und Parteien aus Anlaß politischer Wahlen, aus. Die Fülle von Vorlagen führt letztlich dazu, daß neue Aktionsprogramme weithin bekannte Inhalte neu zusammenfassen.

Das fünfte DGB-Aktionsprogramm macht da keine Ausnahme. Es gliedert sich in Präambel und einen Schlußtext mit dem Titel „Unser Auftrag“ sowie vier Themenkapitel. Deren Überschriften können gewissermaßen als Kernaussagen verstanden

werden: Das Recht auf Arbeit muß verwirklicht werden (I); Für eine lebenswerte Umwelt (II); Die Arbeit muß menschengerecht gestaltet werden (III); Den Sozialstaat sichern und ausbauen (IV).

Diese Sachkapitel sind ihrerseits in 16 (wie beim Aktionsprogramm 1979) Unterkapitel eingeteilt, deren Themen aus der Synopse ersichtlich sind. Ein weiteres Gliederungselement schließlich bilden 54, teils äußerst umfangreiche Forderungskomplexe.

Das Neue im fünften DGB-Aktionsprogramm liegt vor allem in anderen Gewichtung und Nuancen. Bezieht man sich beispielsweise auf die vier Hauptkapitel als Schwerpunkte künftiger Gewerkschaftspolitik, so steht das „Recht auf Arbeit“ wie schon 1979 an erster Stelle. Eine deutliche Aufwertung gegenüber 1979 erfuhren jedoch der Umweltschutz (bisher 15. Rang), die Humanisierung – vor dem Hintergrund neuester technischer Entwicklungen – (zuvor 7. Rang) und die soziale Sicherheit (bisher 8. Rang).

Sucht man nach neuen Aspekten unter den 16 Themenpunkten des 88er Aktionsprogramms, so fällt vor allem die bewußte Interessenwahrung der Frauen (5.) und der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien (13.) auf. Die wichtigsten neuen Gesichtspunkte bilden indessen eingestreute Sätze, mit denen die Ausweitung der Forderungen auf die europäische Ebene vorgenommen wird.

Demgegenüber gehört eine Reihe von publikumswirksamen Forderungen des Programms längst zum Repertoire der Funktionärsreden. Gemeint sind beispielsweise die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Vermögensbildung bei gewerkschaftlich kontrollierten Fonds, der Wertschöpfungsbeitrag zur Rentensicherung und die ganze Palette der arbeitsmarktpolitischen Forderungen wie Arbeitsmarktbeitrag, Ergänzungsabgabe und 100-Milliarden-Investitionsprogramm.

Daneben ist freilich auf einige Nuancen im neuen Aktionsprogramm hinzuweisen. So sollte bisher die Ergänzungsabgabe auf *höhere* Einkommen erhoben werden, während sie jetzt bei *hohen* Einkommen gefordert wird. Ein anderes Beispiel findet sich im Zusammenhang mit der Finanzierung sozialpolitischer Aufgaben. Während bisher davon die Rede war, die Verteidigungsausgaben auf aktuellem Stand einzufrieren, wird jetzt eine schrittweise Senkung gefordert. Bemerkenswert ist schließlich auch, daß der DGB ausführlich auf das Verbot der Aussperrung und aller anderen möglichen unternehmerischen Arbeitskämpfinstrumente drängt.

Die Notwendigkeit eines neuen Aktionsprogramms ergab sich für den DGB rein formal aufgrund eines Beschlusses (A 18) des 13. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses vom Mai 1986 und der ihm zugrundeliegenden Überlegung, daß die 79er Forderungen nach der Verabschiedung eines neuen DGB-Grundsatzprogramms im Frühjahr 1981 als veraltet angesehen werden müssen. Viel schwerer dürfte indes-

sen der außergewerkschaftliche Druck der politischen Diskussion und Entwicklung gewogen haben. Denn einerseits besteht bei den Gewerkschaften in Sachen „Europa“ ein geradezu bedrohliches Defizit, andererseits fehlt aber auch in den aktuellen Auseinandersetzungen mit der SPD, die ihrerseits mitten in der Erarbeitung einer neuen programmatischen Grundlage steht, ein zeitgemäßes Pendant.

Folgende 13 Punkte sind Inhalt des neuen Aktionsprogramms:

#### I Qualitatives Wachstum

1. Rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung sowie Wiederherstellung einer gesunden Umwelt durch private und öffentliche Investitionen
2. Maßnahmen zur Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung sowie Sicherung des Wohnungsbestandes und Neubau von Sozialwohnungen
3. Modernisierung des öffentlichen Personenverkehrs sowie Beseitigung der „Wettbewerbsnachteile“ der Schiene
4. Erweiterung des öffentlichen Dienstleistungsangebots
5. Zusammenwirken von Bund, Ländern, Kommunen und Unternehmen zur beschäftigungspolitischen Absicherung der Arbeitnehmer durch eine „vorausschauende Strukturpolitik“
6. Konzerne, die durch Rationalisierung und Strukturveränderung Arbeitsplätze abbauen, „müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden“, indem sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen herangezogen werden können
7. Subventionen sollen künftig mit Auflagen hinsichtlich der Zahl und Beschaffenheit der zu schaffenden oder zu erhaltenden Arbeits- und Ausbildungsplätze verbunden sein
8. Ausbau der regionalen und sektoralen Strukturberichterstattung und Erstellung entsprechender Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktberichte
9. Regionale und kommunale Entwicklungskonzepte in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmen, wie zum Beispiel Beratungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen, kommunale und gewerkschaftliche Beschäftigungsinitiativen, Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft oder der Kooperationsstellen Hochschulen/Gewerkschaften

10. Bereitstellung von ausreichender, preisgünstiger und umweltverträglicher Energie durch Einsparung und rationelle Verwendung von Energie, Entwicklung und Weiterentwicklung nicht-nuklearer Energiequellen sowie vorrangige Ausnutzung der heimischen Energiequellen, vor allem der Kohle
11. Baldmöglicher Verzicht auf Kernenergie
12. Finanzierung des qualitativen Wirtschaftswachstums:
  - Investitionstätigkeit des Bundes in einem Umfang von zusätzlichen 50 Milliarden DM in den nächsten fünf Jahren
  - zuzüglich: mittelfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm mit einem Volumen von weiteren 50 Milliarden DM, verteilt auf fünf Jahre; Ergänzungsabgabe für die Bezieher großer Einkommen
  - Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden durch eine Reform des Gemeindefinanzierungssystems
  - schrittweises Senken der Verteidigungsausgaben
  - vorhandene Spielräume zur Kreditfinanzierung von Zukunftsaufgaben nutzen
  - das Unterbleiben von Steuersenkungen, die dieses Investitionsprogramm gefährden könnten.

## II Arbeitsmarktpolitik

1. Verbesserung und Konzentration der Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit
2. Förderung der Fortbildung und Umschulung von Arbeitslosen, ungelerten Arbeitern und Berufswechslern durch die Bundesanstalt für Arbeit
3. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, „wenn sie tarifvertraglichen Normen entsprechen“
4. Konzentration der Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit (zum Beispiel Lohnkostenzuschüsse) auf besonders benachteiligte Personengruppen
5. Verstärkung der personellen Kapazitäten der Bundesanstalt für Arbeit
6. Finanzierung:
  - stärkere Beteiligung des Bundes durch öffentliche Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit
  - Übernahme eventueller Defizite der Arbeitslosenversicherung durch den Bund

- stärkere finanzielle Beteiligung der öffentlichen Arbeitgeber an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
- stärkere finanzielle Beteiligung der privaten Arbeitgeber an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
- Neuordnung der Finanzierungsgrundlagen für die Bundesanstalt für Arbeit
- Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages, der von allen Erwerbstätigen entsprechend der Höhe ihres Einkommens zu entrichten ist
- der auf die Arbeitnehmer entfallende Beitrag soll zur Hälfte von den Arbeitgebern aufgebracht werden.

### III Arbeitszeitpolitik

1. 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich
2. Beschränkung von Überstunden und Mehrarbeit auf ein „unerlässliches Maß“
3. Gesetzliche Höchstarbeitszeit
4. Ausgleich von Überstunden und Mehrarbeit durch Freizeit
5. Abbau und Begrenzung von Schichtarbeit sowie Nachtarbeit und Mehrfachbelastungen auf ein „unerlässliches Maß“
6. Auf Wunsch völlige Freistellung von Schicht- und Nachtarbeit bei älteren Arbeitnehmern
7. Ausgleich der Belastungen durch Schicht- und Nachtarbeit in Form von Freizeit
8. Abwehr von Arbeitszeitsystemen, die „ausschließlich der Optimierung des Betriebsablaufs und der Kapazitätsauslastung“ dienen
9. Erweiterung der Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung von Arbeitszeiten
10. Erhalt des „freien Wochenendes“
11. Verbesserung und Fortführung der Vorruhestandsregelungen
12. Für ältere Arbeitnehmer Ermöglichung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand
13. Mindestbedingungen für Teilzeitarbeit durch tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen



14. Ablehnung von Umwandlungen eines Vollzeit- in einen Teilzeitarbeitsplatz
15. Versicherungspflicht für geringfügige Beschäftigung
16. Sechswöchiger Erholungsurlaub als Mindestmaß
17. Rechtsanspruch auf einen dreijährigen Elternurlaub, der wahlweise von der Mutter oder dem Vater genommen werden kann. Während dieser Arbeitsunterbrechung ist ein Lohnausfallersatz aus öffentlichen Mitteln in Höhe des Arbeitslosengeldes zu zahlen und der Arbeitsplatz gesetzlich zu sichern.

#### IV Frauen und Arbeitsmarkt

1. Chancengleichheit bei Einstellung, Ausbildung, Weiterbildung und beruflichem Aufstieg
2. Aufstellung von Frauenförderplänen in Betrieben und Verwaltungen.

#### V Einkommens- und Vermögensverteilung

1. Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit
2. Erhöhung der Ersparnisbildung der Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen
3. Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen in Form tarifvertraglicher überbetrieblicher Regelungen (Tariffonds).

#### VI Umwelt

1. Vorsorge und Verursacherprinzip durch Auflagen, Abgaben, Anreize, Gebote und Verbote
2. Veränderung des Umwelthaftungsrechts im Sinne einer Gefährdungshaftung
3. Verbesserung der Umweltüberwachung
4. Verschärfung des Umweltstrafrechts
5. Vermeidung von Abfällen
6. Recycling
7. Errichtung eines Altlastensanierungsfonds unter Beteiligung der Wirtschaft

8. Schärfere Grenzwerte bei Luftbelastung
9. Verlagerung des Schwertransportes über weite Entfernungen von der Straße auf die Schiene oder auf die Wasserstraßen
10. Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei allen Fragen des betrieblichen Umweltschutzes durch Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes
11. Verbesserung der Rechte der betrieblichen Umweltschutzbeauftragten
12. Errichtung paritätischer Umweltausschüsse in den Betrieben
13. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz
14. Abschluß von internationalen und bilateralen Umweltabkommen
15. Ausbau der Beteiligung der Gewerkschaften in den internationalen Organisationen zur Verbesserung der Umwelt und der Arbeits- und Lebensbedingungen.

## VII Arbeit

1. Schaffung von ganzheitlichen abwechslungsreichen und qualifizierten Tätigkeiten in einer gesundheitsgerechten Arbeitsumgebung
2. Förderung von Kreativität und Verantwortung der Arbeitnehmer
3. Bereitstellung von Zeiträumen für die persönliche Erholung und die menschliche Kommunikation
4. Abbau „überflüssiger Hierarchien“
5. Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung.

## VIII Neue Techniken

1. Staatliche Technologiepolitik mit folgenden Zielen: Förderung der Gesundheit, Verbesserung der Umwelt, Einsparung von Energie und Rohstoffen, Erhöhung der Betriebs- und Produktionssicherheit von Gütern und Anlagen, menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze
2. Sicherung und Ausbau des Forschungsprogramms „Humanisierung des Arbeitslebens“
3. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen unter Beteiligung der Gewerkschaften in die Betriebspraxis eingebracht werden (Technologietransfer)

4. Neben den Wirtschaftsverbänden sollen künftig auch den Gewerkschaften öffentliche Mittel bereitgestellt werden zur Beratung von Arbeitnehmern sowie der Betriebs- und Personalräte
5. Förderung einer Kooperation von Hochschulen und Gewerkschaften
6. Errichtung eines „Instituts für Arbeit und Technik“ mit Beteiligung der Gewerkschaften, das damit beauftragt wird, Technikfolgen zu bewerten und abzuschätzen sowie Anregungen für eine sozial und ökologisch verträgliche Technikentwicklung und -anwendung zu geben.

## IX Sozialstaat

1. Ausbau eines Systems der sozialen Sicherheit
2. Erweiterung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten
3. Verwirklichung von Chancengleichheit durch bildungspolitische Maßnahmen
4. Eine den Arbeitnehmerinteressen entsprechende Kulturpolitik
5. Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen
6. Wiederherstellung der „sozialen Schutzfunktion des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe“
7. Eine „interessenübergreifende Gesundheitspolitik“ zur Beseitigung von Versorgungsmängeln
8. Ablehnung von Selbstbeteiligungsregelungen, Karenztagen, Neuregelungen zur Teilarbeitsfähigkeit
9. Solidarische Bewältigung der Folgen von Pflegebedürftigkeit
10. Erhalt der Rentenversicherung in ihren jetzigen Grundstrukturen
11. Ablehnung von Einheitsrenten oder der Reduzierung des Leistungsniveaus auf eine Grundsicherung
12. Eigenständige Rentenansprüche der Frauen

### 13. Finanzierung:

- schrittweise Anhebung des Finanzierungsanteils des Bundes auf ein Drittel der Aufwendungen
- zusätzlich zum bisherigen Arbeitgeberanteil Erhebung eines an der gesamten Wertschöpfung der Unternehmen orientierten Beitrags
- Neuordnung des Rechts der beitragslosen Zeiten.

### X Arbeitnehmer und Gewerkschaftsrecht

1. Mitwirkung der Arbeitnehmer im Rahmen tarifvertraglicher Regelungen und mit Hilfe entsprechender Betriebsvereinbarungen an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen
2. Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte auf die Gestaltung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsplätze
3. Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Einführung und Anwendung neuer Techniken
4. Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte auf alle sozialen, personellen und Bildungsangelegenheiten
5. Ausbau der Rechte der Betriebsräte bei Betriebsänderungen
6. Absage an „überzogene“ Minderheitenregelungen
7. Absage an die Schaffung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte
8. Umwandlung der Jugendvertretungen in Jugend- und Auszubildendenvertretungen
9. Arbeitsdirektoren gemäß dem Montan-Mitbestimmungsgesetz in allen Großunternehmen des privaten und öffentlichen Rechts
10. Paritätisch besetzte Aufsichtsräte gemäß Montan-Mitbestimmungsgesetz in allen Großunternehmen des privaten und öffentlichen Rechts
11. Aufhebung des Letztentscheidungsrechts der Hauptversammlung der Aktionäre oder der Gesellschafterversammlung
12. Überbetriebliche Mitbestimmung durch paritätisch besetzte Strukturräte
13. Bildung von Branchenausschüssen in besonderen Situationen

14. Paritätisch besetzte Organe in den Handwerks- und Landwirtschaftskammern
15. Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften in den Betrieben und Verwaltungen
16. Verbot der Aussperrung
17. Bei Aussperrung grundsätzliche Anerkennung einer Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers „wegen seiner Verantwortung für derartige Produktionsstörungen“
18. Verbot der Maßregelung von Arbeitnehmern, wenn sie sich an einer „gewerkschaftlichen Arbeitsniederlegung“ beteiligen
19. Verbot des Einsatzes von Leiharbeitnehmern „zum Unterlaufen von Streiks“
20. Nichtzulässigkeit von einstweiligen Verfügungen gegen „gewerkschaftliche Streiks“; gegen einzelne Begleithandlungen im Zusammenhang mit einem Streik sollen einstweilige Verfügungen künftig nur nach mündlicher Verhandlung und ausschließlich durch die Arbeitsgerichte ergehen
21. Steuerfreiheit bei gewerkschaftlichen Streikunterstützungen
22. Verhinderung von „Streikbrecherarbeit von Beamten“
23. Erweiterung des Kündigungsschutzes von Arbeitnehmern: Auflösung des Arbeitsverhältnisses gegen den Willen des Arbeitnehmers nur durch Gerichtsurteil
24. Bereichsspezifischer Arbeitnehmer-Datenschutz
25. Aufhebung des arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiedes zwischen Arbeitern und Angestellten
26. Verbot der Leiharbeit.

## XI Bildung und Ausbildung

1. Ausbau von Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten
2. Integriertes Schulwesen in Form der Gesamtschule
3. Förderung von Bildungsgängen, die allgemeine und berufliche Bildung miteinander verbinden

4. Umlagefinanzierung bei allen Betrieben und Verwaltungen, um eine qualifizierte Berufsausbildung zu gewährleisten
5. Jährlicher Berufsbildungsbericht in allen Bundesländern
6. Beschäftigungsprogramme zur Sicherung der Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung
7. Recht auf Bildungsurlaub
8. Gesetzliche und tarifvertragliche Verpflichtung der Unternehmen, den Arbeitnehmern „ausreichendes Weiterbildungsangebot im Rahmen ihrer Berufstätigkeit“ zur Verfügung zu stellen
9. Erleichterung des Hochschulzugangs für berufserfahrene Arbeiter ohne formale Hochschulreife
10. Darlehensfreie Studienförderung in bestimmten sozialen Situationen.

## XII Medien, Kultur und Freizeit

1. Förderung kommunaler Kultureinrichtungen
2. „Neue Formen“ der Kulturarbeit in den Stadtteilen und Wohngebieten unter Beteiligung der Künstler und Bürger
3. Kulturentwicklungspläne
4. Sicherung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
5. Programmviefalt bei den kommerziellen Programmanbietern
6. Verhinderung von „Doppelmonopolen“ in Funk, Fernsehen und Presse.

## XIII Öffentliches Dienstleistungsangebot

1. Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen
2. Leistungsfähige Verwaltungen und Einrichtungen, die den Interessen von Bürgern und Beschäftigten gleichermaßen gerecht werden

3. Breitgefächertes, bedarfsorientiertes Angebot im Rahmen ortsnaher Sozial- und Gesundheitszentren in öffentlicher Regie
4. Moderne, verbraucherfreundliche, öffentliche Unternehmen mit Vorreiterfunktion im Bereich des Umweltschutzes
5. Erhalt und Ausbau der Deutschen Bundespost auf der Basis des öffentlichen Netzmonopols mit flächendeckenden Kommunikationsdiensten und
6. Erhalt und Ausbau der Bundesbahn als leistungsfähiges Unternehmen des Personen- und Gütertransportverkehrs.

### **DGB-Bildungswerk e.V.**

Hans-Böckler-Str. 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 43 01-2 46  
Telefax: (02 11) 43 01-5 00

Geschäftsführer: **Dr. Dieter Eich**  
Vorsitzender: **Günter Dickhausen**

Das DGB-Bildungswerk ist seit 1974 als gemeinnütziger Verein tätig und unterhält vier Bildungszentren:

Bildungszentrum Bad Kreuznach  
(Arbeitsbelastung und Gesundheit / Umweltpolitik / Arbeitsanforderungen und -entgelt / Internationale Arbeitsteilung / Europäische Zusammenarbeit / Europäische Betriebsräte)  
Koernicke Str. 1  
55543 Bad Kreuznach  
Telefon: (06 71) 77 02-0  
Telefax: (06 71) 77 02-23  
Leiterin: **Marianne Giesert**

Bildungszentrum Niederpöcking  
(Sozialpolitik / Soziale Sicherung / Arbeitsmarktpolitik / Soziale Kompetenz in der Interessenvertretung / Öffentlichkeitsarbeit)  
Ferdinand-von-Miller-Str. 7  
82343 Pöcking  
Telefon: (0 81 51) 26 99-0  
Telefax: (0 81 51) 26 99-22  
Leiter: **Alfons Müller**

Bildungszentrum Hattingen  
(Arbeit, Technik, Wissenschaft / Computerpraxis und Medien / Kommunikation und Sprechwirksamkeit / Geschichte, Zeitgeschehen, Gesellschaft / Wirtschaft, Unternehmensstrategien, Interessenmanagement / Mitbestimmung)  
Am Homberg 46–50  
45529 Hattingen  
Telefon: (0 23 24) 50 95-0  
Telefax: (0 23 24) 50 95-75  
Pädagog. Leiter: **Jürgen Krack**  
Verwaltungsleiter: **Lothar Jessen**

Bildungszentrum Hamburg-Sasel  
(Arbeitsrecht für Betriebsräte und Betriebsverfassungsgesetz)  
Saselbergweg 63  
22395 Hamburg  
Telefon: (0 40) 60 67-06 0  
Telefax: (0 40) 60 67-06 50  
Leiterin: **Dr. Margot Warneke**

Zusätzlich besteht eine Kooperation mit der Gewerkschaft ÖTV im

Bildungszentrum Saalfeld  
(Zwischen Ost und West)  
Auf den Rödern 4  
07318 Saalfeld  
Telefon: (0 36 71) 53 12 04  
Telefax: (0 36 71) 53 12 03

Jährlich nehmen ca. 16 000 Teilnehmer die Angebote in den genannten Themenschwerpunkten wahr. Die Teilnahme steht allen Interessierten frei, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft. Zur Umsetzung des Bildungsangebotes sowie der entsprechenden Dienstleistungen für die Teilnehmer beschäftigt das DGB-Bildungswerk 110 Mitarbeiter. Es finanziert seine Arbeit durch eigene Einnahmen sowie öffentliche Mittel, Spenden und Zuwendungen des DGB.

(Teilnehmer-Statistik 1994)



## 21 DJV – Deutscher Journalisten-Verband – Gewerkschaft der Journalisten

---

	Bennauerstraße 60 53115 Bonn Telefon: (02 28) 22 29 71 Telefax: (02 28) 21 49 17 Organ: journalist
Vorsitz:	<b>Dr. Hermann Meyn</b> (Erster Vorsitzender)
Presse:	<b>Ulrike Kaiser</b> (Pressesprecherin)
Geschäftsführung:	<b>Hubert Engeroff</b> (Hauptgeschäftsführer) <b>Benno H. Pöppelmann</b> (Stellv. Hauptgeschäftsführer und Justitiar)
Politische Repräsentanz:	Bundesvorstand (7 Mitglieder) Erster Vorsitzender: <b>Dr. Hermann Meyn</b> (Jg. 34 / SPD) Zweite Vorsitzende: <b>Hanni Chill</b> (Jg. 44 / parteilos) Dritter Vorsitzender: <b>Gustl Glattfelder</b> (Jg. 39 / k.A.) Schatzmeister: <b>Robert Graf von Norman</b> (Jg. 39 / k.A.) Beisitzer: <b>Gabriele Bauwens</b> <b>Wolfgang Kiesel</b> <b>Bernd Martin</b>
Mitglieder und Organisationsgrad:	Eigentliche Mitglieder sind die 16 Landesverbände. Sie repräsentieren 28 277 Journalisten aller Medienbereiche (Stand: Januar 1996). Das entspricht einem Brutto-Organisationsgrad von über 50 Prozent.
Gliederungen:	a) regional: 16 Landesverbände b) sachbezogen: 10 Fachausschüsse 7 Kommissionen 18 Tarifkommissionen

Internationale  
Repräsentanz:

Internationale Journalisten-Föderation (IJF)  
Stellvertretender Präsident („Senior Vice President“) ist  
der Dritte Vorsitzende des DJV, **Gustl Glattfelder**.  
Europäische Journalisten-Föderation (EJF)  
Präsident ist der Dritte Vorsitzende des DJV, **Gustl Glatt-  
felder**.

Jahresetat:

ca. 5 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
journalist	35,0	12 × jährlich	Ulrike Kaiser

Gründung:

10. Dezember 1949 in Berlin

Spitzenfunktionäre:

1949–1950	Erich Klabunde (1 Jahr)
1950–1953	Dr. Helmut Cron (3 Jahre)
1953–1965	Dr. Rupert Giessler (12 Jahre)
1965–1975	Helmut A. Crous (10 Jahre)
1975–1978	Dr. Fritz Richert (3 Jahre)
1978–1981	Dr. Manfred Buchwald (3 Jahre)
1981–1984	Christian Schneider (3 Jahre)
1984–1985	Fritz K.A. Raff (6 Monate) <sup>1</sup>
1985–1989	Werner A. Rudolph (4 Jahre)
1989–	Dr. Hermann Meyn

Mitgliederzahlen und Veränderungen seit 1976

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder insgesamt <sup>2</sup>	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %
1976	11 151	–	–
1977	11 282	+ 131	+ 1,2
1978	11 649	+ 367	+ 3,3
1979	12 143	+ 494	+ 4,2
1980	12 729	+ 586	+ 4,8
1981	13 295	+ 566	+ 4,5
1982	13 700	+ 405	+ 3,1
1983	13 968	+ 268	+ 2,0
1984	14 483	+ 515	+ 3,7
1985	14 992	+ 509	+ 3,5

<sup>1</sup> Vom 7. November 1984 bis 30. April 1985 Interimsvorsitzender.

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder insgesamt <sup>2</sup>	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %
1986	14 648	- 344 <sup>3</sup>	- 2,3
1987	15 645	+ 997	+ 6,8
1988	16 592	+ 947	+ 6,1
1989	17 490	+ 898	+ 5,4
1990	20 851	+ 3 361	+ 19,2
1991	22 891	+ 2 040	+ 9,8
1992	24 636	+ 1 745	+ 7,6
1993	26 015	+ 1 379	+ 5,6
1994	27 200	+ 1 185	+ 4,6
1995	28 235	+ 1 035	+ 3,8

1 Stichtag ist jeweils der 31. 12.

2 Ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen.

3 Die Verluste sind auf den Wechsel des SWJV vom DJV zur GK des DGB zurückzuführen.

## 22 DL – Deutscher Lehrerverband

Burbacher Straße 8  
53129 Bonn  
Telefon: (02 28) 21 12 12  
Telefax: (02 28) 21 12 24

Organ: bildung konkret

Vorsitz:

**Josef Kraus**  
(Präsident)

Sekretariat:

**Waltraud Fuchs**  
(Sekretariatsleiterin)

Ehrenmitgliedschaft:

**Clemens Christians** (Jg. 23 / DPhV / CDU)  
(Ehrenpräsident)

**Ernst Kiel** (Jg. 24 / BLBS / CDU)  
(Ehrenpräsident)

Politische

Repräsentanz:

Präsidium (7 Mitglieder)

Präsident:

**Josef Kraus** (Jg. 49 / DPhV / CDU)

Vizepräsidenten (Vorsitzende der Mitgliedsverbände)

**Heinz Durner** (Jg. 41 / DPhV / CSU)

**Georg Ehrler** (Jg. 55 / SLV / parteilos)

**Hans-Josef Ruhland** (Jg. 39 / BLBS / CDU)

**Dr. Walter Trapp** (Jg. 30 / VDR / parteilos)

**Manfred Weichhold** (Jg. 41 / VLW / parteilos)

Schatzmeister: **Hans-Joachim Kluge**

Mitgliedschaft: 5 Mitgliedsverbände des Deutschen Beamtenbundes (DBB) mit insgesamt rund 160 000 organisierten Lehrern:  
 Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS – (35 000)  
 Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW – (15 000)  
 Deutscher Philologenverband – DPhV – (70 000)  
 Sächsischer Lehrerverband – SLV – (10 000)  
 Verband deutscher Realschullehrer – VDR – (30 000)

Internationale Repräsentanz: Bildungs-Internationale (BI) – in Englisch: Education International (EI)  
 Der DL ist in der BI durch seinen ehemaligen Vizepräsidenten **Peter Grothe** (Jg. 39 / BLBS / SPD) und durch **Max Schmid** (Jg. 26 / DPhV / parteilos) vertreten.

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
bildung konkret	80	11 × jährlich	Josef Kraus

Gründung: 3. Juli 1969

## 23 AUB – Die Unabhängigen – Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger

---

Spittlertorgraben 19  
 90429 Nürnberg  
 Telefon: (09 11) 26 47 83 und 26 47 88  
 Telefax: (09 11) 26 38 76

Organ: Intern

Vorsitz: **Wilhelm Schelsky**  
 (Bundesvorsitzender)

**Ingrid Brand-Hückstädt** (Richterin am BAG)  
 (Erste Stellvertretende Bundesvorsitzende)

**Heinz Mayer**  
 (Zweiter Stellvertretender Bundesvorsitzender)

Weitere Vorstandsmitglieder:  
**Rolf Dittmar**  
**Werner Hahne**  
**Lothar Mahling**  
**Christian Neumann**  
**Walter Seybert**

Schatzmeisterin: **Marianne Bayer**  
 Geschäftsführung: **Marianne Bayer**  
 (Bundesgeschäftsführerin)  
**Günter Lukas**  
 (Stellvertretender Bundesgeschäftsführer)

Presse: **Lothar Mahling**  
 (Pressesprecher)

AUB-Geschäftsstellen: AUB-Bundesgeschäftsstelle:  
 Spittlertorgraben 19  
 90429 Nürnberg  
 Telefon: (09 11) 26 47 83 und 26 47 88  
 Telefax: (09 11) 26 38 76

AUB-Landesgeschäftsstelle:  
 Bertolt-Brecht-Allee 22  
 01309 Dresden  
 Telefon: (03 51) 31 99 14 20  
 Telefax: (03 51) 31 99 14 21  
 Landesgeschäftsstellenleiter: **Eberhard Jahn**

AUB-Verbindungsbüro Bonn: Verbindungsbüro zur Bundesregierung:  
 Adenauerallee 266  
 53113 Bonn  
 Telefon: (02 28) 9 17 22 91  
 Telefax: (02 28) 9 17 22 99

Leiter: Lothar Mahling  
 Telefon: (02 28) 9 17 22 22  
 auch Telefon: (07 11) 9 36 70 30

Bundesweite Repräsentanten: (Landesbeauftragte)	Peter Barth Werner Bittner Gabriele Böttcher Uwe Forgber Heinz-Jürgen Forstreuter Erwin Gebhardt Wolfgang Graf Erich Harmel Michael Hellriegel Inez March Winfried Schade Bärbel Schneider Roland Scholz Manfred Theis	Rheinland-Pfalz Hamburg, Schleswig-Holstein Berlin Sachsen, Ost NRW, Rhein Bremen/Oldenburg Bayern, Süd Niedersachsen, Nord/West Sachsen, West Niedersachsen, Süd/Ost NRW, Westfalen Saarland NRW, Ruhr Hessen
---	---	---

Politische Repräsentanz: Vorstand 5 bis max. 13 Mitglieder

- Mitglieder: ca. 10 000 Arbeitnehmer (Stand: Dez. 1995)
- Organe:
- a) Mitgliederversammlung (jährlich); gewöhnlich im November
  - b) Verwaltungsrat:  
Der Verwaltungsrat besteht aus den Delegierten der örtlichen Gruppen und dem Vorstand.
  - c) Vorstand:  
bestehend aus 5 bis max. 13 Mitgliedern
- Gliederungen: Regionalgruppen (informell)  
Betriebsgruppen

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
intern, Mitgliederzeitschrift	20,0	4 × jährlich	L. Mahling
Spezial, Information zu Sachthemen	15,0	4 × jährlich	M. Bayer
Forum	2,0	Nachrichten aus dem gesellschafts-politischen Umfeld sowie aus der betriebl. Praxis	I. Krähmer
AUB-Report, Gruppenpublikation		Gruppenpublikationen	AUB-Gruppensprecher
Nordlicht	20,0	Mitgliederzeit-schrift nördl. Bundesländer	A. Werner

Gründung: 22. Juli 1986 in Nürnberg

## Politische Aussagen

Am 31. Oktober 1993 wurden vom AUB-Bundesvorstand die „Leipziger Thesen“ auf einer Sondersitzung in Leipzig verabschiedet:

Ziel der Leipziger Thesen:

Mit einem neuen System der Tarifpolitik soll den veränderten Umständen der Wirtschaftswelt in Deutschland einerseits und den Erfahrungen mit der traditionellen Tarifpolitik andererseits Rechnung getragen werden.

Kerngedanke ist, die Entscheidungshoheit dorthin zu verlagern, wo die Folgen tarifpolitischen Handelns zu ertragen und zu verantworten sind: in den einzelnen Betrieb und das einzelne Unternehmen. Dies schließt freiwillige Delegation an – überbetriebliche – Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nicht aus, sondern ein. Damit würde auch die stetig wachsende Zahl nicht gesetzeskonformer betrieblicher

Regelungen entfallen, mit denen viele Unternehmen und Betriebsräte tarifliche Regelungen unterlaufen.

Die Leipziger Thesen fordern eine materielle Änderung von Tarifvertragsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz, um die bevorrechtigte Stellung der Gewerkschaften und Verbände zugunsten einer stärkeren Betriebsautonomie zu beseitigen.

Die Leipziger Thesen beinhalten auch den Wegfall der seit Jahren diskutierten Öffnungsklauseln.

In der Präambel der Leipziger Thesen heißt es:  
Eine zukünftige Tarifpolitik wird bestimmt durch:

- Verschärfung des internationalen Wettbewerbs
- unterschiedliche Innovationsgeschwindigkeiten
- höhere Qualifikation der Mitarbeiter
- stetigen Wertewandel in der Gesellschaft
- gravierende Marktänderungen wie die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes
- noch höheren Stellenwert der Umweltpolitik.

Deshalb muß die Tarifpolitik flexibler und schneller sowohl zugunsten der Arbeitnehmer als auch der Unternehmen handeln. Dazu gehört auch, die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Betrieb dauerhaft zu fördern.

#### These 1

Die Tarifautonomie muß erhalten bleiben. Beibehalten werden soll die Zurückhaltung des Staates in der Tarifpolitik.

#### These 2

Die Tarifautonomie muß ergänzt werden durch eine gleichberechtigte Betriebsautonomie. Das Verhältnis untereinander wird bestimmt durch das Subsidiaritätsprinzip: Die dezentrale Lösung hat Vorrang vor der zentralen Lösung.

#### These 3

Vertragspartner sind:  
Betriebsräte und Arbeitgeber oder  
Arbeitnehmervereinigungen und Arbeitgebervereinigungen

#### These 4

Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen können auch Rahmenverträge für die betriebliche Ebene vereinbaren.

#### These 5

Maßstab für alle Verträge soll das Wohlergehen der Betriebe und ihrer Mitarbeiter sein: Kooperation statt Konfrontation.

#### These 6

Einzelvertraglich günstigere Regelungen für den Mitarbeiter sind jederzeit möglich und haben Vorrang vor kollektiven Regelungen.

#### These 7

Die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen sollen sich zu Beratungs- und Dienstleistungsgemeinschaften der Betriebspartner fortentwickeln. Den Betriebspartnern wächst ein weiteres Maß an Eigenverantwortung zu.

#### These 8

Arbeitskampfmaßnahmen dürfen nur auf der Ebene der Arbeitnehmer und Arbeitgebervereinigungen beschlossen und durchgeführt werden. Die Betriebspartner behalten die Möglichkeit der freiwilligen betrieblichen Schlichtung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Die AUB ist eine überparteilich und unabhängig tätige Arbeitnehmergeinschaft. Obwohl sie ihre Dienstleistungen bundesweit anbietet, ist ihre Tätigkeit jedoch überwiegend betriebsbezogen:

Die AUB führt Seminare, Lehrgänge und aktuelle Informationsveranstaltungen mit arbeits- und berufspolitischer Zielsetzung durch. Die Themen ergeben sich aus der beruflichen und gesellschaftspolitischen Praxis, wie:

- Betriebs- und Personalräteseminare
- Arbeitsrechtseminare
- Seminare für Gesprächsführung und Versammlungsleitung
- Steuerseminare.

Die AUB informiert und berät u.a. Arbeitnehmer, Auszubildende, Betriebsräte, Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Vertrauensleute der Schwerbehinderten, leitende Angestellte und Aufsichtsratsmitglieder über Fragen des Arbeits- und Sozialrechts, Aus- und Weiterbildung sowie berufliche Weiterentwicklung, Betriebsklima und Führungsverhalten.



## 24 EKA – Evangelische Konferenz für Arbeitnehmerfragen

---

Blumenstraße 1  
73087 Boll  
Telefon: (0 71 64) 20 08

Vorsitz: **Eduard Wörmann**

## 25 GGVöD – Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes

---

Peter-Hensen-Straße 5–7  
53175 Bonn  
Telefon: (02 28) 3 08 17-0  
Telefax: (02 28) 3 08 17-23

Vorsitz: **Horst Zies**  
(1. Vorsitzender)

**Robert Dera**  
(2. Vorsitzender)

Sekretariat: **Siegfried Speichert**  
(Geschäftsführer)  
Stellvertretende Geschäftsführerin:  
**Manuela Winkler-Odenthal**

Presse:  
(Geschäftsführer)  
**(Michael Schulz**  
(Pressereferent)

Geschäftsführender Vorstand  
(10 Mitglieder)

1. Vorsitzender:  
**Horst Zies** (Jg. 36 / GdS / CDU)

2. Vorsitzender:  
**Robert Dera** (Jg. 39 / GDBA / CDU)

Stellvertretende Vorsitzende:  
**Hans Bolten** (Jg. 36 / KOMBA / CDU)  
**Helmut Overbeck** (Jg. 49 / DSTG / SPD)  
**Frank Stöhr** (Jg. 43 / KOMBA / SPD)  
**Waltraud Becker** (Jg. 46 / VDSträ / k.A.)  
**Manfred Raible** (Jg. 35 / DHV / parteilos)  
**Willi Russ** (Jg. 52 / DPV / parteilos)

	DBB-Bundesvorsitzender (geborenes Mitglied): <b>Erhard Geyer</b> (Jg. 39 / DSTG / CDU)
	Stellvertretender DBB-Bundesvorsitzender (kooptiertes Mitglied): <b>Heinz Ossenkamp</b> (Jg. 46 / KOMBA / CDU)
Mitgliedschaft:	6 Mitgliedsverbände mit insgesamt rund 354 000 Gewerkschaftern (1995): <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Christliche Gewerkschaft Post (CGP) des CGB</li> <li><input type="checkbox"/> Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes (DBB-Tarifunion)</li> <li><input type="checkbox"/> Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen, Heilpädagogen/Heilpädagoginnen (DBSH)</li> <li><input type="checkbox"/> Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV) – Bundesfachgruppe „Öffentlicher Dienst“ – des CGB</li> <li><input type="checkbox"/> Gewerkschaft Öffentliche Dienste (GÖD) des CGB</li> <li><input type="checkbox"/> Verband Deutscher Straßenwärter (VDStra)</li> </ul>
Organe:	<p>a) Gewerkschaftstag (zuletzt 350 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:</p> <p style="padding-left: 20px;">7. Ordentlicher GGvöD-Gewerkschaftstag (11./12. September 1995 in Fulda)</p> <p style="padding-left: 20px;">8. Ordentlicher GGvöD-Gewerkschaftstag (1999)</p> <p>b) Vorstand (48 Mitglieder; davon 10 im Geschäftsführenden Vorstand – siehe „c“)</p> <p>c) Geschäftsführender Vorstand (10 Mitglieder – s.o.)</p> <p>d) Tarifkommission (53 Mitglieder)</p>
Internationale Repräsentanz:	indirekte Mitgliedschaften über die angeschlossenen Verbände
Gründung:	1969

# Die Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)<sup>1</sup> und ihre 6 Mitgliedsorganisationen mit ihren Vorsitzenden

<b>Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)</b>	<b>Horst Zies</b>
Christliche Gewerkschaft Post (CGP) im CGB	Max Fischer
DBB-Tarifunion	Horst Zies
Deutscher Berufsverband der Diplom-Sozialarbeiter/ Diplom-Sozialarbeiterinnen, Diplom-Sozialpädagogen/ Diplom-Sozialpädagoginnen und Diplom-Heilpädagogen/ Diplom-Heilpädagoginnen (DBSH)	Diplom-Sozialarbeiterin Hille Gosejacob-Rolf
Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV) im CGB <sup>2</sup>	Jörg Hebsacker
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) im CGB	Gerd Schiffer
Verband Deutscher Straßenwärter (VDStra) – Fachgewerkschaft für das Straßenunterhaltungspersonal in Deutschland –	Josef Hilgers

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
GGVöD-Information Meldungen–Meinungen–Hintergründe	2,0	10 × jährlich	Michael Schulz

Jahresetat:

Der Jahresetat setzt sich zusammen aus Mitgliedsbeiträgen und beläuft sich auf ca. 2 Mio. DM (1995).

## Bildungseinrichtungen:

Bildungsdienst, Sozialwerk und Akademie des Deutschen Beamtenbundes (BiSoWe des DBB)

1 Auf dem 7. Ordentlichen GGVöD-Gewerkschaftstag vom 11./12. September 1995 in Fulda wurde die Umgründung der GGVöD mit Namensänderung in „DBB-Tarifunion“ – unter Wegfall der bisherigen, aus der Gemeinschaft tariffähiger Verbände (GtV) im DBB hervorgegangenen DBB-Tarifunion – vorgenommen.

2 Genaugenommen ist lediglich die DHV-Bundesfachgruppe „Öffentlicher Dienst“ – Vorsitz: Manfred Raible – GGVöD-Mitglied.

## 26 GdED – Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

---

Beethovenstraße 12–16  
60325 Frankfurt/Main  
Postfach 17 03 31  
60077 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 75 36-0  
Telefax: (0 69) 75 36-2 22  
Organ: GdED inform

**Vorsitz:**

**Rudi Schäfer**  
(Vorsitzender)

**Presse:**

**Hubert Kummer**  
(Pressesprecher)

**Betriebsrat:**

**Georg Hörter**  
(Vorsitzender)

**Geschäftsführung:**

Geschäftsführender Vorstand  
(8 Mitglieder)

Vorsitzender:

**Rudi Schäfer** (Jg. 34 / SPD)  
(Koordination / Gesellschaftspolitik / Wirtschaftspolitik /  
Verkehrspolitik / Mitbestimmung / Personal / Öffentlich-  
keitsarbeit / Internationales)

Stellvertretende Vorsitzende:

**Dr. Rolf Hofmann** (Jg. 34 / SPD)  
(Betriebs- und Personalräte / Vertrauenspersonen /  
Organisation)

**Siegfried Weiß** (Jg. 33 / SPD)  
(Recht / Beamte)

Hauptkassierer:

**Dieter Langendorf** (Jg. 33 / SPD)  
(Finanzen / Redaktionen)

Mitglieder:

**Rainer Grab** (Jg. 47 / SPD)  
(Sozialpolitik / Umweltschutz / Senioren)

**Norbert Hansen** (Jg. 52 / SPD)  
(Tarifpolitik)

**Peter Rothe** (Jg. 53 / SPD)  
(Technologie / Verwaltung)

**Renate Toewe** (Jg. 53 / parteilos)  
(Bildungspolitik / Berufliche Bildung / Gewerkschaftliche  
Bildung / EDV / Ausländische Arbeitnehmer / Frauen-  
und Familienpolitik / Jugend)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>1</sup>

**Margarete Flach-Helffenstein** (Leiterin der Abteilung  
„Frauen“)

**Ulrike Bergann** (Leiterin der Abteilung  
„Jugend“)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

2 (2 SPD)

**Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)**

398 404 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995). Die  
GdED rangiert mit einem Anteil von 4,3 Prozent an  
(7. Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GdED in %
Frauen	75 730	19,01
Jugend	24 724	6,21
Arbeiter	205 960	51,70
Angestellte	60 165	15,10
Beamte	132 279	33,20

Der Brutto-Organisationsgrad der GdED liegt bei 80 Prozent.

Organe:

a) Gewerkschaftstag (zuletzt 518 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche:

15. Ordentlicher GdED-Gewerkschaftstag  
(22.–27. November 1996 in Hamburg)

16. Ordentlicher GdED-Gewerkschaftstag (2000)

ab) Außerordentliche:

3. Außerordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) GdED-  
Gewerkschaftstag  
(23.–25. Oktober 1990 in Kassel)

b) Gewerkschaftsbeirat (120 Mitglieder)

c) Hauptvorstand (50 Mitglieder; davon 8 im Geschäfts-  
führenden Vorstand – s.o.)

d) Beschwerdeausschuß (8 Mitglieder)

e) Revisionskommission (7 Mitglieder)

Gliederungen:

a) regional:

16 Bezirke

205 Ortsverwaltungen

<sup>1</sup> Die Berufsgruppen – Arbeiter, Angestellte, Beamte – werden durch die entsprechenden Hauptabteilungen direkt betreut.

- b) sachbezogen:
  - 12 Fachgruppen
  - 4 Berufsgruppen
  - 3 zentrale Arbeitskreise

Internationale  
Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF)  
Im ITF-Vorstand ist die GdED durch ihren Vorsitzenden **Rudi Schäfer** vertreten.
  - Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß in der Europäischen Gemeinschaft (GVEG)  
Präsident ist der GdED-Vorsitzende **Rudi Schäfer**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP  
franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Spitzenfunktionäre:

1948–1959      Hans Jahn (11 Jahre)  
 1959–1979      Philipp Seibert (20 Jahre)  
 1979–1988      Ernst Haar (9 Jahre)  
 1988–            Rudi Schäfer

Jahresetat:            111 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
GdED inform Mitgliederzeitung	400,0	11 × jährlich	Reinhard Sauer
Praxisreport	50,0	3 × jährlich	Dieter Langendorf

Gründung:            1. Ordentlicher Gewerkschaftstag (Vereinigungskongreß)  
vom 23./24. Juni 1949 in Stuttgart

### Bildungseinrichtung der GdED:

Bildungs- und Jugendholungsgesellschaft der GdED-mbH  
 Beethovenstr. 12–16  
 60325 Frankfurt/Main  
 Telefon: (0 69) 75 36-3 08/-3 09  
 Telefax: (0 69) 75 36-3 74  
 Leiter: Rolf Bodemer/Ludwig Hartenstein

## 27 GdP – Gewerkschaft der Polizei

---

	Forststraße 3a 40721 Hilden Telefon: (02 11) 71 04-0 Telefax: (02 11) 71 04-2 22 Organ: Deutsche Polizei
Vorsitz:	<b>Hermann Lutz</b> (Bundesvorsitzender)
Vorstandssekretariat:	<b>Wolfgang Dicke</b> (Geschäftsführer)
Presse:	<b>Rüdiger Holecek</b> (Pressesprecher) <b>Adalbert Halt</b> (Chefredakteur)
Betriebsrat:	<b>Horst Müller</b> (Vorsitzender)
Geschäftsführung <sup>1</sup> :	Geschäftsführender Bundesvorstand (10 Mitglieder)
Bundesvorsitzender:	<b>Hermann Lutz</b> (Jg. 38 / CDU) Stellvertretende Bundesvorsitzende: <b>Konrad Freiberg</b> (Jg. 51 / k.A.) <b>Helmut Hinsenhofen</b> (Jg. 39 / k.A.) <b>Klaus Steffenhagen</b> (Jg. 47 / SPD) <b>Hans-Dieter Wimmer</b> (Jg. 40 / SPD) Bundesschriftführer: <b>Bernhard Witthaut</b> (Jg. 55 / k.A.) Bundeskassierer: <b>Manfred Stock</b> (Jg. 39 / SPD) Stellvertretender Bundeskassierer: <b>Andreas Schuster</b> (Jg. 59 / k.A.) Weitere Mitglieder: <b>Heinz Kiefer</b> (Jg. 48 / k.A.) <b>Eugen Roth</b> (Jg. 57 / k.A.)
Personengruppen- Leiter <sup>2</sup> :	<b>Günter Meiners</b> (Vorsitzender der „Jungen Gruppe“) <b>Marion Dix</b> (Vorsitzende der Frauengruppe) <b>Willi Bruelheide</b> (Vorsitzender der Seniorengruppe)

1 Die Position des GdP-Bundesvorsitzenden ist hauptamtlich besetzt, die 9 weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands sind ehrenamtlich tätig.

2 Die Personengruppen der Angestellten, Arbeiter und Beamten werden vom Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand unmittelbar betreut.

## Bundestags-Mitglieder

(13. Wahlperiode): 2 (2 SPD)

Mitglieder und Organisationsgrad: 198 897 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995). Die GdP rangiert mit einem Anteil von 2,13 Prozent an 13. Stelle im DGB.  
(Tabelle)

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GdP in %
Frauen	27 854	14,00
Jugend	20 562	10,34
Arbeiter	10 745	5,40
Angestellte	22 729	11,43
Beamte	165 423	83,17

Der Brutto-Organisationsgrad der GdP liegt bei 75 Prozent<sup>1</sup>.

## Organe:

- a) Bundeskongreß (zuletzt 251 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:
    20. Ordentlicher GdP-Bundeskongreß (8.–11. November 1994 in Dresden)
    21. Ordentlicher GdP-Bundeskongreß (1998)
  - ab) Außerordentliche:  
Außerordentlicher GdP-Bundeskongreß (15. Oktober 1992 in Braunschweig)
- b) Gewerkschaftsbeirat (92 Mitglieder; darunter die 34 des Bundesvorstands – siehe „c“)
- c) Bundesvorstand (34 Mitglieder; davon 10 im Geschäftsführenden Bundesvorstand – s.o.)
- d) Geschäftsführender Bundesvorstand (10 Mitglieder – s.o.)
- e) Kontrollausschuß (18 Mitglieder)

## Gliederungen:

- a) regional  
18 Landesbezirke (darunter die Bezirksgruppen „Bundeskriminalamt“ und „Bundesgrenzschutz“)  
550 Kreis- und Bezirksgruppen
- b) sachbezogen:  
7 Bundesfachausschüsse

<sup>1</sup> Schätzwert.



Internationale  
Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:

- Internationale Vereinigung europäischer Polizeigewerkschaften, UISP (Union Internationale des Syndicats de Police).

Die UISP ist weder dem EGB noch dem IBFG angeschlossen. UISP-Präsident ist der GdP-Vorsitzende, **Hermann Lutz**.

b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:

- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Jahresetat:

keine Angaben

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Deutsche Polizei Mitgliederzeitschrift	213,0	12 × jährlich	Adalbert Hait/ Rüdiger Holecek

Gründung:

Gründungskongreß vom 14. September 1950 in Hamburg

Spitzenfunktionäre:

1950–1955

Fritz Schulte (5 Jahre)

1956–1958

Fritz Kehler (2 Jahre)

1958–1975

Werner Kuhlmann (17 Jahre)

1975–1981

Helmut Schirmmacher (6 Jahre)

1981–1986

Günter Schröder (5 Jahre)

1986–

Hermann Lutz

## 28 GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

---

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt/Main  
Postfach 90 04 09  
60444 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 7 89 73-0  
Telefax: (0 69) 7 89 73-2 01

Organ: Erziehung und Wissenschaft

Vorsitz:

**Dr. Eva-Maria Stange**  
(Vorsitzende)

Presse:

**Steffen Welzel**  
(Pressesprecher)

Sekretariat:

**Ulrich Hinz**  
(Geschäftsführer)

Betriebsrat:	<b>Randolph Kosla</b> (Vorsitzender)
Geschäftsführung:	Geschäftsführender Vorstand (10 Mitglieder – einschließlich 2 beratende) Vorsitzende: <b>Dr. Eva-Maria Stange</b> (Jg. 57 / k.A.) (Koordination / Internationales) Stellvertretender Vorsitzender: <b>Heinz Putzhammer</b> (Jg. 41 / parteilos) (Angestellte / Beamte) Mitglieder: <b>Marianne Demmes</b> (Jg. 47 / k.A.) (Schule) <b>Norbert Hocke</b> (Jg. 52 / parteilos) (Jugendhilfe / Sozialarbeit) <b>Ursula Herelt</b> (Jg. 42 / k.A.) (Berufliche Bildung / Weiterbildung) <b>Gerd Köhler</b> (Jg. 44 / SPD) (Hochschule / Forschung) <b>Dr. Larissa Klinzing</b> (Jg. 51 / k.A.) (Frauen) <b>Ulrich Pithan</b> (Jg. 41 / SPD) (Finanzen) Beratende Mitglieder: <b>Ulrich Hinz</b> (Jg. 51 / SPD) (Geschäftsführer) <b>Steffen Welzel</b> (Jg. 42 / SPD) (Pressesprecher – Verantwortlicher Redakteur von „Erziehung und Wissenschaft“)
Bundestags-Mitglieder (13. Wahlperiode):	48 (8 Bündnis 90/Die Grünen – 1 PDS – 39 SPD)
Mitglieder und Organisationsgrad: (Tabelle)	306 448 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995). Die GEW rangiert mit einem Anteil von 3,28 Prozent an 10. Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GEW in %
Frauen	207 868	67,83
Jugend	2 056	0,67
Arbeiter	–	–
Angestellte	143 454	46,81
Beamte	119 666	39,05
Sonstige	43 328	14,14

Der Brutto-Organisationsgrad der GEW liegt bei 30 Prozent.

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 530 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:
    22. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) GEW-Gewerkschaftstag  
(16.–21. Mai 1993 in Essen)
    23. Ordentlicher GEW-Gewerkschaftstag  
(25.–28. Mai 1997 in Chemnitz)
  - ab) Außerordentliche:
    3. Außerordentlicher GEW-Gewerkschaftstag  
(10. November 1990 in Münster)
- b) Hauptausschuß (105 Mitglieder – einschließlich 2 beratende; davon 40 Mitglieder im Hauptvorstand – einschließlich 2 beratende)
- c) Hauptvorstand (40 Mitglieder – einschließlich ein beratendes; davon 11 Mitglieder im Geschäftsführenden Vorstand – einschließlich ein beratendes)
- d) Geschäftsführender Vorstand (12 Mitglieder – einschließlich 2 beratende)

Gliederungen:

- a) regional:
  - 16 Landesverbände
  - Bezirksverbände
  - Kreisverbände
  - Ortsverbände
  - Stadtverbände
- b) sachbezogen:
  - 11 Fachgruppenausschüsse
  - 4 Ausschüsse für die Personengruppen Angestellte, Frauen, Ruheständler und Jugend (AjLE<sup>1</sup>)
  - 3 Arbeitsgruppen<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Ausschuß junger Lehrer und Erzieher.

<sup>2</sup> Auslands-Schulen; Europa-Schulen; Bundeswehrfachschulen.

Internationale  
Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
- Bildungsinternationale (BI)  
Einer der 4 Vizepräsidenten ist  
**Dr. Dieter Wunder**
  - Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (EGBW)  
Die GEW ist im EGBW-Exekutivkomitee durch den Referenten für Internationale Angelegenheiten,  
**Dr. Christoph Heise**, vertreten.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP –  
franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET  
(EURO-FIET) (s.o.)
- ca. 91 Mio. DM (1994)

Jahresetat:

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Erziehung und Wissenschaft (E&W) Mitgliederzeitschrift	310,0	11 × jährlich	Steffen Welzel

Gründung:

Vertreterversammlung vom 7. bis 10. Juni 1949  
in Marburg

Spitzenfunktionäre:

- |           |                               |
|-----------|-------------------------------|
| 1949–1952 | Max Traeger (3 Jahre)         |
| 1952–1958 | Bernhard Plewe (6 Jahre)      |
| 1958–1960 | Max Traeger (2 Jahre)         |
| 1960–1968 | Heinrich Rodenstein (8 Jahre) |
| 1968–1981 | Erich Frister (13 Jahre)      |
| 1981–1997 | Dr. Dieter Wunder             |
| 1997–     | Dr. Eva-Maria Stange          |

## 29 GGLF – Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft<sup>1</sup>

---

Druseltalstraße 51  
34131 Kassel  
Postfach 41 01 58  
34063 Kassel  
Telefon: (05 61) 93 79-0  
Telefax: (05 61) 93 79 -220

- Vorsitz: **Hans-Joachim Wilms**  
(Vorsitzender)
- Presse: **Klaus Gabor**  
(Pressesprecher)
- Betriebsrat: **Manfred Neupfleger**  
(Vorsitzender)
- Geschäftsführung: Geschäftsführender Hauptvorstand  
(3 Mitglieder)  
Vorsitzender:  
**Hans-Joachim Wilms**  
(Jg. 55 / SPD)  
Leiter der Abteilung I  
(Koordination / Forstwirtschaft / Internationales /  
Tarifpolitik / Öffentlicher Dienst)  
Stellvertretende Vorsitzende:  
**Thomas Hoffmann**  
(Jg. 54 / k.A.)  
Leiter der Abteilung II  
(Organisation / Werbung / Finanzen / Personal / Frauen)  
**Eva-Maria Pfeil**  
(Jg. 51 / k.A.)  
Leiterin der Abteilung III  
(Wirtschaftspolitik / Landwirtschaft / Tierwirtschaft /  
Weinbau / Öffentlichkeitsarbeit)
- Bundestags-Mitglieder:  
(13. Wahlperiode): 2 (2 SPD)
- Mitglieder und  
Organisationsgrad: 82 725 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).  
(Tabelle) Die GGLF rangiert mit einem Anteil von 0,88 Prozent an  
15. Stelle im DGB.

---

<sup>1</sup> Die Existenz der GGLF endete am 31. Dezember 1995. Auf einem Fusionsgewerkschaftstag vereinigte sie sich mit der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) als Partnerin am 7./8. November 1995 in Dortmund und mit Wirkung vom 1. Januar 1996 zur Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GGLF in %
Frauen	23 389	28,27
Jugend	4 485	5,42
Arbeiter	67 556	81,66
Angestellte	12 573	15,20
Beamte	2 596	3,14

Der Brutto-Organisationsgrad der GGLF lag bei 30 Prozent.

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 140 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzte Termine:
  - aa) Ordentliche:
    - 15. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) GGLF-Gewerkschaftstag (26.–29. September 1993 in Gelsenkirchen)
  - ab) Außerordentliche:
    - 1. Außerordentlicher GGLF-Gewerkschaftstag (22. September 1990 in Bogensee)
    - 2. Außerordentlicher GGLF-Gewerkschaftstag (6. November 1995 in Dortmund)
  - ac) Fusionsgewerkschaftstag:
    - Vereinigungsgewerkschaftstag mit der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) zur Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) (7./8. November 1995 in Dortmund)
- b) Hauptausschuß (30 Mitglieder; davon 13 im Hauptvorstand – s. „c“)
- c) Hauptvorstand (13 Mitglieder; davon 3 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)
- d) Revisionskommission (3 Mitglieder)
- e) Kontrollkommission (5 Mitglieder)

Gliederungen:

- a) regional:
  - 11 Landesbezirke
  - 48 Bezirke (einschließlich 10 Landesfachgruppen für landwirtschaftliche Angestellte (1) sowie Forstbeamte und -angestellte)
  - Organisationsbezirke
  - Zahlstellen
- b) sachbezogen:
  - Bundesfachgruppen

Internationale Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL)

- Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften in der Gemeinschaft (EFA)  
Vizepräsident ist der GGLF-Vorsitzende **Hans-Joachim Wilms**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat:

ca. 12 Mio. DM (1995)

Hauptpublikation:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise
Der Säemann (Mitglieder-Zeitschrift)	100,0	12 × jährlich

Nach der Fusion der GGLF mit der BSE zur IG BAU erscheinen folgende Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Der Grundstein	720,0	12 × jährlich	Manfred Gommert
Fundamente	40,0	4 × jährlich	Thomas Lucks
Forstliche Mitteilungen	10,0	12 × jährlich	Paul Rudolf Härle Am Forsthaus 10 65719 Hofheim Tel.: (0 61 92) 90 10 00

Gründung:

1. Ordentlicher Verbandstag (Vereinigungsverbandstag) vom 30./31. Juli 1949 in Hannoversch Münden

Spitzenfunktionäre: (GGLF)

- 1949–1955 Friedrich Greve (6 Jahre)
- 1956–1959 Heinz Frehsee (3 Jahre)
- 1959–1968 Hellmut Schmalz (9 Jahre)
- 1968–1969 Alfons Lappas (1 Jahr)
- 1969–1975 Alois Pfeiffer (6 Jahre)
- 1975–1987 Willi Lojewski (12 Jahre)
- 1987–1993 Günther Lappas (6 Jahre)
- 1993–1995 Hans-Joachim Wilms (2 Jahre)<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Wilms ist der letzte GGLF-Vorsitzende, da die GGLF am 7./8. November 1995 mit der BSE (wirksam ab 1. Januar 1996) zur IG BAU fusionierte.

## 30 HBV – Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

---

Kanzlerstr. 8  
40472 Düsseldorf  
Postfach 33 02 11  
40435 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 90 40-0  
Telefax: (02 11) 90 40-8 88

Vorsitz:

**Margret Mönig-Raane**  
(Erste Vorsitzende)

**Jürgen Schatte**  
(Zweiter Vorsitzender)

Presse:

**Susanne Anger**  
(Pressesprecherin)

Betriebsrat:

**Barbara Oehmichen**  
(Vorsitzende)

Geschäftsführung:

Geschäftsführender Hauptvorstand  
(5 Mitglieder)

Erste Vorsitzende:

**Margret Mönig-Raane** (Jg. 48 / SPD)

Hauptabteilung I

(Organisationspolitik / Planung und Controlling / Frauenpolitik / Justitiariat / Gesellschaftspolitik / Europa / Internationales / Redaktion / Werbung / Revision / Abführungskontrolle)

Zweiter Vorsitzender:

**Jürgen Schatta** (Jg. 40 / SPD)

Hauptabteilung II

(Finanzen / Personal / Datenverarbeitung / Betriebsorganisation / Verwaltung / Organisationservice)

Mitglieder:

**Franziska Wiethold** (Jg. 46 / SPD)

Hauptabteilung III

(Einzelhandel / Bildungs- und Kulturarbeit / Gewerkschaftliche Unternehmens- und Tarifpolitik)

**Klaus Carlin** (Jg. 47 / SPD)

Hauptabteilung IV

(Banken / Versicherungen und Ersatzkassen / Soziale Sicherung / Humanisierung der Arbeit / Berufliche Bildung / Arbeitslose / Senioren)



**Peter Berkessel** (Jg. 44 / parteilos)

Hauptabteilung V

(Großhandel / Private Dienstleistungen / Jugend /  
Arbeitsrecht)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>1</sup>

**Ulrike Oestreich** (Bundes-Frauensekretärin)

**Ute Kupfer** (Bundes-Jugendsekretärin)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

22 (6 PDS – 16 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle 1)

520 166 Gewerkschafter (Stand 31. 12. 1995).

Die HBV rangiert mit einem Anteil von 5,56 Prozent an  
6. Stelle im DGB.

(Tabelle 2)

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der HBV in %
Frauen	350 459	67,38
Jugend	40 865	7,86
Arbeiter	59 711	11,48
Angestellte	460 455	88,52
Beamte	–	–

Der Brutto-Organisationsgrad der HBV liegt bei 10 Pro-  
zent.

Organe:

a) Gewerkschaftstag (zuletzt 593 Delegierte; 4-Jahres-  
Turnus); letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche:

13. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) HBV-Gewerk-  
schaftstag

(1.–5. November 1992 in Mainz)

14. Ordentlicher HBV-Gewerkschaftstag

(21.–26. Januar 1995 in Bremen)

15. Ordentlicher HBV-Gewerkschaftstag

(24.–29. Oktober 1998 in Bremen)

ab) Außerordentliche:

(29./30. Oktober 1990 in Bonn)

b) Gewerkschaftsausschuß (44 Mitglieder)

c) Hauptvorstand (21 Mitglieder; davon 5 im Geschäfts-  
führenden Hauptvorstand – s.o.)

d) Kontrollausschuß (7 Mitglieder)

e) Revisionskommission (7 Mitglieder)

<sup>1</sup> Beamte sind in der HBV nicht organisiert; entsprechende Zuständigkeiten in der Organisa-  
tion entfallen daher. Auch für den geringen Arbeiteranteil und die Angestellten, das eigentli-  
che Mitgliederpotential der HBV, existieren keine speziellen Ressorts; sie werden von den 5  
Hauptabteilungen der HBV unmittelbar betreut.

Gliederungen:

- a) regional
  - 14 Landesbezirke
  - 52 Bezirksverwaltungen
  - 12 Ortsverwaltungen
- b) sachbezogen:
  - 5 Hauptfachabteilungen

Internationale  
Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP- franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)  
Zweite FIET-Vizepräsidentin ist die Erste HBV-Vorsitzende, **Margret Mönig-Raane**.
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)  
Im EURO-FIET-Vorstand ist die HBV durch ihre Erste Vorsitzende, **Margret Mönig-Raane**, und durch ihren Zweiten Vorsitzenden, **Jürgen Schatta**, vertreten.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Spitzenfunktionäre:

1949–1960	Wilhelm Pawlik (11 Jahre)
1960–1961	Artur Killat (1 Jahr)
1961–1965	Werner Ziemann (4 Jahre)
1965–1980	Heinz Vietheer (15 Jahre)
1980–1988	Günter Volkmar (8 Jahre)
1988–1993	Lorenz Schwegler (5 Jahre)
1993–	Margret Mönig-Raane <sup>1</sup>
Jahresetat:	134,8 Mio. DM (1995)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
ausblick (Mitgliederzeitung)	550,0	4 × jährlich	Claus Eilrich
HBV-Forum (Funktionärsorgan)	43,0	4 × jährlich	Claus Eilrich

Gründung:

1. Gewerkschaftstag (Verschmelzungskongreß) vom 3./4. September 1949 in Königswinter

<sup>1</sup> Aus der Position der Zweiten Vorsitzenden heraus amtierend bis Januar 1995, danach in ordentlicher Funktion.

## **Bildungsstätte der HBV:**

Gemeinnützige hbv-KGV mbH  
Kanzlerstr. 8  
40472 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 90 46-0  
Telefax: (02 11) 90 46-8 18  
Geschäftsführer: Jochen Rzaza, Detlef Schmidt

Die hbv-KGV mbH führt seit Januar 1993 die gesamten Seminare gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG für die Gewerkschaft HBV durch. Außer in Berlin, Hamburg und München werden auch alle örtlichen Seminare von Verlagsvertretungen der hbv-KGV mbH für die Gewerkschaft übernommen. Darüber hinaus gibt es auch Seminar-Kooperationen mit anderen Gewerkschaften. Diese Seminare behandeln aktuelle betriebliche Probleme. Seit dem 1. 4. 1995 ist die hbv-KGV mbH eine Gemeinnützige GmbH.

## **31 GHK – Gewerkschaft Holz und Kunststoff**

---

	Sonnenstraße 10 40227 Düsseldorf Postfach 10 25 62 40016 Düsseldorf Telefon: (02 11) 77 03-0 Telefax: (02 11) 77 03-2 01
Vorsitz:	<b>Gisbert Schlemmer</b> (Vorsitzender)
Vorstandssekretariat:	<b>Frank Schmidt</b> (Persönlicher Referent)
Presse:	<b>Klaus Brands</b> (Pressesprecher)
Betriebsrat:	<b>Brigitte Schmidt</b> (Vorsitzende)
Gesamtbetriebsrat:	<b>Wilfried Hartmann</b> (Vorsitzender)
Geschäftsführung:	Geschäftsführender Hauptvorstand (3 Mitglieder) Vorsitzender: <b>Gisbert Schlemmer</b> (Jg. 46 / SPD) (Koordination / Gesellschafts-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Interna- tionale Arbeit / Betriebspolitik / Justitiariat / Arbeits- und Sozialrecht)

Stellvertretende Vorsitzende:

**Ursula Ebert**

(Jg. 46 / SPD)

(Organisation / Personengruppen / Bildung)

**Wolfgang Rhode** (Jg. 51 / SPD)

(Tarifpolitik / Branchenentwicklung / Humanisierung /

Gewerkschaftliche Bildung / Personengruppenarbeit)

Hauptkassierer:

**Peter Raane** (Jg. 41 / parteilos)

(Finanzen / Mitgliederverwaltung / Personal / EDV /

Handwerk / Berufliche Aus- und Weiterbildung /

Buchhaltung)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>1</sup>

**Gabriele Ulbrich**

(Personengruppen-Sekretärin  
für Angestellte und Frauen)

**Friedhelm Ahrens**

(Personengruppensekretär  
für Jugend)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

keine

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

170 908 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).

Die GHK rangiert mit einem Anteil von 1,83 Prozent an  
14. Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GHK in %
Frauen	31 734	18,57
Jugend	14 538	8,51
Arbeiter	134 306	78,59
Angestellte	12 532	7,33
Beamte	–	–
Sonstige	24 070	14,08

Die GHK bezieht sich bei Angaben des Organisationsgrades auf das Verhältnis von GHK-Mitgliedern zu Beschäftigten in betriebsratsfähigen Betrieben und kam so für 1990 auf 46,4 Prozent (1987: 44,8 Prozent).

<sup>1</sup> Beamte sind in der GHK nicht organisiert; entsprechende Zuständigkeiten in der Organisation entfallen daher. Die Betreuung der Arbeiter wird vom Geschäftsführenden GHK-Hauptvorstand unmittelbar wahrgenommen.

**GHK Einnahmen und Ausgaben  
im Berichtszeitraum 1989–1992 (in Tausend DM)**

Jahr	Brutto- einnahmen	davon: Beitrags- aufkommen	Gesamt- ausgaben	davon: Personal- kosten	davon: Schule und Bildung	davon: örtliche Mitglieder- Betreuung	Defizit/ Überschuß in der laufenden Periode
1989	37 187	33 843	36 164	14 163	1 607	4 691	+ 1 023
1990	38 856	35 080	42 447	15 008	1 914	4 927	- 3 591
1991	52 007	45 521	51 064	19 839	2 283	5 209	+ 943
1992	54 311	45 894	54 954	22 859	2 855	6 935	- 643

Organe:

a) Gewerkschaftstag (zuletzt 214 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche:

14. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) GHK-Gewerkschaftstag

(17.–22. Oktober 1993 in Köln)

15. Ordentlicher GHK-Gewerkschaftstag

(4.–8. Oktober 1997 in Bielefeld)

ab) Außerordentliche:

4. Außerordentlicher GHK-Gewerkschaftstag

(9./10. Dezember 1995 in Kaarst)

5. Außerordentlicher GHK-Gewerkschaftstag

(wird bei Bedarf einberufen)

b) Beirat (25 Mitglieder)

c) Hauptvorstand (14 Mitglieder; davon 3 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)

d) Hauptausschuß (10 Mitglieder)

e) Revisionskommission (3 Mitglieder)

Gliederungen:

11 Bezirke

52 Geschäftsstellen

62 Verwaltungsstellen

Internationale  
Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:

Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH)  
Im IBBH-Gesamtvorstand ist die GHK durch ihren Vorsitzenden, **Gisbert Schlemmer**, vertreten

Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter in der Europäischen Union (EFBH-EU)

b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
- Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
- Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat: 56,3 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Holzarbeiter-Zeitung	160,0	11 × jährlich	Klaus Brands

Gründung: Vereinigungsverbandstag vom 27./28. Mai 1949 in Königswinter

Spitzenfunktionäre:

1949–1951	Markus Schleicher (2 Jahre)
1951–1953	Franz Valentiner (2 Jahre)
1953–1958	Heinz Seeger (5 Jahre)
1958–1977	Gerhard Vater (19 Jahre) <sup>1</sup>
1977–1981	Kurt Georgi (4 Jahre)
1981–1993	Horst Morich (12 Jahre)
1993–	Gisbert Schlemmer

## 32 GL – Gewerkschaft Leder<sup>2</sup>

---

Willi-Bleicher-Straße 20  
70174 Stuttgart  
Telefon: (07 11) 29 55 55  
Telefax: (07 11) 29 33 45

Organ: Leder-Echo<sup>3</sup>

Vorsitz: **Werner Dick**  
(Erster Vorsitzender)

Vorstandssekretariat: **Gerd Holtgrefe**  
(Vorstandssekretär)

Presse: **Dörte Hautmann**  
(Pressesprecherin)

<sup>1</sup> 1958–1960 kommissarisch.

<sup>2</sup> Die Gewerkschaft Leder wird 1997 mit den Industriegewerkschaften Bergbau und Energie (IGBE) sowie Chemie-Papier-Keramik (IGC) fusionieren und ist mit den Partnern seit 1994 bereits durch eine Kartell-Gewerkschaft verbunden.

<sup>3</sup> Das „Leder-Echo“ ging im Vorgriff auf die für 1997 geplante Fusion der GL mit der IGBE und der IGC mit Wirkung vom 1. Januar 1996 im „(GP)Magazin“ der IGC auf.

Betriebsrat:

**Karl-Heinz Hackel**

(Vorsitzender)

Geschäftsführung:

Geschäftsführender Hauptvorstand

(2 Mitglieder)

Erster Vorsitzender:

**Werner Dick** (Jg. 36 / SPD)

(Koordination / Gesellschaftspolitik / Wirtschaftspolitik / Mitbestimmung / Gewerkschaftliche Bildung / Öffentlichkeitsarbeit / Organisation / Personal / Finanzen / Frauen / Jugend)

Zweiter Vorsitzender:

**Heinrich Zimmermann** (Jg. 41 / SPD)

(Tarifpolitik / Sozialpolitik / Arbeitsrecht / Rationalisierung / Berufliche Bildung / Handwerk / Ausländische Arbeitnehmer / Vertrauensleute)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

keine

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

23 081 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).

Die GL rangiert mit einem Anteil von 0,25 Prozent an 16. (letzter) Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GL in %
Frauen	10 779	46,70
Jugend	1 021	4,42
Arbeiter	20 842	90,30
Angestellte	2 239	9,70
Beamte	–	–

Der Brutto-Organisationsgrad der GL liegt bei 50 Prozent.

Organe:

a) Gewerkschaftstag (zuletzt 157 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche:

15. Ordentlicher GL-Gewerkschaftstag  
(4.–7. Mai 1993 in Würzburg)

16. Ordentlicher GL-Gewerkschaftstag  
(Oktober 1997)

ab) Außerordentliche:

5. Außerordentlicher GL-Gewerkschaftstag  
(6./7. Oktober 1995 in Darmstadt)

ac) Satzungskongreß in Zusammenhang mit der geplanten Fusion zwischen IGC, IGBE und GL  
(3./4. Juni 1996 in Bonn)

Vereinigungskongreß von IGC, IGBE und GL  
(6.–10. Oktober 1997 in Hannover)

- b) Beirat (27 Mitglieder)
- c) Hauptvorstand (10 Mitglieder; davon 2 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)
- d) Hauptausschuß (5 Mitglieder)
- e) Revisoren (2 Gewerkschafter)

Gliederungen:

- 1 Hauptvorstand
- 8 Bezirke
- 49 Ortsverwaltungen (ehrenamtlich)

Internationale Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV)  
Einer ihrer Vizepräsidenten ist der Erste Vorsitzende der GL, **Werner Dick**.
  - Europäischer Gewerkschaftsausschuß der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitergewerkschaften (EGA-TBLAG)  
Einer seiner Vizepräsidenten ist der Erste Vorsitzende der GL, **Werner Dick**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Spitzenfunktionäre:

- 1949–1959 Philipp Mittwich (10 Jahre)
- 1959–1976 Adolf Mirkes (17 Jahre)
- 1976–1980 Gerhard van Haaren (4 Jahre)
- 1980–1983 Helmut Teitzel (3 Jahre)
- 1983–1985 Wilhelm Kappelmann (2 Jahre)
- 1985– Werner Dick

Jahresetat:

6,6 Mio. DM (1994)

Hauptpublikation (bis Ende 1995):

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise
Leder-Echo (Mitglieder-Zeitschrift)	24,0	10 × jährlich



In Kooperation mit der IGC und IGBE erscheinen seit 1996 folgende Veröffentlichungen:

	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Pressedienst	4,4	unregelmäßig	Titel
Die Umschau	40,0	6 × jährlich	Bernd Leibfried
Der Betriebsrat	40,0	6 × jährlich	Bernd Leibfried
magazin	1 120,0	11 × jährlich	Bernd Leibfried

Gründung: 1. (Gründungs-)Gewerkschaftstag vom 1. bis 3. April 1949 in Kornwestheim  
(Vereinigungsbeschuß: 2. April 1949 mit Wirkung vom 1. Januar 1950)

Gewerkschaft Leder: Beitragsaufkommen und Gesamtausgaben  
im Berichtszeitraum 1989–1992 (in Tausend DM)

Jahr	Beitrags- aufkommen	davon: Personalkosten	davon: Sachkosten	Gesamtausgaben	Defizit/Überschuß in der laufenden Periode
1989	6 890	3 659	710	6 842	+ 48
1990	6 624	3 443	755	6 909	- 285
1991	8 846	4 565	1 292	9 209	- 363
1992	7 671	4 825	1 235	9 044	- 1 373

### 33 NGG – Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Haubachstr. 76  
22765 Hamburg  
Telefon: (0 40) 3 80 13-0  
Telefax: (0 40) 3 89 26 37  
Organ: einigkeit

Vorsitz: **Franz-Josef Möllenberg**  
(Erster Vorsitzender)

Vorstandssekretariat: **Dr. Burchard Bösche**

Presse: **Manfred Hönig**  
(Leiter der Pressestelle/Pressesprecher)

Betriebsrat: **Monika Rabe**  
(Vorsitzende)

Gesamtbetriebsrat: **Siegfried Wachholz**  
(Vorsitzender)

Geschäftsführung: Geschäftsführender Hauptvorstand  
(5 Mitglieder)

Erster Vorsitzender:  
**Franz-Josef Möllenberg** (Jg. 53 / SPD)  
(Koordination / Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik /  
Wirtschaftspolitik / Werbung / Öffentlichkeitsarbeit)

Zweiter Vorsitzender:  
**Reiner Wittorf** (Jg. 58 / SPD)  
(Tarifpolitik / Technologie / Hotel-, Gaststättengewerbe /  
Handwerk / Angestellte)

Hauptkassiererin:  
**Frauke Dittmann** (Jg. 42 / Bündnis 90/Die Grünen)  
(Finanzen / Verwaltung / Datenverarbeitung / Umwelt /  
Frauen)

Mitglieder:  
**Helmut Manz** (Jg. 40 / SPD)  
(Sozialpolitik / Berufliche und Gewerkschaftliche  
Bildung / Senioren / Ausländische Arbeitnehmer /  
Publikationen)

**Werner Weck** (Jg. 47 / SPD)  
(Recht / Mitbestimmung / Betriebsräte- u. Vertrauens-  
leute / Organisation / Personal)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>1</sup>  
**Axel Peters** (Bundesjugendsekretär der „Jungen NGG“)  
**Elisabeth Bothfeld** (Bundesfrauensekretärin)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

2 (1 CDU/CSU; 1 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

322 019 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995). Die NGG  
rangiert mit einem Anteil von 3,44 Prozent an 9. Stelle  
im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der NGG in %
Frauen	128 131	39,79
Jugend	21 256	6,60
Arbeiter	252 401	78,38
Angestellte	69 618	21,62
Beamte	–	–

Der Brutto-Organisationsgrad der NGG liegt bei 40 Pro-  
zent.

<sup>1</sup> Beamte sind in der NGG nicht organisiert; entsprechende Zuständigkeiten in der Organisa-  
tion entfallen daher. Die Betreuung der Personengruppen „Arbeiter“ und „Angestellte“ wird  
vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der NGG unmittelbar wahrgenommen.

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 313 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:
    - 12. Ordentlicher NGG-Gewerkschaftstag (25.–30. September 1994 in Hamburg)
    - 13. Ordentlicher NGG-Gewerkschaftstag (9.–13. November 1998 in Hamburg)
  - ab) Außerordentliche:
    - Außerordentlicher NGG-Gewerkschaftstag (6./7. November 1992 in Düsseldorf)
- b) Beirat (83 Mitglieder; davon 37 im Hauptvorstand – s. „c“)
- c) Hauptvorstand (37 Mitglieder; davon 5 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)
- d) Hauptausschuß (7 Mitglieder)
- e) Revisionskommission (5 Mitglieder)

Gliederungen:

- a) regional:
  - 8 Landesbezirke
  - 69 Verwaltungsstellen
  - Ortsstellen
- b) sachbezogen:
  - Ausschüsse
  - Kommissionen

Internationale Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL)  
Zu den IUL-Vizepräsidenten gehört der Erste NGG-Vorsitzende, **Franz-Josef Möllenberg**.
  - Europäischer Ausschuß der Lebensmittel-, Genußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaften in der IUL (EAL-IUL)  
Generalsekretär des EAL-IUL ist der ehemalige NGG-Vorstandssekretär, **Harald Wiedenhofer**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)

□ Europäische Regionalorganisation der FIET  
(EURO-FIET)

Jahresetat: 91,1 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
einigkeit* (Mitgliederzeitschrift)	140,0	10 × jährlich	Hans Plück

\* zusammen mit der GTB-Monatszeitschrift „textil-bekleidung“ Auflage ca. 270 000

Gründung: Vereinigungsgewerkschaftstag vom 24. bis 26. Mai 1949  
in München (Beschluß mit Wirkung vom 1. Januar 1950)

Spitzenfunktionäre:

1949–1950	Gustav Pufal (1 Jahr)
1950–1951	Ferdinand Warnecke (1 Jahr)
1951–1962	Hans Nätscher (11 Jahre)
1962–1966	Alfred Schattanik (4 Jahre)
1966–1978	Herbert Stadelmaier (12 Jahre)
1978–1989	Günter Döding (11 Jahre)
1989–1990	Erich Herrmann (1 Jahr) <sup>1</sup>
1990–1992	Heinz-Günter Niebrügge (2 Jahre)
1992–	Franz-Josef Möllenberg

NGG Einnahmen und Ausgaben: Bruttoeinnahmen und Gesamtausgaben  
im Berichtszeitraum 1990–1993 (in Tausend DM)

Jahr	Bruttoeinnahmen	davon: Beitrags- aufkommen	Gesamtausgaben	davon: Personalkosten	Defizit/Überschuß in der laufenden Periode
1990	59 737	57 677	61 042	29 734	– 1 305
1991	78 934	77 182	80 184	38 218	– 1 250
1992	82 528	80 459	88 011	44 228	– 5 483
1993	81 465	80 065	92 294	47 962	– 10 829

**Bildungseinrichtung der NGG:**

Bildungszentrum Oberjosbach  
An der Eiche 12  
65527 Niedernhausen  
Telefon: (0 61 27) 30 25  
Telefax: (0 61 27) 7 89 59

<sup>1</sup> Nicht als Erster Vorsitzender, sondern als Zweiter Vorsitzender mit der zusätzlichen Funktion eines Geschäftsführenden Vorsitzenden.

## 34 ÖTV – Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

---

Theodor-Heuss-Straße 2  
70174 Stuttgart  
Postfach 10 36 62  
70031 Stuttgart  
Telefon: (07 11) 20 97-0  
Telefax: (07 11) 20 97-4 62  
Telefax: (07 11) 20 97-3 99 (Presse)  
Organ: das ötv-magazin

- Vorsitz: **Herbert Mai**  
(Vorsitzender)
- Vorstandssekretariat: **Gudrun Müller**  
(Persönliche Referentin)
- Presse: **Thomas Wunder**  
(Leiter der Pressestelle)
- Betriebsrat: **Rüdiger Kamm**  
(Vorsitzender)
- Gesamtbetriebsrat: **Angelika Brunner**  
(Vorsitzende)
- Verbindungsbüro zur  
Bundesregierung: **Leiter: Michael Wübbels**  
Am Hofgarten 20  
53113 Bonn  
Telefon: (02 28) 22 35 55/22 43 92  
Telefax: (02 28) 22 59 63
- Geschäftsführung: **Geschäftsführender Hauptvorstand**  
(8 Mitglieder)  
Vorsitzender:  
**Herbert Mai** (Jg. 47 / SPD)  
(Koordination / Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik /  
Wirtschafts- und Finanzpolitik / Umwelt / Technologie-  
politik / Recht / Europapolitik / Internationales / Presse)  
Stellvertretende Vorsitzende:  
**Jutta Schmidt** (Jg. 45 / parteilos)  
(Sozialversicherung / Arbeitsverwaltung / Wissenschaft  
und Forschung / Techniker / „Bundesländer“ / Angestellte)  
**Wolfgang Warburg** (Jg. 42 / SPD)  
(Bildungspolitik / Personal / Beamte)  
Mitglieder:  
**Peter Blechschmidt** (Jg. 40 / SPD)  
(Tarifpolitik / Nahverkehr)

**Ursula Derwein** (Jg. 48 / Bündnis 90/Die Grünen)  
(Sozialpolitik / Arbeitsmarktpolitik / Gesundheitswesen /  
Kirchen / Frauen / Senioren)

**Eike Eulen** (Jg. 36 / SPD)  
(Transport / Verkehr / Schifffahrt)

**Heiderose Förster** (Jg. 52 / parteilos)  
(Berufliche Bildung / „Gemeinden“ / Jugend)

**Ralf Zimmermann** (Jg. 56 / CDU)  
(Mitbestimmung / Energie- und Wasserversorgung / Ent-  
sorgung / Arbeiter / Finanzen / Vermögensverwaltung)

Personengruppen-  
Leiter:

**Georg Steinborn** (Bundes-Arbeitersekretär)  
**Günter Smerdka** (Bundes-Angestelltensekretär)  
**Holger Unland** (Bundes-Beamtensekretär)  
**Vera Morgenstern** (Bundes-Frauensekretärin)  
**Werner Albrecht** (Bundes-Jugendsekretär)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

93 (5 Bündnis 90/Die Grünen; 2 CDU/CSU; 1 PDS;  
85 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

1 770 789 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).  
Die ÖTV rangiert mit einem Anteil von 18,93 Prozent an  
zweiter Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der ÖTV in %
Frauen	814 385	45,99
Jugend	74 049	4,18
Arbeiter	779 727	44,03
Angestellte	919 322	51,92
Beamte	71 740	4,05

Der Brutto-Organisationsgrad der ÖTV liegt bei 30 Pro-  
zent.<sup>1</sup> (Tabelle)

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 915 Delegierte; 4-Jahres-  
Turnus); letzter Termin:
  - aa) Ordentliche:  
13. Ordentlicher ÖTV-Gewerkschaftstag  
(28. September–4. Oktober 1996 in Stuttgart)
  - ab) Außerordentliche:  
4. Außerordentlicher ÖTV-Gewerkschaftstag  
(13. Februar 1995 in Hannover)
- b) Beirat (125 Mitglieder; davon 8 im Geschäftsführen-  
den Hauptvorstand – s.o.)

<sup>1</sup> Von der ÖTV nicht bestätigter Schätzwert

- c) Hauptvorstand (88 Mitglieder; davon 8 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)
- d) Gewerkschaftsausschuß (16 Mitglieder)
- e) Revisionskommission (9 Mitglieder)

Gliederungen:

- a) regional:
  - 16 Bezirke
  - 183 Kreisverwaltungen
- b) sachbezogen:
  - 8 Hauptabteilungen (nur auf Bundesebene!)
  - 5 Personengruppen-Sekretariate
  - Fachausschüsse und -kommissionen

Internationale Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD)
  - Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF)  
ITF-Präsident ist das Mitglied des Geschäftsführenden ÖTV-Hauptvorstands **Eike Eulen**.
  - Internationales Sekretariat der Gewerkschaften für Kunst und Unterhaltung (ISGKU – engl.: ISETU: International Secretariat of Entertainment Trade Unions)  
Die Interessen der ÖTV werden in der ISGKU durch **Klaus Dieter Wockel**, Geschäftsführer der ÖTV-Abteilung „Kulturelle Einrichtungen und Schulen“, vertreten.
  - Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß in der Europäischen Gemeinschaft (GVEG).  
Im GVEG-Koordinationsausschuß ist die ÖTV u.a. durch das Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands **Eike Eulen** vertreten.
  - Europäisches Sekretariat der Gewerkschaften für Kunst und Unterhaltung (ESGKU – engl.: ESETU: European Secretariat of Entertainment Trade Unions)  
Die Interessen der ÖTV werden in der ESGKU durch **Klaus Dieter Wockel**, Geschäftsführer der ÖTV-Abteilung „Kulturelle Einrichtungen und Schulen“, vertreten.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)

- Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat: 520 Mio. DM (Beitragseinnahmen 1993)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
das ötv-magazin	1 700,0	12 × jährlich	Lotz Lincke
ÖTV-Argumente (Funktionärsorgan)	100,0	4 × jährlich	Lotz Lincke

Gründung: Vereinigungsverbandstag vom 28. bis 30. Januar 1949 in Stuttgart

Spitzenfunktionäre:

1949–1964 Adolph Kummernuss (15 Jahre)  
 1964–1982 Heinz Kluncker (18 Jahre)  
 1982–1994 Dr. Monika Wulf-Mathies (12 Jahre)  
 1995– Herbert Mai

#### ÖTV Einnahmen und Ausgaben im Berichtszeitraum 1988–1991 (in Tausend DM)

Jahr	Bruttoeinnahmen (Beitragsaufkommen, Spenden, sonstige)	davon: Beitragsaufkommen	Gesamtausgaben	Summe der Sachkosten/ Investitionen, Personalkosten	davon: Personalkosten	Defizit/Überschuß in der laufenden Periode
1988	296 760	294 241	294 557	294 557	142 509	+ 2 203
1989	303 719	300 377	300 021	300 021	146 651	+ 3 698
1990	346 854	329 454	347 905	330 594	158 905	– 1 051
1991	461 518	442 515	462 009	443 009	206 887	– 491

### Die zentralen Bildungsstätten der ÖTV

ÖTV-Fortbildungsinstitut für Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen GmbH  
 Bismarckstr. 69  
 47057 Duisburg  
 Telefon: (02 03) 35 10 99  
 Telefax: (02 03) 37 15 22  
 Geschäftsführer und Institutsleiter: Gerd Dielmann

Träger: ÖTV-Förderungswerk für Berufe im Gesundheitswesen GmbH,  
 Theodor-Heuss-Str. 2  
 70174 Stuttgart

Das ÖTV-Förderungswerk für Berufe im Gesundheitswesen GmbH Stuttgart wurde 1970 von der Gewerkschaft ÖTV gegründet und ist seither gemeinnütziger Träger von Fort- und Weiterbildungsangeboten im Gesundheitswesen.



Einzigste Gesellschafterin ist die Vermögensverwaltung der Gewerkschaft ÖTV GmbH (VVG).

Das vom ÖTV-Förderungswerk getragene „ÖTV-Fortbildungsinstitut für Krankenpflegerberufe“ wurde 1970 auf Initiative des Bundes Freier Krankenschwestern und Krankenpfleger in der ÖTV in Remscheid als gewerkschaftliche Alternative zu den von kirchlichen und Berufsverbänden sowie den Schwesternverbänden des Deutschen Roten Kreuzes getragenen Einrichtungen aufgebaut.

Der Schwerpunkt der Arbeit des Instituts liegt in der Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern für Pflegeberufe und von leitenden Pflegekräften aller Ebenen. Weitere Lehrgänge existieren in Kooperation mit Krankenhäusern.

An der staatlich anerkannten Krankenpflegeschule des Instituts können sich in einem zweijährigen Lehrgang berufserfahrene Krankenpflegehelfer/innen zum Krankenpfleger bzw. zur Krankenschwester qualifizieren. Fortbildungsangebote zu aktuellen berufsfachlichen und gesundheitspolitischen Themen werden in Kurzlehrgängen oder Tagesseminaren zentral in Duisburg oder vor Ort durchgeführt.

ÖTV Bildungsstätte „Kochelsee“  
Badstr. 26–28  
82431 Kochel am See  
Telefon: (0 88 51) 92 01-0  
Telefax: (0 88 51) 92 01-92  
Leiter: Harald Kielmann

ÖTV Bildungsstätte „Michael-Rott-Schule“  
Am Wasserturm 1–3  
74821 Mosbach  
Telefon: (0 62 61) 94 20  
Telefax: (0 62 61) 94 21 02  
Leiter: Dr. Manfred Scharrer

ÖTV Bildungsstätte Niedersfeld  
In der Burbecke 15  
59955 Winterberg-Niedersfeld  
Telefon: (0 29 85) 8 09-0  
Telefax: (0 29 85) 8 09-22  
Leiter: Dietrich Schallehn

ÖTV Bildungsstätte Saalfeld  
Auf den Rödern  
07318 Saalfeld  
Telefon: (0 36 71) 53 12 02  
Telefax: (0 36 71) 53 12 03  
Leiterin: Carmen Machwirth-Kolle

ÖTV Bildungsstätte „Das bunte Haus“  
Senner Hellweg 461  
33689 Bielefeld  
Telefon: (0 52 05) 50 27  
Telefax: (0 52 05) 51 43  
Leiter: N. N.

ÖTV Bildungsstätte „Adolph-Kummernuss-Haus“  
Zur Dorfeiche 14  
21274 Undeloh  
Telefon: (0 41 89) 8 08-0  
Telefax: (0 41 89) 8 08-55  
Leiter: Eckhard Neumann

ÖTV Bildungs- und Begegnungszentrum (BWZ) in Berlin-Wannsee  
Koblanckstr. 1–3  
14109 Berlin  
(seit Oktober 1996 wieder in Betrieb)

## 35 GTB – Gewerkschaft Textil-Bekleidung<sup>1</sup>

---

Roßstraße 94  
40476 Düsseldorf  
Postfach 32 04 60  
40419 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 43 09-0  
Telefax: (02 11) 43 09-2 60  
Organ: textil-bekleidung

Vorsitz: **Willi (Wilhelm Friedrich) Arens**  
(Vorsitzender)

Vorstandssekretariat: **Wolfgang Rose**  
(Sekretär des Vorsitzenden)

Presse: **Werner Mahlau**  
(Pressesprecher)

Personalrat: **Peter Hagelstein**  
(Vorsitzender)

Geschäftsführung: Geschäftsführender Hauptvorstand  
(5 Mitglieder)

Vorsitzender: **Willi (Wilhelm Friedrich) Arens** (Jg. 37 / SPD)  
(Koordination / Gesellschaftspolitik / Wirtschaftspolitik /  
Internationales / Öffentlichkeitsarbeit)

---

<sup>1</sup> Die GTB plant seit Sommer 1996 die Fusion mit der IGM.

Stellvertretender Vorsitzender:

**Hermann Paschen** (Jg. 39 / CDU)

(Sozialpolitik / Umwelt / Finanzen / Vermögensverwaltung / Verwaltung)

Mitglieder:

**Waltraud Hessedenz** (Jg. 37 / SPD)

(Berufliche Bildung / Schulung und Bildung / Jugend / Frauen / Organisation und Werbung)

**Winfried Hüren** (Jg. 38 / SPD)

(Tarifpolitik / Handwerk und Heimarbeit / Humanisierung der Arbeit / Angestellte)

**Manfred Schallmeyer** (Jg. 47 / SPD)

(Mitbestimmung und Konzernbetreuung / Betriebsräte und Vertrauensleute / Arbeitsrecht / Ausländische Arbeitnehmer / Personal)

Personengruppen-  
Leiter:

**Peter Thersing**

(Angestelltensekretär)

**Christian Wilke**

(Frausekretär)

**Peter Donath**

(Jugendsekretär)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

1 (1 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

216 288 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).  
Die GTB rangiert mit einem Anteil von 2,31 Prozent an  
11. Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der GTB in %
Frauen	128 900	59,60
Jugend	14 942	6,91
Arbeiter	107 750	49,82
Angestellte	17 704	8,18
Beamte	–	–
Sonstige	90 834	42,00

Der Brutto-Organisationsgrad der GTB liegt bei  
45,9 Prozent (1993).

Organe:

a) Gewerkschaftstag (zuletzt 209 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche Gewerkschaftstage:

17. Ordentlicher GTB-Gewerkschaftstag  
(17.–21. Oktober 1994 in Braunschweig)

18. Ordentlicher GTB-Gewerkschaftstag  
(1998)

ab) Außerordentliche Gewerkschaftstage:

2. Außerordentlicher GTB-Gewerkschaftstag  
(21./22. Februar 1992 in Würzburg)

- b) Beirat (110 Mitglieder)
- c) Hauptvorstand (19 Mitglieder; davon 5 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)
- d) Gewerkschaftsausschuß (5 Mitglieder)
- e) Revisionskommission (3 Mitglieder)

Gliederungen:

7 Bezirke  
62 Verwaltungsstellen

Internationale  
Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV)  
Einer der 11 ITBLAV-Vizepräsidenten ist der GTB-Vorsitzende **Willi Arens**.
  - Europäischer Gewerkschaftsausschuß Textil-Bekleidung-Leder (EGA-TBL)  
Präsident ist der GTB-Vorsitzende **Willi Arens**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat:

65 Mio. DM (Gesamteinnahmen 1993)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
textil-bekleidung*	120,0	10 × jährlich	Werner Mahlau

\* zusammen mit der NGG-Mitgliederzeitschrift „einigkeit“ Auflage ca. 327 000

Gründung:

1. Ordentlicher Kongreß (Vereinigungskongreß) vom 7. bis 9. April 1949 in Bad Salzuffen

Spitzenfunktionäre:

1949–1963  
1963–1978  
1978–1990  
1990–

**Werner Bock** (14 Jahre)  
**Karl Buschmann** (15 Jahre)  
**Berthold Keller** (12 Jahre)  
**Willi (Wilhelm Friedrich) Arens**

Gewerkschaft Textil-Bekleidung: Einnahmen und Ausgaben  
im Berichtszeitraum 1990–1993 (in Tausend DM)

Jahr	Gesamt- einnahmen	davon: Beitrags- einnahmen	Gesamt- ausgaben	davon: Personal- kosten	davon: Leistung an Mitglieder	Defizit/ Überschuß in der laufenden Periode
1990	61 449	55 927	56 807	26 677	5 930	+ 4 642
1991	75 872	69 265	68 211	30 276	7 172	+ 7 661
1992	72 351	64 928	65 896	31 531	6 433	+ 6 455
1993	64 677	57 776	63 365	33 008	5 596	+ 1 312

**Bildungseinrichtungen der GTB:**

Werner-Bock-Bildungszentrum  
37688 Beverungen  
Telefon: (0 52 73) 60 40  
Telefax: (0 52 73) 2 16 46  
Leiter: Harald Lehning

„Kritische Akademie“  
Salinenweg 45  
83334 Inzell  
Telefon: (0 86 65) 8 20 oder 8 29  
Telefax: (0 86 65) 18 54  
Leiter: Wilfried Hess

Stiftung zur Förderung von Bildung und Erholung der Arbeitnehmer der Mieder-  
industrie e.V.  
Roßstr. 94  
40476 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 43 09-1 38  
Leiterin: Marianne Thurn

**36 IG BAU – Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt**

Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt  
Telefon: (0 69) 9 57 37-0  
Telefax: (0 69) 9 57 37-8 00  
Organ: Der Grundstein

Vorsitz: **Klaus Wiese**hügel

Vorstandssekretariat: **Hermann Hunger**  
(Persönlicher Referent)

- Presse: **Werner Köhler**  
 (Pressesprecher)
- Betriebsrat: **Karin Puck-Bernhardi**  
 (Vorsitzende)
- Gesamtbetriebsrat: **Bernd Honsberg**  
 (Vorsitzender)
- Verbindungsstellen  
 zur Bundesregierung: Am Köllnischen Park 2  
 10179 Berlin  
 Telefon: (0 30) 2 79 51 91  
 Telefax: (0 30) 2 79 14 74  
 Leiter: **Horst Schulz**  
 Berliner Freiheit 36  
 53111 Bonn  
 Telefon: (02 28) 69 83 94  
 Telefax: (02 28) 68 84 91  
 Leiter: **Horst Schulz**
- Geschäftsführung: Bundesvorstand  
 (8 Mitglieder)  
 Bundesvorsitzender:  
**Klaus Wiesehügel** (Jg. 53 / SPD)  
 (Koordination / Presse / Justitiariat / Organisation /  
 Werbung / Wirtschaftspolitik / Internationales)  
 Stellvertretende Bundesvorsitzende:  
**Ernst-Ludwig Laux** (Jg. 49 / SPD)  
 (Tarifpolitik / Arbeiter)  
**Gerhard Leuschner** (Jg. 40 / parteilos)  
 (Sozialpolitik / Humanisierung / Arbeitsmarktpolitik /  
 Senioren)  
 Mitglieder:  
**Wilfried Adams** (Jg. 43 / SPD)  
 (Bildung / Jugend / Handwerk / Personal)  
**Siegfried Markwordt** (Jg. 36 / parteilos)  
 (Finanzen)  
**Irmgard Meyer** (Jg. 45 / SPD)  
 (Technologie / Fach- und Hochschulen / Angestellte /  
 Frauen)  
**Rolf Steinmann** (Jg. 47 / SPD)  
 (Mitbestimmung / Recht)  
**Hans-Joachim Wilms** (Jg. 55 / SPD)  
 (Umwelt / Agrar- und Forstpolitik / Europa)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>1</sup>

**Ingo Klötzer** (Bundes-Angestelltensekretär)  
**Eva-Maria Pfeil** (Bundes-Beamtenbetreuerin)  
**Brunhilde Hoffmann** (Bundes-Frauensekretärin)  
**Gabriele Kailing** (Bundes-Jugendsekretärin)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):<sup>2</sup>

14 (1 Bündnis 90/Die Grünen – 2 CDU/CSU – 11 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:<sup>3</sup>

722 576 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).  
Die IG BAU rangiert mit einem Anteil von 7,72 Prozent  
an vierter Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der IGBAU in %
Frauen	85 350	11,81
Jugend	61 595	8,52
Arbeiter	642 938	88,98
Angestellte	77 042	10,66
Beamte	2 596	0,36

Der Brutto-Organisationsgrad der IG BAU liegt bei  
35 Prozent.

Organe:

a) Gewerkschaftstag; letzter und nächster Termin:

aa) Ordentliche:

16. Ordentlicher BSE-Gewerkschaftstag  
(9.–14. Oktober 1994 in Dresden)

15. Ordentlicher GGLF-Gewerkschaftstag  
(26.–29. September 1993 in Gelsenkirchen)

17. Ordentlicher IG BAU-Gewerkschaftstag  
(5.–10. Oktober 1997 in Hamburg)

ab) Außerordentliche:

3. Außerordentlicher BSE-Gewerkschaftstag  
(6. November 1995 in Dortmund)

2. Außerordentlicher GGLF-Gewerkschaftstag  
(6. November 1995 in Dortmund)

ac) Fusionsgewerkschaftstag:

Vereinigungs-Gewerkschaftstag von BSE und GGLF  
zur IG BAU  
(7./8. November 1995 in Dortmund)

b) Gewerkschaftsbeirat (51 Mitglieder)

c) Erweiterter Bundesvorstand (21 Mitglieder; davon  
8 im Bundesvorstand – s.o.)

<sup>1</sup> Die Betreuung der Arbeiter wird vom IG BAU-Bundesvorstand unmittelbar wahrgenommen.

<sup>2</sup> Addition der Daten von BSE und GGLF.

<sup>3</sup> Siehe Anmerkung wie vor.

d) Gewerkschaftsrat (5 Mitglieder)

e) Revisoren (3 Gewerkschafter)

Gliederungen:

13 Landesverbände

125 Bezirksverbände

Internationale  
Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:

Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH)  
Präsident ist der ehemalige BSE-Bundesvorsitzende,  
**Bruno Köbele.**

Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-,  
Restaurant-, Café- und Genußmittelarbeiter-Gewerk-  
schaften (IUL)

Europäischer Bund der Bau- und Holzarbeiter (EBBH)

Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaf-  
ten in der Gemeinschaft (EFA)  
Vizepräsident ist das IG BAU-Bundesvorstandsmit-  
glied (der letzte GGLF-Vorsitzende), **Hans-Joachim  
Wilms.**

b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Internationaler Bund der Privatangestellten  
(IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des  
Employés, Techniciens et Cadres)

Europäische Regionalorganisation der FIET  
(EURO-FIET)

Jahresetat:

230 Mio. DM (1993)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Der Grundstein	720,0	12 × jährlich	Manfred Gommert
Fundament	40,0	4 × jährlich	Thomas Lucks
Forstliche Mitteilungen	10,0	12 × jährlich	Paul Rudolf Härle

Gründung:

Vereinigungsgewerkschaftstag von Gewerkschaft Garten-  
bau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und Industrie-  
gewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) am 7./8. Novem-  
ber 1995 in Dortmund mit Wirkung vom 1. Januar 1996.  
Die GGLF war auf dem Vereinigungsverbandstag vom  
30./31. Juli 1949 in Hannoversch Münden gegründet wor-  
den, die BSE auf dem Vereinigungsgewerkschaftstag  
vom 27./28. August 1949 in Karlsruhe.



Spitzenfunktionäre:  
1996 – Klaus Wiese­hügel

Ergänzende Informationen befinden sich bei den Organisations-Porträts von BSE und GGLF.

## 37 BSE – Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden

---

Bockenheimer Landstraße 73–77  
60325 Frankfurt/Main  
Postfach 10 11 44  
60284 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 74 37-0  
Telefax: (0 69) 74 37-2 78

Organ: Der Grundstein

Vorsitz: **Klaus Wiese­hügel**  
(Bundesvorsitzender)

Vorstandssekretariat: **Hermann Hunger**  
(Persönlicher Referent)

Presse: **Werner Köhler**  
(Pressesprecher)

Betriebsrat: **Karin Puck-Bernhardi**  
(Vorsitzende)

Gesamtbetriebsrat: **Bernd Honsberg**  
(Vorsitzender)

Verbindungsstellen  
zur Bundesregierung: Am Köllnischen Park 2  
10179 Berlin  
Telefon: (0 30) 2 79 51 91  
Telefax: (0 30) 2 79 14 74  
Leiter: **Horst Schulz**

Berliner Freiheit 36  
53111 Bonn  
Telefon: (02 28) 69 83 94  
Telefax: (02 28) 68 84 91  
Leiter: **Horst Schulz**

Geschäftsführung: Bundesvorstand (8 Mitglieder)

Bundesvorsitzender: **Klaus Wiese­hügel** (Jg. 53 / SPD)  
(Koordination / Presse / Wirtschaftspolitik / Umwelt-  
schutz / Internationales)

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

**Ernst-Ludwig Laux** (Jg. 49 / SPD)

(Tarifpolitik / Fachgruppenarbeit)

**Gerhard Leuschner** (Jg. 40 / parteilos)

(Sozialpolitik / Umweltschutz)

Mitglieder:

**Wilfried Adams** (Jg. 43 / SPD)

(Bildung / Jugend / Handwerk)

**Siegfried Markwordt** (Jg. 36 / parteilos)

(Finanzen / Datenverarbeitung)

**Irmgard Meyer** (Jg. 45 / SPD)

(Technologie / Angestellte / Frauen)

**Rolf Steinmann** (Jg. 47 / SPD)

(Mitbestimmung / Recht)

N. N.<sup>1</sup>

(Organisation / Personal / Ausländische Arbeitnehmer)

Personengruppen-  
Leiter:<sup>2</sup>

**Ingo Klötzer** (Bundes-Angestelltensekretär)

**Brunhilde Hoffmann** (Bundes-Frauensekretärin)

**Gabriele Kailing** (Bundes-Jugendsekretärin)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

12 (1 Bündnis 90/Die Grünen – 2 CDU/CSU – 9 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

639 851 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).

Die BSE rangiert mit einem Anteil von 6,84 Prozent an  
4. Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der BSE in %
Frauen	61 961	9,68
Jugend	57 110	8,93
Arbeiter	575 382	89,92
Angestellte	64 469	10,08
Beamte	–	–

Der Brutto-Organisationsgrad der BSE liegt bei 35 Prozent.

1 Anmerkung: Diese Position wurde nach der Wahl ihres letzten Amtsinhabers, Klaus Wiese-  
hügel, zum BSE-Bundesvorsitzenden am 7. November 1995 nicht wieder besetzt, da die  
BSE bereits durch Fusion mit der GGLF am 1. Januar 1996 zur IG BAU wurde mit der Folge,  
daß per Vertrag der ehemalige GGLF-Vorsitzende, Hans-Joachim Wilms, in eine freie  
Position des neuen IG BAU-Bundesvorstands nachrücken konnte.

2 Beamte sind in der BSE nicht organisiert. Entsprechende Zuständigkeiten in der Organisa-  
tion entfallen daher. Die Betreuung der Arbeiter wird vom BSE-Bundesvorstand unmittelbar  
wahrgenommen.

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 404 Delegierte; 3-Jahres-Turnus); letzter Termin:
  - aa) Ordentliche:
    - 15. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) BSE-Gewerkschaftstag (29. September–4. Oktober 1991 in Mannheim)
    - 16. Ordentlicher BSE-Gewerkschaftstag (9.–14. Oktober 1994 in Dresden)
  - ab) Außerordentliche:
    - 2. Außerordentlicher BSE-Gewerkschaftstag (12./13. Oktober 1990 in Frankfurt/Main)
    - 3. Außerordentlicher BSE-Gewerkschaftstag (6. November 1995 in Dortmund)
  - ac) Fusionsgewerkschaftstag:  
Vereinigungsgewerkschaftstag mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) zur Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) (7./8. November 1995 in Dortmund)
- b) Gewerkschaftsbeirat (51 Mitglieder)
- c) Erweiterter Bundesvorstand (21 Mitglieder; davon 8 im Bundesvorstand – s.o.)
- d) Gewerkschaftsrat (5 Mitglieder)
- e) Revisoren (3 Gewerkschafter)

Gliederungen:

- 13 Landesverbände
- 125 Bezirksverbände

Internationale  
Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH)  
Präsident ist der ehemalige BSE-Bundesvorsitzende **Bruno Köbele**.
  - Europäischer Bund der Bau- und Holzarbeiter (EBBH)
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat:

230 Mio. DM (1993)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Der Grundstein Fundament	640,0 40,0	12 × jährlich 4 × jährlich	Manfred Gommert Thomas Lucks

Gründung: Vereinigungsgewerkschaftstag vom 27./28. August 1949  
in Karlsruhe

Spitzenfunktionäre der BSE:

1949–1957 Jakob Knöß (8 Jahre)  
1957–1966 Georg Leber (9 Jahre)  
1967–1982 Rudolf Sperner (16 Jahre)  
1982–1991 Konrad Carl (9 Jahre)  
1991–1995 Bruno Köbele (4 Jahre)  
1995–1995 Klaus Wiesehügel (2 Monate)<sup>1</sup>

### Bildungseinrichtungen der BSE:

Bildungsstätte Steinbach der IG Bau-Steine-Erden  
Waldstr. 31  
61449 Steinbach/Taunus  
Telefon.: (0 61 71) 70 20  
Telefax: (0 61 71) 7 02 44  
Leiter: Willi Dzielak

## 38 IGBE – Industriegewerkschaft Bergbau und Energie<sup>2</sup>

---

Alte Hattinger Straße 19  
44789 Bochum  
Telefon : (02 34) 3 19-0  
Telefax: (02 34) 3 19-5 14 oder 5 96

Organ: einheit<sup>3</sup>

Vorsitz: **Hans Berger**  
(Erster Vorsitzender)

Vorstandsbüro: **Norbert Ranft**  
(Leiter)

Presse: **Norbert Römer**  
(Pressesprecher)

---

1 Wiesehügel ist der letzte BSE-Bundesvorsitzende, da die BSE am 7./8. November 1995 mit der GGLF (wirksam ab 1. Januar 1996) zur IG BAU fusionierte.

2 Die IGBE wird 1997 mit der IGC und der GL zur IG BCE fusionieren und ist mit den Partnern seit 1994 bereits durch eine Kartell-Gewerkschaft (KGBCE) verbunden.

3 Die „einheit“ ging im Vorgriff auf die für 1997 geplante Fusion der IGBE mit der IGC und der GL mit Wirkung vom 1. Januar 1996 in „(gp) Magazin“ der IGC auf.

Betriebsrat: **Michael Riedel**  
(Vorsitzender)

Geschäftsführung: Geschäftsführender Vorstand  
(7 Mitglieder)  
Erster Vorsitzender:  
**Hans Berger** (Jg. 38 / SPD)  
(Koordination / Wirtschafts- und Umweltpolitik / Internationales – Europa / Presse)  
Zweite Vorsitzende:  
**Fritz Kollorz** (Jg. 45 / CDU)  
(Sozialpolitik / Arbeitsmarktpolitik / Recht / Angestellte)  
**Klaus Südhofer** (Jg. 43 / SPD)  
(Betriebsräte / Vertrauensleute / Mitbestimmung / Personal)  
Mitglieder:  
**Gabriele Glaubrecht** (Jg. 49 / SPD)  
(Frauen / Jugend)  
**Manfred Kopke** (Jg. 43 / SPD)  
(Tarifpolitik / Finanzen / Organisation / EDV)  
**Dieter May** (Jg. 40 / SPD)  
(Arbeitsschutz / Technologie / Humanisierung / Ausländische Arbeitnehmer)  
**Peter Witte** (Jg. 39 / SPD)<sup>1</sup>  
(Bildung / Berufliche Bildung / Wasserwirtschaft)

Personengruppen-Leiter:<sup>2</sup> **Brigitte Klemme** (Leiterin des Referats „Frauen“)  
**Ralf Sikorski** (Leiter des Referats „Jugend“)

Bundestags-Mitglieder (13. Wahlperiode): 9 (1 PDS – 8 SPD)

Mitglieder und Organisationsgrad: 376 366 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995). Die IGBE rangiert mit einem Anteil von 4,02 Prozent an achter Stelle im DGB.  
(Tabelle)

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der IGBE in %
Frauen	27 932	7,42
Jugend	26 533	7,05
Arbeiter	289 924	77,03
Angestellte	86 210	22,91
Beamte	232	0,06

1 Witte schied Anfang 1996 aus und wurde mit Blick auf die für 1997 geplante Fusion mit der IGC und der GL nicht mehr ersetzt.

2 Die Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenarbeit wird von den IGBE-Hauptabteilungen unmittelbar wahrgenommen.

Der Brutto-Organisationsgrad der IGBE liegt bei 86,5 Prozent (1994) – 91,3 Prozent im Westen und 73,7 Prozent im Osten.

Organe:

- a) Gewerkschaftskongreß (zuletzt 400 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:
    - 15. IGBE- (= 1. Gesamtdeutscher) Gewerkschaftskongreß (7.–11. Mai 1991 in Dortmund)
    - 16. IGBE- (= letzter) Gewerkschaftskongreß (24.–28. September 1995 in Saarbrücken)
  - ab) Außerordentliche:
    - Außerordentlicher IGBE-Gewerkschaftskongreß (17. September 1993 in Chemnitz)
  - ac) Satzungskongreß in Zusammenhang mit der geplanten Fusion zwischen IGBE, IGC und GL (3. Juni 1996 in Bonn)
  - ad) Vereinigungskongreß (= 1. Ordentlicher) von IGBE, IGC und GL zur Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (IGBCE) (6.–10. Oktober 1997 in Hannover)
- b) Gewerkschaftstag (zuletzt 400 Delegierte; findet jährlich zwischen den Gewerkschaftskongreß-Jahren statt); letzter Termin:
  - 21. IGBE- (= letzter) Gewerkschaftstag (21. Oktober 1994 in Dortmund)
- c) Hauptvorstand (52 Mitglieder; davon 7 im Geschäftsführenden Vorstand – s.o.)
- d) Kontrollausschuß (9 Mitglieder)

Gliederungen:

- 15 Bezirke
- 10 Geschäftsstellen
- 1 400 Ortsgruppen
- 292 Gewerkschaftsausschüsse im Betrieb

Internationale Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (IFCEB – engl.: ICEM = International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions) Präsident ist der Erste IGBE-Vorsitzende **Hans Berger**.
  - Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EFBCE – engl.: EMCEF =

European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation). Präsident ist der IGC-Vorsitzende, **Hubertus Schmoldt**. Die IGBE ist im Präsidium durch ihren Zweiten Vorsitzenden, **Klaus Südhofer**, als einen der 11 Sektorenausschußvorsitzenden vertreten.

b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:

- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
- Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
- Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat: 133,5 Mio. DM (1995)

Hauptpublikationen (bis Ende 1995):

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
einheit	400,0	2 × monatlich	Norbert Römer

In Kooperation mit der IGC und GL erscheinen seit 1996 folgende Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Pressedienst	4,4	unregelmäßig	Bernd Leibfried
Die Umschau	40,0	6 × jährlich	Bernd Leibfried
Der Betriebsrat	40,0	6 × jährlich	Bernd Leibfried
Magazin	1 120,0	11 × jährlich	Bernd Leibfried

Gründung: 3. Ordentliche Generalversammlung der IGBE vom 29. November bis 2. Dezember 1950 in Hannover

Spitzenfunktionäre der IGBE:

1946–1953 August Schmidt (8 Jahre)  
 1953–1956 Heinrich Imig (3 Jahre)  
 1956–1964 Heinrich Gutermuth (8 Jahre)  
 1964–1969 Walter Arendt (5 Jahre)  
 1969–1985 Adolf Schmidt (16 Jahre)  
 1985–1990 Heinz-Werner Meyer (5 Jahre)  
 1990– Hans Berger

**IG Bergbau und Energie: Einnahmen und Ausgaben  
im Berichtszeitraum 1992–1993 (in Tausend DM)**

Jahr	Brutto- einnahmen	davon: Beitrags- aufkommen	Gesamt- ausgaben	davon Personal- kosten	davon: allgemeine Verwaltungs- kosten	Defizit/ Überschuß in der laufenden Periode
1992	153 328	121 697	121 656	44 015	14 794	+ 31 672
1993	136 196	109 684	112 183	44 770	10 329	+ 24 013

**Bildungseinrichtungen der IGBE:**

Schule der IG Bergbau und Energie  
Hullerner Str. 100  
45721 Haltern  
Telefon: (0 23 64) 30 56 oder 30 57  
Telefax: (0 23 64) 81 76

Jugendbildungsstätte Bärenthal  
Talstr. 10  
79868 Feldberg-Bärenthal  
Telefon: (0 76 55) 12 92

August-Schmidt-Stiftung  
Gemeinnützige Stiftung für die Aus- und Fortbildung der Kinder tödlich verunglück-  
ter Bergleute  
Alte Hattinger Str. 19  
44789 Bochum  
Telefon: (02 34) 31 91 57

Schule der IG Bergbau und Energie  
Gerhart-Hauptmann-Str. 74  
15345 Kagel (Herzfelde)  
Telefon und Telefax: (03 34 34) 7 11 32



## 39 IGC – Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik<sup>1</sup>

---

Königsworther Platz 6  
30167 Hannover  
Postfach 30 47  
30030 Hannover  
Telefon: (05 11) 76 31-0  
Telefax: (05 11) 76 31-7 13  
Organ: magazin

- Vorsitz: **Hubertus Schmoldt**  
(Vorsitzender)
- Vorstandssekretariat: **Günter Malott**  
(Leiter der Abteilung; Vorsitzender)
- Presse: **Bernd Leibfried**  
(Pressesprecher)
- Betriebsrat: **Dr. Gunter Meyer**  
(Vorsitzender)
- Gesamtbetriebsrat: **Werner Klein**  
(Vorsitzender)
- Geschäftsführung: Geschäftsführender Hauptvorstand  
(8 Mitglieder)  
Vorsitzender:  
**Hubertus Schmoldt** (Jg. 45 / SPD)  
(Gesamtleitung / Wirtschaft / Mitbestimmung)  
Stellvertretende Vorsitzende:  
**Hartmut Löschner** (Jg. 45 / SPD)  
(Industriegruppen / EDV / Technologie)  
**Egon Schäfer** (Jg. 39 / SPD)  
(Finanzen/ Angestellte)  
**Werner Bischoff** (Jg. 47 / SPD-MdL)  
(Organisation / Arbeitssicherheit)  
Mitglieder:  
**Veronika Keller-Lauscher** (Jg. 48 / SPD)  
(Sozialpolitik / Frauen / Jugend / Berufsbildung)  
**Hans Terbrack** (Jg. 38 / SPD)  
(Tarifpolitik / Humanisierung)  
**Jürgen Walter** (Jg. 45 / SPD)  
(Bildung / Umweltschutz)

---

<sup>1</sup> Die IGC wird 1997 mit der IGBE und der GL zur IG BCE fusionieren und ist mit den Partnern seit 1994 bereits durch eine Kartell-Gewerkschaft (KGBCE) verbunden.

Personengruppen-  
Leiter<sup>1</sup>:

**Eckehard Linnemann** (Bundes-Angestelltensekretär)  
**Andrea Pichottka** (Bundes-Frauensekretärin)  
**Marc Welters** (Bundes-Jugendsekretär)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

8 (8 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

723 240 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).  
Die IGC rangiert mit einem Anteil von 7,73 Prozent an  
dritter Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der IGC in %
Frauen	168 296	23,27
Jugend	54 976	7,60
Arbeiter	573 915	79,35
Angestellte	149 325	20,65
Beamte	–	–

Der Brutto-Organisationsgrad der IGC liegt bei etwa  
50 Prozent (1994).

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 389 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:  
15. Ordentlicher IGC-Gewerkschaftstag  
(4.–8. September 1995 in Hannover)
  - ab) Außerordentliche:  
3. Außerordentlicher IGC-Gewerkschaftstag  
(10./11. September 1990 in Bonn)
  - ac) Satzungskongreß in Zusammenhang mit der geplanten Fusion zwischen IGC, IGBE und GL  
(3. Juni 1996 in Bonn)
  - ad) Vereinigungskongreß (= 1. Ordentlicher) von IGC, IGBE und GL zur Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (IGBCE)  
(6.–10. Oktober 1997 in Hannover)
- b) Beirat (109 Mitglieder)
- c) Hauptvorstand (33 Mitglieder; davon 8 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.)
- d) Revisionskommission (3 Mitglieder)
- e) Beschwerdeausschuß (12 Mitglieder)

<sup>1</sup> Beamte sind in der IGC nicht organisiert; entsprechende Zuständigkeiten in der Organisation entfallen daher. Die Betreuung der Arbeiter wird vom Geschäftsführenden Hauptvorstand unmittelbar wahrgenommen.

Gliederungen: a) regional:  
9 Bezirke  
65 Verwaltungsstellen

b) sachbezogen:  
14 Industriegruppen

Internationale Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:  
 Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (IFCEB – engl.: ICEM = International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions) Präsident ist der Erste IGBE-Vorsitzende **Hans Berger**.

Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EFBCE – engl.: EMCEF = European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation). Präsident ist der IGC-Vorsitzende, **Hubertus Schmoltd**. Die IGBE ist im Präsidium durch ihren Zweiten Vorsitzenden, **Klaus Südhofer**, als einen der 11 Sektorenausschußvorsitzenden vertreten.

b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)

Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat: rd. 200 Mio. DM (Beiträge 1994)

Veröffentlichungen:

In Kooperation mit der GL und IGBE erscheinen seit 1996 folgende Publikationen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Pressedienst	4,4	unregelmäßig	Bernd Leibfried
Die Umschau	40,0	6 × jährlich	Bernd Leibfried
Der Betriebsrat	40,0	6 × jährlich	Bernd Leibfried
Magazin	1 120,0	11 × jährlich	Bernd Leibfried

Gründung: Vereinigungsverbandstag vom 14. bis 18. Oktober 1949 in Hannover

### Spitzenfunktionäre der IGC:

1948–1949	Otto Adler (1 Jahr)
1949–1969	Wilhelm Gefeller (20 Jahre)
1969–1982	Karl Hauenschuld (13 Jahre)
1982–1995	Dr. Hermann Rappe (13 Jahre)
1995–	Hubertus Schmoldt

### IG Chemie-Papier-Keramik: Beitragseinnahmen und -ausgaben im Berichtszeitraum 1991–1994 (in Tausend DM)

Jahr	Beitragseinnahmen	Gesamtausgaben	davon: Personalkosten
1991	192 333	203 209	81 019
1992	211 707	232 970	92 199
1993	204 984	208 378	90 811
1994	199 773	205 098	89 177

Den Beitragseinnahmen in der Zeit von 1991 bis 1994 in Höhe von 808,7 Mio. DM stehen Gesamtausgaben im gleichen Zeitraum in Höhe von 849,6 Mio. DM gegenüber.

Die Gesamteinnahmen betragen im gleichen Zeitraum 903,3 Mio. DM.

### **Bildungseinrichtungen der IGC:**

Qualifizierungsförderwerk Chemie GmbH  
Königsworther Platz 6  
30167 Hannover  
Telefon: (05 11) 76 31-2 52  
Telefax: (05 11) 76 31-7 34  
Geschäftsführer: Martin Landwehr

WBS Weiterbildungsstiftung  
(errichtet vom Bundesarbeitgeberverband Chemie und der Industriegewerkschaft  
Chemie-Papier-Keramik)  
Abraham-Lincoln-Str. 22  
65189 Wiesbaden  
Telefon: (06 11) 72 36 56  
Telefax: (06 11) 72 89 20  
Geschäftsführer: Heinz Schlieper

Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum  
Deisterallee 44  
31848 Bad Münster  
Telefon: (0 50 42) 60 10  
Telefax: (0 50 42) 6 01 95  
Leiter: Seppel Kraus

## 40 IG Medien – Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst

---

Friedrichstr. 15  
70174 Stuttgart  
Postfach 10 24 51  
70020 Stuttgart  
Telefon: (07 11) 20 18-0  
Telefax: (07 11) 20 18-1 99 oder 2 62

Organ: Druck und Papier

Vorsitz:

**Dr. Detlef Hensch**  
(Vorsitzender)

Vorstandssekretariat:

**Gerhard Kirchgäßner**  
(Gesamtvorstandssekretär)

Presse:

**Hermann Zoller**  
(Pressesprecher)

Betriebsrat:

**Marion Picard**  
(Vorsitzende)

Gesamtbetriebsrat:

**Reiner Bauer**  
(Vorsitzender)

Geschäftsführung:

Geschäftsführender Hauptvorstand  
(6 Mitglieder)

Vorsitzender:

**Dr. Detlef Hensch** (Jg. 38 / SPD)

Hauptabteilung I

(Koordination / Tarifpolitik / Öffentlichkeitsarbeit /  
Fachgruppe „Literatur“)

Stellvertretende Vorsitzende:

**Gisela Kessler** (Jg. 35 / DKP)

Hauptabteilung II

(Gewerkschaftliche Betriebsarbeit / Gesundheitsschutz /  
Fachgruppe „Papier und Kunststoffverarbeitung“ / Frauen)

**Gerd Nies** (Jg. 43 / k.A.)

Hauptabteilung III

(Recht / Medienpolitik / Zentrale Datenverarbeitung /  
Fachgruppe „Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien;  
Journalismus, Bildende Kunst“)

Mitglieder:

**Werner Pfennig** (Jg. 37 / k.A.)

Hauptabteilung IV

(Forschungs- und Technologiepolitik / Berufliche Bil-  
dung / Gewerkschaftliche Bildungs- und Kulturarbeit /

Fachgruppen: „Druckindustrie und Zeitungsverlage, Verlage und Agenturen“ / Finanzen / Verwaltung / Angestellte / Ausländische Arbeitnehmer)

**Monika Papke** (Jg. 54 / k.A.)

Hauptabteilung V  
(Sozialpolitik / Kulturpolitik / Fachgruppen „Darstellende Kunst“, „Musik“ / Jugend)

**Kurt Haßdenteufel** (Jg. 41 / k.A.)

Hauptabteilung VI  
(Internationales / Organisation / Personal / Freie Mitarbeiter)

Personengruppen-  
Leiter:

**Angela Abel** (Jg. 59 / SPD)

Hauptabteilung VII  
(Jugendsekretärin)

**Inga Kulms** (Jg. 49 / k.A.)

Hauptabteilung VIII  
(Frausekretärin)

**Gerhard Kirchgäßner** (Jg. 50 / SPD)

(Angestelltensekretär)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

20 (2 Bündnis 90/Die Grünen – 5 PDS – 13 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle 1)

206 786 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).  
Die IG Medien rangiert mit einem Anteil von 2,21 Prozent an 12. Stelle im DGB.

(Tabelle 2)  
(Tabelle 3)

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	IG-Medien-Anteil in %
Frauen	67 644	32,71
Jugend	12 924	6,25
Arbeiter	88 932	43,01
Angestellte	48 464	23,44
Sonstige	69 390	33,55

Der Brutto-Organisationsgrad der IG Medien liegt bei etwa 40 Prozent.

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 420 Delegierte; 3-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:
    2. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) IG-Medien-Gewerkschaftstag  
(11.–17. Oktober 1992 in Augsburg)
    - Fortsetzung des 2. IG-Medien-Gewerkschaftstages  
(11.–13. Dezember 1992 in Frankfurt)

3. Ordentlicher IG-Medien-Gewerkschaftstag  
(21.–26. Oktober 1995 in Bielefeld)

4. Ordentlicher IG-Medien-Gewerkschaftstag  
(Oktober 1998)

ab) Außerordentliche:

1. Außerordentlicher IG-Medien-Gewerkschaftstag  
(25./26. Oktober 1990 in Fellbach)

b) Gewerkschaftsrat

c) Hauptausschuß

Gliederungen:

a) regional:  
9 Landesbezirke  
57 Bezirke

b) sachbezogen:  
9 Fachgruppen

Internationale  
Repräsentanz:

- Internationale Grafische Föderation (IGF)
- Europäische Grafische Föderation (EGF)
- Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst,  
Medien und Unterhaltung (EGAKU)
- Internationale Journalisten-Föderation (IJF)
- Europäische Journalisten-Föderation (EJF)
- Europäischer Schriftstellerkongreß
- International Writer Guild (IWG)
- International Federation of Reproduction Rights  
Organizations (IFRRO)
- Föderation Internationaler Musiker (FIM)

IG Medien Einnahmen und Ausgaben\*  
im Berichtszeitraum 1992–1994 (in Tausend DM)

Jahr	Bruttoeinnahmen (Beitragsaufkommen, Spenden, sonstige)	davon: Beitragsauf- kommen	Netto- Einnahmen (Brutto-Einnah- men ./.. Rückver- gütungen und Zuschüsse)	Gesamtausgaben	Defizit/Überschuß in der laufenden Periode
1992	78 495	74 693	57 351	58 938	– 1 587
1993	76 460	74 824	55 485	58 003	– 2 518
1994	75 351	73 954	54 689	56 687	– 1 998

\* Insgesamt fielen im Berichtszeitraum 1992–1994 Personalkosten in Höhe von 110,85 Mio. DM an.  
Die Gesamtkosten für die gewerkschaftliche Facharbeit beliefen sich auf 30,92. Mio. DM.

Jahresetat: 75,4 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Druck und Papier (Mitgliederzeitschrift)	110,0	10 × jährlich	Hermann Zoller
Forum	30,0	11 × jährlich	Hermann Zoller
M – Menschen Machen Medien	50,0	10 × jährlich	Ulrike Maercks- Franzen
Kunst & Kultur	19,0	9 × jährlich	Josef Singldinger

Gründung:

1. Ordentlicher IG-Medien-Gewerkschaftstag (Gründungskongreß)  
(8.–15. April 1989 in Hamburg)

Spitzenfunktionäre:

Industriegewerkschaft Druck und Papier (IGD)<sup>1</sup>  
 1948–1951 Christian Fette (3 Jahre)  
 1951–1962 Heinrich Hansen (11 Jahre)  
 1962–1968 Heinrich Bruns (6 Jahre)  
 1968–1983 Leonhard Mahlein (15 Jahre)  
 1983–1989 Erwin Ferlemann (6 Jahre)<sup>2</sup>

Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst  
(IG Medien)

1989–1992 Erwin Ferlemann (3 Jahre)<sup>3</sup>  
 1992– Dr. Detlef Hensche

Gewerkschaft Kunst (GK)<sup>4</sup>

1949–1954 Willi Feldmann (5 Jahre)  
 1954–1962 Heinrich Wüllner (8 Jahre)  
 1962–1966 Victor de Kowa (4 Jahre)  
 1966–1973 Wolfgang Windgassen (7 Jahre)  
 1973–1980 Otto Sprenger (7 Jahre)  
 1980–1989 Alfred Horné (9 Jahre)

<sup>1</sup> Am 15. April 1989 Fusion mit der Gewerkschaft Kunst (GK) zur Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien) – Fortsetzung siehe dort!

<sup>2</sup> Unter Berücksichtigung seiner Amtszeit als IG Medien-Vorsitzender (bis 1992) sind es 9 Jahre.

<sup>3</sup> Unter Berücksichtigung seiner Zeit als IGD-Vorsitzender (seit 1983) sind es 9 Jahre.

<sup>4</sup> Am 15. April 1989 Fusion mit der Industriegewerkschaft Druck und Papier (IGD) zur Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien).



## 41 IGM – Industriegewerkschaft Metall<sup>1</sup>

---

Lyoner Str. 32  
60528 Frankfurt/Main  
Postfach 71 04 18  
60519 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 66 93-0  
Telefax: (0 69) 66 93-28 43  
Organ: metall

- Vorsitz: **Klaus Zwickel**  
(Erster Vorsitzender)
- Vorstandssekretariat: **Dr. Klaus Lang**  
(Persönlicher Referent)
- Presse: **Jörg Barczynski**  
(Pressesprecher)
- Betriebsrat: **Nils Nagel**  
(Vorsitzender)
- Gesamtbetriebsrat: **Dr. Helmut Hillgärtner**  
(Vorsitzender)
- Zweigbüro: Leiter: **Klaus Zwickel**  
Kanzlerstr. 8  
40472 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 96 50 30
- Geschäftsführung: **Geschäftsführender Vorstand**  
(9 Mitglieder)  
Erster Vorsitzender:  
**Klaus Zwickel** (Jg. 39 / SPD)  
(Koordination / Grundsatzfragen / Justitiariat / Wirtschaft,  
Struktur- und Technologiepolitik / Internationales / Öffent-  
lichkeitsarbeit / Mitbestimmung)  
Zweiter Vorsitzender:  
**Walter Riestler** (Jg. 43 / SPD)  
(Organisation / Satzung / Kontroll-Ausschuß / Redaktio-  
nen / Personal / Tarifpolitik und Humanisierung)  
Hauptkassierer:  
**Bertin Eichler** (Jg. 52 / SPD)  
(Rechnungswesen / Verwaltung)

---

<sup>1</sup> Die IGM plant seit Sommer 1996 die Fusion mit der GTB.

Mitglieder:

**Dr. Karin Benz-Overhage** (Jg. 42 / SPD)

(Gewerkschaftliche Betriebspolitik / Unternehmensmitbestimmung / Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung '76 / Eurobetriebsräte / EDV / interner Datenschutz)

**Siegfried Bleicher** (Jg. 40 / SPD)

(Bildungspolitik / Gewerkschaftliche Bildungsarbeit / Akademien / Berufsbildung)

**Gudrun Hamacher** (Jg. 45 / SPD)

(Frauenpolitik / Marketing / Werbung / Kulturarbeit / Projekt Mitgliederentwicklung)

**Horst Schmitthener** (Jg. 41 / SPD)

(Sozial- und Arbeitsmarktpolitik / Arbeits- und Sozialrecht / Arbeits- und Gesundheitsschutz / Behinderte / Suchtbeauftragter)

**Joachim Töppel** (Jg. 47 / parteilos)

(Angestellte / Ausländische Arbeitnehmer / Seniorenarbeit / Arbeitslose / Nachfolge Treuhand / Projekt Telekommunikation)

**Erwin Vitt** (Jg. 42 / CDU)

(Handwerk / Jugend / Innen-Service)

Personengruppen-Leiter<sup>1</sup>:

**Siegfried Balduin** (Leiter der Abteilung „Angestellte“)

**Elisabeth Vogelheim** (Leiterin der Abteilung „Frauen“)

**Reinhold Götz** (Leiter der Abteilung „Jugend“)

Bundestags-Mitglieder  
(13. Wahlperiode):

29 (4 CDU/CSU – 2 PDS – 23 SPD)

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

2 869 469 Gewerkschafter (Stand: 31. 12. 1995).

Die IGM rangiert mit einem Anteil von 30,67 Prozent an erster Stelle im DGB.

Personengruppen	Mitglieder Ende 1995	Anteil an der IGM in %
Frauen	511 735	17,83
Jugend	246 442	8,59
Arbeiter	2 363 947	82,38
Angestellte	505 522	17,62
Beamte	–	–

Der Brutto-Organisationsgrad der IGM liegt bei 45 Prozent.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Beamte sind in der IGM nicht organisiert; entsprechende Zuständigkeiten in der Organisation entfallen daher. Die Betreuung der Arbeiter wird vom Geschäftsführenden IGM-Vorstand unmittelbar wahrgenommen.

<sup>2</sup> Schätzwert.

Organe:

- a) Gewerkschaftstag (zuletzt 765 Delegierte; 3-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - aa) Ordentliche:
    - 17. Ordentlicher (= 1. Gesamtdeutscher) IGM-Gewerkschaftstag (10.–17. Oktober 1992 in Hamburg)
    - 18. Ordentlicher IGM-Gewerkschaftstag (29. Oktober–4. November 1995 in Berlin)
    - 19. Ordentlicher IGM-Gewerkschaftstag (1998)
  - ab) Außerordentliche:
    - 3. Außerordentlicher IGM-Gewerkschaftstag (2. Oktober 1993 in Mainz)
    - 4. Außerordentlicher IGM-Gewerkschaftstag (1997)
- b) Beirat (152 Mitglieder; davon 36 im Vorstand – s. „c“)
- c) Vorstand (35 Mitglieder; davon 10 im Geschäftsführenden Vorstand – s.o.)
- d) Kontrollausschuß (9 Mitglieder)

Gliederungen:

9 Bezirke  
191 Verwaltungsstellen

Internationale  
Repräsentanz:

- a) direkte Mitgliedschaften:
  - Internationaler Metallgewerkschaftsbund (IMB)  
Präsident ist der Erste IGM-Vorsitzende **Klaus Zwickel**.
  - Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB)  
Einer der sechs EMB-Vizepräsidenten ist der Erste IGM-Vorsitzende **Klaus Zwickel**.
- b) indirekte Mitgliedschaften über den DGB:
  - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP – franz.: FIET = Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres)
  - Europäische Regionalorganisation der FIET (EURO-FIET)

Jahresetat:

ca. 839 Mio. DM (1994)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
metall – Mitgliederzeitschrift	2 900,0	12 × jährlich	Jürgen Mechelhoff
Standpunkt	180,0	6 × jährlich	Jürgen Mechelhoff
direkt	180,0	24 × jährlich	Jürgen Mechelhoff

Gründung:

1. Dezember 1949 (bzw. 1. September 1949 – und 1. August 1950 Aufnahme des Metallarbeiterverbandes Groß-Berlin)

**Bildungseinrichtungen der IGM:**

Bildungsstätte Bad Orb

Würzburger Str. 51

63619 Bad Orb

Telefon: (0 60 52) 8 90

Telefax: (0 60 52) 89 52

Bildungszentrum Sprockhövel

Otto-Brenner-Str. 100

45549 Sprockhövel

Telefon: (0 23 24) 70 60

Telefax: (0 23 24) 70 62 93

Bildungsstätte Lohr

Willi-Bleicher-Str. 1

97816 Lohr/Main

Telefon: (0 93 52) 50 60

Telefax: (0 93 52) 50 61 57

Bildungsstätte Berlin-Pichelssee

Am Pichelssee 30

13595 Berlin-Spandau

Telefon: (0 30) 36 20 40

Telefax: (0 30) 36 20 41 00

Jugenderholungs- und Bildungsheim Schliersee

Unterleiten 28

83727 Schliersee

Telefon: (0 80 26) 40 07/8

Telefax: (0 80 26) 26 07

## Angemietete Häuser:

Arbeitnehmerzentrum Königswinter  
Johannes-Albers-Allee 3  
53639 Königswinter  
Telefon: (0 22 23) 7 30  
Telefax: (0 22 23) 73 11

Historisch-ökologische Bildungsstätte  
Spillmannsweg 30  
26871 Papenburg  
Telefon: (0 49 61) 9 78 80  
Telefax: (0 49 61) 97 88 44

DGB-Jugendbildungsstätte  
Kirschenallee  
16837 Flecken-Zechlin  
Telefon: (0 33 92) 32 59  
Telefax: (0 33 92) 32 59

### Spitzenfunktionäre:<sup>1</sup>

1950–1952	Hans Brümmer/Walter Freitag (2 Jahre)
1952–1956	Otto Brenner/Hans Brümmer (6 Jahre)
1956–1972	Otto Brenner (20 Jahre)
1972–1983	Eugen Loderer (11 Jahre)
1983–1986	Hans Mayr (3 Jahre)
1986–1993	Franz Steinkühler (7 Jahre)
1993–	Klaus Zwickel

## 42 Kartell-Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (KGBCE)

---

Königsworther Platz 6  
30167 Hannover  
Postfach 30 47  
30030 Hannover  
Telefon: (05 11) 7 63 10  
Telefax: (05 11) 76 31-7 13

Organ: Magazin

Vorsitz: **Hubertus Schmoldt** (IGC)  
**Hans Berger** (IGBE)  
**Werner Dick** (GL)

Gründung: 1. Januar 1994

---

<sup>1</sup> In den ersten sechs Jahren nach ihrer Neugründung standen an der Spitze der IGM jeweils zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Die in Klammern angegebenen Amtsjahre beziehen sich daher hier jeweils nur auf den unmittelbar zuvor genannten Namen.

Ziel: Fusion der drei im Vorsitz repräsentierten Gewerkschaften zur Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (IG BCE)  
1. Ordentlicher Gewerkschaftstag (Gründungskongreß) (6.–10. Oktober 1997 in Hannover)

Spitzenfunktionäre:  
1994 – Dr. Hermann Rappe (IGC)<sup>1</sup>  
Hans Berger (IGBE)  
Werner Dick (GL)

## 43 Kolpingwerk Deutschland

---

Kolpingplatz 5–11  
50667 Köln  
Telefon: (02 21) 2 07 01-0  
Telefax: (02 21) 2 07 01-38  
Organ: Kolpingblatt

Vorsitz: **Heinz Schemken**  
(Bundesvorsitzender)

Pressereferent: **Martin Grünewald**

Geschäftsführung: Bundespräsidium  
(7 Mitglieder)

Bundesvorsitzender: **Heinz Schemken** (Jg. 35 / DAG / CDU-MdB)

Generalpräses: **Prälat Heinrich Festing**  
(seit November 1996 Ämtertrennung der bisher vereinigten Funktion des Bundes- und Generalpräses)

Bundespräses: N. N.

Bundessekretär: **Dr. Michael Hanke**

Bundesgeschäftsführer: **Bernhard Hennecke**

Mitgliedschaft: ca. 275 000 Katholiken

Organe: a) Bundesversammlung (zuletzt ca. 500 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:  
32. Zentral- (= 1. Bundes-)Versammlung des Kolpingwerks  
(21.–24. November 1996 in Vechta)  
2. Bundesversammlung des Kolpingwerks  
(2000 in Köln)

---

<sup>1</sup> Dr. Hermann Rappe schied im September 1995 als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IGC) und damit auch in dieser Funktion aus. Nachfolger ist in beiden Ämtern Hubertus Schmoltd.

b) Bundesvorstand (Leitungsorgan; 30 Mitglieder; davon 9 Referenten in beratender Funktion)

c) Bundespräsidium (7 Mitglieder – s.o.)

Gliederungen:

27 Diözesanverbände

Bezirksverbände

ca. 2 800 örtliche Kolpingfamilien

Internationale

Repräsentanz:

Internationales Kolpingwerk

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Kolpingblatt Mitgliederzeitung	203,0	11 × jährlich	Martin Grünewald Tel.: (02 21) 2 07 01-1 95
Idee & Tat Zeitschrift für die Leitungskräfte der Kolpingfamilie	17,0	4 × jährlich	Dr. Michael Hanke/ Martin Grünewald Tel.: (02 21) 2 07 01-1 95
X-MAG Jugendzeitschrift	17,0	12 × jährlich	Otto-Michael Jacobs Tel.: (02 21) 2 07 01-1 67

Gründung:

1850 in Köln

## **44 mb – Marburger Bund – Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands**

---

Riehler Straße 6

50668 Köln

Telefon: (02 21) 9 73 16 80

Telefax: (02 21) 9 73 16 78

Organ: marburger bund – Ärztliche Nachrichten

Vorsitz:

**Dr. Frank Ulrich Montgomery**

Geschäftsführung:

**Dr. Dieter Boeck**

(Hauptgeschäftsführer und Justitiar)

**Lutz Hammerschlag**

(Stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter des Referats „Tarifpolitik“)

**Dr. Uwe K. Preusker**

(Stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Pressesprecher)

**Dr. Magdalena Henning**

(Geschäftsführerin)

Pressesprecher:

**Dr. Uwe K. Preusker**

Politische  
Repräsentanz:

Vorstand (7 Mitglieder)<sup>1</sup>

Erster Vorsitzender:

**Dr. Frank Ulrich Montgomery** (Jg. 52 / SPD)

Zweiter Vorsitzender:

**Rudolf Henke** (Jg. 54 / CDU)

Beisitzer:

**Dr. Thomas Fritz**

**Dr. Heidrun Gitter**

**Priv.-Doz. Dr. Joachim Grifka**

**Dr. Dieter Mitrenga**

**Dr. Klaus-Dieter Wurche**

Mitglieder und  
Organisationsgrad:  
(Tabelle)

Mitglieder des mb sind seine 14 Landesverbände. Sie repräsentieren gegenwärtig 57 439 angestellte und beamtete Ärztinnen und Ärzte, darunter 9 412 (16,39%) Medizinstudenten, einschließlich Ärzte im Praktikum – AiP – (Stand: 31. 12. 1995). Der Organisationsgrad der 48 027 organisierten Ärzte liegt bei 39,65 Prozent.

Organe:

- a) Hauptversammlung (zuletzt 107 Delegierte; zweimal im Jahr)
- b) Vorstand (7 Mitglieder – s.o.)
- c) Beirat (Vertretung der Landesverbände)
- d) Kassenprüfer (2 Mitglieder)
- e) Kleine Tarifkommission (12 Mitglieder)

Gliederungen:

- a) regional:  
14 Landesverbände
- b) sachbezogen:  
13 Arbeitskreise<sup>2</sup>

Internationale  
Repräsentanz:

a) direkte Mitgliedschaften:

- Europäische Vereinigung der angestellten und beamteten Ärzte, FEMS (Fédération Européenne des Médecins Salariés)

Der mb ist in der FEMS die stärkste Organisation.

Vorsitzender der FEMS-Arbeitsgruppe „Krankenhaus-ärzte“ ist das mb-Vorstandsmitglied **Dr. Klaus-Dieter Wurche**.

<sup>1</sup> Dreijährige Amtsperiode.

<sup>2</sup> Vom Vorstand berufen.



- Ständige Arbeitsgruppe der Europäischen Jungen Krankenhausärzte, PWG (Permanent Working Group of European Junior Hospital Doctors)  
Der mb ist in der PWG die stärkste Organisation.
- Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants)
- b) indirekte Mitgliedschaften:
  - Ständiger Ausschuß der Ärzte der Europäischen Union (EU), CP (Comité Permanent)
  - Weltärztebund  
Der mb ist in der deutschen Delegation unter Leitung der Bundesärztekammer vertreten.

Jahresetat:

ca. 10 Mio. DM (1995)

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
marburger bund – Ärztliche Nachrichten	60,0	18 × jährlich	Dr. Uwe K. Preusker

Gründung:

12. Juni 1947 in Marburg

Spitzenfunktionäre:

1948–1952

Dr. Herbert Britz (4 Jahre)

1952–1961

Dr. Rolf Detlef Berensmann (9 Jahre)

1961–1966

Dr. Dietrich Techen (5 Jahre)

1966–1975

Dr. Paul Erwin Odenbach (9 Jahre)

1975–1979

Dr. Karsten Vilmar (4 Jahre)

1979–1989

Dr. Jörg Dietrich Hoppe (10 Jahre)

1989–

Dr. Frank Ulrich Montgomery

## 45 ULA – Union der Leitenden Angestellten<sup>1</sup>

Alfredstraße 77–79

45130 Essen

Telefon: (02 01) 78 20 36

Telefax: (02 01) 78 72 08

Organ: ULA-Nachrichten

Vorsitz:

**Dr. Peter Weber**

<sup>1</sup> Die ULA ist Arbeitnehmer-Interessenverband, aber wie ihre Verbände VDF, VAF, VDL und VGA keine Gewerkschaft.

Geschäftsführung: **Jürgen Borgwardt**, RA  
(Hauptgeschäftsführer)  
**Ludger Felix Ramme**, RA  
(Geschäftsführer)

Presse: **Thomas Bona**  
(Veröffentlichungen) (Pressesprecher)

Politische Repräsentanz: Präsidium  
Präsident: **Dr. Peter Weber**  
Vizepräsidenten:  
(Die Vorsitzenden der Mitgliedsverbände)

Bundestags-Mitglieder (13. Wahlperiode): 4 (2 CDU/CSU – 2 F.D.P.)

Mitglieder und Organisationsgrad: Mitglieder im eigentlichen Sinne sind die sechs der ULA angeschlossenen Verbände – davon einer kooperierend. Sie repräsentieren gut 50 000 Führungskräfte oder rund 10 Prozent der in Deutschland tätigen Leitenden Angestellten (LA) beziehungsweise Außertariflichen (AT) Angestellten.

Name	Mitglieder
Verband angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA) <sup>1</sup>	29 000
Verband Angestellter Führungskräfte (Stahl, Metall, Elektro, Bau, Bank, Dienstleistung u.a.) (VAF)	12 000
Verband der Führungskräfte in Bergbau, Energiewirtschaft und zugehörigem Umweltschutz (VDF)	8 000
Vereinigung der höheren Führungskräfte der deutschen Bahnen (VHB)	2 000
VDL-Bundesverband – Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL) <sup>2</sup>	150
Bundesverband der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz (VGA) <sup>3</sup>	1 000

Organe:

a) Kongreß (zuletzt 200 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:

4. ULA-Kongreß  
(15. November 1995 in Bonn)

5. ULA-Kongreß  
(1999)

b) Verbandsversammlung (jährlich – intern)

<sup>1</sup> Tariffähig.

<sup>2</sup> Sparte „Privatangestellte“. Die Sparte „Öffentlicher Dienst“ des VDL gehört zum DBB.

<sup>3</sup> Der VGA ist kein satzungsgemäßes Mitglied, sondern ein kooperierender Verband.

c) Vorstand (alle Hauptgeschäftsführer und Vorsitzenden der Mitgliedsverbände – darunter das Präsidium)

Internationale Repräsentanz: Europäischer Führungskräfte-Verband, CEC (Confédération Européenne des Cadres)

Gründung: Juli 1951

Spitzenfunktionäre:

1951–1953	Dr. Max Schellmann (2 Jahre)
1953–1954	Heinrich Wiegel (1 Jahr)
1954–1955	Dr. Ferdinand Grüll (1 Jahr)
1956–1957	Herbert Ossenbühl (1 Jahr)
1958–1959	Dr. Horst Elsner (1 Jahr)
1960–1961	Paul Diestel (1 Jahr)
1962–1963	Dr. Ferdinand Grüll (1 Jahr)
1964–1965	Karl-Heinz Rüschi (1 Jahr)
1966–1967	Dr. Friedrich Fuchtenbusch (1 Jahr)
1968–1970	Johannes Gottwald (2 Jahre)
1971–1972	Dr. Franz Salzer (1 Jahr)
1973–1975	Walter Schwarz (2 Jahre)
1976–1978	Dr. Hans Kern (2 Jahre)
1979–1982	Dr. Friedrich Ische (3 Jahre)
1982–1986	Dieter Lueg (4 Jahre)
1986–1991	Dr. Hans Kern (5 Jahre)
1991–1992	Gerd Wagner (1 Jahr)
1992–1995	Dieter Lueg (3 Jahre)
1995–	Dr. Peter Weber

## **Die Union der Leitenden Angestellten (ULA) und ihre 5 (6<sup>1</sup>) Führungskräfte-Verbände mit ihren jeweiligen Vorsitzenden**

---

Union der Leitenden Angestellten (ULA)

Dr. Peter Weber  
(Präsident)

Verband angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA)

Dr. Karlheinz Messmer

Verband Angestellter Führungskräfte (VAF)<sup>2</sup>  
– Stahl, Metall, Elektro, Bau, Bank, Dienstleistung u.a. –

Dieter Nestel<sup>3</sup>

1 Der VAA ist kein satzungsgemäßes Mitglied, sondern ein kooperierender Verband.

2 Korporatives Mitglied des VAF ist das bis 1994 selbständige ULA-Mitglied „Berufsverband der Luftfahrt in Deutschland“ (BLD).

3 Der VAF ist im Gegensatz zu dem ULA-Verband VAA keine Gewerkschaft, ihr Erster Vorsitzender ist dementsprechend kein Gewerkschafts-Funktionär.

Verband der Führungskräfte (VDF) in Bergbau,  
Energiewirtschaft und zugehörigem Umweltschutz **Rolf Stallberg**

VDL-Bundesverband  
– Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL)<sup>1</sup> **Dr. Hermann-Josef Baaken**

Vereinigung der höheren Führungskräfte der deut-  
schen Bahnen (VHB) **Wolfgang Arnold**

Bundesverband der Geschäftsstellenleiter der  
Assekuranz (VGA)<sup>2</sup> **Horst Peil**  
(Präsident)

## 46 VC – Vereinigung Cockpit

---

Lerchesbergring 24  
60598 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 68 10 65  
Telefax: (0 69) 68 26 78

Organ: Cockpit-Info

Vorsitz: **Rolf Rehberg**  
(Präsident)

Presse: **Barbara Paul**  
(Pressesprecherin)  
**Oliver Will**  
(Pressesprecher)

Geschäftsführung: **Günther Schweser**  
(Geschäftsführer)

Mitgliedschaft: 4 300 Organisierte (30. 6. 1995)

Internationale  
Repräsentanz: International Federation of Air Line Pilots' Associations  
(IFALPA)

European Cockpit Association (ECA)

Gründung: 11. März 1969 in Oberursel

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur
Cockpit-Info	4,35	12 × jährlich	Günther Schweser
Cockpit-Report	0,5	2 × jährlich	Günther Schweser

<sup>1</sup> Der VDL ist mit seiner Sparte „Öffentlicher Dienst“ zugleich Mitglied des Deutschen Beamtenbundes – DBB –.

<sup>2</sup> Der VGA ist kein satzungsgemäßes Mitglied, sondern ein kooperierender Verband.

## 47 VHB – Vereinigung der höheren Führungskräfte der deutschen Bahnen

---

	Joachimstraße 8 30159 Hannover Telefon: (05 11) 2 86-34 23 Telefax: (05 11) 2 86-34 23 Organ: VHB-Informationen
Vorsitz:	<b>Wolfgang Arnold</b> (Bundesvorsitzender)
Leiter der Pressestelle:	<b>Reinhard Strumpf</b> (Pressereferent)
Geschäftsführung:	Geschäftsführender Hauptvorstand (12 Mitglieder) Bundesvorsitzender: <b>Wolfgang Arnold</b> (Jg. 41 / parteilos) Erste Stellvertretende Bundesvorsitzende: <b>Sabine Thärichen</b> Stellvertretende Bundesvorsitzende: <b>Dr.-Ing. Wolf-Ekkehart Matthaeus</b> <b>Dietmar Kampovsky</b> Schatzmeisterin: <b>Erika Eymann-Goldhofer</b> Pressereferent: <b>Reinhard Strumpf</b> Vertreter bei anderen Verbänden des höheren Dienstes: <b>Dr. jur. Erich Czischek</b> Geschäftsführer: <b>Reinhard Kaiser</b> <b>Reinhard Teuteberg</b> Fachausschußvorsitzende (3)
Mitglieder und Organisationsgrad:	circa 2 100 Angestellte und Beamte des höheren Bahn-Dienstes. Das sind über 90 Prozent der höheren Bahn-Führungskräfte. Etwa 80 Prozent der Mitglieder sind aktive Eisenbahner.
Organe:	a) Mitgliederversammlung (jährlich) b) Hauptvorstand (31 Mitglieder; davon 12 im Geschäftsführenden Hauptvorstand – s.o.) c) Geschäftsführender Hauptvorstand: (12 Mitglieder) d) Kassenprüfer (2 Mitglieder)

Gliederungen: a) fachlich:  
3 Fachausschüsse  
Arbeitsausschüsse beim Hauptvorstand

b) regional:  
19 Bezirksgruppen

Kooperierende Organisationen: die neun Partnerorganisationen in der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD), die insgesamt rund 90 000 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes repräsentiert.

Jahresetat: 140 000 DM

Veröffentlichungen:

Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise
VHB-Informationen	2,9	bis zu 6 × jährlich

Gründung: September 1991; durch Umbenennung entstanden aus der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundesbahn (DB) – VHB –, die ihrerseits seit Mai 1975 existiert, als sich die Vereinigung der Juristen der DB (VJB), die Vereinigung der maschinentechnischen Ingenieure der DB (VRM) und die Vereinigung der bautechnischen Ingenieure der DB (VRB) zusammenschlossen.

## 48 VDF – Verband Deutscher Flugleiter

Herzogstraße 41  
63263 Neu-Isenburg  
Telefon: (0 61 02) 73 37 14  
Telefax: (0 61 02) 73 37 15

Organ: der flugleiter

Vorsitz: **Klaus Formel**  
(Vorstandsvorsitzender)

Geschäftsführung: **Hannes Ziegler**

Pressesprecher: **Hannes Ziegler**

Mitgliedschaft: 3 000 Fluglotsen, Flugdatenbearbeiter und Platzflugleiter

Hauptorgan: Mitgliederversammlung (zuletzt 1323 Anwesende); letzter Termin:

Mitgliederversammlung '95  
(16.–18. März 1995 in Berlin)

Internationale Repräsentanz: Internationale Vereinigung der Fluglotsenverbände, IFATCA (International Federation of Air Traffic Controllers' Association)

Gründung: 3. Juli 1951 in Hannover

# VI Gewerkschaftliche Repräsentanz in den Bundesländern

---

## 1 Gewerkschaften in Baden Württemberg

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Baden-Württemberg

Willi-Bleicher-Straße 20

70174 Stuttgart

Telefon: (07 11) 20 28-0

Telefax: (07 11) 20 28-2 50 oder 2 64; 2 67

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 063 689

Vorsitzender:

Siegfried Pommerenke

IG BAU-Vorsitzender „LVb Baden-Württemberg“:

Hanspeter Kern

IGBE-Leiter „Bz Süddeutschland“:

Adolf Kapfer

IGC-Leiter „Bz Baden-Württemberg“:

Ralf Stockheim

GdED-Leiter „Bz Karlsruhe“:

Dieter Harms

GdED-Leiter „Bz Stuttgart“:

Jürgen Speigl

GEW-Vorsitzender „LVb Baden-Württemberg“:

Rainer Dahlem

HBV-Vorsitzender „LBz Baden-Württemberg“:

Heinz-Günter Lang

GHK-Leiter „Bz Baden-Württemberg“:

Rainer Bliesener

GL-Leiter „Bz Kornwestheim“:

Peter Knospe

GL-Leiter „Bz Weinheim“:

Jochen Pfauter

IG Medien-

Vorsitzende „LBz Baden-Württemberg“:

Sybille Stamm

IG Metall-Leiter „Bz Stuttgart“:

Gerhard Zambelli

NGG-Vorsitzender „LBz Baden-Württemberg“:

Herbert Berger

ÖTV-Leiter „BzV Baden-Württemberg“:

Rudolf Winterholler

GdP-Vorsitzender „LBz Baden-Württemberg“:

Rüdiger May

DPG-Vorsitzender „BzV Freiburg“:

Gebhard Gotterbarm

DPG-Vorsitzender „BzV Karlsruhe“:

Fritz Brucker

DPG-Vorsitzender „BzV Stuttgart“:

Franz Schierer

GTB-Leiter „Bz Baden-Württemberg“:

Werner Heindel

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW)

Am Hohengeren 12

70188 Stuttgart

Telefon: (07 11) 1 68 76-0

Telefax: (07 11) 1 68 76-76

Vorsitzender:

Horst Bäuerle

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Baden-Württemberg

Jägerstraße 24

70174 Stuttgart

Telefon: (07 11) 2 29 25-0

Telefax: (07 11) 2 29 25-60

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 51 739

Landesverbandsleiterin: Gisela Gräber

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich): Wolfgang P. Nöth

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Baden-Württemberg

Alexanderstraße 9b

70184 Stuttgart

Telefon: (07 11) 24 75 69

Telefax: (07 11) 2 36 12 56

Vorsitzender: Johann Weber

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Baden-Württemberg

Herdweg 63

70174 Stuttgart

Telefon: (07 11) 2 26 14 18

Telefax: (07 11) 29 61 13

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 2 365

Vorsitzender: Karl Geibel

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Baden-Württemberg

Stuttgarter Straße 72

73230 Kirchheim

Telefon: (0 70 21) 9 23 90

Telefax: (0 70 21) 92 39 23

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 7 628

Vorsitzende: Dr. Jürgen Reitinger  
Dr. Horst-Helmut Krause



## 2 Gewerkschaften in Bayern

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Bayern  
Schwanthalerstraße 64  
80336 München

Telefon: (0 89) 5 43 30-02

Telefax: (0 89) 5 43 30-2 84

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 014 009

Vorsitzender:

Fritz Schösser, MdS

IG BAU-Vorsitzender „LVb Bayern“:

Karl-Heinz Strobl

IGBE-Leiter „Bz Süddeutschland“:

Adolf Kapfer

IGC-Leiter „Bz Bayern“:

Helmut Beer

GdED-Leiter „Bz München“:

Rudolf Zellerer

GdED-Leiter „Bz Nürnberg“:

Rudi Hepf

GEW-Vorsitzender „LVb Bayern“:

Richard Sigel

HBV-Vorsitzender „LBz Bayern“:

Sepp Rauch

GHK-Leiterin „Bz Nordbayern<sup>1</sup>“:

Christl Beslmeisl

GHK-Leiter „Bz Südbayern<sup>1</sup>“:

Hubert Ganz

GL-Leiter „Bz Nürnberg“:

Rolf Erhardt

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Bayern“:

Walter Eßbauer

IG Metall-Leiter „Bz München“:

Werner Neugebauer

NGG-Vorsitzender „LBz Bayern“:

Erwin Berger

ÖTV-Leiter „BzV Bayern“:

Ralf Brunhöber

GdP-Vorsitzender „LBz Bayern“:

Günter Sommermann

DPG-Vorsitzender „BzV München“:

Josef Falbisoner

DPG-Vorsitzender „BzV Nürnberg“:

Rudolf Gremer

DPG-Vorsitzender „BzV Regensburg“:

Heinz Zacke

GTB-Leiter „Bz Bayern“:

Hans Thierauf

GTB-Leiter „Bz Bayern/Außenstelle“:

Siegfried Paintner

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Bayerischer Beamtenbund (BBB)

Schwanthalerstraße 21 IV/V

80336 München

Telefon: (0 89) 59 46 88

Telefax: (0 89) 59 72 84

Vorsitzender:

Dieter Kattenbeck, MdS

---

1 Die bayerischen GHK-Bezirke sind anlässlich des Bezirkstags am 26./27. 4. 97 zusammengelegt worden.

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Bayern

Türkenstraße 9

80333 München

Telefon: (0 89) 28 81 22-0

Telefax: (0 89) 28 81 22-44

Mitgliederzahl vom 31. 12. 1995:

51 627

Landesverbandsleiter:

Heinz-Georg Harbauer

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Helmut Wunder

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Bayern

Goethestr. 28

80336 München

Telefon: (0 89) 53 25 50

Telefax: (0 89) 53 65 29

Vorsitzender:

Götz Beyer

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Bayerischer Journalisten-Verband

Seidlstraße 8/VI

80335 München

Telefon: (0 89) 59 63 27

Telefax: (0 89) 59 51 44

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

5 427

Vorsitzender:

Dr. Wolfgang Stöckel

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Bayern

Bavariaring 42

80336 München

Telefon: (0 89) 7 25 30 56-59

Telefax: (0 89) 7 21 19 08

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

8 740

Vorsitzender:

Prof. Dr. Detlef Kunze

### 3 Gewerkschaften in Berlin

---

#### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Keithstraße 1–3

10787 Berlin

Telefon: (0 30) 2 12 40-0

Telefax: (0 30) 2 12 40-1 14

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

755 201

Vorsitzende:

Christiane Bretz

IG BAU-Vorsitzender „LVb Berlin“:

Klaus Pankau

IGBE-Leiter „Bz Brandenburg-Nord“:

Wolfgang Weber

IGC-Leiter „Bz Brandenburg-Sachsen“:

Jürgen Wingefeld

GdED-Leiter „Bz Berlin“:

Wolfgang Zell

GEW-Vorsitzender „LVb Berlin“:

Erhard Laube

HBV-Vorsitzender „LBz Berlin“:

Manfred Birkhahn

GHK-Leiter „Bz Berlin/Brandenburg/

Sachsen-Anhalt“:

Harald Klein

GL-Leiterin

„Bz Nord-Ost“:

Hannelore Arnold

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Berlin-Brandenburg“:

Günter Kuttner

IG Metall-Leiter „Bz Brandenburg-Sachsen“:

Hasso Düvel

NGG-Vorsitzender „LBz Berlin/Brandenburg“:

Edmund Mayer

ÖTV-Leiter „BzV Berlin“:

Dr. Kurt Lange

GdP-Vorsitzender „LBz Berlin“:

Burkhard von Walsleben

DPG-Vorsitzender „BzV Berlin“:

Bernd Lindenau

GTB-Leiterin „Bz Süd-Ost“:

Rosemarie Keller

#### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Berlin (DBBL Berlin)

Mommsenstraße 58

10629 Berlin

Telefon: (0 30) 3 23 20 01

Telefax: (0 30) 3 24 71 89

Vorsitzender:

Joachim Jetschmann

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Berlin und Brandenburg

Blissestraße 2–6

10713 Berlin

Telefon: (0 30) 82 96-0

Telefax: (0 30) 82 96-2 57

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

49 694

Landesverbandsleiter:

Hartmut Friedrich

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Winfried Schink

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Berlin

Kantstraße 162

10623 Berlin

Telefon: (0 30) 8 81 83 41

Telefax: (0 30) 8 83 99 63

Vorsitzender:

Thomas Wandelt

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Journalisten-Verband Berlin

Lietzenburger Straße 77

10719 Berlin

Telefon: (0 30) 8 82 66 88

Telefax: (0 30) 8 85 23 05

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

2 206

Vorsitzender:

Lutz Krieger

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Berlin/Brandenburg

Schloßstraße 28

12163 Berlin

Telefon: (0 30) 7 92 00 25

Telefax: (0 30) 7 92 88 12

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

4 186

Vorsitzender:

Dr. Günther Jonitz

## 4 Gewerkschaften in Brandenburg

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Keithstraße 1–3

10787 Berlin

Telefon: (0 30) 2 12 40-0

Telefax: (0 30) 2 12 40-1 14

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

755 201

Vorsitzende:

Christiane Bretz

IG BAU-Vorsitzender „LVb Berlin“:

Klaus Pankau

IGBE-Leiter „Bz Brandenburg-Nord“:

Wolfgang Weber

IGBE-Leiter „Bz Lausitz“:

Ulrich Freese

IGC-Leiter „Bz Brandenburg-Sachsen“:

Jürgen Wingefeld

GdED-Leiter „Bz Berlin“:

Wolfgang Zell

GEW-Vorsitzender „LVb Brandenburg“:

Günther Fuchs

HBV-Vorsitzender „LBz Brandenburg“:

Günther Waschkuhn

GHK-Leiter „Bz Berlin/Brandenburg/  
Sachsen-Anhalt“:

Harald Klein

GL-Leiterin „Bz Nord-Ost“:

Hannelore Arnold

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Berlin-Brandenburg“:

Günter Kuttner

IG Metall-Leiter „Bz Brandenburg-Sachsen“:

Hasso Düvel

NGG-Vorsitzender „LBz Berlin/Brandenburg“:

Edmund Mayer

ÖTV-Leiter „BzV Brandenburg“:

Werner Ruhnke

GdP-Vorsitzender „LBz Brandenburg“:

Andreas Schuster

DPG-Vorsitzender „BzV Potsdam“:

Helmut Jurke

GTB-Leiterin „Bz Süd-Ost“:

Rosemarie Keller

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Brandenburg (LBB)

Jägerallee 22

14469 Potsdam

Telefon/Telefax: (0 30) 5 89 20 41

Vorsitzender:

Hans-Joachim Kernchen

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Berlin und Brandenburg

Blissestraße 2

10713 Berlin

Telefon: (0 30) 82 96-0

Telefax: (0 30) 82 96-2 57

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 49 694

Landesverbandsleiter: Hartmut Friedrich

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich): Winfried Schink

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD)

Ziegelberg 2

07545 Gera

Telefon: (03 65) 2 44 71

Telefax: (03 65) 5 46 74

Vorsitzender: Gerd Felzmann

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Brandenburg

Dortustraße 36

14467 Potsdam

Telefon: (03 31) 29 33 66

Telefax: (03 31) 29 35 11

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 617

Vorsitzender: Wilfried Specht

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Berlin/Brandenburg

Schloßstraße 28

12163 Berlin

Telefon: (0 30) 7 92 00 25

Telefax: (0 30) 7 92 88 12

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 4 186

Vorsitzender: Dr. Günther Jonitz

## 5 Gewerkschaften in Bremen

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Niedersachsen/Bremen

Dreyerstraße 6

30169 Hannover

Telefon: (05 11) 1 26 01-0

Telefax: (05 11) 1 26 01-57

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

987 145

Vorsitzender:

Heinz-Hermann Witte

IG BAU-Vorsitzender	„LVb Niedersachsen-Bremen“:	Gerhard Möller
IGBE-Leiter	„Bz Niedersachsen“:	Karl-Heinz Georgi
IGC-Leiter	„Bz Nord“:	Adolf Bartels
GdED-Leiter	„Bz Hannover“:	Günter Ostermann
GEW-Vorsitzender	„LVb Bremen“:	Heiko Gosch
HBV-Vorsitzender	„LBz Niedersachsen/Bremen“:	Peter Brenner
GHK-Leiter	„Bz Niedersachsen/Bremen“:	Peter Fischer
GL-Leiter	„Bz Bielefeld“:	Norbert Mikulski
IG Medien-		
Vorsitzender	„LBz Niedersachsen/Bremen“:	Holger Menze
IG Metall-Leiter	„Bz Hannover“:	Jürgen Peters
NGG-Vorsitzender	„LBz Niedersachsen/Bremen“:	Gunold Fischer
ÖTV-Leiter	„BzV Weser-Ems“:	Holger Wohlleben
GdP-Vorsitzender	„LBz Bremen“:	Heinz Dieter Oehlschläger
DPG-Vorsitzender	„BzV Bremen“:	Harald Schütz
GTB-Leiter	„Bz Nord-Ost“:	Fred Habicht

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Bremen (DBBL Bremen)

Dobbenweg 9

28203 Bremen

Telefon: (04 21) 70 00 43

Telefax: (04 21) 70 28 26

Vorsitzender:

Jürgen Albers

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Niedersachsen/Bremen

Hildesheimer Straße 17

30169 Hannover

Telefon: (05 11) 2 80 93-0

Telefax: (05 11) 2 80 93-94

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

72 767

Landesverbandsleiter:

Wolfgang Denia

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Rainer Lensing

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Bremen

Am Dobben 10

28203 Bremen

Telefon: (04 21) 32 33 31

Telefax: (04 21) 32 33 21

Vorsitzender:

Peter Rudolph

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Bremen

Schnoor 27–28

28195 Bremen

Telefon: (04 21) 32 54 50

Telefax: (04 21) 3 37 81 20

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

331

Vorsitzender:

Theodor Klinger

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Bremen

Schwachhauser Heerstraße 30

28209 Bremen

Telefon: (04 21) 34 04-2 80

Telefax: (04 21) 34 04-2 89

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

500

Vorsitzende:

Dr. Heidrun Gitter



## 6 Gewerkschaften in Hamburg

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Nordmark

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

Telefon: (0 40) 2 85 82 36

Telefax: (0 40) 2 85 82 99

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

497 990

Vorsitzende:

Karin Roth

IG BAU-Vorsitzender „LVb Nordmark“:

Hans Schmid

IGBE-Leiter „Bz Niedersachsen“:

Karl-Heinz Georgi

IGC-Leiter „Bz Nord“:

Adolf Bartels

GdED-Leiter „Bz Hamburg“:

Peter Kuczora

GEW-Vorsitzender „LVb Hamburg“:

Hans-Peter de Lorent

HBV-Vorsitzender „LBz Nord“:

Peter Hauschild

GHK-Leiter „Bz Norddeutschland“:

Jürgen Zühlsdorff

GL-Leiter „Bz Bielefeld“:

Norbert Mikulski

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Nord“:

Günther Metzinger

IG Metall-Leiter „Bz Küste“:

Frank Teichmüller

NGG-Vorsitzender „LBz Nord“:

Herbert Grimberg

ÖTV-Leiter „BzV Hamburg“:

Rolf Fritsch

GdP-Vorsitzender „BzV Hamburg“:

Lothar Bergmann

DPG-Vorsitzender „BzV Hamburg“:

Rolf Meier

GTB-Leiter „Bz Nord-Ost“:

Fred Habicht

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Hamburg (DBBL Hamburg)

Normannenweg 2

20537 Hamburg

Telefon: (0 40) 2 51 39 26

Telefax: (0 40) 2 51 38 27

Vorsitzender:

Valentin Schiedek

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Hamburg

Holstenwall 5

20355 Hamburg

Telefon: (0 40) 3 49 15-02

Telefax: (0 40) 3 49 15-5 14

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

39 217

Landesverbandsleiter:

Uwe Grund

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Heinz-Peter Schwarz

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Hamburg

Jeverländer Weg 5

21129 Hamburg

Telefon: (0 40) 7 42 68 20

Telefax: (0 40) 63 28 02 25

Vorsitzender:

Karl Hoffmann

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Journalisten-Verband Hamburg

Mattentwiete 2

20457 Hamburg

Telefon: (0 40) 36 97 10-0

Telefax: (0 40) 36 97 10 22

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

2 326

Vorsitzende:

Dr. Annegret Witt-Barthel

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Hamburg

Humboldtstraße 57–59

22083 Hamburg

Telefon: (0 40) 2 29 80 03

Telefax: (0 40) 2 27 94 28

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 911

Vorsitzender:

Dr. Frank Ulrich Montgomery

## 7 Gewerkschaften in Hessen

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Hessen

Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77

60329 Frankfurt/Main

Telefon: (0 69) 27 30 05-0

Telefax: (0 69) 27 30 05-55

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

676 351

Vorsitzender:

Dieter Hooge

IG BAU-Vorsitzender „LVb Hessen“:

Gernot Then

IGBE-Leiter „Bz Thüringen/Hessen/  
Rheinland-Pfalz“:

Hans-J. Schmidt

IGC-Leiter „Bz Hessen“:

Rainer Kumlehn

GdED-Leiter „Bz Frankfurt“:

Lothar Krauß

GEW-Vorsitzende „LVb Hessen“:

Gonhild Gerecht

HBV-Vorsitzende „LBz Hessen“:

Doris Fürbeth

GHK-Leiter „Bz Hessen/Rheinland-Pfalz“:

Peter Stahlheber

GL-Leiter „Bz Offenbach“:

Karl-Heinz Hackel

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Hessen“:

Berthold Balzer

IG Metall-Leiter „Bz Frankfurt a.M.“:

Karl G. Kronawitter

NGG-Vorsitzender „LBz Hessen/Rheinland-  
Pfalz/Saar“:

Gerhard Herbst

ÖTV-Leiter „BzV Hessen“:

Gerold Schaub

GdP-Vorsitzender „LBz Hessen“:

Jörg Stein

DPG-Vorsitzender „Bz Frankfurt“:

Josef Stark

GTB-Leiter „Bz Frankfurt“:

Wolfgang Kehr

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Hessen (DBBL Hessen)

Goetheplatz 7

60313 Frankfurt/Main

Telefon: (0 69) 28 17 80

Telefax: (0 69) 28 29 46

Vorsitzender:

Walter Spieß

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Hessen  
Bockenheimer Landstraße 72–74  
60323 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 71 91 16-0  
Telefax: (0 69) 71 91 16-60

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

37 496

Landesverbandsleiter:

Karl Eugen Becker

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Ernst Schmidt

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Hessen  
Fahrgasse 4  
60311 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 28 02 04  
Telefax: (0 69) 28 04 68

Vorsitzender:

Leonhard Brockmann (MdL)

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Hessischer Journalisten-Verband  
Liebigstraße 24  
60323 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 72 10 09  
Telefax: (0 69) 17 28 78

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

2 230

Vorsitzender:

Hans Ulrich Heuser

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Hessen  
Praunheimer Landstraße 32  
60488 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 7 68 20 76  
Telefax: (0 69) 7 68 25 45

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

4 046

Vorsitzender:

Privatdozent  
Dr. Roland Wönne

## 8 Gewerkschaften in Mecklenburg-Vorpommern

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Eckdrift 83

19061 Schwerin

Telefon: (03 85) 6 38 32 00

Telefax: (03 85) 6 38 32 02

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

224 503

Vorsitzender:

Peter Deutschland

IG BAU-Vorsitzender „LVb Mecklenburg/  
Vorpommern“:

Heinz Knorn

IGBE-Leiter „Bz Mecklenburg/  
Vorpommern“:

Wolfgang Reiß

IGC-Leiter „Bz Nord“:

Adolf Bartels

GdED-Leiter „Bz Schwerin“:

Alfred Possin

GEW-Vorsitzende „LVb Mecklenburg-  
Vorpommern“:

Heidrun Breyer

HBV-Vorsitzender „LBz Mecklenburg/  
Vorpommern“:

Bernd Fritze

GHK-Leiter „Bz Norddeutschland“:

Jürgen Zühlsdorff

GL-Leiterin „Bz Nord-Ost“:

Hannelore Arnold

IG Medien-  
Vorsitzender „LBz Nord“:

Günther Metzinger

IG Metall-Leiter „Bz Küste“:

Frank Teichmüller

NGG-Vorsitzender „LBz Nord“:

Herbert Grimberg

ÖTV-Leiter „Bz Nord“:

Bernhard Fischer

GdP-Vorsitzender „LBz Mecklenburg-  
Vorpommern“:

Michael Silkeit

DPG-Vorsitzender „BzV Rostock“:

Friedgard Hecht

GTB-Leiter „Bz Nord-Ost“:

Fred Habicht

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Mecklenburg-Vorpommern (LBMV)

Pappelgrund 15a

19055 Schwerin

Telefon: (03 85) 5 81 10 50

Telefax: (03 85) 5 81 10 49

Vorsitzender:

Hermann Warner

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Schleswig-Holstein/  
Mecklenburg-Vorpommern  
Sophienblatt 74–78  
24114 Kiel

Telefon: (04 31) 66 08 01

Telefax: (04 31) 66 08 10

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 36 203

Landesverbandsleiter: **Dietmar Katzer**

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich): **Cord-Peter Lubinski**

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD)

Ziegelberg 2

07545 Gera

Telefon: (03 65) 2 44 71

Telefax: (03 65) 5 46 74

Vorsitzender: **Gerd Felzmann**

### **E Deutscher Journalistenverband (DJV)**

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburgstraße 2

19053 Schwerin

Telefon/Telefax: (03 85) 56 56 32

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 610

Vorsitzender: **Reinhard Sobiech**

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Paulstraße 48

18055 Rostock

Telefon: (03 81) 24 28 00

Telefax: (03 81) 2 42 80 10

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995: 905

Vorsitzender: **Dr. Thomas Jäckle**

## 9 Gewerkschaften in Niedersachsen

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Niedersachsen/Bremen

Dreyerstraße 6

30169 Hannover

Telefon: (05 11) 1 26 01-0

Telefax: (05 11) 1 26 01-57

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

987 145

Vorsitzender:

Heinz-Hermann Witte

IG BAU-Vorsitzender „LVb Niedersachsen-  
Bremen“:

Gerhard Möller

IGBE-Leiter „Bz Niedersachsen“:

Karl-Heinz Georgi

IGC-Leiter „Bz Nord“:

Adolf Bartels

GdED-Leiter „Bz Hannover“:

Günter Ostermann

GEW-Vorsitzender „LVb Niedersachsen“:

Richard Wilmers

HBV-Vorsitzender „LBz Niedersachsen/  
Bremen“:

Peter Brenner

GHK-Leiter „Bz Niedersachsen/Bremen“:

Peter Fischer

GL-Leiter „Bz Bielefeld“:

Norbert Mikulski

IG Medien-  
Vorsitzender „LBz Niedersachsen-  
Bremen“:

Holger Menze

IG Metall-Leiter „Bz Hannover“:

Jürgen Peters

NGG-Vorsitzender „LBz Niedersachsen/  
Bremen“:

Gunold Fischer

ÖTV-Leiter „BzV Niedersachsen“:

Horst Fricke

GdP-Vorsitzender „LBz Niedersachsen“:

Helmut Bläsche

DPG-Vorsitzender „BzV Hannover“:

Siegfried Konrad

GTB-Leiter „Bz Nord-Ost“:

Fred Habicht

### B Deutscher Beamtenbund (DBB)

Landesbund Niedersachsen (DBBL Niedersachsen)

Große Packhofstraße 28

30159 Hannover

Telefon: (05 11) 32 37 07

Telefax: (05 11) 36 36 59

Vorsitzender:

Roland Neßler

### **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Niedersachsen-Bremen

Hildesheimer Straße 17

30169 Hannover

Telefon: (05 11) 2 80 93-0

Telefax: (05 11) 2 80 93-94

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

72 767

Landesverbandsleiter:

Wolfgang Denia

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Rainer Lensing

### **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Niedersachsen

Daimlerstraße 14

38446 Wolfsburg

Telefon/Telefax: (0 53 61) 5 14 44

Vorsitzende:

Dagmar de Weert

### **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Niedersachsen

Lister Meile 17

30161 Hannover

Telefon: (05 11) 3 18 08-08

Telefax: (05 11) 3 18 08-44

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 439

Vorsitzender:

Mario-Uwe Töpfer

### **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Niedersachsen

Berliner Allee 20

30175 Hannover

Telefon: (05 11) 3 80-22 03

Telefax: (05 11) 3 80-22 00

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

5 470

Vorsitzender:

Dr. Jörg Zimmermann



## 10 Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Friedrich-Ebert-Straße 34–38

40210 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 36 83-0

Telefax: (02 11) 36 83-1 59

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

2 201 610

Vorsitzender:

Heinz Dieter Mahlberg

IG BAU-Vorsitzender „LVb Nordrhein“:

Frank Wynands

IG BAU-Vorsitzender „LVb Westfalen“:

Horst Moritz

IGBE-Leiter „Bz Rheinland“:

Friedhelm Georgi

IGBE-Leiter „Bz Ruhr-Mitte“:

Manfred Peters

IGBE-Leiter „Bz Ruhr-Nord“:

Hardy Walther

IGBE-Leiter „Bz Ruhr-Ost“:

Heinz Kulcke

IGBE-Leiter „Bz Niederrhein“:

Wilfried Woller

IGC-Leiter „Bz Nordrhein-Westfalen“:

Werner Bischoff

GdED-Leiter „Bz Essen“:

Bernd Ivo

GdED-Leiter „Bz Köln“:

Karl-Heinz Zimmermann

GEW-Vorsitzender „LVb Nordrhein-Westfalen“:

Jürgen Schnitter

HBV-Vorsitzender „LBz Nordrhein-Westfalen“:

Gerhard Keuchel

GHK-Leiter „Bz Ostwestfalen-Lippe“:

Manfred Hölscher

GHK-Leiter „Bz Nordrhein-Westfalen“:

Wolfgang Nacke

GL-Leiterin „Bz Mülheim/Ruhr“:

Doris Pohler

IG Medien-

Vorsitzender

„LBz Nordrhein-Westfalen“:

Franz Kersjes

IG Metall-Leiter

„Bz Dortmund“:

Harald Schartau

IG Metall-Leiter

„Bz Wuppertal“:

Norbert Wrobel

NGG-Vorsitzender

„LBz Nordrhein-Westfalen“:

Thomas Gauger

ÖTV-Leiter

„BzV Nordrhein-Westfalen I“:

Heinz Schürheck

ÖTV-Leiter

„BzV Nordrhein-Westfalen II“:

Klaus Orth

GdP-Vorsitzender

„LBz Nordrhein-Westfalen“:

Klaus Steffenhagen

DPG-Vorsitzender

„BzV Dortmund“:

Heinrich Schütte

DPG-Vorsitzender

„BzV Düsseldorf“:

Josef Kappen

DPG-Vorsitzender

„BzV Köln“:

Heinz Naahs

DPG-Vorsitzender

„BzV Münster“:

Franz-Josef Klare

GTB-Leiter

„Bz Westfalen-Osnabrück“:

Alfred Hänel

GTB-Leiter

„Bz Nordrhein“:

Rainer Hack

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Landesbund Nordrhein-Westfalen (DBBL NW)

Gartenstraße 22

40479 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 4 93 19 94/5/6

Telefax: (02 11) 4 98 10 53

Vorsitzender:

Erich Steffen

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Bastionstraße 18

40213 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 8 64 56-0

Telefax: (02 11) 8 64 56-13

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

114 178

Landesverbandsleiter:

Dieter Heimann

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Hubert Bowinkelmann

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Hohe Straße 5

47051 Duisburg

Telefon: (02 03) 2 34 47

Telefax: (02 03) 28 76 44

Vorsitzender:

Wolfgang Jaeger, CDU-MdL

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Kronprinzenstraße 16

40217 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 37 60 12

Telefax: (02 11) 37 01 84

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

5 690

Vorsitzender:

Michael Kroemer

## F Marburger Bund (mb)

Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz

Wörthstraße 20

50668 Köln

Telefon: (02 21) 7 20 03 73

Telefax: (02 21) 7 20 03 86

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

17 230

Vorsitzender:

Rudolf Henke

## 11 Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Kaiserstraße 26–30

55116 Mainz

Telefon: (0 61 31) 28 16-0

Telefax: (0 61 31) 22 57 39

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

368 335

Vorsitzender:

Dieter Kretschmer

IG BAU-Vorsitzender „LVb Rheinland-Pfalz-Saar“:

Dieter Smyczek

IGBE-Leiter „Bz Thüringen/Hessen/  
Rheinland-Pfalz“:

Hans-J. Schmidt

IGC-Leiter „Bz Rheinland-Pfalz/  
Saarland“:

Ernst Wolf

GdED-Leiter „Bz Frankfurt“:

Lothar Krauß

GdED-Leiter „Bz Saarbrücken“:

Karl Klein

GEW-Vorsitzender „LVb Rheinland-Pfalz“:

Tilman Boehlkau

HBV-Vorsitzender „LBz Rheinland-Pfalz“:

Uwe Klemens

GHK-Leiter „Bz Hessen/ Rheinland-  
Pfalz“:

Peter Stahlheber

GL-Leiter „Bz Pirmasens“:

Klaus Lehmann

IG Medien-  
Vorsitzender „LBz Rheinland-Pfalz-Saar“:

Hans-Joachim Schulze

IG Metall-Leiter „Bz Frankfurt a. Main“:

Karl G. Kronawitter

NGG-Vorsitzender „LBz Hessen/Rheinland-  
Pfalz/Saar“:

Gerhard Herbst

ÖTV-Leiter „BzV Rheinland-Pfalz“:

Dietmar Muscheid

GdP-Vorsitzender „LBz Rheinland-Pfalz“:

Helmut Conradt

DPG-Vorsitzender „BzV Koblenz“:

Klaus Pleines

GTB-Leiter „Bz Frankfurt“:

Wolfgang Kehr

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Deutscher Beamtenbund Rheinland-Pfalz (DBB RP)

Adam-Karrillon-Straße 62

55118 Mainz

Telefon: (0 61 31) 61 13 56

Telefax: (0 61 31) 67 99 95

Vorsitzende:

Brigitte Stopp

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Rheinland-Pfalz-Saar

Rheinstraße 105–107

55116 Mainz

Telefon: (0 61 31) 28 19-0

Telefax: (0 61 31) 28 19-16

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

21 746

Landesverbandsleiterin:

Dorothea Müller

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Josef Ost

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Rheinland-Pfalz

Postfach 10 03 46

53441 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Telefon: (0 26 41) 3 12 63

Telefax: (0 26 41) 51 40

Vorsitzender:

Siegfried Biebel  
(kommissarisch)

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Rheinland-Pfalz

Adam-Karrillon-Straße 17

55118 Mainz

Telefon: (0 61 31) 67 54 54

Telefax: (0 61 31) 61 62 63

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 263

Vorsitzender:

Josef-Heinrich Weiske

## F Marburger Bund (mb)

Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz

Wörthstraße 20

50668 Köln

Telefon: (02 21) 7 20 03 73

Telefax: (02 21) 7 20 03 86

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

17 230

Vorsitzender:

Rudolf Henke

## 12 Gewerkschaften im Saarland

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Saar

Fritz-Dobisch-Straße 5

66111 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 4 00 01-0

Telefax: (06 81) 4 00 01-20

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

185 163

Vorsitzender:

Manfred Wagner

IG BAU-Vorsitzender „LVb Rheinland-Pfalz-Saar“:

Dieter Smyczek

IGBE-Leiter „Bz Saar“:

Gerd Zibell

IGC-Leiter „Bz Rheinland-Pfalz/  
Saarland“:

Ernst Wolf

GdED-Leiter „Bz Saarbrücken“:

Karl Klein

GEW-Vorsitzender „LVb Saarland“:

Klaus Kessler

HBV-Vorsitzender „LBz Saar“:

Rudolf Pruß

GHK-Leiter „Bzst Saarland“:

Herbert Deister

GL-Leiter „Bz Pirmasens“:

Klaus Lehmann

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Rheinland-Pfalz-Saar“:

Hans-Joachim Schulze

IG Metall-Leiter „Bz Frankfurt a. Main“:

Karl G. Kronawitter

NGG-Vorsitzender „LBz Hessen/Rheinland-  
Pfalz/Saar“:

Gerhard Herbst

ÖTV-Leiter „BzV Saar“:

Rolf Linsler

GdP-Vorsitzender „LBz Saarland“:

Eugen Roth

DPG-Vorsitzender „BzV Saarbrücken“:

Rolf Pohl

GTB-Leiter „Bz Frankfurt“:

Wolfgang Kehr

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Landesbund Saar (DBBL Saar)  
Hohenzollernstraße 41  
66117 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 5 17 08  
Telefax: (06 81) 58 18 17

Vorsitzender:

Bernd Rupp

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Rheinland-Pfalz-Saar  
Rheinstraße 105–107  
55116 Mainz

Telefon: (0 61 31) 28 19-0

Telefax: (0 61 31) 28 19-16

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

21 746

Landesverbandsleiterin:

Dorothea Müller

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Josef Ost

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Saarland  
Eisenbahnstraße 25  
66117 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 58 30 76  
Telefax: (06 81) 5 55 81

Vorsitzender:

Adalbert Ewen

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Saarländischer Journalistenverband (SJV)  
St. Johanner Markt 5  
66111 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 3 90 86 68

Telefax: (06 81) 37 50 43

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

513

Vorsitzender:

Hans-Georg Klein

## F Marburger Bund (mb)

Landesverband Saarland

Talstraße 44

66119 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 58 11 00

Telefax: (06 81) 5 41 86

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

897

Vorsitzender:

Hans-Jürgen Jesberger

## 13 Gewerkschaften in Sachsen

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Sachsen

Schützenplatz 14

01067 Dresden

Telefon: (03 51) 86 33-1 00

Telefax: (03 51) 86 33-1 58

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

676 965

Vorsitzender:

Hanjo Lucassen

IG BAU-Vorsitzender „LVb Sachsen“:

Frank Kunze

IGBE-Leiter „Bz Sachsen-West“:

Peter Obramski

IGBE-Leiter „Bz Sachsen-Ost“:

Horst Kissel

IGC-Leiter „Bz Brandenburg-Sachsen“:

Jürgen Wingefeld

GdED-Leiter „Bz Dresden“:

Matthias Freitag

GEW-Vorsitzende „LVb Sachsen“:

Eva Maria Stange

HBV-Vorsitzender „LBz Sachsen“:

Roland Hofmann

GHK-Leiter „Bz Sachsen“:

Peter Mathejczuk

GL-Leiterin „Bz Nord-Ost“:

Hannelore Arnold

GL-Leiterin „Büro Dresden“:

Sylke Teichfuß

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Südost“:

Udo Hautmann

IG Metall-Leiter „Bz Brandenburg-Sachsen“:

Hasso Düvel

NGG-Vorsitzender „LBz Sachsen/Sachsen-

Anhalt/Thüringen“:

Manfred Werske

ÖTV-Leiter „BzV Sachsen“:

Wolfgang Anschütz

GdP-Vorsitzender „LBz Sachsen“:

Volker Groschupf

DPG-Vorsitzende „BzV Dresden“:

Margitta Jahn

GTB-Leiterin „Bz Süd-Ost“:

Rosemarie Keller

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Sächsischer Beamtenbund (SBB)

Hohe Straße 74

01187 Dresden

Telefon: (03 51) 4 71 68 24/5

Telefax: (03 51) 4 71 68 27

Vorsitzender:

Dr. Gerd Drechsler

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Sachsen

Blumenstraße 80

01307 Dresden

Telefon: (03 51) 4 47 93-0

Telefax: (03 51) 4 41 60-37

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

10 031

Landesverbandsleiter:

Karl Menges

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Reinhold Breede

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Sachsen

Damaschkestr. 7

08280 Aue

Telefon/Telefax: (0 37 71) 2 06 16

Vorsitzender:

Wolfgang Kircheis

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Sachsen

Breitscheidstraße 38

01237 Dresden

Telefon: (03 51) 2 52 74 64

Telefax: (03 51) 2 52 30 93

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 254

Vorsitzende:

Sabine Hickmann



## F Marburger Bund (mb)

Landesverband Sachsen

Schützenhöhe 16–18

01099 Dresden

Telefon: (03 51) 8 26 72 06

Telefax: (03 51) 8 26 72 08

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 552

Vorsitzender:

Dr. Thomas Fritz

## 14 Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt

---

### A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Lennéstraße 13

39112 Magdeburg

Telefon: (03 91) 6 25 03-0

Telefax: (03 91) 6 25 03-27

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

376 672

Vorsitzender:

Dr. Jürgen Weißbach

IG BAU-Vorsitzender „LVb Sachsen-Anhalt“:

Andreas Steppuhn

IGBE-Leiter „Bz Sachsen-Anhalt“:

Ralf Hermwapelhorst

IGC-Leiter „Bz Sachsen-Anhalt/

Thüringen“:

Heinz-Peter Hüttenmeister

GdED-Leiter „Bz Halle“:

Hans-Joachim Hase

GdED-Leiter „Bz Magdeburg“:

Fritz Ehrecke

GEW-Vorsitzender „LVb Sachsen-Anhalt“:

Horst Maskowiak

HBV-Vorsitzende „LBz Sachsen-Anhalt“:

Edeltraud Rogée

GHK-Leiter „Bz Berlin/Brandenburg/

Sachsen-Anhalt“:

Harald Klein

GL-Leiterin „Bz Nord-Ost“:

Hannelore Arnold

IG Medien-

Vorsitzender „LBz Südost“:

Udo Hautmann

IG Metall-Leiter „Bz Hannover“:

Jürgen Peters

NGG-Vorsitzender „LBz Sachsen/Sachsen-  
Anhalt/Thüringen“:

Manfred Werske

ÖTV-Leiter „BzV Sachsen-Anhalt“:

Manfred Bartsch

GdP-Vorsitzender „LBz Sachsen-Anhalt“:

Lothar Hoffmann

DPG-Vorsitzender „BzV Magdeburg“:

H.-Jochen Schuk

GTB-Leiter „Bz Nord-Ost“:

Fred Habicht

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Landesbund Sachsen-Anhalt (DBBL SA)  
Schleiufer 12  
39104 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 5 61 94 50  
Telefax: (03 91) 5 61 94 59  
Vorsitzender:

Dr. Werner-Eckhard Böhm

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Sachsen-Anhalt/Thüringen  
Lüneburger Str. 24  
39106 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 5 68 35-0  
Telefax: (03 91) 5 68 35-20  
Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:  
Landesverbandsleiter:  
Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

22 780

Jürgen Schenk

Axel Jahnz

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD)  
Ziegelberg 2  
07545 Gera  
Telefon: (03 65) 2 44 71  
Telefax: (03 65) 5 46 74  
Vorsitzender:

Gerd Felzmann

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Journalistenverband Sachsen-Anhalt  
Franckestraße 8  
06110 Halle  
Telefon: (03 45) 21 21 90  
Telefax: (03 45) 2 12 19 13  
Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:  
Vorsitzender:

747

Uwe Gajowski

## **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Sachsen-Anhalt  
Doctor-Eisenbart-Ring 2  
39120 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 6 28 41-0  
Telefax: (03 91) 6 28 41-23  
Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:  
Vorsitzender:

1 123  
Dr. Rainald Langer

## **15 Gewerkschaften in Schleswig Holstein**

---

### **A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**

Landesbezirk Nordmark  
Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg  
Telefon: (0 40) 28 58-2 36  
Telefax: (0 40) 28 58-2 99  
Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:  
Vorsitzende:

497 990  
Karin Roth

IG BAU-Vorsitzender „LVb Nordmark“:  
IGBE-Leiter „Bz Niedersachsen“:  
IGC-Leiter „Bz Nord“:  
GdED-Leiter „Bz Hamburg“:  
GEW-Vorsitzende „LVb Schleswig-Holstein“:  
HBV-Vorsitzender „LBz Nord“:  
GHK-Leiter „Bz Norddeutschland“:  
GL-Leiter „Bz Bielefeld“:  
IG Medien-  
Vorsitzender „LBz Nord“:  
IG Metall-Leiter „Bz Küste“:  
NGG-Vorsitzender „LBz Nord“:  
ÖTV-Leiter „BzV Nord“:  
GdP-Vorsitzender „LBz Schleswig-Holstein“:  
DPG-Vorsitzender „BzV Kiel“:  
GTB-Leiter „Bz Nord-Ost“:

Hans Schmid  
Karl-Heinz Georgi  
Adolf Bartels  
Peter Kuczora  
Rita Wittmaack  
Peter Hauschild  
Jürgen Zühlsdorff  
Norbert Mikulski  
Günther Metzinger  
Frank Teichmüller  
Herbert Grimberg  
Bernhard Fischer  
Ingo Wiedemann  
Werner Schulte  
Fred Habicht

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Landesbund Schleswig-Holstein (DBBL SH)

Lerchenstraße 17

24103 Kiel

Telefon: (04 31) 67 50 81

Telefax: (04 31) 67 50 84

Vorsitzender:

Hagen Elger

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Schleswig-Holstein/

Mecklenburg-Vorpommern

Sophienblatt 74–78

24114 Kiel

Telefon: (04 31) 66 08 01

Telefax: (04 31) 66 08 10

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

36 203

Landesverbandsleiter:

Dietmar Katzer

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Cord-Peter Lubinski

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Landesverband Schleswig-Holstein

Erlenweg 9

24536 Neumünster

Telefon: (0 43 21) 3 28 50

Telefax: (0 43 21) 3 28 90

Vorsitzender:

Rudolf Feuersenger

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Schleswig-Holsteinischer Journalisten-Verband

Dänische Straße 11

24103 Kiel

Telefon: (04 31) 9 58 86

Telefax: (04 31) 97 83 61

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

458

Vorsitzender:

Ocke H. Peters

## **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Schleswig-Holstein  
Kurhausstr. 29  
23795 Bad Segeberg  
Telefon: (0 45 41) 20 80  
Telefax: (0 45 41) 9 39 94  
Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:  
Vorsitzende:

2 242  
Dr. Hannelore Machnik

## **16 Gewerkschaften in Thüringen**

---

### **A Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**

Landesbezirk Thüringen  
Juri-Gagarin-Ring 150  
99084 Erfurt

Telefon: (03 61) 59 61-3 03  
Telefax: (03 61) 59 61-4 44  
Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

327 037

Vorsitzender:

Frank Spieth

IG BAU-Vorsitzender „LVb Thüringen“:

Achim Stachelhaus

IGBE-Leiter „Bz Thüringen/Hessen/  
Rheinland-Pfalz“:

Hans-Jürgen Schmidt

IGC-Leiter „Bz Sachsen-Anhalt/  
Thüringen“:

Heinz-Peter Hüttenmeister

GdED-Leiter „Bz Erfurt“:

Matthias Freitag

GEW-Vorsitzender „LVb Thüringen“:

Dr. Roberto Napierski

HBV-Vorsitzender „LBz Thüringen“:

Bodo Ramelow

GHK-Leiter „Bz Thüringen“:

Bernd Dörfner

GL-Leiterin „Bz Nord-Ost“:

Hannelore Arnold

IG Medien-  
Vorsitzender „LBz Südost“:

Udo Hautmann

IG Metall-Leiter „Bz Frankfurt a.Main“:

Karl G. Kronawitter

NGG-Vorsitzender „LBz Sachsen/Sachsen-  
Anhalt/Thüringen“:

Manfred Werske

ÖTV-Leiter „BzV Thüringen“:

Rudi Schurse

GdP-Vorsitzender „LBz Thüringen“:

Reiner Staudigel

DPG-Vorsitzender „BzV Erfurt“:

Joachim Jendrzey

GTB-Leiterin „Bz Süd-Ost“:

Rosemarie Keller

## **B Deutscher Beamtenbund (DBB)**

Thüringer Beamtenbund (TBB)

Juri-Gagarin-Ring 68

99084 Erfurt

Telefon: (03 61) 6 59 96-0

Telefax: (03 61) 6 59 96-99

Vorsitzender:

Andreas Witschel

## **C Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**

Landesverband Sachsen-Anhalt/Thüringen

Lüneburger Str. 24

39106 Magdeburg

Telefon: (03 91) 5 68 35-0

Telefax: (03 91) 5 68 35-20

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

22 780

Landesverbandsleiter:

Jürgen Schenk

Landesverbandsvorsitzender (ehrenamtlich):

Axel Jahnz

## **D Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)**

Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD)

Ziegelberg 2

07545 Gera

Telefon: (03 65) 2 44 71

Telefax: (03 65) 5 46 74

Vorsitzender:

Gerd Felzmann

## **E Deutscher Journalisten-Verband (DJV)**

Landesverband Thüringen

Anger 44

99084 Erfurt

Telefon: (03 61) 5 66 05 29

Telefax: (03 61) 5 62 69 39

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

759

Vorsitzende:

Gudrun Fischer

## **F Marburger Bund (mb)**

Landesverband Thüringen

Nonnenrain 63

99099 Erfurt

Telefon: (03 61) 6 43 08 98

Telefax: (03 61) 6 43 08 98

Mitgliederzahl am 31. 12. 1995:

1 009

Vorsitzender:

Dr. Winfried Bertram

# VII Gewerkschaftsbewegungen in Europa

---

## Europäische Staaten

### 1 Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien

---

#### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

**Confédération des Syndicats Chrétiens – CSC –  
Algemeen Christelijk Vakverbond – AVC –  
(Christlicher Gewerkschaftsbund)**

121, rue de la Loi

B-1040 Brüssel

Telefon: (00 32 / 2) 2 37 31 11

Telefax: (00 32 / 2) 2 37 33 00

Vorsitzender: Willy Peirens

Generalsekretär: Josly Piette

Gründung: 1886

**Fédération Générale du Travail de Belgique – FGTB –  
Algemeen Belgisch Vakverbond – ABVV –  
(sozialistische Tradition)**

42, rue Haute

B-1000 Brüssel

Telefon: (00 32 / 2) 5 06 82 11

Telefax: (00 32 / 2) 5 13 47 21

Vorsitzender: François Janssens

Generalsekretärin: Mia de Vits

Gründung: 1898

**Centrale Générale des Syndicats Libéraux de Belgique – CGSLB –  
Algemeene Centrale der Liberale Vakverbonden van België – ACLVB –  
(Allgemeine Zentrale der Liberalen Gewerkschaften Belgiens – AZLGB –)**

Koning Albertlaan 95

B-9000 Gent

Telefon: (00 32 / 9) 2 22 57 51

Telefax: (00 32 / 9) 2 21 04 74

Vorsitzender: Guy Haaze

Nationalsekretäre: Luk De Vos

Bernard Noel

Gründung: 1889



**Union Nationale des Services Publics – UNSP –  
Nationale Unie der Openbare Diensten – NUOD –**

36, Boulevard Bischoffsheim  
B-1000 Brüssel  
Telefon: (00 32 / 2) 2 18 16 59  
Telefax: (00 32 / 2) 2 19 88 02

**Syndicat Libre de La Fonction Publique – SLFP –  
Vrij Syndicaat voor het Openbaar Ambt – VSOA –**

35, rue de Stassart  
B-1050 Brüssel  
Telefon: (00 32 / 2) 5 12 91 63 oder 5 12 68 30  
Telefax: (00 32 / 2) 5 14 16 95

**Confédération Nationale des Cadres – CNC –  
Nationale Confederatie van het Kaderpersoneel – NCK –**

148, avenue Carton de Wiart  
B-1090 Brüssel

**Association Générale des Journalistes  
Professionnels de Belgique – AGJPB –**

1, Boulevard Charlemagne, Boîte 54  
B-1041 Brüssel  
Telefon: (00 32 / 2) 2 38 09 58  
Telefax: (00 32 / 2) 2 30 99 42

**Association Belge des Pilotes et Navigants  
Techniciens de Ligne – ABPNL –**

2, avenue H. Dunant, Boîte 3  
B-1140 Brüssel  
Telefon: (00 32 / 2) 7 36 02 64 oder 7 36 03 41  
Telefax: (00 32 / 2) 7 34 69 43

**Koepel van Christelijke Werknemersorganisaties – ACW –**

Wetstraat 121  
B-1040 Brüssel  
Telefon: (00 32 / 2) 2 37 31 11  
Telefax: (00 32 / 2) 2 37 37 00  
Präsident: Theo Rombouts

**Démocratie Chrétienne de Wallonie et de Bruxelles – DCWB –**

32, avenue Schlögel  
B-5300 Ciney  
Telefon: (00 32 / 83) 5 13 80 20  
Telefax: (00 32 / 83) 5 11 50 21  
Präsident: Michel Barbeaux

## **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Jeder der 3 repräsentativen belgischen Gewerkschaftsbünde (CSC; FGTB; CGSLB) organisiert alle Gruppen von Arbeitnehmern.

Der Organisationsgrad ist in Belgien recht hoch: 1992 waren es netto 55 Prozent der abhängigen Erwerbsbevölkerung, brutto etwa 75 Prozent.

Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder:

CSC	1 200 000 (1994)
FGTB	1 081 305 (1994)
CGSLB	210 000 (1992)
CNC	<u>10 000 (1986)</u>
insgesamt:	2 501 305

## **C FGTB – Fédération Générale du Travail de Belgique**

Aufgaben und Ziele:

- das Erreichen einer klassenlosen Gesellschaft
- „Kampf gegen eine Oligarchie der Banken und Monopole“
- Vergesellschaftung der großen Bank- und Industriekonzerne
- Lenkung/Kontrolle des Außenhandels

Struktur:

Der FGTB setzt sich aus 12 nationalen Gewerkschaften oder Industriegewerkschaften zusammen. Er hat auch 24 regionale Verbände geschaffen (branchenübergreifende regionale Organisationsstrukturen), denen die regionalen Industriegewerkschaften angeschlossen sind. Die regionalen Verbände werden in 3 überregionalen Landesverbänden zusammengefaßt. Die regionalen Industriegewerkschaften bestehen aus Ortsverbänden und/oder Betriebssektionen.

Organe (nationale Ebene):

- Kongreß:
  - Diskussion/Billigung der Tätigkeitsberichte des Sekretariats
  - Diskussion der vorgeschlagenen Satzungsänderungen
  - Ernennungen
- Ausschuß:
  - Prüfung von Beitrittsanträgen/Ausschußanträgen
- Vorstand:
  - allgemeine Leitung des FGTB
  - Ausführung der Beschlüsse von Kongreß und Ausschuß
  - Aufstellung der Gehaltstabelle und das Personalstatut des FTGB
- Sekretariat:
  - Verwaltung
- Kontrollausschuß:
  - Prüfung von Büchern und Konten

Organe (örtliche Ebene):

- Betriebssektionen
- Ortsverbände

Politik:

- Hauptpunkte:
- Erhaltung des Friedens
  - Verteidigung der Freiheit und der gewerkschaftlichen Rechte
  - Beseitigung des Hungers und der Unterentwicklung
  - Internationale Zusammenarbeit
  - Stärkung der Durchsetzungskraft des Europäischen Gewerkschaftsbundes
  - Vorrang für die Beschäftigung
  - Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen
  - Fortschrittliches Steuerwesen
  - Garantie der Finanzierung der sozialen Sicherheit
  - Verstärkung der Arbeiterkontrolle

Unternehmen des FGTB und Beteiligung in anderen Unternehmen:

Der FGTB als Bund und einige seiner Industriegewerkschaften sind Eigentümer einer Reihe von Urlaubs- und Bildungseinrichtungen sowie der Zeitung „La Wallonie“. Außerdem hat man Mitglieder des FGTB in Vorständen mehrerer belgischer Großunternehmen.

Beziehungen zu politischen Parteien und internationale Mitgliedschaft:

Auf internationaler Ebene ist der FGTB Mitglied von EGB, IBFG und TUAC. Seine Industriegewerkschaften gehören alle den Internationalen Berufssekretariaten (IBSen) an. Er unterhält enge Beziehungen mit den sozialistischen Parteien.

Finanzierung:

Die Finanzierung des FGTB erfolgt fast ausschließlich durch Beiträge seiner Mitglieder. Nur die gewerkschaftliche Schulung wird teilweise durch Subventionen der öffentlichen Behörden und durch Beiträge der Arbeitgeber getragen. Der FGTB hat keine Streikkasse: Er verfügt über einen Solidaritätsfonds.

Veröffentlichungen:

Zeitschriften: – „Syndicats“/„De Nieuwe Werker“

## **D CSC – Confédération des Syndicats Chrétiens**

Aufgaben und Ziele:

Ziel: Ausweitung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in Belgien (Vermittlung christlicher Grundsätze)

Struktur:

Der CSC setzt sich aus 17 nationalen Industriegewerkschaften und 32 branchenübergreifenden regionalen Verbänden (in der Regel Regionalverbände) zusammen. Die nationalen Industriegewerkschaften umfassen die regionalen Verbände der Industriegewerkschaften (= Summe aller Betriebssektionen eines Ortes). Die Regionalverbände (unterteilt in Provinzverbände) umfassen ihrerseits alle Ortsverbände. Der CSC verfügt auch über 3 regionale branchenübergreifende Ausschüsse.

Organe (nationale Ebene):

- Kongreß (Grundsatzprogramm, Grundhaltung zu wichtigen Fragen)
- Generalrat (Beschlüßorgan des CSC; legt die politische Ausrichtung fest und entscheidet über notwendige Aktionen)
- Ausschuß (bestimmt die Haltung des CSC in Fragen der aktuellen Gewerkschaftstätigkeit)
- Der nationale Vorstand
- Der geschäftsführende Vorstand (allgemeine Leitung des CSC)
- Sekretariat (Dienste)
- Kontrollausschuß

Organe (regionale Ebene):

Der CSC hat drei regionale Ausschüsse, die für regionale Aspekte der nationalen Politik zuständig sind.

Organe (Gemeinschaftsebene):

Der CSC gliedert sich in drei Gemeinschaftsausschüsse (auf sprachlicher Basis), die für gemeinschaftliche Aspekte der nationalen Politik zuständig sind, 32 Regionalverbände (gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungsdienste auf regionaler und örtlicher Ebene) und 17 Industriegewerkschaften.

Organe (örtliche Ebene):

Ein dichtes Netz von Ortsverbänden oder örtlichen Sekretariaten (Dienstleistungen für die Mitglieder)

Politik:

- Verteidigung der Einkommen der Arbeitnehmer (gerechte Verteilung des Einkommens, Erhöhung des Mindestlohns, Sozialleistung, Steuersystem)
- Das Recht auf Arbeit
- Verteidigung der Sozialversicherung
- Demokratisierung des Unternehmens
- Solidarität in Europa und mit der Dritten Welt

Unternehmen der CSC und Beteiligung an anderen Unternehmen:

Der CSC ist Eigentümer von:

- Ferien- und Bildungszentren
- Stiftung André Oleffe
- Zeitungen

Beziehungen zu politischen Parteien und internationale Mitgliedschaft:

- Der CSC gehört dem EGB an. Mehrere Industriegewerkschaften sind Mitglied der europäischen Gewerkschaftsausschüsse. Auf internationaler Ebene ist der CSC Mitglied von WVA und TUAC.
- Keine direkte Beziehung zu den politischen Parteien

Finanzierung:

Der CSC wird fast ausschließlich durch Beiträge seiner Mitglieder finanziert.

Veröffentlichungen:

- Wochenzeitschrift „INFO CSC“/„VISIE“
- Zweimonatsschrift „Syndicaliste CSC“/„ACV Vakbeweging“

## **E CGSLB – Centrale Générale des Syndicats Libéraux de Belgique**

Aufgaben und Ziele:

- Vorrang des Individuums
- Gleichheit aller Menschen
- Förderung der persönlichen Freiheit (Emanzipation der Person und eine liberale Gesellschaftsordnung)

Politik:

- Bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Senkung des Rentenalters und Einführung eines schrittweisen Vorruhestands
- Verstärkung der internationalen Solidarität
- Demokratisierung der Unternehmensstrukturen

Internationale Mitgliedschaft:

- Der CGSLB ist Mitglied des Bundes Freier Gewerkschaften (BFG).

Beziehungen zu politischen Parteien:

Die beiden großen belgischen Gewerkschaftsorganisationen sind von den politischen Parteien unabhängig. Sie sind den Parteien gegenüber nicht neutral, denn sie bemühen sich in Wirklichkeit, ihr Programm und ihre Auffassungen in die Programme und die Tätigkeit derjenigen politischen Parteien einzubringen, mit denen die jeweilige Gewerkschaft besondere Beziehungen unterhält. Der Bund des FGTB unterhält enge Beziehungen mit den sozialistischen Parteien, der französischsprachigen PS und der niederländischsprachigen SP. CSC und AVC haben keine direkten Verbindungen mit den politischen Parteien.

Veröffentlichungen:

- „Vrijuit“
- „Librement“

## **F Tarifverhandlungen**

Privater Sektor:

Die Tarifverträge können entweder im Rahmen eines paritätischen Gremiums (Paritätischer Ausschuss oder Nationaler Rat der Arbeit) oder außerhalb jeden institutionellen Rahmens abgeschlossen werden.

- Ebenen:
- nationale Ebene
  - regionale Ebene
  - örtliche Ebene
  - branchenübergreifende Ebene
  - Branchenebene
  - durch ein oder mehrere Unternehmen

#### Arbeitskämpfe:

Es gibt keine Gesetzgebung zur Regelung von Streiks in Belgien und damit keine gesetzliche Begrenzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Für die Laufzeit des Tarifvertrages gewährleisten die Sozialpartner den sozialen Frieden.

In Belgien sind die Gewerkschaften sowie die Arbeitgeberverbände lediglich faktische Organisationen.

#### Öffentlicher Dienst:

Die neue Regelung von 1984 verschafft den repräsentativen Gewerkschaften mit Hilfe von Verhandlungs- und Konzertierungsverfahren große Mitwirkungsmöglichkeiten im Hinblick auf Maßnahmen der Personalpolitik, die die Behörden durchführen wollen.

### **G Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in Belgien**

- Hoher Organisationsgrad
- Die Unternehmer finanzieren zum Teil die Gewerkschaftsprämien und die Schulung gewerkschaftlicher Vertrauensleute und Aktiver.
- Die regionalen Strukturen der 3 Landesteile werden für die nationalen Gewerkschaftsorganisationen immer wichtiger.
- Die belgischen Gewerkschaften verfügen über eine gewisse Sendezeit im Radio und Fernsehen.

## **2 Die Gewerkschaftsbewegung in Dänemark**

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

#### **Landsorganisationen i Danmark – LO-D – Dänischer Gewerkschaftsbund**

Rosenørns Allé 12

DK-1634 Kopenhagen V

Telefon: (00 45) 31 35 35 41

Telefax: (00 45) 35 37 37 41

Präsident: Finn Thorgrimson

**Funktionäernes og Tjenestemændenes Fællesråd – FTF –  
Verband der Dänischen Staatsbediensteten und Angestelltenorganisationen**

Niels Hemmingsens Gade 12, PO Box 11 69

DK-1010 Kopenhagen K

Telefon: (00 45) 33 15 30 22

Telefax: (00 45) 33 91 30 22

Präsident: Anker Christoffersen

Generalsekretär: Erik Vegeberg

Gründung: 1952

**Akademikernes Centralorganisation – AC –**

Nørre Voldgade 29

DK-1358 Kopenhagen K

Telefon: (00 45) 33 12 85 40

Telefax: (00 45) 33 77 33 00

Vorsitzender: Søren Vang Rasmussen

Generalsekretär: Jørgen Friis Christensen

**Ledernes Hovedorganisation – LH –**

Vermlandgade 65

DK-2300 Kopenhagen S

**Dansk Journalistforbund**

Gammel Strand 46

DK-1202 Kopenhagen K

Telefon: (00 45) 33 14 23 88

Telefax: (00 45) 33 14 23 01

**Danish Air Line Pilots Association – DALPA –**

Saltvaerksvej 58

DK-2770 Kastrup

Telefon: (00 45) 31 50 53 22

Telefax: (00 45) 31 50 17 22

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Dänemark liegt bei 80 Prozent. Rund 2 Millionen Arbeitnehmer waren 1994 organisiert, etwa 75 Prozent davon in LO-D.

**C LO-D – Landsorganisationen i Danmark**

Aufgaben und Ziele:

- Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen allen Gewerkschaften
- Unterstützung und Koordinierung zwischen den Mitgliedsorganisationen
- Gemeinsame Aktionen

- Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung im Fall von Streiks und Aussperrung
- Informationsvermittlung
- Erhaltung und Entwicklung internationaler Beziehungen

Strukturen:

regional:

- Nationale Ebene (Nationale Gewerkschaften)
- Regionale beziehungsweise Distriktebene (Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen Gewerkschaften / gemeinsame überberufliche Bezirksorganisation / Zusammenarbeit zwischen den gemeinsamen überberuflichen Organisationen)
- Örtliche Ebene (gemeinsame überberufliche Organisationen, bestehend aus Ortsgewerkschaften / lokalen Branchengewerkschaften)
- Betriebsebene (Clubs innerhalb einer gleichen Gewerkschaftsbranche in den einzelnen Betrieben / gemischte Clubs, bestehend aus einzelnen Clubs der verschiedenen Betriebe)

### **Entscheidungsgremien:**

- Kongreß (Entscheidungen über Gehälter / Wahl des Präsidenten und der Rechnungsprüfungskommission / Beschlussfassung über die Aufnahme neuer Mitglieder / LO-D-Programm)
- Generalrat (höchstes Entscheidungsorgan zwischen zwei Kongressen: Billigung des Tätigkeitsberichtes und der Rechnungslegung / Beschlussfassung zu administrativen Angelegenheiten / Beratung der LO-D-Tätigkeiten im allgemeinen und Aktualisierung der Aufgaben und Zielsetzungen von LO-D)
- Exekutivausschuß (zuständig für die tägliche Arbeit der LO-D: Rechnungslegungskommission / tägliche Geschäftsführung von LO-D / Verwaltung der LO-D)

### **Beziehungen zwischen der LO-D und den Mitgliedsverbänden:**

Die einzelnen Verbände arbeiten in der LO-D zur Lösung von gewerkschafts- und allgemein-politischen Angelegenheiten zusammen (LO-D als eine Dienstleistungsorganisation für die Verbände). Die angeschlossenen Verbände verfügen über eigene Satzungen und Arbeitsprogramme. Die Führungsorgane der Verbände sind der Kongreß, der Generalrat und der Exekutivausschuß.

Jeder Mitgliedsverband ist verpflichtet, die LO-D-Satzung anzuerkennen. LO-D darf sich nicht an Verhandlungen über Vereinbarungen für einzelne Handels- beziehungsweise Industriezweige ohne eine Vertretung aus der jeweiligen Branche beteiligen.

Die gemeinsamen Interessen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung können auf örtlicher und regionaler Ebene von den **gemeinsamen überberuflichen Organisationen** wahrgenommen werden. Diese gemeinsamen Organisationen werden weiter in Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

### **Die Gewerkschaft:**

- Tarifverhandlungen auf örtlicher Ebene
- Unterrichtung der Mitarbeiter



- Ausbildungsvorschläge
- Verwaltung des Arbeitslosenfonds

**Betriebliche Gewerkschaftsclubs:** (in größeren Unternehmen)

**Mitgliedsverbände (1987):**

32 Mitgliedsverbände; innerhalb der einzelnen Verbände bestehen derzeit circa 1480 Branchen bei Ortsgewerkschaften (Tendenz: Anzahl der Verbände geht zurück).

Politik:

- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Mitbestimmung
- Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz
- Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei
- Öffentliche Investitionen
- Exportförderung
- Angebot von Bildung
- Internationale Zusammenarbeit
- Steigerung der Entwicklungshilfe

Tarifverhandlungen:

In der Regel verhandeln die einzelnen Gewerkschaften über ihre spezifischen Forderungen direkt mit ihren Arbeitgebern, während die LO-D über die allgemeinen Forderungen Verhandlungen mit dem Dänischen Arbeitgeberverband (DA) führt. Auch die Regierung kann die Verhandlungen beeinflussen.

Unternehmen der LO-D und Beteiligung in anderen Unternehmen:

- Genossenschaften
- Arbeitnehmer-Gewerkschaftsrat
- Bildungsvereinigung der Arbeitnehmer
- Beteiligung in anderen Unternehmen

Internationale Mitgliedschaft:

- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
- OECD: Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß (TUAC)
- EGB
- Nordischer Gewerkschaftsrat (NFS)

Finanzierung: Mitgliedsbeiträge

Besondere Merkmale:

- Hoher Organisationsgrad
- Gut entwickelte Organisation
- Zusammenarbeit mit der politischen Arbeiterbewegung

- Die gewerkschaftlichen Tätigkeiten umfassen sehr weite Bereiche (zum Beispiel Genossenschaften).
- Die Gewerkschaftsbewegung verwaltet ihre eigene Arbeitslosenversicherung.

Beziehungen zu politischen Parteien:

Zwischen der LO-D und der Sozialdemokratischen Partei besteht eine enge Zusammenarbeit, die noch stärker ausgebaut wird.

Veröffentlichungen:

- „LO-D-Bladet“
- Faltblätter und Mitgliederzeitschriften der einzelnen Gewerkschaften

## **D FTF – Funktionärernes og Tjenestemændenes Fællesråd**

Aufgaben und Ziele:

Das Ziel der FTF besteht darin, die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsorganisationen, vor allem im wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich, zu wahren und die Einheit zwischen den Mitgliedsorganisationen zu festigen. Die FTF ist parteipolitisch unabhängig.

Gewerkschaftliche Mitgliedschaft:

Die Zahl der Mitglieder war Ende der achtziger Jahre steigend; 1987: 359 000 (einschließlich 39 000 Rentner und Studenten).

- Hoher Anteil weiblicher Mitglieder (1985: 56 Prozent)
- Die FTF-Mitgliedschaft besteht aus drei Sektionen:
  - Sektion S: Beamtenorganisationen
  - Sektion K: Organisationen mit Angestellten in Gemeinden und Bezirken
  - Sektion P: Organisationen mit Angestellten in Privatunternehmen

Struktur:

Jede politisch unabhängige Beamten- und Angestelltenorganisation mit der Befugnis, über Gehälter und Arbeitsbedingungen zu verhandeln, kann Mitglied werden. 2 Organisationen können auch eine Gruppe bilden. Heute umfaßt die FTF 47 Organisationen und Gruppen.

Entscheidungsgremien:

- Kongreß – höchstes Organ von FTF
- Generalrat – höchstes Organ zwischen den Kongressen
- Exekutivausschuß – tägliche Arbeit
- FTF-Sektionen – Sektionen P, K und S
  - Die FTF-Sektionen sind lediglich beratende Organisationen. Ihre Tätigkeiten werden über Sektionstreffen und über eine Arbeitsgruppe abgewickelt.
- Bezirksorganisationen – auf regionaler Ebene
- Präsidententagung
- FTF-Sekretariat (wirtschaftspolitische Abteilung, gewerkschaftspolitische Abteilung, Abteilung Organisation und Verwaltung)

#### Politik:

- Wirtschaftspolitik (Vollbeschäftigung durch Wachstumspolitik)
- Entlohnung und Beschäftigung (freie Tarifverhandlungen, Verkürzung der Arbeitszeit ohne Einkommensverluste, Solidarität zwischen FTF-Organisationen, Mitbestimmung)
- Arbeitsmarktpolitik (Vollbeschäftigung, Bildung, Umschulung, Arbeitsverteilung)
- Technologiepolitik (Forschung, Informationstätigkeiten, Kurse)
- Bildung/Ausbildung (Chancengleichheit von Mann und Frau)
- Arbeitsumwelt
- Kulturpolitik (Kulturförderung)
- Sozialpolitik (FTF Solidarität)
- Internationale Lage (international koordinierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik, Abrüstungspolitik)
- Gewerkschaftliche Bildung
- Information

Für die Umsetzung des Aktionsprogramms hat man eine Reihe von internen Ausschüssen und Arbeitsgruppen gebildet mit Vertretern aus allen 3 FTF-Sektionen (Wirtschaftsausschuß, Arbeitsmarktausschuß etc.).

#### Tarifverhandlungen:

Innerhalb der FTF verhandeln die einzelnen Mitgliedsorganisationen direkt mit ihren Arbeitgebern. Der Exekutivausschuß hat eine Gruppe zur Koordinierung der Verhandlungen eingesetzt, um der FTF größeren Einfluß auf das Gesamtergebnis der Abschlüsse zu verschaffen.

#### Unternehmen der FTF und Beteiligung in anderen Unternehmen:

Die FTF verfügt über einen Arbeitslosenfonds und ist in einer Reihe von Ausschüssen und Gremien vertreten (Arbeitsumweltrat, Urlaubsfonds etc.).

#### Internationale Mitgliedschaft:

Die FTF ist Mitglied mehrerer internationaler Organisationen: IBFG, TUAC, EGB, NFS.

#### Finanzierung:

Die einzelnen Mitgliedsorganisationen finanzieren ihre Aktivitäten im wesentlichen aus den Mitgliedsbeiträgen.

#### Besondere Merkmale:

- Die Organisation hat Mitglieder sowohl im privaten als auch im staatlichen oder örtlichen Sektor und koordiniert für diese Mitglieder Fragen wie Lohn/Gehaltspolitik.
- FTF ist eine parteiunabhängige Organisation.
- Praktische Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaftsorganisationen (LO-D)

#### Veröffentlichungen:

Monatsmagazin „Faellesrådet“ und Veröffentlichungen zu spezifischen Themen.

## 3 Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### **Central Organisation of Finnish Trade Unions, „SAK“**

Sietasaarenkatu 3 A

SF-00531 Helsinki

Telefon: (0 03 58 / 9) 7 72 11

Telefax: (0 03 58 / 9) 7 72 14 47

#### **Confederation of Unions for Academic Professionals in Finland, „AKAVA“**

Rautatieläisenkatu 6

SF-00520 Helsinki

Telefon: (0 03 58 / 9) 14 18 22

Telefax: (0 03 58 / 9) 14 25 95

#### **Confederation of Technical Employees' Organizations in Finland, „STTK“**

Pohjoisranta 4 A

SF-00170 Helsinki

Telefon: (0 03 58 / 9) 62 58 71

Telefax: (0 03 58 / 9) 65 23 67

#### **Suomen Journalistiliitto**

Hietalahdenkatu 2 B 22

SF-00180 Helsinki

Telefon: (0 03 58 / 9) 64 73 26

Telefax: (0 03 58 / 9) 64 41 20

#### **Finnish Air Line Pilots' Association, „SLL“**

Rautatieläisenkatu 6

SF-00520 Helsinki

Telefon: (0 03 58 / 9) 1 50 23-19 oder 20

Telefax: (0 03 58 / 9) 14 76 96

### B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft

Ende der achtziger Jahre zählten die finnischen Gewerkschaften knapp 2 Millionen Mitglieder. Damit waren 87 Prozent der Arbeitnehmer organisiert (netto 71 Prozent). Der Anteil der Frauen liegt bei gut 50 Prozent (SAK: 45 Prozent; AKAVA: 47 Prozent; STTK: 20 Prozent). Der im September 1992 aufgelöste Angestellten-Bund „TVK“ kam auf einen Frauenanteil von 85 Prozent.

## 4 Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### **Confédération Générale du Travail – Force Ouvrière – CGT-FO (antikommunistische Tradition)**

198, avenue du Maine  
F-75680 Paris, cédex 14  
Telefon: (00 33 / 1) 40 52 82 00  
Telefax: (00 33 / 1) 40 52 85 61  
Generalsekretär: Marc Blondel

#### **Confédération Française Démocratique du Travail – CFDT – (linkssozialistische Tradition)**

4, boulevard de la Villette  
F-75955 Paris, cédex 19  
Telefon: (00 33 / 1) 42 03 80 00  
Telefax: (00 33 / 1) 42 03 81 44  
Generalsekretärin: Nicole Notat

#### **Confédération Générale du Travail – CGT – (kommunistische Tradition)**

263, rue de Paris  
F-93516 Montreuil, cédex  
Telefon: (00 33 / 2) 48 51 80 00  
Generalsekretär: Henri Krasucki

#### **Confédération Française des Travailleurs Chrétiens – CFTC – (katholische Tradition)**

13, rue des Ecluses Saint-Martin  
F-75483 Paris, cédex 10  
Telefon: (00 33 / 1) 42 05 79 66  
Präsident: Alain Deleu  
Generalsekretär: Jacques Voisin

#### **Fédération Française des Cadres de la Fonction Publique – Confédération Générale des Cadres – UFCFP-CGC – (Öffentlicher Dienst)**

30, rue de Gramont  
F-75002 Paris  
Telefon: (00 33 / 1) 42 61 81 76  
Telefax: (00 33 / 1) 42 96 45 97

**Confédération Française de l'Encadrement –  
Confédération Générale des Cadres – CFE-CGC –  
(Leitende Angestellte)**

30, rue de Gramont

F-75002 Paris

Telefon: (00 33 / 1) 42 61 81 76

Telefax: (00 33 / 1) 42 96 45 97

Präsident: Paul Marchelli

Generalsekretär: Jean de Santis

**Fédération de l'Education Nationale – FEN –**

48, rue la Bruyère

F-75440 Paris, cédex 09

Telefon: (00 33 / 1) 42 85 71 01

Telefax: (00 33 / 1) 40 16 78 99

Präsident: Gérard Merien

Generalsekretär: Guy le Néovannic

**Confédération Syndicale de l'Education Nationale – CSEN –  
Siège social:**

48, rue Vitruve

F-75020 Paris

Telefon: (00 33 / 1) 42 47 06 09

Telefax: (00 33 / 1) 42 46 26 60

**Union Syndicale des Journalistes Français – USJF/CFDT –**

49, Avenue Simon Bolivar

F-75019 Paris

Telefon: (00 33 / 1) 42 02 57 22

Telefax: (00 33 / 1) 42 02 59 74

**Syndicat Général des Journalistes – SGJ/FO –**

8, rue de Hanovre

F-75002 Paris

Telefon: (00 33 / 1) 42 68 02 11

Telefax: (00 33 / 1) 42 66 34 53

**Syndicat National des Journalistes – SNJ –**

33, rue de Louvre

F-75002 Paris

Telefon: (00 33 / 1) 42 36 84 23

Telefax: (00 33 / 1) 45 08 80 33

## **Syndicat National des Pilotes de Ligne – SNPL –**

Tour Essor 93,  
14 – 16, rue de Scandicci  
F-93508 Pantin, cédex  
Telefon: (00 33 / 1) 49 42 20 00  
Telefax: (00 33 / 1) 48 91 72 89

## **Equipe Syndicale du CDS-France**

15, avenue Jeanne d'Arc  
F-94110 Arcueil  
Telefon: (00 33 / 1) 45 83 51 68  
Präsident: Henri Catherin

## **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft:**

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist bis 1994 auf unter 10 Prozent gesunken. Dieser im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern verhältnismäßig geringe Prozentsatz ist kulturell und traditionell begründet.

Anzahl der Mitglieder:	CGT:	700 000 (1991)
	CFDT:	617 000 (1994)
	CGT-FO:	1 015 000 (1994)
	CFE-CGC:	300 000 (1985)
	CFTC:	250 000 (1994)
	FEN:	300 000 (1991)

## **C CGT-FO – Confédération Générale du Travail – Force Ouvrière**

Ziele und Aufgaben:

Organisierung aller Arbeitnehmerorganisationen, unabhängig von politischen, philosophischen und religiösen Auffassungen. Voraussetzung: Bereitschaft, gegen jede Form der Ausbeutung sowohl von privater als auch von staatlicher Seite zu kämpfen.

Struktur:

- Innerhalb der CGT-FO bestehen mehr als 16 000 Gewerkschaften.
- Generalversammlung (aller Mitglieder der Gewerkschaft)
- Gewerkschaftsvorstand
- Verbände: Im Mitgliedsverband werden die beruflichen Interessen der Arbeitnehmer vertreten, und die Verbände wirken in den Führungsorganen des Bundes mit, bestimmen aber nicht die allgemeine Politik. Dies obliegt den Gewerkschaften (28 nationale Verbände).
- Die Departements-Unionen (UD): Die Departements-Unionen sind in den Departements im Namen des Dachverbandes (Bund) tätig (überberufliche Organisationen). Die UD führen alle zwei bis drei Jahre ihren Kongreß durch. Der UD-Kongreß setzt eine administrative Kommission ein, die die Union im Zeitraum zwischen zwei Kongressen verwaltet. Der Kongreß benennt den Vorstand.

Der Bund stellt neben seiner Verantwortung für die überberuflichen Probleme das unabdingbare Bindeglied bei der Koordinierung der Aktionen dar.

- Bundesinstitutionen:
- Bundeskongreß
  - Nationales Bundeskomitee
  - Exekutivkommission
  - Bundesvorstand
  - Bundeskommissionen
  - (Kontrollkommission,
  - Abgrenzungskommission,
  - Konfliktkommission).

Politik:

Die CGT-FO tritt für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit ein und lehnt jede politische Einflußnahme ab.

- Forderungen:
- Verkürzung der Arbeitszeit
  - Kürzung des Jahreskontingents von Überstunden
  - 35-Stunden-Woche
  - Verbesserung der Arbeitsbedingungen
  - Freie Verhandlung über Löhne und Gehälter
  - Vollbeschäftigung
  - Berufliche Weiterbildung

Finanzierung:

- Mitgliedsbeiträge
- Finanzielle Unterstützung vom Staat
- Beihilfe für die Aktivitäten im Immobilienbereich

Internationale Mitgliedschaft: EGB, TUAC, IBFG

Veröffentlichungen:

- „Force Ouvrière Hebdo“
- „Force Ouvrière Hebdo Magazine“

Beziehungen zu politischen Parteien:

- Dialog mit allen politischen Gruppen unter der Voraussetzung, daß diese demokratische Grundsätze verfolgen
- Keine Kontakte mit der kommunistischen Partei und den Rechtsextremisten

## **D CFDT – Confédération Française Démocratique du Travail**

Ziele und Aufgaben:

Die CFDT faßt Gewerkschaftsorganisationen zusammen, die allen Arbeitnehmern offenstehen, die entschlossen sind, unter gegenseitiger Achtung ihrer persönlichen, philosophischen, moralischen, religiösen Überzeugungen ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten und für eine demokratische Gesellschaft freier und verantwortlicher Menschen zu kämpfen.



## Struktur:

Die CFDT umfaßt circa 2000 Gewerkschaften. Die Gewerkschaft hat berufliche und überberufliche Aufgabenbereiche. Sie stützt sich auf Gewerkschaftssektionen eines gleichen Industrie- und Tätigkeitssektors.

### – Verbände:

In den Verbänden werden auf nationaler Ebene alle Gewerkschaften einer gleichen Industrie oder eines gleichen Tätigkeitssektors zusammengefaßt. Es besteht ebenfalls ein verbandsübergreifender Zusammenschluß der Beamtenverbände und anverwandter Verbände (UFFA).

### – Überberufliche Regionalunionen (URI):

Sie fassen alle Gewerkschaften zusammen, die in einen geografischen Einzugsbereich fallen, und stellen die Dachorganisationen zu den Lokalunionen (UL) und den überberuflichen Basisunionen (UIB) dar. Diese Zwischenstrukturen entsprechen im Prinzip den Departements-Unionen (UD) oder CGT-FO. Die Lokalunionen (UL) und überberuflichen Basisunionen (UIB), die überberuflichen Strukturen mit dem kleinsten geografischen Aktionsfeld, werden von den betroffenen Gewerkschaften im Rahmen der Aktions- und Organisationspolitik der URI geschaffen, die auch deren wichtigste Kriterien festlegen.

- Bundesinstitutionen:
  - Bundeskongreß
  - Nationaler Rat
  - Nationaler Vorstand
  - Exekutivkommission

## Politik:

1. Beschäftigung (Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit: 35-Stunden-Woche)
2. Qualitative Veränderung der Arbeit (Weiterbildungsmaßnahmen; berufliche Chancengleichheit; Pläne zur beruflichen Eingliederung Jugendlicher; dynamische Lohnpolitik; Änderung der Arbeitsorganisation)
3. Erweiterung der Rechte und Sicherheiten der Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben
4. Durchsetzung neuer kollektiver Sicherheiten

## Finanzierung:

- Mitgliedsbeiträge
- Staatliche Unterstützung

Internationale Mitgliedschaft: EGB, TUAC

## Beziehungen zu politischen Parteien:

- „Die Gewerkschaft darf nicht an eine Partei gebunden sein.“
- Die CFDT unterhält zahlreiche informelle Beziehungen mit der Sozialistischen Partei.

Veröffentlichungen: „Syndicalisme Hebdo“, „CFDT-Magazine“, „CFDT Aujourd'hui“

## **E CGT – Confédération Générale du Travail**

Ziele und Aufgaben:

- Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung
- Verwirklichung einer Einheitsgewerkschaft

Die CGT faßt alle Organisationen zusammen, die – ohne Unterscheidung politischer, philosophischer und religiöser Auffassungen – die Arbeitnehmer organisieren, die sich der Notwendigkeit des Kampfes zur Verteidigung ihrer moralischen und materiellen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen bewußt sind.

Struktur:

Die Departements-Union (UD) schließt in jedem Departement alle Gewerkschaften aller Berufe zusammen. Es bestehen insgesamt 96 Departements-Unionen. In mehr als 900 Städten bestehen Ortsunionen der Gewerkschaften aller Berufe.

- Bundesinstitutionen:
  - Kongreß
  - Nationale Bundeskomitees (CNN)
  - Exekutivkommission
  - Bundesvorstand
  - Sekretariat
  - Finanz- und Kontrollkommission
  - Konfliktkommission.

Die Mitglieds-Gewerkschaften sind auch vertikal gegliedert, und zwar in 33 Berufsverbände, eine nationale Berufsgewerkschaft und drei Berufsunionen.

Politik und politische Forderungen:

- Direkte/indirekte Löhne und Sozialleistungen (Sicherstellung der Kaufkraft; Senkung der indirekten Steuern; stärkere Besteuerung der Kapitalerträge; Einführung einer garantierten Arbeitslosenunterstützung)
- Beschäftigungspolitik (Vollbeschäftigung)
- Bildung/Berufsbildung
- Mitwirkung der Arbeitnehmer
- Wochenarbeitszeit (35-Stunden-Woche)
- Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen
- „Europa der Arbeitnehmer“ (Verteidigung der Arbeitsplätze)

Finanzierung:

- Mitgliedsbeiträge
- Staatliche Unterstützung

Internationale Mitgliedschaft: WGB

Beziehungen zu politischen Parteien:

- In der Satzung der CGT ist die Unabhängigkeit von jeder Partei verankert.
- Informelle Beziehungen zur französischen Kommunistischen Partei

Veröffentlichungen:

- „Le Peuple“; „La Vie Ouvrière“; „Antoinette“; „Options“

## **F CFE-CGC – Confédération Française de l'Encadrement – Confédération Générale des Cadres**

Ziele und Aufgaben:

Vertretung der Interessen des leitenden Personals

Struktur:

- Generalversammlung
- Bundeskomitee
- Exekutivausschuß
- Nationaler Vorstand
- Rechtsrat

Der CGC umfaßt circa 40 Verbände und 60 nationale Gewerkschaften.

Politik:

- Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (sozialer Dialog; Opferung der Kaufkraft zugunsten von Investitionen; Privatisierung der Wirtschaft)
- Unterrichtswesen (Modernisierung)
- Arbeitszeit (Berücksichtigung der Bildungszeit)
- Anhebung des allgemeinen Einkommensniveaus (Sozialer Schutz darf nicht zur Deckung echter Einkommensverteilung dienen.)
- Abschaffung der „Unterstützungsempfänger“-Mentalität

Finanzierung:

- Mitgliedsbeiträge
- Finanzielle Unterstützung vom Staat

Internationale Mitgliedschaft: TUAC; Europäischer Bund der Leitenden Angestellten (CEC – Confédération Européenne des Cadres)

Beziehungen zu politischen Parteien:

Der Bund ist unabhängig von politischen Parteien. Er unterhält jedoch Beziehungen zu ihnen, um seine Haltungen zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen darzulegen und durchzusetzen.

Veröffentlichungen:

„Cadre et Maîtrise“; „La Lettre Confédérale“; „Les Dossiers de l'Avenir“.

## **G CFTC – Confédération Française de Travailleurs Chrétiens**

Ziele und Aufgaben:

- Verfolgung von Grundsätzen der christlichen Gesellschaftsmoral (Frieden, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit)

- Der Bund beschränkt seine Tätigkeit ausschließlich auf die Vertretung der allgemeinen Interessen im Zusammenhang mit der Arbeit.

Struktur:

Der Bund umfaßt 27 Regionalunionen und 101 Departements-Unionen.

Institutionen: Vorstand, Bundesrat, Exekutivkommission und Kongreß

Die Gewerkschaften sind in Verbände und nationale Gewerkschaften (insgesamt 51) zusammengefaßt.

Politik:

- Beschäftigung (Wiedereingliederung der Arbeitslosen und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen)
- Politik gegenüber Einwanderern (gleiche Rechte bezüglich der Arbeit; Einwanderungsstopp; Rückkehrhilfen für Einwanderer, die in ihr Land zurückkehren wollen)
- Stärkung der europäischen Zusammenarbeit
- Ausgewogene Einkommenspolitik

Finanzierung:

- Mitgliedsbeiträge
- Staatliche Unterstützung

Internationale Mitgliedschaft: WVA

Beziehungen zu politischen Parteien:

Die CFTC unterhielt seit jeher Kontakte mit den Verantwortlichen der politischen Parteien, um ihren Einfluß geltend zu machen.

Veröffentlichungen: „Syndicalisme CFTC“

## **H Tarifverhandlungen:**

- Vertragsformen (einfache Tarifverträge, die für deren Unterzeichner bindend sind; umfassende Tarifverträge, die in allen Unternehmen des betroffenen Wirtschaftszweiges Anwendung finden)
- Vertragsebenen (Die allgemeinen Fragen für alle Branchen werden auf nationaler Ebene geregelt und sodann auf regionaler, örtlicher oder Unternehmensebene per Vertrag oder Nachtrag angepaßt. Insgesamt sind in Frankreich circa 95,6 Prozent der Arbeitnehmer von einer Tarifabsprache betroffen.)
- Konflikte (In Frankreich ist das Streikrecht verfassungsmäßig anerkannt. Das Streikrecht ist individuell. Für den Beginn eines Streiks gibt es keine Anmeldepflicht, ausgenommen im öffentlichen Sektor. Das Gesetz sieht ein Schlichtungsverfahren vor. Der Arbeitgeber hat nicht das Recht, einen Streikenden zu entlassen. – Die Aussperrung ist verfassungsmäßig nicht geschützt und lediglich in der Rechtsprechung vorhanden. Daher muß der Arbeitgeber im Fall einer Aussperrung die Löhne/Gehälter zahlen.)

- Rechtsstatus (Die Gewerkschaften in Frankreich sind anerkannte Rechtspersönlichkeiten und können demnach Gerichtsverfahren einleiten, aber auch gerichtlich belangt werden.)

### **I Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich:**

- Die Gewerkschaftsfreiheit ist verfassungsmäßiger Grundsatz.
- Pluralismus
- Die Gewerkschaften räumen der gegenseitigen Unterstützung, der Arbeitslosenversicherung etc., nur wenig Raum ein.
- Basisgewerkschaften sind außerordentlich selbständig.
- Geringer Organisationsgrad der Arbeitnehmer

## **5 Die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland**

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

#### **Geniki Synomospondia Ergaton Ellados – GSEE – Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Arbeitnehmer in Griechenland**

27, Patission-Pipinou-Street

GR-10434 Athenes

Telefon: (00 30 / 1) 8 83 46 11 bis 15

Telefax: (00 30 / 1) 8 22 98 02

Präsident: Christos Protopappas

Generalsekretär: Yannis Theonas

Veröffentlichungen: „INE-GSEE-Bulletin“

Gründung: 1918

#### **Anotati Diikisis Enoseon Dimosion Ypallilon – ADEDY – Dachverband der Beamten- und Angestellten-Gewerkschaften**

2, rue Psylla – Philellinon

GR-10537 Athenes

Telefon: (00 30 / 1) 3 24 61 09 oder 3 24 46 77 oder 3 22 79 62

Telefax: (00 30 / 1) 3 24 61 65

Präsident: Spyros Giatras

Gründung: 1926

Weitere kleinere Gewerkschaftsbünde sind:

- der christliche GSEE,
- der neue GSEE,
- der Griechische Arbeiterbund (ELSE) und
- die christlichen Orthodoxen (PSOX)

Zu den wichtigen Fachverbänden gehören:

**Journalists' Union of Athens Daily Newspapers**

20, Academy Street  
GR-10671 Athenes 134  
Telefon: (00 30 / 1) 3 62 88 03  
Telefax: (00 30 / 1) 3 61 23 84

**Union of Periodical Press Journalists**

9, Valaoritou Street  
GR-10671 Athenes  
Telefon: (00 30 / 1) 3 63 60 39  
Telefax: (00 30 / 1) 3 64 49 67

**Hellenic Air Line Pilots' Association – HALPA –**

217, Sygrou Avenue  
GR-17121 Athenes  
Telefon: (00 30 / 1) 9 34 43 30 oder 9 34 27 80  
Telefax: (00 30 / 1) 9 32 37 92

**Democratic Independent Worker's Movement – DAKE –**

5, Patison Street  
GR-10431 Athenes  
Telefon: (00 30 / 1) 5 23 53 02 oder ..04 oder ..05  
Telefax: (00 30 / 1) 5 23 53 89

Präsident: Christos Karabinis

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Mit einem Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl von 58 Prozent (1992) liegt Griechenland weit unter dem Durchschnitt der EU-Staaten. In Griechenland nehmen die landwirtschaftlichen Familienbetriebe immer noch einen sehr wichtigen Platz im Wirtschaftsleben ein. Die Anzahl der Arbeitnehmer in Griechenland betrug 1992 insgesamt 2 283 343, die der Organisierten rund 900 000. Der Organisationsgrad der Arbeitnehmer liegt bei etwa 40 Prozent (brutto) oder netto 18 Prozent.

**C GSEE – Geniki Synomospondia Ergaton Ellados**

Ziele und Aufgaben:

- Zusammenführung aller Beschäftigten des Landes in eine selbständige soziale Einheit zur Ausübung gesetzlicher Gemeinschaftsrechte
- Stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Nationaleinkommen
- Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Arbeitnehmer
- Vollbeschäftigung (Vorbild der sozialen Gerechtigkeit)
- Beteiligung der Arbeitnehmer in den Verwaltungsorganen von Unternehmen und in den Gremien und Organen des Staates

- Garantie der Meinungsfreiheit, des Rechts auf Arbeit und des Streikrechts
- Friedenspolitik
- Koordinierung der Aktionen der Mitgliedsorganisationen
- Verhandlung über nationale Tarifverträge für alle Arbeitnehmer
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen
- Bessere Berufsausbildung und Allgemeinbildung der Arbeitnehmer
- Internationale Zusammenarbeit mit den demokratischen Gewerkschaften in der ganzen Welt.

#### Struktur:

- GSEE besteht gegenwärtig aus 83 Einzelgewerkschaften und 84 Regionalbüros. Die Einzelgewerkschaften und die Regionalbüros repräsentieren eine gewisse Anzahl von Basisgewerkschaften.
- Politik spielt im Gewerkschaftsleben Griechenlands eine zentrale Rolle. Innerhalb von GSEE gibt es vier politische Strömungen, die keine Gewerkschaftsorganisationen darstellen, sondern Gruppen oder Organisationen sind, die mit den politischen Parteien des Landes Beziehungen unterhalten (PASKE, DAKE, ESAK, Autonome Intervention).
- Organe des Gewerkschaftsbundes GSEE sind: der Kongreß (höchstes Organ von GSEE), der Bundesausschuß, der Vorstand, der Exekutivausschuß, die Rechnungsprüfungskommission und 13 weitere Abteilungen (Sekretariate), die Branchengewerkschaften (Zusammenschluß von mindestens zwei Basisgewerkschaften), die Regionalbüros (sie beschäftigen sich vor allem mit administrativen Aufgaben, mit sozialen Problemen und örtlichen Angelegenheiten) sowie die Basisgewerkschaften (sie bilden die Grundlage der Gewerkschaftsstruktur in Griechenland. Diese Gewerkschaften können sich an eine Branchengewerkschaft anschließen, selbst eine Branchengewerkschaft gründen oder auch ein regionales Gewerkschaftsbüro errichten).

#### Finanzierung:

Bisher hat sich die Gewerkschaftsbewegung durch zwei Formen von Einnahmen finanziert:

- Geldüberweisungen von Ergatiki Estia (Organisation für die Gewerkschaftsbüros) auf der Basis von Pflichtbeiträgen aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber und andererseits
- die freiwilligen zusätzlichen Beiträge der Arbeitnehmer, die einer Gewerkschaft angehören.

#### Politik:

- Schaffung einer effizienteren Organisation
- Verstärkung der Gewerkschaftsbasis
- Entwicklung der gewerkschaftlichen Bildung
- Schutz der Gewerkschaftsvertreter
- Ankurbelung öffentlicher und privater Investitionen
- Steuerreform (Senkung der indirekten Steuern)

- Wohnungsbau für Arbeitnehmer
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Demokratisierung des Wirtschaftslebens in Griechenland
- Verbesserung des Systems der Sozialversicherung
- Schutz der Kaufkraft der Arbeitnehmer
- Verkürzung der Arbeitszeit

1990 sind die Arbeitsbeziehungen in Griechenland durch das Gesetz über das Recht auf freie Verhandlungen auf eine neue Basis gestellt worden. Zwischenzeitlich werden allerdings auch wieder Einschränkungen vorgenommen. So sind per Gesetz 1992 die Beschäftigten von staatlichen Unternehmen aus dem Geltungsbereich der 90er Regelungen ausgeschlossen worden.

Tarifverhandlungen:

Es gibt vier Verhandlungsebenen und vier Arten von Tarifverträgen (nationale allgemeine Tarifverträge mit dem GSEE; nationale Tarifverträge für einzelne Berufsgruppen; Branchentarifverträge; Unternehmensvereinbarungen).

Internationale Mitgliedschaft: IBFG; EGB; TUAC

Außerdem gibt es auch internationale Zusammenarbeit auf der Ebene der Einzelgewerkschaften.

Beziehungen zu politischen Parteien:

- Durch seinen Einheitscharakter vereint GSEE alle politischen Richtungen. Die Politik spielt eine zentrale Rolle im Gewerkschaftsleben in Griechenland.

Besondere Merkmale:

- Zentraler Einfluß der Politik auf das Gewerkschaftsleben
- Große Anzahl von Einzelgewerkschaften
- Gewerkschaftspluralismus der Fachverbände in gewissen Wirtschaftszweigen und Unternehmen
- Existenz eines GSEE-eigenen Instituts für Arbeit (INE) seit Dezember 1990

## 6 Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### Trades Union Congress – TUC –

Congress House

23–28 Great Russell Street

GB-London WC 1B 3LS

Telefon: (00 44 / 1 71) 6 36 40 30

Telefax: (00 44 / 1 71) 6 36 06 32

Generalsekretär: John Monks



Präsident: Brendan Barber

Gründung: 1868

**General Federation of Trade Unions – GFTU –**

Central House

Upper Woburn Place

GB-London WC 1H OHY

Telefon: (00 44 / 1 71) 3 87 25 78

Telefax: (00 44 / 1 71) 3 83 08 20

Generalsekretär: Michael Bradley

Präsident: K. Edmondson, JP (Chairman of Management Committee)

Hauptpublikation: Federation News

Gründung: 1899

**Council of Managerial and Professional Staffs – COMPS –**

Hayes Court

West Common Road

GB-Bromley BR2 7AU

Telefon: (00 44 / 1 81) 4 62 77 55

Generalsekretär: David Davies

Präsident: John R. Andrews

Gründung: 1982

**Federation of Managerial, Professional and General Associations – MPG –  
Administrative Secretary MPG**

Tavistock House

Tavistock Square

GB-London WC 1H 9JP

Telefon: (00 44 / 1 71) 3 83 61 94

Telefax: (00 44 / 1 71) 3 83 77 83

Generalsekretär: Chris Minta

Präsident: Philip Cutler

Gründung: 1977

Zu den wichtigen Fachverbänden gehören:

**First Division Association – FDA –  
– Association of First Division Civil Servants –**

2, Caxton Street

GB-London SW 1H OQH

Telefon: (00 44 / 1 71) 2 22 62 42

Telefax: (00 44 / 1 71) 2 22 59 26

### **National Union of Journalists – NUJ –**

Acorn House  
314–320, Gray's Inn Road  
GB-London WC 1X 8DP  
Telefon: (00 44 / 1 71) 2 78 79 16  
Telefax: (00 44 / 1 71) 8 37 81 43

### **The British Air Line Pilots' Association – BALPA –**

81, New Road  
GB-Harlington, Hayes, Middlesex UB 3 5BG  
Telefon: (00 44 / 1 81) 7 59 93 31  
Telefax: (00 44 / 1 81) 5 64 79 57

### **Conservative Trade Unionists – CTU –**

32, Smith Square  
GB-London SW 10 3HH  
Telefon: (00 44 / 1 71) 2 22 90 00  
Telefax: (00 44 / 1 71) 2 33 29 36  
Präsident: Spencer Batiste

## **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Der TUC repräsentierte 1994 rund 7,3 Millionen Arbeitnehmer, die in rund 60 Mitgliedsgewerkschaften organisiert waren. Das entspricht einem Netto-Organisationsgrad von etwa 33 Prozent, brutto 1991: 43 Prozent.

In den 80er Jahren gingen 20 Prozent der Mitgliedschaft verloren. Auch die Zahl der kleineren Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des TUC ging – vor allem durch Fusionen – erheblich zurück.

Demgegenüber hat sich der Anteil der Frauen an den Gewerkschaftsmitgliedern in den letzten 40 Jahren auf 40 Prozent verdoppelt.

## **C Trades Union Congress – TUC**

Ziele und Aufgaben:

Der TUC wurde 1868 von den Gewerkschaften gegründet, um gemeinsame Ziele zu erreichen, die sie bei getrenntem Vorgehen nicht oder zumindest schwer erreichen würden (z.B. bei Tarifverhandlungen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Förderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen). Diese Zielsetzungen finden sich in allgemeiner Form in der TUC-Satzung wieder: Vollbeschäftigung; Unterstützung von freien Tarifverhandlungen; Förderung des Welthandels; Förderung örtlicher Wirtschaftsinitiativen; Verkürzung der Arbeitszeit; Unterstützung der berufstätigen Frauen; Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Senkung der Arbeitslosigkeit unter ethnischen Minderheitsgruppen; gesetzliche Begrenzung der Zeitarbeit.

### Mitgliedsverbände:

Der TUC ist eher ein politisches Organ (Vertretungsorgan). Die Gewerkschaftsorganisationen behalten die Kontrolle über ihre gesamten täglichen Aktivitäten und über ihre Dienstleistungen. Der TUC selbst hat keine eigenen Machtbefugnisse, und seine Autorität liegt nur darin, zwischen den Mitgliedern eine Übereinstimmung herbeizuführen.

### Struktur:

Der TUC gliedert sich in Berufsgewerkschaften, Allgemeine Gewerkschaften, Industriegewerkschaften und Angestelltengewerkschaften.

Diese Klassifizierung ist nicht eindeutig abgegrenzt.

### Vier Ebenen der praktischen Gewerkschaftstätigkeit:

Gewerkschaftsgliederungen werden nach geografischen Gebieten, nach spezifischen Arbeitsplätzen, nach spezieller Ausbildung oder nach einer speziellen Gruppe von Arbeitnehmern unterschieden. Die Gewerkschaftsgliederungen wählen Delegierte für die nationale Konferenz, das höchste politische Organ der Gewerkschaften. Zwischen den Konferenzen obliegt die Kontrolle der Gewerkschaften einem nationalen Komitee oder dem Nationalen Exekutivausschuß.

Zwischen den Gliederungen der Gewerkschaft und der nationalen Ebene gibt es gewöhnlich auch eine regionale Gliederung oder Bezirksstruktur. Auf der Unternehmens- oder Betriebsebene werden ehrenamtliche Gewerkschafter zu Vertrauensleuten gewählt.

### Die vier Hauptfunktionen der regionalen und lokalen Gliederungen:

- Vertretung des TUC auf regionaler Ebene
- Unterstützung der politischen Ziele des TUC
- Durchsetzung dieser Politik
- Angebot von Dienstleistungen

### Regionale Gliederung:

- 8 Regionale Räte in England
- Gewerkschaftsrat von Wales
- Gewerkschafts-Vereinigungen der Gewerkschaftsräte in jeder Grafschaft von England und Wales
- TUC in Schottland
- Nordirischer Ausschuß des Irischen Gewerkschaftsbundes

Der Gewerkschaftsrat ist die örtliche Einheit der TUC-Organisation mit beratender Funktion innerhalb des TUC.

### Beschlußorgane:

1. TUC-Kongreß (Prüfung des Tätigkeitsberichts des Generalrats vom Vorjahr; Diskussion und Beschlußfassung über die Anträge der angeschlossenen Gewerkschaften und des Generalrats für das kommende Jahr)

2. Generalrat des TUC (Vorsitzender ist der TUC-Präsident; Aufgabe: die Politik des TUC-Kongresses zwischen den Kongressen zu vertreten und darzulegen sowie über die Arbeiten der Ausschüsse zu beraten)
3. 7 Abteilungen von Hauptamtlichen zur Unterstützung des Generalrats und seiner Ausschüsse (Bildung: Organisation und Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; internationale Fragen; Wirtschaft; Sozialversicherung und Betriebsfürsorge; Presse und Publikationen; Finanzen)

Finanzierung:

Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird üblicherweise von den Einzelgewerkschaften selbst bestimmt. Der durchschnittliche Beitrag war beispielsweise vor 20 Jahren auf 0,3 Prozent des Durchschnittslohns eines männlichen Arbeitnehmers festgelegt worden. Die Einnahmen des TUC hängen von den Mitgliedsbeiträgen der angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen ab. Außerdem erhält der TUC auch finanzielle Unterstützung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aus öffentlichen Geldern.

Veröffentlichungen:

Die Presse in Großbritannien steht der Gewerkschaftsbewegung überwiegend kritisch gegenüber. Daher müssen die Gewerkschaften, trotz hoher Kosten, eigene Gewerkschaftszeitungen veröffentlichen. Auch der TUC hat eigene Publikationen, vor allem den Annual Report.

## **D Tarifverhandlungen**

Grundprinzip: Tarife werden frei zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden ausgehandelt. Nur in Sektoren, in denen die Gewerkschaftsorganisationen zu schwach sind oder die Infrastruktur zu komplex ist, regelt die Regierung durch gesetzliche Maßnahmen Löhne und Arbeitsbedingungen (Hotelgewerbe, Landwirtschaft etc.).

Tarifstruktur in Großbritannien:

1. Industrieweite Tarifverträge, die durch Verträge auf Unternehmens- oder Betriebsebene ergänzt werden (hauptsächlich im Privatsektor; betreffen etwa 8 Millionen Arbeitnehmer).
2. Industrieweite Tarifverträge, die nicht durch Verträge auf Unternehmens- oder Betriebsebene ergänzt werden (hauptsächlich im öffentlichen Sektor; betreffen etwa 6 Millionen Arbeitnehmer).
3. Verträge durch Lohn-Räte (im Privatsektor; betreffen etwa 3 Millionen Arbeitnehmer).
4. Bereiche ohne Tarifverträge (Angestellte im Privatsektor; betreffen etwa 4 Millionen Arbeitnehmer).

Neuerdings versuchen die Gewerkschaften, den Rahmen der Tarifverhandlungen auch auf Fragen der Unternehmenspolitik auszuweiten. Bezüglich der Streikaktionen steht Großbritannien im internationalen Vergleich normalerweise im Mittelfeld.

Politik:

- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (höchste Priorität!)
- Unterstützung von freien Tarifverhandlungen
- Verkürzung der Arbeitszeit
- Verpflichtung zur Garantie des Rechts auf Arbeit für Frauen
- Garantie eines Arbeitsplatzes für jeden Jugendlichen

## **E Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien**

Obwohl es in Großbritannien 4 gewerkschaftliche Spitzen- oder Dachverbände gibt, konzentrieren sich etwa 80 Prozent der Organisierten auf die Mitgliedsverbände des TUC. Das Prinzip der Handlungsfreiheit wird allseits unterstützt.

## **7 Die Gewerkschaftsbewegung in Irland**

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

#### **Irish Congress of Trade Unions – ICTU –**

19, Raglan Road, Ballsbridge

IR-Dublin 4

Telefon: (0 03 53 / 1) 6 68 06 41

Telefax: (0 03 53 / 1) 6 60 90 27

#### **National Union of Journalists – NUJ –**

Liberty Hall

IR-Dublin 1

Telefon: (0 03 53 / 1) 8 74 86 94

Telefax: (0 03 53 / 1) 8 74 92 50

#### **Irish Air Line Pilots' Association – IALPA –**

Corballis Park

IR-Dublin Airport

Telefon: (0 03 53 / 1) 8 44 52 72

Telefax: (0 03 53 / 1) 8 44 60 51

#### **FINE GAEL Trade Union Council**

Castlegar

IR-Galway

Präsident: Jean Tierney

### **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Der ICTU ist der einzige und zugleich gemeinsame gewerkschaftliche Dachverband der Republik Irland und Nordirlands. Von seinen 70 Mitgliedsorganisationen haben jedoch nur 18 Einzelmitglieder in beiden staatlichen Bereichen.

Der ICTU repräsentiert rund 90 Prozent der organisierten Arbeitnehmer. Der Rest ist in kleineren Organisationen Mitglied.

Die Gesamtzahl der Mitglieder lag 1991 bei 673 000, die der ICTU 1994 bei 600 000. Der Organisationsgrad wurde von den Gewerkschaften (brutto) für 1988 mit 52,4 Prozent angegeben und lag nach wissenschaftlichen Berechnungen 1990 bei 44 Prozent.

Der Frauenanteil macht gut ein Drittel der Organisierten (1991: 37 Prozent) aus, wird freilich von den Lehrgewerkschaften für ihren Organisationsbereich mit 60 Prozent angegeben.

## **8 Die Gewerkschaftsbewegung in Italien**

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

#### **Confederazione Generale Italiana del Lavoro – CGIL – (kommunistische Tradition)**

Corso d'Italia, 25

I-00198 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 84 76-1

Telefax: (00 39 / 6) 84 76-4 98

Generalsekretär: Sergio Cofferati

Veröffentlichungen: „Rossegna sindacale“; „Quaderni di rassegna sindacale“

#### **Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori – CISL – (linkskatholische Tradition)**

Via Po, 21

I-00198 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 84 73-1

Telefax: (00 39 / 6) 84 73-3 14

Generalsekretär: Sergio D'Antoni

Veröffentlichungen: „Conquiste del lavoro“; „Il progetta“; „Contrattazione“

#### **Unione Italiana del Lavoro – UIL – (sozialdemokratische Tradition)**

Via Lucullo, 6

I-00187 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 47 53-1

Telefax: (00 39 / 6) 47 53-2 95

Generalsekretär: Pietro Larizza

Veröffentlichung: „Lavoro italiano“

**Confederazione Italiana Sindacati Nazionali Lavoratori – CISNAL –**

Via Principe Amedeo, 42

I-00185 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 4 81 79 19

Telefax: (00 39 / 6) 4 88 22 66

Generalsekretär: Mauro Nobilia

**Confedir – Dircom – Confederazione Nazionale dei Quadri Direttivi della  
Funzione Pubblica**

**(Öffentlicher Dienst)**

Via Arco dei Banchi, 6–8

I-00186 Roma

Telefon/Telefax: (00 39 / 6) 68 80 36 88

**Confederazione Italiana Dirigenti di Azienda – CIDA –  
(Leitende Angestellte)**

Via Nazionale, 75

I-00184 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 4 81 85 51

Telefax: (00 39 / 6) 4 87 39 94

Präsident: Gian Paolo Carrozza

Generalsekretär: Giovanni Cardegna

**Federazione Nazionale della Stampa Italiana  
(Journalisten)**

Corso Vittorio Emanuele, 349

I-00186 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 6 83 38 79

Telefax: (00 39 / 6) 6 87 14 44

**Associazione Nazionale Piloti Aviazione Commerciale – ANPAC –  
(Luftverkehrspiloten)**

Viale Eroi di Rodi, 214

I-00128 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 5 07 33 27

Telefax: (00 39 / 6) 5 07 33 19

**Democrazia Cristiana  
(Christlich Soziale)**

Piazza del Geau, 46

I-00186 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 59 01-1

Telefax: (00 39 / 6) 59 01-39 51

Präsident: Mino Martinazzoli

**Movimento Cristiano Lavoratori – MCL –  
(Christliche Arbeiterbewegung)**

Via Luzzatti, 13 a

I-00185 Roma

Telefon: (00 39 / 6) 7 00 51 18

Telefax: (00 39 / 6) 7 00 51 53

Präsident: Nazareno Figorilli

**Arbeiter & Angestellte in der Südtiroler Volkspartei – SVP –  
(Landessozialausschuß)**

Brennerstraße 7 A

I-39100 Bozen/Südtirol

Telefon: (00 39 / 4 71) 98 94 39

Telefax: (00 39 / 4 71) 97 24 49

Präsident: Sepp Kußstatscher

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Jeder der drei großen Bünde, CGIL, CISL und UIL, organisiert Arbeitnehmer des öffentlichen und privaten Sektors, Arbeiter und Angestellte sowie zunehmend Rentner (5 Millionen!), Arbeitslose und Selbständige. 1993 waren das insgesamt 10,7 Millionen Organisierte (CGIL: 5,4 Millionen; CISL: 3,7 Millionen; UIL: 1,6 Millionen). 1991 betrug der gewerkschaftliche Netto-Organisationsgrad etwa 39 Prozent. Neben den 3 Dachverbänden bestehen in Italien „autonome Gewerkschaften“ sowie Basis-Gewerkschaften (comitati di base – COBAS) und Spezial-Organisationen wie CIDA (146 000 Führungskräfte), durch deren – statistisch weithin nicht möglich – Mitberücksichtigung der gewerkschaftliche Organisationsgrad etwas besser ausfallen würde.

**C Struktur**

Gegenwärtig weist jeder der 3 großen Bünde vergleichbare Strukturen auf (horizontale, vertikale und territoriale). Außerdem gibt es pro Organisation 3 Ebenen (die lokale mit den Verwaltungsstellen; die regionale; die nationale). Zusätzlich wurden für die geplante Fusion Einheitsstrukturen mit 2 Ebenen geschaffen (die Delegiertenräte und die Zonenräte). Durch die Fusionen und Umschichtungen unterhalb der Dachverbände wurde bereits die Anzahl der Branchengewerkschaften gesenkt.

Horizontale Strukturen:

Neben der nationalen Ebene untergliedern sich die räumlichen Strukturen der drei Bünde auf territorialer und regionaler Ebene. Die territorialen und lokalen Strukturen der Bünde werden aus allen dem Bund angehörenden Branchengewerkschaftsorganisationen gebildet. Die regionalen Strukturen der Bünde stellen das fundamentale Gewerkschaftsinstrument zur Steuerung der Beziehungen und zur Lösung von Streitfällen mit den jeweiligen regionalen Behörden dar.



Leitungs- und Exekutivorgane sind der Kongreß, der Generalrat (Leitungsausschuß), der Exekutivausschuß (Leitungsausschuß) und das Sekretariat mit den Rechnungsprüfern und der Schiedsstelle.

Vertikale Strukturen:

- Branchengewerkschaften oder Branchenverbände (also keine Berufsgewerkschaften!)
- Untergliederungen der Branchenverbände (territoriale, regionale und nationale Ebene)

Gewerkschaftsstrukturen am Arbeitsplatz und Delegiertenräte:

Die neuen Formen der Gewerkschaftsorganisation der Arbeitnehmer in den Betrieben untergliedern sich in drei Typen einheitlicher Basisstrukturen (Sektions- oder Gruppendelegierte; Delegiertenrat; Generalversammlung).

## **D Allgemeine Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften**

Die Ziele der Bünde sind mehr oder weniger gleichlautend in den Statuten der drei Bünde verankert:

- Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen
- Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer
- Schutz der Gesundheit
- Durchsetzung eines Systems der sozialen Sicherheit
- Vollbeschäftigung und gerechte Einkommensverteilung
- Gleichbehandlung der Frauen
- Berufsausbildung der Jugendlichen sowie gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit.

## **E CGIL – Confederazione Generale Italiana del Lavoro**

Allgemeines:

Größter italienischer Gewerkschaftsbund (5,4 Millionen Mitglieder); organisiert Arbeitnehmer unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit, ihrer ideologischen Überzeugung oder ihrer Religionszugehörigkeit (aber 56 Prozent der Mitglieder gehören der Kommunistischen Partei an); Mitgliedschaft in Industrie, Dienstleistung und Verwaltung

Organe: Bundeskongreß; Allgemeiner Rat; Leitungsausschuß; Exekutivausschuß; Sekretariat

Finanzierung:

Die CGIL finanziert sich vorwiegend aus den Gewerkschaftsbeiträgen und Einschreibungen.

Politik:

- Demokratisierung der Wirtschaft und der „Unternehmensplanung“
- Umfangreiche Informations-, Vorschlags- und Kontrollrechte für Arbeitnehmer

- Orientierung der öffentlichen Aufgaben zugunsten der industriellen Entwicklung, einer wirksameren Sozialpolitik und einer erhöhten Beschäftigung sowie eine Reduzierung des steuerlichen Drucks auf die lohnabhängigen Arbeitnehmer
- Bekämpfung der Steuerflucht
- Gleiche Lohnerhöhungen für alle Arbeitnehmer
- Verkürzung der Arbeitszeit

Internationale Mitgliedschaft:

Die CGIL ist ausschließlich Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Die meisten Branchengewerkschaften gehören zu den jeweiligen Europäischen Gewerkschaftsausschüssen.

Beziehungen zu politischen Parteien:

Offizielle Zielvorstellung ist die Autonomie gegenüber den politischen Parteien.

## **F CISL – Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori**

Allgemeines:

Rund 3,7 Millionen Mitglieder; pluralistische Gewerkschaft ohne jegliche organisierte politische Strömung mit Mitgliedern aus allen Arbeitnehmergruppen; Mitgliedschaft im Dienstleistungssektor, in Industrie und Landwirtschaft

Organe:

Bundeskongreß; Allgemeiner Rat; Exekutivauschuß; Bundessekretariat; Rechnungsprüfer; Schiedsstelle

Finanzierung:

Die Finanzierung erfolgt fast ausschließlich aus den Beitragszahlungen.

Politik:

- Politische Autonomie der Gewerkschaft
- Maximale Lohnerhöhung unter Berücksichtigung der Inflation
- Demokratisierung der Wirtschaft
- Solidaritätsfonds der Arbeitnehmer
- Verkürzung der Arbeitszeit

Internationale Mitgliedschaft:

Die CISL ist dem IBFG, dem TUAC und dem EGB angeschlossen. Die meisten der Branchengewerkschaften gehören den jeweiligen europäischen Gewerkschaftsausschüssen an.

Beziehungen zu politischen Parteien:

Offizielle Zielvorstellung ist die Autonomie gegenüber allen politischen Parteien.

## G UIL – Unione Italiana del Lavoro

Allgemeines:

Rund 1,6 Millionen Mitglieder; Unabhängigkeit von jeglichem staatlichen, konfessionellen und parteipolitischen Einfluß; Mitgliedschaft in der öffentlichen Verwaltung, der Dienstleistung und der Industrie

Organe:

Kongreß; Zentralkomitee; Exekutivausschuß; Bundessekretariat; Schiedsstelle; Rechnungsprüfer

Finanzierung:

Die UIL finanziert sich vorwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Einschreibungen.

Politik:

- Neues Gewerkschaftsmodell
- Mitwirkende Rolle der Gewerkschaft
- Fortgeschrittene Wirtschafts- und Industriedemokratie
- Mitbestimmung der Gewerkschaft
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Hilfe der Arbeitszeitverkürzung und flexibler Arbeitszeitgestaltung
- Angemessene Lohn- und Gehaltsspanne, die den beruflichen Qualifikationen Rechnung trägt

Internationale Mitgliedschaft:

Die UIL ist dem IBFG, dem TUAC und dem EGB angeschlossen. Die meisten Branchengewerkschaften gehören auch den jeweiligen Europäischen Gewerkschaftsausschüssen und den Internationalen Berufssekretariaten (IBSen) an.

Beziehungen zu den politischen Parteien:

Offizielle Zielvorstellung ist die Autonomie gegenüber allen politischen Parteien.

## H Tarifverhandlungen

Das italienische Tarifverhandlungssystem sieht die Möglichkeit für Verhandlungen sowohl durch die Branchengewerkschaften als auch durch die Bünde vor. In Italien gibt es weder Einschränkungen des Verhandlungsrechts noch des Streikrechts.

Es existieren **drei Verhandlungsebenen** (die zentralen gemeinsamen Verhandlungen der Gewerkschaftsbünde mit den öffentlichen und privaten Arbeitgeberverbänden sowie zeitweise mit der Regierung in unregelmäßiger Folge; die nationalen Verhandlungen der Branchenförderungen und Branchengewerkschaften mit den Branchenverbänden der Arbeitgeber; die Verhandlungen der Gewerkschaften auf Betriebsebene mit den einzelnen Arbeitgebern als detaillierte Verhandlungen über die Arbeitsorganisation).

Für das Streikrecht besteht in Italien keine gesetzliche Einschränkung. Der Streik kann von Bündeln auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene und von den seit

1993 existierenden Einheitlichen Gewerkschaftsvertretungen (RSU), den ehemaligen Fabrikräten (consigli di fabbrica), beschlossen werden. Der streikende Arbeitnehmer erhält keinerlei finanzielle Unterstützung von der Gewerkschaft und verliert für die Streiktage seinen gesamten Lohn. Daraus folgt, daß die Streiks in Italien in der Regel sehr kurz sind.

Die Aussperrung ist im Gegensatz zum Streikrecht in der Verfassung rechtlich nicht verankert und wird von den Arbeitgebern nur selten eingesetzt.

Ein Schlichtungsverfahren ist beim Scheitern von Verhandlungen nicht zwingend vorgesehen. Doch kann das Arbeitsministerium auf Antrag der Tarifvertragsparteien als Vermittler auftreten.

## **I Besondere Merkmale**

- Organisatorische Homogenität der 3 Bünde (aber das Ziel der „Gewerkschaftseinheit“ liegt noch in weiter Ferne)
- Formale Autonomie der Gewerkschaften gegenüber politischen Parteien (aber traditionell starkes politisches Engagement)
- Fehlen von gesetzlich fixierten Mitbestimmungsrechten

## **9 Die Gewerkschaftsbewegung in Luxemburg**

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

#### **Confédération Générale du Travail du Luxembourg – CGT-L – Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg – OGB-L – (sozialistische Tradition)**

66, rue de Bonnevoie

L-1260 Luxembourg

Telefon: (0 03 52) 48 70 40

Telefax: (0 03 52) 54 16 20

Präsident: John Castegnaro

Veröffentlichung: „OGB-L Aktuell“

#### **Lëtzebuenger Chrëschtliche Gewerkschaftsbond – LCGB – (christlich-soziale Tradition)**

11, rue du Commerce

L-1012 Luxembourg

Telefon: (0 03 52) 49 94 24-1

Telefax: (0 03 52) 49 94 24-49

Präsident: Marcel Glesener

Generalsekretär: Robert Weber

Veröffentlichung: „Soziale Fortschrëtt“

### **Confédération Générale de la Fonction Publique – CGFP –**

8, rue Arthur Knaff

L-1862 Luxembourg

Telefon: (0 03 52) 43 47 45 und 4 99 20 21 36

Telefax: (0 03 52) 33 28 21

Veröffentlichung: „Fonction Publique“

### **Fédération des Employés Privés/Fédération Indépendante des Travailleurs et Cadres – FEP/FIT et Cadres –**

16, Avenue de la Faiencerie

L-1510 Luxembourg

Telefon: (0 03 52) 22 62 62

Telefax: (0 03 52) 22 62 66

Veröffentlichung: „L'Employé“

### **Association Luxembourgeoise des Journalistes – ALJ –**

B.P. 1732

L-1027 Luxembourg

Telefon: (0 03 52) 43 85 09

Telefax: (0 03 52) 42 44 31

### **Association Luxembourgeoise des Pilotes de Ligne – ALPL –**

8, Rue Jean Engling

L-1466 Luxembourg

Telefon: (0 03 52) 43 53 53

## **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Die Luxemburger Gewerkschaften repräsentieren rund 75 000 Arbeitnehmer (LCGB 1994: gut 27 000). Ihr Organisationsgrad wird mit netto etwa 50 Prozent angegeben.

## **C Besondere Merkmale**

- Ausgeprägter gewerkschaftlicher Pluralismus
- Die beiden dominierenden Bünde, CGT-L und LCGB, sind auf europäischer Ebene Mitglieder des gleichen Dachverbandes, des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).
- Neben Deutschland (Freie Hansestadt Bremen; Saarland) und Österreich verfügt auch Luxemburg über ein Kammerwesen für Arbeitnehmer (Arbeiterkammer – AK –; Privatbeamtenkammer – CEP –; Kammer der Staatsbeamten und der öffentlichen Angestellten).

## 10 Die Gewerkschaftsbewegung auf Malta

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### **General Workers' Union – GWU –**

Workers' Memorial Building

South Street

Valletta

Malta

Telefon: (0 03 56) 62 43 00 und 62 05 05

Telefax: (0 03 56) 24 34 54

#### **Confederation of Malta Trade Unions – CMTU –**

13/3, South Street

Valletta

Malta

Telefon: (0 03 56) 22 08 47 und 22 26 63

Telefax: (0 03 56) 25 01 46

Präsident: S. Spiteri

Generalsekretär: C.V. Naudi

#### **Airline Pilots' Association – Malta – ALPA-M –**

41, St. Christopher Street

Valletta

Malta

Telefon: (0 03 56) 49 57 52 und 49 86 84 und 44 54 30 und 82 76 19

### B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft

Die beiden maltesischen Gewerkschaftsbünde, GWU und CMTU, sind erst 1986 per Gesetz als auf nationaler Ebene repräsentativ anerkannt worden, gehören beide dem gleichen europäischen Dachverband, dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), an und zählen insgesamt etwa 70 000 Mitglieder, 42 000 die GWU und 28 000 die CMTU.

# 11 Die Gewerkschaftsbewegung in den Niederlanden

---

## A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

### **Federatie Nederlandse Vakbeweging – FNV – (sozialistisch/katholische Tradition)**

Naritaweg 10

NL-1043 BX Amsterdam

Postbus 8456

NL-1005 AL Amsterdam

Telefon: (00 31 / 20) 5 81 63 00

Telefax: (00 31 / 20) 6 84 45 41

Vorsitzender: Johan Stekelenburg

Generalsekretär: Louis Groen

Veröffentlichung: „FNV-Magazine“

### **Christelijk Nationaal Vakverbond – CNV – (protestantische Tradition)**

Ravellaan 1

NL-3533 JE Utrecht

Postbus 2475

NL-3500 GL Utrecht

Telefon: (00 31 / 30) 2 91 39 11

Telefax: (00 31 / 30) 2 94 65 44

Vorsitzender: Anton Westerlaken

Generalsekretär: Peter Cammaert

Veröffentlichung: „CNV Opinie“

### **Algemene Vakcentrale – AVC – (Neuer Dachverband autonomer Organisationen)**

Laan van Meerdervoort 50

NL-2517 AM Den Haag

Telefon: (00 31 / 70) 3 56 15 43

Telefax: (00 31 / 70) 3 61 56 81

Vorsitzender: J.C. van der Hoek

Generalsekretär: H. van Steenbergen

Veröffentlichung: „Blauwdruk“

### **Ambtenarencentrum – AC – (Öffentlicher Dienst – AVC-Mitglied)**

Laan van Meerdervoort 50

NL-2517 AM 's Gravenhage

Telefon: (00 31 / 70) 3 56 02 33

Telefax: (00 31 / 70) 3 61 56 81

**Centrale van Middelbare en Hogere Functionarissen – CMHF –  
(Öffentlicher Dienst)**

Nieuwe Parklaan 107  
NL-2508 GE 's Gravenhage  
Telefon: (00 31 / 70) 3 54 84 00  
Telefax: (00 31 / 70) 3 51 27 19

**Vakorganisatie voor Middelbaar en Hoger Personeel – VHP –  
(Leitende Angestellte – MHP-Mitglied)**

Randhoeve 223  
NL-3995 GA Houten

**Nederlandse Vereniging van Journalisten – NVJ –**

Johannes Vermeerstraat 22  
Postbus 75997  
NL-1070 AZ Amsterdam  
Telefon: (00 31 / 20) 6 76 67 71  
Telefax: (00 31 / 20) 6 62 49 01

**Dutch Air Line Pilots' Association – VNV –**

Postbus 192  
NL-1170 AD Badhoevedorp  
Telefon: (00 31 / 20) 6 59 60 99  
Telefax: (00 31 / 20) 6 59 28 16

**Christen-Democratisch Appel – CDA –  
(Christlich-Soziale)**

De Vooyplantsoen 62  
NL-3571 ZS Utrecht  
Telefon: (00 31 / 30) 2 71 10 33  
Telefax: (00 31 / 30) 2 71 14 51

Präsident: Frans Vandergun

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

In den Niederlanden werden 2 Kategorien von Gewerkschaftsbünden unterschieden:

a) vom Sozial-Ökonomischen Rat, SER, anerkannte  
und

b) vom SER nicht anerkannte gewerkschaftliche Spitzenverbände.

In ersteren (a) gehören die FNV, der CNV, die MHP und die AVC. Sie repräsentierten 1993 gemeinsam rund 1,8 Millionen Mitglieder (FN: 1 100 000; CNV: 320 000; MHP: 135 000; AVC: 250 000). Das entsprach einem Organisationsgrad von etwa 25 Prozent.

Letztere (b) dürften zusammen eine weitere Million Arbeitnehmer organisieren.

Der Anteil der Frauen an den Gewerkschaftsmitgliedern ist vergleichsweise niedrig, stieg aber in den letzten zehn Jahren deutlich. Die FNV kam 1992 auf 22,3 Prozent.



## **C Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in den Niederlanden**

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung zeichnet sich durch eine pluralistische Struktur aus. Hintergrund dieses Charakteristikums ist vor allem der Einfluß, den die katholische und die protestantische Kirche auf das Wirtschaftsleben der Niederlande in der Geschichte ausgeübt haben und ganz speziell auf die Entwicklung der Gewerkschaften.

Sodann sind die Arbeitsbeziehungen durch ein Konzertierungsmodell geprägt: Die Sozialpartner versuchen weitestgehend, durch Verabredungen und Kompromisse Konflikte zu vermeiden.

Bisheriges Instrument dazu ist die 1945 von den Sozialpartnern gegründete Stiftung der Arbeit.

Sie initiierte auch das 1950 verabschiedete Gesetz über die öffentlich-rechtliche Betriebsorganisation: PBO. Deren Spitzenorgan wurde der Sozial-Ökonomische Rat, der SER, der die Regierung auf sozialwirtschaftlichem Gebiet berät und speziell auch für die Anerkennung von gewerkschaftlichen Spitzenverbänden zuständig ist.

## **12 Die Gewerkschaftsbewegung in Norwegen**

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

#### **Landsorganisasjonen i Norge – LO-N – (Norwegischer Gewerkschaftsbund)**

Youngsgata 11

N-0181 Oslo

Telefon: (00 47 / 22) 03 10 50

Telefax: (00 47 / 22) 03 17 43

Vorsitzender und Generalsekretär: Ynge Hågensen

Veröffentlichung: „LO Aktuell“

Gründung: April 1899

#### **Akademikernes Fellesorganisasjon – AF – (Organisation angestellter Akademiker)**

Tollbugata 35

N-0157 Oslo

Telefon: (00 47 / 22) 42 08 90

Telefax: (00 47 / 22) 42 45 48

Präsident: Magne Songvoll

Generalsekretär: Kai Thoresen

Veröffentlichung: „AF-Rapport“

Gründung: 1975

**Yrkesorganisasjonens Sentralforbund – YS –  
(Dienstleistungs-Gewerkschaft)**

Lakkegata 3

N-0187 Oslo

Telefon: (00 47 / 22) 17 33 55

Telefax: (00 47 / 22) 17 21 82

Präsidentin: Eva Bjøreng

Generalsekretär: Tore Holme

Veröffentlichung: „YS-Nytt“ (intern)

Gründung: 1977

**Norges Arbejdslederforbund – NALF –  
(Norwegische Führungskräfte-Vereinigung)**

Drammensveien 40

Boks 2523, Solli

N-0203 Oslo – 2

**Norsk Journalistlag**

Boks 8793, Youngstorget

Storgatan 14

N-0028 Oslo – 1

Telefon: (00 47 / 22) 17 01 17

Telefax: (00 47 / 22) 17 17 82

**Norwegian Airline Pilots' Association (NF)**

Oksenøystien 2

N-1324 Lysaker

Telefon: (00 47 / 67) 58 11 85

Telefax: (00 47 / 67) 58 11 82

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

In Norwegen sind etwa 1,2 Millionen Arbeitnehmer organisiert. Das entspricht einem Organisationsgrad von brutto 68 Prozent, netto 58 Prozent. Die LO-N ist daran mit etwa 750 000 Mitgliedern beteiligt, AF und YS mit je rund 125 000. Der nur für die LO-N nachweisbare Frauenanteil erreichte zu Beginn der 90er Jahre etwa 40 Prozent.

**C Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in Norwegen**

- Sozialpartnerschaft, die auf einem Grundsatzabkommen basiert, das Rechte und Pflichten der beiden Partner festlegt und zu ständigen Kontakten zwischen den Dachorganisationen sowie mit den Fachverbänden führt.
- Berücksichtigung der Interessen Dritter bei der Durchsetzung eigener gewerkschaftlicher Forderungen.

- Einfluß auf die öffentliche Meinung durch die Herausgabe von rund 40 gewerkschaftlichen Tageszeitungen, deren Arbeit durch eine gemeinsame Nachrichtenagentur koordiniert wird.
- Enge Zusammenarbeit mit der Norwegischen Arbeiterpartei (Det Norske Arbeiderpartiet – DNA –), die Ende des vorigen Jahrhunderts wesentlich an der Gründung und Entwicklung von Gewerkschaften in Norwegen beteiligt war (LO-N-Gründung: 1. April 1899). Dadurch starker Einfluß der Gewerkschaften auf Politik und Gesellschaft.

## 13 Die Gewerkschaftsbewegung in Österreich

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### Österreichischer Gewerkschaftsbund – ÖGB –

Hohenstaufengasse 10–12

A-1010 Wien

Telefon: (00 43 / 1) 5 34 44-0

Telefax: (00 43 / 1) 5 34 44-2 04

Präsident: Friedrich (Fritz) Verzetnitsch

Leitende Sekretäre:

- Karl Drochter (Organisation)
- Mag. Herbert Tumpel (Grundsatz und Finanzen)

Veröffentlichung: „Solidarität“

#### Wirtschaftsforum der Führungskräfte – WdF –

Lothringer Straße 12

A-1031 Wien

Telefon: (00 43 / 1) 71 26 51 00

Telefax: (00 43 / 1) 7 11 35 29 12

#### KMFB-Sektion „Journalisten“

##### – Österreichische Journalisten-Gewerkschaft –

Bankgasse 8

A-1010 Wien

Telefon: (00 43 / 1) 5 33 14 02

Telefax: (00 43 / 1) 5 35 43 55

#### Austrian Airline Pilots' Association – AUALPA –

Austrian Airlines Crew Building

A-1300 Vienna Airport

Telefon: (00 43 / 1) 70 07-57 99

Telefax: (00 43 / 1) 70 07-57 98

**Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund  
– Fraktion Christlicher Gewerkschafter – ÖAAB-FCG –**

Hohenstaufengasse 12

A-1010 Wien

Telefon: (00 43 / 1) 5 34 44-2 10

Telefax: (00 43 / 1) 5 34 44-4 99

Präsident: Friedrich (Fritz) Neugebauer

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Die statistisch verfügbaren Daten beziehen sich auf den ÖGB. Dessen 15 Fachgewerkschaften repräsentieren rund 1,6 Millionen Arbeitnehmer. Der Organisationsgrad liegt bei 56 Prozent brutto oder 46 Prozent netto. Die Anteile der Personengruppen an der Gesamtmitgliedschaft teilen sich etwa folgendermaßen auf:

Öffentlicher Dienst (36 Prozent)

Arbeiter (44 Prozent)

Angestellte (20 Prozent)

Frauen (31 Prozent)

**C Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in Österreich**

Die Arbeitnehmer in Österreich sind in besonders hohem Maße einheitsgewerkschaftlich organisiert. Alternativen zum ÖGB treten kaum in Erscheinung. Dafür kennen der ÖGB und seine Mitgliedsgewerkschaften jedoch das Struktur-Prinzip der Fraktionen für kommunistische, sozialistische und christliche Individual-Mitglieder mit je eigenen vorlaufenden satzungsgemäßen Konferenzen und Kongressen.

Weiteres hervorstechendes Merkmal österreichischer Vertretung von Arbeitnehmerinteressen ist das nach Bund und Ländern gegliederte Arbeitskammer-System (Arbeiterkammertag/Arbeiterkammern). Vergleichbare Institutionen kennen nur Luxemburg und in Deutschland die Bundesländer Bremen und das Saarland.

## **14 Die Gewerkschaftsbewegung in Portugal**

---

**A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

**União Geral dos Trabalhadores (Portugueses) – UGT-P –  
Allgemeine Union der Arbeitnehmer  
(sozialistische Tradition)**

Rua Buenos Aires, 11

P-1200 Lisboa

Telefon: (0 03 51 / 1) 3 97 64 72

Telefax: (0 03 51 / 1) 3 97 46 12

Präsident: José Pereira Lopes

Generalsekretär: José Manuel Torres Couto

Veröffentlichungen: „UGT – Informacao“; „UGT – Consumidor“; „Novos Desafios“.

Gründung: 1978

**Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses – Intersindical Nacional – CGTP-IN –**

**Allgemeiner Bund der Portugiesischen Arbeitnehmer (kommunistische Tradition)**

Rua Victor Cordón, 1–3°

P-1200 Lisboa

Telefon: (0 03 51 / 1) 8 14 82 44

Koordinator der Exekutivkommission: Manuel Carvalho da Silva

Veröffentlichungen: „Alavanca“. (Die CGTP-IN besitzt ein eigenes Verlagshaus „Edicoes 1 de Outubro“.)

Gründung: 1970

**Sindicato da Administração Pública Central Regionale e Local – SINACEL –**

Rua Almeida e Sousa NO 11

P-1200 Lisboa

Telefon: (0 03 51 / 1) 3 97 08 16

**Associação Nacional de Professores – ANPEB –**

Rua S. Vicente 37

P-4700 Braga

Telefon: (0 03 51 / 53) 61 60 20 und 61 02 19

Telefax: (0 03 51 / 53) 61 03 87

**Federação Nacional de Sindicatos de Cuadros – Fensiq –**

Avenida João XXI, 5–1 „Dt“

P-1200 Lisboa

**Sindicato dos Jornalistas**

Rua Dos Duques de Bragança 7–2 Dto

P-1200 Lisboa 2

Telefon: (0 03 51 / 1) 3 46 43 54

Telefax: (0 03 51 / 1) 3 42 25 83

**Sindicato dos Pilotos da Aviação Civil – SPAC –**

Rua Frei Tomé de Jesus 8/8A

P-1200 Lisboa

Telefon: (0 03 51 / 1) 7 93 19 31 und -45 06 und -04 43

Telefax: (0 03 51 / 1) 77 41 17

## **Federação dos Trabalhadores Democrata-Cristãos – FTDC –**

Largo A. Amaro da Costa 5

P-1196 Lisboa Codex

Telefon: (0 03 51 / 1) 88 11 71

Telefax: (0 03 51 / 1) 3 95 31 59

Präsident: Manuel Andrade

### **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung in Portugal beträgt 4 578 000 von insgesamt 9 752 000 Einwohnern. Abhängig beschäftigt sind etwa 2,8 Millionen Personen. Für die Repräsentativität der Gewerkschaftsbünde besteht in Portugal kein offizielles Bezugskriterium. 1986 organisierte CGTP-IN 1,15 Millionen Arbeitnehmer. Zur gleichen Zeit lag die Mitgliederzahl der UGT bei gut einer Million. Zum 95er EGB-Kongreß wurden freilich wesentlich geringere Mitgliederbestände gemeldet (UGT-P: 501 000; CGTP-IN: 877 000). Der Netto-Organisationsgrad wird für Portugal aktuell auf rund 30 Prozent geschätzt.

### **C UGT-P – União Geral dos Trabalhadores (Portugueses)**

Aufgaben und Ziele:

- Freiheit zur Gründung von Gewerkschaftsorganisationen und Garantie ihrer Unabhängigkeit
- Mitwirkung der Arbeitnehmer in allen Bereichen der gewerkschaftlichen Tätigkeit
- Fraktionsrecht
- Soziale und kulturelle Entfaltung der Arbeitnehmer
- Verteidigung der politischen Demokratie
- Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und der Chancengleichheit sowie der angemessenen Entlohnung
- Förderung der gesellschaftlichen Integration der Arbeitnehmer
- Mitgestaltung aller Aspekte der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Landes
- Abschaffung regionaler Ungleichgewichte
- Modernisierung als Festigung der Demokratie und Integration Portugals in die Europäische Gemeinschaft

Struktur:

Organe des Bundes sind der Kongreß (höchstes Organ des Bundes), der Generalrat (höchstes Organ im Zeitraum zwischen den Kongressen), der Präsident, der Generalsekretär, das Nationale Sekretariat (u.a. Leitung und Koordinierung der gesamten Gewerkschaftstätigkeit entsprechend der vom Kongreß festgelegten Strategie und den Beratungen im Generalrat), die Rechnungsprüfungskommission und der Disziplinarrat.

Zur vertikalen Struktur einschließlich Berufsgewerkschaften gehören die betriebliche Gewerkschaftssektion (Summe aller Arbeitnehmer des jeweiligen Betriebes, die Mitglieder von UGT-Gewerkschaften sind), die verschiedenen Berufsgewerk-

schaften (in der Regel mehrere UGT-Gewerkschaften im gleichen Unternehmen), die landesweit nach Wirtschafts- oder Berufszweigen organisierten Gewerkschaften und die Gliederung nach 52 Gewerkschaften.

Die territoriale Struktur hat zum Ziel, die Dezentralisierung ihrer Organisationen und ihrer Tätigkeiten voranzutreiben, das heißt, Bund und Gewerkschaften bilden Regionaldelegationen.

Finanzierung:

Die UGT-Gewerkschaften werden zum größten Teil aus Beiträgen der Arbeitnehmer finanziert.

Beziehungen zu den politischen Parteien:

Zwischen der UGT und den politischen Parteien bestehen keine institutionellen Beziehungen.

Internationale Mitgliedschaft:

Die UGT ist Mitglied des IBFG, des EGB und des gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD (TUAC).

## **D CGTP-IN – Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses – Intersindical Nacional**

Aufgaben und Ziele:

- Unabhängigkeit von Staat, Parteien etc.
- Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und der imperialistischen Beherrschung
- Organisierung der Arbeitnehmer
- Aktionen zur Erfüllung der Forderungen
- Solidarität zwischen allen Arbeitnehmern
- Emanzipierung der Arbeiterklasse (klassenlose Gesellschaft)
- Verwirklichung des Rechts auf Arbeit (Erste Priorität)
- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
- Entwicklung der Berufsausbildung
- Arbeitszeitverkürzung

Struktur:

Die CGTP-IN als Bund setzt sich aus Berufsgewerkschaften zusammen. Es gibt Verbände (vertikal) pro Tätigkeitszweig, die die Gewerkschaften eines Tätigkeitsbereiches (Berufsgewerkschaften) umfassen. Daneben existieren Orts- und Distriktunionen (horizontal), in denen die Gewerkschaften gleicher Region Mitglied sind.

Entscheidungsorgane des Bundes sind der Kongreß (höchstes Organ des Bundes, der unter anderem die Leitlinien für die gewerkschaftliche Tätigkeit festlegt), die Generalversammlung, der Nationalrat (führt Richtlinien aus) und die Exekutivkommission („Wirkliche Leitung des Bundes“) mit Sekretariat und Koordinator.

Zur vertikalen Struktur einschließlich Berufsgewerkschaften gehören die Gewerkschaft als Grundlage der Struktur der CGTP-IN, die Gewerkschaftssektion als organisierte Struktur der Gewerkschaft im Unternehmen (die Organe der betrieblichen Gewerkschaftssektion sind die Arbeitnehmer-Vollversammlung, die Gewerkschaftsdelegierten, die Gewerkschaftskommission oder Delegiertenkommission und die übergewerkschaftlichen Kommissionen), das dezentrale Element, der Verband als Zwischenstruktur (setzt sich zusammen aus den Gewerkschaften einer Branche beziehungsweise eines Tätigkeitssektors oder den Berufsgewerkschaften) und die 114 Mitgliedsgewerkschaften.

Die territoriale Struktur zeigt sich in den Distriktionen (Zwischenorgan, das sich aus repräsentativen Gewerkschaften von Arbeitnehmern zusammensetzt, die ihre Tätigkeit in einem bestimmten Distrikt ausüben). Ihre Aufgaben bestehen in Leitung und Koordinierung der gewerkschaftlichen Tätigkeiten im eigenen Aktionsradius.

Finanzierung:

Die CGTP-IN wird im wesentlichen aus den Beiträgen der Mitgliedergewerkschaften finanziert. Sie besitzt außerdem eine Reiseagentur sowie einen Büromaterialvertrieb.

Internationale Mitgliedschaft:

Die CGTP-IN ist dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) angeschlossen; sie unterhielt früher bestimmte Arbeitsbeziehungen zum kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) und zum ehemals christlichen Weltverband der Arbeitnehmer (WVA).

Beziehungen zu den politischen Parteien:

Die meisten aktiven Mitglieder der CGTP-IN sind Anhänger der Kommunistischen Partei Portugals (PCP).

## **E Tarifverhandlungen**

In Portugal sind die Gewerkschaften, nicht die Gewerkschaftsbünde, zu Tarifverhandlungen befugt. Es bestehen zwei Verhandlungsebenen und von daher auch zwei Arten von Tarifverträgen (sektorielle und betriebliche). Zur Beilegung von Konflikten bedienen sich die Portugiesen dreier Systeme (Einigung; Vermittlung; Schlichtung). Abgesehen von der Schlichtung in öffentlichen Unternehmen werden diese Systeme auf freiwilliger Basis genutzt. Die portugiesische Verfassung garantiert das Streikrecht.

## **F Besondere Merkmale**

- Die Gewerkschaftsbewegung ist noch sehr jung.
- Die Gewerkschaftsbewegung ist relativ schwach (nicht zuletzt durch Konflikte zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden).
- Es werden viele kleine berufsständische Gewerkschaften gebildet, die unabhängig von den beiden Gewerkschaftsbünden sind.



- Die Tarifverhandlungen finden in der Regel auf der Ebene des Tätigkeitssektors statt.
- Die Wirksamkeit der Gewerkschaftsaktionen am Arbeitsplatz ist daher gering (ausgenommen in öffentlichen und einigen großen Unternehmen).
- In den Großbetrieben führt das Nebeneinander von Gewerkschaftskommissionen (der beiden Bünde) und Arbeitnehmerkommissionen zu Reibungsverlusten.
- Die Autonomie der Gewerkschaften ist stark ausgeprägt.
- Das Arbeitsrechtssystem ist schwerfällig sowie häufig unwirksam und verführt so zu ungeahndeten Übergriffen seitens repressiver Arbeitgeber.

## 15 Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### **Landsorganisationen i Sverige – LO-S – (Schwedischer Gewerkschaftsbund)**

Barnhusgatan 18

S-10553 Stockholm

Telefon: (00 46 / 8) 7 96 25 00

Telefax: (00 46 / 8) 24 52 28

Vorsitzender: Bertil Jonsson

Veröffentlichung: „LO-Tidningen“

Gründung: 1898

#### **Tjänstemännens Centralorganisation – TCO – (Zentralorganisation der Angestellten und Beamten)**

Linnégatan 14

S-11494 Stockholm

Telefon: (00 46 / 8) 7 82 91 00

Telefax: (00 46 / 8) 6 63 75 20

Vorsitzende: Inger Ohlsson

Veröffentlichung: „TCO – Tidningen“

Gründung: 1944 (Ursprung: 1931/1937)

#### **Sveriges Akademikers Centralorganisation – SACO – (Zentralorganisation Schwedischer Akademiker)**

Box 2206

S-10315 Stockholm

Telefon: (00 46 / 8) 6 13 48 00

Telefax: (00 46 / 8) 24 77 01

Vorsitzender: Anders Milton

Veröffentlichung: „Akademiker“

**Sveriges Arbejdsledareförbund – SALF –**  
St. Eriksgatan 26  
S-10222 Stockholm

**Svenska Journalistförbundet – SJF –**  
Box 1116  
S-11181 Stockholm  
Telefon: (00 46 / 8) 6 13 75 00  
Telefax: (00 46 / 8) 21 26 80

**Swedish Airline Pilots' Association – SAPA (schwedisch: SPF) –**  
Olofsgatan 10, 2tr  
S-11136 Stockholm  
Telefon: (00 46 / 8) 10 33 11 und 10 94 34  
Telefax: (00 46 / 8) 20 89 40

## **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

In Schweden sind rund 3,5 Millionen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Das entspricht dem weltweit höchsten Organisationsgrad von netto rund 85 Prozent. Überdurchschnittlich organisiert sind vor allem die Frauen und der von weiblichen Arbeitnehmern dominierte öffentliche Sektor. Der Jugend-Organisationsgrad von etwa 67 Prozent (1991) gilt in Schweden bereits als „Unterrepräsentation“.

Hauptrepräsentanten der organisierten Arbeitnehmer sind in Schweden die LO-S und die TCO mit 1,955 Millionen und 1,148 Millionen beim EGB gemeldeten Gewerkschaftern sowie die SACO mit etwa 260 000 Mitgliedern.

## **C Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in Schweden**

Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden ist stark mit Politik, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Presse verwoben. Zur Konflikt-Minimierung dienen gemeinsame Ausschüsse und Verträge mit konkurrierenden Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik.

Vor allem die LO-S unterhält organisierte Beziehungen zur (sozialdemokratischen) Schwedischen Arbeiterpartei (SAP). Das bedeutet u.a.:

- Einzelgewerkschaften (Mitgliedsverbände der LO-S) können auf lokaler Ebene durch Mehrheitsbeschluß entscheiden, ob ihre Mitglieder der SAP geschlossen beitreten sollen (wobei – sicherlich nicht leicht zu vertretende – individuell abweichende Entscheidungen respektiert werden).
- Tarifpolitisch gegen die Arbeitgeber nicht durchsetzbare Forderungen werden vielfach über den Umweg der regierenden SAP per Gesetz erfüllt.
- Im Gegenzug verzichtet die LO-S dann auf schnelle Durchsetzung von Forderungen, wenn dadurch ein Krisenprogramm (Kontrolle der Inflation; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) der regierenden SAP gefährdet würde.

## 16 Die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

**Schweizerischer Gewerkschaftsbund – SGB –  
Union Syndicale Suisse – USS –  
Unione Sindacale Svizzera – USS –**

Monbijoustraße 61

CH-3007 Bern

Telefon: (00 41 / 31) 3 71 56 66 und -67

Telefax: (00 41 / 31) 3 71 08 37

Präsidenten: Christiane Brunner

Vasco Pedrina

**Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz – CNG –  
Confédération des Syndicats Chrétiens de Suisse – CSC –**

Hopfenweg 21

CH-3007 Bern

Telefon: (00 41 / 31) 3 71 24 47

Telefax: (00 41 / 31) 3 71 79 41

Präsident: Hugo Fasel

Zentralsekretäre: Bruno Köstinger

Emil Kamber

**Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände – VSA –**

Badenerstraße 332

CH-8004 Zürich

Telefon: (00 41 / 1) 4 91 25 81

Telefax: (00 41 / 1) 4 01 06 25

**Vereinigung der Kader des Bundes – VKB –  
Association des Cadres de la Confédération – ACC –**

Postfach

CH-3000 Bern 7

Telefon: (00 41 / 31) 3 22 57 31 und 3 22 93 08

Telefax: (00 41 / 31) 8 09 08 61

Präsident: Dipl.-Ing. Martin Bolliger

Generalsekretär: Urs Balsiger

**Landesverband Freier Schweizer Arbeitnehmer – LFSA –  
Union Suisse des Syndicats Autonomes – USSA –**

Badenerstraße 41

CH-8004 Zürich

Telefon: (00 41 / 1) 2 41 07 57

Telefax: (00 41 / 1) 2 41 14 09

Präsident: Jakob Züst  
Zentralsekretär: Alfred Meyer

**Fédération Suisse des Journalistes – FSJ –**

Grand' Places 14 A  
CH-1701 Fribourg  
Telefon: (00 41 / 37) 81 12 00  
Telefax: (00 41 / 37) 23 12 02

**Schweizerische Journalistinnen- und Journalisten-Union – SJU –**

Neuengasse 8  
CH-3000 Bern 7  
Telefon: (00 41 / 31) 3 12 62 16  
Telefax: (00 41 / 31) 3 12 40 48

**Aeropers – AEROPERS –**

Ewiges Wegli 10  
CH-8302 Kloten  
Telefon: (00 41 / 1) 8 14 15 15 und 16  
Telefax: (00 41 / 1) 8 14 16 86

**Christliche Sozialbewegung der Schweiz – CSB –**

Hopfenweg 21  
CH-3007 Bern  
Telefon: (00 41 / 31) 45 22 76  
Telefax: (00 41 / 31) 45 24 47  
Präsident: Peter Allemann

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz zählt rund eine Million Mitglieder. Das entspricht einem Organisationsgrad von etwa 27 Prozent. Während der Anteil der Frauen (18 Prozent) und der Jugendlichen von Gewerkschaftsseite her als „sehr niedrig“ bewertet wird, gilt die Repräsentanz der ausländischen Arbeitnehmer als zunehmend gut.

Größter Gewerkschaftsbund ist in der Schweiz der SGB, der rund die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer vertritt. Ihm folgen der Größe nach der katholische CNG und die VSA. Beim EGB waren 1995 folgende Mitgliederzahlen gemeldet worden: SGB (432 000); CNG (106 267); VSA (130 147). Daß die VSA dort besser vertreten ist als in der Schweiz, hängt mit den unterschiedlichen Anteilen von Inaktiven (Rentner; Arbeitslose; Soldaten; Studenten etc.) zusammen.

**C Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz**

Bezeichnend für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in der Schweiz ist vor allem zweierlei: ein ausgeprägter Pluralismus mit einer breiten Palette von Organisationsformen und die mit Schweden vergleichbare starke Bereitschaft zu friedlicher Konfliktlösung.

Beispiele für letztere bieten die internationale Streikstatistik, in der die Schweiz gleichsam die Untergrenze bildet, sowie das immer wieder zitierte Schweizer Friedensabkommen der Metallindustrie, das sich bereits ein halbes Jahrhundert lang durch immer erneute Fortschreibung bewährt hat.

## 17 Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien

---

### **A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände**

Nach dem Tode General Francos im November 1975 begann die Demokratisierung des politischen Systems in Spanien. Dadurch haben auch die Gewerkschaften an Bedeutung und Stärke gewonnen. Aktuell gibt es in Spanien 5 bedeutende Gewerkschaftsbünde:

#### **Unión General de Trabajadores (d' España) – UGT-E – (sozialdemokratische Tradition)**

Hortaleza, 88

E-28004 Madrid

Telefon: (00 34 / 1) 5 89 76 00 und -01

Telefax: (00 34 / 1) 5 89 76 03

Generalsekretär: Cándido Méndez

Veröffentlichung: „Unión“ (vierzehntäglich)

#### **Confederación Sindical de Comisiones Obreras – CC.OO. – (kommunistische Tradition)**

Fernández de la Hoz, 12

E-28010 Madrid

Telefon: (00 34 / 1) 3 19 17 50 und 3 19 54 54

Telefax: (00 34 / 1) 3 10 48 04

Präsident: Marcelino Camacho

Generalsekretär: Antonio Gutiérrez Vegara

Veröffentlichung: „Gaceta Sindical“ (zweimonatlich)

#### **Eúzko Langilleen Alkartasuna – Solidaridad de Trabajadores Vascos – ELA-STV – (baskische Organisation)**

Barrainkua, 15

E-48009 Bilbao

Telefon: (00 34 / 4) 4 24 33 00

Telefax: (00 34 / 4) 4 24 17 30

Generalsekretär: José Elorrieta

Vorsitzender: José Miguel Leunda

Veröffentlichung: „Landeira“ (monatlich)

**Unión Sindical Obrera – USO –  
(christliche Tradition)**

Príncipe de Vergara, 13

E-28001 Madrid

Telefon: (00 34 / 1) 5 77 41 13

Generalsekretär: Manuel Zaguirre

Veröffentlichung: „Unión Sindical“ (monatlich)

**Confederación Nacional del Trabajo – CNT –  
(kommunistische Zielsetzung)**

Sagunto, 15

E-28010 Madrid

Telefon: (00 34 / 1) 4 47 57 69

Generalsekretär: Juan Gomes Casas

Zu den wichtigen Spezialverbänden gehören u.a. folgende für Behördenpersonal, Führungskräfte der Wirtschaft, Journalisten, Luftverkehrspiloten, aber auch für Christlich-Soziale zuständige Organisationen:

**Sindicato Profesores Estatales (ANPE)  
(Behördenpersonal)**

Calle Tres Cruces, 4–4°

E-28013 Madrid

Telefon: (00 34 / 1) 5 22 90 56

Telefax: (00 34 / 1) 5 22 12 37

**Confederación de Cuadros – CC –  
(Führungskräfte der Wirtschaft)**

Calle de Ayala, N° 45–2°, izqda

E-28001 Madrid

Präsident: Emilio Navasquiés Cobián

Gründung: 1985

**Federación de Asociaciones de la Prensa de España – FAPE –<sup>1</sup>  
(Journalisten)**

Plaza del Callao, 4, 7 C

E-28013 Madrid

Telefon: (00 34 / 1) 5 22 19 50

Telefax: (00 34 / 1) 5 21 15 73

---

1 Weitere Journalisten-Verbände sind beispielsweise der UGT, der ELA-STV und den CC.OO. angeschlossen.

**Sindicato Español de Pilotos de Lineas Aéreas – SEPLA –  
(Luftverkehrspiloten)**

General Diaz Porlier, 49 interior 4°  
E-28001 Madrid  
Telefon: (00 34 / 1) 4 02 28 35 und 4 01 45 00  
Telefax: (00 34 / 1) 4 01 78 38

**Unión de Treballadors Democraacristians de Catalunya – UTDC –  
(christlich-soziale Regionalorganisation)**

Castiliejos, 228, 1er. 2a.  
E-08013 Barcelona  
Telefon: (00 34 / 3) 4 47 06 08  
Telefax: (00 34 / 3) 2 65 51 35  
Präsidentin: Anna Sastre i Herrero

**B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

In Spanien gibt es keine verlässlichen Daten zur Mitgliedschaft der Gewerkschaften. Daher kursieren auch über den Organisationsgrad nur Schätzwerte (1975: 30 Prozent – 1980: 27 Prozent – 1985: 16 Prozent – 1990: 10 Prozent). Als Schätzwert kann eine Zahl von 2 Millionen gewerkschaftlich Organisierten angenommen werden. Denn allein beim EGB waren 1995 insgesamt 1,3 Millionen Gewerkschafter aus Spanien gemeldet: UGT (600 000); CC.OO. (600 000); ELA-STV (110 000), und die erst 1985 gegründete CC zählte 30 000 Führungskräfte. Zum Frauenanteil an den Gewerkschaften liegen folgende Werte vor: UGT (19 Prozent); CC.OO. (22 Prozent); USO (22 Prozent).

Die Macht der spanischen Gewerkschaften stützt sich vor allem auf die großen Unternehmen, während in den Klein- und Mittelbetrieben die gewerkschaftliche Tätigkeit immer schwach war. Sie hat sich fast ausschließlich auf Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe konzentriert. Das Erbringen von Dienstleistungen spielt lediglich eine untergeordnete Rolle.

**C UGT-E – Unión General de Trabajadores (de España)**

Zielprojektion:

Die UGT-E strebt eine vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse an.

Struktur:

Basis sind die Gewerkschaftszellen der Unternehmen. Diese Zellen bilden den Kreis- oder Ortsverband.

Die Verbände ihrerseits sind auf der nächsthöheren Ebene zu Industriegewerkschaften der Provinz zusammengefaßt. Die wiederum werden gebündelt durch die Industriegewerkschaften auf Landesebene. Mitte der 80er Jahre gab es 15 Industriegewerkschaften.

Auf die staatliche Umstrukturierung Anfang der 80er Jahre reagierte die UGT-E mit Bildung einer territorialen Struktur (Kreis- oder Ortsverband; Provinzverband; Re-

gional- oder Nationalitätenverband). Schließlich wurden durch die UGT-E auch Auslandsverbände gebildet. Der Bund vertritt die Gesamtheit aller landesweiten Branchengewerkschaften, territorialen und im Ausland existierenden Verbände.

Leitungs-Organen:

Bundeskongreß (höchstes Organ der UGT-E, das die Tätigkeiten aller übrigen Gremien kontrolliert und die programm-politischen Leitlinien festlegt); Bundesausschuß (höchstes Beschlößorgan zwischen zwei Kongressen mit der Zuständigkeit für allgemeine Politik, Kontrolle des Bundesvorstands und Besetzung von freien Stellen); Bundesvorstand (ständiges Leitungsorgan zur Durchführung der von Kongressen und Bundesausschüssen festgelegten Richtlinien und Entscheidung über die hierfür erforderlichen Mittel); Revisionsausschuß (zur Überwachung der administrativen Aufgaben der Organisation sowie der Finanzen); Bundesschiedsausschuß (als Schlichtungs- und Vermittlungsinstanz).

Finanzierung:

Mitgliedsbeiträge und staatliche Subventionen

Internationale Mitgliedschaft:

International ist die UGT-E Mitglied im IBFG und im EGB. Außerdem sind alle Industriegewerkschaften Mitglieder der entsprechenden internationalen Berufssekretariate (IBSe).

Beziehungen zu politischen Parteien:

Enge Kontakte zur Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens

Politik:

- Vollbeschäftigung
- Verkürzung der Arbeitszeit
- Wirtschaftswachstum
- Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik
- Öffentliche und private Investitionen
- Bekämpfung der Inflation
- Kompromiß bei der Behandlung der Problematik der Schattenwirtschaft
- Ausweitung des Solidaritätsfonds
- Reform der Berufsbildung
- Umstrukturierung der Steuerbelastung
- Modernisierung des Produktionsapparates
- Tarifverhandlungen auch für öffentlich Bedienstete
- Aufteilung der Tarifverhandlungen auf zwei Ebenen (landesweite Branchenabkommen und dynamische Betriebsvereinbarungen)
- Ausweitung der Tarifverhandlungen auf qualitative Ziele

Veröffentlichungen:

„Unión“; „Claridad“; „Técnicos y cuadros“; „Información sindical“; „Información internacional“



## **D CC.OO. – Confederación Sindical de Comisiones Obreras**

Aufgaben und Ziele:

Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft und Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft

Struktur:

Provinz- und Kreisverbände bilden je Branche Nationalitäten- (gemeint sind die autonomen Provinzen) und Regional-Verbände. Diese sind zu Landesgewerkschaften zusammengefaßt. Mitte der 80er Jahre existierten 22 nationale Einzelgewerkschaften.

Leitungsorgane:

Bundeskongreß (höchstes Beratungs- und Beschlußorgan, das die allgemeine Politik, die Festlegung des Programms und der Satzung des Bundes, die Zusammensetzung des Bundesausschusses sowie die Wahl des Generalsekretärs, des Bundesvorstandes, des Verwaltungs- und Finanzausschusses und des Schiedsausschusses bestimmt); Bundesausschuß (zwischen den Kongressen das höchste Leitungs- und Vertretungsorgan); Bundesvorstand (der die im Kongreß- und im Bundesausschuß gefaßten Beschlüsse durchzusetzen hat); Bundessekretariat (das für die aktuellen Aufgaben zuständig ist); Bundeskonferenz (die unregelmäßig durch den Bundesausschuß einberufen wird); Schiedsausschuß; Kontrollausschuß für Verwaltung und Finanzen

Finanzierung:

Mitgliedsbeiträge

Internationale Mitgliedschaft:

Die CC.OO. gehört dem EGB an.

Beziehungen zu politischen Parteien:

Während früher enge Kontakte zu der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) bestanden, wird heute die Trennung von Partei und Gewerkschaft propagiert.

Politik:

Gemäß „Solidaritätsplan“ von 1981 werden hauptsächlich 9 Ziele verfolgt:

- Staatlicher Eingriff in die Wirtschaftsplanung in Übereinstimmung mit den Arbeitnehmern
- Stärkung öffentlicher Unternehmen
- Verbesserung der Sozialleistungen
- Progressive Besteuerung
- Verstaatlichung der Banken
- Agrarreform
- Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Herabsetzung des Rentenalters

Die 3 letzten Positionen sollen Gegenstand von Tarifverhandlungen werden.

Veröffentlichungen:

„Gaceta Sindical“; „Técnicos, Profesionales y Cuadros“

## **E ELA-STV – Eúzko Langilleen Alkartasuna – Solidaridad de Trabajadores Vascos**

Aufgaben und Ziele:

Abschaffung kapitalistischer Strukturen und Aufbau einer gerechten Gesellschaft freier und verantwortlicher Menschen und Völker, in der Produktionsmittel, Verbrauch und Kultur in der Hand und zu Diensten der Arbeitnehmer sein sollen.

Struktur:

Basis ist die betriebliche oder Branchenebene mit Gewerkschaftszellen, Bezirksverbänden oder Nationalen Branchengewerkschaften. Hinzu kommt die geografische Ebene mit branchenübergreifenden Kreis- und Ortsverbänden.

Leitungsorgane:

Bundeskongreß (der die allgemeine Richtung des Gewerkschaftsbundes beschließt, die Grundlagen des Beitrags an den Bund festlegt, den Bundesvorstand wählt und die Statuten verändert); Bundesausschuß (der den Bundesvorstand kontrolliert, die Statuten der Gewerkschaft aufstellt und sie verändert, die Höhe des Bundesanteils am Finanzaufkommen beschließt und einen Finanzkontrollausschuß ernennt); Bundesvorstand (der für Leitung und Verwaltung der Gewerkschaft, ihrer Vertretung nach außen, Wahl des Exekutivausschusses und Wahrnehmung von Schlichtungs- und Schiedsfunktionen zwischen den Mitgliedsverbänden zuständig ist); Exekutiv-ausschuß (mit der Verantwortlichkeit für die laufende Arbeit und die Verwaltungsorganisation des Bundes).

Finanzierung:

Erhebung von Mitgliedsbeiträgen

Internationale Mitgliedschaft:

International ist die ELA-STV Mitglied im IBFG, WVA, EGB und TUAC.

Politik:

- Vollbeschäftigung
- Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen
- Steuerreform
- Umstrukturierung des Finanzwesens
- Technologischer Wandel
- Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
- Industriepolitik unter Mitwirkung der Sozialpartner
- Autonome Tarifverhandlungen (Abkommen auf unterer Ebene)
- Aufrechterhaltung und Verbesserung der sozialen Sicherheit

Veröffentlichungen:

„Landeira“; „ELA/Astekaria“; „Lantzen“; „Sindikalgintza“; „Kazeta“

## **F USO – Unión Sindical Obrera**

Aufgaben und Ziele:

Eine neue Gesellschaft auf der Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, des Sozialismus und der Selbstverwaltung.

Struktur:

Basis sind die Gewerkschaftszellen in den Unternehmen. Sie bilden die Branchengewerkschaften auf örtlicher, Provinz-, regionaler und nationaler Ebene. Weitere Verbände existieren im geografischen Bereich. Auf staatlicher Ebene werden alle durch den Bund zusammengefaßt.

Leitungsorgane:

Bundeskongreß; Bundesvorstand; Bundesschlichtungsausschuß; Bundesrevisionsausschuß

Finanzierung:

Mitgliedsbeiträge, zum Teil auch staatliche Subventionen

Internationale Mitgliedschaften:

International ist die USO Mitglied des WVA

Politik:

Die USO verfolgt 6 Hauptziele (Vollbeschäftigung; Verkürzung der Arbeitszeit; Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmer; Erhöhung der Sozialleistungen; Bekämpfung der Schattenwirtschaft; Herabsetzung des Rentenalters). Diese sollen allein durch Tarifverhandlungen verwirklicht werden.

Veröffentlichungen:

„Unión Sindical“; „USOC“

## **G CNT – Confederación Nacional del Trabajo**

Aufgaben und Ziele:

Die CNT setzt sich für die Errichtung des Kommunismus auf freiwilliger Basis ein. Sie ist bemüht, die Gesellschaft von unten her umzuorganisieren, und propagiert sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Bereich die Selbstverwaltung.

Struktur:

- Industriegewerkschaft (Zugang für alle Arbeitnehmer eines Industriezweiges)
- Abteilungen (autonome Organisation mit eigenem Ausschuß)
- Gewerkschaftliche Ortsverbände

## 18 Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

Nach langer Unterbrechung der Gewerkschaftsaktivitäten als Folge der Verabschiedung der Gewerkschafts- und Streikgesetze des Jahres 1982 haben alle Gewerkschaftsbünde, mit Ausnahme von DISK, ihre Tätigkeiten wieder aufnehmen können.

In der Türkei gibt es vier Dachverbände (TÜRK-IS; HAK-IS; YURT-IS; DISK). Daneben existieren 41 unabhängige nationale Gewerkschaften mit insgesamt rund einer Million Mitgliedern.

#### **Türk is Konfederasyonu – TÜRK-IS**

Bayindir Sokak No: 10

Yenisehir – Ankara

Türkei

Präsident: Bayram Ali Meral

Generalsekretär: Semsi Denizer

Gründung: 1952

- 32 Mitgliedsgewerkschaften
- Größter, anerkannter repräsentativer Gewerkschaftsbund
- Bekenntnis zu den Grundsätzen der politischen, wirtschaftlichen und industriellen Demokratie
- Einsatz für die Zielsetzung der freien und demokratischen Gewerkschaftsbewegung in der Türkei
- Internationale Mitgliedschaft im IBCG, EGB und TUAC sowie über die Mitgliedsgewerkschaften in den IBSen

#### **Hak-is Konfederasyonu – HAK-IS**

Tunus Cad. No: 37

Kavaklidere – Ankara

Türkei

Präsident: Necati Çelik

Generalsekretär: Metin Türker

- 7 Mitgliedsgewerkschaften
- Entstehung mit Unterstützung der MSP (Partei des nationalen Heils), einer islamischem Gedankengut verhafteten Partei
- Keine internationale Mitgliedschaft

#### **YURT-IS**

- Bund nationalistischer Gewerkschaften
- Beziehungen zur MHP (Partei der nationalistischen, neo-faschistisch eingeordneten Bewegung)
- Keine internationale Mitgliedschaft

### **Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu – DISK**

Merter, Ahmet Kutsi Tecer Cad. No: 12

Bakırköy – Istanbul

Türkei

Telefon: (00 90 / 2 12) 5 75 10 45

Telefax: (00 90 / 2 12) 5 06 10 79

Präsident: Ridvan Budak

Generalsekretär: Süleyman Çelebi

Gründung: 1967

- 25 Mitgliedsgewerkschaften
- Trotz Suspendierung ihrer Aktivitäten Einsatz für die Grundsätze einer progressiven, demokratischen und von Staat und Arbeitgebern unabhängigen Gewerkschaftsbewegung
- Mitglied des EGB

Beispiele für die Fachverbände sind 2 Journalistengewerkschaften und eine Pilotenorganisation:

### **Türkiye Gazeteciler Sendikası – TGS –**

Basin Sarayı cad., 2

TR-34410 Cagaloglu – Istanbul

Telefon: (00 90 / 2 12) 5 27 85 34

Telefax: (00 90 / 2 12) 5 11 48 17

### **Çagdas Gazeteciler Derneği**

#### **(Progressive Journalists' Association)**

Selanik 2 cad., 46/12

TR-06420 Kizilay – Ankara

Telefon: (00 90 / 3 12) 4 88 02 50

Telefax: (00 90 / 3 12) 4 19 00 90

### **Türk Hava Yolları Pilotları Derneği – HYPD –**

#### **(Turkish Air Line Pilots' Association)**

Saadetli Sokak No: 17

TR-34800 Yesilköy – Istanbul

## **B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft**

Die statistische Situation und der Informationsfluß sind äußerst unzulänglich. Ende der 80er Jahre soll die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer rund 2 300 000 (TÜRK-IS: 1 450 000 – HAK-IS: 200 000 – YURT-IS: 150 000 – DISK: 200 000) bei einer Gesamterwerbsbevölkerung von 18,5 Millionen Personen betragen haben. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad betrug nach Schätzungen etwa 25 Prozent. Heute dürfte die türkische Gewerkschaftsbewegung 3 Millionen Mitglieder zählen. Der EGB meldete 1995 freilich nur eine Repräsentanz von 600 100 Türken (TÜRK-IS und DISK), und IW-Berechnungen ergaben für 1989 einen Organisationsgrad von 19 Prozent.

Die Agrararbeitnehmer und die Arbeitslosen sind von der Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen. Zur DISK können nur bedingt Angaben gemacht werden, da sie von den Militärbehörden suspendiert wurde.

### **C Struktur**

Nach dem Gewerkschaftsgesetz sind für die Bünde, nationalen Verbände und Ortssektionen der nationalen Gewerkschaften drei Organe Vorschrift (Ordentlicher Kongreß mit Präsenzpflcht eines Regierungsvertreters; Exekutivausschuß; Kontroll- und Finanzausschuß). – Gesetzlich vorgeschriebene Organisationsmodelle stehen im Widerspruch zu den IAO-Konventionen.

### **D Tarifverhandlungen**

Bei den Tarifverhandlungen sind die Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern eindeutig im Vorteil. Denn um einen Tarifvertrag aushandeln zu können, muß eine Gewerkschaft sehr strenge Voraussetzungen erfüllen (Anteil der organisierten Arbeitnehmer; Ermächtigungsmandat). Das Streikgesetz in der Türkei bedeutet in der Realität Streikverbot. Der Staat kann beispielsweise einen Streik verschieben, wenn das im Hinblick auf die nationale Sicherheit notwendig erscheint. Vor allem aber sieht das Gesetz ein Streikverbot in solchen Diensten vor, die als unverzichtbar oder strategisch wichtig betrachtet werden, sowie in Sonderfällen.

### **E Besondere Merkmale**

- Der Staat ist im Bereich der Arbeitsbeziehungen allgegenwärtig.
- Das Gesetz beschränkt die Tätigkeiten der Gewerkschaften allein auf arbeitsbezogene Kontakte und negiert die gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaftsbewegung.
- Das Konzept des Gesetzgebers besteht aus Verordnung und Kontrolle.
- Der Beitritt zu einer internationalen Gewerkschaftsorganisation ist genehmigungspflichtig und unterliegt der Kontrolle der Regierung.
- Verletzung der unterzeichneten internationalen Abkommen (die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation – IAO –)
- Dennoch ist der geschätzte Organisationsgrad mit 25 Prozent (IW-Berechnungen: 19 Prozent) bemerkenswert hoch.

## 19 Die Gewerkschaftsbewegung auf Zypern

---

### A Gewerkschaftsbünde und wichtige Fachverbände

#### **Cyprus Workers' Confederation (SEK)**

P.O. Box 5018

Nicosia

Zypern

Telefon: (0 03 57 / 2) 44 11 42

Telefax: (0 03 57 / 2) 47 63 60

Gründung: 1943

#### **Cyprus Turkish Trade Unions' Confederation (TÜRK-SEN)**

7 - 7 A Sehit Mehmet R. Huseyin Str.

P.O. Box 829

Lefkosa, Mersin 10

Zypern

Telefon: (0 03 57 / 2) 47 63 60

#### **Pancyprian Federation of Labour (PEO)**

Archerinos 31–35

Nicosia

Zypern

Telefon: (0 03 57 / 2) 47 31 92

Telefax: (0 03 57 / 2) 44 33 82

Gründung: 1941

#### **Union of Cyprus Journalists'**

Kratinou, 2

P.O. Box 3495

Nicosia

Zypern

Telefon: (0 03 57 / 2) 45 46 80

Telefax: (0 03 57 / 2) 46 45 98

#### **Cyprus Airways Pilots' & Flight Engineers' Trade Union – CAPFETU –**

P.O. Box 9079

1 Theseos Str., Flat 42, Athalassa Court

Nicosia

Zypern

Telefon: (0 03 57 / 2) 49 77 39

Telefax: (0 03 57 / 2) 49 48 23

### B Gewerkschaftliche Mitgliedschaft

Nach offiziellen Angaben zählt die Arbeitnehmerschaft von Zypern mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von rund 85 Prozent zu den am höchsten orga-

nisierten in Europa und der Welt. Das sind freilich lediglich rund 200 000 Gewerkschafter.

Größter Bund ist mit etwa 70 000 Mitgliedern die kommunistische PEO, dem 10 Fachverbände angeschlossen sind. Der zweitgrößte Dachverband, die SEK, ist EGB-Mitglied, steht in sozialistischer Tradition und repräsentiert aktuell 55 000 Gewerkschafter aus 7 Fachgewerkschaften. Ein Drittel der Mitglieder sind Frauen.

Für TÜRK-SEN als zweiten EGB-Mitgliedsverband aus Zypern sind beim EGB 1995 lediglich 5 000 Mitglieder gemeldet worden. Er zählt 15 Mitgliedsgewerkschaften.

### **C Besondere Merkmale der Gewerkschaftsbewegung auf Zypern**

- Der außergewöhnlich hohe Organisationsgrad von 85 Prozent
- Die Spitzenstellung der von der PEO repräsentierten kommunistischen Gewerkschaften
- Die auf die Teilung Zyperns zurückgehende Existenz von speziellen griechischen und türkischen Gewerkschaften



# VIII Europäische Dachverbände

---

## 1 BFG – Bund Freier Gewerkschaften

---

	Sitz: Brüssel
	Generalsekretariat: Badenerstraße 41 CH-8004 Zürich Schweiz Telefon: (00 41 / 1) 2 41 07 57
Vorsitz:	<b>Guy Haaze</b> (Präsident)
Sekretariat:	<b>Andreas Hubli</b> (Generalsekretär)
Geschäftsführung:	Exekutivausschuß (3 Mitglieder: 1 je Mitgliedsorganisation) Präsident: <b>Guy Haaze</b> (Belgien) Generalsekretär: <b>Andreas Hubli</b> (Schweiz)
Mitgliedschaft:	3 überprofessionelle nationale Organisationen aus 3 Ländern: Centrale Générale des Syndicats Libéraux de Belgique (CGSLB) Landesverband Freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) Parteilose Gewerkschafter Österreichs (PFG)
Organe:	a) Delegiertenversammlung, letzter Termin: 1. Konferenz des BFG (12 Delegierte) (25./26. Sep- tember 1992 in Martigny/Schweiz) b) Exekutivausschuß (3 Mitglieder) c) Sekretariat
Gründung:	25. September 1992 in Martigny/Schweiz als Nachfolge- organisation des WFALW (Weltbund Freiheitlicher Arbeit- nehmerverbände auf liberaler Wirtschaftsgrundlage; Gründung: Februar 1948 in Zürich)

## 2 CEC – Europäische Vereinigung der Führungskräfte European Confederation of Managers Confédération Européenne des Cadres

---

	Avenue Carton de Wiart 148 B-1090 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 4 20 10 51 Telefax: (00 32 / 2) 4 20 12 92
Vorsitz:	<b>Mauricio Angelo</b> (Präsident)
Generalsekretär:	<b>Claude Cambus</b>
Geschäftsführung:	Vorstand (14 Mitglieder) Präsident: <b>Mauricio Angelo</b> (I)
Generalsekretär:	<b>Claude Cambus</b> (F) 1 Schatzmeister <i>11 Vizepäsidenten</i> (je 1 Mitglied für jeden nationalen Dachverband; 1 Mitglied zusammen für alle europäischen Fachverbände)
Mitgliedschaft:	10 Führungskräfte-Verbände aus 10 Ländern sowie europäische (4) bzw. internationale (5) Dachverbände branchenorientierter Fachorganisationen <sup>1</sup> mit insgesamt rund 1 Mio. organisierten Führungskräften
Organe:	a) Ordentliche Generalversammlung/Kongreß (3-Jahres-Turnus); letzter Termin: 3. Kongreß der CEC 6./7. September 1996 in Kopenhagen b) Direktionskomitee c) Vorstand (14 Mitglieder) d) Sekretariat
Gründung:	25. November 1950 in Paris: Gründung der Vorgängerorganisation CIC – Confédération Internationale des Cadres – (Internationaler Führungskräfte-Verband) 19. April 1989 in Brüssel: Umbenennung zur CEC

---

<sup>1</sup> Vergleichbar den Internationalen Berufssekretariaten (IBSe) des IBFG.

Mitglieder der CEC:

15 nationale Dachverbände:

- CFE – CGC Confédération Française de l'Encadrement/ CGC Confédération Générale des Cadres (Frankreich)
- CIDA Confederazione Italiana dei Dirigenti di Azienda (Italien)
- LEDARNA Facklig organisation för chefer och andra i ledande ställning (Schweden)
- ULA Union der Leitenden Angestellten (Deutschland)
- CNC/NCK Confédération Nationale des Cadres – Nationale Confederatie van het Kaderpersoneel (Belgien)
- VHP Vakorganisatie voor Middelbaar en hoger Personeel (Niederlande)
- COMPS Council of Managerial and Professional Staffs (Großbritannien)
- LH Ledernes Hovedorganisation (Dänemark)
- UNIONE ITALIANA QUADRI (Italien)
- MPG Federation of Managerial Professional and General Associations (Großbritannien)
- Wdf Wirtschaftsforum der Führungskräfte (Österreich)
- CC Confederación de Cuadros (Spanien)
- NALF Norges Arbejdslederforbund (Norwegen)
- FEP-FIT et cadres; Fédération des Employés Privés – Fédération Indépendante des Travailleurs et Cadres (Luxemburg)
- Comitato Unitario Quadri (Italien)

11 europäische Branchenverbände:

- FICME Fédération Internationale des Cadres des Mines et de l'Economie de l'Energie (Internationaler Verband der Leitenden Angestellten im Bergbau)
- FECC Fédération Européenne des Cadres de la Construction
- FEDEM Fédération Européenne de l'Encadrement de la Metallurgie
- FECCIA Fédération Européenne des Cadres de la Chimie et des Industries Annexes
- FECSEP Fédération Européenne des Cadres du Secteur Public
- FICT Fédération Internationale des Cadres des Transports (Internationaler Verband der Führungskräfte des Verkehrswesens)

- AECA Association Européenne des Cadres de l'Assurance
- AECB/FEDEC Association Européenne des Cadres de Banque
- FECER Fédération Européenne des Cadres de l'Energie et de la Recherche
- FEPEDICA Fédération Européenne du Personnel d'Encadrement des Industries, des Commerces et Agro-alimentaires
- CIRCCE Confédération Internationale de la Représentation Commerciale de la Communauté Européenne (Internationale Vereinigung der Handelsvertretung der Europäischen Gemeinschaft)

### 3 CESI – Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften

#### European Confederation of Independent Trade Unions

#### Confédération Européenne des Syndicats Indépendants

#### Unión Europea de Sindicatos Independientes

#### Unione Europea dei Sindacati Indpendente

---

Avenue de Tervuren, 27  
 B-1040 Brüssel  
 Belgien  
 Telefon: (00 32 / 2) 7 35 53 83 oder 7 32 40 78  
 Telefax: (00 32 / 2) 7 33 43 72

Vorsitz:

**Dr. Vittorio D'Agostino**  
 (Präsident)

Generalsekretärin:

**Ilse Schedl**

Schatzmeister:

**Manfred Schell**

Geschäftsführung:

Geschäftsführender Vorstand  
 (9 Mitglieder)

Präsident:

**Dr. Vittorio D'Agostino** (Italien)

6 Vizepräsidenten (aus unterschiedl. Sektoren und Regionen):

**Jörg Hebsacker** (Deutschland)

**Rainer Dumont du Voitel** (Belgien)

**Pavel Horak** (Tschechische Republik)

**Bernard Noel** (Belgien)

**Pierre Trausch** (Luxemburg)

**Valentin Vellisco** (Spanien)

Generalsekretärin:

**Ilse Schedl** (Deutschland: Stellvertretende Bundesvorsitzende des DBB)

Schatzmeister:

**Manfred Schell** (Deutschland: GDL-Bundesvorsitzender)

Präsident: **Dr. Vittorio D' Agostino**

Generalsekretärin: **Ilse Schedl**

Politische  
Repräsentanz:

Mitgliedschaft:

16 nationale und 3 europäische Mitgliedorganisationen (Sitze in 11 Ländern) vertreten fast 7 Mio. Gewerkschafter aus 17 europäischen Ländern (10 EG-, 4 EFTA-, 3 osteurop. Länder) (Januar 1993); 60% der Mitglieder stammen aus dem öffentlichen, 40% aus dem privaten Bereich.

Organe:

- a) Kongreß (4-Jahres-Turnus; 100 Delegierte der Mitgliedsgewerkschaften und Geschäftsführender Vorstand) letzter Termin:
  2. Ordentlicher Kongreß der CESI (26. November 1996 in Brüssel)
- b) Vorstand (je 1 Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften und Geschäftsführender Vorstand; halbjährliche Tagung)
- c) Geschäftsführender Vorstand (9 Mitglieder)
- d) Generalsekretariat
- e) 3 Rechnungsprüfer
- f) Beirat (Vorsitzende der Mitgliedsgewerkschaften – z. Zt. 19 Mitglieder)

Gliederung:

sachbezogen

3 Sektoren:

- öffentlicher Dienst (public service)
- halbstaatlicher Bereich (semi-state sector)
- Privatwirtschaft

Kooperierende  
Organisationen:

**Akademie Europa**

(Forschungs- und Weiterbildungseinrichtung der CESI in Brüssel; Gründung: Oktober 1990)

Gründung:

April 1990, Sitz in Brüssel

- 4 EAL-IUL** – **Europäischer Ausschuß der Lebensmittel-, Genußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaften in der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL)**
- ECF-IUF** – **European Committee of Food, Catering and Allied Workers' Unions within the IUF**
- SETA-UITA** – **Syndicat Européen des Travailleurs de l'Alimentation, de l'Hôtellerie et des Branches Connexes dans l'UITA**

---

	Rue Fossé-aux-Loups 38, Bte 3 B-1000 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 2 18 77 30 Telefax: (00 32 / 2) 2 18 30 18
Vorsitz:	<b>Anton Johannsen</b>
Geschäftsführung:	<b>Harald Wiedenhofer</b> (Deutschland) (Generalsekretär)
Mitgliedschaft:	70 Gewerkschaften aus 22 Ländern
Organe:	Mitgliederversammlung (4-Jahres-Turnus) letzte Versammlung: November 1993 nächste Versammlung: November 1997 Der Ausschuß tagt 1 × im Jahr.
Kooperierende Organisationen:	EFA Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften Mitglied des EGB – Europäischer Gewerkschaftsbund
Jahresetat:	14 Mio. BF
Gründung:	26. Mai 1958 als European Trade Union Committee of Food and Allied Workers in the Community (EURO-IUL) – Europäischer Gewerkschaftsausschuß Nahrung, Genuss und Gaststätten in der Gemeinschaft (EG NGG). Bei der 3. Generalversammlung am 25. November 1981 in Helsingör (Dänemark) Zusammenschluß von EG NGG und EURO-IUL zum EAL-IUL.

- 5 EBBH – Europäischer Bund der Bau- und Holzarbeiter**  
**EFBWW – European Federation of Building and Woodworkers**  
**FETBB – Fédération Européenne des Travailleurs du Bâtiment et du Bois**  
**FETCM – Federación Europea de los Trabajadores de la Construcción y la Madera**
- 

Rue Royale 45  
 B-1000 Brüssel  
 Belgien  
 Telefon: (00 32 / 2) 2 27 10 40  
 Telefax: (00 32 / 2) 2 19 82 28

- Vorsitz: **Bruno Köbele**  
 (Präsident)
- Generalsekretär: **Jan Cremers**
- Geschäftsführung: Geschäftsführender Vorstand  
 (7 Mitglieder)
- Präsident: **Bruno Köbele** (Deutschland: BSE)
- Vizepräsident: **Alain Emile** (Frankreich)
- Generalsekretär: **Jan Cremers** (Niederlande)  
 4 Mitglieder (vom Exekutivausschuß gewählt)
- Mitgliedschaft: 51 Mitgliedsorganisationen aus 17 Ländern
- Organe:
- a) Generalversammlung (4-Jahres-Turnus)  
 letzter Termin:  
 7. Generalversammlung des EBBH  
 (20./21. November 1995 in Blankenberge/Belgien)
  - b) Exekutivausschuß (tagt halbjährlich)  
 Mitgliederzahl abhängig von der der angeschlossenen  
 Organisationen; gleiche Anzahl von ordentlichen und  
 stellvertretenden Mitgliedern
  - c) Geschäftsführender Vorstand  
 (7 Mitglieder)
  - d) Sekretariat
  - e) Rechnungsprüfungsausschuß  
 (2 Mitglieder)
  - f) 2 Ständige Ausschüsse (1 Vertreter/angeschlossenes  
 Land; jährliche Tagung)

	<input type="checkbox"/> Bauwirtschaft <input type="checkbox"/> Holz- und Forstwirtschaft
Gliederung:	sachbezogen: 2 Industrieausschüsse/Arbeitsgruppen
	<input type="checkbox"/> Holzsektor <input type="checkbox"/> Bausektor
Kooperierende Organisationen:	(nichtstaatliche Organisationen): IBBH (Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter) NBTF (Nordische Föderation der Bau- und Holzarbeiter) Anerkannter Europäischer Gewerkschaftsverband des EGB
Gründung:	1958 Luxemburg: Gemeinschaftliche Europäische Kommission für den Bau- und Holzsektor 5. Mai 1974 Salerno (1. GV): Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter in der Gemeinschaft (EFBHG) Autonomie gegenüber IBBH 1983 Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) 1984 Anerkennung durch den EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)

## **6 EFA – Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften<sup>1</sup>**

### **European Federation of Agricultural Workers' Trade Unions**

### **Fédération Européenne des Syndicats de Travailleurs Agricoles**

---

Rue Fossé-aux-Loups 38, Bte 8  
B-1000 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 2 18 53 08  
Telefax: (00 32 / 2) 2 19 99 26

<sup>1</sup> Nach dem 1994 erfolgten Zusammenschluß der Internationalen Föderation der Plantagen-, Land- und anverwandten Arbeiter (IFPLAA) und der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) zur Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) wollen sich auch die EFA und der Europäische Ausschuß der Lebensmittel-, Genußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaften in der IUL (EAL-IUL) bis 1997 zusammenschließen.



Vorsitz:	<b>Francesco Orsomando</b> (Italien) (Präsident)
Geschäftsführung:	<b>Eddy Klöcker</b> (Belgien) (Generalsekretär)
Mitgliedschaft:	34 Organisationen aus 18 Ländern <sup>1</sup>
Organe:	a) Kongreß ist höchstes Gremium (3-Jahres-Turnus) letzter 13. Kongreß: 23.–26. November 1994 in Prag nächster Kongreß für 1997 geplant b) Exekutivausschuß c) Präsidium d) Sekretariat e) Rechnungsprüfungskommission
Kooperierende Organisationen:	EAL-IUL = Europäischer Ausschuß der Lebensmittel-, Genußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaften in der IUL
Jahresetat:	9 Millionen BF
Gründung:	11. März 1958 in Luxemburg

**7 EFBC – Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften**  
**EMCEF – European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation**  
**Fédération Européenne des Syndicats des mines, de la chimie et de l'énergie**  
**Federación Europea de Sindicatos de Trabajadores de las Minas, de la Química y de la Energía**

---

Avenue Emile de Béco, 109  
B-1050 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 6 26 21 80  
Telefax: (00 32 / 2) 6 46 06 85

Vorsitz:	<b>Hubertus Schmoldt</b>
Generalsekretär:	<b>Franco Bisegna</b>
Mitgliedschaft:	87 Organisationen aus 25 Staaten mit über 3 Mio. Mitgliedern

<sup>1</sup> Von den 34 EFA-Organisationen gehören 19 zugleich der EAL-IUL an.

Entscheidungsgremien:  
Kongreß (4-Jahres-Turnus)  
Generalversammlung (1 × jährlich)  
Präsidium (tritt mindestens 2 × jährlich zusammen)  
Sekretariat

Gründung: 1996 (Vereinigungskongreß 20. März 1996 in Luxemburg).  
Hervorgegangen aus der 1988 gegründeten Europäischen Föderation der Chemiegewerkschaften – EFCG – und dem 1991 gegründeten Europäischen Bergarbeiterverband – EBV –

**8 EGA-TBL – Europäischer Gewerkschaftsausschuß  
Textil, Bekleidung und Leder**  
**ETUC: TCL – European Trade Union Committee:  
Textile, Clothing and Leather**  
**Comité Syndical Européen du Textile  
de l’Habillement et du Air**

---

Rue Stevens 8  
B-1000 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 5 11 54 77  
Telefax: (00 32 / 2) 5 11 09 04

Vorsitz: **Willi Arens**  
(Präsident)

Sekretariat: **Patrick Itschert**  
(Generalsekretär)

Mitgliedschaft: 3 Organisationen  
(1,3 Mio. Mitglieder)

Organe: letzter Kongreß Februar 1993  
nächster Kongreß 1997  
Ausschuß tagt 1 × jährlich

Jahresetat: 7 Mio. BF

Gründung: 1964

## 9 EGABW – Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Bildung und Wissenschaft

**ETUCE – European Trade Union Committee for Education**

**CSEE – Comité Syndical Européen de l'Education**

---

Rue de Trèves 33  
B-1040 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 2 30 62 36  
Telefax: (00 32 / 2) 2 30 60 46

Vorsitz: **Alain Mouchoux**  
(Präsident)

Sekretariat: **Peter Dawson**  
(Generalsekretär)

## 10 EGAKU – Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst, Medien und Unterhaltung

**European Committee of Trade Unions in Arts, Mass Media and Entertainment**  
**Comité Européen des Syndicats des Arts, des Spectacles, de la Press et de l'Audio-visuel**

---

c/o Irène Robadey FIET  
Avenue de Balxert 15  
CH-1219 Châtelaine – Genf  
Schweiz  
Telefon: (00 41 / 22) 7 96 27 33  
Telefax: (00 41 / 22) 7 96 53 21  
geplant:  
Umzug nach Brüssel in das Büro der IJF

Vorsitz: **Tony Hearr**  
(Präsident)

Generalsekretär: **Walter Bacher** (Österreich)

Geschäftsführung: Exekutivausschuß (6 Mitglieder)

Mitgliedschaft: 19 Mitgliedsorganisationen aus 11 Ländern mit 100 000 Gewerkschaftern (August 1990)

Organe: a) Generalversammlung (jährlich)

	b) Exekutivausschuß (6 Mitglieder)
	c) Sekretariat
Kooperierende Organisationen:	Vom EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) und von der CEC (Kommission der Europäischen Union) anerkannter Europäischer Gewerkschaftsverband: Regionalorganisation des ISETU
Gründung:	Durch den EGB als Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst und Unterhaltung; seit 1986 Regionalorganisation des ISETU – Internationales Sekretariat der Gewerkschaften für Kunst, Medien und Unterhaltung (International Secretariat for Arts, Mass Media and Entertainment Trade Unions); (EGAKU-Sekretariat arbeitet von ISETU-FIET-Büros aus).

**11 EGB – Europäischer Gewerkschaftsbund**  
**ETUC – European Trade Union Confederation**  
**CES – Confédération Européenne des Syndicats**  
**CES – Confederación Europea de Sindicatos**

---

	Boulevard Emile Jacqmain 155 B-1210 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 2 24 04 11 Telefax: (00 32 / 2) 2 24 04 54 Organ: ETUC Information
Vorsitz:	<b>Friedrich (Fritz) Verzetnitsch</b> (Präsident)
Presse:	<b>Wim Bergans</b> (Niederlande) (Pressesprecher)
Geschäftsführung:	Sekretariat Generalsekretär: <b>Emilio Gabaglio</b> Stellvertretende Generalsekretäre: <b>Erik Carlslund</b> <b>Jean Lapeyre</b>
Politische Repräsentanz:	Präsident: <b>Friedrich (Fritz) Verzetnitsch</b> (Österreich) Generalsekretär: <b>Emilio Gabaglio</b> (Italien)

2 stellvertretende Generalsekretäre:

**Erik Carlslund** (Dänemark)

**Jean Lapeyre** (Frankreich)

höchstens 15 Mitglieder des Exekutivausschusses

(darunter mindestens 3 Vertreter der Europäischen Gewerkschaftsverbände und mindestens 1 Vertreterin des EGB-Frauenausschusses)

Mitgliedschaft:

49 nationale Gewerkschaftsbünde aus 22 Ländern;  
17 Europäische Gewerkschaftsverbände<sup>1</sup> mit insgesamt  
47 Mio. Mitgliedern<sup>2</sup> (Stand: Juni 1995)

Mitgliederzahlen der angeschlossenen 49 Verbände nach Nationen-Stärke und Landes-Organisationsgrad – 1994 –

Rang	Nation	Gewerkschafter	Organisationsgrad in Prozent	(Jahr)
1.	Deutschland	9 527 888	37	(1993)
2.	Italien	9 386 571	40	(1990)
3.	Großbritannien	7 295 635	43	(1991)
4.	Schweden	3 102 176	83	(1989)
5.	Belgien	2 281 305	75	(1990)
6.	Frankreich	1 882 095	10	(1990)
7.	Dänemark	1 777 216	80	(1990)
8.	Finnland	1 663 300	71	(1989)
9.	Österreich	1 616 006	56	(1990)
10.	Niederlande	1 598 818	25	(1991)
11.	Portugal	1 378 000	30	(1990)
12.	Spanien	1 310 000	10	(1990)
13.	Norwegen	885 000	68	(1989)
14.	Schweiz	668 414	27	(1991)
15.	Türkei	600 100	19	(1989)
16.	Irland	600 000	44	(1990)
17.	Griechenland	460 000	18	(1990)
18.	Luxemburg	73 866	66	(1990)
19.	Island	71 738	78	(1989)
20.	Zypern	60 232	–	–
21.	Malta	57 217	–	–
22.	San Marino	5 235	–	–
	insgesamt	46 300 812	27	(–)

Ursprungsdaten: EGB; eigene Berechnungen

1 Als gewerkschaftliche Dachverbände branchenorientierter Fachgewerkschaften; 1 Führungskräfteausschuß (in Zusammenarbeit mit EUROCADRES) und EVRAM (Europäischer Verband der Rentner und alten Menschen).

2 Beziehungsweise einem Anteil von 95% an den organisierten Arbeitern (in Westeuropa) und einem Anteil von rund 40% an den circa 110 Mio. Arbeitnehmern in Westeuropa.

Organe:

- a) Kongreß (zuletzt 438 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin:
  - 8. Ordentlicher Kongreß des EGB (9.–12. Mai 1995 in Brüssel/Belgien)
  - 9. Ordentlicher Kongreß des EGB (Mai 1999)
- b) Exekutivausschuß (79 Mitglieder)
- c) Präsidium (höchstens 19 Mitglieder – s.o.)
- d) Sekretariat:
- e) Ausschuß für Finanzen und allgemeine Verwaltungsaufgaben (9 Mitglieder = Vizepräsidenten)
- f) Rechnungsprüfungskommission (2 Mitglieder)

Gliederungen:

Ständige Ausschüsse und Arbeitsgruppen

- a) interregional:
  - 24 Interregionale Gewerkschaftsräte zur Interessenvertretung von Arbeitnehmern in grenzüberschreitenden Wirtschaftsbereichen
- b) personell:
  - EGB-Jugend; Frauenausschuß; Verbrauchergruppe; EVRAM (Europäischer Verband der Rentner und alten Menschen); Angestellten-Ausschuß
- c) sektoral:
  - 15 Europäische Gewerkschaftsverbände
  - 1 Führungskräfteausschuß (in Kooperation mit EUROCADRES)

Wissenschaftlich-publizistische Einrichtung:

Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI)

Angeschlossene Institutionen:

- Europäisches Technikbüro der Gewerkschaften für Gesundheit und Sicherheit (TGB)
- Europäischer Verband für die Ausbildung von Arbeitnehmern im technologischen Bereich (AFETT)
- Europäische Gewerkschaftsakademie (EGA)
- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
- Weltverband der Arbeitnehmer (WVA)
- Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß bei der OECD<sup>1</sup>, TUAC (Trade Union Advisory Committee to OECD)

Kooperierende Organisationen:

<sup>1</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development).

- Nordischer Gewerkschaftsrat, NFS (Nordens Fackliga Samorganisation)

Jahresetat: 187 Mio. BF (1994)

Hauptpublikation: ETUC Information (monatlich)

Gründung: Nach der Bildung von Vorgängerorganisationen in den Jahren 1958 (Europäisches Gewerkschaftssekretariat des IBFG) und 1969 (Europäischer Bund Freier Gewerkschaften – EBF) Neugründung am 9. Februar 1973 in Brüssel; neue Satzung: Mai 1991 in Luxemburg.

#### **Interregionale Gewerkschaftsräte:**

- 1) Piemont – Val d’Aoste – Rhône-Alpes
- 2) Saar – Lorraine – Luxembourg
- 3) Maas – Rhein
- 4) Weser/Ems – Noord-Nederland (= WENN-Regio)
- 5) Südbaden – Südsaß
- 6) Rijn – Ijssel – Ems
- 7) Pas de Calais-Hainaut – West-Vlaanderen
- 8) Ticino – Lombardia
- 9) Pyrénées – Méditerranée
- 10) Galicia – Nord-Portugal
- 11) Ligurien – Côte d’Azur
- 12) Arge Alpe

#### **15 Europäische Gewerkschaftsverbände**

- EAL-IUL Europäischer Ausschuß der Lebens-, Genußmittel- und Gastgewerbe-gewerkschaften in der IUL
- EBBH Europäischer Bund der Bau- und Holzarbeiter
- EFA Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften in der Gemeinschaft
- EFCG Europäische Föderation der Chemiegewerkschaften
- EGA/TBL Europäischer Gewerkschaftsausschuß Textil, Bekleidung und Leder
- EGABW Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Bildung und Wissenschaft
- EGAKU Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst, Medien und Unterhaltung
- EGF Europäische Graphische Föderation
- EGÖD Europäischer Gewerkschaftsausschuß öffentlicher Dienst
- EJV Europäische Journalisten-Föderation

- EMB Europäischer Metallgewerkschaftsbund
- EURO-FIET Europäische Regionalorganisation des Internationalen Bundes der Privatangestellten
- GVG Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß in der Europäischen Gemeinschaft
- IPTT Europa-Ausschuß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe
- Verbindungsbüro Montanausschuß der Freien Berg- und Metallarbeitergewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft

## 12 EGF – Europäische Graphische Föderation

### EGF – European Graphical Federation

### FGE – Fédération Graphique Européenne

---

Galerie du Centre, Bloc 2  
 Rue des Fripiers 17  
 B-1000 Brüssel  
 Belgien  
 Telefon: (00 32 / 2) 2 23 02 20  
 Telefax: (00 32 / 2) 2 23 18 14

Vorsitz:

**Tom Durbing**  
 (Präsident)

Sekretariat:

**Chris Pate**  
 (Generalsekretär)

Mitgliedschaft:

46 Mitgliedsorganisationen aus 28 europäischen Ländern mit rund 0,7 Millionen Gewerkschaftern (1994)

Gliederung:

sachbezogen:  
 2 Ausschüsse:

- Ausschuß für europäische Zusammenarbeit (darin vertreten **Kurt Haßdenteufel** und **Hermann Blanke** von der IG Medien)
- Ausschuß für Tarifpolitik (darin vertreten **Detlef Hensch** und **Sibylle Stamm** von der IG Medien) mit den Arbeitsgruppen:
  - Schichtsysteme, Betriebszeiten und Wochenendarbeit
  - ungeschützte Arbeitsverhältnisse
  - Besetzung von Offset- und Tiefdruck-Großanlagen.



Kooperierende Organisationen: EGAKU Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst, Medien und Unterhaltung  
 Internationaler Schauspielerverband  
 Internationale Journalisten-Föderation  
 Internationale Musiker-Föderation  
 FISTAV Internationale Vereinigung von Gewerkschaften der Beschäftigten im audio-visuellen Bereich (Fédération Internationale des Syndicats des Travailleurs de l'Audio-visuel)  
 Mitglied des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)

Gründung: 1985 in Helsinki als European Trade Union Organization of the Graphical and Media Industry; im Rahmen der IGF (Internationale Graphische Föderation)

**13 EGÖD – Europäischer Gewerkschaftsausschuß für den Öffentlichen Dienst**  
**EPSC – European Public Services Committee**  
**CSESP – Comité Syndical Européen des Services Publics**

---

Avenue Tervuren 36 (Bte. 18)  
 B-1040 Brüssel  
 Belgien  
 Telefon: (00 32 / 2) 7 32 70 52  
 Telefax: (00 32 / 2) 7 32 71 88

Vorsitz: **Herbert Mai**  
 (Präsident)

Sekretariat: **Carola Fischbach-Pyttel**  
 (Generalsekretärin)

Mitgliedschaft: Rund 9 Mio. öffentlich Bedienstete

Organe: Generalversammlung (4-Jahres-Turnus)  
 letzte 23./24. Mai 1996  
 nächste für 2000 geplant  
 Ausschuß (tagt mindestens 1 × jährlich)  
 Lenkungsausschuß (tagt mehrmals im Jahr)

Etat: 1 Mio. BF

Hauptpublikation: EUROFLASH

Gründung: 1974

**14 EJF – Europäische Journalisten-Föderation**  
**EFJ – European Federation of Journalists**  
**FEJ – Fédération Européenne des Journalistes**

---

	Rue Royale, 266 B-1210 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 2 23 22 65 Telefax: (00 32 / 2) 2 19 29 76 Organ: Newsletter
Vorsitz:	<b>Gustl Glattfelder</b> (Deutschland / DJV) (Präsident)
Sekretariat:	<b>Aidan White</b> (Großbritannien) (Generalsekretär)
Geschäftsführung:	Lenkungsausschuß (7 Mitglieder)
Mitgliedschaft:	44 Journalistengewerkschaften (34 Vollmitglieder und 10 assoziierte Organisationen) aus 32 Ländern mit ca. 180 000 Mitgliedern (Juni 1993)
Kooperierende Organisationen:	IJF Internationale Journalisten-Föderation EGAKU Europäischer Gewerkschaftsausschuß für Kunst, Medien und Unterhaltung Mitglied des EGB Europäischer Gewerkschaftsbund, unterstützt das Europäische Forum der Mediengewerk- schaften
Jahresetat:	3 049 636 BF (1991)
Hauptpublikation:	Newsletter (monatlich)
Gründung:	1988 in Maastricht durch die IJF (Internationale Journali- sten-Föderation) als deren europäische Regionalorgani- sation Satzung: Dezember 1988

**15 EMB – Europäischer Metallgewerkschaftsbund**  
**EMF – European Metalworkers' Federation**  
**FEM – Fédération Européenne des Métallurgistes**

---

Rue Royale, 45  
B-1000 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 2 27 10 10  
Telefax: (00 32 / 2) 2 17 59 63

- Vorsitz: **Tony Janssen**  
(Präsident)
- Sekretariat: **Hans Fluger**  
(Generalsekretär)  
**Reinhard Kuhlmann** (Deutschland)  
(Stellvertretender Generalsekretär)
- Presse: **Barbara Gerstenberger**  
(Pressereferentin)
- Geschäftsführung: Präsidium  
(8 Mitglieder)<sup>1</sup>  
Präsident:  
**Tony Janssen** (Belgien)  
7 Vizepräsidenten  
Generalsekretär:  
**Hans Fluger** (Dänemark)  
Stellvertretender Generalsekretär:  
**Reinhard Kuhlmann** (Deutschland: IGM)
- Politische  
Repräsentanz: Exekutivausschuß (1996: 50 Mitglieder)
- Mitgliedschaft: 53 nationale Mitgliedsorganisationen aus 25 Ländern mit  
7 Mio. Gewerkschaftern (1995)
- Organe: a) Generalversammlung (4-Jahres-Turnus; zuletzt  
250 Delegierte)  
letzter und nächster Termin:  
8. EMB-Generalversammlung  
(29.–30. Juni 1995 in Wien)  
9. EMB-Generalversammlung  
(1999)

---

<sup>1</sup> Ohne Generalsekretär und Stellvertretenden Generalsekretär.

- b) Exekutivausschuß (68 Mitglieder)  
tagt 3 × pro Jahr
- c) Präsidium (8 Mitglieder – s.o.)
- d) Sekretariat (Generalsekretär; Stellvertreter und Personal) (9 Mitglieder)
- e) Rechnungsprüfungskommission  
(3 Mitglieder)

Mitgliederzahlen nach Ländern Ende 1994

Deutschland	2 000 000
Großbritannien	865 806
Tschechien <sup>1</sup>	830 000
Italien	600 000
Schweden <sup>2</sup>	408 618
Belgien	338 720
Spanien	230 000
Dänemark	221 000
Slowakische Republik <sup>1</sup>	186 210
Österreich	180 000
Finnland <sup>2</sup>	179 423
Frankreich	164 000
Polen <sup>1</sup>	130 000
Niederlande <sup>2</sup>	116 897
Schweiz	99 000
Ungarn <sup>1</sup>	80 000
Slowenien <sup>1</sup>	70 000
Norwegen <sup>2</sup>	60 400
Portugal	23 000
Griechenland	17 375
Türkei <sup>1</sup>	10 000
Irland	8 000
Luxemburg	6 000
Island <sup>1, 2</sup>	5 000
Zypern <sup>1</sup>	5 000
<b>insgesamt</b>	<b>6 834 449</b>

Ursprungsdaten: EMB; eigene Berechnungen

- 1) Neuaufnahmen des letzten Berichtszeitraums.
- 2) Der aktuelle Mitgliederstand liegt höher, ist aber noch nicht quantifizierbar.

Gliederung:

a) sachbezogen:

15 Arbeitsgruppen:

darunter 7 Branchenarbeitsgruppen:

- 1) Binnenmarkt und Gewerkschaftsrechte
- 2) Binnenmarkt und Industriepolitik
- 3) Automobilindustrie
- 4) Flugzeug- und Raumfahrtindustrie
- 5) Elektro- und Elektronikindustrie und Industrie der neuen Informationstechnologien
- 6) Eisenbahnmaterial-Industrie
- 7) Schiffbau und Schiffsreparatur
- 8) Maschinenbau
- 9) Industrie der schweren elektromechanischen und kerntechnischen Ausrüstungen
- 10) Tarifpolitischer Ausschuß
- 11) Sicherheit am Arbeitsplatz und Normierung der Maschinen
- 12) Umwelt und Beschäftigung
- 13) Rüstungsindustrie und -ausfuhren
- 14) Berufsbildung
- 15) Gewerkschaftliche Bildung

b) personenbezogen:

3 Arbeitsgruppen:

- Jugend
- Frauen
- Ausländische Arbeitnehmer

c) unternehmensbezogen:

Arbeitsgruppen für die gewerkschaftliche Koordinierung in multinationalen Unternehmen oder Konzernen, u.a. bei

- ABB
- Airbus Industrie
- Alcatel
- Bull
- Caterpillar
- CMB Packaging
- Continental Can Cy
- Eurocopter
- G. M.
- Nokia

- Pechiney
- Philips
- Renault – Volvo
- Thomson C. E.
- Thomson CSF
- VW

d) ad-hoc-Arbeitsgruppen

Kooperierende  
Organisationen  
und Institutionen:

AFETT Europäischer Verband für die Ausbildung von  
Arbeitnehmern im technologischen Bereich

EGA Europäische Gewerkschaftsakademie

Mitglied des DGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)

TGB Europäisches Technikbüro der Gewerkschaften  
für Gesundheit und Sicherheit

EGI Europäisches Gewerkschaftsinstitut

IMB Internationaler Metallgewerkschaftsbund

Jahresetat:

25,8 Mio. BF (1994)

Gründung:

April 1963 als Europäischer Ausschuß der Metallgewerk-  
schaften (ohne Statuten);

29./30. Juni 1971 umbenannt in EMB in der Gemein-  
schaft (zunächst 8 Organisationen aus 6 EG-Ländern).

**16 EUCDA – Europäische Union Christlich-Demokrati-  
scher Arbeitnehmer**

**EUCDW – European Union of Christian Democratic  
Workers**

**UETDC – Union Européenne des Travailleurs  
Démocrates-Chrétiens**

---

c/o Parlament Européen

Bât. EASTMAN

Rue Belliard 97-113

B-1047 Brüssel

Belgien

Telefon: (00 32 / 2) 2 84 29 08

Telefax: (00 32 / 2) 2 30 97 93

Vorsitz:

**Miet Smet** (Belgien / Arbeitsministerin)  
(Präsidentin)

Sekretariat:	<b>Antonio Costanzo</b> (Generalsekretär)
Mitgliedschaft:	18 christlich-soziale Parteigliederungen, Gewerkschaften und Verbände aus 14 Ländern mit circa 300 000 Mitgliedern (Mai 1993) 2 deutsche Mitgliedsorganisationen: CDA und CSA
Organe:	a) Kongreß (4-Jahres-Turnus; zuletzt circa 100 Delegierte) letzter und nächster Termin: 6. Kongreß der EUCDA (14.–16. März 1993 in Königswinter) 7. Kongreß der EUCDA (2. Jahreshälfte 1997) b) Vorstand (je Mitgliedsverband 2 Mitglieder) c) Präsidium (14 Mitglieder – davon 4 ohne Stimmrecht)
Kooperierende Organisationen:	EUCDA ist eine von 4 Spitzenorganisationen der EVP □ Europäische Volkspartei – Christliche Demokraten Mitglied von CDI Christian Democrat International EUCD Europäische Union Christlicher Demokraten Teil der ICDA Internationale Christliche Arbeitnehmer-schaft
Gründung:	1977 in Brüssel als Arbeitnehmervereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP)

**17 EURO-FIET – Europäische Regionalorganisation  
des Internationalen Bundes der Privat-  
angestellten  
European Regional Organization  
of the International Federation of  
Commercial, Clerical, Professional  
and Technical Employees  
Organisation Régionale Européenne  
de la Fédération Internationale des  
Employés, Techniciens et Cadres**

---

Sekretariat:  
Avenue de Balexert 15  
CH-1219 Châtelaine – Genf  
Schweiz  
Telefon: (00 41 / 22) 9 79 03 11  
Telefax: (00 41 / 22) 7 96 53 21  
Europa-Büro: **Bernadette Tesch-Ségo**  
(Direktorin)  
Rue Joseph II 3  
B-1040 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 2 30 74 55  
Telefax: (00 32 / 2) 2 30 75 66

Vorsitz: **Gary Nebecker** (USA)  
(Präsident)

Sekretariat: **Philip J. Jennings** (Großbritannien)  
(Generalsekretär)

Presse: **Nick Grisewood**

Geschäftsführung: Regionalvorstand  
(mehr als 25 Mitglieder)  
Präsident:  
**Gary Nebecker** (USA)  
Generalsekretär:  
**Philip J. Jennings** (Großbritannien)  
Vertreter aus 7 Regionalgebieten:  
I. Großbritannien und Irland  
4 Mitglieder (inklusive Vizepräsident)  
II. Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden  
5 Mitglieder



III. Österreich, Deutschland, Schweiz  
6 Mitglieder (für Deutschland: **Siegfried Bleicher**: DGB;  
**Roland Issen**: DAG; **Jochen Richert**: DGB; **Dieter  
Steinborn**: HBV)

IV. Belgien, Frankreich, Luxemburg, Monaco und die Niederlande

4 Mitglieder (inklusive Präsident)

V. Zypern, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und die Türkei

4 Mitglieder

VI. Mittel- und Osteuropa

Sitzbelegung nach Erfüllung der satzungsmäßigen Anforderungen

VII. Israel und der Libanon

1 Mitglied

Mitgliedschaft: 123 nationale Mitgliedsorganisationen aus 29 Ländern mit 5,5 Mio. Gewerkschaftern (August 1992)

Organe:

- a) Regionalkonferenz (eigentlich 3-Jahres-Turnus; zuletzt mehr als 300 Teilnehmer = Delegierte)
- b) (Regional-)Vorstand (mehr als 25 Mitglieder – s. o. – tagt mindestens 1 × pro Jahr)
- c) Rechnungsprüfer (2):  
Gilbert Clajot (Belgien)  
Inger Rudholm (Schweden)
- d) Sekretariat

Gliederung:

- a) regional: (7 Gebiete – s. o.)
- b) sachbezogen:  
7 regionale Fachgruppen (wie bei FIET):
  - Bankangestellte
  - Wartungs- und Sicherheitsdienste
  - Versicherungsangestellte
  - Sozialversicherung und Gesundheitsdienste
  - Einzel- und Großhandelsangestellte
  - Industrieangestellte
  - Friseure und Kosmetikerberufe

Kooperierende Organisationen: Von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft anerkannter Europäischer Gewerkschaftsausschuß Mitglied des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)

Gründung: September 1964: Gründung eines europäischen FIET-Gewerkschaftsausschusses (nur Mitgliedsorganisationen aus EWG-Ländern)

8. November 1972 in Kopenhagen: Zusammenschluß aller europäischen FIET-Gewerkschaften zur europäischen Regionalorganisation des Internationalen Bundes der Privatangestellten FIET.

**18 EUROMIL – Europäische Organisation der Militärverbände  
European Organization of Military Associations  
Organisation Européenne des Associations Militaires  
Organización Europea de Asociaciones Militares**

---

Südstraße 123  
53175 Bonn  
Telefon: (02 28) 31 26 20  
Telefax: (02 28) 3 82 32 30

Vorsitz: **Jens Rotbøll**  
(Präsident)

Geschäftsführung: **Guido Daleman**  
(Vorstandssekretär)

Schatzkanzler: **Antoon Pieter de Laat** (Niederlande)

Politische Repräsentanz: Exekutivausschuß  
(6 Mitglieder)

Präsident (de officio):  
**Jens Rotbøll** (Dänemark)

Stellvertretender Präsident (de officio):  
**Bernhard Gertz** (Deutschland/DBwV)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> DBwV = Deutscher Bundeswehr-Verband.

3 gewählte Mitglieder:  
**Svend-Erik Larsen** (Dänemark)  
**Leo Marijs** (Niederlande)  
**Bauke Snoep** (Niederlande)

Vorstandssekretär (de officio; ohne Stimmrecht):  
**Guido Daleman**

Mitgliedschaft: 21 Verbände aus 17 europäischen Ländern  
Organe: a) Mitgliederversammlung (3-Jahres-Turnus)  
b) Präsidium (40 Mitglieder<sup>1</sup>:  
Präsident, stellvertretender Präsident, Schatzkanzler  
und weitere 37 von den Mitgliedsverbänden ernannte  
Mitglieder)  
c) Exekutivausschuß  
(6 Mitglieder aus dem Präsidium – s. o. – tagt alle  
2 Monate)  
d) Sekretariat  
Gründung: 14. September 1972 in Bergisch Gladbach

**19 GVEG – Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß  
in der Europäischen Gemeinschaft**  
**CTWU – Committee of Transport Workers' Unions  
in the European Community**  
**CSTCE – Comité Syndical des Transports dans  
la Communauté Européenne**

---

Rue de Pascale 22  
B-1040 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 2 80 02 38  
Telefax: (00 32 / 2) 2 80 08 17

Vorsitz: **Rudi Schäfer** (Deutschland)  
(Präsident)  
Sekretariat: **Hugues de Villèle**  
(Generalsekretär)  
Presse: **Magdalena Brüning**

---

<sup>1</sup> Die Mitgliederzahl ist beschlußabhängig und variiert daher.

Politische Repräsentanz:	Präsidium (8 Mitglieder) Präsident: <b>Rudi Schäfer</b> (Deutschland: GdED) 6 Vizepräsidenten Generalsekretär: <sup>1</sup> <b>Hugues de Villèle</b>
Mitgliedschaft:	2 internationale und 64 nationale Mitgliedsorganisationen aus 17 Ländern (November 1993)
Organe:	a) Generalversammlung (zuletzt 163 Delegierte; 4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin: 1. Generalversammlung (4./5. November 1993 in Brüssel) 2. Generalversammlung (1997) b) Koordinierungsausschuß (69 Mitglieder; davon 8 im Präsidium – s.o.) c) Präsidium (8 Mitglieder – s.o.) d) Sekretariat (7 Mitglieder – unter Leitung des Generalsekretärs <sup>2</sup> ) e) Rechnungsprüfer (3 Delegierte) f) Sektionen (7 – siehe „Gliederungen“)
Gliederungen:	7 Sektionen: <input type="checkbox"/> Fischerei <input type="checkbox"/> Eisenbahn <input type="checkbox"/> Seeschifffahrt <input type="checkbox"/> Binnenschifffahrt <input type="checkbox"/> Straßenverkehr <input type="checkbox"/> Häfen <input type="checkbox"/> Zivilluftfahrt
Kooperierende Organisationen:	GVEG ist der Europa-Ausschuß der ITF (Internationale Transportarbeiter-Föderation), kooperiert mit FIOST (Fédération Internationale des Organisations Syndicales du Personnel des Transports: Internationaler Verband der Gewerkschaften des Verkehrspersonals) und ist Mitglied des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)

<sup>1</sup> Offizieller Titel: „Sekretär“.

<sup>2</sup> Offizieller Titel: „Sekretär“.

Gründung: 1958 von Gewerkschaften der damaligen EG-Mitgliedstaaten;  
ab 1992 Erweiterungen durch Aufnahme von Gewerkschaften aus EFTA-Staaten.  
Seit November 1993 auf neuer Satzungsgrundlage  
(1. GVEG-Generalversammlung)

## **20 EA-IPTT – Europäischer Ausschuß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter European Telegraph and Telephon International-European-Committee**

---

Avenue de Lignon 36  
CH-1219 Lignon Genève  
Schweiz  
Telefon: (00 41 / 22) 9 79 20 20  
Telefax: (00 41 / 22) 7 96 39 75

Vorsitz: **Kurt van Haaren**  
Sekretär: **Philip Bowyer**  
Mitgliedschaft: 67 Organisationen (1,9 Mio. Mitglieder)  
Organe: Europakongreß:  
letzter Termin 1996  
nächster Termin 2000  
Exekutivausschuß tagt 1 × jährlich

Jahresetat: circa 2 Mio. SF  
Hauptpublikation: EURO-INFO  
Gründung: 1965

## 21 UISP – Internationale Union der Polizeigewerkschaften Union Internationale des Syndicats de Police

---

	617, Rue de Neudorf L-112220 Luxemburg Telefon: (0 03 52) 43 49 61 Telefax: (0 03 52) 43 51 82
Vorsitz:	<b>Hermann Lutz</b> (Deutschland) (Präsident)
Geschäftsführung:	3 Vizepräsidenten: <b>Gunnar Andersson</b> (Schweden) <b>Klaus Steffenhagen</b> (Deutschland) <b>Louis Deeben</b> (Niederlande)
Mitgliedschaft:	18 Polizeigewerkschaften bzw. Berufsverbände aus 17 europäischen Ländern, 400 000 Mitglieder
Organe:	Kongreß bzw. Exekutivkomitee (4-Jahres-Turnus) letzter und nächster Termin: September 1995 in Olympia (Griechenland) September 1999
Gründung:	9. Juni 1954 in Brüssel

## 22 Verbindungsbüro – Montanausschuß der Freien Berg- und Metallarbeiter-Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft Contact Office of Miners' and Metalworkers' Free Trade Unions in the European Communities Bureau de Liaison de Syndicats Libres de Mineurs et de Métallurgistes dans le Communautés Européennes

---

	Rue du Moniteur 18 B-1000 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 2 18 37 93
Vorsitz:	<b>Dieter Schulte</b>
Sekretär:	<b>Paul Flum</b>
Mitgliedschaft:	10 Länder

Organe:	Der Montanausschuß setzt sich aus Delegierten der nationalen Mitgliederorganisationen aus den Bereichen Metall und Bergbau zusammen. Der Ausschuß tagt 2 x jährlich. Der Ausschuß wählt einen Präsidenten und 4 Vizepräsidenten für 2 Jahre.
Kooperierende Organisationen:	Der Ausschuß arbeitet im „Koordinierungsausschuß für die Energie“ des EGB und nimmt an EGB-Exekutivausschußsitzungen teil.
Gründung:	1954 in Luxemburg

# IX Internationale Dachverbände

---

- 1 BI – Bildungsinternationale  
(Internationales Berufssekretariat der Lehrer)**
  - EI – Education International**
  - IE – Internationale de l'Éducation**
  - IE – Internacional de la Educación**
- 

	155, Boulevard Emile Jacqmain B-1210 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 2 24 06 11 Telefax: (00 32 / 2) 2 24 06 06 Organ: N. N. Vorsitz: <b>Mary Futrell</b> (Präsidentin)
Sekretariat:	<b>Fred van Leeuwen</b> (Generalsekretär)
Presse:	<b>N. N.</b>
Geschäftsführung:	Vorstand (23 Mitglieder) Präsidentin: <b>Mary Futrell</b> (USA) 4 Vizepräsidenten (mindestens 2 Frauen): darunter <b>Dr. Dieter Wunder</b> (Deutschland: GEW-Vorsitzender) Generalsekretär: <b>Fred van Leeuwen</b> (Niederlande) je 2 Mitglieder aus den 5 Regionen (davon 5 Frauen) 7 weitere Mitglieder
Mitgliedschaft:	326 Mitgliedsorganisationen aus 140 Ländern mit 23 Mio. Gewerkschaftern (entspricht 80 Prozent aller or- ganisierten Lehrer der Welt).
Organe:	a) Weltkongreß (3-Jahres-Turnus); Gründungsversammlung: 26. Januar 1993 in Stock- holm mit 900 Delegierten 1. Ordentlicher BI-Weltkongreß (19.–23. Juni 1995 in Harare/Zimbabwe)



	<ul style="list-style-type: none"> <li>b) Vorstand (23 Mitglieder – s.o.; jährliche Tagung)</li> <li>c) Expertenausschuß für Beitritte/Mitgliedschaft</li> <li>d) Sekretariat</li> </ul>
Gliederung:	<ul style="list-style-type: none"> <li>a) regional: <ul style="list-style-type: none"> <li>5 Regionen: <ul style="list-style-type: none"> <li>Afrika, Nordamerika und karibischer Raum, Asien und pazifischer Raum, Europa, Lateinamerika</li> </ul> </li> </ul> </li> <li>b) sachbezogen: <ul style="list-style-type: none"> <li>4 ständige Branchenausschüsse/Ausschüsse unterschiedlicher Bildungseinrichtungen</li> <li><input type="checkbox"/> Kindergarten/Vorschul- und Grundschulwesen</li> <li><input type="checkbox"/> Erziehung in weiterführenden Schulen/höheres Schulwesen</li> <li><input type="checkbox"/> Hochschulwesen</li> <li><input type="checkbox"/> Berufsausbildung und Schulungen</li> </ul> </li> <li>3 Ausschüsse: <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Stellung der Frau</li> <li><input type="checkbox"/> Finanzen</li> <li><input type="checkbox"/> Verfassung und Satzung</li> </ul> </li> </ul>
Kooperierende Organisationen:	<p>IBFG Internationaler Bund Freier Gewerkschaften  IBSe Internationale Berufssekretariate</p>
Jahresetat:	k. A.
Hauptpublikation:	N. N.
Gründung:	26. Januar 1993 in Stockholm durch Fusion des Weltverbands der Lehrerorganisationen, WCOTP (World Confederation of Organizations of the Teaching Profession; Gründung: 1952) mit der Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften (IVFL; Gründung: 1951); WCOTP und IVFL sind de facto seit 31. 1. 1993 aufgelöst, de jure ab 31. 12. 1993; Geschäftsaufnahme der BI: 1. 2. 1993.

## 2 IFALPA – International Federation of Air Line Pilots' Associations Fédération Internationale des Associations de Pilotes de Ligne Federación Internacional de Asociaciones de Pilotos de Linea Aérea

---

	Interpilot House Gogmore Lane GB-Chertsey, Surrey, KT 16 9 AP Großbritannien Telefon: (00 44 / 1) 9 32 57 17 11 Telefax: (00 44 / 1) 9 32 57 09 20 Organ: IFALPA Quarterly Review
Vorsitz:	<b>Rob McInnis</b> (Präsident)
Geschäftsführer:	TV Middleton (Executive Administrator)
Presse:	<b>N. N.</b>
Mitgliedschaft:	90 Mitgliedsorganisationen, darunter auch die deutsche VC (Vereinigung Cockpit)
Organe:	Konferenz (jährlich)
Kooperierende Organisationen:	a) zwischenstaatlich: ECAC European Civil Aviation Conference EUROCONTROL European Organization for the Safety of Air Navigation IAO Internationale Arbeitsorganisation WMO World Meteorological Organization b) nichtstaatlich: Berater austausch mit ITF Internationale Transportarbeiterföderation Mitglied der ATAG Air Transport Actions' Group Beraterstatus bei ECOSOC United Nations' Economic and Social Council
Mitgliedsbeitrag:	£ 13,70 pro Kopf und Jahr
Hauptpublikation:	IFALPA Quarterly Review
Gründung:	7. April 1948 in London als World Federation of Air Line Pilots – Fédération Mondiale des Pilotes de Ligne

**3 ICDA – Internationale Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft**  
**ICDW – International Christian Democratic Workers**  
**ITDC – Internationale des Travailleurs Démocrates-Chrétiens**  
**ITDC – Internacional de los Trabajadores Demócrata Christianos**

---

	Arbeitnehmerzentrum Königswinter (AZK) Johannes-Albers-Allee 3 D-53639 Königswinter Deutschland Telefon: (0 22 23) 7 31 77 Telefax: (0 22 23) 7 31 11
Vorsitz:	<b>Miet Smet</b> (Belgien) (Präsidentin)
Sekretariat:	<b>Antonio Constanzo</b> (Italien) (Generalsekretär)
Geschäftsführung:	Präsidentin: <b>Miet Smet</b> (Belgien) Vizepräsidenten Generalsekretär: <b>Antonio Constanzo</b> (Italien) Schatzmeister Vorsitzende und Generalsekretäre der regionalen Organisationen der ICDA
Mitgliedschaft:	Organisationen christlich-sozialer Arbeitnehmer aus den Kontinenten Afrika, Amerika, Asien, Europa und Ozeanien
Organe:	a) Kongreß (3-Jahres-Turnus; Mitglieder: Vorstand, Delegierte der ordentl. Mitglieder, Vertreter assoziierter Mitglieder und Beobachter) 1. Kongreß der ICDA (Gründungskongreß) (5. September 1991 in Brüssel) b) Vorstand (s.o.) c) Sekretariat (unter Leitung des Generalsekretärs) d) Rechnungsprüfer
Gliederungen:	Regionalorganisationen (z.B. EUCDA, siehe S. 548)

Kooperierende Organisationen: ICDA ist eine von 18 Spezialorganisationen der ICD (Internationale Christlicher Demokraten) und unterstützt diese in ihrer Arbeit.

Gründung: 5. September 1991 in Brüssel

**4 IPTT – Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe**  
**PTTI – Postal, Telegraph und Telephone International**  
**IPTT – International du Personnel des Postes, Télégraphes et Téléphones**  
**ICTT – Internacional de Correos, Telégrafos y Teléfonos**

---

Avenue du Lignon 38  
CH-1219 Genf  
Schweiz  
Telefon: (00 41 / 22) 7 96 83 11  
Telefax: (00 41 / 22) 7 96 39 75  
Organ: IPTT-Nachrichten

Vorsitz: **Curt Persson**  
(Präsident)

Generalsekretär: **Philip Bowyer**

Geschäftsführung: Exekutivkomitee  
(22 Mitglieder)

Präsident: **Curt Persson** (Schweden)

Generalsekretär: **Philip Bowyer**

7 europäische Mitglieder  
6 amerikanische Mitglieder  
5 asiatische Mitglieder  
2 afrikanische Mitglieder

Mitgliedschaft: Nationale Gewerkschaften aus 115 Ländern mit mehr als 4 Mio. Mitgliedern

Organe:

- a) Weltkongreß (4-Jahres-Turnus);  
letzter und nächster Termin:  
27. Weltkongreß der IPTT (1993)  
28. Weltkongreß der IPTT (1997)
- b) Exekutivkomitee (22 von Regionalkongressen gewählte Mitglieder – s.o.; Jahrestagung)

- Gliederung:
- c) Sekretariat
  - d) Revisoren (2)
  - a) regional:
    - 4 Regionalausschüsse
    - Afrika
    - Asien
    - Amerikanischer Kontinent
    - Europa
    - Europa-Ausschuß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen und Telefonbetriebe, 1,5 Mio. Mitglieder
  - b) sachbezogen:
    - 7 Ausschüsse/Arbeitsgruppen, besonders für Europa tätig:
      - Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der gewerkschaftlichen Forderungen (Europa)
      - Arbeitsgruppe Postwesen (Europa)
      - IPTT-Arbeitsgruppe Telekommunikation
      - Arbeitsgruppe Postgeldwesen (Europa)
      - IPTT-Frauenausschuß (speziell Europa)
      - Jugendarbeit (Europa)
      - Arbeitsgruppe für die Anliegen der PTT-Führungskräfte
- Kooperierende Organisationen:
- a) zwischenstaatlich:
    - IAO (Internationale Arbeitsorganisation)
  - b) nichtstaatlich:
    - EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)
    - Mitglied des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)
    - des IBSe (Internationale Berufssekretariate)
- Hauptpublikation: IPTT Nachrichten (monatlich)
- Spezialpublikationen:
  - PTTI Asia (monatlich)
  - PTTI Inter-American-Bulletin (monatlich)
  - PTTI African-News (vierteljährlich)
  - IPTT Studien (vierteljährlich)
- Gründung: 1920 als Internationales Berufssekretariat aus der Vorgängerorganisation „Internationale Föderation des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe“ (Gründung: 6./7. Juli 1911 in Paris) entstanden; gegenwärtige Statuten am 22. 9. 1985 vom 25. Weltkongreß in Interlaken (Schweiz) angenommen

**5 IÖD – Internationale der Öffentlichen Dienste**  
**PSI – Public Services International**  
**ISP – Internationale des Services Publics**  
**Internacional de Servicios Públicos**  
**ISKA – Internationalen für Stats- und Kommunal-**  
**anständige**

---

	45, avenue Voltaire Boîte Postale No 9 F-012 11 Ferney-Voltaire Tédex Frankreich
	Europa-Büro: 36, avenue de Tervuren Boîte Postale No 18 B-1040 Brüssel Belgien
	Telefon: (00 32 / 2) 7 32 70 52 Telefax: (00 32 / 2) 7 32 71 88
	Organ: IÖD Focus
Vorsitz:	<b>William (Bill) Lucy</b> (Präsident)
Sekretariat:	<b>Hans Engelberts</b> (Generalsekretär)
Presse:	<b>Veronika Darras</b>
Mitgliedschaft:	Rund 400 Organisationen aus über 100 Staaten mit etwa 20 Mio. Gewerkschaftsmitgliedern
Organe:	Kongreß (4-Jahres-Turnus); letzter und nächster Termin: 25. IÖD-Weltkongreß (2.–6. August 1993 in Helsinki/Finnland) 26. IÖD-Weltkongreß (1997)
Gliederung:	regional: <input type="checkbox"/> Afrika (Johannesburg/Nairobi) <input type="checkbox"/> Asien/Australien (Ajaltoun/Haryana/South Brisbane/To- kio) <input type="checkbox"/> Interamerika (Florida/Kingston/San José) <input type="checkbox"/> Europa (Ankara/Brüssel/Bukarest/Prag/Riga)
Hauptpublikation:	IÖD Focus (Quartals-Zeitschrift)
Gründung:	1907 in Stuttgart/Deutschland

## 6 ICEF – Internationale Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden<sup>1</sup> International Federation of Chemical, Energy and Generalworkers' Unions Fédération Internationale des Syndicats de Travailleurs de la Chimie, de l'Énergie et des Industries Diverses

---

Avenue Emile de Béco 109  
B-1050 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 33 / 2) 6 47 02 35  
Telefax: (00 32 / 2) 6 48 43 16  
Organ: ICEF Info

Vorsitz: **Hermann Rappe**  
(Präsident)

Sekretariat: **Michael D. Boggs**  
(Generalsekretär)

Informations-  
beauftragter: **Jan Graham**

Geschäftsführung: Geschäftsführender Ausschuß  
(12 Mitglieder)  
Präsident:  
**Hermann Rappe** (Deutschland: IGC)  
Vizepräsidenten:  
**Hiroichi Honda** (Japan)  
**Wayne Glenn** (USA)  
**José Drummond** (Brasilien)  
**Fred Higgs** (Großbritannien)  
**Michel Nollet** (Belgien)  
**Verner Klemmensen** (Dänemark)  
**Arnaldo Mariani** (Italien)  
Generalsekretär:  
**Michael D. Boggs**  
Interne Revisoren:  
**Egon Schäfer** (Deutschland)  
**Reijo Hyytiä** (Finnland)  
**Geoffrey Martin** (Großbritannien)

---

<sup>1</sup> Fusionierte auf dem Kongreß (20.–22. November 1995 in Washington D.C./USA) mit dem IBV zur neuen gewerkschaftlichen Energie-Internationale (ICEM).

Mitgliedschaft:	6,5 Mio. Gewerkschafter in 252 Mitgliedsverbänden aus 82 Ländern (Stand: November 1992) (vertritt 15 Mio. Arbeitnehmer in 95 Ländern)
Jahresetat:	Mitgliedsbeitrag 1,70 Sfr/Kopf
Organe:	a) Kongreß (4-Jahres-Turnus) letzter Termin: 20. Internationaler Kongreß der ICEF (4.–6. November 1992 in Bonn) b) Exekutive (34 Sitze, Generalsekretär und Stellverteter des Generalsekretärs; 1 ordentliche Jahressitzung) c) Geschäftsführender Ausschuß (12 Mitglieder) d) Sekretariat
Gliederung:	sachbezogen 10 Branchen: <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Energiewirtschaft</li> <li><input type="checkbox"/> Chemische Industrie</li> <li><input type="checkbox"/> Kautschukindustrie</li> <li><input type="checkbox"/> Glasindustrie</li> <li><input type="checkbox"/> Keramische Industrie</li> <li><input type="checkbox"/> Zellstoff- und Papierindustrie</li> <li><input type="checkbox"/> Zementindustrie</li> <li><input type="checkbox"/> Umweltdienstleistungen</li> <li><input type="checkbox"/> Angestellte</li> <li><input type="checkbox"/> Dienstleistungen und andere Berufe</li> </ul>
Kooperierende Organisationen:	IBV (Internationaler Bergarbeiterverband); fusionierte 1995 mit der ICEF zur ICEM IBFG Internationaler Bund Freier Gewerkschaften IBSe Internationale Berufssekretariate IAO Internationale Arbeitsorganisation
Hauptpublikationen:	ICEF Info (vierteljährlich) ICEF-Update
Spezialpublikation:	ICEF-Fokus
Gründung:	22. 8. 1947 in Stuttgart als Internationale Föderation der Fabrikarbeiter 1964 Namensänderung: Internationale Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiterverbände Statuten festgesetzt beim 8. Kongreß (16.–18. August 1950 in Rüdesheim); geändert beim 9. Kongreß 1953 in Wien



**7 IGF – Internationale Graphische Föderation**  
**IGF – International Graphical Federation**  
**FGI – Fédération Graphique Internationale**  
**FGI – Federación Gráfica Internacional**

---

Galerie du Centre, Bloc 2  
Rue des Fripiers 17  
B-1000 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 2 23 02 20  
Telefax: (00 32 / 2) 2 23 18 14  
Organ: Journal of the IGF

Vorsitz: **René van Tilborg**  
(Präsident)

Sekretariat: **Chris Pate**  
(Generalsekretär)

Presse: **N. N.**

Geschäftsführung: Exekutivkomitee  
(bis zu 19 Mitglieder)  
Präsident:  
**René van Tilborg** (Niederlande)  
Vizepräsidenten:  
**Tony Dubbins** (Großbritannien)  
**Luigio Castillo** (Argentinien)  
**Michelle Muller** (Frankreich)  
**Finn Erik Thoresen** (Norwegen)

Generalsekretär:  
**Chris Pate** (Belgien)  
bis zu 13 weitere Mitglieder,  
darunter **Dr. Detlef Henschke** (Deutschland: IG Medien)

Mitgliedschaft: 96 nationale und regionale Gewerkschaftsorganisationen  
aus 66 Ländern mit rund 1,3 Mio. Mitgliedern

Organe: a) Kongreß (zuletzt 160 Delegierte; 3-Jahres-Turnus)  
letzter und nächster Termin:  
16. Kongreß der IGF  
(6.–8. November 1994 in Budapest/Ungarn)  
17. Kongreß der IGF  
(1997)  
b) Führungsgremium/Verwaltungsausschuß = management committee

- Gliederung:
- c) Exekutivkomitee (bis zu 19 Mitglieder – s.o.)
    - a) sachbezogen
      - 5 Branchengruppen:
        - Buchdrucker/Typographie
        - Buchbinder und verwandte Berufe
        - Lithographie
        - Gravurverfahren
        - Tiefdruck und ähnliche Berufe
      - b) regional:
        - EGF Europäische Graphische Föderation
        - Lateinamerika-Organisation
        - Südostasien/Australien-Organisation (in Planung)
        - Afrika-Organisation (in Planung)
- Kooperierende Organisationen:
- EGB Europäischer Gewerkschaftsbund
  - IBFG Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
  - IBSe Internationale Berufssekretariate
  - ECEMU Europa-Ausschuß der Unterhaltungs- und Mediengewerkschaften (European Committee of Entertainment and Media Unions)
  - ICEMU Internationaler Ausschuß der Unterhaltungs- und Mediengewerkschaften (International Committee of Entertainment and Media Unions)
- Hauptpublikationen:
- Journal of the IGF (Halbjahres-Zeitschrift)  
IGF-Statistics (unregelmäßig)
- Gründung:
- 10.–13. Mai 1949 in Stockholm als Typographers International durch Zusammenschluß dreier Vorgängerorganisationen (International Typographers' Secretariat; International Federation of Bookbinders and Kindred Trades; International Federation of Lithographers, Processworkers and Kindred Trades) in Zusammenarbeit mit 8 Graphikergewerkschaften Großbritanniens

**8 IJF – Internationale Journalisten-Föderation**  
**IFJ – International Federation of Journalists**  
**FIJ – Fédération Internationale des Journalistes**  
**FIP – Federación Internacional de Petiodistas**

---

	Boulevard Charlemagne 1 Boîte 5 B-1041 Brüssel Belgien Telefon: (00 32 / 2) 2 38 09 51 / 2 38 09 42 Telefax: (00 32 / 2) 2 30 36 33 Organ: IJF Direkt Kurznachrichten
Vorsitz:	<b>Jens Linde</b> (Präsident)
Sekretariat:	<b>Aidan White</b> (Generalsekretär)
Presse:	<b>Marie-Anne Paquet</b>
Politische Repräsentanz:	Administrative Committee (6 Mitglieder) Präsident: <b>Jens Linde</b> (Jg. 48 / Dänemark) (Oberster) Senior-Vizepräsident: <b>Christopher Warren</b> (Australien) 1. Vizepräsident: <b>Gustl Glattfelder</b> (Deutschland: DJV) 2. Vizepräsident: <b>Carlos Alberto Ameida</b> (Brasilien) Ehrenschatzmeister: <b>Rob Bakker</b> (Niederlande) Generalsekretär: <b>Aidan White</b> (Jg. 51 / Großbritannien)
Mitgliedschaft:	109 Mitgliedsorganisationen aus 92 Ländern mit circa 400 000 organisierten Journalisten (Stand: Mai 1995)
Jahresetat:	24 403 428 BF (per 1991) = Einkünfte
Organe:	a) Kongreß (3-Jahres-Turnus); zuletzt 142 Delegier- te/166 Teilnehmer letzter und nächster Termin: 22. Weltkongreß der IJF (1.–5. Mai 1995 in Santander/Spanien) 23. Weltkongreß der IJF (1998)

- b) Exekutiv-Ausschuß (20 Mitglieder; halbjährliche Tagung)
  - (Oberster) Senior-Vizepräsident
  - 1. und 2. Vizepräsident
  - 6 Regionalberater aus den Regionen Lateinamerika, Nordamerika, Asien, Afrika, Europa, Ozeanien
  - 10 Berater
- c) Verwaltungsausschuß (6 Mitglieder)
- d) Sekretariat

Gliederung:

- a) regional:
  - 1 Regionalbüro
  - Lateinamerika: Caracas, Venezuela; seit 1990 (Asien: geplant)
  - (Leiter: **Stein-Ove Graonsund**)
  - 1 Koordinationszentrum für unabhängige Medien in der Balkanregion – gemeinsam von IJF und FIEJ (= Fédération Internationale des Editeurs de Journaux); Ljubljana, Slowenien; seit April 1993 (Leiterin: **Damirka Batinic**)
  - 1 Europaregionalgruppe: EJV Europäische Journalisten-Föderation

- b) sachbezogen:
  - 4 Arbeitsgemeinschaften (Copyright, Neue Technologien, Freie Mitarbeiter, Gleichberechtigung)

Kooperierende Organisationen:

- a) Beratungsbefugnis:
  - Unesco
  - Vereinte Nationen
  - IAO (Internationale Arbeitsorganisation)
  - WIPO (World International Property Organization)
  - CE (Council of Europe)
  - ECOSOC (United Nations' Economic and Social Council)
- b) zwischenstaatliche Organisationen:
  - CEU (Kommission der Europäischen Union)
- c) nichtstaatliche Organisationen:
  - IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)
  - ICEMU (International Committee of Entertainment and Media Unions)
  - Mitglied der IFRRO (International Federation of Reproduction Rights Organizations)

Teilnehmer am IFEX (International Freedom of Expression Exchange)

EGAKU (European Committee of Trade Unions in Arts, Mass Media and Entertainment)

EGF (European Graphical Federation)

FIA (International Federation of Actors)

FIM (International Federation of Musicians)

Hauptpublikationen: IJF Direkt Kurznachrichten (monatlich)  
IFJ Information (jährlich)

Gründung: 1892 Antwerpen: International Union of Press Associations (IUPA)  
1926 Paris: International Federation of Journalists  
1941 London: International Federation of Journalists of Allied and Free Countries  
1946 Kopenhagen: International Organization of Journalists  
heutige Form seit 8. Mai 1952 Brüssel IFJ

**9 WBCA – Internationale Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (Weltbewegung der Christlichen Arbeiter)**

**WMCW – World Movement of Christian Workers**

**MMTC – Mouvement Mondial des Travailleurs Chrétiens**

**MMTC – Movimiento Mundial de Trabajadores Cristianos**

---

Rue de Palais 90

B-1210 Brüssel

Belgien

Telefon: (00 32 / 2) 2 16 56 96 oder 2 16 57 28

Telefax: (00 32 / 2) 2 15 19 89

Organ: Infor-WMCW

Vorsitz: **Hugo de Alwis**  
(Präsident)

Pressebeauftragter  
(bzw. Verwalter): **Dirk Vanhaverbeke**

Geschäftsführung: Leitung  
(6 Mitglieder)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> In engerem Sinne obliegt die Geschäftsführung lediglich dem Generalsekretariat, das sich aus dem Präses, der Generalsekretärin und dem Generalsekretär zusammensetzt.

	Präsident: <b>Hugo de Alwis</b> (Sri Lanka)
	Vizepräsidentin: <b>Rosa Pacheco Condor</b> (Peru)
	Präses: <b>Michel Roncin</b> (Frankreich)
	Generalsekretärin: <b>Cleuza Chamon</b> (Brasilien)
	Generalsekretär: <b>Jacques Pulh</b> (Frankreich)
	Schatzmeister: <b>Manuel Martins</b> (Portugal)
Mitgliedschaft:	50 Organisationen aus 42 Ländern
Organe:	a) Generalrat <sup>1</sup> („Generalversammlung“; 4-Jahres-Turnus, ca. 100 Delegierte) letzter und nächster Termin: 8. Generalversammlung der WBCA (7.–17. Mai 1996 in Porto, Portugal) 9. Generalversammlung der WBCA (2000)
	b) Exekutivrat (18 Mitglieder)
	c) Leitung (6 Mitglieder – s.o.)
Gliederung:	regional: 6 Regionalorganisationen (Afrika, Amerika, Asien, Australien, Europa, Mittlerer Osten)
Hauptpublikationen:	Infor-WMCW
Gründung:	15. Mai 1961; Statuten angenommen am 28. Mai 1966 in Rom, bei gleichzeitigem Zusammenschluß von Vorgängerorganisationen wie z.B. der FIMOC (Fédération Internationale de Mouvements des Ouvriers Chrétiens; Gründung: 1951) oder: 1966 in Rom durch Zusammenschluß von Vorgängerorganisationen

---

<sup>1</sup> Die Generalversammlungen dauern mit begleitenden Veranstaltungen rund 14 Tage.

**10 ITBLAV – Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung**  
**ITGLWF – International Textile, Garment & Leather Workers' Federation**  
**FITTHC – Fédération Internationale des Travailleurs du Textile, de l'Habillement et du Cuir**  
**FITTVC – Federación Internacional de Trabajadores del Textil, Vestuario y Cuero**

---

Rue Joseph Stevens, 8  
B-1000 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 5 12 26 06 und 5 12 28 33  
Telefax: (00 32 / 2) 5 11 09 04  
Organ: ITGLWF Bulletin

- Vorsitz: **David Lambert**  
(Präsident)
- Sekretariat: **Neil Kearney**  
(Generalsekretär)
- Geschäftsführung: Präsidium  
(13 Mitglieder)  
Präsident:  
**David Lambert** (Großbritannien)  
11 Vizepräsidenten, darunter aus Deutschland:  
**Willi Arens** (GTB)  
**Werner Dick** (GL)  
(Repräsentanten der Kontinente Europa, Afrika, Nord- und Südamerika sowie Asien)  
Generalsekretär:  
**Neil Kearney** (Großbritannien)
- Mitgliedschaft: 167 Mitgliedsorganisationen aus 81 Ländern mit 6,5 Mio. Gewerkschaftern (Stand: 1993)
- Jahresetat: für Langzeitobjekte ca. 2,5 Mio. US \$ (Stand: 1990)
- Organe: a) Kongreß (4-Jahres-Turnus)  
letzter und nächster Termin:  
7. Weltkongreß der ITBLAV  
(15.–19. April 1996 in Melbourne/Australien)  
8. Weltkongreß der ITBLAV  
(2000)

- b) Exekutivausschuß (Jahrestagung)  
höchstens 60 Mitglieder:  
Präsident  
Vizepräsidenten  
Generalsekretär  
Vertreter aller Länder mit mehr als 5000 Mitgliedern  
angeschlossener Organisationen
- c) Präsidium (13 Mitglieder; halbjährliche Tagung)
- d) evtl. Sektionsausschüsse zu Spezialfragen der
  - Textilindustrie
  - Bekleidungsindustrie
  - Schuh- und Lederindustrie
- e) Internationales Sekretariat

Gliederung:

3 Regionalorganisationen:  
ERO (Europäische Regionalorganisation)  
in Brüssel; seit 1975  
TWARO (Regionalorganisation für Asien und den Pazifik-  
raum) in Tokyo; seit 1961  
FITTVC/ORI (Interamerikanische Regionalorganisation)  
in Maracay/Venezuela; seit 1976

Kooperierende  
Organisationen:

- a) nichtstaatliche Organisationen und Institutionen:
  - IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)
  - IBSe (Internationale Berufssekretariate)
  - FES (Friedrich-Ebert-Stiftung)
  - AIFLD (Amerikanisches Institut für Freie Arbeitsent-  
wicklung)
  - AALC (Afrikanisch-Amerikanisches Arbeitszentrum)
  - AAFLI (Asiatisch-Amerikanisches Freies Arbeitsin-  
stitut)
  - Internationales Institut für Entwicklung, Zusammen-  
arbeit und Arbeitsstudien
- b) zwischenstaatliche Organisationen:  
GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)  
Instanzen der Vereinten Nationen,  
z.B. IAO (Internationale Arbeitsorganisation)  
WHO (Weltgesundheitsorganisation)

Hauptpublikationen:

ITGLWF Bulletin (Quartalsschrift)

Gründung:

1871 Internationale Stiefel- und Schuhfacharbeitervereini-  
gung



(wird 1907 zur ISLWF: International Shoe and Leather Workers' Federation)  
1893 Internationale Vereinigung für Bekleidungsarbeiter (IFGW)  
1894 Internationale Vereinigung der Textilarbeiterverbände (IFTWA) in Manchester  
1960 Fusion von IFGW und IFTWA zur ITGWF (Internationale Textil- und Bekleidungsarbeiter-Vereinigung) in Kopenhagen  
5. Juni 1970 Fusion von ISLWF und ITGWF zur heutigen ITBLAV, Sitz in London  
1972 Verlegung des Sitzes nach Brüssel

- 11 ITF – Internationale Transportarbeiter-Föderation**
  - ITWF – International Transport Workers' Federation**
  - FIOT – Fédération Internationale des Ouvriers du Transport**
  - FITT – Federación Internacional de los Trabajadores del Transporte**
  - ITAF – Internationella Transportarbetare-federationen**
- 

133-135 Great Suffolk Street  
GB-London SE 1 1P  
Großbritannien  
Telefon: (00 44 / 1 71) 4 03 27 33  
Telefax: (00 44 / 1 71) 3 57 78 71  
Organ: ITF-Nachrichten

- Vorsitz: **Eike Eulen**  
(Präsident)
- Sekretariat: **David Cockroft**  
(Generalsekretär)
- Geschäftsführung: Geschäftsführender Ausschuß  
(10 Mitglieder)  
Präsident:  
**Eike Eulen** (Deutschland: ÖTV)  
4 Vizepräsidenten  
(aus den Regionen Afrika, Asien und Pazifischer Raum, Europa sowie Lateinamerika und Karibischer Raum)

4 Vorstandsmitglieder

Generalsekretär:

**David Cockroft** (Großbritannien)

Mitgliedschaft:

Rund 4 Mio. Gewerkschafter von 278 Verkehrsgewerkschaften aus 85 Ländern

Organe:

- a) Kongreß (4-Jahres-Turnus)  
letzter und nächster Termin:  
37. (Ordentlicher) Kongreß der ITF  
(4.–11. August 1994 in Genf/Schweiz)  
38. (Ordentlicher) Kongreß der ITF  
(1998)
- b) Generalrat:  
Generalsekretär und gleiche Anzahl von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern nach geographischer und berufsstruktureller Verteilung der Mitgliedschaft der ITF
- c) Vorstand (28 Mitglieder): Präsident, Vizepräsidenten, Generalsekretär und Mitglieder des Generalrates
- d) Geschäftsführender Ausschuß (10 Mitglieder – s.o.)
- e) Sekretariat

Gliederung:

- a) sachbezogen (8 Fachsektionen):
  - Eisenbahn
  - Straßentransport
  - Binnenschifffahrt
  - Häfen
  - Seeschifffahrt
  - Fischerei
  - Zivilluftfahrt
  - Fremdenverkehr
- b) regional:  
4 Regionen (Afrika, Asien und Pazifischer Raum, Lateinamerika und Karibischer Raum, Europa)  
2 Regionalvertretungen:  
für Afrika: Nairobi/Kenia  
für Asien und Pazifik: Tokio/Japan  
4 Subregionalvertretungen in Lateinamerika:  
Argentinien (Buenos Aires)  
Brasilien (seit 1. 1. 1990)  
Peru (in Planung)

Mexiko (in Diskussion)  
Europa (Koordination durch den „Brüsseler Ausschuß“, den Gewerkschaftlichen Verkehrsausschuß in der Europäischen Gemeinschaft – GVEG –)

Kooperierende Organisationen:

- a) Internationale Gewerkschaftsorganisationen:  
IBFG Internationaler Bund Freier Gewerkschaften  
15 IBSe Internationale Berufssekretariate  
EGB Europäischer Gewerkschaftsbund  
TUAC Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß bei der OECD
- b) 9 Zwischenstaatliche Organisationen:  
IAO Internationale Arbeitsorganisation  
ICAO Internationale Zivilluffahrts-Organisation  
IMO Zwischenstaatliche Organisation für Seeschifffahrt  
ITU Internationale Fernmelde-Union  
IWC Internationale Walfangkommission  
UNCTAD Welthandelskonferenz  
WTO Welt-Tourismusorganisation  
ECE UN-Wirtschaftskommission für Europa  
CEMT Europäische Konferenz der Verkehrsminister

Hauptpublikationen: ITF-Nachrichten (monatlich)

Spezialpublikationen: Sektionsbulletins:  
Seeleutebulletin (seit 1986, jährlich, Auflage fast 100 000)  
Zivilluffahrtsbulletin (seit 1987)  
Binnenverkehrsbulletin (seit 1988)  
Hafenarbeiterbulletin (nach 1989)  
Fischerbulletin (nach 1989)  
Regionalbulletins (gelegentlich):  
Afrika-Bulletin (Anfang 1989)  
Asien- und Pazifik-Bulletin

Gründung: 30. Juni 1896 in London  
als International Federation of Ship, Dock and River Workers  
1898 Namensänderung in ITF  
dadurch Öffnung für Gewerkschaften aller Transportbereiche  
nach 1945 Erweiterung durch Aufnahme neuer Gewerkschaften aus Ländern der Dritten Welt  
ab 1990 Ausweitung auf freie Gewerkschaften ehemals kommunistischer Staaten

- 12 IUL – Internationale Union der Lebensmittel-,  
Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café-  
und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften**
- IUF – International Union of Food, Agricultural,  
Hotel, Restaurant, Catering, Tobacco and  
Allied Workers' Associations**
- UITA – Union Internationale des Travailleurs  
de l'Alimentation, de l'Agriculture,  
de l'Hôtellerie-Resturation, du Tabac  
et des Branches Connexes**
- 

	Rampe du Pont-Rouge 8 CH-1213 Petit-Lancy/Genf Schweiz Telefon: (00 41 / 22) 7 93 22 33 Telefax: (00 41 / 22) 7 93 22 38 Organ: IUL-Nachrichten-Bulletin
Vorsitz:	<b>Willy Vijverman</b> (Präsident)
Sekretariat:	<b>Dan Gallin</b> (Generalsekretär)
Pressereferent:	<b>Horst Stasius</b>
Geschäftsführung:	Geschäftsführender Ausschuß (7 Mitglieder) Präsident: <b>Willy Vijverman</b> Vizepräsidenten: <b>Anton Johannsen</b> (Dänemark) <b>Hiroshi Jiroku</b> (Japan) <b>Franz-Josef Möllenberg</b> (Deutschland: NGG) <b>Brian Revell</b> (Großbritannien) <b>Lenore Miller</b> (USA) Generalsekretär: <b>Dan Gallin</b>
Mitgliedschaft:	224 Mitgliedsverbände aus 90 Ländern mit 2 326 075 Gewerkschaftern
Jahresetat:	3 425 000 Sfr (1992)
Organe:	a) Kongreß (zuletzt 308 Delegierte, 4-Jahres-Turnus), letzter und nächster Termin: 22. Kongreß der IUL (5.–8. Mai 1993 in Stockholm)

23. Kongreß der IUL  
(1997)

- b) Exekutive (zuletzt 39 Mitglieder + Generalsekretär)
- c) Geschäftsführender Ausschuß  
(7 Mitglieder – s.o.)
- d) Sekretariat

Gliederung:

- a) regional:  
7 Regionalvertretungen (Afrika, Asien und Pazifischer Raum [3], Europa, Karibischer Raum, Lateinamerika und Nordamerika)
- b) sachbezogen:  
3 Branchengruppen:  
Branchengruppe für Arbeitnehmer im Hotel-, Restaurant- und Cafébereich (HRC)  
Branchengruppe für Tabakarbeiter  
Branchengruppe der Landwirtschaftsarbeitnehmer (seit 1. 1. 1994 – s.u.)<sup>1</sup>
- c) unternehmensbezogen:  
Konzernräte (beispielsweise bei Unilever und Nestlé)

Kooperierende

Organisationen: IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)

Hauptpublikationen: IUL-Nachrichten (erscheint 6 × pro Jahr)

Spezialpublikationen: Brauerei-Bulletin  
HRC-Bulletin  
Nestlé-Mitteilungsblatt  
Unilever Information  
Frauen und Arbeit  
Regionale Veröffentlichungen, z.B. Africa Information, Asian Food Worker;  
Verzeichnis über Transnationale Konzerne

Gründung:

1907: Berufssekretariat der Bäckereiarbeiter  
Oktober 1920 in Zürich: Fusion mit den Berufssekretariaten der Brauerei- und Mühlenarbeiter (Gründung: 1908) und der Fleischereiarbeiter (Gründung 1913) zur Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie (IUL) mit vorwiegend europäischen Gewerkschaften

---

<sup>1</sup> Zum ersten Vorsitzenden der neuen IUL-Branchengruppe der Landwirtschaftsarbeitnehmer (BGL) wurde auf der 1. Internationalen IUL-BGL-Konferenz (30. November – 1. Dezember 1994) in Nykøbing/Dänemark der Schwede Leif Håkansson, Vorsitzender der Schwedischen Landarbeitergewerkschaft, SLF, gewählt.

nach 1945: Erweiterung durch Verbände aus Nordamerika, Lateinamerika, Afrika und Ostasien

1958 Fusion mit der Internationalen Föderation der Tabakarbeiter (Gründung: 1886)

1961 Fusion mit der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (IUHR) (Gründung 1908) mit Wirkung ab 1. 1. 1994: Fusion mit der Internationalen Föderation der Plantagen-, Land- und anverwandten Arbeiter (IFPLAA)

### **13 CIF – Internationaler Beamtenbund International Confederation of Public Servants Confédération Internationale des Fonctionnaires**

---

30, rue de Grammont  
F-75002 Paris  
Frankreich  
Telefon: (00 33 / 1) 46 61 81 76  
Telefax: (00 33 / 1) 42 96 45 97

Organ: Cif  
Europa-Büro:  
19, Avenue Général Bastin  
B-1200 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 7 62 40 86  
Telefax: (00 32 / 2) 7 72 40 91

Vorsitz: **Dr. Lucas P. Kenter** (Niederlande)

Geschäftsführung: Geschäftsführender Vorstand  
(5 Mitglieder)

Präsident:  
**Pierre Trausch** (Luxemburg)

Vizepräsidenten:  
**Ilse Schedl** (Deutschland)  
**Urs Balsiger** (Schweiz)

Generalsekretär:  
**Christian Chapuis** (Frankreich)

Schatzmeister:  
**Guy de Witte** (Belgien)

Mitgliedschaft: 14 Beamtenverbände aus 10 Ländern, 1,5 Mio. Mitglieder

Organe: a) Kongreß (4-Jahres-Turnus);  
letzter und nächster Termin:  
13. CIF-Kongreß  
9./10. Mai 1996 in Paris, Frankreich  
14. CIF-Kongreß  
(2000)

b) Vorstand (20 Mitglieder)  
c) Geschäftsführender Vorstand (5 Mitglieder – s.o.)

Hauptpublikation: Cif-Zeitschrift (halbjährlich)

Gründung: 26./27. März 1955 in Luxemburg

**14 IBV – Internationaler Bergarbeiterverband<sup>1</sup>**  
**MIF – Miners' International Federation**  
**FIM – Fédération Internationale des Mineurs**  
**FIM – Federación Internacional de Mineros**

---

Avenue Emile de Béco 109  
B-1050 Brüssel  
Belgien  
Telefon: (00 32 / 2) 6 46 21 20  
Telefax: (00 32 / 2) 6 48 43 16 oder 6 46 47 23  
Organ: Der Bergarbeiter (The Miner)

Vorsitz: **Anders Stendalen**  
(Präsident)

Sekretariat: **Peter Michalzik**  
(Generalsekretär)

Presse: **N. N.**

Geschäftsführung: Exekutivkomitee  
(21 Mitglieder)  
Präsident:  
**Anders Stendalen** (Schweden)  
5 Vizepräsidenten:  
darunter aus Deutschland der Erste Vorsitzende der Industrie-  
gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), **Hans  
Berger**

---

<sup>1</sup> Hat sich auf einem Fusionskongreß (20.–22. November 1995 in Washington D.C./USA) mit der ICEF vereinigt zur ICEM Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitern. Präsident ist der Erste Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), Hans Berger. Generalsekretär: Vic Thorpe; Stellvertretender Generalsekretär: Peter Michalzik.

	Generalsekretär: <b>Peter Michalzik</b>
	15 weitere Mitglieder
Mitgliedschaft:	49 nationale Gewerkschaften aus 43 Ländern mit rund 5 Mio. Mitgliedern (Juni 1993)
Organe:	a) Kongreß (4-Jahres-Turnus, bis zu 25 Delegierte je Organisation) letzte Termine: 47. Kongreß des IBV (Mai 1993 in Budapest) Vereinigungskongreß mit der ICEF zur ICEM (20.–22. November 1995 in Washington D.C./USA)
	b) Exekutivkomitee (21 Mitglieder – s.o.)
Gliederung:	sachbezogen: technische Ausschüsse
Kooperierende Organisationen:	IBFG Internationaler Bund Freier Gewerkschaften Mitglied der IBSe Internationale Berufssekretariate
Beraterstatus bei:	<input type="checkbox"/> IAO Internationale Arbeitsorganisation <input type="checkbox"/> ECOSOC United Nations' Economic and Social Council <input type="checkbox"/> UNCTAD United Nations' Conference on Trade and Development
Hauptpublikationen:	Der Bergarbeiter (The Miner) (vierteljährlich)
Gründung:	1890 in Jolimont (Belgien) (auf einer Konferenz von Bergarbeitern aus Belgien, Böhmen, England, Frankreich und Deutschland)



- 15 IBBH – Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter**  
**IFBWW – International Federation of Building and Wood Workers**  
**FITBB – Fédération Internationale des Travailleurs du Bâtiment et du Bois**  
**FITCM – Federación Internacional de Trabajadores de la Construcción y la Madera**
- 

P.O. Box 733  
 ICC Building A  
 20, route de Pré-Bois  
 CH-1215 Genf 15 Aéroport  
 Schweiz  
 Telefon: (00 41 / 22) 7 88 08 88  
 Telefax: (00 41 / 22) 7 88 07 16  
 Organ: bau und holz

- Vorsitz: **Bruno Köbele**  
 (Präsident)
- Sekretariat: **Ulf Asp**  
 (Generalsekretär)
- Presse: **Piotr Zeydler**
- Geschäftsführung: Geschäftsführender Ausschuß  
 (6 Mitglieder)  
 Präsident:  
**Bruno Köbele** (Deutschland: BSE)  
 Vizepräsident:  
**Manuel Garnacho** (Spanien)  
 Generalsekretär:  
**Ulf Asp** (Schweden)  
 Mitglieder:  
**Bent Larsen** (Dänemark)  
**José Borges** (Venezuela)
- Mitgliedschaft: 227 Mitgliedsorganisationen aus 102 Ländern mit  
 11,5 Mio. Gewerkschaftern (Stand: Mai 1995)
- Organe: a) Kongreß (4-Jahres-Turnus)  
 letzter und nächster Termin:  
 19. IBBH-Kongreß  
 (4.–8. Oktober 1993 in Den Haag)  
 20. IBBH-Kongreß  
 (1.–5. September 1997 in Genf/Schweiz)

- b) Exekutivausschuß (Jahrestagung)  
Präsident, Vizepräsident, Generalsekretär, 20 Mitglieder der 11 Ländergruppen
- c) Geschäftsführender Ausschuß (6 Mitglieder) tagt halbjährlich
- d) Sekretariat (Hauptsitz in Genf und Regionalbüros)
- e) Rechnungsprüfungsausschuß (3 Mitglieder)

Gliederung:

- a) sachbezogen:
  - 2 Industrieausschüsse:
    - IBBH-Bauausschuß
    - IBBH-Holz- und Forstausschuß
  - Arbeitsgruppe für Angestellte in der Bau-, Holz- und Forstwirtschafts-Industrie
  - Europa-Ausschuß
  - 2 Bildungsbüros (Singapur und Harare/Zimbabwe) (Education Offices)
- b) regional:
  - 3 Regionalvertretungen:
    - Afrika: Togo (Leiter: Charles Attah)
    - Asien und Pazifik: Malaysia (Leiter: G. Balan Nair)
    - Lateinamerika: Panama (Leiter: Pablo Arosemena)
  - 1 Subregionalvertretung
    - Ostasien: Tokyo (Leiter: Takeo Ikawa) (seit März 1993)
  - 3 Regionalausschüsse mit 13 Ländergruppen:
    - Afrika (5 Ländergruppen)
    - Asien und Pazifik (5 Ländergruppen)
    - Lateinamerika (3 Ländergruppen)
  - 2 autonome Regionalgruppen:
    - EFBH (Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter)
    - NBTF (Nordische Föderation der Bau- und Holzarbeiter)

Kooperierende Organisationen:

- Zwischenstaatliche Organisationen:
- IAO (Internationale Arbeitsorganisation)
  - FAO (Organisation für Ernährung und Landwirtschaft)
  - ECE (United Nations' Economic Commission for Europe)
  - UNIDO (United Nations' Industrial Development Organization)
- Nichtstaatliche Organisationen:
- IBSe (Internationale Berufssekretariate)

IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)  
 FIIG (Vereinigung von Halbamtlichen und Privaten in  
 Genf Niedergelassenen Internationalen Organisationen)

Jahresetat: 18,4 Mio. sFr. (1995)

Hauptpublikationen: Bulletin des IBBH (erscheint vierteljährlich / „Bau und  
 Holz“, geplant: 8 Ausgaben pro Jahr)  
 Fax News  
 IFBWW Education News (2 × pro Jahr)

Gründung: 1883 International Carpenters Union;  
 1. April 1934 in Amsterdam: Fusion zweier unabhängiger  
 Internationaler Berufssekretariate: Building Workers Inter-  
 national (Gründung: 1903) und Woodworkers Internatio-  
 nal (Gründung: 1904) zum IBBH  
 1930: Aufnahme von Waldarbeiter-Organisationen  
 1947: Zusammenschluß mit 2 IBSe:  
 International Secretariat of Stone Masons (Gründung:  
 1903) und  
 International Secretariat of Painters and Similar Profes-  
 sions (Gründung: 1904)  
 seit 1970 Sitz in Genf

- 16 FIET – Internationaler Bund der Privatgestellten**  
**IFCCTE – International Federation of Commercial,**  
**Clerical, Professional and Technical**  
**Employers**
- FIET – Fédération Internationale des Employés,**  
**Techniciens et Cadres**
- FIET – Federación Internacional de Empleados,**  
**Técnicos y Profesionales**
- IHKPT – Internationalen för Handels- och**  
**Kontorsanställda samt Privatanställda**  
**Tjänstemän**

---

Avenue de Balexert 15  
 CH-1219 Châtelaine – Genf  
 Schweiz  
 Telefon: (00 41 / 22) 7 96 27 33  
 Telefax: (00 41 / 22) 7 96 53 21  
 Organ: FIET-INFO

Vorsitz: **Gary R. Nebeker**  
 (Präsident)

- Sekretariat: **Philip J. Jennings**  
(Generalsekretär)
- Presse: **Jan Furstenborg**  
Geschäftsführung:  
Ständiger Geschäftsführender Vorstandsausschuß  
(5 Mitglieder)  
Präsident:  
**Gary R. Nebeker** (USA)  
Vizepräsidentin:  
**Maj-Len Rehmäl** (Finnland)  
Zweite Vizepräsidentin:  
**Margret Mönig-Raane** (Deutschland: HBV)  
Generalsekretär:  
**Philip J. Jennings** (Großbritannien)  
Schatzmeisterin:  
**Rita Gassmann** (Schweiz)
- Mitgliedschaft: 375 Angestellengewerkschaften aus 107 Ländern mit  
11 Mio. Gewerkschaftern (Frauenanteil: 50 Prozent)  
(Stand: August 1992)
- Organe: a) Kongreß (zuletzt über 800 Delegierte; 4-Jahres-Turnus);  
letzter und nächster Termin:  
23. FIET-Weltkongreß  
(10.–14. Juli 1995 in Wien)  
24. FIET-Weltkongreß  
(1999)  
b) Vorstand (48 Mitglieder aus 12 Gebieten, darunter 4  
im Ständigen Geschäftsführenden Vorstandsausschuß; Vorsitzende der FIET-Arbeitsgruppe für berufstätige Frauen; Generalsekretär)  
c) Sekretariat
- Gliederungen: a) regional:  
4 Regionalorganisationen  
AFRO-FIET für Afrika  
englischsprachig: Ost: Nairobi/Kenia, Süd: Harare/Zimbabwe, West: Accra/Ghana  
APRO-FIET für Asien und den pazifischen Raum  
Singapur  
EURO-FIET für Europa  
Genf, Brüssel  
IRO-FIET für den amerikanischen Kontinent  
Costa Rica

- b) sachbezogen:
  - 1) 7 Fachgruppen:
    - Bankangestellte
    - Wartungs- und Sicherheitsdienste (property services)
    - Versicherungsangestellte
    - Sozialversicherung und private Gesundheitsdienste
    - Einzel- und Großhandelsangestellte
    - Industrieangestellte
    - Friseure und Kosmetikberufe
  - 2) Sondergruppen:
    - z.B. Technologie
- c) Konzernausschüsse für multinationale Unternehmen
- d) 3 Zwischenberufliche Gruppen:
  - Angestellte in Leitungsfunktionen, Berufstätige Frauen, Jugend
- e) Technologie-Arbeitsgruppe
- f) Multinationale Gesellschaften

Kooperierende Organisationen:

- a) zwischenstaatliche Organisationen:
  - IAO (Internationale Arbeitsorganisation)
- b) nichtstaatliche Organisationen:
  - IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)
  - 15 IBSe (Internationale Berufssekretariate)

Hauptpublikation:

FIET-INFO (10 × pro Jahr)

Jahresetat:

7,2 Mio. sFr. (1995)

Gründung:

17. August 1904, Amsterdam, Internationales Informationsbüro für Angestellte  
 1910 International Commercial Employees' Secretariate  
 10.–12. August 1921 in Wien Gründungskonferenz des heutigen Bundes  
 November 1979 Öffnung auch für Führungskräfte-Organisationen (vgl. „Aktionsprogramm für Angestellte in Leitungsfunktionen“)

**17 IBFG – Internationaler Bund Freier Gewerkschaften**  
**ICFTU – International Confederation**  
**of Free Trade Unions**  
**CISL – Confédération Internationale des Syndicats**  
**Libres**  
**CIOSL – Confederación Internacional de**  
**Organizaciones Sindicales Libres**

---

Boulevard Emile Jacqmaine 155

B-1210 Brüssel

Belgien

Telefon: (00 32 / 2) 2 24 04 70

Telefax: (00 32 / 2) 2 24 05 02

Organ: Freie Gewerkschaftswelt

Vorsitz:

**C. Leroy Trotman** (Barbados)  
(Präsident)

Sekretariat:

**Bill Jordan** (Großbritannien)  
(Generalsekretär)

Presse:

**Luc Demaret**

Mitgliedschaft:

174 Organisationen als Repräsentanten von ca. 115 Mio. Gewerkschaftern (ca. 33 Prozent Frauen) aus 124 Ländern (11. 12. 1994)

Organe:

a) Kongreß (4-Jahres-Turnus);  
letzter und nächster Termin:

16. IBFG-Weltkongreß

(24.–29. Juni 1996 in Brüssel/Belgien)

17. IBFG-Weltkongreß

(2000)

b) Vorstand (49 Mitglieder – u.a. 16 Vizepräsidenten; darunter der DGB-Vorsitzende, **Dieter Schulte**)

Gliederungen:

a) regional:

3 Regionalorganisationen: Asien und pazifischer Raum (ARO); Afrika (AFRO); Latein- und Mittelamerika (ORIT)<sup>1</sup>

b) sachbezogen:

Arbeitsgruppen (u.a. Wirtschafts- und Sozialausschuß)

---

<sup>1</sup> Die Interessen der europäischen Gewerkschafter vertritt der Europäische Gewerkschaftsbund – EGB.

Kooperierende Organisationen:	16 (assoziierte) Internationale Berufssekretariate – IBSe – (gewerkschaftliche Fachinternationalen wie der Internationale Metallgewerkschaftsbund – IMB – oder der Internationale Bund der Privatangestellten, FIET – Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres –)
Jahresetat:	19,3 Mio. DM (1993)
Hauptpublikationen:	Freie Gewerkschaftswelt (monatlich) Annual Survey of Violations of Trade Union Rights (= Jährliche Untersuchung zur Verletzung gewerkschaftlicher Rechte)
Gründung:	7. Dezember 1949 in London

**18 IMB – Internationaler Metallgewerkschaftsbund**  
**IMF – International Metalworkers' Federation**  
**FIOM – Fédération Internationale des Organisations de Travailleurs de la Metallurgie**  
**FITIM – Federación Internacional de Trabajadores de las Industrias Metalúrgicas**

---

Case postale 1516  
 CH-1227 Genf  
 Schweiz  
 Telefon: (00 41 / 22) 3 43 61 50  
 Telefax: (00 41 / 22) 3 43 15 10

Organ: IMB Nachrichten

Vorsitz: **Klaus Zwickel** (Deutschland: IGM)  
(Präsident)

Sekretariat: **Marcello Malentacchi** (Schweden)  
(Generalsekretär)

Presse: **Denis MacShane**

Mitgliedschaft: 180 Mitgliedsorganisationen aus 82 Ländern mit 18 Mio. Gewerkschaftern

Organe: a) Kongreß (4-Jahres-Turnus); zuletzt 800 Delegierte;  
 letzter und nächster Termin:  
 28. IMB-Weltkongreß  
 (13.–18. Juni 1993 in Zürich)  
 29. IMB-Weltkongreß  
 (1997 in San Francisco)

- b) Zentralauschuß
- c) Exekutivauschuß
- d) Sekretariat

Gliederung:

- a) regional:
  - 4 Regionalbüros (Afrika, Indien, Japan, Lateinamerika)
  - 1 unabhängige Spezialorganisation in Europa: EMB (Europäischer Metallgewerkschaftsbund)
- b) sachbezogen:
  - 6 Industrieabteilungen:
    - Automobilindustrie/landwirtschaftliche Maschinen
    - Luft- und Raumfahrtindustrie
    - Maschinenbau
    - Elektro- und Elektronikindustrie
    - Eisen und Stahl/Metallindustrie
    - Schiffbau/Werftindustrie
- c) zwischenberuflich (personell):
  - 7 Sonderabteilungen/Arbeitsgruppen:
    - Angestellte
    - Frauen
    - Jugend
    - Wanderarbeitnehmer
    - Berufsbildung
    - Gewerkschaftsschulung
    - Gesundheit und Sicherheit

Kooperierende Organisationen:

EMB Europäischer Metallgewerkschaftsbund  
IBFG Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

Mitgliedschaft:

IBSe Internationale Berufssekretariate

Internationale Repräsentanz:

IAO Internationale Arbeitsorganisation  
OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

verschiedene Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Hauptpublikation:

IMB Nachrichten (monatlich)

Gründung:

1893 in Zürich als Informationsbüro  
1904 in Amsterdam in einen internationalen Bund umgewandelt



1951 Fusion mit International Federation of Metallurgists (Gründung: 1911)

August 1956 Fusion mit International Federation of Foundry Workers (= Gießerei/Hüttenarbeiter) (Gründung: 1949)

nach 1989 Erweiterung durch Aufnahme vieler Gewerkschaften aus Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien (Erhöhung der Mitgliedszahl von 13 auf 18 Mio. Gewerkschafter)

**19 ISETU-FISTAV – Internationales Sekretariat der Gewerkschaften für Kunst, Medien und Unterhaltung  
International Secretariat for Arts, Mass Media and Entertainment Trade Unions  
Secrétariat International des Syndicats des Arts, des Mass Media et du Spectacle  
Secretariado Internacional de los Sindicatos de Artes, Medios de Comunicación y Espectáculo**

---

Rue Royale, 266

B-1210 Brüssel

Belgien

Telefon: (00 32 / 2) 2 19 04 41

Telefax: (00 32 / 2) 2 19 30 03

Organ: ISETU Newsletter

Vorsitz:

**Marc Kerki**

Sekretariat:

**Jim Wilson**

(Generalsekretär)

Mitgliedschaft:

300 000 Künstler und „Medien-Macher“

Organe:

a) Kongreß; letzte Termine:

1. ISETU-FISTAV-Weltkongreß

(4./5. Dezember 1993 in London/Großbritannien)

2. ISETU-FISTAV-Weltkongreß

(7. Juni 1995 in Genf/Schweiz)

b) Exekutivkomitee (Jahrestagung)

Kooperierende Organisationen:	<p>a) zwischenstaatlich: IAO (Internationale Arbeitsorganisation)</p> <p>b) nichtstaatlich: IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) Mitglied von EURO-CEMU (Europa-Ausschuß der Unterhaltungs- und Mediengewerkschaften: European Committee of Entertainment and Media Unions) und ICEMU (Internationaler Ausschuß der Unterhaltungs- und Mediengewerkschaften: International Committee of Entertainment and Media Unions)</p>
Hauptpublikation:	ISETU Newsletter (vierteljährlich)
Gründung:	<p>11. März 1965 in Brüssel als Internationales Sekretariat der Gewerkschaften für Kunst und Unterhaltung (ISGKU) im IBFG;</p> <p>Ab 1984 autonomer Bestandteil von FIET (ISETU-FIET)</p> <p>1992 Wechsel von der FIET zum ICEMU (s.o.).</p> <p>Fusion von ISETU mit FISTAV (Fédération Internationale des Syndicats des Travailleurs de l'Audio-, Visuel: Internationale Vereinigung von Gewerkschaften der Beschäftigten im audio-visuellen Bereich), einer ehemaligen Fachinternationale des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) auf dem Vereinigungskongreß vom 4./5. Dezember 1993 in London/Großbritannien</p>

## 20 WGB – Weltgewerkschaftsbund<sup>1</sup>

---

	<p>Vinohradská 10 CS-12147 Praha 2 Tschechische Republik Telefon: (00 44 / 2) 2 35 35 65</p>
Vorsitz:	<b>Ibrahim Zakaria</b> (Sudan) (Präsident)
Geschäftsführung:	<b>Scharikow</b> (Rußland) (Generalsekretär)
Mitgliedschaft:	92 kommunistische Gewerkschaften in 81 Ländern – vorwiegend des Ostblocks – mit insgesamt 214 Mio. organisierten Arbeitnehmern.

<sup>1</sup> Der WGB führt nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in den ehemaligen Ostblock-Staaten um 1989/90 nur noch ein Schattendasein. Viele seiner ehemaligen Mitgliedsorganisationen sind aufgelöst worden oder nach demokratischer Reorganisation zum IBFG gewechselt. Die Daten spiegeln die Verhältnisse vor diesem Umbruch wider.

Organe:	a) Weltgewerkschaftskongreß (4-Jahres-Turnus); letzte Termine: 11. Weltgewerkschaftskongreß des WGB (16.–22. September 1986 in Berlin/Ost) 12. Weltgewerkschaftskongreß des WGB (1990 in Moskau)
	b) Generalrat
	c) Büro (Leitungsorgan)
	d) Sekretariat (Exekutivorgan)
Kooperierende Organisationen:	11 Internationale Vereinigungen der Gewerkschaften (Internationale Dachverbände branchenorientierter Fach- gewerkschaften des WGB) <sup>1</sup>
Gründung:	3. Oktober 1945 in Paris

**21 WVA – Weltverband der Arbeitnehmer**  
**WCL – World Confederation of Labour**  
**CMT – Confédération Mondiale du Travail**  
**CMT – Confederación Mundial del Trabajo**

---

33, rue de Trèves (= Trierstraat 33)

B-1040 Brüssel

Belgien

Telefon: (00 32 / 2) 2 30 62 95

Telefax: (00 32 / 2) 2 30 87 22

Organ: Labor

Vorsitz: **Willy Peirens** (Belgien)  
(Präsident)

Sekretariat: **Carlos Luis Custer**  
(Generalsekretär)

Presse: **Johan Verstraete**

Geschäftsführung: Geschäftsführender Vorstand  
(8 Mitglieder)

Präsident:

**Willy Peirens** (Belgien)

Vizepräsidenten:

6 Vertreter der 4 Regionalorganisationen (2 für Europa)  
und der „Berufsaktion“

---

<sup>1</sup> Formal autonom, politisch vom WGB abhängig, strukturell mit den Internationalen Berufsssekretariaten (IBSe) des IBFG vergleichbar.

Generalsekretär:  
**Carlos Luis Custer** (Argentinien)

Mitgliedschaft: 110 Mitgliedsorganisationen aus 108 Ländern mit  
20 Mio. Gewerkschaftern; 9 Berufs-Fachverbände (Juni  
1993)

Organe:

- a) Kongreß (zuletzt 350 Delegierte; 4-Jahres-Turnus);  
letzter und nächster Termin:  
23. WVA-Kongreß  
(22.–27. November 1993 in der Republik Mauritius)  
24. WVA-Kongreß  
(1997)
- b) Bundesvorstand (34 Mitglieder); Jahrestagung
- c) Geschäftsführender Vorstand (8 Mitglieder)
- d) Exekutivausschuß (9 Mitglieder); halbjährliche Tagung
- e) Sekretariat

Gliederungen:

- a) regional:  
4 Regionalorganisationen:<sup>1</sup>  
FOPADESC (Afrika): Fondation Panafricaine pour le  
Développement Economique, Social et Culturel;  
Lomé/Togo; seit 1970  
BATU (Asien): Brotherhood of Asian Trade Unionists;  
Manila/Philippinen; seit 1963  
CLAT (Lateinamerika): Central Latinoamericana de  
Trabajadores; Caracas/Venezuela; seit 1954  
Kontaktorganisation: NAPFE (Nordamerika): National  
Alliance of Postal and Federal Employees; Washing-  
ton D.C./USA
- b) sachbezogen:  
9 Internationale Fachverbände – IFV –  
(Internationale Dachverbände der branchenorientier-  
ten Fachgewerkschaften im WVA):<sup>2</sup>
  - Internationaler Bund der Gewerkschaften der Öff-  
entlichen Dienste (INFEDOP)
  - Weltverband der Lehrer (WVL)

<sup>1</sup> Die europäische Regionalorganisation wurde 1974 mit dem Ziel des Anschlusses der einzel-  
nen Mitgliedsverbände an den neugegründeten Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB)  
aufgelöst. Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) trat daraufhin aus dem  
WVA aus und folgte auch der Empfehlung, dem EGB beizutreten, nicht.

<sup>2</sup> Vergleichbar den Internationalen Berufssekretariaten (IBSe) des IBFG.

- Internationaler Verband der Gewerkschaften des Verkehrspersonals (FIOST)
  - Weltverband der Bau- und Holzarbeiterorganisationen
  - Weltbund der Angestellten (WBA)
  - Internationaler Bund Textil und Kleidung
  - Weltföderation agrarischer und Lebensmittelarbeiter
  - Weltverband der Arbeitnehmer in Industriebetrieben (WAI)
  - Weltverband der Radprofis
- Kooperierende Organisationen:
- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
  - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
  - Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß bei der OECD<sup>1</sup>, TUAC (Trade Union Advisory Committee to OECD)
  - Beraterstatus Kategorie A bei IAO (Internationale Arbeitsorganisation)
    - UNESCO (United Nations' Educational, Scientific and Cultural Organization)
    - FAO (Organisation für Ernährung und Landwirtschaft)
    - CONGO (Wirtschafts- und Sozialrat der UN)
    - WHO (Weltgesundheitsorganisation)
    - UNIDO (United Nations Industrial Development Organization)
- Hauptpublikationen:
- Labor (Quartals-Zeitschrift)<sup>2</sup>
  - Flash (Kurznachrichten, vierzehntäglich)
  - Ereignisse (halbjährlich)
- Gründung:
19. Juni 1920 Gründung des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) in Den Haag als Vorgängerorganisation des im Oktober 1968 in Luxemburg durch Öffnung für nicht-christliche Organisationen (und damit vor allem für sozialistische Vorstellungen) quasi neugegründeten WVA.

<sup>1</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development).

<sup>2</sup> Genaugenommen handelt es sich nur um einen mehrseitigen Informationsdienst.

# X Sozialattachés

---

## 1 Deutsche Sozialattachés im Ausland

### *EUROPA*

Dr. Josef van Almsick  
Deutsche Botschaft Ankara  
P.K. 54  
TR-06552 Çankaya-Ankara

Joachim Steinruck  
Deutsche Botschaft Athen (Tirana)  
P.O. Box 11 75  
GR-10110 Athen-Kolonaki

Wolfgang Römisch  
Ständige Vertretung der Bundesrepublik  
Deutschland bei der Europäischen Union  
19-21, rue Jacques de Lalaing  
B-1040 Brüssel

Edzard Ockenga  
Deutsche Botschaft Bukarest (Sofia)  
Strada Rabat 21  
RO-71272 Bukarest

Dr. Dr. Manfred Emmes  
Deutsche Botschaft Den Haag  
Groot Hertoginnelaan 18–20  
NL-2517 EG Den Haag

Werner Adolf Ringkamp  
Ständige Vertretung der Bundesrepublik  
Deutschland bei dem Büro der Vereinten  
Nationen und bei den anderen internationalen  
Organisationen in Genf  
Postfach 171  
CH-1211 Genève 19

Achim Wittrock  
Deutsche Botschaft London  
23 Belgrave Square  
GB-London SW1X 8 PZ

Horst-Peter Kreppel  
Deutsche Botschaft Madrid  
Calle de Fortuny, 8  
E-28010 Madrid

Dr. Frank Hoffer  
Deutsche Botschaft Moskau (Minsk, Kiew)  
Ul. Mosfilmowskaja 56  
RF-119285 Moskau

Lutz-Rüdiger Vogt  
Deutsche Botschaft Paris  
13–15, Avenue Franklin D. Roosevelt  
F-75008 Paris

Franz-Xaver Heigenhauser  
Deutsche Botschaft Prag (Pressburg)  
P.O. Box 88  
CZ-11801 Praha 1

Wolfgang Becker  
Deutsche Botschaft Riga (Tallinn, Wilna)  
Basteja bulvāris 14  
LV 1050 Riga

Werner Gessler  
Deutsche Botschaft Rom  
Via Po 25c  
I-00198 Roma

Dieter Wagner  
Deutsche Botschaft Stockholm (Helsinki)  
Box 2 78 32  
S-11593 Stockholm

Magdalena Schleegeer  
Deutsche Botschaft Warschau  
ul. Dabrowiecka 30  
PL 03-932 Warschau

Hermann Pazeller  
Deutsche Botschaft Wien (Budapest)  
Postfach 160  
A-1037 Wien

## *Amerika*

Bernhard Lüken  
Deutsche Botschaft Brasilia  
Caixa Postal 07-0752  
70359-970-Brasilia DF

Karl-Heinz Jäger  
Deutsche Botschaft Santiago de Chile  
Cas. 99 49  
Santiago de Chile

Karl Feldengut  
Deutsche Botschaft Washington  
4645 Reservoir Road, N.W.  
Washington, D.C. 20007-1998/USA

## *Afrika*

Wolfgang Klauer  
Deutsche Botschaft Pretoria  
P.O. Box 20 23  
0001 Pretoria/Südafrika

## *Asien*

Hubert Schmalz  
Deutsche Botschaft New Delhi  
P.O. Box 613  
New Delhi-110001/Indien

Martin Kurt Oertel  
Deutsche Botschaft Tel Aviv  
P.O. Box 1 60 38  
JL-61160 Tel Aviv

Monika Sommer  
Deutsche Botschaft Tokio  
C.P.O. Box 955  
Tokio 100-91/Japan



## **Ausländische Sozialattachés in Deutschland (Bonn)**

John J. Muth  
Botschaftsrat für Arbeitsfragen  
Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn

Telefon: (02 28) 3 39-28 05  
Telefax: (02 28) 3 39-22 51

James Silva  
Botschaftsrat für Arbeitswesen  
Australische Botschaft  
Godesberger Allee 105-107  
53175 Bonn

Telefon: (02 28) 81 03-0  
Telefax: (02 28) 37 62 68

Christian Meerschman  
Erster Botschaftssekretär für  
Arbeits- und Sozialwesen  
Kanzlei der Belgischen Botschaft  
Kaiser-Friedrich-Straße 7  
53113 Bonn

Telefon: (02 28) 21 20 01  
Telefax: (02 28) 22 08 57

Rachel Green  
Botschaftsrätin für Arbeitswesen  
Britische Botschaft  
Friedrich-Ebert-Allee 77  
53113 Bonn

Telefon: (02 28) 91 67-0  
Telefax: (02 28) 91 67-1 63

Preben Karlsen  
Botschaftsrat für Arbeitswesen  
Kgl. Dänische Botschaft  
Pfälzer Straße 14  
53111 Bonn

Telefon: (02 28) 7 29 91-0  
Telefax: (02 28) 7 29 91-31

Ilkka Rentola  
Erster Botschaftssekretär  
Botschaft von Finnland  
Friesdorfer Str. 1  
53173 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 98-0  
Telefax: (02 28) 3 82 98-57

Jean Wolas  
Botschaftsrat  
Kanzlei der Botschaft der Französischen Republik  
Ublerstraße 130  
53173 Bonn

Telefon: (02 28) 35 16 25  
Telefax: (02 28) 35 34 10

Kalomira Pollatou  
Botschaftsrätin  
Griechische Botschaft  
Deutscherherrenstraße 3  
53177 Bonn

Telefon: (02 28) 33 04 98  
          und 33 08 98  
Telefax: (02 28) 33 31 71

Robin Henry  
II. Sekretär  
Kanzlei der Botschaft von Irland  
Godesberger Allee 119  
53175 Bonn

Telefon: (02 28) 95 92 90  
Telefax: (02 28) 37 35 00

Dr. Amnon Noy  
Botschaftsrat für Arbeits- und  
Sozialwesen  
Botschaft des Staates Israel  
Simrockallee 2  
53173 Bonn

Telefon: (02 28) 9 34 65 00  
Telefax: (02 28) 9 34 65 55

Dr. Rosario Cappelleri  
Attaché für Arbeitswesen  
Botschaft der Italienischen Republik  
Karl-Finkelnburg-Straße 49–51  
53173 Bonn

Telefon: (02 28) 8 22-0  
Telefax: (02 28) 82 21 76

Go Nakaoki  
Erster Botschaftssekretär  
Japanische Botschaft  
Godesberger Allee 102-104  
53175 Bonn

Telefon: (02 28) 81 91-0  
Telefax: (02 28) 37 93 99

Scott Heatherington  
Botschaftsrat  
Einwanderungsabtlg. der Kanadischen Botschaft  
Godesberger Allee 119  
53175 Bonn

Telefon: (02 28) 8 12 40 00  
Telefax: (02 28) 8 12 34 58

Dr. Fernand Kartheiser  
Erster Botschaftssekretär  
Botschaft des Großherzogtums Luxemburg  
Adenauerallee 108  
53113 Bonn

Telefon: (02 28) 21 40 08  
Telefax: (02 28) 22 29 20

Bart Twaalfhoven  
Erster Handelssekretär  
Kgl. Niederländische Botschaft  
Sträßchensweg 10  
53113 Bonn

Telefon: (02 28) 53 05-1 18  
Telefax: (02 28) 23 86 21

Lars Almklov  
Zweiter Botschaftssekretär  
Kanzlei der Kgl. Norwegischen Botschaft  
Mittelstraße 43  
53175 Bonn

Telefon: (02 28) 8 19 97 23  
Telefax: (02 28) 37 34 98

Dr. Waltraud Dennhardt-Herzog  
Zweite Botschaftssekretärin  
Botschaft der Republik Österreich  
Johanniterstraße 2  
53113 Bonn

Telefon: (02 28) 5 30 06-26  
Telefax: (02 28) 5 30 06-45

Dr. Manuel de Matos  
Botschaftsrat für Arbeits- und  
Sozialwesen  
Portugiesische Botschaft  
Uwierstraße 78  
53173 Bonn

Telefon: (02 28) 36 30 11  
Telefax: (02 28) 36 62 68

Karin Böhmanová  
Attaché  
Kanzlei der Botschaft der  
Slowakischen Republik  
August-Bier-Straße 31  
53129 Bonn

Telefon: (02 28) 9 14 55-0  
Telefax: (02 28) 9 14 55-38

Francisco José García Zapata  
Botschaftsrat für Arbeits- und  
Sozialwesen  
Embajada de España  
Rheinallee 19  
53173 Bonn

Telefon: (02 28) 36 30 36/37  
Telefax: (02 28) 35 73 70

Kerstin Gustafsson  
Botschaftsrätin für Arbeits- und  
Sozialwesen  
Schwedische Botschaft  
Heussallee 2–10  
53113 Bonn

Telefon: (02 28) 26 00 20  
Telefax: (02 28) 22 38 37

Sergio Dini  
Kanzleivorsteher  
Kanzlei der Schweizerischen Botschaft  
Gotenstraße 156  
53175 Bonn

Telefon: (02 28) 8 10 08-0  
Telefax: (02 28) 8 10 08-19

# Abbildungen und Tabellen



# Inhaltsverzeichnis

## Abbildungen:

Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik

Zusammensetzung und Aufgaben des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers

Organisationsschema Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)

Organisationsschema Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

Organisationsschema Deutscher Beamtenbund (DBB)

Organisationsschema Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

## Tabellen:

Die wichtigsten Veröffentlichungen der CDU (CDA) und ihrer Mitgliedsverbände

Berufswettkampf des Bundes der Kaufmannsjugend im Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV): Teilnehmer-Statistik 1986–1994

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1959

Die Entwicklung der gesamtdeutschen Mitgliederzahlen des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) 1991 bis 1995

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1951

DAG: Mitgliederzahlen in den 8 Bundesberufsgruppen von 1951 bis 1983

DAG: Mitgliederzahlen in den 4 Wirtschaftsgruppen ab 1984



DAG: Mitgliederzahlen in den 9 alten Landesverbänden von 1975 bis 1989

DAG: Mitgliederzahlen in den 12 Landesverbänden Deutschlands seit 1990

Die wichtigsten Veröffentlichungen der DAG und ihrer Mitgliedsverbände

Bildungswerk der DAG und der Deutschen Angestellten-Akademie (DAA):  
Entwicklung von 1983 bis 1995

Bildungswerk der DAG und der DAA:  
Fachliche Struktur des Lehrgangsangebots und Entwicklung der  
Teilnehmerzahlen

Deutsche Postgewerkschaft (DPG):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Die wichtigsten Publikationen des DBB und seiner Mitgliedsverbände

Deutscher Beamtenbund (DBB):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1951

Die Entwicklung der gesamtdeutschen Mitgliederzahlen  
des Deutschen Beamtenbundes von 1992 bis 1995

Deutscher Bundeswehr-Verband (DBwV):  
Mitgliederzahlen und Veränderungen seit 1956

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Delegiertenschlüssel der  
Bundeskongresse seit der DGB-Gründung im Oktober 1949

DGB: Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Mitgliederzahlen des DGB und seiner 16 Mitgliedsverbände 1995

Mitgliederzahlen der Angestellten des DGB und seiner 16 Mitglieds-  
verbände 1995

DGB: Organisationsgrad der ausländischen Arbeitnehmer in den  
Mitgliedsgewerkschaften seit 1974

DGB: Mitgliederzahlen in den 9 alten Landesbezirken von 1956 bis 1990





DGB: Mitgliederzahlen in den 13 Landesbezirken Gesamtdeutschlands  
seit 1991

DGB: Entwicklung der Mitgliederzahlen von 1990 bis 1995  
nach Landesbezirken im alten und neuen Bundesgebiet

Teilnehmer/innen an den Veranstaltungen des  
DGB-Bildungswerkes e.V. 1994

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft der Polizei (GdP):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Gartenbau Land- und Forstwirtschaft (GGLF):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen:  
Einnahmen und Ausgaben 1988–1991

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Leder (GL):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gesamtdeutsche Mitgliederzahlen der ÖTV von 1990 bis 1993

Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950



Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IGC):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Gewerkschaft Kunst (GK):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad 1950 bis 1988

Industriegewerkschaft Medien –  
Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1989

Industriegewerkschaft Metall (IGM):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Marburger Bund (mb):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1978

Die wichtigsten Veröffentlichungen der ULA und ihrer Mitgliedsverbände

Industriegewerkschaft Druck und Papier (IGD):  
Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950



# Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland

I

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
(DGB)

---

Einzelgewerkschaften  
= Einheitsgewerkschaften

II

Deutscher Beamtenbund  
(DBB)

---

Gliederung: 16 Landesbünde  
14 Bundesbeamtenverbände  
23 Bundesfachverbände

III

Deutsche Angestellten-  
Gewerkschaft (DAG)

---

Gliederung: 11 Landesverbände  
Berufsgruppen

IV

Deutscher  
Bundeswehrverband (DBwV)  
7 Landesverbände

V

Christlicher Gewerkschaftsbund  
Deutschlands (CGB)

---

3 Gesamtverbände

---

17 Berufsgewerkschaften

---

11 Landesverbände  
Bezirksverbände  
Kreisverbände  
Ortsverbände

VI

Marburger Bund  
(mb)

---

14 Landesverbände  
sachbezogene  
Arbeitskreise

VIII

Deutscher  
Bankangestelltenverband  
(DBV)

VII

Union der  
Leitenden Angestellten  
(ULA)

---

4 Mitgliedsverbände

IX

Deutscher  
Journalistenverband  
(DJV)

---

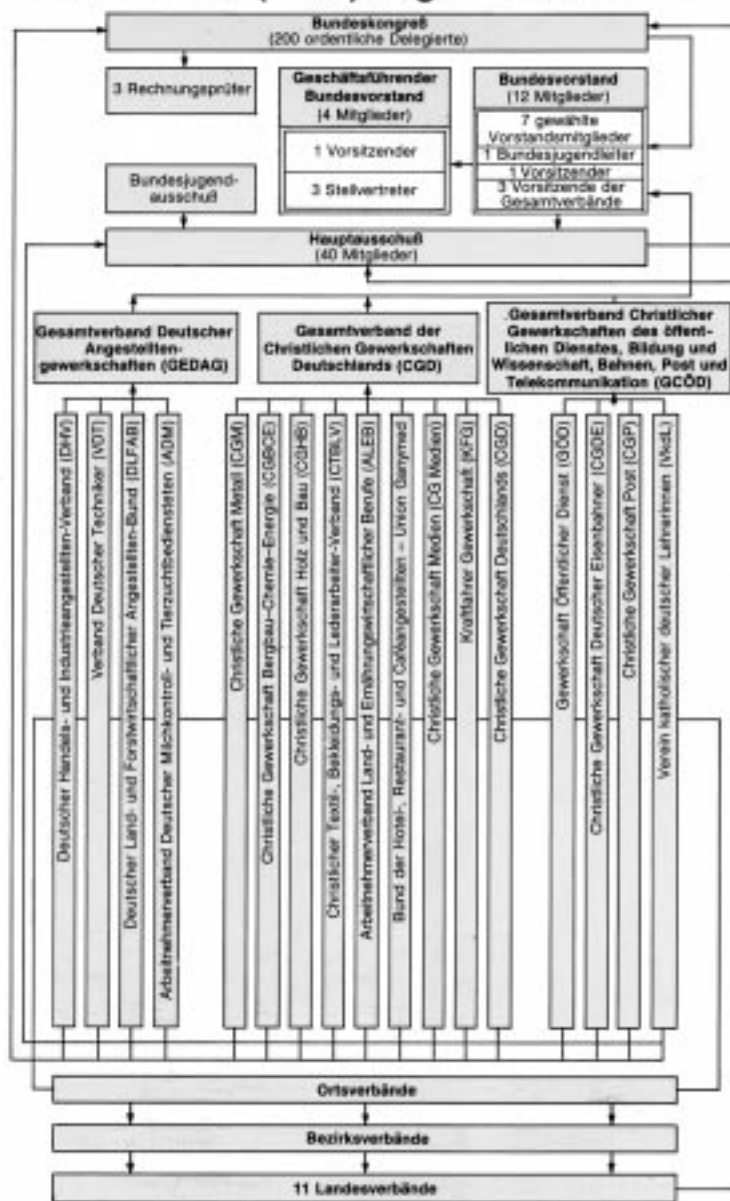
16 Landesverbände

Circa 100 weitere Arbeitnehmerorganisationen

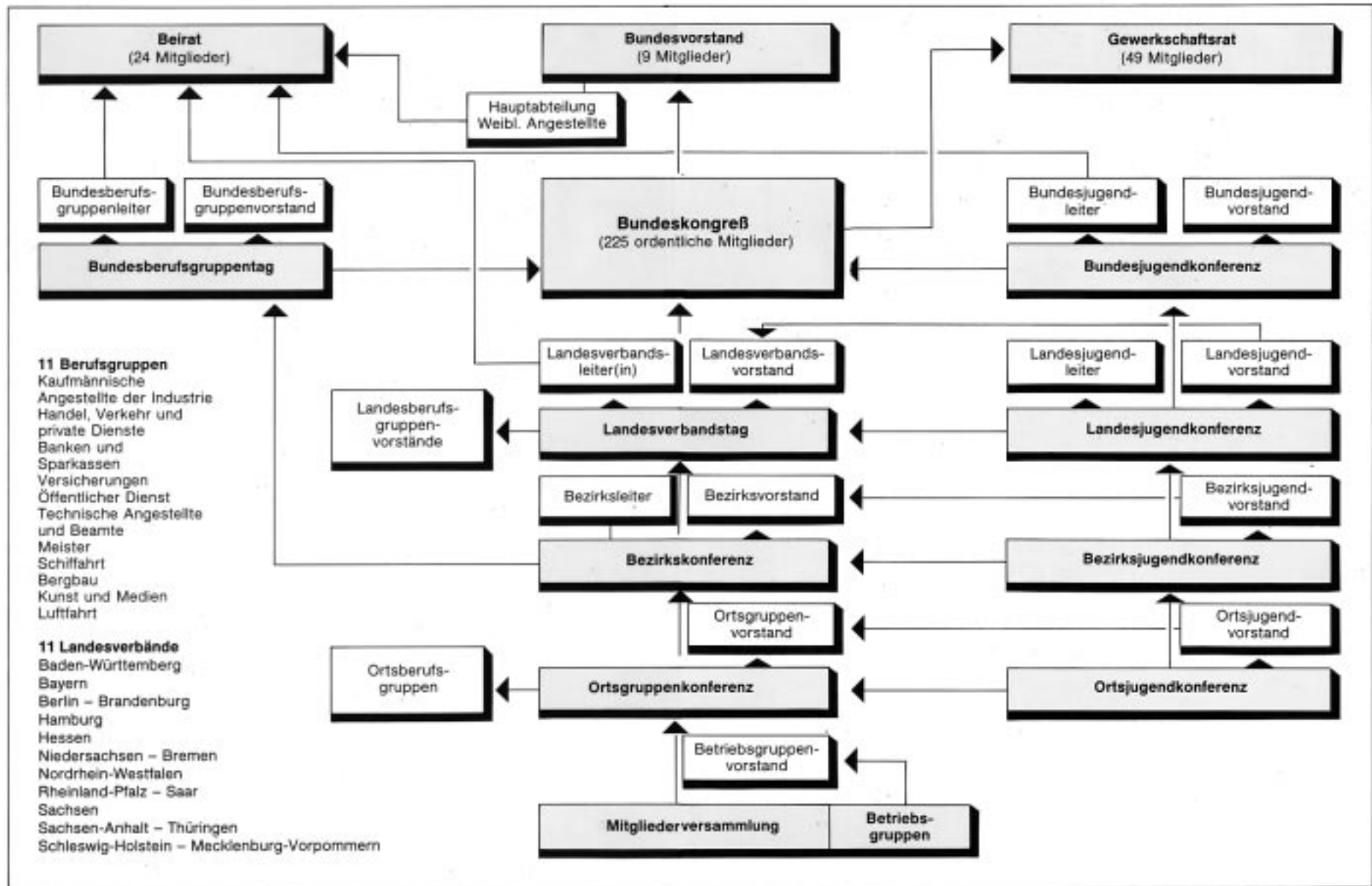
## Zusammensetzung und Aufgaben des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers



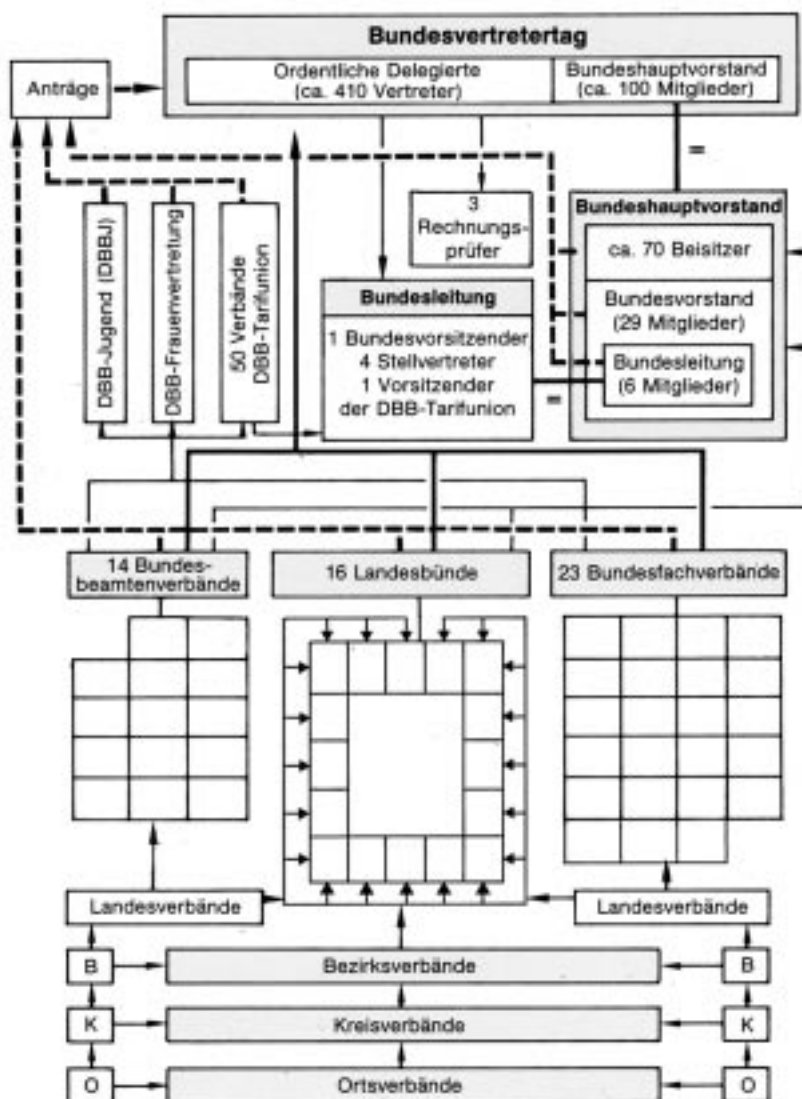
# Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) Organisationschema



# Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) Organisationsschema

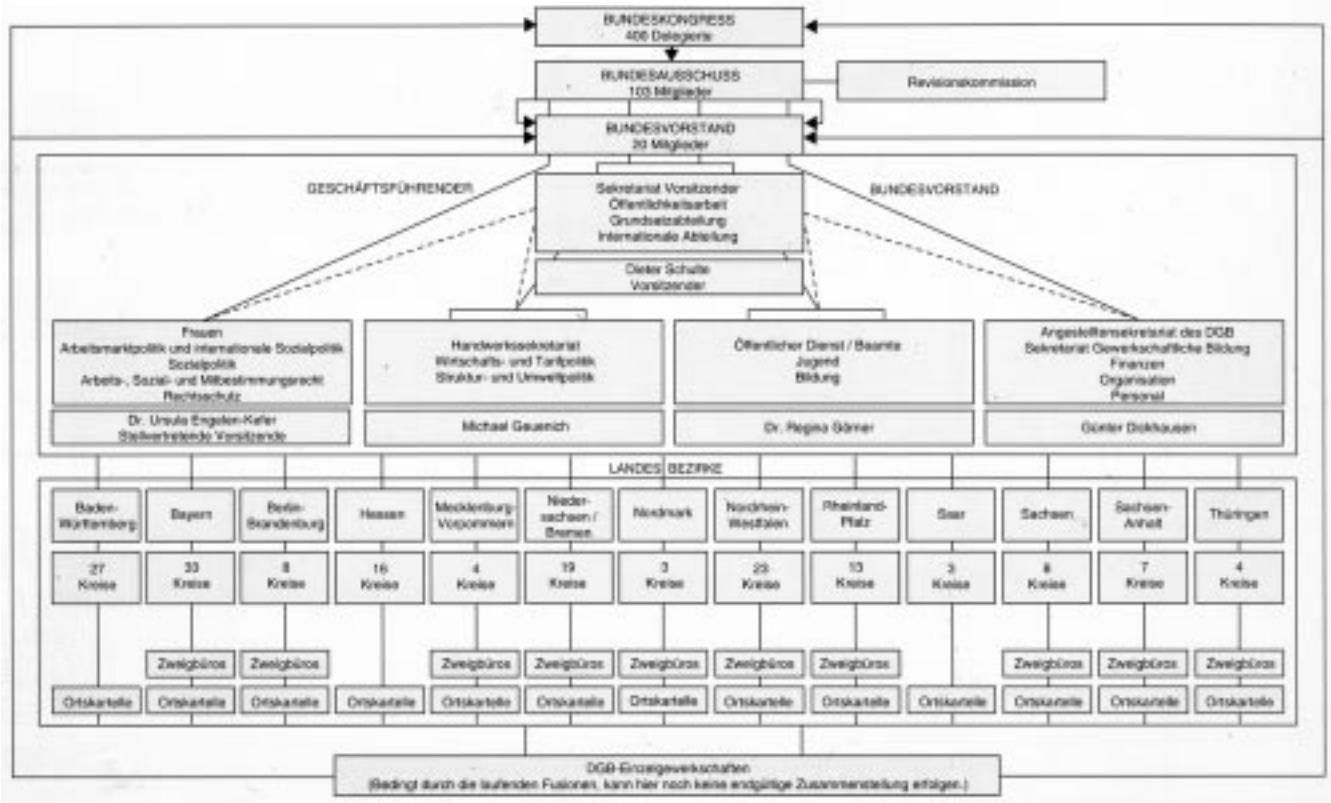


# Deutscher Beamtenbund (DBB) Organisationsschema



# Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

## Organisationsschema





## Die wichtigsten Veröffentlichungen der CDU (CDA) und ihrer Mitgliedsverbände

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungs- weise	Chefredakteur/ Schriftleitung
Christliche Arbeiterschaft der CDU (CDA) Johannes-Albers-Allee 3 53639 Königswinter Tel.: 0 22 23 / 7 30	Soziale Ordnung	30,0	6 x jährlich	Uwe Schummer
	Themen (Stiftung für christlich-soziale Politik und Bildung der CDA)	0,3 im Abo	unregelmäßig	Lutz Esser
Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Pohlhausenstr. 17 53332 Bornheim Tel.: 0 22 22 / 6 40 81	KAB Katholische Arbeitnehmerzeitung	1,0	11 x jährlich	Ralf Blumenthal
	Christ im Alter Unser Dienst	18,0 3,0	11 x jährlich 6 x jährlich	Brigitte Garbe Josef Winkelheide
Verein für Förderung des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt; Verband der evangelischen Arbeitnehmerorganisation (V.E.A.) Blumenstr. 1 73087 Boll Tel.: 0 71 64 / 20 08	kda - Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt	3,5	6 x jährlich	Rüdiger Weiser/ Brigitte Eppinger

## Die wichtigsten Veröffentlichungen des CGB und seiner Mitgliedsverbände

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungs- weise	Chefredakteur/ Schriftleitung
<b>A Zentrale Publikation</b>				
Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) Konstantinstr. 13 53179 Bonn Tel.: 02 28 / 35 70 62	CGB-aktuell	15,0	12 x jährlich	Peter Konstroffer
<b>B Publikationen der Berufsverbände</b>				
Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) Christliche Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (CGBCE) Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD) Krautfahrer-Gewerkschaft (KFG) Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisen- bahner (CGDE) Union Ganymed	DGZ-Magazin Deutsche Gewerkschafts- zeitung	90,0	11 x jährlich	Martin Lessenthin (CGD) Ziegelberg 2 07543 Gera Tel.: 03 65 / 2 44 71
Deutsche Handels- und Industrieangestell- tenverband (DHV) Postfach 60 06 29 22206 Hamburg Tel.: 0 40 / 63 28 02-0	DHV Betriebs- dienst	2,0	4 x jährlich	Heinz-Dieter Pollmeier
	PGZ Politischer Gewerkschaftli- cher Zeitungs- dienst	2,0	unregelmäßig	Jörg Hebsacker
	Deutsche Angestellten- Zeitung (DAZ)	70,0	6 x jährlich	Heinz Langner
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Grabenstr. 13 53424 Remagen Tel.: (0 26 42) 9 09 00 40 Christliche Gewerkschaft Medien (CG Medien) Krebenstr. 8 71272 Renningen Tel.: (0 71 59) 1 83 47	GÖD-Forum	10,0	4 x jährlich	Martin Lessenthin
Arbeitnehmerverband Deutscher Milch- kontroll- u Tierzuchtbediensteten (ADM) Ochhermen 27 53902 Bad Münstereifel Tel.: 0 22 53 / 76 73	Die ADM- Nachrichten	2,0	6 x jährlich	Gerda Kopper
Christliche Gewerkschaft Post (CGP) Postfach 20 03 40 53133 Bonn Tel.: 02 28 / 35 70 61	Das Postpersonal	10,0	10 x jährlich	Max Fischer/ Heinz Winter
Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) Hedwig-Dransfeld-Platz 4 45143 Essen Tel.: 02 01 / 62 30 29	Katholische Bildung	5,0	11 x jährlich	Marilone Emmerich

# Berufswettkampf des Bundes der Kaufmannsjugend im Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV), Berufsgewerkschaft des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB)

## Teilnehmer-Statistik 1986–1994

Jahr		1994	1993	1992	1991	1990	1989	1988	1987	1986
Teilnehmer		8.421	9.091	9.432	9.112	8.946	10.020	11.386	11.002	11.360
Frauen	in %	60,54	61,43	61,86	60,77	61,05	60,50	60,00	60,60	60,30
Männer	in %	39,46	38,57	38,14	39,23	38,95	39,50	40,00	39,40	39,70
nach Wirtschaftsbereichen										
Einzelhandel	in %	10,17	10,00	11,08	10,50	10,65	8,33	8,30	8,64	7,89
Großhandel	in %	11,33	17,99	10,47	15,39	12,33	11,48	10,45	9,88	9,65
Industrie	in %	26,91	23,04	32,05	28,75	25,13	27,25	25,20	26,22	24,05
Banken/Sparkassen	in %	18,77	21,18	20,16	19,41	20,74	18,59	19,65	17,68	19,23
Versicherungen	in %	8,04	6,68	4,37	4,33	4,05	5,03	3,80	4,48	6,76
Speditionen	in %	6,88	3,52	3,81	3,94	2,82	3,19	3,45	3,58	2,00
Sozialversicherung	in %	0,25	0,78	0,19	0,15	0,15	–	–	–	–
Bürokaufmann <sup>1</sup>	in %	12,19	11,76	12,92	11,40	11,64	11,71	10,70	12,28	11,20
Bürogehilfin	in %	–	–	–	–	2,71	2,37	3,70	2,96	3,61
Bürokommunikation	in %	5,46	5,05	1,71	2,18	–	–	–	–	–
Wirtschaftsschüler <sup>2</sup>	in %	–	–	3,00	4,03	9,78	12,05	14,75	13,76	15,62
nach Ausbildungsstand <sup>3</sup>										
1. Ausbildungsjahr (A)	in %	9,66	7,18	9,61	8,69	8,00	8,47	6,40	7,03	7,02
1. Ausbildungsjahr (B)	in %	7,68	8,88	9,27	8,69	9,54	11,02	11,30	11,22	12,20
2. Ausbildungsjahr (A)	in %	31,51	31,24	26,97	29,16	26,04	27,73	24,90	25,80	27,26
2. Ausbildungsjahr (B)	in %	12,34	17,01	13,05	14,30	11,85	14,75	17,70	15,77	17,81
3. Ausbildungsjahr	in %	38,64	35,07	40,70	38,77	43,95	37,82	39,60	39,40	34,98
Nach Ausbildungsende	in %	0,17	0,62	0,41	0,39	0,62	0,21	0,10	0,78	0,82

Ursprungsdaten: DHV, Deutsche Angestellten-Zeitung Nr. 3/90, 70 u. Nr. 3/94, 70

1 bzw. Bürokauffrau.

2 bzw. Handelsschüler.

3 Die Aufteilung orientiert sich am Ausbildungsende: A und 3. Ausbildungsjahr (Juli–September); B und Ausbildungsende (Januar–Februar)

## Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) seit 1959

### Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr <sup>3</sup>		Brutto- Organisationsgrad in % der abhängigen Erwerbstätigen <sup>4</sup>	Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind:				
		absolut	in %		Frauen <sup>5</sup>	Jugend <sup>5</sup>	Arbeiter <sup>6</sup> (CGD)	Angestellte <sup>6</sup> (GEDAG)	Beamte <sup>6</sup> (GCÖD)
1959	198 000			0,90			100 000	60 000	38 000
1960	200 000	+ 2 000	+ 1,00	0,90			100 000	60 000	40 000
1961	230 000	+ 30 000	+ 15,00	1,10			120 000	80 000	30 000
1964	234 738	+ 4 738	+ 2,10	1,10			98 470	86 923	49 345
1968	190 893	- 43 845	- 18,70	0,90			65 211	76 314	49 368
1972	199 190	+ 8 297	+ 4,30	0,90			68 340	79 630	51 220
1975	224 420	+ 25 230	+ 12,70	1,00			69 930	79 840	74 650
1978	249 200	+ 4 200	+ 1,70	1,20			85 900	80 100	83 200
1979	266 577	+ 17 377	+ 7,00	1,20			98 053	83 146	85 378
1980	288 170	+ 21 593	+ 8,10	1,20	ca. 70 000	ca. 12 000	110 487	85 707	91 976
1981	294 916	+ 6 746	+ 2,30	1,20	ca. 75 000		114 582	87 120	93 214
1982	297 234	+ 2 318	+ 0,80	1,30	ca. 75 000		115 763	87 445	94 026
1983	299 771	+ 2 537	+ 0,90	1,40	ca. 75 000		116 450	88 103	95 218
1984	306 329	+ 6 558	+ 2,20	1,40	ca. 75 000	ca. 15 000	123 172	88 036	95 121
1985	307 075	+ 746	+ 0,20	1,40	ca. 70 000	ca. 35 000	124 093	87 729	95 253
1986	307 471	+ 396	+ 0,10	1,40	ca. 70 000	ca. 35 000	124 537	87 698	95 236
1987	307 529	+ 58	+ 0,00	1,40	ca. 70 000	ca. 35 000	124 564	87 712	95 253
1988	306 847	- 682	- 0,20	1,26	ca. 70 000	ca. 35 000	124 361	87 465	95 021
1989	304 471	- 2 106	- 0,69	1,23	75 821		124 780	84 827	95 134
1990	309 364	+ 4 623	+ 1,52	1,18	77 945		129 090	86 509	94 160
1991	310 831	+ 1 467	+ 0,47	0,92	74 017	11 115	131 112	87 509	92 210
1992	315 550	+ 4 719	+ 1,52	0,95	77 426		121 018	154 283	40 249
1993	310 677	- 4 873	- 1,54	0,95	74 864		118 235	152 663	39 779
1994	306 481	- 4 196	- 1,35	0,95	74 566		116 504	150 815	39 162
1995	303 840	- 2 641	- 0,86	0,94	76 387	33 241	115 158	149 631	39 051

1 Stichtag ist der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) bis 1989, ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen

3 Beziehungsweise gegenüber vorausgegangenen Veröffentlichungen der entsprechenden Daten

4 1990 Verhältnis von gesamtdeutschen Mitgliederzahlen zu westdeutschen Mikrozensuszahlen. Die Abweichung dürfte jedoch maximal 0,02 Prozentpunkte darunter liegen.

5 Bis 1988 Schätzwerte

6 Bis 1991 strukturiert nach Gesamtverbandzugehörigkeit, ab 1992 nach Berufsgruppenzugehörigkeit.

## Die Entwicklung der gesamtdeutschen Mitgliederzahlen des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) 1991 bis 1995

Jahr <sup>1</sup>		1995			1994			1993			1992			1991
Personengruppe <sup>2</sup>		Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl
			absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %	
insgesamt		303 840	- 2 641	- 0,86	306 481	- 4 196	- 1,35	310 677	- 4 873	- 1,54	315 550	+ 4 719	+ 1,52	310 831
Frauen	absolut	76 387	+ 1 821	+ 2,44	74 566	- 298	- 0,40	74 864	- 2 562	- 3,31	77 426	+ 3 409	+ 4,61	74 017
	in %	25,14	+ 0,81	-	24,33	+ 0,23	-	24,10	- 0,44	-	24,54	+ 0,73	-	23,81
Männer	absolut	227 453	- 4 462	- 1,92	231 915	- 3 898	- 1,65	235 813	- 2 311	- 0,97	238 124	+ 1 310	+ 0,55	236 814
	in %	74,86	- 0,81	-	75,67	- 0,23	-	75,90	+ 0,44	-	75,46	- 0,73	-	76,19
Alte Länder	absolut	294 357	- 3 168	- 1,07	297 525	- 5 304	- 1,75	302 829	- 3 608	- 1,18	306 437	+ 3 947	+ 1,31	302 490
	in %	96,88	- 0,20	-	97,08	- 0,39	-	97,47	+ 0,36	-	97,11	- 0,21	-	97,32
Neue Länder	absolut	9 483	+ 527	+ 5,88	8 956	+ 1 108	+ 14,12	7 848	- 1 265	- 13,88	9 113	+ 772	+ 9,26	8 341
	in %	3,12	+ 0,20	-	2,92	+ 0,39	-	2,53	- 0,36	-	2,89	+ 0,21	-	2,68
Beamte	absolut	39 051	- 111	- 0,28	39 162	- 617	- 1,55	39 779	- 470	- 1,17	40 249			
	in %	12,85	+ 0,07	-	12,78	- 0,02	-	12,80	+ 0,04	-	12,76			
Angestellte	absolut	149 631	- 1 184	- 0,79	150 815	- 1 848	- 1,21	152 663	- 1 620	- 1,05	154 283			
	in %	49,25	+ 0,04	-	49,21	+ 0,07	-	49,14	+ 0,25	-	48,89			
Arbeiter	absolut	115 158	- 1 346	- 1,16	116 504	- 1 731	- 1,46	118 235	- 2 783	- 2,30	121 018			
	in %	37,90	- 0,11	-	38,01	- 0,05	-	38,06	- 0,29	-	38,35			
CGD <sup>3</sup>	absolut	128 667	- 1 243	- 0,96	129 910	- 2 008	- 1,52	131 918	- 2 310	- 1,72	134 228	+ 3 116	+ 2,38	131 112
	in %	42,35	- 0,04	-	42,39	- 0,07	-	42,46	- 0,08	-	42,54	+ 0,36	-	42,18
GEDAG <sup>4</sup>	absolut	86 996	- 713	- 0,81	87 709	- 911	- 1,03	88 620	- 981	- 1,10	89 601	+ 2 092	+ 2,39	87 509
	in %	28,63	+ 0,01	-	28,62	+ 0,09	-	28,53	+ 0,14	-	28,39	+ 0,24	-	28,15
GCÖD <sup>5</sup>	absolut	88 177	- 685	- 0,77	88 862	- 1 277	- 1,42	90 139	- 1 582	- 1,73	91 721	- 489	- 0,53	92 210
	in %	29,02	+ 0,03	-	28,99	- 0,02	-	29,01	- 0,06	-	29,07	- 0,60	-	29,67

Ursprungsdaten: CGB; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist jeweils der 31. Dezember

2 Die Zahl der Jugendlichen wird nur in Kongreßjahren erhoben. Sie lag zuletzt (1995) bei 33 241 Mitgliedern (10,94 %).

3 Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

4 Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften

5 Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Bildung und Wissenschaft, Bahnen, Post und Telekommunikation

## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) seit 1951

### Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Brutto-Organisationsgrad in % der abhängig erwerbs- tätigen Angestellten <sup>3</sup>	Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind	
		absolut	in %		Frauen	Jugend <sup>4</sup>
1951	343 500	–	–	10,09	107 700	
1952	360 388	+ 16 888	+ 4,90	10,10	117 365	
1953	384 365	+ 23 977	+ 6,70	10,20	127 819	
1954	406 473	+ 22 108	+ 5,80	10,21	140 091	
1955	420 540	+ 14 067	+ 3,50	9,84	146 132	
1956	431 483	+ 10 943	+ 2,60	9,57	149 217	
1957	437 068	+ 5 585	+ 1,30	9,28	151 782	
1958	438 142	+ 1 074	+ 0,30	8,73	152 238	
1959	440 011	+ 1 869	+ 0,40	8,39	152 777	
1960	450 417	+ 10 406	+ 2,40	7,31	155 554	
1961	461 513	+ 11 096	+ 2,50	7,29	157 395	
1962	471 902	+ 10 389	+ 2,30	7,31	159 797	
1963	479 457	+ 7 555	+ 1,60	7,31	161 209	
1964	475 415	– 4 042	– 0,80	6,94	157 991	
1965	475 561	+ 146	+ 0,00	6,82	159 311	
1966	477 982	+ 2 421	+ 0,50	6,69	159 300	
1967	481 286	+ 3 304	+ 0,70	6,76	160 227	
1968	471 147	– 10 139	– 2,10	6,55	154 528	
1969	467 796	– 3 351	– 0,70	6,25	151 496	
1970	461 291	– 6 505	– 1,40	5,91	147 820	
1971	469 932	+ 8 641	+ 1,90	5,84	153 189	
1972	468 880	– 1 052	– 0,20	5,74	154 227	
1973	463 370	– 5 510	– 1,20	5,61	155 895	
1974	472 035	+ 8 665	+ 1,90	5,70	160 248	
1975	470 446	– 1 589	– 0,30	5,62	163 537	71 855
1976	471 840	+ 1 394	+ 0,30	5,21	165 029	67 668
1977	473 405	+ 1 565	+ 0,30	5,17	168 782	64 320
1978	478 735	+ 5 330	+ 1,10	5,10	173 804	62 415
1979	487 743	+ 9 008	+ 1,90	5,05	182 178	61 795
1980	494 874	+ 7 131	+ 1,50	4,95	188 604	61 503
1981	499 439	+ 4 565	+ 0,90	4,92	194 121	59 609
1982	501 037	+ 1 598	+ 0,30	4,89	198 196	57 624
1983	497 346	– 3 691	– 0,70	5,21	200 698	54 824
1984	497 724	+ 378	+ 0,10	5,16	201 228	52 025
1985	500 922	+ 3 198	+ 0,60	5,12	205 271	51 146
1986	496 299	– 4 623	– 0,90	4,98	205 866	48 608
1987	494 126	– 2 173	– 0,40	4,84	211 639	46 949
1988	496 832	+ 2 706	+ 0,60	4,32	219 038	45 164
1989	503 528	+ 6 696	+ 1,35	4,34	227 317	45 334
1990	573 398	+ 69 870	+ 13,88	4,00	281 094	50 237
1991	584 775	+ 11 377	+ 1,98	3,48	294 170	48 240
1992	578 352	– 6 423	– 1,10	3,43	290 876	43 876
1993	527 888	– 50 464	– 8,73	3,15	282 638	
1994	520 709	– 7 179	– 1,36	3,09	277 917	
1995	507 478	– 13 231	– 2,54	3,02	273 483	

1 Stichtag ist jeweils der 30. 9., seit 1979 der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen

3 1990 auf der rechnerischen Basis von 508 573 Mitgliedern in den alten Bundesländern

4 1975 bis 1991: bis zu 24 Jahren. Ab 1992: bis zu 27 Jahren; ab 1993 nicht mehr veröffentlicht

## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

### Mitgliederzahlen in den 8 Bundesberufsgruppen<sup>1</sup> von 1951 bis 1983

Jahr <sup>2</sup>	Kaufmännische Angestellte	Banken und Sparkassen	Versicherungen	Öffentlicher Dienst	Technische Angestellte und Beamte	Meister	Schifffahrt <sup>3</sup>	sonstige Angestellte	Bergbau	DAG Saarland
1950	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1951	148 400	22 200	24 800	74 800	37 200	28 100	8 000	–	–	–
1952	158 064	23 271	25 926	75 236	38 617	28 857	10 417	–	–	–
1953	167 792	25 431	26 746	80 456	41 519	29 291	6 628	6 502	–	–
1954	177 875	27 415	27 037	85 919	43 812	30 227	7 294	6 894	–	–
1955	185 794	28 943	27 727	90 467	48 652	31 278	7 679	–	–	–
1956	189 281	29 422	28 153	90 992	53 918	32 059	7 658	–	–	–
1957	189 259	29 700	27 486	92 034	53 335	32 250	7 589	–	–	5 415
1958	188 840	30 248	27 194	91 578	54 286	32 379	7 917	–	–	5 700
1959	188 786	30 543	27 000	92 192	55 281	32 297	7 939	–	–	5 973
1960	192 642	32 467	27 921	96 924	59 868	32 445	8 150	–	–	–
1961	193 460	34 841	28 156	97 272	58 274	32 689	8 181	–	8 640	–
1962	196 196	35 856	29 042	98 653	61 237	32 797	9 154	–	8 967	–
1963	197 748	37 373	29 569	100 154	62 967	32 743	9 541	–	9 362	–
1964	194 504	36 816	29 428	100 192	62 797	32 122	9 865	–	9 691	–
1965	195 781	38 100	29 244	99 025	62 108	31 348	9 770	–	10 185	–
1966	195 209	38 565	29 439	100 727	62 957	30 726	9 741	–	10 618	–
1967	194 484	40 083	29 801	103 643	63 579	29 767	9 746	–	10 183	–
1968	188 027	39 282	29 284	102 971	63 193	28 722	9 737	–	9 931	–
1969	184 263	40 049	29 364	102 902	63 574	27 606	10 494	–	9 544	–
1970	181 010	41 607	29 993	98 245	63 990	26 598	9 996	–	9 852	–
1971	176 947	46 001	30 488	106 395	63 820	25 320	11 427	–	9 534	–
1972	176 712	45 672	30 093	106 297	65 053	24 184	11 586	–	9 283	–
1973	174 477	45 348	30 078	106 923	64 101	22 606	10 977	–	8 860	–
1974	176 049	46 424	31 088	113 576	63 600	21 825	10 429	–	9 044	–
1975	176 346	45 350	30 634	117 522	62 234	20 216	9 778	–	8 366	–
1976	177 341	44 205	29 827	123 889	60 304	18 831	9 739	–	7 704	–
1977	183 651	43 831	29 220	124 372	58 583	17 908	8 712	–	7 128	–
1978	190 340	43 477	28 761	126 800	57 747	17 125	7 874	–	6 611	–
1979	199 745	43 646	28 017	128 029	58 359	16 683	7 294	–	5 970	–
1980	206 283	44 710	27 386	128 801	58 327	16 371	7 131	–	5 865	–
1981	210 446	44 821	26 813	131 049	57 913	15 874	6 816	–	5 707	–
1982	212 637	44 667	26 074	133 535	56 879	15 322	6 471	–	5 452	–
1983 <sup>4</sup>	211 394	44 033	25 198	135 939	55 098	14 638	5 857	–	5 189	–

Quellen: DAG; Statistisches Bundesamt

1 Ab 1960 einschließlich Saarland

2 Stichtag ist jeweils der 30. 9., seit 1979 der 31. 12.

3 1951 und 1952 einschließlich „sonstige Angestellte“

4 Die DAG strukturiert ihre Mitgliederstatistik ab 1984 in 4 Wirtschaftsgruppen

# Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

## Mitgliederzahlen in den 4 Wirtschaftsgruppen ab 1984<sup>1</sup>

Jahr <sup>2, 3</sup>	Mitglieder insgesamt	Industrie	Private Dienste	Banken, Sparkassen und Versicherungen	Öffentlicher Dienst
1984	497 724	122 090	159 611	72 574	143 449
1985	500 922	117 244	159 979	70 803	152 896
1986	496 299	114 196	159 998	69 346	152 759
1987	494 126	107 011	156 723	75 023	155 369
1988	496 832	103 316	160 856	74 514	158 146
1989	503 528	100 824	170 328	74 268	158 108
1990	573 398	103 627	191 879	80 569	197 323
1991	584 775	101 672	203 656	74 597	204 850
1992	578 352	97 682	204 220	75 672	200 778
1993	527 888	83 633	184 220	70 684	189 351
1994	520 709	78 397	187 618	68 591	186 104
1995	507 478	73 111	185 041	67 016	182 310

1 Von 1951 bis 1983 war die Mitgliederstatistik der DAG nach Bundesberufsgruppen strukturiert

2 Stichtag ist jeweils der 31.12.

3 Von 1984 bis 1989 westdeutsche, ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen



## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

### Mitgliederzahlen in den 9 alten Landesverbänden von 1975 bis 1989

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder insgesamt	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Hamburg
1975	470 446	66 052	44 321	43 343	50 013
1980	494 874	65 812	48 630	40 550	49 024
1981	499 439	66 049	50 160	40 137	49 344
1982	501 037	65 450	51 194	39 888	48 916
1983	497 346	64 195	51 905	39 446	47 931
1984	497 724	63 813	52 251	38 695	47 622
1985	500 922	62 510	52 593	39 500	47 602
1986	496 299	61 238	52 348	38 981	46 952
1987	494 126	60 235	51 923	38 927	46 121
1988	496 832	60 314	52 514	39 607	45 735
1989	503 528	60 531	53 299	39 653	45 256

Jahr <sup>1</sup>	Hessen	N.sachsen/Bremen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz/Saar	Schleswig-Holstein
1975	35 661	71 320	107 944	20 504	31 288
1980	39 006	75 598	119 916	22 746	33 592
1981	39 538	75 682	121 343	23 230	33 956
1982	39 496	75 927	122 491	23 615	34 060
1983	39 031	75 622	121 702	23 702	33 750
1984	39 621	74 660	123 460	24 000	33 602
1985	39 738	75 974	124 498	24 587	33 920
1986	39 040	76 038	123 773	24 542	33 387
1987	39 279	76 525	123 630	24 524	32 962
1988	39 538	77 433	124 028	24 570	33 093
1989	40 045	80 819	125 951	24 561	33 413

Quelle: DAG

<sup>1</sup> Stichtag ist jeweils der 30. 9.; seit 1979 der 31. 12.

## Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

### Mitgliederzahlen in den 12 Landesverbänden Deutschlands seit 1990<sup>1</sup>

Jahr <sup>2</sup>	Mitglieder insgesamt	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin/Brandenburg	Hamburg	Hessen
1990	573 398	60 591	54 214	60 478	44 887	41 238
1991	584 775	59 552	55 061	64 354	44 028	41 059
1992	578 352	58 799	55 331	62 630	43 322	40 843
1993	527 888	54 450	52 369	52 665	40 387	38 861
1994	520 709	53 343	52 565	51 933	40 070	38 744
1995	507 478	51 739	51 627	49 694	39 217	37 496

Jahr <sup>2</sup>	Niedersachsen/Bremen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz/Saar	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern
1990	82 069	127 028	24 748	9 438	25 353	4 900	38 454
1991	81 450	126 477	24 675	11 823	28 119	6 895	41 282
1992	81 336	125 793	24 490	11 819	25 666	6 853	41 470
1993	75 883	118 433	22 778	9 823	24 303		37 936
1994	74 813	116 502	22 213	10 071	23 361		37 094
1995	72 767	114 178	21 746	10 031	22 780		36 203

Quelle: DAG

<sup>1</sup> Nach Zusammenlegung der neuen Landesverbände „Sachsen-Anhalt“ und „Thüringen“ sind es ab 1993 nur noch 11.

<sup>2</sup> Stichtag ist jeweils der 31.12.

## Die wichtigsten Veröffentlichungen der DAG und ihrer Mitgliedsverbände

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur/ Schriftleitung
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) Karl-Muck-Platz 1 20355 Hamburg Tel.: 0 40 / 34 91 54 43	DAG-Journal	450,0	6 x jährlich	Peter Stüber
	Standpunkt	50,0	6 x jährlich	Peter Stüber
	rasant	20,0	6 x jährlich	Peter Stüber
	JAV Rundbrief (Infodienst für Mitglieder in Jugend- und Auszubildendenvertretung)	2,0	4 x jährlich	Uwe Karstensen
	DAG Schifffahrt	8,0	6 x jährlich	Dr. Christa Hempel-Küter
	Der Betriebsrat	15,0	1–2 x jährlich	Ressort: Wirtschaftspolitik/ Abt. Mitbestimmung (Ursula Konitzer)
	Der Personalrat	10,0	1–2 x jährlich	wie vor
	Der Aufsichtsrat	3,0	1 x jährlich	unterschiedliche Ressorts
	Oper & Tanz	5,0	6 x jährlich	Walter Krane
	Das Orchester (DOV)	25,0	11 x jährlich	Dr. Rolf Dünwald
Bühnengenossenschaft	12,0	11 x jährlich	Hans Herdlein	

## Bildungswerk (BW) der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und Deutsche Angestellten-Akademie (DAA)

Zahlen zur Entwicklung in den letzten dreizehn Jahren (1983 bis 1995)

Jahr	Teilnehmer			Teilnehmerstunden <sup>1</sup> in 1 000			Mitarbeiter	
	insgesamt	neue Bundesländer		insgesamt	neue Bundesländer		fest-angestellt	auf Honorarbasis
		absolut	in %		absolut	in %		
1983	72 000			23 900				
1984	77 000			26 600				
1985	80 000			29 400				
1986	90 000			32 100				
1987	93 000			35 600				
1988	100 000			36 600				
1989	104 000			40 400			1 887	4 900
1990	112 000	5 222	4,66	45 000	1 120	2,49	2 251	4 500
1991	123 000	20 871	16,97	51 100	9 160	17,93	2 997	5 000
1992	123 000	22 631	18,40	54 300	13 740	25,30	2 727	6 000
1993	104 000	18 824	18,10	50 200	12 300	24,50	2 436	5 820
1994	103 500	20 408	19,72	46 700	10 700	22,91	2 213	6 730
1995	112 200	22 101	19,70	53 100	13 100	24,67	2 200	7 700

Ursprungsdaten: BW/DAA: Jahresberichte und unveröffentlichte Materialien; eigene Berechnungen

<sup>1</sup> Unterrichtsstunden x Teilnehmerzahl

# Bildungswerk (BW) der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und Deutsche Angestellten-Akademie (DAA)

## Fachliche Struktur des Lehrgangsangebots und Entwicklung der Teilnehmerzahlen

Fachlicher Strukturbereich	1995		1994		1993		1992	
	Teilnehmerzahl		Teilnehmerzahl		Teilnehmerzahl		Teilnehmerzahl	
	insgesamt	davon in den neuen Bundesländern absolut (in %)	insgesamt	davon in den neuen Bundesländern absolut (in %)	insgesamt	davon in den neuen Bundesländern absolut (in %)	insgesamt	davon in den neuen Bundesländern absolut (in %)
Kaufmännischer Bereich absolut (in %)	51 706 (50,41)	11 618 (22,47) (52,79)	49 579 (53,30)	10 903 (21,99) (53,63)	51 021 (57,02)	11 743 (23,02) (62,67)	56 373 (52,31)	11 971 (21,24) (53,22)
Bereich Daten- verarbeitung <sup>1</sup> absolut (in %)	15 485 (15,10)	800 (5,17) (3,64)	15 338 (16,49)	1 460 (9,52) (7,18)	15 597 (17,43)	1 402 (8,99) (7,48)	21 712 (20,14)	2 968 (13,67) (13,19)
Bereich Gesundheit und Soziales absolut (in %)	12 373 (12,06)	4 250 (34,35) (19,31)	11 054 (11,88)	3 908 (35,35) (19,22)	9 543 (10,67)	3 460 (36,26) (18,47)	9 350 (8,67)	3 395 (36,31) (15,09)
Gewerblich-technischer Bereich <sup>2</sup> absolut (in %)	6 297 (6,14)	1 648 (26,17) (7,49)	5 346 (5,75)	1 208 (22,60) (5,94)	4 547 (5,08)	1 086 (23,88) (5,80)	5 658 (5,25)	1 189 (21,02) (5,29)
Fremdsprachliche Weiterbildung absolut (in %)	977 (0,95)		947 (1,02)		1 445 (1,62)		2 078 (1,93)	
Berufliche Orientierung u. Information absolut (in %)	12 790 (12,47)	3 556 (27,80) (16,16)	7 876 (8,47)	2 814 (35,73) (13,84)	3 394 (3,79)	736 (21,69) (3,93)	8 122 (7,54)	2 408 (29,65) (10,70)
Sonstige Bereiche absolut (in %)	2 946 (2,87)	134 (4,55) (0,61)	2 885 (3,10)	37 (1,28) (0,18)	3 931 (4,39)	309 (7,86) (1,65)	4 483 (4,16)	564 (12,58) (2,51)
gesamt absolut in %	102 579 (100)	22 006 (21,45) (100)	93 025 (100)	20 330 (21,85) (100)	89 478 (100)	18 736 (20,94) (100)	107 776 (100)	22 495 (20,87) (100)

Ursprungsdaten: BW/DAA: Jahresberichte und unveröffentlichte Materialien; eigene Berechnungen

1 Teilweise Überschneidungen mit dem kaufmännischen Bereich

2 Einschließlich Hotel- und Gaststättengewerbe

# Deutsche Postgewerkschaft (DPG) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	186 333	–	–	62,6	47,03	34 602		56 265	33 919	96 149
1951	203 683	+ 17 350	+ 9,30	65,5	49,24	37 633		64 578	34 395	104 710
1952	216 189	+ 12 506	+ 6,20	66,5	50,59	39 526		71 949	34 079	110 161
1953	226 864	+ 10 675	+ 4,90	67,6	50,81	39 082		76 439	33 385	117 040
1954	231 286	+ 4 422	+ 1,90	67,4	51,10	38 658		78 776	26 171	126 339
1955	236 935	+ 5 649	+ 2,40	67,6	52,05	38 277		82 737	23 956	130 242
1956	242 259	+ 5 324	+ 2,30	67,5	52,77	39 365		86 366	20 524	135 369
1957	253 780	+ 11 521	+ 4,80	70,6	54,69	41 495		89 228	17 554	146 998
1958	260 785	+ 7 005	+ 2,80	70,9	54,60	42 743		93 570	17 836	149 379
1959	268 242	+ 7 457	+ 2,90	69,9	56,51	43 765		92 196	16 454	159 592
1960	282 732	+ 14 490	+ 5,40	70,7	57,53	47 782		89 572	18 131	175 029
1961	294 341	+ 11 609	+ 4,10	71,2	58,24	49 955		92 053	18 506	183 782
1962	306 786	+ 12 445	+ 4,20	73,6	57,99	53 825		96 039	18 825	191 922
1963	315 911	+ 9 125	+ 3,00	73,8	59,17	55 923		98 348	18 296	199 267
1964	323 825	+ 7 914	+ 2,50	75,4	60,35	58 613		99 306	18 587	205 932
1965	331 456	+ 7 631	+ 2,40	71,8	61,81	61 545		98 430	21 315	211 711
1966	336 206	+ 4 750	+ 1,40	72,3	62,55	63 508		94 119	25 570	216 517
1967	345 673	+ 9 467	+ 2,80	74,4	62,80	66 243		93 906	27 343	224 424
1968	349 447	+ 3 774	+ 1,10	75,6	64,90	67 375		92 881	27 171	229 395
1969	354 604	+ 5 157	+ 1,50	75,3	64,87	69 606		95 118	27 840	231 646
1970	360 961	+ 6 357	+ 1,80	73,8	64,44	72 569	69 130	99 328	29 069	232 564
1971	373 184	+ 12 223	+ 3,40	72,5	63,97	77 117	76 473	104 848	30 476	237 860
1972	390 788	+ 17 604	+ 4,70	73,5	65,73	84 597	86 650	110 166	33 404	247 218
1973	400 624	+ 9 836	+ 2,50	78,2	66,69	89 434	92 197	113 805	35 041	251 778
1974	419 966	+ 9 342	+ 4,80	79,7	72,22	101 497	98 683	121 930	39 495	258 541
1975	419 585	– 381	– 0,10	69,9	73,87	103 374	92 761	117 982	37 166	264 437
1976	417 642	– 1 943	– 0,50	70,6		103 667	85 757	115 832	32 771	269 039
1977	418 053	+ 411	+ 0,10	70,1		104 216	83 906	116 074	29 196	272 783
1978	428 878	+ 10 825	+ 2,60	71,5		109 836	89 442	122 860	30 162	275 856
1979	436 407	+ 7 529	+ 1,80	71,2		115 295	87 181	127 787	31 137	277 483
1980	450 201	+ 13 794	+ 3,20	70,7		125 264	80 785	136 232	37 777	276 192
1981	457 605	+ 7 404	+ 1,70	71,1		131 832	81 323	142 556	40 952	274 097
1982	456 930	– 675	– 0,20	71,2		134 470	79 842	143 506	46 100	267 324
1983	457 929	+ 999	+ 0,20	73,2		136 830	80 535	142 881	44 979	270 069
1984	455 686	– 2 243	– 0,50	73,0		138 128	80 513	140 422	42 999	272 265
1985	460 626	+ 4 940	+ 1,10	73,0		142 086	83 013	141 711	41 212	277 703
1986	463 152	+ 2 526	+ 0,60			145 110	83 818	142 475	39 348	281 329
1987	463 757	+ 605	+ 0,10			148 249	81 920	143 264	40 128	280 365
1988	471 175	+ 7 418	+ 1,60			153 434	81 268	146 560	41 281	283 334
1989	472 145	+ 970	+ 0,21			155 943	76 556	146 299	40 484	285 362
1990	478 913	+ 6 768	+ 1,40			164 207	74 751	151 119	42 801	284 993
1991	611 969	+ 133 056	+ 27,78	70,7 <sup>5</sup>		59 711	86 426	156 296	174 258	281 415
1992	611 244	– 725	– 0,12	71,6 <sup>5</sup>		264 784	79 163	182 377	151 769	277 098
1993	578 179	– 33 065	– 5,41			247 112	64 414	200 118	107 461	270 600
1994	546 906	– 31 273	– 5,41	75,0 <sup>6</sup>		230 962	50 137	200 672	81 621	264 613
1995	529 233	– 17 673	– 3,23			224 657	37 890	196 297	76 721	256 215

Quellen: DPG; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

4 Bis zu 25 Jahren

5 Alte Bundesländer

## Die wichtigsten Publikationen des DBB und seiner Mitgliedsverbände

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur/ Schriftleitung
<b>A Zentrale Publikationen</b>				
Deutscher Beamtenbund (DBB) Peter-Hensen-Str. 5-7 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 8 11 - 1 40	DBB-Magazin	450,0	11 x jährlich	Dr. Walter Schmitz Auf dem Stengl 8 53489 Sinzig Tel.: 0 26 42 / 98 02 52
	Europa-Nachrichten	1,1	6 x jährlich	Dr. Thomas Kräker Anschrift wie DBB
	Zeitschrift für Personalvertretungsrecht ZFPR	30,0	6 x jährlich	Dr. Wilhelm Ilbertz Anschrift wie DBB
	dbb aktuell	1,0	wöchentlich	Annemarie Wellige Pfannenschuppenweg 78 53604 Bad Honnef Tel.: 0 22 24 / 7 47 20
Bundesfrauenvertretung (DBBF) Peter-Hensen-Str. 5-7 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 8 11 - 1 66	Frauen im DBB	6,0	12 x jährlich	Annemarie Wellige Anschrift wie vor
Deutscher Beamtenbund-Jugend (DBBJ) Thomas-Mann-Str. 49 53111 Bonn Tel.: 02 28 / 69 30 32	Betreff – Magazin für junge Leute im öffentlichen Dienst	29,0	6 x jährlich	Ulrich Werth Erfurtstr. 32 53125 Bonn Tel.: 02 28 / 77 37 50
DBB Tarifunion (DBB-TU) Peter-Hensen-Str. 5-7 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 37 88 21	Meldungen, Meinungen, Hintergründe	2,0	10 x jährlich	Michael Schulz Hofwiese 12 53783 Eitorf-Obenroth Tel.: 0 22 43 / 23 31
<b>B Publikationen der DBB-Landesverbände</b>				
Bayerischer Beamtenbund Schwanthalerstr. 21 80336 München Tel.: 0 89 / 59 46 88	BBB-Nachrichten	70,0	10 x jährlich	Peter Schels Wachsensteinstr. 38 82467 Garmisch-Partenkirchen
Beamtenbund Baden-Württemberg Postfach 10 05 22 70004 Stuttgart Tel.: 07 11 / 16 87 60	BBW-Report	30,0	11 x jährlich	Horst Bäuerle Glashüttenweg 6 72250 Freudenstadt Tel.: 0 74 41 / 8 25 26
Beamtenbund Brandenburg Mommensstr. 58 10629 Berlin Tel.: 0 30 / 3 23 45 43	Der öffentliche Dienst in Brandenburg	10,0	11 x jährlich	Dr. Matthias Renger
Beamtenbund Bremen Dobbenweg 9 28203 Bremen Tel.: 04 21 / 70 00 43	DBB Nachrichten für den öffentlichen Dienst		unregelmäßig	Ingo Riemer Slevogtstr. 40 28209 Bremen Tel.: 04 21 / 34 57 84
Beamtenbund Hamburg Normannenweg 2 20537 Hamburg Tel.: 0 40 / 2 51 39 26	Hamburger Notizen für den öffentlichen Dienst		unregelmäßig	Dietrich Severin Desenißstr. 41 22083 Hamburg Tel.: 0 40 / 2 99 41 38
Beamtenbund Hessen Goetheplatz 7 60313 Frankfurt/Main Tel.: 0 69 / 28 17 80	Nachrichten des DBB Hessen		unregelmäßig	Hans Beckmann Karl-Bertel-Weg 5 60598 Frankfurt/Main
Beamtenbund Mecklenburg-Vorpommern Pappelgrund 15a 19061 Schwerin Tel.: 03 85 / 5 81 10 50	Regional-Magazin	11 x jährlich		Kurt Holst 19069 Hundorf Tel.: 0 38 67 / 3 60
Beamtenbund Niedersachsen Große Packhofstr. 28 30159 Hannover Tel.: 05 11 / 32 37 07	DBB-Nachrichten	38,0	10 x jährlich	Christoph Duensing Stettiner Str. 63a 30880 Laatzen Tel.: 0 51 02 / 18 74
Beamtenbund Nordrhein-Westfalen Gartenstr. 22 40479 Düsseldorf Tel.: 02 11 / 4 93 19 94	Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr	124,0	11 x jährlich	Erich Steffen Pantaleonsweg 2 50354 Hürth Tel.: 0 22 33 / 7 57 24

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur/ Schriftleitung
Beamtenbund Rheinland-Pfalz Adam-Karrillon-Str. 62 55118 Mainz Tel.: 0 61 31 / 61 13 56	Durchblick	35,0	11 x jährlich	Hans E. Hielscher Birkenweg 3 55270 Oberolm Tel.: 0 61 36 / 8 95 98
Beamtenbund Sachsen-Anhalt Schleiufer 12 39104 Magdeburg Tel.: 03 91 / 5 61 94 50	Regional-Magazin		11 x jährlich	Dr. Karola Gagelmann
Beamtenbund Schleswig-Holstein Lerchenstr. 17 23103 Kiel Tel.: 04 31 / 67 50 81	DBB-Report		unregelmäßig	Manfred Benk Charles-Ross-Ring 30 24106 Kiel Tel.: 04 31 / 33 79 14
Beamtenbund Thüringen Juri-Gagarin-Ring 68 99089 Erfurt Tel.: 03 61 / 65 99 60	Regional-Magazin		11 x jährlich	Karl-Heinz Liscewski Juri-Gagarin-Ring 128 99089 Erfurt Tel.: 03 61 / 5 62 70 60
Sächsischer Beamtenbund Hohe Str. 47 01187 Dresden Tel.: 03 51 / 4 71 68 24	Regional-Magazin		11 x jährlich	Petra Uhlig
<b>C Publikationen der Bundesbeamtenverbände des DBB</b>				
	Bundesgrenzschutz Journal	15,0	4 x jährlich	Kerstin Froese Anschrift wie vor
Bund der Deutschen Zollbeamten (BDZ) Rheinweg 33 53113 Bonn Tel.: 02 28 / 23 00 31	Der Deutsche Zollbeamte (DDZ)	32,0	12 x jährlich	Andreas Meyer
Bundesgrenzschutz (BGV) Kreuzbergweg 17 53115 Bonn Tel.: 02 28 / 69 20 41	Die Bundespolizei	15,0	6 x jährlich	Dr. Reinhard Scholzen Marktstr. 22 53424 Remagen Tel.: 0 26 42 / 18 46
Deutscher Postverband (DPV) Schaumburg-Lippe-Str. 5 53111 Bonn Tel.: 02 28 / 91 14 00	Deutsche Postzeitung	40,0	12 x jährlich	Peter Jagst
Fachverband Wasser- und Schiffs- verwaltung (FWSV) Schloßplatz 9 26603 Aurich Tel.: 0 49 41 / 6 02-0	Informationsblatt	2,5	10 x jährlich	Franz Mödden Pommersche Str. 6 26382 Wilhelmshaven Tel.: 0 44 21 / 2 34 77
Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Mühdorfer Str. 23 53229 Bonn Tel.: 02 28 / 9 77 61-0	GdS-Zeitung	31,5	10 x jährlich	Horst Zies
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Baumweg 45 60316 Frankfurt/Main Tel.: 0 69 / 40 57 09-0	Voraus	40,0	12 x jährlich	Bernhard Ochs
Landesverband Nord des DPV Lehnartzstr. 18 20249 Hamburg Telefon: 0 40 / 46 07 33-80 Telefax: 0 40 / 46 07 33-82	Postjournal	15,0	4 x jährlich	Günter Nehls
Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) Rochusstr. 178 53123 Bonn Tel.: 02 28 / 61 10 12	VAB – aktuell	12,0	6 x jährlich	Gerhard Ludewig Falkenweg 30 29 225 Celle Tel.: 0 51 41 / 94 06 98
Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) Baumschulallee 18a 53115 Bonn Tel.: 02 28 / 65 23 38	Der Bundeswehr- beamte	23,0	12 x jährlich	Daniela Teichmann Im Tannenbusch 14/33 53119 Bonn
Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeit (VBBA) Pellergasse 9a 90475 Nürnberg Tel.: 09 11 / 83 09 87	VBBA-Zeitung	10,0	6 x jährlich	Karsten Bunk Moosbacherstr. 9 90537 Feucht



Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur/ Schriftleitung
Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) Peter-Hensen-Str. 5-7 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 81 12 80	Die Bundesverwaltung		12 x jährlich	Herbert Müller Gebrüder-Wright-Str. 56 53125 Bonn Tel.: 02 28 / 25 35 53
Verband der Bundesbankbeamten (VdB) Mahrweg 11 35440 Linden Tel.: 0 64 03 / 27 75 Tel.: 0 69 / 23 88 15 50	Der Bundesbankbeamte	7,2	4 x jährlich	Karl-Heinz Schmidt
Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) Am Eschbichl 31 81929 München Tel.: 0 89 / 59 58 65	Rechtspflegerblatt (BRB)		6 x jährlich	Peter Weber
Verkehrsgewerkschaft (GDBA) Westendstr. 52 60325 Frankfurt/Main Tel.: 0 69 / 7 14 00 10	Eisenbahner-Rundschau	80,0	10 x jährlich	Uwe Reitz
D Publikationen der Bundesfachverbände des DBB				
Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL) Godesberger Allee 142-148 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 37 67 11	VDL Journal	5,0	10 x jährlich	Dr. Dieter Barth Anton-Milke-Str. 11 48167 Münster Tel.: 02 51 / 4 17 51 05
Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) Alicenplatz 4 55116 Mainz Tel.: 0 61 31 / 22 33 71	Im Ruhestand	80,0	12 x jährlich	Dr. Herbert Bartsch
Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) Kußmaulstr. 11 79114 Freiburg Tel.: 07 61 / 2 05 30 05	Der Vollzugsdienst		6 x jährlich	Reinhold Frank Mettackerweg 6b 79111 Freiburg Tel.: 07 61 / 4 37 35
Bund Deutscher Forstleute (BDF) Lohmühlenstr. 9 56422 Würgis Tel.: 0 26 02 / 8 17 03	BDF aktuell	12,0	12 x jährlich	Armin Ristau Silberbornerstr. 1 37586 Dassel Tel.: 0 55 64 / 22 32
Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) Wehlauer Str. 107 76139 Karlsruhe Tel.: 07 21 / 68 69 75	Wirtschaft und Erziehung	18,0	11 x jährlich	Helmut Hahn Aehlenbach 31 66646 Marpingen Tel.: 0 68 53 / 27 93
Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) Dreizehnmorgenweg 36 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 37 19 59	Die berufsbildende Schule		12 x jährlich	Prof. Dr. Reinhard Bader Im Neuenroth 4 47918 Tönisvorst Tel.: 02 91 / 79 89 42
Deutsche Beamtenbund-Jugend (DBBJ) Thomas-Mann-Str. 49 53111 Bonn Tel.: 02 28 / 69 30 32	Betreff	29,0	6 x jährlich	Ulrich Werth Erfurtstr. 32 53125 Bonn Tel.: 02 28 / 25 57 00
Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) Brennerstr. 106 96052 Bamberg Tel.: 09 51 / 83 33 08	DJG-Justiz Forum		6 x jährlich	Franz Eckert Brennerstr. 106 96052 Bamberg Tel.: 09 51 / 3 48 39
Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Hauptstr. 6 73033 Göppingen Tel.: 0 71 61 / 7 35 17	Polizeispiegel	85,0	11 x jährlich	Hermann Friederich Rodenbeker Str. 59a 22395 Hamburg Tel.: 0 40 / 60 44 10 20
Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) In der Raste 14 53129 Bonn Tel.: 02 28 / 23 90 96	Die Steuergewerkschaft	90,0	10 x jährlich	Dr. Paul Courth
Deutscher Anwaltsverein (DAAV) Tannenberweg 14 64853 Otzberg Tel.: 0 61 51 / 70 72 16	Der Anwalt	1,0	4 x jährlich	Hanspeter Rützier Stindestr. 19 12167 Berlin Tel.: 0 30 / 39 79-36 37

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur/ Schriftleitung
Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB) Longericher Str. 225 50739 Köln Tel.: 02 21 / 1 70 35 15	Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung	4,8	11 x jährlich	Theo Seip Am Rosenhang 4 65549 Limburg Tel.: 0 64 31 / 2 23 76
Deutscher Philologenverband (DPHV) Bahnhofsweg 8 82008 Unterhaching Tel.: 0 89 / 6 25 16 19	Profil	70,0	10 x jährlich	Dieter Fengels Burbacherstr. 8 53129 Bonn Tel.: 02 28 / 22 22 44 Tel.: 02 28 / 21 12 86
Gewerkschaft der Versorgungsverwaltung (GdV) Gabelsbergerstr. 4 44141 Dortmund Tel.: 02 31 / 51 53 90	Die Versorgungsverwaltung	3,5	6 x jährlich	Armin Franke Gildenstr. 1 53474 Ahrweiler Tel.: 0 26 41 / 3 67 18 Tel.: 02 28 / 2 28 03 24
Gewerkschaft Meß- u Eichwesen, Bund der Technischen Eichbeamten, Angestellten und Arbeiter (BTE) Gerhart-Hauptmann-Str. 69 85055 Ingolstadt Tel.: 08 41 / 9 54 76-0	Informationen zum Eichwesen		2 x jährlich	Ewald Schmidt Häschenstr. 14 28199 Bremen Tel.: 04 21 / 3 61-84 41
Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB) Dreizehnmorgenweg 36 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 9 57 96 55	BTB-Information		6 x jährlich	Otto Schnabel Pappelallee 13 53879 Euskirchen Tel.: 0 22 51 / 67 92
KOMBA Dreizehnmorgenweg 36 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 37 67 55-57	KOMBA aktuell	2,0	10 x jährlich	Annegret Paganetti Im Mühlenbach 2D 53127 Bonn Tel.: 02 28 / 25 85 33
Verband Bildung und Erziehung (VBE) Dreizehnmorgenweg 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 95 99 30	Forum E	50,0	10 x jährlich	Uwe Franke Dahlienstr. 31 31787 Hamm
Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Dachauer Str. 44b 80335 München Tel.: 0 89 / 55 38 76	Realschule in Deutschland	12,0	8 x jährlich	Karlheinz Kaden Trift 1 29221 Celle Tel.: 0 51 41 / 92 47 43
Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) Peter-Hensen-Str. 5-7 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 37 83 31	VHW Mitteilungen		4 x jährlich	Dieter Fengels Burbacher Str. 8 53129 Bonn Tel.: 02 28 / 22 22 44
Vereinigung der Rundfunk-, Film- und Fernsehschaffenden (VRFF) ZdF-Str. 1 55127 Mainz Tel.: 0 61 31 / 70 46 87	VRFF-Rundschau		unregelmäßig	Friedhelm Schilling Am Damsberg 92 55130 Mainz

## Deutscher Beamtenbund (DBB) seit 1951

### Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Brutto- Organisationsgrad in % der Beschäftigten im öffentl. Dienst <sup>3</sup>	Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %		Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter <sup>5</sup>	Angestellte <sup>5</sup>	Beamte
1951	234 400	–	–						
1952	350 000	+ 115 600	+ 49,30						
1953	447 105	+ 97 105	+ 27,70						
1954	467 805	+ 20 700	+ 4,60						
1955	517 000	+ 49 195	+ 10,50						
1956	545 000	+ 28 000	+ 5,40						
1957	598 632	+ 53 632	+ 9,80						
1958	620 452	+ 21 820	+ 3,70						
1959	634 169	+ 13 717	+ 2,20						
1960	649 965	+ 15 796	+ 2,50						
1961	656 630	+ 6 665	+ 1,00						
1962	669 442	+ 12 812	+ 2,00	22,72					
1963	680 742	+ 11 300	+ 1,70	22,57					
1964	692 179	+ 11 437	+ 1,70	22,51					
1965	703 137	+ 10 958	+ 1,60	22,51					
1966	710 183	+ 7 046	+ 1,00	22,43					
1967	724 763	+ 14 580	+ 2,10	22,65					
1968	717 569	– 7 194	– 1,00	22,65					
1969	718 114	+ 1 345	+ 0,20	22,16	118 362				
1970	720 974	+ 2 060	+ 0,30	21,42	120 305				
1971	706 605	– 14 369	– 2,00	20,10	111 615				
1972	713 208	+ 6 603	+ 0,90	19,65	149 372		ca. 14 000	ca. 44 000	655 208
1973	718 047	+ 4 839	+ 0,70	19,21	150 836		14 862	46 082	667 103
1974	720 480	+ 2 433	+ 0,30	17,41	147 720		ca. 14 000	ca. 46 000	660 480
1975	726 897	+ 6 417	+ 0,90	17,24	144 677		ca. 15 000	ca. 52 000	659 897
1976	803 747	+ 76 850	+ 10,60	18,97	188 915		ca. 17 000	ca. 54 000	732 747
1977	794 170	– 9 577	– 1,20	18,87	183 021		ca. 69 000		725 170
1978	800 671	+ 6 501	+ 0,80	18,68	190 008		ca. 69 000		731 671
1979	824 412	+ 23 741	+ 3,00	18,84	206 031		ca. 70 000		754 412
1980	821 012	– 3 400	– 0,40	18,54	201 128	ca. 100 000	15 732	58 951	746 329
1981	820 262	– 750	– 0,10	18,56	210 310		16 989	60 635	742 638
1982	812 515	– 7 747	– 1,00	17,93	208 957		19 195	62 818	730 502
1983	801 417	– 11 098	– 1,40	17,65	206 328		19 970	63 415	718 032
1984	794 619	– 6 798	– 0,90	17,45	204 954		19 809	66 835	707 975
1985	796 254	+ 1 635	+ 0,20	17,34	200 106	ca. 100 000	19 542	66 141	710 571
1986	782 059	– 14 195	– 1,80	16,90	200 512	ca. 100 000	18 086	63 977	699 996
1987	785 576	+ 3 517	+ 0,50	16,98	203 135	114 500	18 772	67 768	699 036
1988	786 948	+ 1 372	+ 0,18		206 753		18 028	69 389	699 531
1989	793 607	+ 6 659	+ 0,85		216 252		19 684	72 712	701 211
1990	997 702	+ 204 095	+ 25,72		256 236		20 465	74 103	704 435
1991	1 053 001	+ 55 299	+ 5,54		309 381		47 588	292 785	712 628
1992	1 095 399	+ 42 398	+ 4,03	16,46	321 607	142 000	42 629	305 330	747 440
1993	1 078 794	– 16 605	– 1,52	16,62	319 580	140 000	22 173	297 792	758 829
1994	1 089 213	+ 10 419	+ 0,97		322 411	140 000	20 093	299 336	769 784
1995	1 075 652	– 13 561	– 1,25		318 532	130 000	18 310	279 935	777 407

Quellen: DBB; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist der 30. 9.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen

3 Bis 1973 bezogen nur auf die Voll- und Teilzeitbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst, ab 1974 einschließlich mittelbarer öffentlicher Dienst

4 Bis zu 25 Jahren – ab 1989 (außer Nordrhein-Westfalen: weiter 25 Jahre!) bis zu 27 Jahren, zusammengefaßt in der eigenständigen Jugendorganisation des DBB, der Deutschen Beamtenbund-Jugend (DBBJ).

5 1990 nur alte Bundesländer

## Die Entwicklung der gesamtdeutschen Mitgliederzahlen des Deutschen Beamtenbundes (DBB) von 1992 bis 1995

Organisationsgebiet	Gesamtdeutschland			Gesamtdeutschland			Gesamtdeutschland			Gesamtdeutschland
	1995			1994			1993			
Jahr <sup>1</sup>	1995			1994			1993			1992
Personengruppe <sup>2</sup>	Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitgliederzahl
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %	
insgesamt	1 075 652	- 13 561	- 1,25	1 089 213	+ 10 419	+ 0,97	1 078 794	- 16 605	- 1,52	1 095 399
davon weiblich	absolut 318 532	- 3 879	- 1,20	322 411	+ 2 831	+ 0,89	319 580	- 2 027	- 0,63	321 607
	in % 29,61	+ 0,01	-	29,60	- 0,02	-	29,62	+ 0,26	-	29,36
männlich	absolut 757 120	- 9 682	- 1,26	766 802	+ 7 588	+ 1,00	759 214	- 14 578	- 1,88	773 792
	in % 70,39	- 0,01	-	70,40	+ 0,02	-	70,38	- 0,26	-	70,64
Beamte	absolut 777 407	+ 7 623	+ 0,99	769 784	+ 10 955	+ 1,44	758 829	+ 11 389	+ 1,52	747 440
	in % 72,39	+ 1,60	-	70,67	+ 0,33	-	70,34	+ 2,10	-	68,24
davon weiblich	absolut 190 951	+ 7 708	+ 4,21	183 243	+ 1 293	+ 0,71	181 950	+ 3 989	+ 2,24	177 961
	in % <sup>3</sup> 24,56	+ 0,76	-	23,80	- 0,18	-	23,98	+ 0,17	-	23,81
	in % <sup>4</sup> 59,95	+ 3,11	-	56,84	- 0,09	-	56,93	+ 1,59	-	55,34
männlich	absolut 586 456	- 85	- 0,02	586 541	+ 9 662	+ 1,68	576 879	+ 7 400	+ 1,30	569 479
	in % 75,44	- 0,76	-	76,20	+ 0,18	-	76,02	- 0,17	-	76,19
Angestellte	absolut 279 935	- 19 401	- 6,48	299 336	+ 1 544	+ 0,52	297 792	- 7 538	- 2,47	305 330
	in % 26,03	- 1,45	-	27,48	- 0,12	-	27,60	- 0,27	-	27,87
Arbeiter	absolut 18 310	- 1 783	- 8,87	20 093	- 2 080	- 9,38	22 173	- 20 456	- 47,99	42 629
	in % 1,70	- 0,15	-	1,85	- 0,21	-	2,06	- 1,83	-	3,89
Arbeiter u. Angestellte	absolut 298 245	- 21 184	- 6,63	319 429	- 536	- 0,17	319 965	- 27 994	- 8,05	347 959
	in % 27,73	- 1,60	-	29,33	- 0,33	-	29,66	- 2,10	-	31,76
davon weiblich	absolut 127 581	- 11 587	- 8,33	139 168	+ 1 538	+ 1,12	137 630	- 6 016	- 4,19	143 646
	in % <sup>4</sup> 40,05	- 3,11	-	43,16	+ 0,09	-	43,07	- 1,59	-	44,66
	in % <sup>5</sup> 42,78	- 0,79	-	43,57	+ 0,56	-	43,01	+ 1,73	-	41,28

Ursprungsdaten: DBB; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist jeweils der 30. September eines Jahres

2 Die Zahl der Jugendlichen – abgesehen vom Organisationsgebiet „Nordrhein-Westfalen“ (bis zum Alter von 25 Jahren) zählt der DBB dazu seit 1989 alle Mitglieder bis zu 27 Jahren – lag Ende 1995 gesamtdeutsch bei rund 130.000 Organisierten. Das sind 12,09 Prozent des DBB (1993: 12,98 % – 1992: 12,96 % – 1991: 13,45 %).

3 Anteil an den im DBB organisierten Beamten

4 Anteil an den im DBB organisierten Frauen

5 Anteil an den im DBB organisierten Arbeitern und Angestellten

## Deutscher Bundeswehr-Verband (DBwV) seit 1956

### Mitgliederzahlen und Veränderungen

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr <sup>2</sup>	
		absolut	in %
1956	55		
1957	22 500	+ 22 445	
1959	53 000	+ 30 500	+ 135,6
1961	78 300	+ 25 300	+ 47,7
1963	100 000	+ 21 700	+ 27,7
1965	109 900	+ 9 900	+ 9,9
1967	128 300	+ 18 400	+ 16,7
1969	135 200	+ 6 900	+ 5,4
1971	144 800	+ 9 600	+ 7,1
1973	171 800	+ 27 000	+ 18,7
1975	186 100	+ 14 300	+ 8,3
1977	221 156	+ 35 056	+ 18,8
1979	250 336	+ 29 180	+ 13,2
1981	271 196	+ 20 860	+ 8,3
1983	303 135	+ 31 939	+ 11,8
1985	309 911	+ 6 776	+ 2,2
1986	209 984	- 99 927	- 32,24
1987	226 596	+ 16 612	+ 7,91
1988	230 791	+ 4 295	+ 1,85
1989	245 016	+ 14 225	+ 6,16
1990	249 983	+ 4 967	+ 2,03
1991	256 937	+ 6 954	+ 2,78
1992	256 782	- 155	- 0,06
1993	255 024	- 1 758	- 0,68
1994	241 004	- 14 020	- 5,50
1995	235 779	- 5 225	- 2,17

Quelle: DBwV; eigene Berechnungen

<sup>1</sup> Stichtag ist jeweils der 1. 1.

<sup>2</sup> Da der DBwV seine Mitgliederstatistik bis 1985 im Turnus von zwei Jahren veröffentlichte, bezieht sich die Veränderung in diesem Zeitraum auf den jeweils vorangegangenen Datenstand.

# Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

## Delegiertenschlüssel der Bundeskongresse seit der DGB-Gründung im Oktober 1949

Gewerkschaften im DGB	Ordentlicher Bundeskongreß														
	15.	14.	13.	12.	11.	10.	9.	8.	7.	6.	5.	4.	3.	2.	1.
	1994	1990	1986	1982	1978	1975	1972	1969	1966	1962	1959	1956	1954	1952	1949
IG Bau-Steine-Erden (BSE)	35	31	34	34	33	33	33	34	34	27	26	21	21	16	40
IG Bergbau und Energie (IGBE)	27	24	25	24	26	25	28	31	34	29	35	37	37	38	52
IG Chemie-Papier-Keramik (IGC)	46	44	42	43	41	41	39	34	34	34	33	30	28	29	34
Gew. der Eisenbahner Deutschlands (GdED)	27	21	24	26	28	28	28	30	32	33	34	30	30	28	41
Gew. Erziehung und Wissenschaft (GEW)	19	12	13	12	10	9	9	8	7	6	6	6	5	4	5
Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)	9	3	3	3	3	3	3	4	5	5	6	7	6	6	15
Gew. Handel, Banken und Versicherungen (HBV)	33	26	25	23	18	14	11	10	8	8	8	8	7	5	3
Gew. Holz und Kunststoff (GHK)	12	9	10	10	9	8	9	8	9	9	10	11	11	11	16
Gew. Leder (GL)	4	3	3	3	3	3	3	3	4	5	6	8	7	5	6
IG Medien a)	14	12													
IG Druck u. Papier (IGD) b)			10	10	9	10	9	9	10	10	10	10	9	9	10
Gew. Kunst (GK) c)			3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2	5
IG Metall (IGM) d)	179	180	175	180	176	169	151	131	134	128	122	112	110	98	117
e)	29,83	34,29	33,33	34,29	34,92	35,36	33,33	30,47	30,46	30,12	29,12	27,79	28,13	27,53	24,03
f)	122	83	88	83	77	71	76	85	87	85	88	90	86	81	127
Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)	23	19	18	17	15	16	13	13	14	15	15	17	17	16	23
Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	110	82	79	76	72	68	68	67	67	68	63	60	59	49	80
Gew. der Polizei (GdP) <sup>1</sup>	12	11	12	11	10	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Deutsche Postgewerkschaft (DPG)	32	31	31	30	29	28	26	25	24	21	19	17	16	14	9
Gew. Textil-Bekleidung (GTB)	18	17	18	20	19	20	20	20	21	24	23	26	26	26	31
DGB insgesamt	600	525	525	525	504	478	453	430	440	425	419	403	391	356	487
davon Frauen absolut	140	119	80	60	38 <sup>2</sup>	34	29	19	20	20	26	24	23	25	14
in %	24,65 <sup>3</sup>	22,67	15,24	11,43	7,54	7,11	6,40	4,42	4,56 <sup>4</sup>	4,71	6,22 <sup>5</sup>	5,96	5,88	7,02	2,88
Frauen-Anteil am DGB in %	32,10	23,95	21,60	20,25	18,30	16,46	15,30	15,24	15,76	16,90	17,21	17,16	17,29	17,11	14 <sup>6</sup>
Bezugsjahr <sup>7</sup>	1993	1990	1984	1980	1976	1973	1970	1967	1964	1961	1958	1955	1953	1951	

Quellen: DGB; eigene Berechnungen

1 Erst seit 1978 DGB-Mitglied

2 Delegierte von außerordentlichen DGB-Bundeskongressen sind automatisch die für den vorangegangenen ordentlichen DGB-Bundeskongreß gewählten Mandatsträger. Lediglich aus privaten Gründen ausgeschiedene Delegierte werden ersetzt. Beim 4. Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß, der im März 1981 in Düsseldorf stattfand, zeigte es sich, daß 3 der 38 weiblichen Delegierten von 1978 wieder durch männliche Delegierte ersetzt worden waren. Die Frauen stellten also zu diesem Zeitpunkt nur 35 Delegierte (6,94 %).

3 Bezogen auf die 568 anwesenden Delegierten

4 Bezogen auf die 439 anwesenden Delegierten

5 Bezogen auf die 418 anwesenden Delegierten

6 Nach DGB-Angaben

7 Zur rechtzeitigen Errechnung des Delegiertenschlüssels mußte in der Regel bei Frühjahrsterminen auf die Zahlen des jeweils vorletzten Jahres zurückgegriffen werden, bei Herbstterminen auf die des jeweils letzten.

a) 1989 Fusion der IGD und der GK zur IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst; b) IGD; c) GK; d) Zahl der Delegierten; e) Anteil an der Gesamtzahl der Delegierten in Prozent; f) Zahl der Delegierten, die von der IGM gewonnen werden mußten, um Abstimmungen mit absoluter Mehrheit in ihrem Sinne entscheiden zu können

# Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	5 278 585	–	–	35,90	31,07	840 712		4 389 028	546 845	342 712
1951	5 912 125	+ 633 540	+ 12,00	38,60	33,09	1 011 436		4 924 314	626 998	360 813
1952	6 004 476	+ 92 351	+ 1,60	38,00	32,41	1 028 713		4 982 564	647 632	374 280
1953	6 051 221	+ 46 745	+ 0,80	36,90	31,34	1 046 148		5 011 175	645 201	394 845
1954	6 103 343	+ 52 122	+ 0,90	35,90	30,52	1 055 213		5 052 366	641 001	409 976
1955	6 104 872	+ 1 529	+ 0,00	34,00	29,46	1 047 805		5 042 365	642 340	420 167
1956	6 124 547	+ 19 675	+ 0,30	32,90	28,69	1 043 241		5 042 822	648 469	433 196
1957	6 244 386	+ 119 839	+ 2,00	32,60	28,16	1 077 652		5 113 016	675 213	456 157
1958	6 331 735	+ 87 349	+ 1,40	32,70	28,13	1 089 527		5 171 657	690 724	469 354
1959	6 273 741	– 57 994	– 0,90	31,80	27,52	1 070 762		5 092 154	691 476	490 111
1960	6 378 820	+ 105 079	+ 1,70	31,40	27,43	1 093 607		5 144 452	721 658	512 710
1961	6 382 036	+ 3 216	+ 0,10	30,80	26,86	1 078 257		5 129 706	724 200	528 130
1962	6 430 428	+ 48 392	+ 0,80	30,50	26,67	1 058 453		5 131 124	756 767	542 537
1963	6 430 978	+ 550	+ 0,00	30,20	26,27	1 033 842		5 107 985	767 110	555 883
1964	6 485 471	+ 54 493	+ 0,90	30,10	26,06	1 022 052		5 126 073	789 829	569 569
1965	6 574 491	+ 89 020	+ 1,40	30,10	25,92	1 030 185		5 157 290	835 202	581 999
1966	6 537 160	– 37 331	– 0,60	29,90	25,54	1 014 833		5 084 552	861 160	591 448
1967	6 407 733	– 129 427	– 2,00	30,20	25,30	976 793		4 922 721	878 982	606 030
1968	6 375 972	– 31 761	– 0,50	29,80	25,17	971 590		4 863 591	896 492	615 889
1969	6 482 390	+ 106 418	+ 1,70	29,70	25,07	984 074		4 926 943	930 233	625 214
1970	6 712 547	+ 230 157	+ 3,60	29,70	25,54	1 027 150	962 870	5 088 713	986 112	637 722
1971	6 868 662	+ 156 115	+ 2,30	30,60	25,93	1 050 488	994 939	5 153 000	1 065 550	650 112
1972	6 985 548	+ 116 886	+ 1,70	30,90	26,26	1 115 266	1 033 070	5 188 890	1 140 803	655 855
1973	7 167 523	+ 181 975	+ 2,60	32,00	26,90	1 179 762	1 153 070	5 286 964	1 206 152	674 407
1974	7 405 760	+ 238 237	+ 3,30	32,10	27,96	1 284 500	1 203 190	5 416 282	1 313 586	675 892
1975	7 364 912	– 40 848	– 0,60	33,30	28,37	1 313 021	1 213 234	5 310 435	1 381 774	672 703
1976	7 400 021	+ 35 109	+ 0,50	34,50		1 353 958	1 232 700	5 265 983	1 435 724	698 314
1977	7 470 967	+ 70 946	+ 1,00	35,10		1 402 643	1 278 302	5 289 361	1 483 241	698 365
1978	7 751 523	+ 280 556	+ 3,80	35,80		1 482 349	1 341 686	5 370 488	1 548 947	832 088
1979	7 843 565	+ 92 042	+ 1,20	35,10		1 540 832	1 369 328	5 387 356	1 609 960	846 249
1980	7 882 527	+ 38 962	+ 0,50	33,40		1 596 274	1 153 402	5 376 454	1 658 121	847 952
1981	7 957 512	+ 74 985	+ 1,00	33,50		1 650 773	1 229 653	5 410 578	1 703 449	843 485
1982	7 849 003	– 108 509	– 1,40	33,20		1 649 399	1 189 470	5 319 430	1 701 657	827 916
1983	7 745 913	– 103 090	– 1,30	35,20		1 644 770	1 142 261	5 212 191	1 710 876	822 946
1984	7 660 346	– 85 567	– 1,10	34,70		1 654 508	1 122 165	5 140 260	1 699 945	820 141
1985	7 719 468	+ 59 122	+ 0,80	34,70		1 705 131	1 160 394	5 181 681	1 719 860	817 927
1986	7 764 697	+ 45 229	+ 0,60	34,50		1 755 963	1 160 547	5 191 313	1 755 078	818 306
1987	7 757 039	– 7 658	– 0,10	34,20		1 788 361	1 147 917	5 183 850	1 767 867	805 322
1988	7 797 077	+ 40 038	+ 0,52	32,08		1 826 649	1 103 440	5 193 625	1 797 697	805 755
1989	7 861 120	+ 64 043	+ 0,82	31,80		1 882 556	1 067 153	5 220 410	1 833 301	807 409
1990	7 937 923	+ 76 803	+ 0,98	30,33		1 939 600	1 046 986	5 289 243	1 850 733	797 947
1991	11 800 413 <sup>5</sup>	+ 3 862 490	+ 48,66	34,82		3 890 151	1 350 590	7 362 101	3 379 368	814 300
1992	11 015 612 <sup>5</sup>	– 748 801	– 6,65	33,06		3 535 626	1 170 659	6 896 064	3 225 578	803 327
1993	10 290 152 <sup>5</sup>	– 725 460	– 6,59	31,45		3 235 596	986 810	6 441 060	2 957 059	773 362
1994	9 768 373 <sup>5</sup>	– 521 779	– 5,07	30,25		3 019 048	817 485	6 015 078	2 784 249	762 595
1995	9 354 670 <sup>5</sup>	– 413 703	– 4,24	29,03		2 861 454	654 373	5 727 395	2 651 502	748 151

Quellen: DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

<sup>1</sup> Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

<sup>2</sup> Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; seit 1978 mit GdP; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

<sup>3</sup> Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streik­tätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979. Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

<sup>4</sup> Bis zu 25 Jahren (GdED und HBV seit 1993 bis zu 27 Jahren)

<sup>5</sup> Die Summen enthalten 1991 noch 244 644 und 1992 noch 90 643 „Sonstige“, 1993 sogar wieder 118 671, ein Jahr später (1994) 206 451 und 1995 schließlich 227 622, d.h. Mitglieder – vorwiegend aus den neuen Bundesländern –, die noch nicht sicher einer bestimmten Berufsgruppe zugeordnet werden konnten.

**Mitgliederzahlen des DGB und seiner 16 Mitgliedsverbände 1995**  
**insgesamt sowie differenziert nach den alten und den neuen Bundesländern**  
**einschließlich Veränderungen gegenüber dem Vorjahr**

Gewerkschaften im DGB	Gesamtdeutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Mitglieder Ende 1995	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder Ende 1995	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder Ende 1995	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		absolut	in Prozent		absolut	in Prozent		absolut	in Prozent
IG Bau-Steine-Erden (BSE)	639 851	- 13 113	- 2,01	434 261	- 5 979	- 1,36	205 590	- 7 134	- 3,35
IG Bergbau und Energie (IGBE)	376 366	- 13 634	- 3,50	259 799	- 16 811	- 6,08	116 567	+ 3 177	+ 2,80
IG Chemie-Papier-Keramik (IGC)	723 240	- 19 127	- 2,58	613 097	- 8 877	- 1,43	110 143	- 10 250	- 8,51
Gew. der Eisenbahner Deutschlands (GdED)	398 404	- 24 759	- 5,85	265 945	- 13 703	- 4,90	132 459	- 11 056	- 7,70
Gew. Erziehung und Wissenschaft (GEW)	306 448	- 9 748	- 3,08	165 407	- 1 470	- 0,88	141 041	- 8 278	- 5,54
Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)	82 725	- 7 556	- 8,37	37 572	- 1 489	- 3,81	45 153	- 6 067	- 11,85
Gew. Handel, Banken und Versicherungen (HBV)	520 166	- 25 104	- 4,60	363 977	- 4 205	- 1,14	156 189	- 20 899	- 11,80
Gew. Holz und Kunststoff (GHK)	170 908	- 8 770	- 4,88	144 819	- 3 647	- 2,46	26 089	- 5 123	- 16,41
Gew. Leder (GL)	23 081	- 1 962	- 7,84	19 748	- 1 411	- 6,67	3 333	- 551	- 14,19
IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)	206 786	- 8 369	- 3,89	166 251	- 4 967	- 2,90	40 535	- 3 402	- 7,74
IG Metall (IGM)	2 869 469	- 126 269	- 4,22	2 350 747	- 56 493	- 2,35	518 722	- 69 776	- 11,86
Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)	322 019	- 14 220	- 4,23	245 452	- 6 767	- 2,68	76 567	- 7 453	- 8,87
Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	1 770 789	- 106 862	- 5,69	1 163 821	- 31 606	- 2,64	606 968	- 75 256	- 11,03
Gew. der Polizei (GdP)	198 897	+ 1 415	+ 0,72	147 357	- 1 926	- 1,29	51 540	+ 3 341	+ 6,93
Deutsche Postgewerkschaft (DPG)	529 233	- 17 673	- 3,23	430 922	- 12 406	- 2,80	98 311	- 5 267	- 5,09
Gew. Textil-Bekleidung (GTB)	216 288	- 17 952	- 7,66	185 117	- 13 074	- 6,60	31 171	- 4 878	- 13,53
DGB insgesamt	9 354 670	- 413 703	- 4,24	6 994 292	- 184 831	- 2,58	2 360 378	- 228 872	- 8,84

Ursprungsdaten: DGB, eigene Berechnungen



## Mitgliederzahlen der Angestellten des DGB und seiner 16 Mitgliedsverbände 1995 insgesamt sowie differenziert nach den alten und den neuen Bundesländern einschließlich Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Gewerkschaften im DGB	Gesamtdeutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Ange- stellten- Mitglieder Ende 1995	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Ange- stellten- Mitglieder Ende 1995	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Ange- stellten- Mitglieder Ende 1995	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		absolut	in Prozent		absolut	in Prozent		absolut	in Prozent
IG Bau-Steine-Erden (BSE)	64 469	- 3 068	- 4,54	37 325	- 273	- 0,73	27 144	- 2 795	- 9,34
IG Bergbau und Energie (IGBE)	86 210	- 1 129	- 1,29	47 356	- 2 647	- 5,29	38 854	+ 1 518	+ 4,07
IG Chemie-Papier-Keramik (IGC)	149 325	- 1 121	- 0,75	131 670	- 331	- 0,25	17 655	- 790	- 4,28
Gew. der Eisenbahner Deutschlands (GdED)	60 165	- 6 762	- 10,10	8 181	- 423	- 4,92	51 984	- 6 339	- 10,87
Gew. Erziehung und Wissenschaft (GEW)	143 454	- 7 037	- 4,68	30 077	+ 19	+ 0,06	113 377	- 7 056	- 5,86
Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)	12 573	- 1 286	- 9,28	3 421	- 5	- 0,15	9 152	- 1 281	- 12,28
Gew. Handel, Banken und Versicherungen (HBV)	460 455	- 23 683	- 4,89	311 200	- 3 257	- 1,04	149 255	- 20 426	- 12,02
Gew. Holz und Kunststoff (GHK)	12 532	- 506	- 3,88	10 686	- 147	- 1,36	1 846	- 359	- 16,28
Gew. Leder (GL)	2 239	- 215	- 8,76	1 959	- 151	- 7,16	280	- 64	- 18,61
IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)	48 464	- 2 015	- 3,99	40 535	- 1 343	- 3,21	7 929	- 672	- 7,81
IG Metall (IGM)	505 522	- 20 090	- 3,82	392 560	- 5 154	- 1,30	112 962	- 14 936	- 11,68
Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)	69 618	- 3 062	- 4,21	49 673	- 678	- 1,35	19 945	- 2 384	- 10,68
Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	919 322	- 56 176	- 5,76	560 047	- 10 405	- 1,82	359 275	- 45 771	- 11,30
Gew. der Polizei (GdP)	22 729	+ 397	+ 1,78	14 191	- 414	- 2,84	8 538	+ 811	+10,50
Deutsche Postgewerkschaft (DPG)	76 721	- 4 900	- 6,00	37 591	- 272	- 0,72	39 130	- 4 628	- 10,58
Gew. Textil-Bekleidung (GTB)	17 704	- 2 094	- 10,58	16 091	- 1 588	- 8,98	1 613	- 506	- 23,88
DGB insgesamt	2 651 502	- 132 747	- 4,77	1 692 563	- 27 069	- 1,57	958 939	- 105 678	- 9,93

Ursprungsdaten: DGB, eigene Berechnungen

## Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

### Organisationsgrad der ausländischen Arbeitnehmer in den Mitgliedsgewerkschaften insgesamt und nach Nationalität seit 1974 (in Prozent)

Jahr	gesamt	Griechen	Italiener	Jugoslawen	Portugiesen	Spanier	Türken	übrige
1974	25,0	33,8	25,6	20,9	30,1	31,9	34,0	8,8
1975	29,0	35,1	28,5	22,7	34,3	36,0	42,0	12,0
1976	31,2	40,7	30,3	24,9	37,8	40,5	44,7	12,0
1977	32,2	41,4	30,9	26,4	38,7	42,8	45,9	12,7
1978	30,8	34,5	29,9	26,1	32,8	37,4	47,9	11,2
1979	31,8	36,6	31,3	27,9	34,0	38,5	48,5	11,8
1980	30,6	37,9	31,1	29,1	33,9	39,2	46,4	10,5
1981	33,6	41,1	33,5	31,2	36,1	41,3	48,1	13,2
1982	34,4	40,7	34,1	32,6	35,3	41,3	49,2	13,6
1983	35,6	42,6	32,9	34,2	35,8	43,2	50,1	14,8
1984	35,8	46,4	37,8	34,5	35,2	43,7	49,0	14,6
1985	36,0	43,5	39,2	33,9	38,6	42,8	48,4	14,8
1986	35,9	43,5	40,8	33,6	38,0	42,5	48,7	14,7
1987	35,8	43,0	42,4	33,7	37,3	41,8	48,2	15,1
1988	34,6	44,3	42,3	32,8	36,1	41,3	46,2	14,4
1989	33,8	45,0	41,7	32,1	35,1	42,0	44,9	14,2
1990	33,9	49,4	48,3	31,5	33,1	39,5	44,2	14,3
1991	31,9	50,9	49,6	28,7	34,6	42,1	42,2	13,3
1992	29,4	47,5	43,5	25,3	32,5	42,1	41,7	12,0

Ursprungsdaten: DGB

## Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

### Mitgliederzahlen in den 9 alten Landesbezirken von 1956 bis 1990

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Hessen	Nieder- sachsen/ Bremen	Nordmark/ Hamburg	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saar
1956	6 124 547	809 421	881 497	211 663	588 902	717 600	541 149	2 081 998	292 317	–
1957	6 244 386	820 235	874 689	220 857	591 389	755 042	526 658	2 075 151	297 080	83 285
1958	6 331 735	828 131	874 565	227 921	598 049	766 978	536 474	2 102 496	294 938	102 183
1959	6 273 741	816 430	866 988	227 237	596 401	762 592	535 317	2 069 173	287 784	111 819
1960	6 378 820	836 637	893 472	235 863	615 323	780 709	545 076	2 066 516	297 499	107 775
1961	6 382 396	841 276	901 511	234 838	619 746	793 181	518 415	2 069 278	294 116	110 035
1962	6 430 428	848 931	913 167	239 559	623 750	800 886	523 204	2 075 703	294 577	110 651
1963	6 430 978	845 870	919 028	239 732	630 789	796 023	521 339	2 079 919	285 770	112 508
1964	6 485 471	844 476	931 996	237 357	637 861	809 250	517 917	2 100 641	291 602	114 371
1965	6 574 491	865 850	947 956	240 813	647 474	808 434	523 898	2 123 076	298 874	118 116
1966	6 537 160	865 575	938 165	238 215	645 370	820 684	508 091	2 077 690	301 877	141 493
1967	6 407 733	841 745	922 565	220 619	641 605	807 636	501 302	2 036 666	297 040	138 555
1968	6 375 972	837 120	918 460	219 629	641 979	810 615	493 780	2 023 133	296 228	135 027
1969	6 482 390	861 611	932 836	219 525	650 973	825 620	487 483	2 063 612	303 502	137 228
1970	6 712 547	924 032	957 021	220 779	673 594	853 948	497 793	2 123 349	317 935	144 096
1971	6 868 662	969 586	964 791	225 316	685 681	879 551	504 049	2 176 601	310 291	152 796
1972	6 985 548	1 003 577	974 494	226 404	690 577	886 844	515 043	2 210 272	317 637	160 700
1973	7 167 523	1 062 068	999 132	227 897	709 756	896 752	519 907	2 269 108	318 111	165 392
1974	7 405 760	1 107 612	1 025 195	242 777	727 172	941 080	530 656	2 315 006	343 080	173 182
1975	7 364 912	1 093 881	1 015 138	230 724	714 620	925 575	530 231	2 335 079	343 705	175 959
1976	7 400 021	1 101 248	1 016 533	217 621	720 894	932 322	533 883	2 348 565	349 050	179 905
1977	7 470 967	1 129 099	1 026 420	215 531	721 928	942 702	536 355	2 369 277	346 878	182 777
1978	7 751 523	1 165 078	1 070 414	237 504	747 287	984 966	554 344	2 445 850	357 732	188 348
1979	7 843 565	1 181 828	1 078 737	244 928	756 219	994 497	557 606	2 471 057	363 088	195 605
1980	7 882 527	1 179 439	1 089 409	245 818	751 529	1 008 130	556 480	2 478 750	373 966	199 006
1981	7 957 512	1 180 482	1 100 892	248 872	752 409	1 021 952	559 596	2 500 564	389 919	202 826
1982	7 849 003	1 160 249	1 086 545	242 910	714 159	1 000 811	555 208	2 476 413	386 700	199 008
1983	7 745 913	1 144 510	1 073 345	239 637	733 965	995 714	549 771	2 433 437	379 167	196 367
1984	7 660 346	1 130 740	1 055 363	237 063	726 520	998 603	532 000	2 407 472	378 673	193 912
1985	7 719 468	1 144 164	1 068 170	235 555	733 886	1 001 758	538 656	2 419 271	382 774	195 234
1986	7 764 697	1 155 156	1 080 804	237 834	736 051	1 008 431	538 760	2 426 314	386 315	195 032
1987	7 757 039	1 158 770	1 083 835	238 172	735 508	1 009 373	533 010	2 416 781	385 735	195 855
1988	7 797 077	1 163 264	1 093 619	241 159	739 210	1 020 652	531 392	2 420 293	391 088	196 400
1989	7 861 120	1 176 905	1 105 291	242 703	742 980	1 038 843	529 004	2 432 042	395 719	197 633
1990	7 937 923	1 186 450	1 106 778	291 327	743 097	1 036 928	542 863	2 435 287	396 573	198 620

<sup>1</sup> Stichtag ist der 30. 9.

<sup>2</sup> Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); ab 1957 mit Saarland; seit 1978 mit GdP.

## Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

### Mitgliederzahlen in den 13 Landesbezirken Gesamtdeutschlands seit 1991

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder insgesamt	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin-Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachs./Bremen
1991	11 800 413	1 183 326	1 105 612	1 229 647	738 035	417 994	1 068 972
1992	11 015 612	1 175 089	1 100 317	1 035 960	739 346	339 088	944 407
1993	10 290 152	1 133 332	1 062 517	910 729	715 181	283 523	1 032 197
1994	9 768 373	1 097 185	1 031 004	818 645	691 437	248 947	1 000 124
1995	9 354 670	1 063 689	1 014 009	755 201	676 351	224 503	987 145

Jahr <sup>1</sup>	Nordmark <sup>2</sup>	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saar	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
1991	533 643	2 417 568	397 085	198 346	1 254 067	671 721	584 397
1992	609 449	2 414 789	391 843	198 625	991 367	549 338	475 994
1993	523 482	2 343 344	381 194	192 253	836 288	471 862	404 250
1994	509 852	2 289 837	372 606	187 078	738 682	424 100	358 876
1995	497 990	2 201 610	368 335	185 163	676 965	376 672	327 037

Quelle: DGB

<sup>1</sup> Stichtag ist der 31. 12.

<sup>2</sup> Dieser Landesbezirk umfaßt Hamburg und Schleswig-Holstein.

## Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

### Entwicklung der Mitgliederzahlen von 1990 bis 1995 nach Landesbezirken im alten und neuen Bundesgebiet

Landesbezirke/ Gebiete	Mitglieder Ende 1995		Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder Ende 1994		Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder Ende 1993		Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder Ende 1992	Mitglieder Ende 1991	Mitglieder Ende 1990 <sup>1</sup>
	Rang	absolut (in Prozent)	absolut (Prozent- Punkte)	in Prozent	absolut (in Prozent)	absolut (Prozent- Punkte)	in Prozent	absolut (in Prozent)	absolut (Prozent- Punkte)	in Prozent	absolut (in Prozent)	absolut (Prozent- Punkte)	absolut (in Prozent)	absolut (in Prozent)	absolut (in Prozent)
Baden- Württemberg	2.	1 063 689 ( 11,37)	- 33 496 (+ 0,14)	- 3,05 -	1 097 185 ( 11,23)	- 36 147 (+ 0,22)	- 3,19 -	1 133 332 ( 11,01)	- 41 757 (+ 0,34)	- 3,55 -	1 175 089 ( 10,67)	- 183 326 ( 10,03)	1 186 450 ( 14,95)		
Bayern	3.	1 014 009 ( 10,84)	- 16 995 (+ 0,28)	- 1,65 -	1 031 004 ( 10,56)	- 31 513 (+ 0,23)	- 2,97 -	1 062 517 ( 10,33)	- 37 800 (+ 0,34)	- 3,44 -	1 100 317 ( 9,99)	- 105 612 ( 9,37)	1 106 778 ( 13,94)		
Berlin- Brandenburg <sup>2</sup>	5.	755 201 ( 8,07)	- 63 444 (- 0,31)	- 7,75 -	818 645 ( 8,38)	- 92 084 (- 0,47)	- 10,11 -	910 729 ( 8,85)	- 125 231 (- 0,55)	- 12,09 -	1 035 960 ( 9,40)	- 122 964 ( 10,42)	291 327 ( 3,67)		
Hessen	7.	676 351 ( 7,23)	- 15 086 (+ 0,15)	- 2,18 -	691 437 ( 7,08)	- 23 744 (+ 0,13)	- 3,32 -	715 181 ( 6,95)	- 24 165 (+ 0,24)	- 3,27 -	739 346 ( 6,71)	- 738 035 ( 6,25)	743 097 ( 9,36)		
Mecklenburg- Vorpommern	12.	224 503 ( 2,40)	- 24 444 (- 0,15)	- 9,82 -	248 947 ( 2,55)	- 34 576 (- 0,20)	- 12,20 -	283 523 ( 2,75)	- 55 565 (- 0,33)	- 16,39 -	339 088 ( 3,08)	- 417 994 ( 3,54)	-		
Niedersachsen- Bremen	4.	987 145 ( 10,55)	- 12 979 (+ 0,31)	- 1,30 -	1 000 124 ( 10,24)	- 32 073 (+ 0,21)	- 3,11 -	1 032 197 ( 10,03)	+ 37 790 (+ 1,00)	+ 3,80 -	994 407 ( 9,03)	- 1 068 972 ( 9,06)	1 036 928 ( 13,06)		
Nordmark <sup>3</sup>	8.	497 990 ( 5,32)	- 11 862 (+ 0,10)	- 2,33 -	509 852 ( 5,22)	- 13 630 (+ 0,13)	- 2,60 -	523 482 ( 5,09)	- 85 967 (- 0,44)	- 14,11 -	609 449 ( 5,53)	- 533 643 ( 4,52)	542 863 ( 6,84)		
Nordrhein- Westfalen	1.	2 201 610 ( 23,53)	- 88 227 (+ 0,09)	- 3,85 -	2 289 837 ( 23,44)	- 53 507 (+ 0,67)	- 2,28 -	2 343 344 ( 22,77)	- 71 445 (+ 0,85)	- 2,96 -	2 414 789 ( 21,92)	- 2 417 568 ( 20,49)	2 435 287 ( 30,68)		
Rheinland-Pfalz	10.	368 335 ( 3,94)	- 4 271 (- 0,13)	- 1,15 -	372 606 ( 3,81)	- 8 588 (- 0,11)	- 2,25 -	381 194 ( 3,70)	- 10 649 (+ 0,14)	- 2,72 -	391 843 ( 3,56)	- 397 085 ( 3,37)	396 573 ( 5,00)		
Saar	13.	185 163 ( 1,98)	- 1 915 (+ 0,06)	- 1,02 -	187 078 ( 1,92)	- 5 175 (+ 0,05)	- 2,69 -	192 253 ( 1,87)	- 6 372 (+ 0,07)	- 3,21 -	198 625 ( 1,80)	- 198 346 ( 1,68)	198 620 ( 2,50)		
Sachsen	6.	676 965 ( 7,24)	- 61 717 (- 0,32)	- 8,36 -	738 682 ( 7,56)	- 97 606 (- 0,57)	- 11,67 -	836 288 ( 8,13)	- 155 079 (- 0,87)	- 15,64 -	991 367 ( 9,00)	- 1 254 067 ( 10,63)	-		
Sachsen-Anhalt	9.	376 672 ( 4,03)	- 47 428 (- 0,31)	- 11,18 -	424 100 ( 4,34)	- 47 762 (- 0,25)	- 10,12 -	471 862 ( 4,59)	- 77 476 (- 0,40)	- 14,10 -	549 338 ( 4,99)	- 671 721 ( 5,69)	-		
Thüringen	11.	327 037 ( 3,50)	- 31 839 (- 0,17)	- 8,87 -	358 876 ( 3,67)	- 45 374 (- 0,26)	- 11,22 -	404 250 ( 3,93)	- 71 744 (- 0,39)	- 15,07 -	475 994 ( 4,32)	- 584 397 ( 4,95)	-		
DGB insgesamt		9 354 670 (100,00)	-413 703 (± 0,00)	- 4,24 -	9 768 373 (100,00)	-521 779 (± 0,00)	- 5,07 -	10 290 152 (100,00)	-725 460 ( 0,00)	- 6,59 -	11 015 612 (100,00)	-11 800 413 (100,00)	7 937 923 (100,00)		
Alte Bundes- länder		6 994 292 ( 74,77)	-184 831 (+ 1,28)	- 2,58 -	7 179 123 ( 73,49)	-204 377 (+ 1,74)	- 2,77 -	7 383 500 ( 71,75)	-240 365 -	- 3,15 -	7 623 865 ( 69,21)	- 7 642 587 ( 64,77)	7 937 923 (100,00)		
Neue Bundes- länder		2 360 378 ( 25,23)	-228 872 (- 1,28)	- 8,84 -	2 589 250 ( 26,51)	-317 402 (- 1,74)	- 10,92 -	2 906 652 ( 28,25)	-485 095 -	- 14,30 -	3 391 747 ( 30,79)	- 4 157 826 ( 35,23)	-		

Ursprungsdaten: DGB; eigene Berechnungen

1 Nur alte Bundesländer

2 Obwohl dieser DGB-Landesbezirk den (alten) West-Teil Berlins mit einschließt, wird er in der DGB-Statistik ohne Abstriche den neuen Bundesländern zugerechnet.

3 Dieser DGB-Landesbezirk umfaßt Hamburg und Schleswig-Holstein.

Jahresstatistik 1994:

Teilnehmer/innen an Veranstaltungen des DGB-Bildungswerkes e.V.

Teilnehmerzusammenstellung nach:

	Themen- gruppen- Seminare		Kooperations- seminare mit Abteilungen und Landes- bezirken		Kooperations- seminare mit Gewerk- schaften		sonstige Veranstal- tungen		Gesamt		Kinder
	Teil- neh- mer	Teiln.- Tage	Teil- neh- mer	Teiln.- Tage	Teil- neh- mer	Teiln.- Tage	Teil- neh- mer	Teiln.- Tage	Teil- neh- mer	Teiln.- Tage	
DGB-Bildungs- zentrum Bad Kreuznach	965	4 941	431	1 767	925	3 238	40	80	2 361	10 026	35
DGB-Bildungs- zentrum Hamburg-Sasel	1 024	10 031	26	143	461	507	78	113	1 589	10 794	23
DGB-Bildungs- zentrum Hattingen	1 205	5 446	15	98	1 236	5 923	291	740	2 747	12 207	41
DGB-Bildungs- zentrum Niederpöcking	587	3 623	0	0	1 565	6 573	56	137	2 208	10 333	52
DGB-Bildungs- zentrum Radebeul	122	610	94	480	2 740	2 870	0	0	2 956	3 960	0
DGB-Bildungs- werk* (Zentrale)	130	309	2 300	4 068	87	187	0	0	2 517	4 564	36
Gesamt	4 033	24 960	2 866	6 556	7 014	19 298	465	1 070	14 378	51 884	187

Quelle: Statistischer Jahresbericht 1994 über die Seminare des DGB-Bildungswerkes e.V.

\* Einschließlich Gastveranstaltungen.

Themengruppen-Seminare:<sup>1</sup>

Teilnehmer und Teilnehmerinnen nach Themengruppen

Themengruppe	Anzahl der Seminare	Teilnehmer/ innen Gesamt	männlich	v.H.	weiblich	v. H.	Teilnehmer- Tage
1. Arbeitsbelastung und Gesundheit	25	357	281	7,0	76	1,9	
2. Arbeitsanforde- rung und Entgelt	14	155	102	2,5	53	1,3	715
3. Umweltpolitik	14	262	205	5,1	57	1,4	1 266

<sup>1</sup> Die Jahresstatistik 1994 erfasst alle Seminare und Veranstaltungen. Eine qualitative Auswertung wurde nur für die Themengruppen-Seminare der Bildungszentren durchgeführt.

Themengruppe	Anzahl der Seminare	Teilnehmer/innen Gesamt	männlich	v.H.	weiblich	v. H.	Teilnehmer-Tage
4. Internationale Arbeitsteilung – Nord-Süd-Zusammenarbeit	8	211	130	3,2	81	2,0	715
5. Europäische Zusammenarbeit	9	135	90	2,2	45	1,1	650
6. Arbeitsrecht/ Betriebsverfassung	66	962	682	16,9	280	6,9	9 303
7. Arbeit und Technik	8	151	119	3,0	32	0,8	564
8. Computerpraxis und Medien	21	346	253	6,3	93	2,3	1 552
9. Kommunikation – Sprechwirksamkeit/Moderation	14	223	136	3,4	87	2,2	1 763
10. Geschichte – Zeitgeschehen – Gesellschaft	23	487	328	8,1	159	3,9	1 401
11. Sozialpolitik – Soziale Sicherung, Arbeitsmarktpolitik	16	287	215	5,3	72	1,8	2 326
12. Soziale Kompetenz in der Interessenvertretung	26	331	185	4,6	146	3,6	1 627
13. Wirtschaft – Mitbestimmung – Betrieb	9	126	114	2,8	12	0,3	1 048
Gesamt	253	4 033	2 840	70,4	1 193	29,6	22 930

Quelle: Statistischer Jahresbericht 1994 über die Seminare des DGB-Bildungswerkes e.V.

### Teilnehmer und Teilnehmerinnen nach Gewerkschaftszugehörigkeit

Gewerkschaft	Teilnehmer und Teilnehmerinnen			v.H.
	männlich	weiblich	Gesamt	
IG Bau, Steine, Erden	29	11	40	1,0
IG Bergbau und Energie	72	3	75	1,9
IG Chemie, Papier, Keramik	248	78	326	8,1
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	114	16	130	3,2
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	78	79	157	3,9
Gewerkschaft Gartenbau, Land- u. Forstwirtschaft	30	8	38	0,9

Gewerkschaft	Teilnehmer und Teilnehmerinnen			v.H.
	männlich	weiblich	Gesamt	
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	170	170	340	8,4
Gewerkschaft Holz und Kunststoffe	70	14	84	2,1
Gewerkschaft Leder	10	0	10	0,2
IG Medien	41	22	63	1,6
IG Metall	921	198	1 119	27,7
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten	57	43	100	2,5
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport u. Verkehr	569	348	917	22,7
Gewerkschaft der Polizei	90	18	108	2,7
Deutsche Postgewerkschaft	112	65	177	4,4
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	7	11	18	0,4
kein Mitglied	110	68	178	4,4
keine Angaben	112	41	153	3,8
Gesamt	2 840	1 193	4 033	100,0

Quelle: Statistischer Jahresbericht 1994 über die Seminare des DGB-Bildungswerkes e.V.

#### Teilnehmer und Teilnehmerinnen nach: Rechtsgrundlage der Freistellung

Freistellung nach:	Teilnehmer/innen	in v.H.
1. BetrVG § 37 Abs. 6	1 472	36,5
2. BetrVG § 37 Abs. 7	140	3,5
3. BPersVG § 46 Abs. 6	56	1,4
4. BPersVG § 46 Abs. 7	58	1,4
5. §§ der LPersVG (46,6 BPersVG)	63	1,6
6. §§ der LPersVG (46,7 BPersVG)	13	0,3
7. Sonderurlaubsverordnung	69	1,7
8. Bildungsurlaubs-/Freistellungsgesetze	1 004	24,9
9. SchwBG § 26,4	28	0,7
10. Freistellung ohne Lohn-/Gehaltsfortzahlung	51	1,3
11. sonstige	896	22,2
12. keine Angabe	183	4,5
Gesamt	4 033	100,0

Quelle: Statistischer Jahresbericht 1994 über die Seminare des DGB-Bildungswerkes e.V.



# Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	429 365	–	–	74,90	66,87	10 012		298 550	2 681	128 134
1951	429 062	– 303	– 0,10	75,70	67,26	10 336		296 374	2 770	129 918
1952	428 875	– 187	– 0,10	76,20	66,64	10 826		292 857	3 293	132 725
1953	427 344	– 1 531	– 0,40	77,20	67,22	11 121		289 276	3 270	134 798
1954	424 589	– 2 755	– 0,60	78,30	68,70	11 641		282 825	4 017	137 737
1955	422 170	– 2 419	– 0,60	77,50	66,80	11 583		277 398	3 631	141 141
1956	427 165	+ 4 995	+ 1,20	76,90	65,65	11 756		277 448	3 856	145 761
1957	445 651	+ 18 486	+ 4,30	80,60	65,25	12 803		289 374	3 982	152 295
1958	455 456	+ 9 805	+ 2,20	81,40	67,44	12 713		291 787	4 720	158 949
1959	446 807	– 8 649	– 1,90	80,50	67,29	12 316		276 459	4 677	165 671
1960	439 097	– 7 710	– 1,70	80,60	67,33	12 289		267 973	4 525	166 599
1961	438 525	– 572	– 0,10	80,90	67,44	12 989		263 313	5 686	169 526
1962	434 431	– 4 094	– 0,90	82,00	67,48	12 975		256 222	7 401	170 808
1963	434 296	– 135	– 0,10	82,10	67,43	13 206		253 042	7 781	173 473
1964	435 693	+ 1 397	+ 0,30		67,37	13 745		251 104	8 542	176 047
1965	433 743	– 1 950	– 0,50		67,95	13 806		244 878	8 971	179 894
1966	424 214	– 9 529	– 2,20		68,79	13 499		233 792	9 566	180 856
1967	411 172	– 13 042	– 3,10	69,40	67,64	12 801		222 066	9 504	179 602
1968	401 581	– 9 591	– 2,30		68,01	12 399		212 331	9 463	179 787
1969	402 470	+ 889	+ 0,20		69,28	12 512		213 878	9 499	179 093
1970	413 087	+ 10 617	+ 2,60		69,74	12 707	30 219	223 138	9 705	180 244
1971	425 693	+ 12 606	+ 3,10	70,90	70,20	13 793	31 265	232 457	10 261	182 975
1972	434 889	+ 9 196	+ 2,20		71,30	14 872	35 747	235 913	10 463	188 513
1973	444 229	+ 9 340	+ 2,10		72,06	19 363	40 534	241 963	10 507	191 759
1974	455 380	+ 11 151	+ 2,50		74,29	20 970	45 967	248 202	10 777	196 401
1975	447 914	– 7 466	– 1,60	76,40	73,67	20 645	45 570	236 834	10 533	200 547
1976	436 193	– 11 721	– 2,60	76,90		19 973	42 386	225 796	10 074	200 323
1977	424 740	– 11 453	– 2,60			19 392	39 273	215 633	9 896	198 911
1978	414 195	– 10 545	– 2,50			18 742	37 429	208 367	9 669	196 159
1979	407 934	– 6 261	– 1,50	78,20		18 746	35 849	205 876	8 870	193 188
1980	406 588	– 1 346	– 0,30	78,40		23 070	37 282	205 795	9 867	190 926
1981	401 959	– 4 629	– 1,10			19 901	37 655	202 164	11 222	188 573
1982	392 484	– 9 475	– 2,40			19 540	36 869	197 783	9 171	185 530
1983	379 534	– 12 950	– 3,30			18 739	34 750	189 434	7 990	182 110
1984	364 041	– 15 493	– 4,10			18 179	27 020	180 871	7 686	175 484
1985	354 180	– 9 861	– 2,70	ca. 79,00		20 536	27 992	176 131	7 598	170 451
1986	351 408	– 2 772	– 0,80			30 382	25 462	166 616	14 562	170 230
1987	340 095	– 11 313	– 3,20	80,00		31 265	26 556	162 862	11 236	165 997
1988	329 904	– 10 191	– 3,00			31 466	24 764	156 473	10 917	162 514
1989	319 641	– 10 263	– 3,11			31 249	22 718	146 881	10 913	161 847
1990	312 353	– 7 288	– 2,30			31 273	19 740	147 626	11 244	153 483
1991	527 478	+ 215 125	+ 68,87			107 075	29 572	301 071	76 128	150 279
1992	474 530	– 52 948	– 10,04			91 869	35 256	264 459	64 935	145 136
1993 <sup>5</sup>	450 461	– 24 069	– 5,07			84 238	38 205	250 485	61 451	138 525
1994 <sup>6</sup>	423 163	– 27 298	– 6,06	79,50		79 934	26 853	218 885	66 927	137 351
1995 <sup>7</sup>	398 404	– 24 759	– 5,85			75 730	24 724	205 960	60 165	132 279

Quellen: GdED; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30.09., danach der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979. Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

4 Bis zu 25 Jahren, ab 1993 bis zu 27 Jahren

5 Die GdED selbst meldet als 93er Mitgliederstand im Gegensatz zu diesem Auszug aus der DGB-Gesamtstatistik insgesamt 451 002 Gewerkschafter. Das Plus von 541 Mitgliedern läßt sich indessen aus ihren Personengruppen-Angaben nicht ableiten, ist somit den – vom DGB nicht gesondert gemeldeten – „Sonstigen“ zuzuordnen, die im Zuge der Wiedervereinigung auch bei der GEW und der IG Medien auftauchen.

6 Zur Gesamtzahl kommen 1 032 „Sonstige“ (etwa im Ausland Tätige) hinzu, die in der DGB-Statistik nicht berücksichtigt werden können (vgl. auch Anm. 5).

7 1995 sind 1 745 den „Sonstigen“ zuzurechnen (vgl. Anm. 6).

# Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto	Frauen	Jugend <sup>3</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	42 500									
1951	44 500									
1952										
1953	54 387	–	–							
1954	58 467	+ 4 080	+ 7,50							
1955	62 978	+ 4 511	+ 7,70							
1956	66 532	+ 3 554	+ 5,60							
1957	69 835	+ 3 303	+ 5,00							
1958	75 382	+ 5 547	+ 7,90							
1959	78 507	+ 3 125	+ 4,20							
1960	83 376	+ 4 869	+ 6,20							
1961	87 119	+ 3 743	+ 4,50							
1962	90 942	+ 3 823	+ 4,40							
1963	95 363	+ 4 421	+ 4,90							
1964	100 275	+ 4 912	+ 5,20							
1965	102 108	+ 1 833	+ 1,80							
1966	106 186	+ 4 078	+ 4,00							
1967	109 835	+ 3 649	+ 3,40							
1968	114 236	+ 4 401	+ 4,00							
1969	114 678	+ 442	+ 0,40							
1970	117 307	+ 2 629	+ 2,30							
1971	118 801	+ 1 494	+ 1,30							
1972	122 565	+ 3 764	+ 3,20							
1973	124 786	+ 2 221	+ 1,80							
1974	128 120	+ 3 334	+ 2,70							
1975	131 213	+ 3 093	+ 2,40							
1976	135 102	+ 3 889	+ 3,00							
1977	139 957	+ 4 855	+ 3,60							
1978	152 486	+ 12 529	+ 9,00			8 325	27 982	7 194	11 818	133 474
1979	161 616	+ 9 130	+ 6,00			9 131	33 034	7 887	12 347	141 382
1980	165 900	+ 4 284	2,70	75,00 <sup>4</sup>		9 597	33 567	8 133	13 480	144 287
1981	168 691	+ 2 791	+ 1,70			12 476	35 005	9 082	16 501	143 108
1982	169 092	+ 401	+ 0,20			13 059	34 171	9 113	16 925	143 054
1983	167 572	– 1 520	– 0,90			13 623	32 659	9 073	16 885	141 614
1984	164 874	– 2 698	– 1,60			13 814	29 328	8 984	16 825	139 065
1985	163 590	– 1 284	– 0,80	75,00 <sup>4</sup>		14 086	26 963	9 057	16 848	137 685
1986	162 552	– 1 038	– 0,60			14 145	24 977	8 991	16 680	136 881
1987	158 888	– 3 664	– 2,30			14 188	21 845	8 988	16 357	133 543
1988	160 889	+ 2 001	+ 1,26			14 615	20 767	9 125	16 733	135 031
1989	161 310	+ 421	+ 0,26			15 386	19 141	9 115	16 803	135 392
1990	162 780	+ 1 470	+ 0,90	75,00 <sup>4</sup>		16 502	18 235	9 124	17 268	136 388
1991	200 997	+ 38 217	+ 23,48			23 101	20 016	11 331	20 688	168 978
1992	197 451	– 3 546	– 1,76			23 482	20 361	11 195	21 169	165 087
1993	197 523	+ 72	+ 0,04			24 516	18 971	11 176	21 678	164 669
1994	197 482	– 41	– 0,02			26 389	20 449	11 292	22 332	163 858
1995	198 897	+ 1 415	+ 0,72			27 854	20 562	10 745	22 729	165 423

Quellen: GdP; DGB; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Bis zu 25 Jahren

4 GdP-Schätzwert

# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Sonstige <sup>5</sup>	Angestellte	Beamte
1950	57 192	–	–	20,5	38,06	18 482		–	982	56 210
1951	65 437	+ 8 245	+ 14,40	22,5		20 217		–	8 314	57 123
1952	69 048	+ 3 611	+ 5,50	23,0		21 783		–	8 835	60 213
1953	72 169	+ 3 121	+ 4,50	23,6		21 981		–	2 992	69 177
1954	73 791	+ 1 622	+ 2,20	23,6		22 698		–	2 944	70 847
1955	73 908	+ 117	+ 0,20	23,5		22 721		–	2 416	71 492
1956	75 756	+ 1 848	+ 2,50	23,8		23 538		–	2 339	73 417
1957	76 962	+ 1 206	+ 1,60	24,8		24 107		–	2 668	74 294
1958	79 169	+ 2 207	+ 2,90	24,8		24 978		–	2 713	76 456
1959	81 202	+ 2 033	+ 2,60	24,0		25 810		–	2 345	78 857
1960	83 569	+ 2 367	+ 2,90	23,1		27 014		–	2 786	80 783
1961	85 747	+ 2 178	+ 2,60	22,9	27,72	28 585		–	2 778	82 969
1962	88 470	+ 2 723	+ 3,20	23,3		29 968		–	2 538	85 932
1963	91 174	+ 2 704	+ 3,10	23,1		30 901		–	2 379	88 795
1964	94 314	+ 3 140	+ 3,40			31 765		–	2 396	91 918
1965	96 832	+ 2 518	+ 2,70	26,9		36 228		–	5 187	91 645
1966	99 289	+ 2 457	+ 2,50	26,1		39 100		–	6 203	93 086
1967	102 657	+ 3 368	+ 3,40	25,5		40 906		–	6 492	96 165
1968	107 672	+ 5 015	+ 4,90	25,3		42 978		–	10 837	96 835
1969	112 853	+ 5 181	+ 4,80	25,1		45 143		–	10 120	102 733
1970	119 738	+ 6 885	+ 6,10	24,9	25,33	48 496	4 195	–	7 956	111 782
1971	124 819	+ 5 081	+ 4,20	23,7		49 265	6 856	–	10 369	114 450
1972	125 745	+ 926	+ 0,70	22,5		49 650	2 425	–	19 182	106 563
1973	132 430	+ 6 685	+ 5,30	22,6		56 766	7 789	–	15 208	117 222
1974	132 106	– 324	– 0,20	21,4		59 028		–	18 030	114 076
1975	139 294	+ 7 188	+ 5,40	22,1		63 517	8 649	–	37 053	102 241
1976	151 647	+ 12 353	+ 8,90	23,9		71 676	9 470	–	26 492	125 155
1977	152 706	+ 1 059	+ 0,70			71 609	9 706	–	28 655	124 051
1978	158 734	+ 6 028	+ 4,00			76 397	5 329	–	30 167	128 567
1979	173 880	+ 15 146	+ 9,50			85 467	4 397	–	35 361	138 519
1980	183 793	+ 9 913	+ 5,70	30,0 <sup>6</sup>		92 329	3 110	–	42 732	141 061
1981	187 467	+ 3 674	+ 2,00			95 069	1 978	–	44 580	142 887
1982	185 651	– 1 816	– 1,00			95 081	3 006	–	45 745	139 906
1983	185 490	– 161	– 0,10			95 776	3 833	–	46 749	138 741
1984	196 688	+ 11 198	+ 6,00			93 634	2 334	–	52 709	143 979
1985	194 028	– 2 660	– 1,40	30,0 <sup>6</sup>		100 936	3 289	–	50 534	143 494
1986	192 519	– 1 509	– 0,80			100 944	2 656	–	51 078	141 441
1987	188 861	– 3 658	– 1,90			100 246	2 057	–	50 088	138 773
1988	187 422	– 1 439	– 0,76			100 293	1 655	–	49 299	138 123
1989	188 910	+ 1 488	+ 0,79			102 687	1 684	–	50 159	138 751
1990	189 155	+ 245	+ 0,10	30,0 <sup>6</sup>		104 436	1 687	–	51 385	137 770
1991	359 852	+ 170 697	+ 90,24			244 524	1 648	186 903	43 227	129 722
1992	346 040	– 13 812	– 3,84			235 382	6 051	27 003	186 586	132 451
1993	329 729	– 16 311	– 4,71			223 800	3 155	51 965	158 525	119 239
1994	316 196	– 13 533	– 4,10			214 051	3 406	46 266	150 491	137 351
1995	306 448	– 9 748	– 3,08			207 868	2 056	43 328	143 454	119 666

Quellen: GEW; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12..

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

4 Bis zu 25 Jahren

5 Hier erscheinen 1991 insgesamt 186 903 Sonstige, Neuaufnahmen im Zuge der Wiedervereinigung, die sich anfangs noch keiner Berufsgruppe sicher zuordnen ließen, 1992 noch 27 003 und 1993 wieder 51 965, 1994 insgesamt 46 266 und 1995 noch 43 328.

6 GEW-Schätzwert

# Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	107 477	–	–	9,4	9,03	10 533		105 304	1 573	600
1951	112 377	+ 4 900	+ 4,60	10,4	10,71	11 957		108 314	1 830	2 233
1952	111 617	– 760	– 0,70	10,8	10,96	11 588		107 603	1 694	2 320
1953	104 203	– 7 414	– 6,60	10,4	10,98	10 366		99 819	1 866	2 518
1954	104 129	– 74	– 0,10	10,6	11,40	9 806		100 645	982	2 502
1955	98 793	– 5 336	– 5,12	10,3	11,29	8 566		94 654	1 430	2 709
1956	94 819	– 3 974	– 4,00	10,2	11,32	7 562		90 776	1 584	2 459
1957	95 087	+ 268	+ 0,30	10,7	12,11	8 192		90 662	1 839	2 586
1958	95 056	– 31	– 0,10	11,2	13,00	7 806		90 431	1 914	2 711
1959	93 614	– 1 442	– 1,50	12,1	14,40	6 896		88 989	1 851	2 774
1960	89 578	– 4 036	– 4,30	14,2	17,19	6 424		84 750	2 058	2 770
1961	78 402	– 11 176	– 12,50	13,3	16,32	4 885		73 968	1 284	3 150
1962	78 149	– 253	– 0,30	14,1	17,77	4 537		73 283	1 718	3 148
1963	78 038	– 111	– 0,20	14,7	19,05	4 500		73 162	1 699	3 177
1964	77 479	– 559	– 0,70			4 129		72 500	1 780	3 199
1965	77 039	– 440	– 0,60			4 108		71 941	1 813	3 285
1966	60 253	– 16 786	– 21,80			2 937		55 922	1 005	3 326
1967	56 477	– 3 776	– 6,30			2 605		51 860	1 407	3 210
1968	52 961	– 3 516	– 6,30			2 337		48 162	1 548	3 251
1969	49 080	– 3 881	– 7,30			2 181		44 104	1 904	3 072
1970	46 085	– 2 995	– 6,10		16,70	1 983	1 816	40 954	2 033	3 098
1971	43 403	– 2 682	– 5,80			2 018	1 768	38 357	2 002	3 044
1972	41 844	– 1 559	– 3,60			1 950	1 713	36 795	2 089	2 960
1973	40 009	– 1 835	– 4,40			1 952	2 137	34 712	2 235	3 062
1974	39 859	– 150	– 0,40			1 948	2 125	34 551	2 263	3 045
1975	39 309	– 550	– 1,40			1 915	2 206	33 936	2 310	3 063
1976	39 964	+ 655	+ 1,70			2 216	3 113	34 582	2 415	2 967
1977	40 519	+ 555	+ 1,40			2 430	4 348	35 059	2 609	2 851
1978	41 311	+ 792	+ 2,00			2 863	5 223	35 774	2 745	2 792
1979	42 179	+ 868	+ 2,10			3 323	6 349	36 602	2 795	2 782
1980	42 196	+ 17	+ 0,00	30,0 <sup>5</sup>		4 007	7 010	36 594	2 845	2 757
1981	42 618	+ 422	+ 1,00			4 540	7 704	36 936	2 878	2 804
1982	42 632	+ 14	+ 0,00			4 845	8 082	36 946	2 941	2 745
1983	42 249	– 383	– 0,90			5 137	8 260	36 636	2 919	2 694
1984	41 915	– 334	– 0,80			5 433	8 482	36 459	2 842	2 614
1985	42 450	+ 535	+ 1,30	30,0 <sup>5</sup>		5 829	8 807	36 901	2 917	2 632
1986	42 865	+ 415	+ 1,00			6 202	8 915	37 215	2 984	2 666
1987	43 253	+ 388	+ 0,90			6 561	8 811	37 547	3 082	2 624
1988	43 479	+ 226	+ 0,52			6 847	8 296	37 653	3 181	2 645
1989	43 817	+ 338	+ 0,78			7 223	8 022	37 865	3 292	2 660
1990	44 054	+ 237	+ 0,50	25,0 <sup>5</sup>		7 608	7 558	38 005	3 415	2 634
1991	134 980	+ 90 926	+ 206,40			44 578	17 307	102 798	29 566	2 616
1992	120 190	– 14 790	– 10,96			37 642	13 439	96 066	21 349	2 775
1993	103 541	– 16 649	– 13,85			31 693	10 050	83 874	16 944	2 732
1994	90 281	– 13 260	– 12,81			26 141	7 662	73 730	13 859	2 692
1995	82 725	– 7 556	– 8,37			23 389	4 485	67 556	12 573	2 596

Quellen: GGLF; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30.9.; danach der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979. Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

4 Bis 25 Jahre

5 GGLF-Schätzwert

**Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen**  
**im Berichtszeitraum 1988–1991 (in Tausend DM)**

Jahr	Beitrags- einnahmen 100 %	davon: Lokalkasse	Beitrags- einnahmen Hauptkasse	sonstige Einnahmen Hauptkasse	Gesamt- einnahmen Hauptkasse	Gesamt- ausgaben	davon: Personal- kosten	davon: Organisation u. Betreuungs- arbeit	Defizit/Über- schuß in der laufenden Periode
1988	83 556	20 992	62 564	3 827	66 391	65 311	33 246	7 115	+ 1 080
1989	88 884	22 221	66 663	2 842	69 505	68 483	35 094	4 380	+ 1 022
1990	99 163	24 044	75 119	4 888	80 007	77 005	39 100	5 859	+ 3 002
1991	134 377	32 116	102 261	3 085	105 346	104 233	53 055	7 866	+ 1 113

## Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) seit 1950

### Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	55 221	–	–	3,6	3,94	25 293		14 605	40 570	46
1951	87 566	+ 32 345	+ 58,60	5,4	5,18	42 849		21 061	66 476	29
1952	95 391	+ 7 825	+ 8,90	5,2	5,05	48 716		23 539	71 838	14
1953	100 139	+ 4 748	+ 4,90	5,0	4,90	53 086		23 536	76 578	25
1954	104 761	+ 4 622	+ 4,60	4,8	4,78	57 616		24 105	80 636	20
1955	110 435	+ 5 674	+ 5,40	4,7	4,73	62 284		24 383	86 040	12
1956	117 695	+ 7 260	+ 6,60	4,6	4,71	68 143		25 609	92 075	11
1957	125 717	+ 8 022	+ 6,80	4,6	4,78	72 722		27 682	98 024	11
1958	129 363	+ 3 646	+ 2,90	4,5	4,74	75 737		28 396	100 954	13
1959	130 841	+ 1 478	+ 1,10	4,3	4,63	77 106		27 777	103 064	–
1960	130 967	+ 126	+ 0,10	4,1	4,49	77 242		27 628	103 339	–
1961	128 725	– 2 242	– 1,70	3,9	4,26	75 455		26 730	101 995	–
1962	126 613	– 2 112	– 1,60	3,7	4,03	71 109		26 985	99 628	–
1963	126 907	+ 294	+ 0,20	3,5	3,89	69 816		26 961	99 946	–
1964	126 970	+ 63	+ 0,10		3,78	68 599		27 329	99 641	–
1965	128 852	+ 1 882	+ 1,50		3,71	67 762		27 988	100 864	–
1966	133 065	+ 4 213	+ 3,30		3,70	69 124		28 650	104 415	–
1967	137 281	+ 4 216	+ 3,20		3,83	70 344		28 860	108 421	–
1968	142 070	+ 4 789	+ 3,50		3,83	71 984		29 074	112 996	–
1969	148 462	+ 6 392	+ 4,50		3,82	73 968		29 589	118 873	–
1970	157 671	+ 9 209	+ 6,20		3,91	77 239	37 890	29 790	127 881	–
1971	171 341	+ 13 670	+ 8,70		4,19	83 014	44 481	30 594	140 747	–
1972	191 071	+ 19 730	+ 11,50		4,60	92 510	51 731	32 543	158 528	–
1973	210 038	+ 18 967	+ 9,90		5,08	102 323	58 234	35 310	174 728	–
1974	236 642	+ 26 604	+ 12,70		5,80	118 105	67 740	38 662	197 980	–
1975	257 123	+ 20 481	+ 8,70		6,50	129 919	72 674	40 750	216 373	–
1976	274 783	+ 17 660	+ 6,90			140 494	78 025	42 695	232 088	–
1977	292 158	+ 17 375	+ 6,30			151 131	82 325	45 157	247 001	–
1978	314 244	+ 22 086	+ 7,60			164 730	87 738	48 276	265 968	–
1979	334 036	+ 19 792	+ 6,30			178 391	85 495	51 173	282 863	–
1980	351 328	+ 17 292	+ 5,20	22,0 <sup>5</sup>		190 974	84 376	50 851	300 477	–
1981	365 478	+ 14 150	+ 4,00			201 955	84 037	52 238	313 240	–
1982	360 340	– 5 138	– 1,40			201 580	78 590	51 451	308 889	–
1983	360 372	+ 32	+ 0,00			203 628	74 525	48 234	312 138	–
1984	363 264	+ 2 892	+ 0,80			206 892	71 921	48 435	314 829	–
1985	371 228	+ 7 964	+ 2,20			213 784	70 986	49 444	321 784	–
1986	376 498	+ 5 270	+ 1,40			218 898	68 734	49 697	326 801	–
1987	385 166	+ 8 668	+ 2,30	10,0 <sup>5</sup>		226 811	79 116	50 245	334 921	–
1988	393 399	+ 8 233	+ 2,14			233 285	65 472	51 132	342 267	–
1989	407 326	+ 13 927	+ 3,54			246 240	53 743	52 824	354 502	–
1990	404 695	– 2 631	– 0,60			245 528	47 685	53 925	350 770	–
1991	737 075	+ 332 380	+ 82,13			508 082	81 797	67 430	669 645	–
1992	629 727	– 107 348	– 14,56			429 834	61 252	65 035	564 692	–
1993	583 782	– 45 945	– 7,30			395 557	74 309	63 059	520 723	–
1994	547 022	– 36 760	– 6,30	10,0 <sup>5</sup>		367 051	60 942	61 132	484 138	–
1995	520 166	– 26 856	– 4,90			350 459	40 865	59 711	460 455	–

Quellen: HBV; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979. Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

4 Bis zu 25 Jahren, ab 1993 bis zu 27 Jahren

5 HBV-Schätzwert

# Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in Prozent	brutto <sup>3</sup>	netto <sup>4</sup>	Frauen	Jugend <sup>5</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	181 549	–	–	32,6	33,03	16 884		177 846	3 699	4
1951	211 075	+ 29 526	+ 16,30	37,0	35,95	22 272		206 520	4 550	5
1952	204 625	– 6 450	– 3,10	35,2	33,61	20 954		200 074	4 550	1
1953	193 023	– 11 602	– 5,70	32,8	32,02	19 185		189 261	3 759	3
1954	187 120	– 5 903	– 3,10	30,2	29,51	18 785		183 698	3 417	5
1955	187 010	– 110	– 0,10	29,5	28,77	18 639		183 769	3 237	4
1956	187 119	+ 109	+ 0,10	28,9	28,27	20 186		184 003	3 113	3
1957	184 634	– 2 485	– 1,30	28,4	27,76	21 476		181 240	3 391	3
1958	177 559	– 7 075	– 3,80	27,7	26,97	20 481		174 779	2 777	3
1959	169 394	– 8 165	– 4,60	26,8	25,99	18 678		167 300	2 094	–
1960	160 781	– 8 613	– 5,10	26,3	25,19	17 161		157 848	2 933	–
1961	161 108	+ 327	+ 0,20	26,3	25,62	17 161		158 175	2 933	–
1962	148 023	– 13 085	– 8,10	24,5	23,00	14 052		144 720	3 303	–
1963	144 906	– 3 117	– 2,10	24,3	22,19	12 603		141 650	3 256	–
1964	143 260	– 1 646	– 1,10	48,2	21,70	11 605		139 762	3 498	–
1965	137 363	– 5 897	– 4,10	46,1	20,47	11 168		133 677	3 686	–
1966	130 321	– 7 042	– 5,10	44,0	19,10	10 831		125 477	4 844	–
1967	130 315	– 6	– 0,00	47,0	19,51	10 820		125 432	4 883	–
1968	129 761	– 554	– 0,40	46,6	18,85	10 135		124 382	5 379	–
1969	129 836	+ 75	+ 0,10	45,2	17,70	10 045		123 417	6 419	–
1970	129 721	– 115	– 0,10	44,2	17,70	10 028	10 969	123 023	6 698	–
1971	129 830	+ 109	+ 0,10	43,6	17,85	10 009	13 480	122 818	7 012	–
1972	130 805	+ 975	+ 0,80	42,9	17,86	11 354	16 406	123 706	7 099	–
1973	134 817	+ 4 012	+ 3,10	43,2	17,88	11 471	16 331	126 691	8 126	–
1974	135 205	+ 388	+ 0,30	45,21	20,10	11 546	16 421	127 010	8 195	–
1975	132 054	– 3 151	– 2,30	47,70	20,39	14 154	16 207	123 209	8 845	–
1976	133 248	+ 1 194	+ 0,90	48,7		14 527	17 968	124 285	8 963	–
1977	136 572	+ 3 324	+ 2,50			15 071	19 074	127 396	9 176	–
1978	145 076	+ 8 504	+ 6,20			16 635	22 010	135 455	9 621	–
1979	151 728	+ 6 652	+ 4,60			18 586	25 632	141 513	10 215	–
1980	157 142	+ 5 414	+ 3,60	50,0 <sup>6</sup>		20 245	27 263	146 428	10 714	–
1981	160 040	+ 2 898	+ 1,80			21 339	27 339	148 973	11 067	–
1982	156 453	– 3 587	– 2,20			19 988	25 118	145 417	11 036	–
1983	149 724	– 6 729	– 4,30			19 886	23 038	139 144	10 580	–
1984	147 177	– 2 547	– 1,70			19 633	22 261	136 798	10 379	–
1985	144 653	– 2 524	– 1,70	52,0 <sup>6</sup>		19 457	21 488	134 481	10 172	–
1986	142 954	– 1 699	– 1,20			19 395	20 594	133 085	9 869	–
1987	143 139	+ 185	+ 0,10			19 532	20 284	133 454	9 685	–
1988	144 763	+ 1 624	+ 1,14			19 906	20 929	135 000	9 763	–
1989	149 098	+ 4 335	+ 3,00			21 022	22 087	139 133	9 965	–
1990	152 731	+ 3 633	+ 2,40	46,4		22 085	22 304	142 068	10 663	–
1991	239 472	+ 86 741	+ 56,79			58 858	31 625	216 470	23 002	–
1992	204 763	– 34 709	– 14,49			40 461	25 668	190 464	14 299	–
1993	192 926	– 11 837	– 5,78			36 308	20 655	179 435	13 491	–
1994	179 678	– 13 248	– 6,87	45,0 <sup>6</sup>		31 943	16 500	166 640	13 038	–
1995	170 908	– 8 770	– 4,88			31 734	14 538	158 376	12 532	–

Quellen: GHK; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Bezugsgröße sind ab 1964 lediglich die Industriegebiete im GHK-Organisationsbereich

4 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

5 Bis zu 25 Jahren

6 GHK-Schätzwert

# Gewerkschaft Leder (GL) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto <sup>3</sup>	netto <sup>4</sup>	Frauen	Jugend <sup>5</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	91 903	–	–	40,7	45,62	33 141		89 007	2 897	–
1951	100 358	+ 8 455	+ 9,20	45,8	47,39	39 447		97 385	2 973	–
1952	102 262	+ 1 904	+ 1,90	45,2	46,73	41 908		99 201	3 061	–
1953	103 114	+ 852	+ 0,80	45,6	46,19	44 451		100 233	2 881	–
1954	98 989	– 4 125	– 4,00	43,8	44,45	42 624		96 243	2 746	–
1955	97 674	– 1 315	– 1,30	41,2	42,25	40 939		95 362	2 312	–
1956	94 274	– 3 400	– 3,50	39,8	40,50	38 545		91 964	2 310	–
1957	95 462	+ 1 188	+ 1,30	38,8	39,28	40 116		93 206	2 256	–
1958	90 132	– 5 330	– 5,60	37,1	37,34	39 316		87 865	2 267	–
1959	90 007	– 125	– 0,10	37,4	37,59	39 251		87 770	2 237	–
1960	90 085	+ 78	+ 0,10	38,7	38,87	37 766		87 817	2 268	–
1961	90 100	+ 15	+ 0,00	38,6	38,79	37 199		87 896	2 204	–
1962	86 147	– 3 953	– 4,40	37,9	38,00	35 243		83 990	2 157	–
1963	83 896	– 2 251	– 2,60	37,1	37,12	33 606		81 721	2 175	–
1964	80 093	– 3 803	– 4,50	47,7	36,38	31 925		78 044	2 049	–
1965	80 327	+ 234	+ 0,30	48,0	37,40	31 925		78 278	2 049	–
1966	75 358	– 4 969	– 6,20	46,2	36,18	29 206		73 268	2 090	–
1967	67 823	– 7 535	– 10,00	44,7	33,68	25 302		65 992	1 831	–
1968	62 574	– 5 249	– 7,70	43,2	34,51	23 496		60 775	1 799	–
1969	61 402	– 1 172	– 1,90	41,7	34,47	23 516		59 520	1 882	–
1970	62 253	+ 851	+ 1,40	44,1	36,33	23 657	8 736	60 305	1 948	–
1971	59 066	– 3 187	– 5,10	45,2	36,65	22 363	7 371	57 184	1 882	–
1972	59 155	+ 89	+ 0,20	47,9	40,90	22 940	7 706	56 791	2 364	–
1973	58 860	– 295	– 0,50	51,9	44,86	23 164	7 407	56 224	2 636	–
1974	57 600	– 1 260	– 2,10	57,3	48,42	22 922	8 169	54 730	2 870	–
1975	56 458	– 1 142	– 2,00	60,8	50,78	22 974	7 476	53 479	2 979	–
1976	54 417	– 2 041	– 3,60	50,0		22 656	7 878	51 352	3 065	–
1977	54 596	+ 179	+ 0,30			22 987	9 404	51 341	3 255	–
1978	55 068	+ 472	+ 0,90			23 781	11 063	51 786	3 282	–
1979	55 266	+ 198	+ 0,40	48,9		23 819	11 373	51 859	3 407	–
1980	55 689	+ 423	+ 0,80	50,7		23 946	11 412	52 153	3 536	–
1981	55 015	– 674	– 1,20	51,6		23 239	10 624	51 457	3 558	–
1982	52 719	– 2 296	– 4,20	51,8		23 709	9 441	49 659	3 060	–
1983	50 684	– 2 035	– 3,90	50,0		22 291	8 755	47 839	2 845	–
1984	49 141	– 1 543	– 3,00	50,1		21 516	8 773	46 381	2 760	–
1985	48 725	– 416	– 0,90			21 601	8 789	46 062	2 663	–
1986	48 332	– 393	– 0,80	51,94		21 249	7 585	45 728	2 604	–
1987	47 659	– 673	– 1,40	55,71		20 876	7 386	45 107	2 552	–
1988	46 560	– 1 099	– 2,31	54,85		20 245	6 722	44 050	2 510	–
1989	44 583	– 1 977	– 4,25	56,18		19 510	4 043	42 076	2 507	–
1990	42 615	– 1 968	– 4,40	55,04		17 355	3 808	40 037	2 578	–
1991	41 718	– 897	– 2,11	61,72		21 870	3 235	36 975	4 743	–
1992	31 890	– 9 828	– 23,56	64,72		15 842	2 370	28 697	3 193	–
1993	27 420	– 4 470	– 14,02	64,69		13 299	1 745	24 717	2 703	–
1994	25 043	– 2 377	– 8,67	63,49		11 860	1 265	22 589	2 454	–
1995	23 081	– 1 962	– 7,84			10 779	1 021	20 842	2 239	–

Quellen: GL; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Die Brutto-Organisationsgrade der Jahre 1986 bis 1993 wurden von der GL auf der Basis revidierter Mitgliederzahlen errechnet: 30 472 (1986); 30 579 (1987); 28 955 (1988); 28 381 (1989); 27 498 (1990); 40 683 (1991); 31 642 (1992); 27 242 (1993)

4 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

5 Bis zu 25 Jahren



# Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	247 418	–	–	17,4	16,97	89 337		227 217	20 201	–
1951	275 221	+ 27 803	+ 11,20	18,9	18,19	107 215		253 616	21 605	–
1952	284 090	+ 8 869	+ 3,20	18,4	17,99	112 812		261 548	22 542	–
1953	295 419	+ 11 329	+ 4,00	18,0	17,75	123 247		271 670	23 749	–
1954	301 072	+ 5 653	+ 1,90	17,6	17,59	123 305		275 670	25 920	–
1955	302 663	+ 1 591	+ 0,50	17,1	17,38	122 073		276 491	26 172	–
1956	302 686	+ 23	+ 0,00	16,6	17,08	118 006		274 752	27 934	–
1957	305 368	+ 2 682	+ 0,90	16,3	17,02	119 851		275 920	29 448	–
1958	299 765	– 5 603	– 1,80	15,8	16,69	120 635		268 040	31 725	–
1959	299 830	+ 65	+ 0,00	16,0	17,11	116 509		268 148	31 682	–
1960	287 589	– 12 241	– 4,10	16,1	17,32	108 058		256 505	31 084	–
1961	281 471	– 6 118	– 2,10	15,8	17,30	102 458		250 245	31 226	–
1962	281 623	+ 152	+ 0,00	15,8	17,49	99 277		251 220	30 403	–
1963	281 202	– 421	– 0,20	15,6	17,51	92 595		251 356	29 846	–
1964	281 460	+ 258	+ 0,10		17,85	91 784		249 156	32 304	–
1965	281 002	– 458	– 0,20		18,05	87 717		248 098	32 904	–
1966	278 742	– 2 260	– 0,80		18,12	83 840		244 513	34 229	–
1967	273 671	– 5 071	– 1,80		17,66	80 531		241 349	32 322	–
1968	272 492	– 1 179	– 0,40		17,50	80 413		240 067	32 425	–
1969	243 255	– 29 237	– 10,70		15,58	69 705		212 595	30 660	–
1970	247 163	+ 3 908	+ 1,60		16,03	78 559	25 271	216 631	30 532	–
1971	244 829	– 2 334	– 0,90		15,79	69 998	24 866	211 050	33 779	–
1972	249 668	+ 4 839	+ 2,00		16,39	73 292	28 144	216 816	32 852	–
1973	251 879	+ 2 211	+ 0,90		16,43	74 693	28 838	215 685	36 194	–
1974	248 481	– 3 398	– 1,40	34,7	16,53	73 058	27 518	211 542	36 939	–
1975	248 724	+ 243	+ 0,10	34,3	16,43	72 805	27 743	209 633	39 091	–
1976	241 281	– 7 443	– 3,00	36,5		71 097	28 869	201 831	39 450	–
1977	249 988	+ 8 707	+ 3,60	36,8		73 249	31 038	208 440	41 548	–
1978	252 440	+ 2 452	+ 1,00	37,3		72 336	31 726	211 030	41 410	–
1979	252 854	+ 414	+ 0,20	37,4		75 483	35 516	204 473	48 381	–
1980	253 001	+ 147	+ 0,10	38,3		77 873	38 224	204 669	48 332	–
1981	263 114	+ 10 113	+ 4,00	38,5		82 987	41 292	211 962	51 152	–
1982	265 276	+ 2 162	+ 0,80	38,8		85 375	41 605	212 250	53 026	–
1983	263 525	– 1 751	– 0,70	39,2		85 664	41 037	209 870	53 655	–
1984	263 976	+ 451	+ 0,20	39,6		87 247	41 150	209 170	54 806	–
1985	267 158	+ 3 182	+ 1,20	40,1		89 694	47 125	212 285	54 873	–
1986	266 008	– 1 150	– 0,40			90 094	45 367	212 059	53 949	–
1987	267 555	+ 1 547	+ 0,60			91 468	45 200	213 410	54 145	–
1988	270 506	+ 2 951	+ 1,10			93 656	44 400	215 949	54 557	–
1989	271 291	+ 785	+ 0,29			95 150	42 266	217 000	54 291	–
1990	275 203	+ 3 912	+ 1,40			97 164	33 831	221 226	53 977	–
1991	431 211	+ 156 008	+ 56,69			183 659	50 784	326 064	105 147	–
1992	394 686	– 36 525	– 8,47			162 625	51 274	305 364	89 322	–
1993	355 863	– 38 823	– 9,84			143 732	40 585	278 855	77 008	–
1994	336 239	– 19 624	– 5,52	22,7		134 181	38 556	263 559	72 680	–
1995	322 019	– 14 220	– 4,23			128 131	21 256	252 401	69 618	–

Quellen: NGG; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

4 Bis zu 25 Jahren

# Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	705 465	–	–	32,0	25,40	97 953		442 583	201 745	61 137
1951	785 420	+ 79 955	+ 11,30	34,8		118 051		492 940	226 117	66 363
1952	807 448	+ 22 028	+ 2,80	34,2		126 463		505 747	233 378	68 323
1953	827 173	+ 19 725	+ 2,40	35,1		132 276		520 010	236 415	70 748
1954	828 968	+ 1 795	+ 0,20	34,2		133 032		524 667	232 310	71 991
1955	843 680	+ 14 712	+ 1,80	33,9		136 854		537 191	232 460	74 029
1956	851 762	+ 8 082	+ 1,00	33,2		140 952		542 703	233 404	75 655
1957	886 155	+ 34 393	+ 4,40	33,5		151 579		561 172	245 371	79 612
1958	914 662	+ 28 507	+ 3,20	33,6		159 722		581 063	252 125	81 474
1959	915 104	+ 442	+ 0,10	32,5		158 242		580 822	251 348	82 934
1960	963 155	+ 48 051	+ 5,20	33,3		172 049		605 741	269 984	87 430
1961	974 334	+ 11 179	+ 1,20	32,6	24,55	175 036		608 238	277 491	88 605
1962	983 734	+ 9 400	+ 1,00	32,0		175 809		610 481	282 624	90 629
1963	983 830	+ 96	+ 0,00	30,8		175 851		606 993	285 764	91 073
1964	972 497	– 11 333	– 1,20			174 147		592 543	287 613	92 341
1965	979 226	+ 6 729	+ 0,70			174 348		589 525	294 371	95 330
1966	978 078	– 1 148	– 0,10			172 728		583 416	297 139	97 523
1967	972 299	– 5 779	– 0,60			171 342		564 786	305 046	102 467
1968	964 192	– 8 107	– 0,80			170 542		553 332	304 449	106 411
1969	969 755	+ 5 563	+ 0,60			171 236		551 783	309 481	108 491
1970	977 031	+ 7 276	+ 0,80		19,83	172 897	81 706	551 516	315 649	109 866
1971	993 879	+ 16 848	+ 1,70			178 966	74 463	543 091	339 295	111 493
1972	997 771	+ 3 892	+ 0,40			184 209	74 463	536 644	350 813	110 314
1973	997 771	± 0	± 0,00			184 209	74 463	536 644	350 813	110 314
1974	1 051 098	+ 53 327	+ 5,40			215 498	111 877	561 735	385 680	103 683
1975	1 058 525	+ 7 427	+ 0,70			231 529	116 819	550 951	405 307	102 267
1976	1 063 675	+ 5 150	+ 0,50			244 266	115 289	541 491	421 539	100 645
1977	1 077 755	+ 14 080	+ 1,30			257 782	105 112	539 941	438 208	99 606
1978	1 099 396	+ 21 641	+ 2,00			272 455	102 326	548 560	455 827	95 009
1979	1 118 747	+ 19 351	+ 1,80			286 398	103 176	556 107	469 914	92 726
1980	1 149 689	+ 30 942	+ 2,80	30,0 <sup>5</sup>		303 190	100 413	568 250	488 883	92 556
1981	1 181 460	+ 31 771	+ 2,80			319 843	121 620	584 794	504 838	91 828
1982	1 179 650	– 1 810	– 0,20			328 967	125 456	584 689	505 816	89 145
1983	1 173 525	– 6 125	– 0,50			335 870	121 733	575 443	510 693	87 389
1984	1 168 254	– 5 271	– 0,50			341 723	116 076	568 708	513 035	86 511
1985	1 179 396	+ 11 142	+ 1,00			352 661	117 040	572 221	521 434	85 741
1986	1 198 567	+ 19 171	+ 1,60			368 137	119 317	577 521	535 527	85 519
1987	1 202 629	+ 4 062	+ 0,30	30,0 <sup>5</sup>		380 327	118 739	576 914	541 969	83 746
1988	1 219 986	+ 17 357	+ 1,44			394 783	116 584	581 140	554 956	83 890
1989	1 234 546	+ 14 560	+ 1,19			413 420	111 750	579 845	571 530	83 171
1990	1 252 599	+ 18 053	+ 1,50			430 628	130 266	585 886	584 255	82 458
1991	2 138 317	+ 885 718	+ 70,71			1 008 731	234 023	910 967	1 146 277	81 073
1992	2 114 522	– 23 795	– 1,11			997 140	211 223	925 982	1 107 986	80 554
1993	1 996 371	– 118 151	– 5,59			933 750	165 675	878 136	1 040 889	77 346
1994	1 877 651	– 118 720	– 5,95	30,0 <sup>5</sup>		870 336	128 053	827 763	975 498	74 390
1995	1 770 789	– 106 862	– 5,69			814 385	74 049	779 727	919 322	71 740

Quellen: ÖTV; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streikfähigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

4 Bis zu 25 Jahren

5 ÖTV-Schätzwert

## Die Entwicklung der gesamtdeutschen Mitgliederzahlen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 1990 bis 1993

Jahr <sup>1</sup>		1993			1992			1991			1990	
Personengruppe		Mitglieder- zahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder- zahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr <sup>2</sup>		Mitglieder- zahl	Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mitglieder- zahl <sup>3</sup>	
			absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		
insgesamt		1 996 371	- 118 151	- 5,59	2 114 522	- 23 795	- 1,11	2 138 317	+ 89 405	+ 4,36	2 048 912	
davon												
weiblich		absolut	933 750	- 63 390	- 6,36	997 140	- 11 592	- 1,15	1 008 732	+ 61 747	+ 6,52	946 985
		in %	46,77	- 0,39	-	47,16	- 0,01	-	47,17	+ 0,95	-	46,22
männlich		absolut	1 062 621	- 54 761	- 4,90	1 117 382	- 12 203	- 1,08	1 129 585	+ 27 658	+ 2,51	1 101 927
		in %	53,23	+ 0,39	-	52,84	+ 0,01	-	52,83	- 0,95	-	53,78
Angestellte		absolut	1 040 889	- 67 097	- 6,06	1 107 986	- 38 291	- 3,34	1 146 277	+ 562 022	+ 96,20	584 255
		in %	52,14	- 0,26	-	52,40	- 1,21	-	53,61	+ 6,97	-	46,64
Arbeiter		absolut	878 136	- 47 846	- 5,17	925 982	+ 15 015	+ 1,65	910 967	+ 325 081	+ 55,49	585 886
		in %	43,99	+ 0,20	-	43,79	+ 1,19	-	42,60	- 4,18	-	46,78
Beamte		absolut	77 346	- 3 208	- 3,98	80 554	- 519	- 0,64	81 073	- 1 385	- 1,68	82 458
		in %	3,87	+ 0,06	-	3,81	+ 0,02	-	3,79	- 2,79	-	6,58
Arbeitslose		absolut	133 361	+ 23 196	+ 21,06	110 165	+ 31 589	+ 40,20	78 576	+ 21 715	+ 38,19	56 861
		in %	6,68	+ 1,47	-	5,21	+ 1,53	-	3,68	+ 0,90	-	2,78
Rentner		absolut	242 247	+ 10 485	+ 4,52	231 762	+ 23 864	+ 11,48	207 898	+ 16 884	+ 8,84	191 014
		in %	12,13	+ 1,17	-	10,96	+ 1,24	-	9,72	+ 0,40	-	9,32
Jugend <sup>4</sup>		absolut	165 675	- 45 548	- 21,56	211 223	- 22 800	- 9,74	234 023	+ 6 307	+ 2,77	227 716
		in %	8,30	- 1,69	-	9,99	- 0,95	-	10,94	- 0,17	-	11,11
West		absolut	1 220 136	- 27 443	- 2,20	1 247 579	[+ 49 393	+ 3,58]	1 379 165	+ 126 566	+ 10,10	1 252 599
		in %	61,12	+ 2,12	-	59,00	[+ 3,06	-]	64,50	+ 3,37	-	61,13
Ost		absolut	609 412	- 75 951	- 11,08	685 363	[- 73 188	- 9,64]	759 152	- 37 161	- 4,67	796 313
		in %	30,52	- 1,89	-	32,41	[- 3,06	-]	35,50	- 3,37	-	38,87
Berlin		absolut	166 823	- 14 757	- 8,13	181 580	-	-	-	-	-	-
		in %	8,36	- 0,23	-	8,59	-	-	-	-	-	-

Ursprungsdaten: ÖTV; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist jeweils der 31. Dezember eines Jahres

2 Die [ ] im Bereich „West-Ost-Berlin“ 1992 beziehen sich auf einen Jahresendstand, der Berlin unberücksichtigt läßt und sich im Westen auf 1.428.558 (67,56 %) Mitglieder beläuft, im Osten auf 685.964 (32,44 %). Das bedeutet u.a., daß von den 181.580 Berlinern nur 601 dem Ost-Teil der Stadt zuzuordnen waren.

3 Wegen unzureichender Datenlage im Osten erscheinen hier für die Berufsgruppen – Angestellte, Arbeiter und Beamte – die Zahlenangaben für die alten Bundesländer. Sie lassen jedenfalls erkennen, wie sich die Kräfteverhältnisse der Gruppen durch die Wiedervereinigung zugunsten der Angestellten verschoben haben.

4 Bis zum 25. Lebensjahr

# Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in Prozent	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	395 922	–	–	35,6	37,36	227 970		382 858	13 064	–
1951	450 646	+ 54 724	+ 13,80	38,6	38,99	266 158		436 589	14 057	–
1952	426 421	– 24 225	– 5,40	39,1	39,67	249 139		412 460	13 961	–
1953	421 030	– 5 391	– 1,30	36,0	35,94	248 077		407 738	13 292	–
1954	405 395	– 15 635	– 3,70	33,9	33,68	236 588		392 515	12 880	–
1955	393 778	– 11 617	– 2,90	31,5	31,05	228 320		381 639	12 139	–
1956	389 155	– 4 623	– 1,20	30,0	29,43	209 617		376 427	12 728	–
1957	357 633	– 31 522	– 8,10	26,8	26,17	204 857		345 367	12 266	–
1958	354 118	– 3 515	– 1,00	27,5	26,58	200 376		342 043	12 075	–
1959	342 416	– 11 702	– 3,30	26,6	25,60	192 938		330 379	12 037	–
1960	355 299	+ 12 883	+ 3,80	27,4	26,27	199 694		342 811	12 488	–
1961	351 229	– 4 070	– 1,10	26,9	25,53	194 727		338 455	12 774	–
1962	340 806	– 10 423	– 2,90	26,2	25,25	188 389		327 777	13 029	–
1963	337 262	– 3 544	– 1,00	27,2	25,23	182 640		323 731	13 531	–
1964	332 298	– 4 964	– 1,50	35,3	25,27	183 118		317 569	14 729	–
1965	336 493	+ 4 195	+ 1,30		25,63	184 329		320 375	16 118	–
1966	330 505	– 5 988	– 1,80	35,0	25,17	178 341		314 708	15 797	–
1967	311 996	– 18 509	– 5,60	36,2	26,07	167 128		295 592	16 404	–
1968	307 420	– 4 576	– 1,50	35,9	25,94	162 859		290 211	17 209	–
1969	310 971	+ 3 551	+ 1,20	34,9	25,29	164 988		292 400	18 571	–
1970	302 545	– 8 426	– 2,70	34,4	24,66	160 494	79 587	283 151	19 394	–
1971	287 388	– 15 157	– 5,00	33,7	24,13	151 073	75 607	269 530	17 858	–
1972	291 605	+ 4 217	+ 1,50	35,1	25,31	155 399	78 733	272 473	19 132	–
1973	295 565	+ 3 960	+ 1,40	37,1	26,89	157 563	79 640	274 323	21 242	–
1974	287 641	– 7 924	– 2,70	37,6	30,55	152 910	51 990	264 822	22 819	–
1975	283 234	– 4 407	– 1,50	40,3	32,96	151 498	52 434	259 081	24 153	–
1976	286 556	+ 3 322	+ 1,20	41,4		155 607	54 841	261 872	24 684	–
1977	286 971	+ 415	+ 0,10	44,0		157 610	56 525	261 499	25 472	–
1978	290 143	+ 3 172	+ 1,10	45,2		162 516	59 728	263 610	26 533	–
1979	293 851	+ 3 708	+ 1,30	45,8		167 312	61 308	267 110	26 741	–
1980	293 766	– 85	– 0,00	46,8		169 820	62 815	266 531	27 235	–
1981	289 009	– 4 757	– 1,60	49,0		168 255	59 678	261 481	27 528	–
1982	276 235	– 12 774	– 4,40	50,6		160 859	55 047	249 366	26 869	–
1983	263 920	– 12 315	– 4,50	50,8		153 181	50 584	238 103	25 817	–
1984	260 165	– 3 755	– 1,40	46,3		150 502	50 787	235 260	24 905	–
1985	258 846	– 1 319	– 0,50	50,0		148 756	50 230	235 020	23 826	–
1986	255 969	– 2 877	– 1,10			146 877	47 149	226 523	29 446	–
1987	254 417	– 1 552	– 0,60			145 804	45 285	225 574	28 843	–
1988	253 493	– 924	– 0,36			145 284	44 401	224 403	29 090	–
1989	250 783	– 2 710	– 1,07			144 153	41 876	221 638	29 145	–
1990	249 880	– 903	– 0,40			143 604	40 829	219 951	29 929	–
1991	348 095	+ 98 215	+ 39,31			220 634	43 546	302 250	45 845	–
1992	288 198	– 59 897	– 17,21			177 441	34 719	254 813	33 385	–
1993	255 708	– 32 490	– 11,27			155 446	26 344	227 116	28 592	–
1994 <sup>5</sup>	234 240	– 21 468	– 8,40	45,9		140 833	20 378	122 549	19 798	–
1995 <sup>5</sup>	216 288	– 17 952	– 7,66			128 900	14 942	107 750	17 704	–

Quellen: GTB; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30.9., danach der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streik­tätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

4 Bis zu 25 Jahren

5 Zu den Summen kommt es 1994 noch durch 91 893 „Sonstige“ (Arbeitslose, Rentner etc., aber auch Freiberufler) – vor allem in den neuen Bundesländern – 1995 durch 90 834.

# Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	389 470	–	–	22,4	30,23	5 534		376 071	13 399	–
1951	432 918	+ 43 448	+ 11,20	24,7	30,79	6 536		415 621	17 297	–
1952	410 346	– 22 572	– 5,20	21,9	27,79	4 874		394 729	15 617	–
1953	422 825	+ 12 479	+ 3,10	22,1	27,15	4 573		404 342	18 483	–
1954	441 712	+ 18 887	+ 4,50	21,2	25,63	4 274		424 814	16 898	–
1955	443 295	+ 1 583	+ 0,40	18,8	22,36	4 088		426 769	16 526	–
1956	443 568	+ 273	+ 0,10	18,0	21,15	3 512		427 716	15 852	–
1957	443 724	+ 156	+ 0,10	18,2	21,05	3 713		428 164	15 560	–
1958	425 977	– 17 747	– 3,90	16,9	19,21	3 519		411 199	14 778	–
1959	425 140	– 837	– 0,20	16,3	18,25	4 069		409 840	15 300	–
1960	425 835	+ 695	+ 0,20	16,6	18,30	4 287		410 121	15 714	–
1961	425 978	+ 143	+ 0,10	16,2	17,67	4 298		410 788	15 190	–
1962	443 583	+ 17 605	+ 4,10	16,4	17,67	4 375		426 774	16 809	–
1963	476 923	+ 33 340	+ 7,50	16,9	18,03	3 989		459 276	17 647	–
1964	502 918	+ 25 995	+ 5,50		18,89	3 713		483 606	19 312	–
1965	509 725	+ 6 807	+ 1,30		19,29	1 790		488 543	21 182	–
1966	514 360	+ 4 635	+ 0,90		19,66	3 884		491 685	22 671	4
1967	509 300	– 5 060	– 1,00		20,80	3 863		486 439	22 861	–
1968	503 388	– 5 912	– 1,20		20,37	3 834		476 615	26 773	–
1969	496 953	– 6 435	– 1,30		19,51	4 195		467 583	29 367	3
1970	504 230	+ 7 277	+ 1,50		19,37	4 736	49 472	475 701	28 529	–
1971	511 699	+ 7 469	+ 1,50		19,35	4 821	50 212	482 696	29 003	–
1972	520 879	+ 9 180	+ 1,80		19,05	5 067	50 243	488 362	32 517	–
1973	522 157	+ 1 278	+ 0,20		19,41	6 123	55 236	488 177	33 980	–
1974	517 902	– 4 255	– 0,80		20,66	7 345	51 890	478 566	39 336	–
1975	509 422	– 8 480	– 1,60		21,46	8 903	47 849	469 197	40 225	–
1976	504 548	– 4 874	– 1,00			10 983	47 062	463 085	41 463	–
1977	500 244	– 4 304	– 0,90			12 855	48 015	458 990	41 254	–
1978	517 842	+ 17 598	+ 3,50			14 265	54 500	473 041	44 801	–
1979	525 591	+ 7 749	+ 1,50			15 506	60 582	479 807	45 784	–
1980	533 054	+ 7 463	+ 1,40	41,0		17 918	68 182	487 218	45 836	–
1981	537 737	+ 4 683	+ 0,90			20 240	73 163	493 832	43 905	–
1982	530 960	– 6 777	– 1,30			22 419	72 581	487 771	43 189	–
1983	523 129	– 7 831	– 1,50			24 265	72 614	480 817	42 312	–
1984	517 016	– 6 113	– 1,20			26 310	72 933	474 455	42 561	–
1985	507 528	– 9 488	– 1,80			28 681	70 432	465 868	41 660	–
1986	485 055	– 22 473	– 4,40	ca. 36		30 491	63 398	445 308	39 747	–
1987	475 575	– 9 480	– 2,00			32 772	59 984	436 547	39 028	–
1988	468 238	– 7 337	– 1,54			34 459	56 164	429 178	39 060	–
1989	460 559	– 7 679	– 1,64			35 419	52 599	421 446	39 113	–
1990	462 751	+ 2 192	+ 0,50			36 625	51 209	423 377	39 374	–
1991	776 781	+ 314 030	+ 67,86			95 215	59 918	670 035	106 746	–
1992	695 712	– 81 069	– 10,44			73 164	79 708	613 038	82 674	–
1993	666 910	– 28 802	– 4,14	ca. 35		65 929	62 925	594 989	71 921	–
1994	652 964	– 13 946	– 2,09			63 298	58 885	585 427	67 537	–
1995	639 851	– 13 113	– 2,01			61 961	57 110	575 382	64 469	–

Quellen: BSE; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30.9., danach der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

4 Bis zu 25 Jahren

# Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	573 460	–	–	97,0	90,44	8 957		537 496	35 964	–
1951	606 674	+ 33 214	+ 5,80	97,4	91,01	9 831		565 992	40 682	–
1952	638 495	+ 31 821	+ 5,30	99,5	91,84	10 664		595 408	42 998	89
1953	639 136	+ 641	+ 0,10	96,9	88,07	9 881		597 123	41 911	102
1954	626 456	– 12 680	– 1,90	95,5	85,45	12 307		580 436	45 916	104
1955	612 872	– 13 584	– 2,20	93,2	82,53	11 236		570 937	41 821	114
1956	594 488	– 18 384	– 3,00	88,3	70,62	9 602		552 321	42 064	103
1957	596 309	+ 1 821	+ 0,30	79,1	69,73	10 142		551 904	44 292	113
1958	601 469	+ 5 160	+ 0,90	80,9	78,71	10 342		555 680	45 690	99
1959	573 535	– 27 934	– 4,60	82,4	71,56	9 192		527 852	45 584	99
1960	535 279	– 38 256	– 6,70	82,9	69,66	8 636		489 357	45 823	99
1961	522 115	– 13 164	– 2,50	82,9	71,08	16 452 <sup>5</sup>		484 179	37 838	98
1962	504 153	– 17 962	– 3,40	85,0	72,60	8 063		458 002	46 053	98
1963	480 451	– 23 702	– 4,70	84,7	63,23	7 631		436 062	44 291	98
1964	470 089	– 10 362	– 2,20	70,2	70,28	7 876		425 109	44 882	98
1965	444 728	– 25 361	– 5,40	68,5	68,52	7 293		400 620	44 010	98
1966	435 152	– 9 576	– 2,20	72,8	72,82	7 035		392 503	42 553	96
1967	425 573	– 9 579	– 2,20	76,6	76,55	6 427		384 390	41 055	128
1968	409 750	– 15 823	– 3,70	78,5	78,45	5 899		370 006	39 568	176
1969	403 020	– 6 730	– 1,60	82,0	82,20	5 918		362 323	40 521	176
1970	387 301	– 15 719	– 3,90	80,8	79,74	4 967	13 657	342 604	44 529	168
1971	392 571	+ 5 270	+ 1,40	79,5	79,48	5 259	23 357	346 887	45 394	290
1972	380 831	– 11 740	– 3,00	82,4	84,30	4 993	24 368	335 554	44 990	287
1973	377 589	– 3 242	– 0,90	84,9	85,02	5 287	23 194	331 547	45 770	272
1974	374 082	– 3 507	– 0,90	83,9	84,82	5 579	27 661	328 533	45 403	146
1975	378 369	+ 4 287	+ 1,10	86,7	86,74	5 970	32 318	335 387	42 834	148
1976	371 525	– 6 844	– 1,80	87,0		5 847	34 818	327 780	43 560	185
1977	367 602	– 3 923	– 1,10	88,9		6 054	38 142	322 909	44 538	155
1978	362 148	– 5 454	– 1,50	88,6		6 095	37 208	318 831	43 086	231
1979	363 865	+ 1 717	+ 0,50	90,8		6 566	43 062	317 327	46 369	169
1980	367 718	+ 3 853	+ 1,10	90,3		6 975	50 776	320 041	47 504	173
1981	371 749	+ 4 031	+ 0,90	90,5		6 959	53 647	324 176	47 385	188
1982	367 835	– 3 914	– 1,10	90,9		7 294	54 711	320 417	47 206	212
1983	366 328	– 1 507	– 0,40	92,3		7 001	55 575	318 423	47 676	229
1984	360 316	– 6 012	– 1,60	91,6		7 095	55 836	313 112	46 981	223
1985	356 706	– 3 610	– 1,00	92,0		7 206	55 931	306 695	49 790	221
1986	355 201	– 1 505	– 0,40	92,2		7 402	55 569	307 857	47 104	240
1987	347 528	– 7 673	– 2,20	92,1		7 307	52 528	300 646	46 608	274
1988	340 284	– 7 244	– 2,08	92,6		7 076	49 097	294 141	45 925	218
1989	331 106	– 9 178	– 2,70	92,7		6 748	43 797	285 516	45 364	226
1990	322 820	– 8 286	– 2,50	92,2		7 108	38 471	278 059	44 540	221
1991	506 640	+ 183 820	+ 56,94			47 590	46 333	402 957	103 465	218
1992	457 239	– 49 401	– 9,75			35 555	35 690	355 299	101 714	226
1993	403 172	– 54 067	– 11,83	85,0		28 441	28 609	312 623	90 289	260
1994	390 000	– 13 172	– 3,27			27 512	27 674	302 409	87 339	252
1995	376 366	– 13 634	– 3,50			27 932	26 533	289 924	86 210	232

Quellen: IGBE; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30.9., danach der 31.12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streikfähigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

4 Bis zu 25 Jahren

5 Diese von der IGBE veröffentlichte Zahl erscheint zweifelhaft.

# Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IGC) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	394 774	–	–	61,8	50,43	84 253		359 883	34 891	–
1951	452 684	+ 57 910	+ 14,70	66,8	53,97	100 856		413 478	39 206	–
1952	463 790	+ 11 106	+ 2,50	60,1	47,59	101 772		422 562	41 228	–
1953	451 650	– 12 140	– 2,60	58,6	46,19	98 588		415 916	35 734	–
1954	449 334	– 2 316	– 0,50	54,1	43,23	99 552		414 764	34 570	–
1955	456 576	+ 7 242	+ 1,60	50,6	41,02	100 258		422 066	34 510	–
1956	473 617	+ 17 041	+ 3,70	49,8	40,66	104 292		439 068	34 549	–
1957	485 413	+ 11 796	+ 2,50	48,2	39,86	104 410		449 577	35 836	–
1958	510 102	+ 24 689	+ 5,10	48,8	39,87	109 973		472 551	37 551	–
1959	510 611	+ 509	+ 0,10	46,7	38,46	107 864		472 423	38 188	–
1960	519 641	+ 9 030	+ 1,80	45,3	37,64	107 882		479 641	40 000	–
1961	524 737	+ 5 096	+ 1,00	44,0	37,25	103 813		482 147	42 590	–
1962	526 565	+ 1 828	+ 0,40	42,4	37,25	101 860		476 713	49 852	–
1963	523 334	– 3 231	– 0,60	40,6	36,80	99 119		471 853	51 481	–
1964	533 699	+ 10 365	+ 2,00	51,8	36,58	97 848		477 807	55 892	–
1965	542 160	+ 8 461	+ 1,60	50,7	35,80	97 328		481 890	60 270	–
1966	537 434	– 4 726	– 0,90	50,6	35,34	93 015		474 907	62 527	–
1967	527 834	– 9 600	– 1,80	52,2	36,84	87 869		462 733	65 101	–
1968	533 814	+ 5 980	+ 1,10	51,9	36,57	88 620		467 871	65 943	–
1969	552 552	+ 18 738	+ 3,50	51,6	36,54	91 577		482 170	70 382	–
1970	598 831	+ 46 279	+ 8,40	53,1	37,41	100 004	76 012	519 092	79 739	–
1971	613 057	+ 14 226	+ 2,40	52,0	36,57	103 599	77 637	526 095	86 962	–
1972	626 771	+ 13 714	+ 2,20	52,6	36,98	108 340	77 624	533 266	93 505	–
1973	645 178	+ 18 407	+ 2,90	53,2	37,40	113 032	82 503	545 665	99 513	–
1974	655 703	+ 10 525	+ 1,60	54,4	38,21	116 158	93 421	550 004	105 699	–
1975	644 271	– 11 432	– 1,70	54,0	37,87	114 162	85 128	533 557	110 714	–
1976	643 390	– 881	– 0,10	54,2		114 132	86 022	530 055	113 335	–
1977	651 037	+ 7 647	+ 1,20	54,3		117 278	90 823	534 443	116 594	–
1978	650 675	– 362	– 0,10	54,2		119 045	90 348	531 591	119 084	–
1979	657 920	+ 7 245	+ 1,10	53,8		122 129	95 658	538 110	119 810	–
1980	660 973	+ 3 053	+ 0,50	52,8		123 680	98 500	540 774	120 199	–
1981	654 633	– 6 340	– 1,00	53,1		123 705	94 875	534 252	120 381	–
1982	643 079	– 11 554	– 1,80	51,0		121 889	90 857	523 297	119 782	–
1983	635 276	– 7 803	– 1,20	50,8		120 219	89 358	515 057	120 219	–
1884	638 176	+ 2 900	+ 0,50	50,4		119 147	94 954	516 888	121 288	–
1985	649 569	+ 11 393	+ 1,80	50,8		121 760	101 851	524 646	124 923	–
1986	653 776	+ 4 207	+ 0,70	50,5		125 433	104 565	527 164	126 612	–
1987	655 776	+ 2 000	+ 0,30	50,6		126 377	105 204	527 669	128 107	–
1988	662 586	+ 6 810	+ 1,04			127 903	105 642	531 447	131 139	–
1989	664 618	+ 2 032	+ 0,31			128 996	106 131	532 643	131 975	–
1990	675 949	+ 11 331	+ 1,70	50,6		132 322	105 148	541 138	134 811	–
1991	876 674	+ 200 725	+ 29,70			226 551	109 478	728 505	148 169	
1992	818 832	– 57 842	– 6,60			202 443	85 392	667 239	151 593	
1993	778 530	– 40 302	– 4,92			188 312	71 025	626 406	152 124	
1994	742 367	– 36.163	– 4,65	50,0 <sup>5</sup>		175 733	59 396	591 921	150 446	
1995	723 240	– 19 127	– 2,58			168 296	54 976	573 915	149 325	

Quellen: IGC; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

<sup>1</sup> Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

<sup>2</sup> Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

<sup>3</sup> Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streikfähigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151

<sup>4</sup> Bis zu 25 Jahren

<sup>5</sup> IGC-Schätzwert

# Gewerkschaft Kunst (GK)<sup>1</sup> 1950 bis 1988

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>2</sup>	Mitglieder <sup>3</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto <sup>4</sup>	netto <sup>5</sup>	Frauen	Jugend <sup>6</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	43 277	–	–	62,4	79,40	8 685		–	42 845	432
1951	38 321	– 4 956	– 11,50	54,5		9 034		–	37 889	432
1952	33 619	– 4 702	– 12,30	48,5		8 433		–	33 185	434
1953	33 113	– 506	– 1,50	44,2		8 568		–	32 679	434
1954	37 401	+ 4 288	+ 12,90	48,2		9 747		–	36 970	431
1955	36 428	– 973	– 2,60	45,3		8 374		2 299	33 705	424
1956	35 491	– 937	– 2,60	42,2		8 613		2 853	32 220	418
1957	35 272	– 219	– 0,60	40,0		9 487		3 956	31 071	245
1958	35 212	– 60	– 0,20	39,1		10 256		3 988	30 954	270
1959	35 334	+ 122	+ 0,40	38,5		10 322		4 100	31 050	184
1960	31 487	– 3 847	– 10,90	34,5		10 631		3 935	27 552	–
1961	31 728	+ 241	+ 0,80	34,7	32,69	10 911		4 016	27 712	–
1962	31 768	+ 40	+ 0,10	35,0		10 720		3 190	28 578	–
1963	31 631	– 137	– 0,40	36,5		9 622		3 978	27 653	–
1964	29 640	– 1 991	– 6,30			8 775		2 329	27 277	34
1965	35 640	+ 6 000	+ 20,20			8 641		2 358	33 246	36
1966	34 506	– 1 134	– 3,20			9 077		940	33 526	40
1967	34 161	– 345	– 1,00			9 022		1 204	32 923	34
1968	33 656	– 505	– 1,50			8 555		1 204	32 418	34
1969	32 840	– 816	– 2,40			8 369		–	32 840	–
1970	34 138	+ 1 298	+ 4,00		37,80	8 730	303	–	34 138	–
1971	34 778	+ 640	+ 1,90			8 730	530	–	34 778	–
1972	35 344	+ 566	+ 1,60			9 194		–	35 344	–
1973	35 618	+ 274	+ 0,80			4 965		–	35 618	–
1974	36 150	+ 532	+ 1,50			5 583		–	36 150	–
1975	36 461	+ 311	+ 0,90			5 730		–	36 461	–
1976	41 632	+ 5 171	+ 14,20			6 656		–	41 632	–
1977	41 382	– 250	– 0,60			6 629		–	41 374	8
1978	42 109	+ 727	+ 1,80			6 957		–	42 109	–
1979	44 113	+ 2 004	+ 4,80			7 304		–	44 113	–
1980	45 252	+ 1 139	+ 2,60	50,0		7 493		–	45 252	–
1981	47 072	+ 1 820	+ 4,00			7 795		–	47 072	–
1982	47 925	+ 853	+ 1,80			7 945		–	47 925	–
1983	46 668	– 1 257	– 2,60			7 777		–	46 668	–
1984	29 590	– 17 078	– 36,60			11 249		–	29 590	–
1985	27 019	– 2 571	– 8,70	30,0		10 477	648	–	27 019	–
1986	28 134	+ 1 115	– 4,10			10 701	614	–	28 134	–
1987	28 440	+ 306	+ 1,10			10 784	595	–	28 440	–
1988	29 613	+ 1 173	+ 4,13			9 890	615	–	29 613	–

Quellen: GK; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Am 15. April 1989 Fusion mit der Industriegewerkschaft Druck und Papier (IGD) des DGB zur Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst – IG Medien

2 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

3 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland

4 In den Jahren 1950/51 sowie 1953 bis 1962 schließt der GK-Organisationsbereich den Sport mit ein.

5 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

6 Bis zu 25 Jahren; von 1972 bis 1984 machte die GK keine Angaben zur Statistik der DGB-Jugend.



# Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)<sup>1</sup> seit 1989

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>2</sup>	Mitglieder <sup>3</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Sonstige <sup>5</sup>
1989	182 150	+ 2 278	+ 1,27			47 800	21 341	116 252	65 898	–
1990	184 720	+ 2 570	+ 1,40			50 164	14 896	122 995	61 725	–
1991	244 774	+ 60 054	+ 32,51	40,0 <sup>6</sup>		83 949	23 287	123 099	63 935	57 740
1992	236 306	– 8 468	– 3,46			79 560		115 500	57 166	63 640
1993	223 600	– 12 706	– 5,38			74 029	16 194	104 383	52 511	66 706
1994	215 155	– 8 445	– 3,78			70 732	12 873	96 384	50 479	68 292
1995	206 786	– 8 369	– 3,89			67 644	12 924	88 932	48 464	69 390

Quellen: IG Medien; DGB; eigene Berechnungen

1 Am 15. April 1989 entstanden aus den ehemaligen DGB-Verbänden „Industriegewerkschaft Druck und Papier“ – IGD – und „Gewerkschaft Kunst“ – GK

2 Stichtag ist der 31.12.

3 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

4 Bis zu 25 Jahren, 1992 nicht gemeldet wegen zu unsicherer Datenbasis im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung

5 Hier erscheinen „Sonstige“. Neuaufnahmen im Zuge der Wiedervereinigung, die sich anfangs noch keiner Berufsgruppe sicher zuordnen ließen.

6 Schätzwert

# Industriegewerkschaft Metall (IGM) seit 1950

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisationsgrad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in Prozent	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	1 290 670	–	–	52,3	52,97	135 579		1 199 202	91 468	–
1951	1 528 121	+ 237 451	+ 18,40	56,1	57,93	175 250		1 422 345	105 776	–
1952	1 580 467	+ 52 346	+ 3,40	56,2	54,06	183 440		1 469 834	110 633	–
1953	1 604 140	+ 23 673	+ 1,50	51,8	50,69	186 928		1 491 850	112 290	–
1954	1 658 298	+ 54 158	+ 3,40	50,8	49,34	200 089		1 549 304	108 994	–
1955	1 657 840	– 458	– 0,00	46,9	45,04	199 782		1 541 827	116 013	–
1956	1 660 913	+ 3 073	+ 0,20	43,8	41,57	204 786		1 542 947	117 966	–
1957	1 720 120	+ 59 207	+ 3,60	42,4	41,45	218 391		1 594 551	125 569	–
1958	1 762 438	+ 42 318	+ 2,50	42,2	40,37	216 428		1 635 894	126 544	–
1959	1 750 475	– 11 963	– 0,70	40,4	37,25	215 066		1 623 252	127 223	–
1960	1 842 818	+ 92 343	+ 5,30	39,8	36,87	226 667		1 705 929	136 889	–
1961	1 849 572	+ 6 754	+ 0,40	38,0	33,74	214 920		1 712 157	137 415	–
1962	1 903 690	+ 54 118	+ 2,90	38,2	34,09	218 897		1 756 979	146 711	–
1963	1 895 802	– 7 888	– 0,40	37,7	34,39	214 271		1 742 226	153 576	–
1964	1 936 676	+ 40 874	+ 2,20	37,5	34,29	208 453		1 773 773	162 903	–
1965	2 011 313	+ 74 637	+ 3,90	38,3	34,18	214 673		1 829 880	181 433	–
1966	2 023 891	+ 12 578	+ 0,60	38,9	34,08	213 253		1 832 857	191 034	–
1967	1 957 946	– 65 945	– 3,30	39,5	34,22	197 412		1 763 191	194 755	–
1968	1 964 684	+ 6 738	+ 0,30	38,9	33,72	197 634		1 767 668	197 016	–
1969	2 070 980	+ 106 296	+ 5,40	38,6	33,40	208 340		1 858 021	212 959	–
1970	2 223 467	+ 152 487	+ 7,40	39,6	35,16	226 951	443 352	1 985 022	238 445	–
1971	2 312 294	+ 88 827	+ 4,00	40,7	36,00	245 672	455 421	2 047 887	264 407	–
1972	2 354 975	+ 42 681	+ 1,80	42,1	37,29	267 739	468 231	2 070 423	284 552	–
1973	2 460 697	+ 105 722	+ 4,50	52,1	38,18	302 005	557 838	2 141 279	319 418	–
1974	2 593 480	+ 132 783	+ 5,40	56,9	40,91	343 302	573 606	2 248 233	345 247	–
1975	2 556 184	– 37 296	– 1,40	60,0	43,62	337 614	582 122	2 206 168	350 016	–
1976	2 581 340	+ 25 156	+ 1,00	59,9		340 812	598 550	2 205 463	375 877	–
1977	2 624 388	+ 43 048	+ 1,70			355 621	639 438	2 238 245	386 143	–
1978	2 680 798	+ 56 410	+ 2,20	46,7		379 824	659 240	2 286 403	394 395	–
1979	2 684 509	+ 3 711	+ 0,10			380 387	660 416	2 284 866	399 643	–
1980	2 622 267	– 62 242	– 2,30			369 963	428 042	2 234 361	387 906	–
1981	2 622 069	– 198	– 0,00			376 908	477 491	2 234 247	387 822	–
1982	2 576 471	– 45 598	– 1,70			369 273	450 470	2 189 279	387 192	–
1983	2 535 644	– 40 827	– 1,60			361 981	424 541	2 148 262	387 382	–
1984	2 497 733	– 37 911	– 1,50			360 300	421 744	2 114 849	382 884	–
1985	2 553 041	+ 55 308	+ 2,20			374 791	447 695	2 164 065	388 976	–
1986	2 598 323	+ 45 282	+ 1,80			386 615	463 068	2 203 009	395 314	–
1987	2 609 247	+ 10 924	+ 0,40	circa 45		390 978	450 695	2 213 179	396 068	–
1988	2 624 521	+ 15 274	+ 0,59			396 346	437 902	2 225 211	399 310	–
1989	2 679 237	+ 54 716	+ 2,09			411 610	439 399	2 271 877	407 360	–
1990	2 726 705	+ 47 468	+ 1,80			432 991	436 568	2 314 707	411 998	–
1991	3 624 380	+ 897 675	+ 32,92			756 023	514 780	3 005 853	618 527	–
1992	3 394 282	– 230 098	– 6,35			668 402	429 093	2 820 536	573 746	–
1993	3 146 437	– 247 845	– 7,30			589 434	343 949	2 605 688	540 749	–
1994	2 995 738	– 150 699	– 4,79	55,0 <sup>5</sup>		548 092	284 456	2 470 126	525 612	–
1995	2 869 469	– 126 269	– 4,22			511 735	246 442	2 363 947	505 522	–

Quellen: IGM; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen

1 Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

2 Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland; ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen

3 Angaben nach: Thomas Hagelstange: Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 129 bis 141

4 Bis zu 25 Jahren

5 IGM-Schätzwert

## Marburger Bund (mb)

### Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands

#### Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1978

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Brutto- Organisa- tionsgrad in %	Studenten <sup>3</sup>	AiP <sup>4</sup>
		absolut	in %			
1978	29 446			50,36		
1979	32 565	+ 3 119	+ 10,6	49,04		
1980	35 380	+ 2 815	+ 8,6	49,23	4 886	
1981	38 993	+ 3 613	+ 10,2	51,13	6 149	
1982	42 062	+ 3 069	+ 7,9	51,87	6 969	
1983	46 250	+ 4 188	+ 10,0	52,10	9 639	
1984	47 065	+ 815	+ 2,0	52,87	9 792	
1985	48 764	+ 1 699	+ 3,6	52,71	10 152	
1986	49 587	+ 823	+ 1,7	52,30	10 157	
1987	48 547	- 1 040	- 2,1	50,86	8 776	
1988	47 162	- 1 385	- 2,9	49,96	5 679	
1989	46 788	- 374	- 0,8	47,81	6 314	
1990	51 749	+ 4 961	+ 10,6	40,91	2 996	3 149
1991	53 849	+ 2 100	+ 4,1	40,16	3 013	3 507
1992	54 183	+ 334	- 0,6	42,46	3 265	3 523
1993	55 042	+ 859	- 1,6	41,51	3 513	3 790
1994	56 598	+ 1 556	+ 2,8	40,81	4 930	3 418
1995 <sup>5</sup>	57 439	+ 841	+ 1,5	39,66	5 828	3 584

Quelle: mb

1 Stichtag ist jeweils der 31. 12.

2 Ab 1990 gesamtdeutsche Zahlen

3 In 1989 und 1990 inkl. AiP

4 Ärzte im Praktikum

5 Aktuell sind 36 Prozent der Mitglieder Frauen.

## Die wichtigsten Veröffentlichungen der ULA und ihrer Mitgliedsverbände

Verband	Titel	Auflage in Tsd.	Erscheinungsweise	Chefredakteur/ Schriftleitung
Union der Leitenden Angestellten (ULA) Alfredstr. 77-79 45130 Essen Tel.: 02 01 / 78 20 36	ULA-Nachrichten	53,0	6 x jährlich	Jürgen Borgwardt Redaktion: Thomas Bona
Mitgliedsverbände:				
Verband angestellter Akademiker und Leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA) Kattenbug 2 50667 Köln Tel.: 02 21 / 13 40 28	VAA Nachrichten	30,0	10 x jährlich	Ansgar Fischer
Verband Angestellter Führungskräfte (VAF) Hohenstaufenring 43 50674 Köln Tel.: 02 21 / 92 18 29-0	VAF Nachrichten	12,0	6 x jährlich	Dr. Wolf-Rüdiger Janert
Verband der Führungskräfte im Bergbau, Energiewirtschaft und zugehörigem Umweltschutz (VDF) Alfredstr. 77-79 45130 Essen Tel.: 02 01 / 77 20 11	Führungskraft	8,5	6 x jährlich	Thomas Bona
	VBU – Information	1,0	4 x jährlich	Jörg Mattenklott
VDL-Bundesverband – Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL) Godesberger Allee 142-148 53175 Bonn Tel.: 02 28 / 37 67 11	VDL Nachrichten	6,0	10 x jährlich	Dr. Dieter Barth
Bundesverband der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz (VGA) Kaiser-Wilhelm-Ring 15 50672 Köln Tel.: 02 21 / 52 73 21	VGA Nachrichten	1,5	6 x jährlich	Axel Heinze

# Industriegewerkschaft Druck und Papier (IGD)

## Mitgliederzahlen und Organisationsgrad seit 1950

Jahr <sup>1</sup>	Mitglieder <sup>2</sup> insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Organisations- grad in % der abhängig Erwerbstätigen		Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind				
		absolut	in %	brutto	netto <sup>3</sup>	Frauen	Jugend <sup>4</sup>	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	129 089	–	–	76,7	55,84	33 497		122 141	6 948	–
1951	137 083	+ 7 994	+ 6,2	79,5	55,70	36 593		129 501	7 582	–
1952	131 793	– 5 290	– 3,8	75,6	52,95	35 815		125 053	6 740	–
1953	129 879	– 1 914	– 1,5	69,7	48,41	34 738		123 962	5 917	–
1954	130 042	+ 163	+ 0,1	65,8	45,29	34 491		124 422	5 620	–
1955	130 815	+ 773	+ 0,6	62,4	42,77	33 811		124 843	5 972	–
1956	133 430	+ 2 615	+ 2,0	60,3	40,79	34 416		127 479	5 951	–
1957	137 099	+ 3 669	+ 2,8	58,5	39,22	34 311		131 013	6 086	–
1958	140 472	+ 3 373	+ 2,5	57,4	38,20	34 502		134 371	6 101	–
1959	141 189	+ 717	+ 0,5	55,7	36,74	32 738		134 847	6 342	–
1960	140 908	– 281	– 0,2	53,8	35,21	30 025		134 824	6 084	–
1961	143 924	+ 3 016	+ 2,1	52,4	33,99	29 413		137 346	6 578	–
1962	145 887	+ 1 963	+ 1,4	51,4	33,42	29 354		138 749	7 138	–
1963	145 415	– 472	– 0,3	50,0	32,86	27 569		137 626	7 789	–
1964	144 560	– 855	– 0,6	44,0	33,17	25 956		136 136	8 424	–
1965	148 592	+ 4 032	+ 2,8	43,9	33,17	25 524		140 809	7 783	–
1966	145 786	– 2 806	– 1,9	41,9	31,78	25 455		137 795	7 991	–
1967	143 555	– 2 231	– 1,5	42,8	30,88	24 178		134 921	8 634	–
1968	140 511	– 3 044	– 2,1	41,8	29,47	22 530		129 013	11 498	–
1969	143 357	+ 2 846	+ 2,0	41,1	28,67	22 775		134 442	8 915	–
1970	148 325	+ 4 968	+ 3,5	41,0	28,50	23 403	30 555	138 458	9 867	–
1971	150 831	+ 2 506	+ 1,7	42,1	29,29	24 791	31 152	139 506	11 325	–
1972	153 407	+ 2 576	+ 1,7	43,7	30,91	29 160	28 876	139 438	13 969	–
1973	160 062	+ 6 655	+ 4,3	45,9	32,18	27 412	27 148	144 939	15 123	–
1974	164 465	+ 4 403	+ 2,8	48,4	35,09	29 051	26 122	147 762	16 703	–
1975	157 985	– 6 480	– 3,9	50,8	36,02	28 312	23 278	140 271	17 714	–
1976	158 180	+ 195	+ 0,1	54,5		29 349	22 652	139 864	18 316	–
1977	152 256	– 5 924	– 3,7	53,4		28 729	21 173	133 934	18 322	–
1978	145 980	– 6 276	– 4,1	51,6		27 547	20 394	127 710	18 270	–
1979	139 069	– 6 911	– 4,7	47,7		26 989	20 300	116 859	22 210	–
1980	143 970	+ 4 901	+ 3,5	47,7		29 930	21 645	118 424	25 546	–
1981	151 796	+ 7 826	+ 5,4	49,6		33 730	22 222	122 428	29 368	–
1982	145 271	– 6 525	– 4,3	52,3		33 106	23 424	118 486	26 785	–
1983	144 344	– 927	– 0,6	54,2		32 924	20 464	112 975	31 369	–
1984	142 334	– 2 010	– 1,4	54,8		33 706	18 053	109 468	32 866	–
1985	140 725	– 1 609	– 1,1	52,8		32 790	18 763	107 094	33 631	–
1986	143 384	+ 2 659	+ 1,9			33 888	18 759	108 065	35 319	–
1987	145 054	+ 1 670	+ 1,2			34 816	21 712	108 444	36 610	–
1988	150 259	+ 5 205	+ 3,6			37 161	18 762	112 163	38 096	–

Quellen: IGD; DGB; Statistisches Bundesamt; Hagelstange; eigene Berechnungen.

<sup>1</sup> Stichtag ist bis 1959 der 30. 9., danach der 31. 12.

<sup>2</sup> Bundesgebiet einschließlich West-Berlin; ab 1957 mit Saarland.

<sup>3</sup> Angaben nach: Thomas Hagelstange, Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streiktätigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975, Stuttgart 1979, Anhang: Zeitreihen 142 bis 151.

<sup>4</sup> Bis zu 25 Jahren.

# Stichwortverzeichnis

## A

ACA – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland

AdA – Akademie der Arbeit

ADGB – Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

AKS – Arbeitskammer des Saarlandes

Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein

ANK – Angestelltenkammer Bremen

Arbeitnehmerorganisationen (Überblick)

Arbeitnehmerorganisationen in Deutschland (Überblick)

ARK – Arbeiterkammer Bremen

AUB – Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger

## B

B.E.A. – Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

BAAK – Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitskammern

BDK – Bund Deutscher Kriminalbeamter

Berufsgewerkschaft

Betriebsgewerkschaft

BiSoWe – Bildungsdienst, Sozialwerk und Akademie des Deutschen Beamtenbundes

Breslauer Verein

BSE – Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden

Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“

## C

CDA – Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft der CDU

**CGB – Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands**

CGB – Berufsgewerkschaften

CGB – Bildungseinrichtungen

CGB – Bundesvorstand

CGB – Landesverbände

CGB – Mitgliederzahlen (1959–1990)

CGB – Mitgliederzahlen (1991–1995)

CGB – Organisationsgrad

CGB – Organisationsschema

CGB – Veröffentlichungen

CGB aktuell

CGB-Stellungnahmen 1991–94

- ABM
- Arbeitskampf
- Arbeitsmarkt
- Arbeitsrecht
- Arbeitszeit
- Ausländerpolitik, -feindlichkeit
- Bildungspolitik
- Deutsche Einheit
- EG-Binnenmarkt
- EG-Mitbestimmung



- Einwanderung
- Frauenförderung
- Gesundheitspolitik
- Gewerkschaftspolitik
- Industriestandort Deutschland
- Kündigungsschutz
- Mitbestimmung
- Pflegeversicherung
- Privatisierung
- Sozialpolitik
- Steuerpolitik
- Tarifpolitik
- Umweltpolitik
- Vermögensbildung
- Wirtschaftsstandort Deutschland

CSA – Arbeitnehmer-Union der CSU

## D

### **DAG – Deutsche Angestellten-Gewerkschaft**

DAG – Angeschlossene Organisationen

DAG – Bildungseinrichtungen

DAG – Bildungswerk

DAG – Bundesberufsgruppen

DAG – Bundesvorstand

DAG – Forum

DAG – Landesverbände

DAG – Mitglieder nach Bundesberufsgruppen

DAG – Mitgliederzahlen

DAG – Mitgliederzahlen nach Landesverbänden ab '90

DAG – Mitgliederzahlen nach Landesverbänden bis '89

DAG – Mitgliederzahlen nach Wirtschaftsgruppen

DAG – Organisationsschema

DAG – Stellungnahmen

DAG – Veröffentlichungen

DAG-Kooperationen 1994

DAG-Stellungnahmen

- Arbeitsbedingungen

- ABM

- Arbeitsmarktpolitik

- Arbeitsrecht

- Arbeitszeit

- Asylpolitik

- Ausländerpolitik, -feindlichkeit

- Bildungspolitik

- Deutsche Einheit

- EG-Binnenmarkt

- EG-Mitbestimmung

- Energiepolitik

- Frauenförderung

- Gesundheitspolitik

- Gewerkschaftspolitik

- Investitionsabgabe

- Kulturpolitik

- Mitbestimmung

- Pflegeversicherung

- Sozialpolitik

- Sozialrecht

- Steuerpolitik

- Tarifpolitik

- Umweltschutz

- Verhältnis DAG – DGB

- Vermögensbildung

- Wirtschaftsstandort Deutschland
- Wohnungsmarkt

DAV – Deutscher Arbeitnehmer-Verband

**DBB – Deutscher Beamtenbund**

DBB – Bundesbeamtengewerkschaften

DBB – Bundesfachgewerkschaften

DBB – Bundesleitung

DBB – Landesbünde

DBB – Mitgliederzahl (Entwicklung)

DBB – Mitgliederzahl (seit '92)

DBB – Organisationsgrad

DBB – Organisationsschema

DBB – Publikationen

DBB – Seminare zur Politischen Bildung

DBV – Deutscher Bankangestellten-Verband

DBwV – Deutscher Bundeswehr-Verband

Deutsche Arbeitsfront

**DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund**

DGB – Bildungseinrichtungen

DGB – Bildungswerke

DGB – Bundesvorstand, geschäftsführender

DGB – Delegiertenschlüssel der Bundeskongresse

DGB – Mitgliederzahlen

DGB – Landesbezirke

DGB – Mitgliederzahlen (Angestellte, nach Mitgliedsverbänden)

DGB – Mitgliederzahlen (Entwicklung in den Landesbezirken)

DGB – Mitgliederzahlen (Mitgliedsverbände)

DGB – Mitgliederzahlen nach Landesbezirken bis 1990

DGB – Mitgliederzahlen nach Landesbezirken seit 1991

DGB – Mitgliedsgewerkschaften

DGB – Organisationsgrad (ausländische Arbeitnehmer)

DGB – Organisationsschema

DGB – Publikationen

DGB – Vorsitz

DGB-Aktionsprogramm 1955

DGB-Aktionsprogramm 1965

DGB-Aktionsprogramm 1972

DGB-Aktionsprogramm 1979

DGB-Aktionsprogramm 1988

DGB-Aktionsprogramm 1988

DGB-Berufsbildungswerk

DGB-Bundeskongreß 1953

DGB-Bundeskongreß 1954

DGB-Bundeskongreß 1956

DGB-Bundeskongreß 1963

DGB-Bundeskongreß 1972

DGB-Bundeskongreß 1981

DGB-Bundeskongreß 1982

DGB-Bundeskongreß 1986

DGB-Bundeskongreß 1990

DGB-Bundeskongreß 1990

DGB-Grundsatzprogramm 1981

DGB-Reformdiskussion (1991–1995)

DGB-Reformdiskussion bis 1990

DGB-Stellungnahmen

- Arbeitsbedingungen
- ABM
- Arbeitsrecht
- Arbeitsvermittlung
- Arbeitszeit



- Asylpolitik
  - Ausländerpolitik, -feindlichkeit
  - Bildungspolitik, Forschung und Entwicklung
  - Deutsche Einheit
  - DGB-Politik
  - EG-Binnenmarkt
  - EG-Mitbestimmung
  - Energiepolitik
  - FDGB-Vermögen
  - Forschungspolitik
  - Frauenförderung
  - Gesundheitspolitik
  - Gewerkschaftspolitik
  - Gleichberechtigung
  - Industriestandort Deutschland
  - Mitbestimmung
  - Pflegeversicherung
  - Privatisierung
  - Solidarpakt
  - Sozialpolitik
  - Steuerpolitik
  - Tarifpolitik, -autonomie
  - Umweltschutz
  - Vermögenspolitik
  - Wirtschaftsstandort Deutschland
  - Wohnungspolitik
- dhg – Deutsche Hausfrauengewerkschaft
- DJV – Deutscher Journalisten-Verband
- DL – Deutscher Lehrerverband
- DPG – Deutsche Postgewerkschaft

## E

- Einheitsgewerkschaft
- EKA – Evangelische Konferenz für Arbeitnehmerfragen
- Europäische Dachverbände der Gewerkschaften
- Europäische Gewerkschaften
- Belgien
  - Dänemark
  - Finnland
  - Frankreich
  - Griechenland
  - Großbritannien
  - Irland
  - Italien
  - Luxemburg
  - Malta
  - Niederlande
  - Norwegen
  - Österreich
  - Portugal
  - Schweden
  - Schweiz
  - Spanien
  - Türkei
  - Zypern

## F

FDGB – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

## G

**GdED – Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands**

- GdED – Bildungseinrichtung
  - GdED – Mitgliederzahlen
  - GdED – Organisationsgrad
  - GdED – Vorsitz
  - GdP – Gewerkschaft der Polizei
  - GEDAG – Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften
  - Geschichte der Arbeitnehmerverbände in Deutschland
  - Geschichte der DAG
  - Geschichte des CGB
  - Geschichte des DBB
  - Geschichte des DGB
  - GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
  - Gewerkegesetz
  - Gewerkschaften der Zukunft als Dienstleistungsorganisationen
  - Gewerkschaften und Mitbestimmung
  - Gewerkschaftliche Beteiligung an Willensbildungsprozessen
  - Gewerkschaftliche Gegenmacht
  - Gewerkschaften in den Bundesländern:
    - Baden-Württemberg
    - Bayern
    - Berlin
    - Brandenburg
    - Bremen
    - Hamburg
    - Hessen
    - Mecklenburg-Vorpommern
    - Niedersachsen
    - Nordrhein-Westfalen
    - Rheinland-Pfalz
    - Saarland
  - Sachsen
  - Sachsen-Anhalt
  - Schleswig-Holstein
  - Thüringen
  - Gewerkschaftlicher Vertrauenskörper im Betrieb
  - Gewerkschafts-Neugründungen nach 1945
  - Gewerkschaftsarbeit im Betrieb
  - Gewerkschaftsdefinition
  - Gewerkschaftsprobleme heute
  - Gewerkschaftstypen
  - GfJ – Gesellschaft für Jugendheime
  - GGLF – Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
  - GGVöD – Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes
  - GHK – Gewerkschaft Holz und Kunststoff
  - GL – Gewerkschaft Leder
  - Gleichschaltung im Nationalsozialismus
  - Grundgesetzliche Regelungen
  - GTB – Gewerkschaft Textil-Bekleidung
  - GTB – Bildungseinrichtungen
- H
- Hans-Böckler-Stiftung
  - Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände
  - Hausgewerkschaft
  - HBV – Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen**
  - HBV – Bildungsstätte
  - HBV – Finanzen
  - HBV – Mitgliederzahlen
  - HBV – Organisationsgrad

HBV – Vorsitz

### **Historische Entwicklung der Arbeitnehmerverbände in Deutschland**

- 18. Jahrhundert
- 19. Jahrhundert
- 20. Jahrhundert
- Nach 1919
- 1933–1945
- 1945–1949
- ab 1950

HWP – Hochschule für Wirtschaft und Politik

## **I**

IG BAU – Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

IG Medien – Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst

IG Medien – Mitgliederzahlen

### **IGM – Industriegewerkschaft Metall**

IG-Metall-Bildungseinrichtungen

IG-Metall-Mitgliederzahlen

IG-Metall-Vorstand

IGBE – Industriegewerkschaft Bergbau und Energie

IGC – Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik

IGC-Bildungseinrichtungen

Industrieverbandsprinzip

## **K**

KAB – Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands

KAB – Bildungseinrichtungen

KGBCE – Kartell-Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie

Kolpingwerk Deutschland

## **M**

mb – Marburger Bund

Multi-Multi-Branchengewerkschaft

## **N**

NGG – Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Novemberabkommen von 1918

## **O**

Organisationsformen der Gewerkschaften

Organisationsprinzip einer Gewerkschaft

### **ÖTV – Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr**

ÖTV – Bildungsstätten

ÖTV – Finanzen

ÖTV – Hauptvorstand

ÖTV – Mitgliederzahlen

ÖTV – Organisationsgrad

## **R**

Richtungsgewerkschaft

Ruhrfestspiele GmbH

## **S**

SAD – Sozialakademie Dortmund

Sozialattachés

Sozialistengesetz und Folgen

Streikausschuß

## T

Tarifpolitik als Machtpolitik  
Typen von Gewerkschaften

## U

ULA – Union der Leitenden Angestellten  
ULA-Führungskräfte-Verbände  
ULA-Mitglieder  
ULA-Publikationen  
Unabhängige Gewerkschaftsorganisation  
West-Berlin

## V

VC – Vereinigung Cockpit  
VDF – Verband Deutscher Flugleiter  
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände  
Vereinigungsfreiheit  
VHB – Vereinigung der höheren Führungskräfte der deutschen Bahnen

## W

WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung



# Namensregister

## A

Adams, Wilfried  
Ahr, Theodor  
Altmeyer, Veronika  
Anger, Susanne  
Arens, Willi (Wilhelm  
Friedrich)  
Arentz, Hermann-Josef

## B

Backes, Horst  
Balle, Dietmar  
Barczynski, Jörg  
Bärwald, Helmut  
Bauer, Reiner  
Baum, Karl Heinz  
Bauwens, Gabriele  
Bayer, Marianne  
Beck, Klaus  
Beckenbach, Wiltraud  
Becker, Waltraud  
Beiderwieden, Ulrich  
Beischall, Eduard  
Benz, Silvia  
Benz-Overhage, Karin  
Bergemann, Gustav  
Berger, Hans  
Berkessel, Peter  
Bernsdorf, Robert  
Betzen, Sigrid

Biesenberger, Günter

Bischoff, Werner  
Bißmann, Rainer  
Blebschmidt, Peter  
Bleibtreu, Eike  
Bleicher, Siegfried  
Blumenthal, Antje  
Boeck, Dieter  
Bolten, Hans  
Bona, Thomas  
Borgwardt, Jürgen  
Bösche, Burchard  
Brand-Hückstädt, Ingrid  
Brands, Klaus  
Braune, Waltraud  
Breuckmann, Willi  
Bruckert, Rainer  
Brunner, Angelika  
Bunte, Monika  
Burgunder, Rainer  
Butze, Peter

## C

Carlin, Klaus  
Chill, Hanni  
Christians, Clemens

## D

Dahlem, Günther  
Demmer, Marianne

Dera, Robert  
Derwein, Ursula  
Dick, Werner  
Dicke, Wolfgang  
Dickhausen, Günter  
Dittmann, Frauke  
Dittmar, Rolf  
Dornbusch, Adalbert  
Dreßler, Rudolf  
Driemel, Hans  
Durner, Heinz

## E

Ebert, Gesa  
Ebert, Ursula  
Eckinger, Ludwig  
Eggert, Beate  
Ehret, Sigfrid  
Ehrler, Georg  
Eichler, Bertin  
Engelen-Kefer, Ursula  
Engeroff, Hubert  
Eppelmann, Rainer  
Eßer, Gerd  
Eulen, Eike  
Ewen, Adalbert

## F

Faupel, Georg  
Fehrmann, Eberhard



Festing, Heinrich  
Fink, Willibald  
Fischer, Max  
Fließhart, Peter  
Fockenberg, Winfried  
Förster, Heiderose  
Förster, Heidrun  
Freiberg, Konrad  
Freitag, Lutz  
Freusel, Hartmut  
Friedrich, Nelly  
Fritz, Thomas  
Fuchs, Waltraud

## G

Gabor, Klaus  
Gansemer, Hans  
Gartz, Hubert  
Gau, Heinz  
Gertz, Bernhard  
Geuenich, Michael  
Geyer, Erhard  
Gitter, Heidrun  
Gläser, Irmlud  
Glattfelder, Gustl  
Glaubrecht, Gabriele  
Görner, Regina  
Gosejacob-Rolf, Hille  
Grab, Rainer  
Grifka, Joachim  
Grodzki, Manfred  
Gromek, Jürgen  
Grünewald, Martin

Grützner, Hubertus  
Gudowius, Uwe

## H

Haaren, Kurt van  
Hackel, Karl-Heinz  
Hackemesser, Claus  
Hagelstein, Peter  
Hahn, Manfred  
Hahne, Werner  
Halt, Adalbert  
Hamacher, Gudrun  
Hamann, Norbert  
Hammerschlag, Lutz  
Hanke, Michael  
Hansen, Norbert  
Hartmann, Wilfried  
Haßdenteufel, Kurt  
Hautmann, Dörte  
Hebeisen, Hans  
Hebsacker, Jörg  
Heesen, Peter  
Heider, Ortgies  
Heidorn, Günter  
Hellmers, Hans-Gerd  
Hellstern, Franz  
Henke, Rudolf  
Hennecke, Bernhard  
Henning, Magdalena  
Hensche, Detlef  
Herdt, Ursula  
Hermann, Gunter  
Hermann, Holger

Herold, Albrecht  
Herrmann, Ingo  
Herzberg, Gerd  
Hessedenz, Waltraud  
Hibbeler, Hermann  
Hilgers, Josef  
Hillgärtner, Helmut  
Hinsenhofen, Helmut  
Hinz, Ulrich  
Hocke, Norbert  
Hoffmann, Thomas  
Hofmann, Rolf  
Holecek, Rüdiger  
Holler, K.  
Holtgrefe, Gerd  
Hönig, Manfred  
Honsberg, Bernd  
Hörter, Georg  
Horzetzky, Günther  
Hundt, Ulrich A.  
Hunger, Hermann  
Hüren, Winfried  
Hütte, Friedrich-Wilhelm

## I

Issen, Roland

## J

Jaeschke, Burkhard  
Jahn, Eberhard  
Janiak, Daniela  
Janz, Reinhard

**K**

Käfer, Marianne  
Kaiser, Ulrike  
Kamm, Rüdiger  
Kammering, Ferdinand  
Kappl, Thomas  
Keller, Peter  
Keller-Lauscher, Veronika  
Kessler, Gisela  
Kiefer, Heinz  
Kiel, Ernst  
Kiesel, Wolfgang  
Kirchgäßner, Gerhard  
Kleff, Kurt  
Klein, Hans Arthur  
Klein, Werner  
Klinger, Theodor  
Klinzing, Larissa  
Kluge, Hans-Joachim  
Knipping, Friedhelm  
Kobler, Konrad  
Koessling, Karin  
Köhler, Gerd  
Köhler, Werner  
Kölling, Jürgen  
Kollorz, Fritz  
Konitzer, Ursula  
Konstroffer, Peter  
Kopke, Manfred  
Kosla, Randolph  
Köttgen, Udo  
Kraus, Alfred

Kraus, Josef  
Krumpholz, Horst  
Kühn, Herbert  
Kuhnert, Reinhard  
Kulik, Hans-Jürgen  
Kummer, Hubert

**L**

Lang, Klaus  
Langendorf, Dieter  
Laux, Ernst-Ludwig  
Leibfried, Bernd  
Lessenthin, Martin  
Leuschner, Gerhard  
Link, Walter  
Linsler, Rolf  
Löschner, Hartmut  
Lüdemann, Johann  
Lukas, Günter  
Lüpkens, Horst  
Lutz, Hermann

**M**

Mahlau, Werner  
Mahling, Lothar  
Mai, Herbert  
Malott, Günter  
Manz, Helmut  
Markert, Peter  
Marko, Sonja  
Markwordt, Siegfried  
Marquardt, Heribert  
Martens, Hans-Helmut

Martin, Bernd  
Matznik, Holger  
May, Dieter  
Mayer, Heinz  
Meinberg, Jürgen  
Menrad, Winfried  
Metzger, Bernd  
Meurer, Hans  
Meyer, Gunter  
Meyer, Irmgard  
Meyn, Hermann  
Michels, Martin  
Mitrenga, Dieter  
Mödden, Franz-Josef  
Möllenberg, Franz-Josef  
Möller, Heinz  
Mönig-Raane, Margret  
Montgomery, Frank  
Ulrich  
Moshammer, Karin  
Müllenbach, Gerhard  
Müller, Alfons  
Müller, Gudrun  
Müller, Horst  
Müller, Renate  
Mume, Jürgen

**N**

Nagel, Nils  
Neersen, Helmut  
Neumann, Christian  
Neupfleger, Manfred

Neuser, Bernd  
Nicht, Günter  
Nieder, Helmut  
Niegel, Sabine  
Nies, Gerd  
Nies, Horst  
Niesen, Bernd J.  
Norman, Robert Graf von  
Norpoth, Johannes  
Nothof, Karl

## O

Oehmichen, Barbara  
Ondracek, Dieter  
Ossenkamp, Heinz  
Overbeck, Helmut

## P

Pahl, Veronika  
Papke, Monika  
Paschen, Hermann  
Patschicke, Jürgen  
Pawelletz, P. Germar  
Pelzer, Karola  
Peters, Jürgen  
Pfennig, Werner  
Picard, Marion  
Pithan, Ulrich  
Poetschke, Jacqueline  
Pöppelmann, Benno H.  
Pöppl, Ernst J.  
Prager, Ingrid  
Preusker, Uwe K.

Puck-Bernhardi, Karin  
Pung, Paul Heinz  
Putzhammer, Heinz

## R

Raamsdonk, Ursula van  
Raane, Peter  
Rabe, Monika  
Radloff, Jürgen  
Raible, Manfred  
Ramme, Ludger Felix  
Randow, Matthias von  
Ranft, Norbert  
Regenspurger, Otto  
Renner, Gerhard  
Rhode, Wolfgang  
Riedel, Michael  
Riester, Walter  
Röhring, Inge  
Rose, Wolfgang  
Roth, Eugen  
Rothe, Peter  
Rudnik, Günter  
Ruhland, Hans-Josef  
Russ, Willi

## S

Salow, Jürgen  
Schäfer, Egon  
Schäfer, Rudi  
Schallmeyer, Manfred  
Schatte, Jürgen  
Schedl, Ilse

Schell, Manfred  
Schellschmidt, Peter  
Schelsky, Wilhelm  
Schemken, Heinz  
Scheurle, Walter  
Schiedermeier, Edgar  
Schiffer, Gerd  
Schlemmer, Gisbert  
Schmidt, Brigitte  
Schmidt, Dieter  
Schmidt, Frank  
Schmidt, Jutta  
Schmidt, Karl-Heinz  
Schmitt, Heribert  
Schmitt, Hilmar  
Schmitthenner, Horst  
Schmoldt, Hubertus  
Schulte, Dieter  
Schulte, Thorolf  
Schulz, Horst  
Schulz, Michael  
Schulze, Heinz  
Schummer, Uwe  
Schuster, Andreas  
Schwaiger, Erich  
Schwarz, Roland  
Schweitzer, Friedrich  
Wilhelm  
Schwetscher-Fink, Klaus-  
Dieter  
Schwope, Ingo  
Segebade, Wilfried  
Sehrbrock, Ingrid  
Seybert, Walter



Siebert, Manfred

Siller, Gert

Sóenius, Heinz

Sommer, Michael

Sörgel, Peter

Spanjer, Günter

Speckner, Günter

Speichert, Siegfried

Stange, Eva-Maria

Steffenhagen, Klaus

Stegmüller, Albert

Stein, Marita

Steinmann, Rolf

Stenzel, Wolfgang

Stock, Manfred

Stöhr, Frank

Stuhlemmer, Kurt

Südhofer, Klaus

## T

Terbrack, Hans

Toewe, Renate

Töppel, Joachim

Trapp, Walter

Trapp, Walter

Treml, Franz

## V

Vetter, Rudi

Vitt, Erwin

Vogler, Gerhard

Vogt, Wolfgang

Volmer, Günter

## W

Wachholz, Siegfried

Wacker, Lothar

Walter, Jürgen

Warburg, Wolfgang

Weber, Peter

Weck, Werner

Wehrhahn, Heinz

Weichhold, Manfred

Weiler, Wolfgang

Weiß, Siegfried

Weiten, Hans-Willi

Welzel, Steffen

Wiesehügel, Klaus

Wiesen, Hans

Wiethold, Franziska

Wilke, Christian

Willeke, Bernhard

Wilms, Hans-Joachim

Wimmer, Hans-Dieter

Winkler-Odenthal,  
Manuela

Winter, Heinz

Witte, Peter

Witthaut, Bernhard

Wittorf, Reiner

Woikowsky, Rüdiger von

Wörmann, Eduard

Wörmann, Josef

Wübbels, Michael

Wunder, Dieter

Wunder, Thomas

Wurche, Klaus-Dieter

## Z

Zahn, Christian

Zakrzewski, Rüdiger

Zibell, Gerd

Zies, Horst

Zimmer, Walter

Zimmermann, Heinrich

Zimmermann, Ralf

Zoller, Hermann

Zwickel, Klaus

